

Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/Amieke Bouma (Hrsg.)
Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft
Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale

Die Herausgeberinnen

Amieke Bouma ist Geschichtslehrerin am Joke Smit College in Amsterdam. Ihre Forschungsinteressen umfassen post-sozialistische Geschichtsschreibung und Politik der radikalen Linken in Europa. Kontakt: amiekebouma@hotmail.com.

Cornelia Hildebrandt ist Philosophin und Referentin für Parteien und soziale Bewegungen und für den christlich-marxistischen Dialog am Institut für Gesellschaftskritik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit September 2020 mit Marga Ferré Co-Präsidentin von transform! Europe. Kontakt: hildebrandt@transform-networt.net.

Danai Koltsida ist Juristin und Politikwissenschaftlerin. Derzeit ist sie Direktorin des Nicos Poulantzas Institute mit Sitz in Athen und Vizepräsidentin von Transform! Europe. Sie hat als politische Beraterin in den Bereichen Wahlkampagnen, lokale und regionale Regierung etc. und in der politischen Meinungsforschung gearbeitet. Ihre Forschungsarbeit konzentriert sich auf politische Repräsentation in ihren verschiedenen Aspekten: Untersuchung des politischen Personals, Gesetzgebung und institutionelle Reformen bezüglich der Funktion des Parteiensystems, Wahlverhalten und Wahlgesetzgebung etc. Kontakt: d.koltsida@poulantzas.gr

Cornelia Hildebrandt/Danai Koltsida/Amieke Bouma (Hrsg.)

Left Diversity zwischen Tradition und Zukunft

Linke Parteienprojekte in Europa und ihre Potenziale

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Inhalt

Einleitung	9
von Amieke Bouma, Cornelia Hildebrandt und Danai Koltsida	
FRANKREICH	
Die Neuausrichtung der radikalen Linken (2017–2020)	32
von Giuseppe Cugnata	
DEUTSCHLAND	
DIE LINKE: strategische Stärke und die Herausforderungen, über die Städte hinaus zu wirken	43
von Cornelia Hildebrandt	
ÖSTERREICH	
Mit frischem Wind aus der Sackgasse	58
von Barbara Steiner	
LUXEMBURG	
Ein Seiltanz zwischen politischer Vereinnahmung und Marginalisierung	71
von Adrien Thomas	
BELGIEN	
Der Aufstieg der außergewöhnlichen Arbeiterpartei	82
von Nico Biver	
NIEDERLANDE	
Eine traditionelle Linke: Die Sozialistische Partei in den Niederlanden	99
von Amieke Bouma	
IRLAND	
Die Linke im heutigen Irland (2011–2020)	119
von Stephen Hopkins	
GROSSBRITANNIEN	
Die radikale Linke im vergangenen Jahrzehnt	130
von Kate Hudson	
DÄNEMARK	
Die Rot-Grüne Einheitsliste: Links der Mitte-Links-Regierung	141
von Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl	
SCHWEDEN	
Linkes Dilemma	158
von Henning Süssner Rubin	



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

FINNLAND

Das Linksbündnis von der oppositionellen Außenseiterin zur erneuerten linksgrünen Partei	171
von Jukka Pietiläinen	

ESTLAND

Von einer marginalen linken Partei zur marginalen Partei einer nationalen Minderheit	186
von Jukka Pietiläinen	

LETTLAND

Die Linke in Lettland	200
von Nīks Derums	

LITAUEN

Über die Schwäche der politischen Linken	208
von Andrius Bielskis	

POLEN

Die polnische Linke drei Jahrzehnte nach der Wende	225
von Piotr Janiszewski	

TSCHECHIEN

Das Ende des Antikommunismus und die unsichere Zukunft der Linken	239
Von Matěj Mětelec	

SLOWAKEI

Zehn Jahre radikale Linke und linke Milieus	251
von Michael Augustín	

UNGARN

Die politische Linke in Ungarn	268
von Zoltán Pogácsa	

RUMÄNIEN

Der kuriose Fall der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens	278
von Florin Poenaru	

BULGARIEN

Zwischen Stillstand, Aufbrüchen und akademischen Kämpfen	292
von Jana Tsoneva	

SÜDOSTEUROPA

Die neue Linke zwischen Dynamik und Stagnation	302
von Krunoslav Stojaković	

GRIECHENLAND

Die Linksparteien in einem turbulenten Jahrzehnt (2010–2020)	318
von Danaï Koltsida	

ZYPERN

Die AKEL – reformkommunistische Agenda oder Pragmatismus?	337
von Yiannos Katsourides	

ITALIEN

Die anhaltende Krise der radikalen Linken	350
von Paolo Chiocchetti	

SPANIEN

Der kontroverse Weg von der Straße in die Regierung	362
von Marga Ferré	

PORTUGAL

Von der linken Mehrheit zur »Zwinker-Regierung« (2015–2020)	378
von André Freire	

Danksagung	391
-------------------------	-----

Übersicht linker Parteien Europas	392
--	-----

Abkürzungen, Akronyme Parteien und Organisationen	396
--	-----

Die Autor:innen	403
------------------------------	-----

Einleitung

von Amieke Bouma, Cornelia Hildebrandt und Danai Koltsida

Im vorliegenden Band wird die Entwicklung linksradikaler Parteien und Organisationen in Europa diskutiert und er umfasst den Zeitraum der letzten zehn Jahre, also ab 2010.¹ Die Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen, die zu diesem Buch beigetragen haben, wurden gebeten, sich auf die ideologische, programmatische und organisatorische Entwicklung der radikalen Linken als Reaktion auf die globale Finanzkrise, die Fragmentierung der politischen Landschaft, den Aufstieg der radikalen Rechten und das gestiegene Bewusstsein für den Klimawandel zu konzentrieren. Wie haben linke Parteien und Organisationen in 29 Ländern in Europa auf diese Herausforderungen reagiert? Und wie wirken sich regionale und nationale Besonderheiten auf die Entwicklungen innerhalb der Linken aus? Entsprechend dem europäischen Fokus des Bandes wurden die Autor:innen auch gebeten, sich mit den Ansichten der jeweiligen Parteien zur EU auseinanderzusetzen.

Lassen sich allgemeine Trends zur Entwicklung der Linksparteien in der Europäischen Union beobachten? Bei der Erörterung dieser Fragen zeigen die in diesem Band enthaltenen Kapitel die große Vielfalt der radikalen Linken in Europa. Die diskutierten Organisationen reichen von großen Regierungsparteien in einigen Ländern bis hin zu kleinen Protestorganisationen in anderen; sie umfassen sowohl Parteien und Bewegungen der traditionellen, stark materialistisch orientierten Linken als auch Parteien, die sich stärker auf neue Themen und Herausforderungen einlassen, d.h. auch an postmateriellen Themen orientieren. Die Positionen zur europäischen Integration variieren und reichen von Parteien, die die EU abgeschafft sehen wollen, bis hin zu Parteien, die sie als zu verändernde Realität verstehen und eine radikale Veränderung ihrer Institutionen anstreben.

Was ist die (radikale) Linke?

Es gibt mehrere Definitionen der radikalen Linken, wobei sich die Wissenschaftler:innen im Allgemeinen über eine Reihe von Merkmalen einig sind. Wie March und Mudde 2005 argumentierten, umfasst die Familie der radikalen Linken (radikale Linksparteien = RLP) Parteien, die sich positiv auf Fragen der Gleichheit und des Internationalismus beziehen und die aufgrund ihres

¹ Der Band enthält Kapitel über 26 EU-Mitgliedsstaaten (alle außer Malta), einen ehemaligen Mitgliedsstaat (das Vereinigte Königreich) und zwei Länder, die derzeit nicht Mitglied der EU sind (Serbien und Nordmazedonien).

Eintretens für eine grundlegende Transformation des Kapitalismus als radikal bezeichnet werden können. (March/Mudde 2005; Keith/March 2016: 5) Anders als im Allgemeinen deutschen Sprachgebrauch bezieht sich der Begriff des Radikalen hier auf die Radikalität ihres Ansatzes: an die Wurzeln zu gehen und daraus die grundlegenden Umgestaltungen von Gesellschaft abzuleiten. Es sind jene Parteien, die sich mit der linken Tradition identifizierend üblicherweise auf den Sozialismus als die Alternative zum bestehenden gesellschaftspolitischen System beziehen. Wobei es bei den neu gegründeten RLPs wie Podemos und La France Insoumise diesen programmatischen Bezug zum Sozialismus so nicht gibt.

Die Leserin wird darüber hinaus feststellen, dass in den Beiträgen dieses Buches auch einige entferntere Mitglieder der Parteienfamilie diskutiert werden und dass sich insbesondere die Positionen der Parteien zum Internationalismus stark unterscheiden. Immer wieder wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass das, was die radikale Linke ausmacht, von Natur aus weit gefasst und situationsabhängig ist. Aus diesem Grund ist die hier verwendete Definition auch relational: Was in der vorliegenden Publikation als radikale Linke analysiert wird, sind die Parteien und Organisationen links von der Sozialdemokratie, die sich von den Grünen unterscheiden. Im Nordwesten und Westen Europas hat sich die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten in die Mitte bewegt, sodass die radikale Linke in einigen Ländern Positionen einnimmt, die früher zur sozialdemokratischen Tradition gehörten.

Anders ist das Bild in den postsozialistischen Ländern: Dort wird die radikale Linke oft mit den Erfahrungen des Staatssozialismus in Verbindung gebracht, während sozialdemokratische Parteien oft ihre Wurzeln in den ehemals herrschenden kommunistischen Staatsparteien haben (wenn auch nicht im Fall von Deutschland und der Tschechischen Republik). In wieder anderen Ländern existiert die radikale Linke nicht als parlamentarische Kraft; in den baltischen Staaten zum Beispiel sind Parteien und Organisationen der radikalen Linken sehr klein. Folglich haben einige Autor:innen des vorliegenden Bandes die sozialdemokratischen Parteien dieser Länder als die Parteien betrachtet, die der radikalen Linken am nächsten stehen. Gleichzeitig sind in mehreren postsozialistischen Ländern in letzter Zeit neue Parteienprojekte der Linken entstanden. Beispiele hierfür sind Levica in Slowenien, Možemo! in Kroatien und Razem als Teil des neuen Linksbündnisses in Polen. In wieder anderen Ländern schließlich ist die radikale Linke teilweise über sozialdemokratische Parteien organisiert. Dies ist vor allem dort der Fall, wo Mehrheitswahlsysteme die Bildung starker linksradikaler Parteien verhindern, um über diesen Weg parlamentarische Politik beeinflussen zu können, wie Kate Hudson in ihrer Studie über die Corbyn-Führung der Labour Party in Großbritannien zeigt. Dass ebenso das Wahlsystem die Strategien der radikalen Linken beeinflusst,

zeigt sich insbesondere in Frankreich, wo die radikale Linke wiederholt breitere Koalitionen unterstützte, um die Wahl von rechten und rechtsradikalen Kandidat:innen zu verhindern.

In diesem Band nehmen wir die Unschärfe des Konzepts der radikalen Linken in Kauf, um eine Vielfalt von Ansichten und Organisationen vertreten zu können. Vielfalt ist ein Kernmerkmal der großen Konstellation linksradikaler Parteien und Organisationen. Sie unterscheiden sich in ihren historischen Hintergründen, ideologischen Bezügen, politischen Prioritäten und Organisationsmodellen, aber auch in ihrer sozialen, elektoralen und politischen Wirkung (Hildebrandt 2010). Wo genau unsere Autor:innen den Schwerpunkt ihrer Studie setzen, hängt in hohem Maße von der Präsenz oder dem Fehlen von RLPs im nationalen Parlament des Landes ab.

Nichtsdestotrotz gibt es Fragestellungen, die bei allen hier dargestellten Parteien immer wieder zur Sprache kommen, die sich durch diesen Band ziehen und die zusammen einen guten Eindruck von den Herausforderungen vermitteln, denen sich die radikale Linke in Europa heute gegenüber sieht. Auch diese Aspekte sind relational – in dem Sinne, dass sie sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen politischen Akteure innerhalb nationaler Kontexte ergeben. Schließlich definiert sich die radikale Linke nicht nur in Bezug auf andere Parteien der (radikalen) Linken, sondern konkurriert mit anderen linken Parteien – unter anderem mit Sozialdemokraten und Grünen. Doch darüber hinaus kämpfen Parteien auch mit nationalen politischen Erbschaften sowie aktuellen Herausforderungen.

Die Fragmentierung der Linken

Parallel zur Fragmentierung der weiteren politischen Landschaften erfuhr auch die Linke selbst eine weitere Zerspaltung. In Frankreich, Spanien und Griechenland sind neue Parteien entstanden, die die Vielfalt der radikalen linken Parteifamilie erweitert haben und gleichzeitig Fragen nach der Definition der radikalen Linken aufwerfen. Dazu gehören Podemos in Spanien, die sich zunächst einer Links-Rechts-Ausrichtung verweigerte, obwohl die Partei ihre Wurzeln im Aktivismus sozialer Bewegungen gegen die Austeritätspolitik und in neuen partizipativen Formen des Protests hat, Mélenchons La France Insoumise, ein Projekt französischer ehemaliger Sozialdemokraten, und DIEM25, ein gesamteuropäisches Projekt, das vom ehemaligen Syriza-Finanzminister Yanis Varoufakis initiiert wurde. Diese neuen linken Parteienprojekte neigen dazu, sich stark auf einzelne Führungspersonlichkeiten zu stützen, die sowohl den Kurs der Partei als auch ihre Beziehung zu anderen linken Akteuren weitgehend bestimmen. Die Beziehungen variieren von enger Kooperation bis hin

zu Konfrontation. In Spanien bildeten Izquierda Unida und Podemos ein Wahlbündnis (Unidas Podemos). In Frankreich kooperieren und konkurrieren die PCF und La France Insoumise. In Griechenland ist das Verhältnis zwischen Syriza und DIEM25 bzw. der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) von Konfrontation geprägt.

Die populistischen Strategien von Syriza, Podemos und Mélenchon haben die Frage nach einem linken Populismus in den Mittelpunkt der akademischen und politischen Debatte gerückt. Der Begriff des Linkspopulismus ist allerdings umstritten, nicht zuletzt deshalb, weil eine allgemein akzeptierte Definition fehlt, er unterschiedlich bewertet und von Rival:innen abwertend verwendet wurde. Obwohl dies nicht der Ort ist, um die Nützlichkeit des Konzepts im Detail zu diskutieren, haben wir uns dafür entschieden, die hier genannten Parteien nicht pauschal als populistisch zu klassifizieren, sondern von einem populistischen Diskurs zu sprechen, der in bestimmten Fällen von Parteien verwendet wird: als Methode der Kommunikation. Bei einigen Parteien geht dies zugleich einher mit organisatorischer Fokussierung auf deren starke Führungspersönlichkeiten.²

Die Fragmentierung der Linken in Frankreich, Spanien und Griechenland hatte zugleich direkte Auswirkungen auf die Fragmentierung der radikalen Linken auf europäischer Ebene. Dies wurde bei den Europawahlen 2019 sichtbar, als die Europäische Linkspartei von La France Insoumise und vom Europäischen Frühling, einer von DIEM25 gegründeten Partei, herausgefordert wurde. Auf die Konkurrenz und Fragmentierung der europäischen Linken wird später näher eingegangen.

² Der Begriff des Linkspopulismus ist im politischen Diskurs und in der akademischen Literatur nach wie vor umstritten. Es gibt aber einige umfassende Analysen zu diesem Thema: Siehe z.B. Mudde/Kaltwasser (2017). Im linken Teil des politischen Spektrums analysierten nach den Erfolgen der Linken in Lateinamerika viele Intellektuelle die Erfolge der Linken in Europa, indem sie den Linkspopulismus als theoretischen Rahmen nutzten. Siehe dazu z.B. Prentoulis (2021); Agustín (2020) und Katsambekis/Kioupkiolis (2019). Chantal Mouffe behauptete, es gebe ein »populistisches Moment«, das dann entstehe, wenn es angesichts des Verwischens politischer Trennlinien zwischen rechts und links für die Zivilgesellschaften keine Möglichkeiten der Wahl politischer Alternativen gibt (Mouffe 2018). Andere Autor:innen kritisieren jedoch die populistische Strategie, weil sie sich gegen die traditionelle, klassenbasierte oder marxistische Analyse richtet. Siehe z.B. Sotiris (2019); Fassin (2020). Das Epitheton »populistisch« wurde auch von Politiker:innen der Mitte verwendet, um die Vorstellung zu unterstreichen, dass »extreme« Kräfte auf der rechten und linken Seite die Demokratie bedrohen, insbesondere in Ländern, in denen die Linke im Aufwind ist. Dies ist der Grund, warum Syriza, Podemos und France Insoumise diese Bezeichnung generell zurückweisen. Für weitere Lektüre siehe auch »Vom Sozialismus zum Populismus und zurück« im Jacobin 35/2019.

Das Wachstum der radikalen Rechten

Die Einwanderungswelle nach Europa, insbesondere ab 2015, verlieh den Themen Identität und Vielfalt in der öffentlichen Debatte mehr Gewicht. In Nordwesteuropa trug der Aufstieg der radikalen Rechten zu einem allgemeinen Rechtsruck bei, eine Entwicklung, die in Österreich seit den 1980er Jahren zu beobachten war und die in ganz Europa Wiederhall fand. In der Folge verringerte sich der Raum für linke Politik. Die politische Fragmentierung und der Aufstieg der Rechten haben auch dazu geführt, dass sich die Parteien der Mitte in erster Linie darauf konzentrieren, die radikale Rechte aus der Regierung herauszuhalten. Wie desaströs Koalitionen mit der radikalen Rechten sein können, zeigte sich in Österreich, wo eine Koalition der Konservativen mit der Freiheitlichen Partei (FPÖ) an einem Korruptionsskandal um FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zerbrach. Er war auf Tonband aufgenommen worden, wie er seine Bereitschaft äußerte, Schmiergelder von russischen Oligarchen anzunehmen. Dies führte zu einem weiteren neuen Phänomen: der Bildung einer konservativ-grünen Regierung im Jahr 2020.

Wie Henning Süßner Rubin am Beispiel Schwedens demonstriert, hat das Wachstum von Parteien an den Rändern auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Parteien der Mitte in Regierungskoalitionen enger an sich gebunden und damit paradoxerweise ebenso den Raum für die radikale Linke verkleinert. Ähnliche Konsequenzen hat das Aufkommen von starken Führungspersönlichkeiten, wie Zoltán Pogátsa mit Blick auf Ungarn und Piotr Janiszewski mit Bezug auf Polen zeigen. Auch hier hat sich der Raum für die radikale Linke sowie für andere Alternativen zugunsten ihrer Regierungen verringert. Beide Autoren stellen auch fest, dass in Ungarn und Polen viele soziale Gruppen, die eigentlich zur traditionellen Basis der Linken gehören, in der Realität die Regierungsparteien unterstützen. Dies wird auf die Fähigkeit der Regierungspartei zurückgeführt, Sozialpolitik umzusetzen – im Unterschied zu den linken Parteien in der Opposition, die in beiden Ländern nur über geringe Möglichkeiten verfügen, Veränderungen durchzusetzen. Gleichzeitig hat die schwache Position der Linksparteien dazu geführt, sich vor allem darauf zu konzentrieren, die amtierende Regierung und die sich verschlechternde politische und Menschenrechtssituation in diesen Ländern herauszufordern. Dabei legen sie weniger Wert auf soziale Themen, mit denen die Menschen in ihrem täglichen Leben kämpfen.

Die radikale Linke und die Sozialdemokratie

Die sich verändernde politische Landschaft hat strategische und kurzfristige Partnerschaften zwischen Linksparteien und sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien häufiger werden lassen. Das Bild, das sich aus dem vorliegenden Band ergibt, ist, dass eine Mehrheit der Linksparteien sich schwer tut, sich auf diese Situation einzustellen. Während in mehreren europäischen Ländern die Linksparteien in verschiedenen lokalen Koalitionen auch ohne die Sozialdemokraten regieren, ist dies auf nationaler Ebene nur selten der Fall. Die rühmliche Ausnahme bildete Griechenland, wo Syriza von 2015 bis 2019 als bestimmender Partner in einer Koalition mit der rechtspopulistischen Partei ANEL agierte. In Spanien trat Unidas Podemos als Juniorpartner der Sozialdemokraten in die Regierung ein. Das Gleiche gilt für Schweden und Portugal, wo die Linksparteien Minderheitsregierungen unterstützt haben, sowie für Finnland, wo die Linksallianz einem Fünf-Parteien-Bündnis beigetreten ist – alle von den Sozialdemokraten geführt.

Die ideologische Position der Linksparteien am linken Ende der politischen Landschaft und ihr Beharren auf einer klaren Rechts-Links-Dichotomie macht diese Parteien naturgemäß weniger flexibel als andere Akteure im sich wandelnden politischen Feld. Dies wiederum erhöht die Abhängigkeit der Linksparteien von sozialdemokratischen (und in geringerem Maße von grünen) Parteien als bevorzugte Partner, selbst wenn diese Präferenz nicht erwidert wird. Denn sozialdemokratische Parteien neigen im Großen und Ganzen dazu, Mitte-Rechts- und grüne Parteien als Koalitionspartner zu bevorzugen. Um diese Abhängigkeit zu umgehen, haben sich neuere linke Projekte, darunter Podemos und La France Insoumise, nicht als *radikale* linke Parteien positioniert, sondern als Parteien des Volkes gegen die Eliten. In Griechenland führte der Kampf gegen die Memoranden-Politik der Troika zu einer von Syriza geführten Regierung (2015–2019). In Spanien bildet seit 2019 Unidas Podemos eine Koalitionsregierung mit den Sozialisten. In Frankreich sind die Bedingungen angesichts der dominierenden Rolle des Präsidenten andere. Obwohl der linksradikale Kandidat Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen 2017 gut abschnitt, gelang es La France Insoumise und der PCF bei den darauffolgenden Parlamentswahlen nicht, auf einer einheitlichen Plattform zusammenzuarbeiten und die Unterstützung für linksradikale Politik zu konsolidieren.

In mehreren Ländern signalisierte der Niedergang der Sozialdemokraten den Niedergang der Linken im weiteren Sinne. Den Linksparteien gelang es nicht oder nur in sehr begrenztem Maße, einen Teil der ehemals sozialdemokratischen Wählerschaft zu übernehmen. Dies wird beispielsweise in den Niederlanden deutlich, wo die Sozialistische Partei in den letzten Jahren einen Rückgang ihrer Wählerstimmen hinnehmen musste und nicht davon profi-

tieren konnte, dass die niederländische Arbeiterpartei (PvdA) 2017 über zwei Drittel ihrer Sitze verlor. In Deutschland hat Die Linke ebenfalls nicht von dem Niedergang der SPD profitiert. In der Tschechischen Republik deuten aktuelle Umfragen darauf hin, dass sowohl die Kommunistische Partei (KSCM) als auch die Sozialdemokraten nach den Wahlen im Oktober 2021 ihre parlamentarische Präsenz verlieren könnten.

So wie es aussieht, haben sowohl die radikale Linke als auch die sozialdemokratischen Parteien Probleme, neue Wählerschichten zu gewinnen. Beide Parteifamilien formulieren ihre Positionen vor allem entlang sozialer Fragen. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass die radikale Linke Positionen besetzt, die nur deshalb »radikal« wurden, weil die Sozialdemokraten sie im Zuge ihrer Annäherung an die politische Mitte aufgegeben haben. Manche Autor:innen schlussfolgern daher, dass für viele der europäischen RLPs die Suche nach einer breiten Unterstützungsbasis mit dem »Preis« verbunden ist, weniger radikal zu werden. Sie beobachten eine gewisse Sozialdemokratisierung der RLP, die jedoch nicht getrennt vom Niedergang der »traditionellen« sozialdemokratischen Parteien gesehen werden kann, deren frühere Positionen nun den RLP zufallen. Gleichzeitig gelang es keiner der regierenden Linksparteien, eine grundlegende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft einzuleiten. Also der Anspruch auf einen radikalen gesellschaftlichen Wandel jenseits des Kapitalismus konnte bisher nicht erreicht werden. Was aber möglich zu sein scheint ist, Verbesserungen oder die Stabilisierung sozialer Lagen durchzusetzen und gegebenenfalls darüber hinaus den Zugang zu politischer Partizipation zu erweitern oder gar zu vertiefen.

Dass solche Prozesse auch auf niedrigeren Ebenen stattfinden können, zeigt der Fall der KPÖ in der Steiermark: Barbara Steiner beobachtet, wie die österreichische KPÖ seit Anfang der 2000er Jahre bei den Kommunalwahlen in Graz 20% und bei den steirischen Landtagswahlen rund 5% der Stimmen erringen konnte – während die Ergebnisse bei nationalen Wahlen nicht über den landesweiten Durchschnitt der KPÖ von rund 0,7% hinausgehen.

Die unruhige Allianz zwischen Sozialdemokraten und radikalen linken Parteien bleibt eine Konstante für alle Linksparteien in Europa, vor allem dann, wenn sie an politischem Einfluss gewinnen wollen. In Spanien endete die anfängliche Weigerung der PSOE, Unidas Podemos als Koalitionspartner in Betracht zu ziehen, in einer politischen Krise und Neuwahlen, die schließlich doch noch zu einer linken Koalitionsregierung führten. In Portugal unterstützten linksradikale Parteien von 2015 bis 2019 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. André Freire stellt fest, dass diese Regierung politisch und wirtschaftlich gut funktioniert hat, trotz anfänglich niedriger Erwartungen. Die Mühe wurde von den Wähler:innen belohnt, die 2019 eine Fortsetzung der gewählten Konstruktion ermöglichten. Ungeachtet dieses Erfolges setz-

ten die Sozialdemokraten nun ihre Minderheitsregierung fort, ohne sich die Unterstützung der radikalen Linken zu sichern, und verließen sich stattdessen auf einen Wechsel der Bündnisse. In Schweden gewann die Linkspartei viel Einfluss, als sie von 2014 bis 2018 eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen unterstützte. Ihr Einfluss verringerte sich jedoch stark, als die rot-grüne Minderheitsregierung von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Parteien abgelöst wurde. Hier war dieser Wechsel jedoch das politische Ergebnis der Wahlen 2018, die zu Verlusten für die regierenden sozialdemokratischen und grünen Parteien führten. Obwohl die linksradikale Vänsterpartiet bei den Wahlen gut abschnitt, verlor sie aufgrund der schwächeren Position der linken Parteien in der Regierung an Einfluss.

In Ermangelung einer sichtbaren organisierten radikalen Linken in ihren jeweiligen Ländern haben die Autor:innen der Kapitel über Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen beschlossen, sich weitgehend auf die sozialdemokratischen Kräfte zu konzentrieren, da diese der radikalen Linken politisch am nächsten stehen. In Litauen konzentrierten sich die linksradikalen Aktivitäten der Neuen Linken 95 darauf, linke Themen auf die Tagesordnung zu setzen und die Sozialdemokraten zu beeinflussen, damit sie sich zu linkerem Positionen bewegen. Folglich hoffen einige Autor:innen, dass eine Linkswende der Sozialdemokraten auch eine radikalere linke Politik inspirieren könnte. Dies scheint jedoch nicht immer ein wahrscheinliches Szenario zu sein, wie Jana Tsoneva am Beispiel Bulgariens deutlich zeigt. Hier verleitete der Niedergang der sozialdemokratischen Bulgarischen Sozialistischen Partei die Partei dazu, sich zunehmend nach rechts zu wenden, um Stimmen zurückzugewinnen – eine Strategie, die nicht erfolgreich war.

Erfahrungen mit der Regierung

In Südeuropa führten die Wirtschaftskrise und die daraus resultierenden Sparprogramme zu erheblichen sozialen Protesten und zu einer weitreichenden Fragmentierung oder zum Zusammenbruch der (früheren) Parteiensysteme. Dies führte vor allem zur Beteiligung der jeweiligen RLP an Regierungskoalitionen, entweder als Hauptpartner (Syriza in Griechenland und AKEL in Zypern) oder als Juniorpartner der Sozialdemokraten (Unidas Podemos in Spanien). In Portugal waren der Bloco de Esquerda (Linksblock) und die PCP nicht direkt an der Regierung beteiligt. Sie erklärten sich aber dazu bereit, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. In Nordeuropa wurde eine ähnliche Konstruktion von der Rot-Grünen Allianz (RGA) in Dänemark und der Linkspartei in Schweden befürwortet. Die Regierungserfahrungen haben sich auf die Strategien, die Organisation und das

Bewusstsein all dieser Parteien ausgewirkt. Die Bewertung der Regierungserfahrungen der radikalen Linken war darüber hinaus Gegenstand von Diskussionen in der gesamten europäischen Linken, da sie einige der schwierigeren strategischen Herausforderungen aufzeigt, denen sich die Linke heute gegenüber sieht.

Die unterschiedlichen nationalen politischen Kontexte, in denen diese Parteien agieren, haben offensichtlich zu unterschiedlichen Regierungserfahrungen geführt. In Zypern agierte die AKEL als wichtigste politische Kraft in einem Präsidialsystem. In Griechenland hingegen führten die ständigen Auseinandersetzungen zwischen Syriza und KKE letztlich dazu, dass Syriza ein Regierungsbündnis mit einer Partei der populistischen Rechten einging. Radikale linke Parteien, die Juniorpartner in einer Regierungskoalition waren oder die sozialdemokratische Regierung tolerierten, mussten natürlich ihre politische Agenda mit ihren Seniorpartnern aushandeln. Ungeachtet dieser Unterschiede fiel es allen Parteien schwer, eine Agenda umzusetzen, die über die traditionelle soziale Agenda der Sozialdemokratie hinausging. Wobei die Syriza-Regierung in Griechenland vor der Herausforderung stand, ihre politische Agenda nicht nur gegen die nationalen Rechtsparteien und Medien, sondern auch gegen internationale Finanzinstitutionen wie die Troika (die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank [EZB] und der Internationale Währungsfonds) durchzusetzen versuchte.

Darüber hinaus veränderte sich unter den Bedingungen der Regierungsbeziehung grundlegend das Verhältnis zwischen Syriza und den sozialen Bewegungen, da letztere nun gegen die Regierungspolitik protestierten, die eben von Syriza als Regierungspartei durch- bzw. umgesetzt wurde. Syriza konnte angesichts der Auflagen der Troika die Erwartungen der Anti-Austeritäts-Bewegung nicht erfüllen, die zugleich aber der Grund für ihren politischen Erfolg und letztlich für die Bildung der Linksregierung war. Seit ihrer Abwahl im Jahr 2019 hat Syriza die Zeit genutzt, um über die gemischte Erfahrung der Regierungsbeteiligung nachzudenken.

Yiannos Katsourides beschreibt ähnliche Probleme für die AKEL in Zypern. Er stellt fest, dass das Regieren in Zeiten der Wirtschaftskrise mit »Wahlkosten« für die Partei verbunden war, welche die Identität der Partei beschädigte – ein Umstand, der auch für die zyprische Linke die Frage nach dem Sinn des Regierens aufwarf.

Die Regierungsbeteiligung von Linksparteien bleibt ein andauerndes »Experiment« (derzeit in Spanien), das von Widersprüchen und neuen, ungewohnten Herausforderungen geprägt ist. Die Beiträge in diesem Band zeigen, dass viele Parteien, unabhängig davon, ob sie selbst an der Regierung beteiligt sind oder nicht, linke Regierungserfahrungen kritisch verfolgen und hierfür gegebenenfalls rote- oder Haltelinien formulieren.

Die Linke in Ost- und Südosteuropa

In Südost- und Osteuropa wurde die Entwicklung von Parteiensystemen entlang sozioökonomischer und soziokultureller Konfliktlinien nach 1989/1991 von Kämpfen um die Kontrolle über staatliche Institutionen begleitet. Ein wiederkehrendes Merkmal ist der Kampf gegen Korruption, der oft mit neuen Formen von »Staatsparteien« wie Fidesz in Ungarn oder »Unternehmerparteien« wie ANO in der Tschechischen Republik verbunden ist. Politische Entscheidungen beruhen zudem oft auf Persönlichkeiten und nicht auf Parteibindungen – eine Entwicklung, die auch in Westeuropa zunehmend zu beobachten ist.

Politiker:innen werden nach wie vor für ihre Position während des Staatssozialismus (ab)gewürdigt (obwohl auch dies in einigen Ländern zu verblassen scheint, wie Matěj Metelec für die Tschechische Republik feststellt). Die politischen Präferenzen der Wählerschaft sind auch das Ergebnis der jüngsten Erfolgsbilanz prominenter Politiker:innen. So stellt Michael Augustín mit Blick auf die Slowakei fest, dass langjährige Probleme mit Korruption die Wähler:innen dazu veranlassten, ihre Wahlentscheidung hauptsächlich auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit der Politiker:innen zu stützen und nicht auf ihre politische Farbe der Partei. Florin Poenaru beschreibt, wie in Rumänien Anti-Korruptionskampagnen, die von rechten Koalitionen seit 2004 initiiert wurden, gezielt die Sozialdemokraten ins Visier genommen haben und so zum parteipolitischen Kampfinstrument werden.

Das Erbe des Staatssozialismus bleibt auch dreißig Jahre nach seinem Zusammenbruch offensichtlich. Vor allem in Ost- und Südosteuropa kämpfen linksradikale Organisationen und Aktivist:innen damit, die in der Gesellschaft immer noch verankerten negativen Einstellungen zum Sozialismus zu überwinden. Dies führt auch zu einer Marginalisierung der Linken – und das, obwohl die Bürger:innen eine eher positive Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen hegen. Andrius Bielskis und Michael Augustín stellen fest, dass in Litauen bzw. der Slowakei die Zahl der Bürger:innen, die sich mit linken Positionen identifizieren, weit größer ist als die Gruppe der linken Wähler:innen.

Rechte Politiker:innen fördern negative Einstellungen zum Sozialismus als Strategie, um die Linke in ihrer Gesamtheit zu delegitimieren. Dies ist in Ungarn und Polen offensichtlich, wo die Regierungsparteien Fidesz und die polnische »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) den Antikommunismus nutzen, um so jegliche linke Opposition zu delegitimieren. Dennoch sollte diese Konfliktlinie – die Position der Parteien zum Staatssozialismus/Kommunismus – nicht überschätzt werden: Wie Piotr Janiszewski argumentiert, ist die »postkommunistische Spaltung« zwischen linken Parteien mit nuancierten Ansichten über die staatssozialistische Vergangenheit auf der einen Seite und rechten Parteien mit negativen Ansichten über diese Geschichte auf der anderen Seite nicht

mehr die Haupttrennlinie in der polnischen Politik. Stattdessen befinden sich sowohl die PiS als auch die liberal-konservative Hauptoppositionspartei Bürgerplattform (PO) auf der gleichen (rechten) Seite dieser Kluft.

Eine andere Situation liegt in der tschechischen Republik vor. Matěj Metelec beschreibt hier die Isolation der kommunistischen Partei (KSCM) durch alle anderen Parteien, sodass eine Mitte-Links-Regierung unmöglich ist und die Sozialdemokraten nur mit Parteien rechts von ihnen Regierungskoalitionen bilden können. Eine ähnliche Situation gibt es in Deutschland, wo DIE LINKE von anderen Parteien als Koalitionspartner auf nationaler Ebene abgelehnt wird, obwohl DIE LINKE an mehreren Regierungen auf der Ebene der Bundesländer beteiligt ist und in einem Bundesland den Ministerpräsidenten stellt. Wobei derzeit die Chance einer Regierungsbeteiligung schon an der Schwäche von Sozialdemokraten und Linken scheitern würde.

Ebenso scheint ein Teil der Wähler:innen in den ehemals sozialistischen Ländern immer noch die Behauptung zu akzeptieren, dass die negativen Auswüchse des neoliberalen Kapitalismus eher aus lokalen Unzulänglichkeiten als aus globalen Ungleichheiten resultieren. So stellt Krunoslav Stojaković in seinem Beitrag über die südosteuropäischen Länder Kroatien, Nordmazedonien, Serbien und Slowenien fest, dass die Menschen noch immer die Ansicht vertreten, dass die Probleme des Kapitalismus aus dem »unvollständigen Übergang zum ›reinen‹ Kapitalismus« in ihren Ländern resultieren und nicht aus der Natur des Kapitalismus selbst. Auch Andrius Bielskis beschreibt dies mit Blick auf Litauen, deren Wähler:innen dazu neigen, politische und wirtschaftliche Probleme in ihrem Land durch einen Mangel an Neoliberalismus zu erklären, anstatt die Probleme als Ergebnis des neoliberalen Systems zu verstehen. Vor allem in der Tschechischen Republik und Rumänien tragen die traditionellen Linksparteien zu einem Bild von sozialistischen Parteien bei, die als rückwärts gewandte Akteure hauptsächlich die Nostalgie ehemaliger Parteikader ansprechen.

In den baltischen Staaten besteht eine Besonderheit des Post-Sozialismus darin, dass (gemäßigte) linke Parteien zu Trägern der Vertretung der russischsprachigen Minderheit geworden sind. Wie Jukka Pietiläinen anmerkt, wurde die estnische Vereinigte Linkspartei von einer Fraktion um den ethnischen Russen Mstislav Rusakov übernommen; seitdem scheint die Partei die Kommunikation in estnischer Sprache gänzlich eingestellt zu haben. Nika Derums merkt an, dass sich die sozialdemokratische Partei in Lettland lange Zeit mehr zu Minderheitenfragen als zu klassischen sozialdemokratischen Themen im Zusammenhang mit Sozialpolitik und Wirtschaft geäußert hat.

In mehreren anderen Ländern signalisieren die jüngsten Parteiprojekte jedoch das Aufkommen neuer linker und progressiver Initiativen. Dazu gehören Levica in Slowenien und die links-grüne Plattform Možemo! in Kroatien,

die beide aus lokalen Protestbewegungen entstanden sind. Weitere Beispiele sind die polnische RAZEM, eine Partei, die linke Positionen vertritt, sich aber deutlich von den traditionellen kommunistischen Linken distanziert, oder die Piratenpartei in der Tschechischen Republik.

Programmatische Perspektiven und Wählerbasis der radikalen Linken

RLPs in ganz Europa haben es schwer, in einer sich wandelnden politischen Landschaft parlamentarisch und gesellschaftspolitisch bedeutsam zu bleiben. Die Beiträge in diesem Band zeigen, wie Parteien mit Prozessen der programmatischen und organisatorischen Erneuerung kämpfen. Vor allem haben sich programmatische Fragen als Reaktion auf die sich verändernde Wählerschaft der radikalen Linken gestellt. Viele parlamentarisch vertretene Linksparteien haben in den letzten Jahrzehnten erlebt, dass ihre Wählerschaft zunehmend gebildet, urbanisiert und jünger geworden ist. Zum Teil ist diese sich verändernde Wählerschaft das Ergebnis von Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft, insbesondere auch die Veränderungen der Arbeiterklasse, auf die sich die Linksparteien mehrheitlich beziehen. Da jedoch die soziale Kluft zwischen städtischen Gebieten und ländlichen Regionen hinsichtlich der Dimensionen wie Alter, Bildungsniveau, Einkommen und Beschäftigung wächst, fällt es den Linksparteien in vielen Ländern schwer, auch diejenigen anzusprechen, die scheinbar zurückbleiben. Vor allem in Nordwesteuropa ist es rechtspopulistischen Parteien gelungen, ehemalige linke Wähler:innen aus der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Linke Parteien kämpfen damit, wie sie mit diesen Veränderungen umgehen sollen. In mehreren Ländern haben RLPs postmaterialistische Agenden angenommen, die den politischen Prioritäten der höher gebildeten städtischen Wähler:innen entsprechen. Wie die Beiträge über Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Schweden zeigen, läuft diese Entwicklung an den Interessen einer traditionelleren Wählerschaft von ländlichen, weniger gebildeten Arbeiter:innen vorbei. Paolo Chiochetti stellt für die italienische Linke fest, dass die Hinwendung zu neuen linken Themen zum Niedergang der italienischen radikalen Linken beitrug, die ab 2006 zunehmend als Vertreterin der gebildeten Gesellschaftsschichten angesehen wurde. Dies führte die italienische radikale Linke in einen »Zustand der Schwäche, Fragmentierung und Identitätskrise«. Obwohl die traditionelle Wählerschaft aus der Arbeiterklasse die wirtschaftlichen Positionen der Linksparteien unterstützen müsste, bevorzugt sie eher eine traditionellere und national orientierte kulturelle Agenda sowie eine Priorisierung wirtschaftlicher gegenüber ökologischen Themen. Dies gilt auch für

Linksparteien in mehreren Ländern Mittelosteuropas, deren Fokus auf nicht-materialistische Themen zu ihrer Marginalisierung beitrug. Diese Parteien stehen vor der Herausforderung, für nicht-traditionelle Lebensstile in traditionellen Gesellschaften einzutreten und laufen so Gefahr, gesellschaftlich isoliert zu bleiben oder von dieser isoliert zu werden. Wenn jedoch eine »Traditionalisierung« zu einer Verschärfung der Gesetzgebung führt, wie in Polen in Bezug auf das Abtreibungsgesetz, hat die Linke eine Chance, soziale Proteste zu mobilisieren bzw. zu unterstützen.

In den skandinavischen Ländern waren die Linksparteien erfolgreicher, wenn es darum ging, eine ökologische Agenda anzunehmen. Jukka Pietiläinen stellt fest, wie sich das finnische Linksbündnis im letzten Jahrzehnt zu einer »postmaterialistischen, grünen, alternativen Partei« entwickelt hat. Das ist das Profil, für das die Partei seit ihrer Gründung 1990 gearbeitet hat. Auch die Wählerbasis der Partei ist vielfältiger als je zuvor. Aber auch hier warnt Pietiläinen, dass die Partei in den Augen der Arbeiter:innen »zu ökologisch und zu akademisch« wird.

Andere Linksparteien konzentrieren sich traditionell stärker auf die klassischen sozioökonomischen Themen – auf die soziale Frage wie die KKE in Griechenland und die tschechischen Kommunisten der KSČM. Während sich diese Parteien in ihren ideologischen und strategischen Positionen als unerschütterlich erwiesen haben – ebenso ihre politische Kultur, ist ihre Wählerbasis begrenzt, wenn nicht sogar rückläufig. Da die Wählerschaft dieser traditionellen, vor allem auch kommunistischen Parteien altert, haben sie es schwer, für neue Wähler:innen anschlussfähig zu sein, um Verluste kompensieren zu können. Doch der mangelnde Erfolg dieser Parteien könnte auch mehr mit der fehlenden Erneuerung an sich zu tun haben, als mit ihrem Fokus auf Materialismus.

Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl führen den Wahlerfolg der linksradikalen rot-grünen Einheitsliste in Dänemark im Jahr 2011 auf die »Neuorientierung auf Brot- und Butterpolitik« dieser Partei zurück, die sich von ihrem früheren Fokus auf Identitätsfragen entfernte. Interessanterweise gewann die Partei durch diese Neuorientierung auch eine neue, mehr aus der Arbeiterklasse stammende Wählerschaft außerhalb der größeren Städte (obwohl Kopenhagen die Wahlhochburg der Partei bleibt). Die Belgische Arbeiterpartei (PTB) zeichnet sich durch ihre starke Präsenz in Bezirken mit einer großen, benachteiligten Wählerschaft aus, und es gelingt ihr, Stimmen von Arbeiter:innen mit Migrationshintergrund anzuziehen. Doch obwohl die PTB international ausgerichtet ist, befasst sich die Partei nicht mehr speziell mit Migrations- und Flüchtlingsfragen. Wie Nico Biver in diesem Band anmerkt, kann die Fokussierung der PTB auf soziale Fragen die guten Ergebnisse der Partei in Wallonien erklären, wo sich Wahlkampagnen im Allgemeinen auf soziale und wirtschaftliche Themen konzentrieren. Es könnte auch erklären, warum die Partei in der

wohlhabenderen Region Flandern weniger erfolgreich ist, wo die Migration schon seit Jahrzehnten ein dominierendes politisches Thema ist.

In anderen Ländern haben die Linksparteien interne Kämpfe über die Richtung, die sie einschlagen sollen, durchlaufen. In Deutschland ist das Ringen um programmatische Fragen bei DIE LINKE eng mit Fragen nach der Zielgruppe der Partei verbunden, was zu internen Debatten darüber führt, ob sich die Partei auf soziale Themen oder auf eine sozial-ökologische Transformation konzentrieren soll, wie sich beides verbinden ließe und inwieweit auch die Mittelschichten von linker Politik angesprochen werden sollen. Wie sich für die Sozialistische Partei in den Niederlanden zeigt, kann die Aufgabe, unterschiedlichen Wählergruppen entgegenkommen zu müssen, in der Tat entmutigend sein: Wenn die Partei eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung trifft, läuft sie Gefahr, einen erheblichen Teil ihrer Wähler:innen und Aktivist:innen zu enttäuschen. Im Fall der Sozialistischen Partei der Niederlande steht der interne Kampf in direktem Zusammenhang mit der wahrgenommenen Zielgruppe der nationalen Arbeiter oder des »einfachen Mannes«, der vor den Auswirkungen der Globalisierung geschützt werden muss – einschließlich der Verdrängung vom Arbeitsmarkt oder des Wettbewerbs um Sozialwohnungen mit Arbeitsmigrant:innen und Flüchtlingen. Dieser Diskurs zeigt wenig Bewusstsein für die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der einheimischen Arbeiterklasse heute einen Migrationshintergrund hat. Umgekehrt zeigt Adrien Thomas, wie die luxemburgische Déi Lénk mit einem Diskurs, der sich stark auf soziale Ungleichheiten stützt, in erster Linie auf eine Gemeinschaft von Arbeiter:innen der Unterschicht zielt, obwohl es sich bei denjenigen, die in prekären Positionen arbeiten, oft um Migrant:innen handelt, die kein Wahlrecht haben.

In einigen wenigen Ländern ist es den Parteien tatsächlich gelungen, die traditionelle und die neue linke Wählerschaft erfolgreich zu vereinen. Dies gilt insbesondere für jene Linksparteien, die erfolgreich um politische Macht kämpfen, gegebenenfalls auch, um sie zu übernehmen. Darunter sind die Parteien in Griechenland und Zypern, aber auch in Belgien und Dänemark. Vor allem in Spanien und Portugal haben starke feministische Bewegungen auch zur Zusammenarbeit zwischen Gruppen mit unterschiedlichen linken Ausrichtungen und zur Verknüpfung unterschiedlicher sozialer und soziokultureller Milieus beigetragen.

Ein wichtiger Faktor könnte dabei sein, dass es in Zypern, Griechenland und Spanien, wo die radikale Linke im letzten Jahrzehnt die politische Landschaft prägte, keine oder nur sehr schwache grüne Parteien gibt. Umgekehrt haben Linksparteien in Ländern, in denen in den letzten Jahren starke ökologische Bewegungen entstanden sind (z.B. Fridays for Future und große Klimamärsche), bei den letzten Wahlen grundsätzlich nicht mehr Stimmen erhalten. Ein Grund dafür liegt in der Konkurrenz um die Wähler:innen, die Fragen des Klimas und

der Ökologie priorisieren, mit den grünen Parteien, die dieses Thema traditionell besitzen. Für radikale linke Parteien stellt sich damit die Frage, wie sie ihren traditionellen Fokus auf die soziale Frage mit der Sorge um den Klimawandel in konkreten politischen Programmen verbinden können. Linke Parteien in Skandinavien, Deutschland und Frankreich diskutieren diese Themen in ihren Agenden zur sozial-ökologischen Transformation; gleichzeitig bleibt das relative Gewicht ökologischer Fragen innerhalb von Teilen der radikalen Linken umstritten – auch in Deutschland.

Schließlich stellt sich die Frage, wie weit radikale linke Programme in die politische Mitte hinein ausgedehnt werden können. In Großbritannien wurde der Versuch, linksradikale Positionen in die Labour Party zu bringen, zunächst mit viel Enthusiasmus aufgenommen, war aber letztlich nicht von Dauer. Die auf der Linken freigesetzte Energie hat jedoch die Möglichkeit geschaffen, dass Left Unity als neue Partei links von der Labour Party entstehen konnte. Die Gründung dieses sozialistischen, feministischen und umweltpolitischen Netzwerks im Jahr 2013 hatte ihren Ursprung in der »Europe against Austerity«-Konferenz von 2011, die die britische Anti-Austeritätsbewegung und die Gewerkschaften in direkten Kontakt mit der europäischen radikalen Linken brachte. Die Griechenland-Solidaritätskampagne stärkte anschließend die Beziehungen zwischen linksradikalen Akteuren in Großbritannien und Griechenland. Left Unity hat sich seitdem als kleine, aber stabile Kraft auf der linken Seite der britischen Politik etabliert und hat Mitgliedsstatus innerhalb der Europäischen Linkspartei.

Verknüpfungen mit sozialen Bewegungen und der außerparlamentarischen Linken

Die oben erwähnten programmatischen Fragen sind mit Strategien der Verknüpfung verwoben. Es ist kein Geheimnis, dass traditionelle Linksparteien dazu neigen, Verbindungen fast ausschließlich mit loyalen, der Partei nahestehenden Gruppen aufzubauen. Die KKE in Griechenland und die KSČM in der Tschechischen Republik sind dafür klare Beispiele. Die belgische PTB versucht, ihren früheren Dogmatismus zu überwinden und kommuniziert nun mit einem breiten Spektrum linker Kräfte, aber sie kooperiert noch immer hauptsächlich mit parteinahen Organisationen.

Auf der anderen Seite des Spektrums neigen Linksparteien des demokratisch-sozialistischen Typs, die ideologisch vom Marxismus der Zeit nach 1968, der Sozialdemokratie und den einheimischen sozialistischen Traditionen inspiriert wurden, dazu, nach breiteren Bündnissen innerhalb der Gesellschaft zu suchen. In aktiven Auseinandersetzungen bemühen sie sich ebenso um die Un-

terstützung von verschiedenen unabhängigen linken Akteuren. Beispiele dafür sind die Parteien, die zur Nordischen Linken gehören, aber auch die größeren Linksparteien in Südeuropa wie Syriza und Unidas Podemos. Die letztgenannten Beispiele illustrieren, wie starke Verbindungen zu Bewegungen dazu beitragen können, politische Macht zu gewinnen. Doch wie Danai Koltsida und Marga Ferré für Syriza bzw. Unidas Podemos anmerken, wurden die Verbindungen zu genau den Bewegungen, die zu ihrem politischen Erfolg beigetragen hatten, auch stärker belastet, als diese Bewegungen nunmehr gegen die Linksparteien als verantwortliche Träger der Regierungspolitik protestierten. Diese Erfahrungen hatten Jahre zuvor bereits die italienische Rifondazione Comunista (PRC) machen müssen.

Breit aufgestellte und parlamentarisch erfolgreiche Linksparteien haben oft starke Verbindungen in die Zivilgesellschaft, auch in organisierte Interessenvertretungen wie Gewerkschaften. Dies ist besonders bei älteren Parteien der Fall. Die AKEL in Zypern ist eine Massenpartei, die bei nationalen Wahlen etwa ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt und fest in der Gesellschaft verankert ist. Viele der Parteien in Nordwesteuropa haben sich seit 1990 mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen vernetzt. Manchmal fiel es ihnen schwer, Verbindungen zu Organisationen aufzubauen, die traditionell der Sozialdemokratie nahestehen, und sie konzentrierten sich daher stattdessen auf neue soziale Bewegungen und Proteste sowie auf NGOs. Der Niedergang der Sozialdemokratie hat der radikalen Linken in diesem Bereich jedoch mehr Raum eröffnet. In einigen Fällen können die Parteien jedoch ihre erklärten Präferenzen in Bezug auf die Verknüpfung nicht einhalten. Wie Henning Süßner Rubin anmerkt, hegt die schwedische Linkspartei das Ideal einer Bewegungspartei, ist aber eher eine Partei von Lokalpolitiker:innen mit überwiegend passiven Mitgliedern.

Kleine Linksparteien haben in der Regel weniger, manche fast gar keine Zugänge zu zivilgesellschaftlichen Initiativen. Nicht selten ist dies das Ergebnis von Fraktionalismus in einer ohnehin sehr kleinen linksradikalen Szene. Dies gilt umso mehr für Länder, in denen Linksparteien keine parlamentarische Präsenz haben. Das Hauptproblem der progressiven bulgarischen Linkspartei ist laut Tsoneva ihre fehlende soziale Basis – ihre soziale Verankerung. Umgekehrt existiert dort, wo Linksparteien politisch unbedeutend sind, die radikale Linke oft hauptsächlich in Form von Bewegungen und Organisationen. So beschreibt Krunoslav Stojaković, wie Studierendenproteste als Katalysator für neue soziale Proteste in Kroatien, Serbien und Slowenien dienten und so an der Basis einer neuen Linken Südosteuropas standen, die für direkte, partizipative und horizontale Demokratie eintritt. Dies wiederum hat auch zur parlamentarischen Präsenz der radikalen Linken in Slowenien (Levica) und Kroatien (Grüner-Links-Block) geführt. Starke soziale Bewegungen gibt es auch in

Großbritannien, wo das »firstpast the post«-Wahlsystem die Entwicklung einer substanziellen Linkspartei behindert.

Schließlich versuchen Linksparteien auch, breitere Unterstützung zu gewinnen, indem sie sich an Aktionen der unabhängigen Linken und Protestbewegungen beteiligen. Giuseppe Cugnata beschreibt, wie in Frankreich linke Parteien versuchten, von den sozialen Mobilisierungen der Jahre 2018 und 2019 zu profitieren. Letztendlich profitierten die Linksparteien jedoch nicht vom Ausbruch der politischen Unruhen (einschließlich der Gelbwestenbewegung und der Klimaproteste) bei den Europawahlen, die kurz nach der Protestwelle folgten. Der aktuelle Versuch, eine neue breite linke, ökologische und antikapitalistische Bewegung (Big Bang pour la Gauche) zu schaffen, wird hauptsächlich von Politiker:innen der radikalen Linken angeführt, allerdings mit dem klaren Versuch, zivilgesellschaftliche Bewegungen zu integrieren.

Positionen zur europäischen Integration

Obwohl sich die RLP in ihrer Kritik am aktuellen neoliberalen Design der EU einig sind, vertreten sie sehr unterschiedliche Positionen zur Zukunft der Union. Eine Mehrheit der europäischen Linksparteien sieht die Europäische Union als gegeben an. Diese Parteien unterstützen verschiedene Grade der europäischen Integration, oder sie sehen die EU einfach nicht am Ende. Anstatt einen Austritt aus der Union anzustreben, konzentrieren sich diese Parteien auf eine Veränderung der europäischen Institutionen, um sie demokratischer und rechenschaftspflichtiger zu machen und um soziale und grüne Politik zu unterstützen. Seit 2015 sind Debatten darüber, wie man mit der Austerität brechen kann, in der europäischen Linken zentral geworden. Doch gerade nach dem Brexit sind die Befürworter:innen eines EU-Austritts weitgehend verstummt.

Trotz der Tatsache, dass ihre Länder am stärksten von den Austeritätsmaßnahmen betroffen waren, haben sich linke Parteien Südeuropas im Allgemeinen nicht für einen Austritt aus der EU ausgesprochen. Syriza in Griechenland kämpfte während ihrer Regierungszeit damit, ihr traditionelles Eintreten für eine tiefere Integration in ein soziales Europa mit der weitverbreiteten Empörung über die mangelnde Achtung der griechischen Souveränität durch die Troika in Einklang zu bringen. In Spanien ist die Kritik an der EU als Folge der Finanzkrise gewachsen, aber weder Podemos noch Izquierda Unida befürworteten den Austritt aus der Union. Stattdessen haben sich beide Parteien aktiv an neuen Initiativen der europäischen Linken beteiligt, darunter die Initiative Plan B für Europa und, im Fall von Podemos, auch Now the People. Diese neuen Initiativen werden weiter unten ausführlicher beschrieben. In Zypern machte die AKEL einen Vorschlag für den Austritt aus der EU, als sie 2013 nicht

mehr an der Regierung war; die Partei zog den Plan jedoch bald wieder zurück, nachdem sie merkte, dass er in der Gesellschaft auf starken Widerstand stieß.

Die nordischen Linksparteien sind seit Langem für ihre Ablehnung der EU bekannt, aber in Dänemark und Schweden scheinen sich die Positionen zu verschieben. Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl stellen fest, dass insbesondere der Brexit die Idee eines Austritts aus der Union für die skandinavischen Bürger:innen weniger attraktiv gemacht hat. Das dänische Rot-Grüne-Bündnis, das ursprünglich einen Austritt aus der EU befürwortete, scheint sich nun auf eine EU-kritische Position zuzubewegen und den Standpunkten der meisten Parteien der europäischen Linken näherzukommen. Dies zeigt sich auch in der Entscheidung, bei den Europawahlen 2019 erstmals mit einer eigenen Parteiliste anzutreten. Die Abkehr von der EU-Opposition wird jedoch innerhalb der Partei heftig diskutiert, und eine endgültige Entscheidung über die offizielle EU-Politik der Partei wird auf dem Parteitag 2022 erwartet. Die schwedische Vänsterpartiet führt ebenfalls eine interne Debatte über die Haltung der Partei zur EU-Mitgliedschaft. Hier wird der Wechsel von der totalen Opposition zu einer Position des »Wandels von innen« vor allem von der Parteiführung vorangetrieben und hat die Unterstützung von Mitgliedern, die erst kürzlich der Partei beigetreten sind, während ältere Mitglieder die neue Richtung ablehnen. Trotz ihrer traditionellen Ablehnung der EU engagieren sich sowohl die Red Green Alliance (RGA) als auch die Vänsterpartiet aktiv in europäischen linken Initiativen. Beide Parteien waren mit der 2016 gestarteten Initiative Plan B verbunden, und vor den Wahlen 2019 traten sie der Plattform Now the People bei. Das finnische Linksbündnis hatte bereits 1995 eine positivere Haltung zur europäischen Integration eingenommen, als dieser Schritt als notwendige Bedingung für eine Regierungsbeteiligung angesehen wurde.

Im Gegensatz dazu bleibt die Sozialistische Partei der Niederlande skeptischer gegenüber der europäischen Integration. Die Partei erwägt einen Rücktritt vom Euro und fordert eine EU, in der die nationale Souveränität respektiert wird. Die irische nationalistische Sinn Féin plädiert ebenfalls für ein »Europa der souveränen Staaten«. Diese Parteien vertreten Positionen, die im Widerspruch zu denen der Mehrheit der europäischen Linksparteien stehen, und sie neigen dazu, sich weniger in europäischen linken Projekten zu engagieren. Das Gleiche gilt für mehrere kleine kommunistische Parteien in ganz Europa, wie zum Beispiel in Italien, die anstelle dessen ihr internationales Profil betonen.

Ungeachtet ihrer führenden Rolle in der Europäischen Linkspartei (EL) gibt es auch innerhalb der deutschen Partei DIE LINKE eine beträchtliche Debatte über die Haltung zur EU: Während die Mehrheit für eine Neuverhandlung der Verträge eintritt, die von den europäischen Bürger:innen in einem verbindlichen Referendum gebilligt werden sollte, behaupten andere, dass die EU als neoliberales, undemokratisches und imperialistisches Projekt abgelehnt wer-

den sollte. In Österreich hat sich die KPÖ 1995 gegen den EU-Beitritt des Landes ausgesprochen, aber seither hat eine Mehrheit der Parteimitglieder die Europäische Union als gegeben, aber mit grundlegendem Veränderungsbedarf, akzeptiert. Das gilt allerdings nicht für den steirischen Landesverband der KPÖ, der sich die Option eines EU-Austritts erhalten will. Die steirische KPÖ will auch die Mitgliedschaft der Partei in der EL, deren Gründer sie einst war, reduzieren und ihr Engagement auf einen reinen Beobachterstatus beschränken. Gleichzeitig unterstützen die Parteien in der Slowakei weiterhin die europäische Integration, trotz ihrer Vorbehalte gegenüber den europäischen Institutionen. Ähnliches gilt für die Linkspartei Bulgariens.

Wie die meisten anderen Parteien betrachtet auch die Belgische Arbeiterpartei (PTB) die EU als gegeben. Allerdings steht die Partei der Aussicht auf eine Veränderung, die von den europäischen Institutionen selbst kommt, eher skeptisch gegenüber. Stattdessen befürwortet die PTB den Aufbau einer gesamteuropäischen Gegenmacht aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, um radikale Veränderungen durchzusetzen. Dies entspricht dem allgemeinen Fokus der PTB auf den außerparlamentarischen Kampf. Die RLP in Kroatien, Serbien und Slowenien konzentrieren sich ebenfalls auf Bewegungskämpfe, was nicht überrascht, da diese Parteien aus den jüngsten Protestbewegungen hervorgegangen sind. Viele der im vorliegenden Band besprochenen europäischen RLPs beteiligen sich auch an Europäischen Sozialforen und anderen breiteren Initiativen der radikalen Linken, die nicht direkt mit europäischen politischen Institutionen verbunden sind.

Allerdings – und das ist ein grundlegendes Problem aller Linksparteien und vielen linken Bewegungen in Europa,³ einschließlich der starken Parteien innerhalb der ELP – steht Europa als Feld der Auseinandersetzung, das tief in die nationalen Belange der EU-Mitgliedsländer hineingreift, nicht gleichermaßen gewichtet auf der Agenda der jeweiligen Linksparteien.

Die Fragmentierung der Europäischen Linken

Die meisten der in diesem Band besprochenen linksradikalen Parteien sind trotz ihrer unterschiedlichen Haltungen zur EU der Partei der Europäischen Linken (ELP) angeschlossen. Als wichtigste linksradikale Partei auf europäischer Ebene steht die ELP für die sozial-ökologische Transformation der europäischen Gesellschaft und für die Demokratisierung der europäischen Institutionen. Die ELP fordert darüber hinaus ein Ende der Sparprogramme und

³ Der Kampf gegen das Handelsabkommen TTIP war hier eine große Ausnahme, allerdings ohne nachhaltige Wirkung.

des Fiskalpakts, die durch ein öffentliches Investitionsprogramm und eine demokratische Kontrolle des Finanzsektors, einschließlich der Besteuerung von Großunternehmen, ersetzt werden sollen. In ihrem Manifest für die Europawahlen 2019 forderte die ELP auch soziale Rechte für alle in der EU lebenden Menschen, einschließlich Migrant:innen. Doch trotz dieser gemeinsamen Plattform ist die ELP in der europäischen Öffentlichkeit nicht bekannt, und die meisten der jeweiligen Mitgliedsparteien schenken der ELP in ihren politischen Diskussionen auf nationaler Ebene wenig Beachtung. In dieser Situation unterscheidet sich die ELP kaum von den anderen europäischen Parteien. Das spiegelt auch das Demokratiedefizit der EU wider.

Ungeachtet dieses allgemeinen Mangels an Sichtbarkeit der europäischen Parteien hat die globale Finanzkrise das Gefühl der Dringlichkeit, ein progressives Bündnis gegen die Austeritätspolitik zu koordinieren, verstärkt und eine stärkere europäische Koordination der radikalen Linken gefordert. Dementsprechend spielte die Europäische Linkspartei eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der von Austeritätsmaßnahmen betroffenen Länder, und die Nominierung von Alexis Tsipras als Spitzenkandidat für die Europawahl 2014 war ein höchst symbolischer Akt linker Solidarität mit Syriza und Griechenland. Doch gleichzeitig fiel es der EL schwer, über einen allgemeinen Ruf nach einer stärkeren Linken hinaus konkrete Unterstützung für Syriza zu formulieren. Auch die geringe Größe und Wirksamkeit der ihr angehörenden Parteien, vor allem aus Nord- und Westeuropa, begrenzte den Einfluss der EL.

Dies trug zum Entstehen neuer Initiativen für eine europäische linke Politik bei, insbesondere nach 2015, als die Syriza-geführte Regierung Griechenlands ein neues Rettungsabkommen mit der Troika unterzeichnen musste, obwohl die Bürger:innen das Memorandum in einem nationalen Referendum abgelehnt hatten. Diese neuen Initiativen unterscheiden sich kaum in ihren Analysen, die die EU als neoliberales und undemokratisches Projekt von der Europäischen Linkspartei identifizieren. Dennoch führten ihre Konsequenzen zu unterschiedlichen Strategien, die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung zu verändern, und forderten so die Position der Europäischen Linkspartei heraus. (Siehe auch Hildebrandt 2019) Zu diesen Initiativen gehörten die Plan-B-Bewegung, DiEM25 und der Green New Deal sowie zuletzt Now the People.⁴

⁴ Gleichzeitig ist diese Strategie auf den Widerstand einiger RLP gestoßen, die wenig Nutzen in einer engeren Zusammenarbeit mit Partnern sehen, die andere Ziele haben und die das Gefühl haben, dass Koalitionen mit anderen progressiven Kräften die eindeutige Identität der europäischen radikalen Linken verwässern könnten, wie Yiannos Katsourides für die AKEL in Zypern anmerkt.

Beginnend im Jahr 2016 in Paris und Madrid wurden in verschiedenen europäischen Ländern Konferenzen organisiert, um einen »Plan B für Europa« zu diskutieren. Die Initiative entstand aus der Ablehnung der von der EU auferlegten Sparmaßnahmen für schuldengeplagte Länder während der Finanzkrise. Sie sah die Schaffung einer gesamteuropäischen Bewegung zur Veränderung der EU vor und forderte mit dem europäischen Binnenmarkt zu brechen, die EU zu demokratisieren und das Recht der einzelnen Länder, Gesetze zu erlassen, die über die gemeinsame EU-Gesetzgebung zum Schutz von Mensch und Umwelt hinausgehen. Während Plan B von linksradikalen Politiker:innen aus Griechenland (Varoufakis, Konstantopoulou), Frankreich (Mélenchon), Italien (Fassina) und Deutschland (Lafontaine) initiiert wurde, zog dieses Projekt bald Teilnehmer:innen aus linksradikalen Parteien und Organisationen von Schweden bis Portugal und von Belgien bis Polen an. Doch trotz dieser anfänglichen Begeisterung gelang es der Initiative nicht, sich erfolgreich an den Europawahlen zu beteiligen und anschließend eine eigene europäische Linksfraktion zu bilden oder sich nach den Wahlen von 2019 eine stabilere Präsenz in der europäischen Öffentlichkeit zu sichern.

Im Februar 2016, kurz nach dem ersten Plan-B-Gipfel, gründete Yannis Varoufakis zusammen mit dem kroatischen Philosophen und Aktivistin Srećko Horvat DiEM25 als paneuropäische Bewegung, die für eine radikale Transformation der EU eintritt. DiEM25 ist offen für individuelle Mitglieder und sucht explizit den Input von bekannten und einflussreichen Persönlichkeiten über die »eigenen« Reihen hinaus; dies zeigt sich auch im Beirat der Bewegung, dem Aktivist:innen, Politiker:innen sowie Akademiker:innen aus ganz Europa und den USA angehören. Im April 2019 startete die Bewegung die Kampagne »Green New Deal for Europe«, um breitere Allianzen für ihre Klima-Agenda zu schaffen. Im Vorfeld der EP-Wahlen 2019 gründete DiEM25 die transnationale Partei »Europäischer Frühling«. Mehrere kleinere linksradikale Parteien schlossen sich im Vorfeld der Europawahlen 2019 der Partei »Europäischer Frühling« an, jedoch konnte keine von ihnen einen Sitz im EP erringen. Ein Beispiel ist RAZEM aus Polen; die Partei steht der europäischen Integration positiv gegenüber und unterstützt die weitere Integration im Rahmen eines sozialen Europamodells.

DiEM25 war jedoch nicht die einzige linksradikale Initiative, die im Vorfeld der Europawahlen 2019 gegründet wurde. Im April 2019 kündigten Jean-Luc Mélenchon (France Insoumise), Pablo Iglesias (Podemos, Spanien) und Catarina Martins (Bloco de Esquerda, Portugal) die Gründung von Now the People an. Diese paneuropäische Bewegung begann ebenfalls mit der Ablehnung von Sparmaßnahmen und forderte eine demokratische und soziale Transformation der Europäischen Union, die die Souveränität des Volkes verteidigen soll. Der Initiative schlossen sich die Rot-Grüne Allianz aus Dänemark und die

Linksallianz aus Finnland an sowie die italienische Power to the People (PaP). Now the People war ebenfalls nicht in der Lage, nach den Europawahlen eine eigene Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden. Auch diese Bewegung scheint nach den Wahlen weniger aktiv, gegebenenfalls auch deshalb, weil die Abgeordneten der ihr angehörenden Parteien der Linksfraktion im Europaparlament (Left-Group, ehemals GUE/NGL) beitraten, zumal ein Teil der in der Initiative engagierten Parteien zugleich auch Mitgliedsparteien der EL sind. Keines der drei 2019 angetretenen linken Projekte hatte das Potenzial für die Bildung einer eigenständigen Fraktion. Bei diesen Wahlen 2019 erzielten die Linksparteien mit 5,46% der Stimmen eines ihrer schlechtesten Ergebnisse bei den Europawahlen. Dies hat die EL dazu veranlasst, ihre Strategien zu überdenken, insbesondere was ihre öffentlichen Aktionen und ihre Sichtbarkeit betrifft. Einer der Gründe für die mangelnde Sichtbarkeit der EL ist in der überwiegend nationalen Ausrichtung ihrer Mitgliedsparteien zu finden. Erschwerend kommt hinzu, dass europäische Themen dazu neigen, nur vorübergehend Mobilisierungskraft zu entwickeln. Das war etwa bei den Protesten gegen die Maßnahmen der Troika sowie gegen das Handelsabkommen TTIP der Fall. In den meisten Fällen werden europäische Themen weiterhin als zweitrangige Angelegenheiten behandelt, die den nationalen Interessen und Angelegenheiten untergeordnet sind. Die Fallbeispiele in diesem Band bestätigen dieses Bild einmal mehr.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die radikale Linke in Europa eine große Anzahl von Parteien, Bewegungen und Organisationen umfasst und sich durch ideologische, programmatische und organisatorische Vielfalt auszeichnet. Darüber hinaus agieren die Akteure unter unterschiedlichen lokalen und nationalen Bedingungen, die ihre Ansichten und Organisation stark beeinflussen. Ungeachtet dieser Unterschiede sehen sich die Organisationen der radikalen Linken in ganz Europa mit gemeinsamen Themen konfrontiert, die sich auf mehreren Ebenen abspielen. Dazu gehören die globale Klimakrise, die europäische Austeritätspolitik und die Fragmentierung der nationalen politischen Landschaften. Diese Einführung hat einige dieser gemeinsamen Themen skizziert – und die unterschiedlichen Antworten, die linksradikale Organisationen darauf formuliert haben. Sie kann jedoch in keiner Weise alle Besonderheiten der verschiedenen linksradikalen Parteien und Organisationen in ihren lokalen Kontexten abdecken. Ausführliche Diskussionen zu den jeweiligen Parteien und Organisationen bieten die Länderkapitel dieses Bandes.

Literatur

- Agustín, Óscar García (2020): *Left-Wing Populism. The Politics of the People*. Bingley. European Left Party (2019): *Reset Europe, go left! Overcoming capitalism to build a Europe of peoples, save the planet and guarantee peace*. european-left.org/wp-content/uploads/2019/12/Political-Document-Final-version-EL-Congress-2019.pdf (13.5.2021).
- Fassin, Didier (2020): *The blind spots of Left populism*. In: *OpenDemocracy: opendemocracy.net/en/rethinking-populism/blind-spots-left-populism/* (20.5.2021).
- Hildebrandt, Cornelia (2010): *Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa*. In: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.): *Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa*. Berlin.
- Hildebrandt, Cornelia (2019): *Nationales versus EU: Europas Linke zwischen Annäherung und Abgrenzung. Zu den europäischen Kräfteverhältnissen und zur Situation der Linksparteien vor den Europawahlen*. die-zukunft.eu/nationales-versus-eu-europas-linke-zwischen-annaehderung-und-abgrenzung/ (10.6.2021).
- Katsambekis, Giorgos/Kioupkiolis, Alexandros (2019): *The Populist Radical-Left in Europe*. Abingdon/New York.
- Keith, Daniel/March, Luke (2016): *Introduction*. In: Keith, Daniel/March, Luke (Hrsg.): *Europe's Radical Left. From Marginality to the Mainstream?* London/New York, 1-23.
- March, Luke/Mudde, Cas (2005): *What's Left of the Radical Left. The European Radical Left after 1989: Decline and Mutation*. In: *Comparative European Politics* 1, 23-49.
- Mouffe, Chantal (2018): *For A Left Populism*. London/New York.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristobal Rovira (2017): *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford.
- Müller, Jan Werner (2016): *Was ist Populismus?* Philadelphia.
- Prentoulis, Marina (2021): *Left Populism in Europe: Lessons from Jeremy Corbyn to Podemos*. London.
- Sotiris, Panagiotis (2019): *Is a »Left-Populism« Possible?* In: *Historical Materialism* 27 (2), 3-39.
- Sunkara, Bhaskar (2019): *From socialisms and populism and back*. In: *Jacobin* 35. jacobinmag.com/2019/11/from-socialism-to-populism-and-back/ (25.5.2021).

Die Neuausrichtung der radikalen Linken in Frankreich (2017–2020)

von Giuseppe Cugnata

Dieser Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der beiden größten radikal linken Parteien Frankreichs ab 2017: *der Parti communiste français* (Kommunistische Partei Frankreichs, PCF) und *La France Insoumise* (Unbeugsames Frankreich, FI). Betrachtet wird der Zeitraum ab 2017 bis heute, in dem drei wichtige landesweite Wahlen abgehalten wurden: die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017 sowie die Europawahl 2019.

1. Die letzten Wahlen und die linke Wähler:innenschaft

Präsidentschaftswahl 2017

Die Präsidentschaftswahl gilt als das wichtigste Votum Frankreichs. 2017 erlebte die *Parti Socialiste* (Sozialistische Partei, PS) eine katastrophale Niederlage; die traditionelle polarisierte Lagerbildung zwischen Sozialist:innen und Konservativen brach zusammen; die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen feierte großen Erfolg. Doch mit dieser Wahl begann auch die radikale Linke mit ihren wichtigsten Kräften PCF und FI einen Prozess der Neuausrichtung.

Im Februar 2016 distanzierte sich Jean-Luc Mélenchon, der 2012 Präsidentschaftskandidat der *Front de Gauche* (Linksfront) und Vorsitzender der *Parti de Gauche* (Linkspartei) gewesen war, von einem Vorschlag der PCF, gemeinsame Vorwahlen mit mehreren linken Parteien zu veranstalten. (Le Monde, 30.5.2016) Im Juni 2016 trat er aus der Front de Gauche aus und gründete eine neue Bewegung, *La France Insoumise*. Bei der Präsidentschaftswahl wollte er als Unabhängiger kandidieren. Im November 2016 stimmten die PCF-Mitglieder darüber ab, ob ihre Partei Mélenchon unterstützen sollte. Nur 53,6% stimmten dafür. (PCF 2016) Diese parteiinterne Wahl war also bereits ein Vorbote für die sich verschlechternden Beziehungen zwischen den beiden Gruppierungen.

Nach einem außergewöhnlichen Wahlkampf mit ökosozialistischen Elementen und der Forderung nach einer neuen Verfassung für die zu begründende Sechste Republik stimmten 7.059.951 Wahlberechtigte für Mélenchon. Das entspricht 19,58% aller abgegebenen Stimmen und 70% des linken Spektrums. Damit lag er deutlich vor dem sozialistischen Kandidaten Benoît Hamon (6,36%), Philippe Poutou (1,09%) von der *Nouveau Parti Anticapitaliste* (Neue Antikapitalistische Partei, NPA) und der Kandidatin von Lutte Ouvrière (Arbeitskampf, LO), Nathalie Arthaud (0,64%). Mélenchon verpasste allerdings die Qualifikation für den zweiten Wahlgang um etwa 600.000 Stimmen.

Im Vergleich zu 2012 erhielt Mélenchon drei Millionen Stimmen mehr. Vor ihm hatte in der Fünften Republik noch kein Kandidat der radikalen Linken ein solches Ergebnis erzielt. (Cautrès 2017) Er konnte sowohl kommunistische (Fourquet 2017) als auch einen Teil der sozialistischen Wähler:innen überzeugen, die vom amtierenden Präsidenten François Hollande enttäuscht waren und den PS-Kandidaten für schwach hielten. (Cautrès 2017: 182) Außerdem stimmten 25% der früheren Nichtwähler:innen und der Erstwähler:innen für Mélenchon. (Ebd.)

Auffällig bei Analysen seiner Wähler:innenzusammensetzung ist, dass Mélenchon bei keiner sozioprofessionellen Kategorie deutlich unter seinem Gesamtergebnis lag. Vielmehr konnte er seine Basis, anders als einige seiner Kontrahent:innen, in allen Kategorien ausbauen. Bei der arbeitenden Klasse erzielte er ein besonders gutes Ergebnis. Er holte 26% der Stimmen bei Techniker:innen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen. 24% bei Büroangestellten und 26% bei Industriearbeiter:innen. (Ipsos/Sopra Steria 2017a) Zudem wählten ihn 26,8% der Arbeitslosen, 28% der Leiharbeiter:innen und 24,1% der Teilzeitbeschäftigten.

Bei den genannten Schichten lieferte sich Mélenchon ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Marine Le Pen. Laut einigen Untersuchungen, insbesondere der gründlichen Studie von Luc Rouban (*The Conversation*, 1.10.2017), unterscheiden sich seine Wähler:innen jedoch in einem Aspekt grundlegend von jenen der Front National. Mélenchon-Anhänger:innen mit geringem Einkommen haben tendenziell ein höheres formales Bildungsniveau als Wähler:innen der rechtsextremen Partei aus der gleichen Einkommensschicht. Yann Le Lann und Antoine de Cabanes drückten es folgendermaßen aus: »Eine akademische Ausbildung führt zu höherem politischen und kulturellem Kapital, was für gewöhnlich ein eher linkes Wahlverhalten und ein überproportional starkes Ergebnis der radikalen Linken mit sich bringt.« (Le Lann/de Cabanes 2017)

Mit seiner Strategie schöpfte Mélenchon das linke Wähler:innenpotenzial erfolgreich aus, begünstigt dadurch, dass er der einzige starke linke Kandidat war. So konnte er 2017 viele Bürger:innen mobilisieren, die der arbeitenden Klasse oder dem Prekariat angehörten und deren Lebensbedingungen sich verschlechtert hatten. Er gewann soziale Bewegungen und politische Organisationen (PCF, Gewerkschaften) und baute auf das starke Netzwerk der französischen Linken.

Parlamentswahl 2017

Obwohl Mélenchon bei der Präsidentschaftswahl hervorragend abgeschnitten hatte, konnten sich FI und PCF unmittelbar danach nicht auf ein Wahlbündnis für die Parlamentswahl einigen, auch wenn sie in einzelnen Wahlkreisen Vereinbarungen trafen. (Grunberg 2017) Gemessen an Stimmanteilen war das Ergebnis der radikalen Linken ungewöhnlich gut (13,7% gegenüber 6,9% 2012),

aber aufgrund des Mehrheitswahlrechts erhielten die Parteien keine zusätzlichen Parlamentssitze. (Dolez/Laurent 2018) Nichtsdestotrotz konnten beide Linksparteien in der Nationalversammlung Fraktionen bilden. FI erhielt 11% der Stimmen und 17 Sitze, darunter einen für Mélenchon. Die PCF erreichte 2,7% der Stimmen und zehn Sitze. Gemeinsam mit vier Abgeordneten aus den Überseegebieten bildete sie die Fraktion *Gauche Démocrate et Républicaine* (Demokratische und Republikanische Linke). Damit endete die Zeit der Front de Gauche (mit FI) offiziell.

Ein weiterer wichtiger und besonders die radikale Linke betreffender Faktor bei den Wahlen von 2017 war die Wahlenthaltung. Nur 47% derjenigen, die Mélenchon bei seiner Präsidentschaftskandidatur unterstützt hatten, wählten auch bei den Parlamentswahlen. (Martin 2017) Für diese negative Entwicklung gibt es verschiedene strukturelle und spezifische Gründe. Zu den strukturellen Gründen gehört, dass Parlamentswahlen nach den Präsidentschaftswahlen generell als zweitrangig angesehen werden. Seit 2002 werden Parlament und Präsident:in im gleichen Jahr gewählt, und seitdem sinkt auch die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen. In der Regel geht dabei aufgrund des Phänomens der »vote utile«, also der taktischen Stimmabgabe zur Unterstützung der Regierungspartei, die Partei der:des Präsident:in gestärkt hervor – was wiederum radikale Kräfte wie La France Insoumise schwächt. Ein spezifischer Grund für den Rückgang der Wahlbeteiligung liegt darüber hinaus auch in der Entzweiung der radikalen Linken nach der Präsidentschaftswahl. Dazu kam die schwache Organisation von La France Insoumise auf lokaler Ebene, sodass nicht auf dem Ergebnis der Präsidentschaftswahl aufgebaut werden konnte.

Die Wähler:innenstrukturen von FI und PCF bei der Parlamentswahl 2017 zeigen vergleichbare Tendenzen. Eine Ipsos-Studie zeigt, dass beide Parteien bei Techniker:innen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen überdurchschnittlich stark abschnitten: Die FI erhielt hier 17% (bei 11% insgesamt), die PCF 4% (bei 2,7% insgesamt). Die FI erzielte 14% bei Büroangestellten und 11% bei Industriearbeiter:innen. Der größte Unterschied besteht bei Arbeiter:innen im Ruhestand: Die PCF erhielt sehr gute 4%, die FI lediglich 7%. (Ipsos/Sopra Steria 2017b) Ein weiterer Unterschied lässt sich bei den Beschäftigungssektoren feststellen, aus denen Wähler:innen mobilisiert werden konnten. Die FI erhielt 18% bei Angestellten des öffentlichen Dienstes und 10% bei Angestellten des privaten Sektors. Die PCF erreichte hingegen 4% im privaten Sektor und 2% im öffentlichen Dienst. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch bei der Einkommenshöhe beobachten. Beide Parteien wurden vorrangig von Wähler:innen mit einem niedrigen Monatseinkommen von unter 1.250 Euro gewählt. (Ebd.)

Zwei Drittel derjenigen, die bei der Präsidentschaftswahl für Mélenchon gestimmt hatten, erklärten, auch bei den Parlamentswahlen PCF oder FI gewählt

zu haben (11 plus 55%). Eine mögliche Stimmenwanderung von Rechtsaußen zur radikalen Linken oder umgekehrt lässt sich hingegen nicht feststellen. Nur 2% der PCF- oder FI-Wähler:innen bei der Parlamentswahl hatten bei den vorhergegangenen Präsidentschaftswahlen für Marine Le Pen gestimmt; und nur 1% derjenigen, die bei den Präsidentschaftswahlen Mélenchon gewählt hatten, gaben an, die Front National für die Nationalversammlung zu wählen. (Ebd.)

Europawahl 2019

Von Ende 2018 bis Mitte 2019 kam es zu Aufruhr in der französischen Gesellschaft. Im November 2018 stürmte die Gelbwestenbewegung die Straßen. Entgegen gewissen Medienberichten richtete sich der Protest nicht nur gegen die Treibstoffsteuer, sondern war »Ausdruck einer tiefsitzenden, grundlegenden Unzufriedenheit mit der Ungleichheit«. (Bendali/Kabbaj 2019) Die breite Bewegung hatte keine einheitliche ideologische Ausrichtung,¹ setzte sich aber aus den am stärksten benachteiligten Gruppen der Bevölkerung zusammen. Alle Oppositionsparteien versuchten deshalb, die Bewegung zu vereinnahmen. (Bendali et al. 2019) Ende 2018 rollte eine erneute Protestwelle über Frankreich. Die Klimamärsche brachten zehntausende Studierende und Aktivist:innen verschiedener Umweltorganisationen und -bewegungen zusammen. Diese Proteste hatten eindeutiger ideologische Positionen. Eine Studie des soziologischen Forschungskollektivs *Quantité Critique* belegt, dass sich die meisten Klima-Protestierenden als links identifizierten. Es gebe allerdings eine reformistische und eine radikale Strömung. (Libération, 12.3.2020) Schließlich kam es als Reaktion zu einem Gesetzentwurf über die Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Abschaffung von Sonderregelungen für Arbeiter:innen in besonders strapaziösen Branchen zu einer Reihe von Streiks, die das Land zwischen Dezember 2019 und Februar 2020 lahmlegten. Diese sozialen Bewegungen prägten die französische Gesellschaft bei der Europawahl 2019. Die radikale Linke versuchte, auf der Welle dieser sozialen Proteste zu reiten, was ihr aber nicht gut gelang. Einzig der grünen Partei *Europe Écologie – Les Verts* (Europa Ökologie – Die Grünen, EELV) kamen die Klimamärsche zugute. Bei den Europawahlen im Mai 2019 holte sie 13,48% der Stimmen und 13 Sitze.

Die FI erhielt 6,31% der Stimmen und sechs Sitze. Die Spitzenkandidatin Manon Aubry ist jetzt Co-Fraktionsvorsitzende von GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) im Europäischen Parlament. Die PS erhielt 6,19% und ebenfalls sechs Sitze. *Gé-*

¹ Laut der im Dezember 2018 durchgeführten Studie von *Quantité Critique* lassen sich drei ideologische Ausrichtungen unterscheiden: radikal links, rechtsextrem und »weder rechts noch links«. (Vgl. ebd.)

nération.s, eine von Benoît Hamon gemeinsam mit DIEM25 nach der wenig erfolgreichen Präsidentschaftswahl von 2017 gegründete Bewegung, scheiterte mit 3,27% an der Fünf-Prozent-Hürde. Obwohl der Wahlkampf von Ian Brossat beachtlich war, konnte auch die PCF nicht in das Parlament einziehen. Sie erhielt 2,49% der Stimmen und verlor somit ihre drei Sitze, die sie 2014 errungen hatte.

Verglichen mit den Parlamentswahlen holte die PCF mehr Stimmen bei Techniker:innen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen (4%) und bei Arbeiter:innen im Ruhestand (4%), schnitt in den anderen Kategorien aber schlechter ab. Die FI verlor hingegen Stimmen bei Techniker:innen und gleichrangigen nichttechnischen Berufen (10%) und legte bei den Angestellten zu (11%). Bei den Arbeiter:innen blieb die Partei etwas stärker (7%). Bei Angestellten des öffentlichen Dienstes erlebte die FI einen Einbruch (von 18% auf 9%), konnte das Ergebnis bei Angestellten des privaten Sektors jedoch halten (9%).

Die FI verlor einen großen Anteil der früheren Unterstützer:innen an EELV. Nur 36% der Mélenchon-Wähler:innen von 2017 gaben an, FI gewählt zu haben. 19% sagten, sie hätten für EELV gestimmt. (Ipsos/Sopra Steria 2019) In der Europawahl schlug sich damit eine negative Entwicklung der französischen radikalen Linken nieder, der es nicht gelang, an die Ergebnisse bei der Präsidentschaftswahl 2017 anzuknüpfen.

2. Strategische Ausrichtung der Parteien

Nach den Parlamentswahlen von 2017 übernahmen die Abgeordneten und der Vorsitzende Mélenchon die strategische Steuerung von La France Insoumise. Weder die Ortsverbände, die Mélenchons Präsidentschaftskandidatur unterstützt hatten, noch die 540.000 Aktivist:innen, die sich vor der Wahl auf einer Onlineplattform registriert hatten (Ouest-France, 12.11.2017), konnten sich als organisatorische Einheiten zwischen der Basis und der Parteiführung etablieren. Die Parteistruktur blieb schlank.

In der Folge schien Mélenchon eine neue Strategie zu verfolgen. Da die Bewegung diesbezüglich allerdings keine offiziellen Beschlüsse traf, lässt sich der strategische Zickzackkurs dieser Zeit nur aus den Wahlzielen und ihrem erweiterten Diskurs rekonstruieren. Im Präsidentschaftswahlkampf hatte Mélenchon zunächst einen »linken Diskurs« bedient, »Ausdruck eines neuen Stolzes auf das revolutionäre Erbe, eine soziale und jetzt auch ökologische Massenbewegung«. (Mayaffre 2017) Gegen Ende des Wahlkampfs, nachdem er die PCF heftig angegriffen hatte, schien er jedoch ein populistisches Programm zu verfolgen, obwohl die »orthodoxe« populistische Strömung innerhalb der Bewegung marginalisiert wurde.

Mehrere böswillige Kommentare in auch linken Zeitungen, eine Immigrationsdebatte, in der die Bewegung zeitweise eine uneinheitliche Position vertrat (Regard.fr, 12.11.2018), und die katastrophale Reaktion auf Polizeidurchsuchungen in Mélenchons Haus und der FI-Zentrale, nachdem im Oktober 2018 Anschuldigungen wegen Veruntreuung von EU-Mitteln für Assistent:innen im Europäischen Parlament laut geworden waren (The Guardian, 18.10.2021), führten die FI in eine Negativspirale. Diese Ereignisse und die größer werdende Distanz zur traditionellen Linken sorgten verstärkt für eine populistische Ausrichtung.

Mélenchon gab die Idee eines »rassemblement de gauche« (einer vereinigten Linken) auf und forderte stattdessen, man solle »fédérer le peuple« (die Menschen zusammenbringen). Damit wollte die Bewegung ein Wähler:innenspektrum außerhalb der Linken gewinnen, insbesondere diejenigen, die sich als »weder links noch rechts« bezeichneten.² Diese Strategie muss aber wohl als gescheitert gelten, da die FI in dieser Gruppe keine Stimmen gewinnen konnte, im Gegenzug aber linke Unterstützung einbüßte (Regard.fr, 15.2.2019).

Mélenchons strategisches Vorgehen sorgte zugleich für Unzufriedenheit in der Partei. Mehrere wichtige Persönlichkeiten kehrten der FI den Rücken, etwa Charlotte Girard, Mitglied des Wahlteams von 2017, die einen Mangel an parteiinterner Demokratie kritisierte. (Libération, 9.6.2019)

In der Partei existieren ein radikal linker und ein populistischer Flügel nebeneinander (Regard.fr, 28.11.2018). Das führt zu widersprüchlichen Strategien und erklärt die strategischen Wendungen in die eine oder die andere Richtung. Während die »populistische Phase« zu einem gewissen Grad ein Versuch war, die Dynamik der Gelbwesten aufzunehmen, wurde für die Europawahlen 2019 ein »klassisch linkes« Vorgehen gewählt, mit Manon Aubry als Spitzenkandidatin. Auch wenn die FI damit wieder offene linke Positionen vertreten wollte, konnte die Bewegung ihre Verluste nicht vollständig wettmachen. Das Hin und Her bei der strategischen Positionierung bereitete der Partei Probleme, ihr ursprüngliches Momentum mit einer klaren Botschaft an die Öffentlichkeit beizubehalten.

Die PCF wiederum leitete nach den Parlamentswahlen mit einem außerordentlichen Kongress im November 2018 in Ivry eine Grundsatzdiskussion ein. Neben der Beschlussvorlage des Generalsekretärs Pierre Laurent wurden drei weitere Vorschläge eingebracht. Der erste sprach sich für neue Bündnisse mit anderen Kräften der radikalen Linken aus, auch mit der FI. Der zweite wollte

² Beim Präsidentschaftswahlkampf wurde die sich als »weder links noch rechts« bezeichnende Wähler:innenschaft von drei großen Kandidat:innen umworben: Jean-Luc Mélenchon, Emmanuel Macron und Marine Le Pen. (Vgl. Ipsos/Sopra Steria 2017a).

das Profil der PCF gegen die FI stärker abgrenzen. Der dritte wurde vom orthodoxeren Flügel der Partei gestützt.

Erstmals seit Gründung der PCF wurde ein Vorschlag des Generalsekretariats abgelehnt; der Zuspruch betrug nur 37,8%. Die Mehrheit stimmte mit 42,2% für den zweiten Alternativvorschlag von André Chassaigne. Der erste konnte 11,9 und der dritte 8,26% der Delegierten überzeugen. (PCF 2018) Fabien Roussel, Mitglied der Nationalversammlung, wurde zum neuen Generalsekretär ernannt, Pierre Laurent zum Vorsitzenden des Nationalrats der Partei. Mit dem neuen Generalsekretär wollte die PCF insbesondere gegen Steuerflucht angehen und sich für Industriearbeiter:innen einsetzen. Andere aktuelle Themen, etwa der Kampf gegen die Klimaerwärmung, sind seitdem weniger präsent.

Der neue Generalsekretär vertrat auch bei der Europawahl 2019 eine Position der Abschottung. Die PCF beschloss, keine Wahlbündnisse einzugehen. Nach einem zuversichtlich geführten Europawahlkampf von Ian Brossat, einem der stellvertretenden Bürgermeister von Paris, kam die harte Niederlage: 2,49% der Stimmen und der verpasste Einzug ins Parlament.

Für die Kommunalwahlen 2020 wurden in den größten Städten (Marseille, Lyon, Bordeaux und Paris) linke Einheitslisten gebildet. Die PCF konnte so die Gemeinden Bobigny, Villejuif und Noisy-le-Sec zurückgewinnen. Außerdem hielt sie die Gemeinden in den roten Pariser Vororten, etwa Gennevilliers. Doch sie verlor auch zahlreiche Städte, darunter ihre zwei wichtigsten Hochburgen Saint-Denis und Aubervilliers, erneut Anzeichen einer anhaltenden Schwäche.

Trotz der Bemühungen, ihre kommunistische Identität wiederzufinden, und obwohl sie zu den Parteien mit den meisten aktiven Mitgliedern gehört (Mediapart, 18.1.2019), ging die PCF aus den Wahlen 2017–2019 deutlich geschwächt hervor. Da sie ihre Strategie nicht auf neue soziale Themen wie die Ökologie ausrichtete, verlor sie ihre zentrale Bedeutung innerhalb der radikalen Linken. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, aber es sieht so aus, als wollte die Partei bei der kommenden Präsidentschaftswahl eine:n eigene:n Kandidat:in aufstellen.

Weil sie die Strategien der beiden Parteien für die negativen Entwicklungen verantwortlich machten, suchten einzelne Gruppen in FI und PCF den Dialog. Die von den Abgeordneten Elsa Faucillon (PCF) und Clémentine Autain (FI) angestoßene Initiative hieß »Big Bang pour la gauche« (Urknall für die Linke). In kurzer Zeit kamen 1.000 Unterschriften von Aktivist:innen aus Politik und Zivilgesellschaft zustande, darunter Vertreter:innen von PCF, FI, EELV, Génération.s, Gelbwesten, Umweltschutzgruppen, antirassistischen Kollektiven, feministischen Bewegungen sowie Gewerkschafter:innen von CGT und kleineren radikalen Gewerkschaften. Die Initiative will Bewusstsein dafür schaffen, dass eine linke, ökologische und antikapitalistische Sammelbewegung nicht durch Handschläge zwischen einzelnen Politiker:innen zustande kommen kann, son-

dern einen neuen Handlungsrahmen für ihre verschiedenen Kämpfe benötigt. In diesem Rahmen sollen »Insoumis:es, Kommunist:innen, Antikapitalist:innen, Sozialist:innen und Grüne« zusammenkommen, »alle Kräfte, die für ein Ende neoliberaler Politik stehen«. (Le Monde, 4.6.2019) Der *Big Bang pour la gauche* brachte auch während der Pandemie gemeinsame Initiativen zustande, vor allem dank parlamentarischer Aktionen von Elsa Faucillon und Clémentine Autain.

3. Europapolitische Ideen linker Parteien

Die europapolitischen Vorstellungen der radikal linken Parteien Frankreichs lassen sich am besten anhand der Wahlprogramme für die Europawahl 2019 erörtern. Auch die Haltung zu radikal linken Organisationen auf europäischer Ebene (Partei der Europäischen Linken, GUE/NGL, Europäisches Sozialforum etc.) lässt Rückschlüsse auf ihre Europapolitik zu.

Das Wahlprogramm der FI konzentrierte sich auf Mélenchons »Plan-B«-Strategie.³ Demnach sollten die bestehenden europäischen Verträge missachtet werden, insbesondere die Wirtschaftsvereinbarungen, was in letzter Konsequenz auf die Kündigung der alten Abkommen und den Abschluss eines neuen »Gründungsvertrags« hinauslaufen sollte. Die FI wollte neue Regeln etablieren, etwa eine Harmonisierung der sozialen und ökologischen Vorschriften, den Vorrang des nationalen vor dem europäischen Recht, das Ende der Austeritätspolitik und eine demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank (EZB).

Das Programm sah auch eine ökologische Zukunftsplanung sowie ökonomische Regulierungen gegen Steuer- und Sozialdumping vor. Die Partei positionierte sich für internationale Kooperation, etwa mit den BRICS-Ländern, aber gegen die Ratifizierung von Freihandelsabkommen wie CETA. (La France Insoumise 2019)

Für die europäische radikale Linke hatte die FI im Zuge der Europawahl 2019 gemeinsam mit *Podemos* (Spanien) und dem *Bloco de Esquerda* (Portugal) eine neue Initiative vorgeschlagen: »Maintenant le Peuple« (Jetzt die Menschen). Dieses Bündnis kritisierte die Art und Weise, wie die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und der Europäischen Kommission geführt wurden, und forderte ein Ende der Austeritätspolitik. Weitere Parteien sind der

³ Dieser »Plan B« war im Europawahlprogramm von La France Insoumise zwar bedeutsam, neuere Äußerungen der Parteiführung, insbesondere von Mélenchon, deuten allerdings auf eine Abkehr von dieser Strategie hin. (Vgl. Interview mit Pierre Khalfa in Regards.fr, 11.3.2019).

Initiative beigetreten: *Enhedslisten – de rød-grønne* (Einheitsliste – Die Rot-Grünen, Dänemark), *Vasemmistoliitto* (Linksbündnis, Finnland), *Vänsterpartiet* (Linkspartei, Schweden) und *Potere al Popolo* (Macht dem Volk, Italien).

Nach der Europawahl kam jedoch keine neue Fraktion im Europaparlament zustande, die Aktionen der Initiative ließen nach. Alle Europaabgeordneten der FI beschlossen nach einigen Verhandlungen, sich GUE/NGL anzuschließen. Spitzenkandidatin Manon Aubry wurde neben dem Deutschen Martin Schirdewan Co-Fraktionsvorsitzende.

Die FI ist nicht Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL), die mit ihr verbundene Partei *Ensemble!* hingegen schon. Ein weiteres Zeichen für die Nähe der französischen Partei zur europäischen radikalen Linken war der Beitritt des FI-nahen Thinktanks »Institut de Transition Citoyenne/Intérêt Général«, jetzt »Institut La Boétie«, als Beobachter bei Transform! Europe. Außerdem sei noch Mélenchons Teilnahme am Europäischen Sozialforum 2019 in Brüssel erwähnt.

Das Programm der Kommunistischen Partei Frankreichs für die Europawahl 2019 forderte eine Neuverhandlung der Europäischen Verträge und damit eine grundlegende Reform der EU, des Euro und der EZB. Die Geschichte der PCF ist in der Tradition der europäischen radikalen Linken fest verankert. Francis Wurtz (PCF) war von 1979 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und saß der GUE/NGL-Fraktion von 1999 bis 2009 vor. Die PCF spielte zudem eine grundlegende Rolle bei der Vernetzung der Front de Gauche innerhalb der Europäischen Linken und der GUE/NGL nach den Europawahlen 2009 und 2014. Im Wahlkampf 2019 forderte die Partei einen europäischen Mindestlohn, den Schutz des öffentlichen Dienstes in Europa und den Kampf gegen Steuerflucht innerhalb der EU. Besonderes Gewicht erhielten die Harmonisierung der Industrie und der Kampf gegen die Verlagerung von Fabriken. Der Widerstand gegen Freihandelsabkommen wie CETA und das Infragestellen der NATO-Mitgliedschaft waren zentrale Elemente im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. (PCF 2019) Heute ist die PCF Mitglied der EL und stellt mit Pierre Laurent einen stellvertretenden Vorsitzenden. Da sie es 2019 nicht ins Europaparlament geschafft hat, ist sie nicht Mitglied der GUE/NGL-Fraktion. Pierre Laurent ist einer der Veranstalter:innen des Europäischen Sozialforums 2019.

Fazit

Die vergangenen vier Jahre waren in Frankreich von allgemeiner Unruhe geprägt. Mit dem Zusammenbruch der polarisierten Lagerbildung, die die Politik der letzten Jahrzehnte bestimmt hatte, ordnete sich das politische Spektrum neu. Die Spannungen schlugen sich in der Präsidentschaftswahl 2017

nieder und führten zum Erfolg einer neuen radikal linken Partei, La France Insoumise, mit sensationellen 19,58% der Stimmen und über sieben Millionen Wähler:innen. Jean-Luc Mélenchon konnte die klassischen linken Strukturen für sich gewinnen und sein Ergebnis bei den unteren Bevölkerungsschichten durch radikale Forderungen stärken. Nach den Wahlen kam es jedoch zu einer Reihe von Schwierigkeiten. Der Bruch mit der PCF, der populistische Zickzackkurs und das Fehlen von Zwischenstrukturen auf lokaler und nationaler Ebene führten bei den folgenden Parlaments- und Europawahlen zu einem Stimmenrückgang für La France Insoumise. Gleichzeitig isolierte sich die PCF, die 2017 zehn Abgeordnete ins Parlament schickte, und zog sich auf ihre Identität zurück. Dies war die Folge eines neuen Machtgefüges innerhalb der Partei und konnte dem Stimmenschwund nicht Einhalt gebieten.

Wenngleich viele Ähnlichkeiten in Wahlprogramm und Basis bestehen, gemeinsame Gesetzesinitiativen eingebracht wurden und auf europäischer Ebene gemeinsame Beziehungen zu bestimmten Organisationen vorliegen, sieht es momentan nicht so aus, als könnte ein Bündnis beider Parteien bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2022 zustande kommen. Es scheint eher wahrscheinlich, dass sie bei diesen Wahlen erneut getrennt antreten.

Literatur

- Bendali, Zekaria/Challier, Raphaël/Della Sudda, Magali/Fillieule, Olivier (2019): Le mouvement des Gilets jaunes: un apprentissage en pratique(s) de la politique? In: *Politix* 4(128), 143-177.
- Bendali, Zekaria/Kabbaj, Gala (2019): Ideological Divisions in the »Yellow Vests« Movement. Rosa Luxemburg Stiftung, 24. Mai 2019.
- Cautrès, Bruno (2017): Mélenchon, »vainqueur caché« de la présidentielle? In: Perrineau, Pascal (Hrsg.): *Le vote disruptif*. Paris, 175-192.
- Dolez, Bernard/Laurent, Annie (2018): Des voix aux sièges : Les élections législatives de 2017. In: *Revue française de science politique* 5(68), 803-819.
- Fourquet, Jérôme (2017): Insoumis d’hier et d’aujourd’hui: le vote Mélenchon, des maquis de la Résistance à Notre-Dame-des-Landes. In: *Ifop Focus* 167.
- Grunberg, Gérard (2017): Le sombre avenir de la gauche. In: Perrineau, Pascal (Hrsg.): *Le vote disruptif*. Paris, 307-318.
- Ipsos/Sopra Steria (2017a): *Ler tour de la présidentielle de 2017: Sociologie de l’électorat*, 23.4.2017. [ipsos.com/sites/default/files/files-fr-fr/doc_associe/ipsos-sopra-steria_sociologie-des-electorats_23-avril-2017-21h.pdf](https://www.ipsos.com/sites/default/files/files-fr-fr/doc_associe/ipsos-sopra-steria_sociologie-des-electorats_23-avril-2017-21h.pdf) (14.12.2020).
- Ipsos/Sopra Steria (2017b): *Ler tour des élections législatives: Sociologie des électeurs et profil des abstentionnistes*. 11.6.2017. [ipsos.com/sites/default/files/files-fr-fr/doc_associe/ipsos_sopra_steria_sociologie_des_electorats_11_juin_21h00.pdf](https://www.ipsos.com/sites/default/files/files-fr-fr/doc_associe/ipsos_sopra_steria_sociologie_des_electorats_11_juin_21h00.pdf) (14.12.2020).
- Ipsos/Sopra Steria (2019): *Européennes 2019: Sociologie des électeurs et profil des abstentionnistes*, 26.5.2019. [ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-05/ipsos_sociologie_europeennes_2019_26_mai_20h21.pdf](https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-05/ipsos_sociologie_europeennes_2019_26_mai_20h21.pdf) (14.12.2020).

- La France Insoumise (2019): L'Avenir en commun, en Europe aussi! Programme de La France Insoumise pour les élections européennes 2019. lafranceinsoumise.fr/actualites/elections-europeennes/lavenir-en-commun-en-europe-aussi (14.12.2020).
- Le Lann, Yann/de Cabanes, Antoine (2017): France Insoumise versus Front National: a social and political analysis of the confrontation of far-right and left-wing populism. In: Transform! Europe's Yearbook 2017. transform-network.net/en/blog/article/france-insoumise-versus-the-front-national-the-differences-between-far-right-and-left-wing-populism (14.12.2020).
- Martin, Pierre (2017): Les élections législatives des 11 et 18 juin 2017. In: Commentaire 3(159), 525-534.
- Mayaffre, D. (2017): Les mots des candidats, de »allons« à »vertu«. In: Perrineau, Pascal (Hrsg.): Le vote disruptif. Paris, 129-152.
- PCF (2016): Les communistes unis pour faire grandir le rassemblement. 86.pcf.fr/94177 (14.12.2020).
- PCF (2018): 38ème Congrès du PCF: Résultats du vote des communistes pour le choix de la base commune. 66.pcf.fr/108666 (14.12.2020).
- PCF (2019): Pour l'Europe des gens, contre l'Europe de l'argent: Programme du Parti Communiste Français pour les élections européennes 2019. d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/pcf2019/pages/208/attachments/original/1556214276/exe_camp_europe_programme_enieme_2.pdf?1556214276 (14.12.2020).

DIE LINKE in Deutschland: strategische Stärke und die Herausforderungen, über die Städte hinaus zu wirken

von Cornelia Hildebrandt

Selbstverständnis der Partei

DIE LINKE in Deutschland gehört zu den wichtigsten Akteuren der *politischen* Linken in Deutschland¹ und Europa. Sie ist im Vergleich zu anderen Linksparteien in Europa eine stabile Partei zwischen 6 und 8% im bundesdeutschen Parteiensystem. Sie ist stabil hinsichtlich ihrer parlamentarischen Präsenz, ihrer Organisation, der Rekrutierungsfähigkeit ihres Personals für Parteifunktionen und Mandate auf den unterschiedlichen politischen Ebenen und ihrer programmatischen Ausrichtung – als Partei für soziale Gerechtigkeit und demokratischen Sozialismus.

Als solche steht Die LINKE in der Tradition von Demokratie und Sozialismus, der Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation, gegen Faschismus und Rassismus, Imperialismus, Militarismus und Krieg. Sie ist eine plurale Partei und vereint Marxist:innen und Kommunist:innen, demokratische Sozialist:innen, Menschen mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Bindungen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen. (DIE LINKE 2011: 4)

Stellung im Parteiensystem

DIE LINKE ist gesamtdeutsche Partei 2007 aus dem Zusammenschluss von Wahlalternative für Deutschland (WASG) und der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) hervorgegangen. Sie gehört seit 2005 – hier im Vorgriff zum Prozess der gesamtdeutschen Parteibildung – zum etablierten Teil des politischen Systems in Deutschland. Sie ist derzeit mit 69 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten, mit fünf Abgeordneten im Europaparlament und

¹ Der nachfolgende Beitrag bezieht sich auf DIE LINKE, auch wenn es in Deutschland weitere Linksparteien gibt. Diese sind jedoch, wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) mit je ca. 3.000 Mitgliedern, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit ca. 200 Mitgliedern, politisch wie gesellschaftlich weitgehend bedeutungslos.

mit 141 Abgeordneten in den Landtagen der Bundesländer, wobei nur 25% der Landtagsmandate aus den westdeutschen Bundesländern kommen.

Sie ist Teil des sich verändernden Sechs-Parteien-Systems, deren bisherige Volksparteien: Konservative und Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen 2017 und mehr noch bei den Europawahlen 2019 massiv an Einfluss verloren haben. Konservative von CDU/CSU und Sozialdemokraten (SPD) konnten bei den Bundestagswahlen 2017 nur noch 53% der Wähler:innen an sich binden. Die Sozialdemokraten landeten mit 20,5% auf einem historisch niedrigen Wert, der bei den Europawahlen 2019 mit 15,8% nochmals unterschritten wurde. Beiden Parteien folgten 2017 auf nationaler Ebene eine Reihe von fast gleich starken Parteien über das gesamte politische Spektrum, darunter die nationalkonservative Alternative für Deutschland (AfD) mit ihrem starken rechtsradikalen Flügel als drittstärkste Partei mit 12,6%. Ihr folgen die Liberalen, DIE LINKE und die Grünen. Bei den derzeitigen Umfragen – vier Monate vor den Bundestagswahlen – wechseln sich Konservative und Grüne als stärkste Parteien ab. Erstmals besteht eine reale Möglichkeit, dass die Grünen auf nationaler Ebene stärkste Partei werden. Ihnen folgen deutlich unter 20% die SPD mit 15 bis 17%, die Liberalen (FDP) und die AfD zwischen 10 und 12% und DIE LINKE mit zwischen 7 und 8%.

Erstmals zeigten sich 2017 auch in Deutschland Schwierigkeiten einer Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten lehnten zunächst unter dem Druck ihrer verheerenden Wahlergebnisse die Fortsetzung der großen Koalition ab. Für eine Regierungsbildung jenseits dieser wurden nun aufgrund der Verluste auch der Konservativen neben CDU/CSU und der Ergebnisse der nachfolgenden Parteien zwei weitere Koalitionspartner gebraucht – eine für Deutschland auf Bundesebene bisher ungewöhnliche Konstellation. Es folgten monatelange Versuche einer Regierungsbildung aus Konservativen von CDU/CSU, Grünen und Liberalen. Diese Dreierkonstellation scheiterte 2017 an den Liberalen. Um erneute Wahlen und weitere Einbrüche zu verhindern, trat nun die SPD in die Regierung ein. Die AfD galt bei all diesen Verhandlungen nicht als koalitionsfähig. DIE LINKE spielte keine Rolle, auch wenn sie mit 9,2% das zweitbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte seit 2007 erzielte. Außerdem verlor DIE LINKE ihre Rolle als größte Oppositionspartei an die AfD.

Vor den Wahlen 2021 steht DIE LINKE vor neuen Herausforderungen: Die Grünen werden maßgeblich darüber mitentscheiden, ob es erstmalig im Bund eine grün-schwarze Koalition gibt, oder eine Ampel mit Sozialdemokraten und Liberalen. Ob es rechnerisch auch noch für rot-rot-grün reichen würde, ist derzeit offen und vor allem abhängig von SPD und LINKE.

DIE LINKE hat seit den letzten Bundestagswahlen 2017 eine Reihe von Entwicklungsproblemen bearbeitet, wie die Entwicklung konkreter Projekte und Kampagnen, die sie als Partei für soziale Gerechtigkeit ausweisen – insbeson-

dere zu Mieten, Wohnen, zum Pflegebereich und den Arbeitsbedingungen im Care-Sektor. Zugleich verweisen die Landtags- und Kommunalwahlen 2019, 2020 und 2021 auf eine Reihe von Entwicklungsproblemen der Partei.

DIE LINKE im Osten Deutschlands ist längst nicht mehr Volkspartei. Ihr Rückhalt in der Gesellschaft ist, mit Ausnahme von Thüringen, unter 20% gesunken. Sie ist in den ostdeutschen Bundesländern nur dritt- oder viertstärkste Partei. Sie gehört in den westdeutschen Flächenländern (im Unterschied zu den Stadtstaaten Bremen und Hamburg) zu den Kleinparteien zwischen 3 bis 6%. Die Ausnahme bildet das Saarland mit Werten bei 11%. In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg liegt sie über 10%, in Berlin zwischen 16 und 18%. In den ostdeutschen Bundesländern geht ihre Wählerbindung weiter zurück, in den westdeutschen Bundesländern wächst sie nur langsam. So verlor DIE LINKE bei den Europawahlen 2019 im Vergleich zu 2014 über 110.000 Wähler:innen, wobei dem Verlust von über 200.000 Wähler:innen in den ostdeutschen Bundesländern der Gewinn von 100.000 Wähler:innenstimmen in den westdeutschen Bundesländern gegenüberstand. Die Verluste im Osten können derzeit durch die moderaten Zuwächse der LINKEN im Westen nicht ausgeglichen werden.

Zugleich hat sich zwischen 2009 und 2019 die Wählerschaft der LINKEN verändert. Sie verlor bei Arbeiter:innen und Arbeitslosen. Sie erhält überdurchschnittlichen Zuspruch unter jüngeren Wähler:innen, bei Wähler:innen mit Hochschulreife, Hochschul- oder Universitätsabschlüssen. Sie gewinnt in den großen Städten, speziell in den jungen Innenstädten. Der sich seit 2013 verstärkende Trend einer wachsenden Schere zwischen den Ergebnissen der LINKEN in Städten und ländlichen, peripheren Regionen (Kahrs 2017: 4) bestätigte sich bei den Bundestagswahlen 2017 und setzt sich bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen fort. Zugleich verlor die LINKE bei den Wahlen 2019 Teile ihrer Wählerschaft in den Städten an die Grünen – auch infolge der wachsenden Bedeutung von Klimawandel und Umweltzerstörung.

Knapp die Hälfte der Wähler:innen der LINKEN in den ostdeutschen Bundesländern kommt inzwischen aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohner:innen (DIE LINKE Sachsen 2019: 14). Eine Ausnahme bildet DIE LINKE in Thüringen mit Wahlergebnissen über 25% auch in den ländlichen Regionen, bei Wahlergebnissen in den Städten zum Teil über 35%. Hier profitiert DIE LINKE von ihrem Ministerpräsidenten und der Schwäche von SPD und Grünen.

DIE LINKE ist in Thüringen, in Berlin und Bremen Teil einer rot-rot-grünen Regierungskoalition und kann dort eigenständige Akzente setzen in der Sozialpolitik – gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft – den Obdachlosen (Berlin und Bremen), – der Mietenpolitik (Berlin: durchgesetzte Maßnahmen zur Deckelung der Miete), – der Verkehrspolitik (Thüringen) und vor allem der Migrationspolitik, – alle drei Bundesländer haben sich z.B. bereiterklärt, Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen.

Programmatische und strategische Ausrichtung der LINKEN

DIE LINKE versteht sich als plurale sozialistische Partei, die für Alternativen zum Kapitalismus und für eine bessere Zukunft steht, »in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können«. Um dies zu erreichen, fordert sie ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus (DIE LINKE 2011: Präambel). Sie will eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung von Freiheit und Gleichheit für jede:n Einzelne:n zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Sie fordert einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet. Sie verbindet dies mit drei Grundideen: Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft, Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur und Verwirklichung dieser beiden Dimensionen in einem längeren emanzipatorischen Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.

Diese programmatische Ausrichtung strategisch zu untersetzen, ist derzeit die eigentliche Schwierigkeit der LINKEN angesichts eines unterschiedlichen Parteienverständnisses innerhalb der Partei, ihrer Rolle in Parlamenten, ihrer strategischen Ausrichtung zwischen antikapitalistischer Opposition und (links)-reform-orientierter Gestaltung von Politik, zwischen Ablehnung jeder Regierungsbeteiligung und Partizipation an rot-rot-grünen Regierungen auf Bundes- und Länderebene, die von Wähler:innen der Partei – insbesondere auf Länderebene – gewollt ist.

Um die unterschiedlichen strategischen Ansätze innerhalb der Partei bearbeiten zu können und um daraus einen über alle Parteiflügel hinweg gemeinsam getragenen Ansatz zu entwickeln, fand Anfang des Jahres 2020 mit über 450 Mitwirkenden eine Strategiekonferenz statt, mit bemerkenswerten Analysen der Zeit, daraus abzuleitenden Herausforderungen und zum Zustand der Partei: Probleme ebenso wie Entwicklungspotenziale. Es gelang jedoch nicht, diese Debatten unter den Bedingungen der Corona-Pandemie als kollektiven Denk- und Diskussionsprozess weiterzuentwickeln. Unterschiedliche Strategiepapiere wurden durch jeweils eigenständige Publikationen der bis Februar 2021 amtierenden Parteivorsitzenden ergänzt: Bernd Riexinger mit »System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal« und Katja Kipping mit »Neue Linke Mehrheiten«, mit unterschiedlicher Fokussierung wie auf »verbin-

dende Klassenpolitik« (Riexinger 2020) und einer über die klassenpolitische Ansprache hinausgehenden Forderung nach *neuen Mehrheiten* »links der Union« – also Grünen und Sozialdemokraten inklusive (Kipping 2020).

Unterschiedliche Parteientwicklungs-Modelle stehen sich zum Teil kontrovers gegenüber, überlappen sich teilweise, stehen komplementär oder unverbunden nebeneinander:

- DIE LINKE als *Sozialstaatspartei*, die sich stark auf traditionelle oder auch sozialdemokratische Politik stützt, sich auf soziale und arbeitsmarktpolitische bzw. Fragen konzentriert, die Nähe zu Gewerkschaften sucht und so dazu beitragen soll, *Arbeiter- und Angestelltenmilieus* und auch die inzwischen nach rechts abdriftenden Arbeiter:innen an sich zu binden. Allerdings geht dieser Ansatz einher mit der Ablehnung international diskutierter linker Identitätspolitik und offener Grenzen für alle. Dieser Ansatz setzt auf den Nationalstaat als stärkste Schutzmacht und konzentriert sich auf die soziale Frage, auf die Stärkung des Öffentlichen, der Binnennachfrage, der Verbesserung der Arbeitslöhne, Reduzierung der Arbeitszeiten (Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich). Ein Mitte-Links-Projekt könnte dies in eventueller Regierungsverantwortung umsetzen.
- DIE LINKE als *sozial-ökologische Bewegungspartei*, die auf der Grundlage neuer linker Mehrheiten eine sozial-ökologische Transformation durchsetzen will, sich dabei auf Demokratie und universale Menschenrechte und eine Politik von unten stützt, in der Bewegungen, Initiativen, Verbände, Gewerkschaften und Parteien gleichermaßen ihren Platz haben (Kipping 2020: 71) Durchzusetzen wäre eine solche Transformation mit einer »Regierung in Bewegung« von einer Politik von unten gestützt – getragen von den urbanen, identitätspolitisch aktiven Milieus.
- Einer Partei für die »normalen« Leute im Land, die sich um das »reale Leben«, um das Gesundheitswesen, den öffentlichen Nahverkehr, die soziale und kulturelle Infrastruktur vor Ort kümmert, wie Kino, Freibad, Straßen, Bahnlinien, Bibliotheken, Jugendklubs (Korte 2020: 11) und im Alltag der Menschen präsent ist, einer Partei, die regional verankert und solidarisch politischer »Anwalt« für soziale Gerechtigkeit ist. Eine Partei, die sich vor Ort kümmert und Sensoren dafür hat, wie sich die Menschen fühlen, die weiß, was ihre »kleinen Träume« (ebd.:37) sind. Gebraucht werde eine LINKE mit einem konkreten Gebrauchswert für die Leute und die in einer Sprache kommuniziert, die jede und jeder – unabhängig vom Bildungsgrad – versteht. Dieser Ansatz stützt sich auf die Arbeit der ca. 5.000 Kommunalpolitiker:innen der Partei, die maßgeblich zur gesellschaftlichen Verankerung der Partei beitragen und ihren alltagstauglichen Gebrauchswert als »Kümmererpartei« verstärken.

Pluralität der LINKEN und ihre Konfliktfelder

Die politischen Differenzen innerhalb einer pluralen LINKEN gehören zu ihrer DNA. Schwierig wird es jedoch, wenn dies auch strategische Fragen betrifft. Dazu gehört zentral die Frage der Regierungsbeteiligung an einer Mitte-Links-Regierung, auf die die Parteiführung auch im Bundestagswahlkampf 2021 zu steuert, auch wenn die Partei in einem solchen Bündnis mit ca. 7 bis 9% der kleinste Partner wäre. Die Bedingungen für eine solche Regierungsbeteiligung wurden bereits im Parteiprogramm von 2011 formuliert: Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, keine Beteiligung an einer Regierung die »Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert« (DIE LINKE 2011: 58f.). Inzwischen verweisen die LINKEN zunehmend selbstbewusst auf ihre erfolgreichen Regierungserfahrungen von »R2G« (rot-rot-grün) in den Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie Thüringen, wobei dort DIE LINKE angesichts der Schwäche von SPD und Grünen die dominierende Partei ist.

Auch die beiden neuen Vorsitzenden, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, die erstmals eine weibliche Doppelspitze bilden, sowie die Mehrheit der Parteitagsdelegierten stehen kämpferisch für einen sozial-ökologischen Umbau und zeigen sich durchaus auch offen für eine rot-rot-grüne Koalition – wenn die Inhalte stimmen, d.h. die Möglichkeiten für einen sozial-ökologischen Politikwechsel gegeben sind.

Katja Kipping, Co-Vorsitzende der Partei bis Februar 2021, bindet eine solche rot-rot-grüne »Regierung in Bewegung« (Kipping 2020: 72) an neue linke Mehrheiten jenseits der CDU, die sich auf eine »Politik von unten« stützt. Ähnliches findet sich im Strategiepapier von Kipping, Riexinger, Schindler und Wolf (Kipping et al. 2020), in dem DIE LINKE bei den kommenden Bundestagswahlen einen Politik- und Regierungswechsel offensiv anstreben soll, mitgetragen von einem gesellschaftlichen Aufbruch. Im Leitantrag zu ihrem Parteitag im Februar 2021 formuliert sie als Maßstab für einen Regierungseintritt ein breites gesellschaftliches Bündnis und die Einleitung eines grundlegenden sozial-ökologischen feministischen Richtungswechsels. Grüne und SPD müssten sich entscheiden, »ob sie bereit sind, einen sozial-ökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an den Schaltstellen der Regierungsmacht zu belassen. DIE LINKE ist zu einem solchen Politikwechsel bereit.«

Zugleich jedoch formulierte der Parteitag außenpolitische rote Linien. DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr

im Ausland zulässt. (DIE LINKE 2021) Dies sehen jedoch einzelne westdeutsche Landesverbände anders. So wird vom Landesverband LINKE Hessen ein solches Regierungsprojekt grundsätzlich abgelehnt. In ihrem Beschluss vom Juli 2020 heißt es: »Statt auf rot-rot-grün und eine Regierungsbeteiligung im neoliberalen System zu hoffen, sollten wir Bündnisse schließen.« (DIE LINKE Hessen 2020) DIE LINKE müsse als radikale, das System infrage stellende Kraft wirksam sein gegen die *sozialen Verwerfungen* des Kapitalismus. Deshalb müssen soziale Fragen an erster Stelle linker Politik stehen. DIE LINKE müsse Vorreiter bei sozialen Auseinandersetzungen und als Kämpfer:innen für soziale Gerechtigkeit erkennbar sein und hierzu breit verankert in Kampagnen mitwirken für armutsfeste Renten, gegen den Pflegenotstand für bezahlbare Mieten. Außerdem dürfe es in der »Friedensfrage kein Wanken geben, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, keine Waffenexporte, keine Manöver an den Grenzen Russlands, keine Boykotte gegen Venezuela oder den Iran« (LINKE Hessen). Diesen Ansatz teilt auch die neue Parteivorsitzende und bisherige Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Hessen, Janine Wissler.

Aber auch jenseits der Frage nach linker Regierungsbeteiligung prägt DIE LINKE eine Reihe von Spaltungslinien, die sich vielfach überschneiden und zunehmend zu strategisch-programmatischer Unbeweglichkeit der Partei, zu »Stillstand und Langeweile« (Werner 2020) geführt haben. Die Spaltungslinien innerhalb der LINKEN verlaufen unter anderem entlang der Fragen,

- auf welche gesellschaftlichen Gruppen sich DIE LINKE bei der Durchsetzung ihrer Politik stützen soll und in welchem Maße neben der Arbeiter:innenklasse auch die Mittelschichten Adressat linker Politik sein sollten;
- wie die Eigentumsfrage im Wahlprogramm für das Jahr 2021 formuliert werden soll und ob darin die Überführung von Schlüsselindustrien, großer Konzerne wie der Auto- und Immobilienkonzerne, der Bahn, der Lufthansa in öffentliches Eigentum gefordert werden soll;
- ob sich die LINKEN auf die soziale Frage konzentrieren soll oder auf eine sozial-ökologische Transformation: einen »Linken Green Deal«;
- ob der Austritt Deutschlands aus der NATO gefordert werden sollte oder ob es bei den Forderungen des Erfurter Parteiprogramms von 2011 bleiben soll: Auflösung der NATO und Überführung in ein System kollektiver Sicherheit;
- wie sich die Forderung nach offenen Grenzen mit konkreter Gestaltung von Migrations- und Flüchtlingspolitik verbinden lässt;
- ob ein Neustart der EU zur Veränderung ihrer Verträge mit der Erarbeitung einer europäischen Verfassung durch die Bürger:innen und beschlossen über Volksabstimmungen der Weg der LINKEN sein sollte, oder ob die EU als imperiales Projekt: militaristisch, undemokratisch, neoliberales Projekt abgelehnt werden müsse.

Angesichts dieses Spaltungspotenzials stellt sich die Frage nach ihrem gemeinsamen Kern. Einig ist sich DIE LINKE hinsichtlich der Bedeutung der sozialen Frage für sie als Partei sozialer Gerechtigkeit und der Notwendigkeit zur Erneuerung des Sozialstaates, der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Ausbaus öffentlicher Infrastrukturen für Gesundheit, Wohnen, Mobilität, Bildung, Energie etc., der Forderung nach armutsfesten Mindesteinkommen, Renten und Mindestlöhnen und höheren Löhnen in systemrelevanten Berufen und hier auch für bessere Arbeitsbedingungen inklusive Gesundheitsschutz, kürzere Arbeitszeiten (Vier-Tage-Woche) bei vollem Lohnausgleich.

Gerade die Pandemie habe gezeigt, dass der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und hierzu der öffentlichen Infrastrukturen (Infrastruktur-Sozialismus) sowie grundlegende Reformen im Gesundheitssektor (Abschaffung der Fallpauschalen – als Instrument der Ökonomisierung des Gesundheitsbereichs in Deutschland) zwingend erforderlich sind. Einig ist man sich in der Frage der Ablehnung von Waffenexporten und die Stärkung des Völkerrechts für nachhaltige Entwicklungskooperation und einen solidarischen Multilateralismus.

Die Funktion der Linken im Parteiensystem versteht sie darin, die Systemfrage als »linken Green New Deal« zu stellen, d.h. als sozial-ökologischen notwendigen Richtungswechsel mit Erneuerung des Sozialstaates und dem Ausbau öffentlicher Infrastrukturen und die Gestaltung einer offenen pluralen Gesellschaft orientiert an einem neuen, ganzheitlichem Wohlstandsmodell mit armutsfestem Mindestlohn, Mindesteinkommen, für gute Arbeit in kurzer Vollzeit, für eine konsequente Friedenspolitik einschließlich des Stopps der Rüstungsexporte, der Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, für Abrüstung und den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Sie steht für konsequente Umwelt- und Klimapolitik und hier für einen schnellen Ausstieg aus der Kohle und einen ökologischen Umbau der Industrie mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantie. Sie steht für die Demokratisierung der Gesellschaft, für ihren offenen pluralen Charakter, auch für die Aufnahme von Geflüchteten. Sie wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenhass.

LINKE und die Europäische Union

DIE LINKE steht »für einen Neustart der Europäischen Union als demokratische, soziale, ökologische und Friedensunion, für den Vorrang sozialer Rechte vor den Binnenmarktfreiheiten, für hohe und bessere europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern, für eine demokratisch kontrollierte Europäische Zentralbank und eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik,

die einer Unterbietungskonkurrenz durch die Verschlechterung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialen Leistungen und Umweltstandards entgegenwirkt« (DIE LINKE 2011).

Im Wahlprogramm der Partei zu den Europawahlen von 2019 verbindet DIE LINKE die Idee des Neustarts mit der Notwendigkeit der Neuverhandlung der Verträge und die Idee einer europäischen Verfassung, »die von den Bürger:innen mitgestaltet wird und über die zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in Volksabstimmungen« entschieden werden kann. Wenn das nicht möglich ist, sei DIE LINKE bereit, »die Regeln zu brechen«, damit eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Union möglich ist. DIE LINKE lehnt die militärische Aufrüstung, die Fortsetzung der Austeritätspolitik, die Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und ihren Abbau infolge der Schuldenbremse ab. (DIE LINKE 2019)

Im Leitantrag zum Parteitag 2021 wird die Zunahme ökonomischer und sozialer Spaltungen in der EU beschrieben, und die Zustände in den Flüchtlingslagern – als »Bankrotterklärung für ein solidarisches Europa« (DIE LINKE 2021). DIE LINKE will mindestens eine Billion Euro für ein europäisches Investitions- und Ausgabenprogramm mobilisieren. Die Finanzierung soll über gemeinschaftliche Anleihen (Euro- oder Coronabonds) erfolgen. Diese Ziele sollen gezielt für eine sozial-ökologische Industriepolitik sowie Bereiche wie das Gesundheitswesen, die digitale Infrastruktur, Bildung, Forschung und Energie- und Verkehrswende eingesetzt werden.

Trotz dieser klaren Positionen der Partei spielt die europäische Dimension in den strategischen Debatten eher eine untergeordnete Rolle. Auch die Wahlkämpfe zur Europawahl waren primär national ausgerichtet, allerdings in europäische Kontexte gesetzt. Bezüge zum heutigen Europa oder zur Europäischen Union finden sich vor allem in der Abwehr folgenreicher Entwicklungen wie der Militarisierung der EU, der Abschottungspolitik, der Analyse ihrer ungleichen ökonomischen und sozialen Entwicklungen.

Deutlich schwächer sind die Aussagen der LINKEN zur Entwicklung von Gegenstrategien wie z.B. der Durchsetzung eines europäischen linken Green New Deal, abgesehen davon, dass sich Teile der Partei auf die nationalen Kämpfe konzentrieren. Der Slogan: »Europa verändern – in Berlin anfangen«, wie er z.B. bei Kipping in ihrer Flugschrift »Neue linke Mehrheiten« steht, konzentriert sich letztlich doch auf die nationale Dimension der Kämpfe, im Wissen darum, dass sich eine fortschrittliche Regierung nicht darauf beschränken kann, »im nationalen Rahmen Veränderungen vorzunehmen. Vielmehr muss die auch auf einen Kurswechsel in der EU hinwirken.« (Kipping 2020: 63).

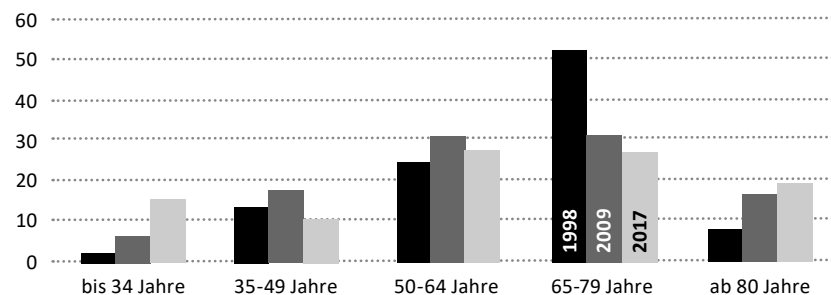
Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Linken

DIE LINKE hat über 60.000 Mitglieder. 36% der Parteimitglieder sind Frauen. Dieser Anteil liegt in den ostdeutschen Landesverbänden über 40% und in den westdeutschen Landesverbänden durchschnittlich bei 30%, d.h. unter einem Drittel der Mitglieder. Die Alters- und Sozialstruktur der LINKEN² (Klein et al. 2019) spiegelt – auch 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus – noch immer ihre unterschiedliche Ost-West-Geschichte. Die PDS konnte sich zum Zeitpunkt ihrer Gründung als Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) 1990 maßgeblich auf die entmachtete Dienstklasse der DDR und auf jene Teile der Arbeiterschaft stützen, die auch nach dem Zusammenbruch an den linken Ideen einer Alternative zum Kapitalismus festhielten. Diese Generation der damals zwischen 50- und 60-Jährigen in den vorzeitigen Ruhestand oder in Arbeitslosigkeit (infolge Anfang der 1990er Jahre einsetzenden De-Industrialisierung der DDR) versetzt, bildeten maßgeblich das Rückgrat der Partei, ihre aktive Mitgliedschaft, Strukturen und gesellschaftliche Verankerung. Ihnen verdankte die PDS ihr Image als »Kümmererpartei« für den Alltag. Diese Gründergeneration der PDS, der heute über 80-Jährigen umfasst heute noch 19% der Mitglieder der LINKEN, allerdings stellt dieser Anteil in den ostdeutschen Bundesländern noch ca. 40% der Parteimitglieder.

Seit 2011 gelang es der Partei nach dem Abschluss der Neubildungsphase als gesamtdeutsche LINKE und nach der Befriedung der parteiinternen Strömungsauseinandersetzungen, vor allem jüngere Menschen in die Partei zu holen. Der Anteil der Parteimitglieder, die erst nach 2009 eingetreten sind, beträgt mehr als 60% – eine Zahl, die bei den Parteifunktionär:innen und Aktivist:innen deutlich noch höher liegt. Inzwischen sind 15% der LINKEN unter 35 Jahre. Hier halfen der Partei vor allem in den Städten auch die eigenständigen Ansätze des Organizing. DIE LINKE hat damit den höchsten Anteil von jungen Parteimitgliedern im Vergleich zu allen anderen Parteien im Bundestag, einschließlich der Grünen (14%). Der Anteil der Mitglieder zwischen 35 und 49 Jahren ist mit 11% traditionell schwächer und fehlt als Bindungsgenerationen vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden. So schreibt der einst größte Landesverband der LINKEN in Sachsen von einer (Generations-) »Delle« in den Altersgruppen zwischen 36 und 55 Jahren (DIE LINKE Sachsen 2019: 21). 27% der LINKEN sind zwischen 50 und 64 Jahre alt und ebenso viele zwischen 65 und 79 Jahre.

² Nachfolgende Zahlen sind der Parteienmitgliederstudie entnommen, die im Abstand von ca. zehn Jahren durchgeführt werden. Siehe hierzu die genaue Angabe im Literaturverzeichnis des Beitrags.

Abbildung 1: Altersstruktur der LINKEN (zunächst PDS)



Quelle: Befunde der deutschen Parteienmitgliederstudien von 1998, 2009 und 2017 (Klein et al. 2019, eigene Darstellung)

Für die Mehrheit der Mitglieder der LINKEN ist der Zusammenbruch des Staatssozialismus, der Bruch mit dem Stalinismus als System (der Gründungskonsens der Partei), aber auch die Phase erbitterter Strömungskämpfe zur Ausrichtung der Partei nur noch Teil der Parteigeschichte. Die Partei wird jünger und akademischer und ihre Mitglieder leben eher in den Ballungsräumen (Lambeck/van Riel 2018) des Landes. Zugleich verliert die Partei in den ländlichen Räumen und bei sozial Abgehängten an Zuspruch.

Betrachtet man die Mitgliedschaft und Wählerschaft der LINKEN, so lässt sich eine Korrelation zwischen dem Alter der Wähler und der Mitgliedschaft feststellen. Den größten Wähler:innenanteil erreichte DIE LINKE bei den Bundestagswahlen 2017 bei Wähler:innen bis 35 Jahre einen Anteil von 11%. Relativ hoch ist ebenso der Anteil von Wählern zwischen 60 und 75 Jahren mit 10%. In den anderen Altersgruppen wurde sie im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis (9,2%) eher unterdurchschnittlich gewählt.

DIE LINKE 2021 ist längst keine Ostpartei mehr wie noch zum Zeitpunkt ihrer gesamtdeutschen Vereinigung im Jahr 2007, als noch über 70% ihrer Mitglieder aus den ostdeutschen Bundesländern kamen. Heute ist der Anteil der Parteimitglieder zwischen Ost und West fast ausgeglichen, bei noch immer starker Überalterung in den ostdeutschen Landesverbänden. Seit 2007 haben die ostdeutschen Landesverbände insgesamt knapp 20.000 Mitglieder verloren und die westdeutschen Landesverbände über 8.000 Mitglieder neu gewonnen. Auch hier zeigt sich eine Parallele zur Wähler:innenentwicklung. DIE LINKE verlor 2019 doppelt so viele Wähler:innen in den ostdeutschen Bundesländern wie sie an Wähler:innen in den westdeutschen Bundesländern gewinnen konnte – und auch hier gilt: Die Verluste des Ostens können noch nicht durch die Gewinne im Westen Deutschlands kompensiert werden. Zugleich

aber verändert sich mit der aktiven Mitgliedschaft der Partei auch ihre Wähler:innenschaft. Knapp über die Hälfte der Mitglieder der LINKEN (51%) haben Fach- oder Hochschulabschlüsse, je 18% haben die mittlere Reife oder Fachabitur und 13% einen Hauptschulabschluss. Dieser Anteil lag 2009 bei fast 20%. D.h. auch DIE LINKE ist akademischer geworden.

51% der LINKEN-Mitglieder sind Rentner, 36% der LINKEN sind erwerbstätig, davon 9% in Teilzeitarbeit. 8% sind in Ausbildung, und 4% sind arbeitslos. Dieser Anteil lag 2009 noch bei 8%. Der Anteil der Arbeiter:innen in der LINKEN ist mit 17% relativ gering, aber sie hat damit den höchsten Anteil von Arbeiter:innenn vor der SPD mit 16%. DIE LINKE hat auch mit 33% den zweithöchsten Anteil von Parteimitgliedern – nach der SPD (35%), die auch Mitglied einer Gewerkschaft sind. 67% der LINKEN sind Angestellte, darunter 35% im öffentlichen Dienst. 10% sind Akademiker:innen und nur 6% sind Selbständige. 34% ihrer Mitglieder zählen sich selbst zu den unteren sozialen Schichten, davon 7% zur Unterschicht und 27% zur unteren Mittelschicht. D.h. das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für die sozial Schwächsten der Gesellschaft kann DIE LINKE authentisch vertreten. DIE LINKE hat mit knapp mit 78% den höchsten Anteil von Konfessionslosen, bei allen anderen Parteien liegt dieser unter 50%, am Niedrigsten bei den Konservativen.

Zur Organisationsfrage und innerparteilichen Demokratie

Die Partei gliedert sich in Landesverbände, jedes Mitglied gehört zu einem Kreisverband, in der Regel zu dem seines Wohnsitzes. DIE LINKE hat umfassende Mitgliederrechte, darunter das Recht, sich innerparteilich mit anderen zusammenzuschließen, und das Antragsrecht an alle Organe der Partei, d.h. Einzelmitglieder können auch Anträge an den Bundesparteitag stellen. Es gibt die Möglichkeit des Mitwirkens von Gastmitgliedern, denen nahezu alle Mitgliederrechte übertragen werden können, mit Ausnahme eines Stimmrechts bei Mitgliederentscheiden, Satzungsangelegenheiten, des passiven Wahlrechts bei Wahlen zu Vorständen und des aktiven Wahlrechts bei der Aufstellung von Kandidaten für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften. Innerparteiliche Zusammenschlüsse können frei gebildet werden. Sie werden auf Bundesebene akzeptiert, wenn diese von mindestens acht Landesverbänden als landesweiter Zusammenschluss anerkannt werden. Diese gestalten ihre Arbeit selbstständig, erhalten finanzielle Mittel und haben die Möglichkeit, Delegierte zu den Parteitagen zu wählen. Gegenwärtig gibt es auf Bundesebene 22 Zusammenschlüsse, darunter politische Strömungen (Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke und Forum demokratischer Sozialismus), Arbeits- und Interessengemeinschaften, die zu spezifischen Themen

der LINKEN arbeiten. Genannt seien hier z. B. die ökologische Plattform, die AG Betriebe und Gewerkschaften und die AG Friedens- und Sicherheitspolitik.

Zu allen politischen Fragen können Mitgliederentscheide (Urabstimmungen) stattfinden. Diese können von Landes- oder Kreisverbänden beantragt werden und müssen mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft repräsentieren. Die Anträge können gestellt werden von acht Landesverbänden oder 5.000 Parteimitgliedern oder durch Beschluss von Parteitagen oder des Bundessausschusses. Die diskriminierungsfreie Gleichstellung³ wie auch die Geschlechterdemokratie sind in der Bundessatzung festgehalten. Es gilt die Mindestquotierung von 50% Frauen. Mitglieder des Parteivorstands oder von Landesvorständen dürfen mehrheitlich nicht Mandatsträger auf Europa-, Bundes- oder Landesebene sein. Die Balance in den Führungsgremien der Partei und die hohe Autonomie der Landesverbände ermöglichen der Partei, mit politischer und soziokultureller Heterogenität in der Partei umzugehen.

Zusammenfassung

DIE LINKE ist eine stabile Partei, die sich mit den gegenwärtigen Herausforderungen programmatisch, strategisch und mit eigenständigen Aktionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischt. Sie ist eine plurale Partei mit unterschiedlichem Politik- und Parteienverständnis. Das wird so bleiben. Aber gerade deshalb ist die Kultur, mit dieser Pluralität – vor allem auch an der Spitze der Partei – produktiv umzugehen, konstituierend für DIE LINKE – als einzige Partei der radikalen Linken in Europa, in der sich ost- und westeuropäische Geschichte und Traditionen in einer Partei verbinden.

Sie hat das Potenzial, sich als systemkritische Kraft in den Parlamenten sowie in Regierung als auch als Oppositionspartei zu etablieren. Sie ist dabei, ihre programmatischen Eckpunkte eines sozial-ökologischen Politikwechsels in strategische Projekte zu übersetzen und entwickelt hierfür eigene Projekte und Kampagnen, unter anderem zu bezahlbaren Mieten und zur Enteignung internationaler Wohnungskonzerne. Sie kämpft für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen vor allem im Pflegebereich und im Bereich der Logistik (unter anderem bei Amazon) und für die Stärkung gewerkschaftlicher Or-

³ Die diskriminierungsfreie Gleichstellung ist im Paragraf 9 der Bundessatzung verankert und bezieht sich auf die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung als ein Grundprinzip der Partei. Im Absatz 2 heißt es: »Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs- und Willensbildungsprozess der Partei ist zu fördern.« (DIE LINKE 2019)

ganisierung. Sie organisiert ihre Kämpfe zusammen mit anderen sozialen Bewegungen und versteht sich als Teil dieser Bewegungen. All dies gelingt ihr gut in den Metropolen und Großstädten des Landes. Über die urbanen Zentren hinaus zugehen bleibt eine – allerdings notwendige – Herausforderung, wenn sie über ihre jetzigen Wählerpotenziale langfristig hinausgehen will. Sie muss ihre Entwicklungsprobleme, z.B. die Überalterung in den ostdeutschen Landesverbänden oder die noch unzureichende Verankerung in den westdeutschen Bundesländern, durch verstärkte Organisationsentwicklung aktiv angehen. Hierzu hat sie neben diversen Tools des Organizing vor allem auch kommunalpolitische Kompetenzen mit der Zusammensetzung des neuen Parteivorstands deutlich gestärkt, der bewegungsorientierter und kommunal stärker verankert ist. Bundesweit wird die Partei nur dann ihr Wähler:innenpotenzial von ca. 15% ausschöpfen, wenn sie ihre Programm-, Strategie- und Organisationsentwicklung weiterentwickelt und diese in stärkerem Maße – über ihre Zentren in den Großstädten hinaus – interventionsfähig zusammenbringt.

Literatur

- DIE LINKE (2011): Parteiprogramm. [die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_format/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/grundsatzdokumente/programm_format/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf) (20.5.2021).
- DIE LINKE (2019): Bundessatzung. Bundessatzung der Partei DIE LINKE. [die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundessatzung/](https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/bundessatzung/) (20.5.2021).
- DIE LINKE Sachsen (2019): Bericht zur politischen Wahlauswertung zur Landtagswahl 2019 an die 2. Tagung des 15. Landesparteitages. [dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/09/B.7._Bericht_Politische-Wahlauswertung-1.pdf](https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/09/B.7._Bericht_Politische-Wahlauswertung-1.pdf) (20.5.2021).
- DIE LINKE (2020): Entwurf zum Leitantrag zum Parteitag.
- DIE LINKE Hessen (2020): Welche Ziele wollen wir uns stecken? Überlegungen zur Strategie der Linken. [die-linke-hessen.de/images/Downloads/2020_aktuell/Strategie-Corona-end.pdf](https://www.die-linke-hessen.de/images/Downloads/2020_aktuell/Strategie-Corona-end.pdf) (20.5.2021).
- DIE LINKE (2021): Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel. Leitantrag an die 1. Tagung des 7. Parteitags am 26.02.2021. [die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/siebenter-parteitag/detail/wie-wir-gerecht-aus-der-krise-kommen-mit-einem-sozialen-friedlichen-und-oekologischen-systemwechsel/](https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/siebenter-parteitag/detail/wie-wir-gerecht-aus-der-krise-kommen-mit-einem-sozialen-friedlichen-und-oekologischen-systemwechsel/) (28.4.2020).
- Kahrs, Horst (2017): Wahlnachtbericht. [rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf) (12.7.2020).
- Kipping, Katja (2020): Neue linke Mehrheiten. Eine Einladung. Hamburg.
- Kipping, Katja/Riexinger, Bernd/Schindler, Jörg/Wolf, Harald (2020): Für eine solidarische Zukunft nach Corona. Vorschläge zur strategischen Positionierung der LINKEN. [die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-eine-solidarische-zukunft-nach-corona/](https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-eine-solidarische-zukunft-nach-corona/) (20.5.2021).
- Klein, Markus/Becker, Philipp/Czeczinski, Lisa/Lüdecke, Yvonne/Schmidt, Bastian/Springer, Frederik (2019): Die Sozialstruktur der deutschen Parteienmitgliedschaft.

- ten. Empirische Befunde der Deutschen Parteienmitgliederstudien 1998, 2009 und 2017. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl.) 1/2019, 81-98.
- Korte, Jan (2020): Die Verantwortung der LINKEN. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Lambeck, Fabian/van Riel, Alert (2018): Die LINKE wird jünger und westdeutscher. Neues Deutschland online. [neues-deutschland.de/artikel/1090472.mitgliederentwicklung-der-linkspartei-die-linke-wird-juenger-und-westdeutscher.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1090472.mitgliederentwicklung-der-linkspartei-die-linke-wird-juenger-und-westdeutscher.html) (17.7.2020).
- Riexinger, Bernd (2020): System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine soziale und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Hamburg.
- Werner, Alban (2020): Ohne Häutung geht es nicht. 6.10.2020. [rosalux.eu/de/article/1794.ohne-h%C3%A4utung-geht-es-nicht.html](https://www.rosalux.eu/de/article/1794.ohne-h%C3%A4utung-geht-es-nicht.html) (21.5.2021).

Österreich: Mit frischem Wind aus der Sackgasse

von Barbara Steiner

1. Einleitung

Dieser Artikel gibt einen Überblick über die Stellung der österreichischen Linken, insbesondere der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Sie war über Jahrzehnte die einzige Partei links von Sozialdemokratie und Grünen, die zu den nationalen und in vielen Bundesländern zu Landtags- und kommunalen Wahlen als Partei oder in Wahlbündnissen antrat. Die KPÖ wurde 1918 gegründet und gehört zu den ältesten kommunistischen Parteien der Welt. Sie war von 1945 bis 1959 im nationalen Parlament, dem Nationalrat, und bis 1970 in mehreren Landtagen vertreten. Im Landtag des Bundeslandes Steiermark ist sie seit 2005 wieder präsent. Zum besseren Verständnis auch der gesellschaftspolitischen Situation sollen nachfolgend einige Eckdaten der ökonomischen und sozialen Lage in Österreich der letzten zehn Jahre genannt werden.

Im Vergleich zu den Entwicklungen in den südlichen Ländern der EU seit der Krise 2008/2009 ist die ökonomische Situation Österreichs gut. Die österreichische Wirtschaft verzeichnete seit der Finanzkrise bis zum Corona-Schock, der bisher mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von -6,2 bis -7,2% prognostiziert wird, ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum.¹ Die Exportquote liegt bei 56% des Bruttoinlandsprodukts, zwei Drittel – sowohl der Exporte als auch der Importe – gehen in die bzw. kommen aus der EU und beinahe die Hälfte nach/aus Deutschland. Die Handelsabhängigkeit von der EU und vor allem von Deutschland ist evident.

Die Arbeitslosigkeit lag in den letzten zehn Jahren zwischen 6,9 und 9,1% und liegt derzeit bei 9,8%. Im Zuge des Corona-Schocks im März 2020 lag erstmals in der Geschichte Österreichs die Erwerbsarbeitslosigkeit der Frauen höher als jene der Männer. Der Gender-Pay-Gap, der die Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen anzeigt, liegt bei 20% und ist nach Deutschland einer der höchsten in der EU. Österreich hat keinen allgemeinen Mindestlohn, aber sektorale, von den Gewerkschaften ausgehandelte Kollektivverträge, die 98% der unselbstständig Erwerbstätigen erfassen (Schulten/Müller 2020: 10). Dennoch gibt es einen großen Niedriglohnsektor von 15% (ebd.: 88.) Die Angriffe auf Sozial- und Arbeitsrechte, wie die Einführung des Zwölf-Stunden-

¹ Vgl. hierzu die Daten des Amtes für Statistik www.de.statista.com/statistik/daten/studie/290006/umfrage/prognosen-zum-wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-oesterreich/ (1.5.2021).

Tages und der 60-Stunden-Woche, wurden von der konservativ-rechtsextremen Regierung (2017–2019) verstärkt und von der konservativ-grünen Regierung nicht zurückgenommen. In Österreich zählt die Vermögensungleichheit seit Jahren zu den höchsten in ganz Europa.² (Ferschli et al. 2019)

43% der österreichischen Bevölkerung lebt in Mietwohnungen. Die Mieten sind von 2009 bis 2019 durchschnittlich um 36% gestiegen.³ Der Anteil an gemeinnützigem und öffentlichem Wohnungseigentum umfasst fast ein Viertel der Wohnungen. In der Bundeshauptstadt Wien liegt dieser Anteil sogar bei 43,5% (Statistik Austria 2020: 29; eigene Berechnung).

2. Die KPÖ innerhalb der Gesellschaft und des politischen Systems

Politische Machtverhältnisse

Das österreichische politische System ist wie überall in Europa von einem Zerfall der Volksparteien als Massenparteien geprägt. Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) und die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) regierten fast die gesamte Zeit der zweiten Republik seit 1945 in unterschiedlichen Koalitionen und mehr als die Hälfte davon miteinander. Ergänzt wird das politische System um ein korporatistisches System der Einbindung von Gewerkschaften, Verbänden, Kammern und Interessensvertretungen in sogenannter Sozialpartnerschaft.⁴ Doch ungeachtet der Regierungskonstellation zeigt ein Blick auf die Wahlergebnisse,⁵ dass es mit Ausnahme der Alleinregierung der österreichischen Sozialdemokratie unter Bruno Kreisky von 1971 bis 1983 in der Gesellschaft immer rechts-konservative Mehrheiten gab, die zusammen mit den Kapitalfraktionen die Geschichte, das gesellschaftliche Klima sowie die politische Kultur des Landes prägten.

Die österreichische Sozialdemokratie ist weitgehend dem europäischen Trend des »Dritten Weges« von Tony Blair und Gerhard Schröder gefolgt. Sie

² Die geschlechtsspezifische Vermögensdifferenz stellt Frauen im Durchschnitt 28% schlechter (zum Vergleich: In Deutschland sind es 32%). (Groß et al. 2017)

³ Durchschnittliche Wohnkosten von Hauptmietwohnungen nach Rechtsverhältnis und Bundesland (2009–2019). (Eigene Berechnung auf Basis von Statistik Austria 2020) Im Gemeindebau stieg die Miete in diesem Zeitraum um 27%, in der Genossenschaftswohnung um 32 und in anderer Hauptmiete 39%.

⁴ Das politische Gewicht des österreichischen Korporatismus wurde jedoch spätestens mit der dritten konservativ-rechtsextremen Regierung von ÖVP und FPÖ (2017–2019) abgewertet. Eingeleitet wurde dieser Prozess bereits mit der ersten schwarz-blauen Regierung von ÖVP und FPÖ im Jahr 2000.

⁵ Für eine anschauliche Darstellung siehe die Grafiken vom Haus der Geschichte Österreich: 100 Jahre Wahlverhalten Österreich unter hdgoe.at/wahlen/index.html (21.10.2020)

hatte auf das Erstarken der FPÖ seit Mitte der 1980er Jahre auf ihrem vorläufigen Höhepunkt von fast 27% bei den Nationalratswahlen im Jahr 1999 teilweise mit der Übernahme rechter Rhetorik und Inhalte reagiert. Die Aufnahme der Politik der extremen Rechten durch die bürgerlichen Großparteien beförderte eine Rechtsverschiebung des politischen Spektrums, der Medienlandschaft⁶ und des gesellschaftlichen Diskurses. Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung zeigte sich bei der putschartigen Übernahme der Volkspartei 2017 durch den späteren Bundeskanzler Kurz und die Umbenennung in »Die neue Volkspartei«. Die ÖVP trat nunmehr als »Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei« zu den Wahlen an und änderte ihre Farbe von schwarz zu türkis. Mit dieser Parteiübernahme wurden menschenrechtliche und christlich-soziale Traditionen in der Partei an den Rand gedrängt. Die Politik der Volkspartei ist nunmehr – abgesehen von der Rhetorik und davon, dass sie nicht deutschnational agiert – kaum unterscheidbar von Positionen der rechtsextremen und neoliberalen Freiheitlichen Partei.

Der Liberalismus ist in Österreich traditionell schwach, das Anfang der 1990er gegründete Liberale Forum war bis zu seinem Verschwinden nie über 6% hinausgekommen, die 2012 gegründeten marktradikalen und liberalen NEOS erreichen 8%.

Zu den österreichischen Regierungen der letzten 20 Jahre

Nach der ersten »blauschwarzen« Regierung Anfang der 2000er begann 2007 eine zehnjährige Phase der abermaligen rot-schwarzen Regierungen. 2017–2019 regierte die rechtskonservative Volkspartei mit Sebastian Kurz abermals mit der wieder erstarkten deutschnationalen FPÖ. Erst nach Veröffentlichung des »Ibiza-Videos«⁷ beendete die ÖVP die Koalition. Seit Januar 2020 regiert die Volkspartei mit den Grünen, die zum ersten Mal seit ihrer Gründung (1987) auf nationaler Ebene mitregieren. Sie haben bereits auf Länderebene Regierungserfahrung in den westlichen Bundesländern: Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich – vor allem auch in Koalitionen mit der ÖVP. In diesen Allianzen konnte sich der wirtschaftsliberale Zweig der Grünen bundesweit gegen die linke Strömung, die sich auf Wien konzentriert, durchsetzen. Damit sind die Grünen ideale Partner der rechtskonservativen ÖVP unter Kurz, der

⁶ Die österreichische Medienlandschaft ist gezeichnet durch hohe Konzentration bei geringer Vielfalt. Nach dem öffentlich-rechtlichen »Österreichischen Rundfunk« (ORF) beherrschen wenige Unternehmensgruppen und Familien den gesamten Medienbereich.

⁷ Dieses heimlich gedrehte Video zeigte den damaligen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache, wie dieser damit prahlte, Staatseigentum und die größte Boulevardzeitung – die Kronenzeitung – an russische Oligarch:innen zu verkaufen und welcher illegalen Praktiken der Parteienfinanzierung sich die FPÖ bediente.

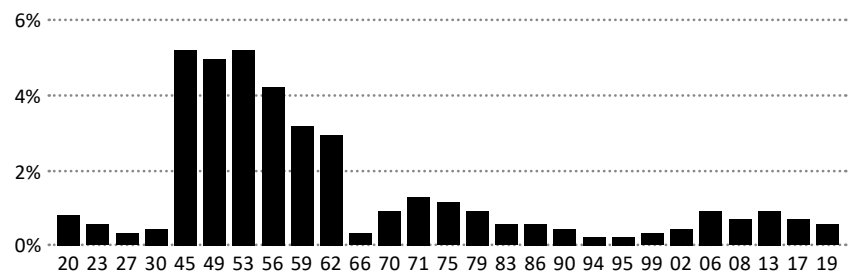
in dieser Regierungskonstellation nicht mehr auf die letzten Gewerkschaftsanhängsel der SPÖ Rücksicht nehmen muss. Werner Kogler, der grüne Vizekanzler der Regierung, erklärte zur Verteidigung dieser Koalition auch gegenüber den eigenen Anhänger:innen, dass die »Versöhnung von Ökologie, Ökonomie und sozialer Sicherheit« (Riss 2020) das Wagnis dieser Koalition wert sei. Nicht das neoliberale Marktwirtschaftsmodell wird hinterfragt, es wird bestenfalls grün modernisiert.

Seit der Jahrtausendwende entwickeln sich so wie global auch in Österreich neue globalisierungskritische und partei-skeptische Bewegungen. Zu den jüngeren Versuchen gehörte 2016 die Aktionskonferenz »Aufbruch« und ein darauffolgender zweijähriger und letztlich gescheiterter Prozess zur Neuorganisation der gesellschaftlichen Linken. Dieser Versuch umfasste verschiedene Segmente der Linken, darunter Aktivist:innen von feministischen Gruppen, von migrantischen Communities, Kulturarbeiter:innen, Mitglieder sozialdemokratischer und grüner Jugendstrukturen, Vertreter:innen von der »Offensive gegen Rechts« und von Umwelt-Initiativen, von Attac, der KPÖ, von trotzkistischen Organisationen und autonomen Gruppen und viele, die bisher nicht oder nicht mehr politisch organisiert waren. Diese sich neu herausbildende menschenrechtlich, ökologisch und feministisch geprägte Opposition, stellt die Frage nach der politischen Repräsentanz dieser Bewegungen und neuen Organisationsformen. Sie umreißen den Raum und das mögliche Potenzial eines neuen linken Parteienprojekts für Österreich.

Die politische Linke in Österreich

Bisher kann die politische radikale Linke diesen Raum nicht füllen. Bis 2019 war die KPÖ die einzige Partei, die links von Sozialdemokratie und Grünen bei nationalen Wahlen bundesweit angetreten war. Seit 1959 scheitert sie jedoch an der Vier-Prozent-Hürde. 1966 hat die KPÖ – außer in einem Wahlkreis – zugunsten der SPÖ nicht kandidiert.

Abbildung 1: Nationalratsergebnisse der KPÖ (1920–2019)



Quelle: Wikipedia-Seite der Kommunistischen Partei Österreich

Regionale und kommunale Wahlerfolge der KPÖ ließen sich in der Vergangenheit nicht verallgemeinern. Ebenso konnten die Sympathien zahlreicher fortschrittlicher Künstler:innen den Aktionsradius der Partei nicht grundsätzlich erweitern.

2019 gelang es erstmals auch einer anderen linken Partei, dem »Wandel«, in allen Bundesländern anzutreten. Sie erreichte auf Anhieb 0,5% und 22.000 Stimmen (die KPÖ im Bündnis mit Alternativen Listen, Linken und Unabhängigen errang 0,7% und 32.000 Stimmen). Damit hatte die KPÖ ihren historischen Anspruch der Alleinvertretung der bundesweiten Linken verloren.

Regionale Unterschiede

2003 erreicht die KPÖ in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, 20%. Sie besetzt dort den Platz der Sozialdemokratie. Sie ist, weil es in Graz keine Prozenzhürde für den parlamentarischen Einzug gibt, nie aus dem Gemeinderat gefallen. Der Aufstieg war begleitet vom Einsatz und der Popularität des langjährigen KPÖ-Wohnbaustadtrates, der 2003, als Graz Kulturhauptstadt Europas war, mit dem Slogan »Auch das ist Kultur – ein Bad für jede Gemeindegewohnung« (KPÖ Graz 2011) auf sich aufmerksam machte. Allerdings gelingen der KPÖ in der Steiermark nur bei Landtags- und Gemeinderatswahlen (GRW) diese hohen Ergebnisse, bei Nationalratswahlen (NRW) übersteigen die Resultate nicht den Bundesschnitt. Die KPÖ-Steiermark versteht sich als eine Regional- bzw. Lokalpartei und mit einem pragmatisch-konkreten Politikverständnis: »Helfen statt Reden«. Ihre Mandatar:innen behalten sich ein Facharbeiter:innengehalt vor – ähnlich wie die Sozialistische Partei der Niederlande – und zahlen den Rest ihres Einkommens in einen Sozialfonds, mit dem Steirer:innen, die in Notlagen geraten sind, individuell unterstützt werden. (KPÖ Steiermark 2019)

In der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz überwand die KPÖ 2009 die Vier-Prozent-Hürde und zog nach einer 18-jährigen Pause 2009 wieder mit einer Kommunalvertreterin in den Gemeinderat ein.⁸ 2018 gelang ihr das auch bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck, der Hauptstadt des Bundeslandes Tirol. Dort zog ein von der KPÖ mitgetragenes Bündnis Alternative Liste Innsbruck (ALI) ein. 2020 erreichte in der Landeshauptstadt Salzburg die Liste KPÖ Plus, ein aus KPÖ und der Jugendorganisation Junge Linke gebildetes Bündnis, ein Mandat im Gemeinderat, sodass die KPÖ beziehungsweise mit ihr verbündete Listen nun in fünf von neun Landeshauptstädten repräsentiert sind. In Wien gelang es einem Bündnis, gebildet aus KPÖ und der neu gegründeten Partei LINKS und unabhängigen Linken, 23 Bezirksratsmandate zu erringen.

⁸ Die Wahlergebnisse sind zu finden unter www.wikipedia.org/wiki/Ergebnisse_der_Kommunalwahlen_in_Linz (1.5.2021).

Damit hat sich die Zahl der linken Mandatar:innen seit der letzten Wahl vervierfacht und ist so hoch wie seit 1954 nicht mehr. Acht der 23 Bezirksrät:innen sind KPÖ-Mitglieder. Die Wähler:innenstimmen wurden in der Zwei-Millionen-Stadt auf knapp 20.000 fast verdoppelt.

Ein Blick auf die Verteilung der Stimmen in den Städten zeigt eine relative Stärke in den innerstädtischen Bezirken, in denen auch die Grünen stark sind. Hier wohnen Menschen mit mittleren Einkommen und höherer Bildung. In Wien ist aber auch eine zunehmende Stärke der Linken in jenen Arbeiter:innenbezirken und Wohngegenden zu beobachten, die im Mietbereich durch die öffentliche Hand »aufgewertet« worden sind.

Das Bündnis LINKS (in manchen Bezirken »LINKS-KPÖ«), das insgesamt etwas mehr als 2% erreichte, kam bei den Jungwähler:innen auf 5%. Es spiegelt das Image wieder, das sich LINKS im Wahlkampf gab, durch Quotierung ihrer Kandidat:innenlisten und das bewusste Sichtbarmachen von Migrant:innen, Frauen und Transpersonen. Es zielte so auf ein diverses, junges, weibliches Elektorat. Mit der Forderung des Wahlrechts für alle Wiener:innen gelang es LINKS erfolgreich, den strukturellen Rassismus zum Thema zu machen; der Stimmenanteil unter den EU-Bürger:innen war überdurchschnittlich. Interessant ist auch, dass bei der Aktion »Pass egal«, einem politisch-symbolischen Wahlakt, bei dem 1.500 Menschen ohne österreichischen Pass ihre Stimmen abgaben, LINKS mit 12% den dritten Platz unter den Parteien belegte.

Viele linke Wähler:innen haben auch die beiden anderen Schwerpunkte im Wahlkampf angesprochen: Wohnen und Arbeit, mit teils radikalen Forderungen nach Enteignung und immer in Verbindung mit feministischen und anti-rassistischen Ansprüchen. Ziel der Partei LINKS ist es nun, sich auch auf nationaler Ebene zu organisieren. Derzeit ist es noch offen, ob die Kraft und die Umsicht der Akteur:innen auf allen Seiten reichen wird, einen frischen linken Wind in Österreich wehen zu lassen. Das Potenzial weist auch über Wien hinaus auf die Möglichkeit von Erfolgen in anderen urbanen Regionen. Allerdings müssen einige Wiener Besonderheiten berücksichtigt werden, wie die für Wiener Verhältnisse niedrige Wahlbeteiligung. Außerdem sorgt die Spaltung und Krise der FPÖ dafür, dass die SPÖ mit hoher Wahrscheinlichkeit unangefochten stärkste Partei der Stadt bleibt. Damit schwächte sich die scheinbare Notwendigkeit taktischen Wählens ab. Und schließlich die unter Linken weitverbreitete Enttäuschung über die Performance der Grünen in der Bundesregierung, die die antisoziale, menschenrechtsfeindliche und rassistische Politik der ÖVP mittragen.

Die KPÖ

Die KPÖ war 1945, nachdem sie den opferreichsten Widerstand gegen die Nazis geleistet hatte, eine der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik. Die KPÖ war in der Zeit zwischen der Befreiung 1945 und dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages 1955 auf dem Sprung, eine Massenpartei mit mehr als 100.000 Mitgliedern zu werden. Die Parteiführung erhoffte sich, gestützt auf die Leistungen der KPÖ im antifaschistischen Widerstand und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht, eine führende Rolle im Lande zu spielen. Stalin aber machte noch im April 1945 zur Bestürzung der österreichischen Kommunist:innen den letzten Kanzler der ersten Republik, Karl Renner, zum Chef der provisorischen Regierung und sah somit für Österreich wohl keine Zukunft mit kommunistischer Prägung. Das Ergebnis der Wahlen im November 1945, bei der auf die KPÖ knapp 5% entfielen, machte klar, dass sie im neuen Österreich nur eine bescheidene Rolle spielen würde, 1947 trat sie als Außenseiterin aus der Regierung aus.

Nach langer »Moskautreue«, der auch 1968 der intellektuelle eurokommunistische Flügel geopfert wurde, und die das Image der Partei als »Russenpartei« lange bestätigte, begann die KPÖ seit den 1980ern, ihre stalinistische Vergangenheit kritisch zu bearbeiten. Nach der Implosion der Sowjetunion ging ein Riss auch durch die KPÖ. Jene, die sie (und ihren Namen) beibehalten und gleichzeitig reformieren wollten, setzten sich durch. Der »untergegangene Realsozialismus« wurde für seine Fehler kritisiert, er zeige, dass »der Weg zum Sozialismus nur ein demokratischer sein kann, der gangbar wird, wenn es die Mehrheit der Menschen so will«. Dementsprechend wurde 1994 das Parteiprogramm reformiert und mit der Forderung der Neuformierung der Linken verbunden. Entscheidend sei, »ob Beschäftigte und Arbeitslose, Frauen und Männer, Inländer und Ausländer zu einer solidarischen, gemeinsamen Interessen entsprechenden Politik finden«, ob die Linke »bei aller Verschiedenheit der Anschauungen demokratische und soziale Alternativen als Antwort auf reaktionäre Krisenstrategien entwickelt« (KPÖ 1994). Als die KPÖ bereits im Juni 1990 auf einer frauenpolitischen Konferenz als erste Partei ein Frauenprogramm beschloss, konnte sie auf die Erfahrungen eines jahrzehntelangen Engagements von Genossinnen für Frauenrechte und bereits vorhandene Resolutionen sowie aktionspolitische Orientierungen aufbauen. (KPÖ 2014a)

Seit 1991 orientiert sich die KPÖ grundsätzlich darauf, breite Allianzen zu formieren und Optionen auf Vereinigungen mit anderen linken Kräften offenzuhalten. Der Parteitagbeschluss der KPÖ vom Oktober 2014 orientierte darauf, möglichst breite Allianzen und Bündnisse auch bei Wahlen anzustreben (KPÖ 2014b), was sich in verschiedenen Wahlbündnissen auf kommunaler und nationaler Ebene widerspiegelt, darunter der Antritt und Einzug von LINKS 2020 bei der Wien-Wahl.

Heute hat die KPÖ weniger als 2.000 Mitglieder. Aufgrund ihrer Altersstruktur ist die Tendenz weiterhin abnehmend. Das Bild von Parteiveranstaltungen zeigt eine Mischung unterschiedlicher sozialer Milieus: Pensionist:innen, Angestellte, Erwerbsarbeitslose, Arbeiter:innen, Akademiker:innen, Prekarierte, Alleinerziehende, von Armut Betroffene ebenso wie auch gut Verdienende und Freiberufler:innen. Die KPÖ ist allerdings eine fast ausschließlich »weiße« Partei, was jedoch nicht der tatsächlichen Zusammensetzung der österreichischen Arbeiter:innenklasse entspricht. Dessen ungeachtet stellt sich die KPÖ die Aufgabe, die erweiterte Arbeiter:innenklasse zu vertreten, die »multiethnisch und multikulturell zusammengesetzt ist, zur Hälfte aus Frauen besteht und auch arbeitslose Menschen oder jene in ungeschützten bzw. atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. auch in privaten Haushalten umfasst« (KPÖ 2004). Trotz dieses Anspruches stagniert der Wähler:innenanteil der KPÖ seit vier Jahrzehnten bei bundesweiten Wahlen bei ca. 1%. Erklären lässt sich dies neben der mehrheitlich grundsätzlich konservativ geprägten Gesellschaft auch mit dem Argument der »verlorenen Stimme«. Die für die KPÖ nur schwer zu überwindende Vier-Prozent-Hürde bei Wahlen hält viele, die gerne radikal links wählen würden, davon ab, der KPÖ ihre Stimme zu geben.

Die Politik der KPÖ und der Linken allgemein spielt sich in Österreich zwischen ideologischer und verbaler Radikalität und sozialdemokratischer Reform-Forderungen ab. Es mangelt an konkreten umsetzbaren »radikalen« Projekten, die den Raum für einen utopischen Gesellschaftsentwurf öffnen. Aufgrund der oben beschriebenen Medienlandschaft und fehlender eigener Ressourcen mangelt es an der Fähigkeit, mit einem relevanten Teil der Bevölkerung in Kontakt zu treten. 2003 verlor die Partei einen Großteil ihres Parteivermögens an den deutschen Staat. Parteimedien sprechen von Enteignung durch deutsche Gerichte, die die Handelsfirma Novum nicht der KPÖ, sondern der SED und somit der Treuhand zuordneten.⁹ Zu all dem prägt ein starker traditioneller Antikommunismus die österreichische Gesellschaft.

KPÖ und Zivilgesellschaft

Die KPÖ ist mit Organisationen verschiedener Bereiche der Zivilgesellschaft assoziiert. Die Kinder- und Jugendorganisation Kinderland organisiert Ferienlager und Veranstaltungen, der Zentralverband der Pensionist:innen ist politische Interessensvertretung und Ort des Austauschs, der Kommunistische

⁹ Der deutschen Treuhand wurde mit einem Urteil in zweiter Instanz beim deutschen Oberverwaltungsgericht im Oktober 2003 der allergrößte Teil des KPÖ-Parteivermögens der Bundesrepublik Deutschland zugesprochen. Infolge eines Vergleichs im Jahr 2008 wurden 120 Millionen Euro von Firmen, die von kommunistischen Firmen erwirtschaftet wurden, von den Schweizer Bank-Konten der KPÖ an den deutschen Staatshaushalt überführt. (Vgl. Neues Deutschland, 25.3.2010; Baier 2009)

Student:innenverband – Linke Liste (KSV-LiLi) war seit 2004 in der größten Universität des Landes der Uni Wien in der Exekutive der studentischen Universitätsvertretung und ist auch in der Bundes-Hochschülerversammlung; der Gewerkschaftliche Linksbund ist mit einem Mandat im Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbunds vertreten, außerdem mit verschiedenen linken Betriebslisten; der von Überlebenden der Konzentrationslager gegründete KZ-Verband organisiert antifaschistisches Gedenken und der Bund demokratischer Frauen verschiedene feministische Aktionen und Veranstaltungen. Diese und früher auch noch andere assoziierte- und Vorfeldorganisationen verfolgten nach dem Krieg zunächst das Ziel, demokratische Massenorganisationen über ideologische Grenzen hinweg zu sein. Das aber wurde von den beiden anderen demokratischen weltanschaulichen Lagern – der Sozialdemokratie und den Konservativen – verweigert, die jeweils ihre eigenen Organisationen gründeten.

Die Mitglieder der KPÖ bringen sich auch ein in außerparlamentarische Bündnisse, Allianzen und Dachverbänden wie dem Österreichischen Frauenring, in dem fast alle Parlamentsparteien und Interessensvertretungen von Frauen organisiert sind, in der »Plattform 20.000 Frauen« (in Erinnerung an 1911 wo 20.000 Menschen am Wiener Ring für Frauenrecht demonstrierten), im österreichischen Ableger des Bien-Netzwerks für ein Universelles Bedingungsloses Grundeinkommen. Die KPÖ war 2004 Gründungsmitglied der Partei der Europäischen Linken. Die KPÖ-nahe Monatszeitschrift Volksstimme hat 2018 das Bündnis Alternativer Medien mitgegründet, in dem verschiedene feministische, kulturelle und politische Zeitschriften, die Wiener Straßenzeitung Augustin, der Mosaik-Blog sowie freie Radios mitmachen.¹⁰ Das seit 1947 jährlich von der KPÖ organisierte, in der Tradition der kommunistischen Pressefeste stehende Volksstimmefest ist ein über die KPÖ hinaus wirkender alternativ-kultureller Höhepunkt im Wiener Veranstaltungskalender.

Nach Antritt der Regierung aus ÖVP und FPÖ im Dezember 2017 formierten sich in vielen österreichischen Städten parallele Protestbewegungen, die an die Donnerstagsdemonstrationen gegen die rechtskonservativ-rechtsextreme Regierung Anfang der 2000er anknüpften. Die KPÖ war Teil dieser Proteste. Aus dem Kreis der verschiedenen linken Organisator:innen der Wiener Donnerstagsdemos entwickelte sich später der Organisationskern, der auch die Gründung von LINKS auf den Weg brachte.

Auch in Österreich hatte die Fridays for Future-Bewegung seit 2018 Schulstreiks und massive Demonstrationen organisiert. Und nach der Ermordung George Floyds in den USA gingen im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung Anfang Juni 2020 in ganz Österreich 80.000 Menschen auf die Straßen, 50.000

¹⁰ Bündnis Alternativer Medien: www.bam.jetzt/.

allein in Wien. Die Teilnehmer:innen beider Bewegungen waren vor allem Schüler:innen bzw. junge bewegte Menschen insbesondere zwischen 15 und 20 Jahren – im Unterschied zu den Donnerstagsdemonstrationen, bei denen stärker die Generationen zwischen 20 und 45 Jahren in Kämpfen gegen Austeritätspolitik oder in feministischen Kämpfen sozialisiert wurden. Während die KPÖ zu letzteren enge Kontakte hat, fehlen diese derzeit noch zu den neu politisierten Schüler:innen-Generationen; mit jenen ist die Junge Linke assoziiert.

Strategische Ausrichtung der Partei

Die KPÖ versteht sich trotz der Beibehaltung ihres Namens als erneuerte Linkspartei. Sie analysiert sozialökonomische, geschlechtliche und rassistische Unterdrückung in ihrer Verknüpfung. Zur programmatischen Ausrichtung der Partei gehört die Analyse des Kapitalismus und der Anspruch, diesen zu überwinden. Dieser Anspruch wird strategisch verbunden mit einem schrittweisen Vorgehen für eine »solidarische Gesellschaft«, wie es 2011 im beschlossenen politischen Dokument der Partei formuliert wird (KPÖ 2011).

Zu den zentralen Handlungsfeldern gehört die Sozialpolitik, hier besonders die Fragen zu Einkommen und zu den Rechten und Arbeitsbedingungen der Arbeiter:innen, Wohnen und Energie, außerdem die Verkehrs- und Gesundheitspolitik. Die hier formulierten Forderungen werden verbunden mit einer antirassistischen und feministischen Grundhaltung (siehe Slogans wie: »Geht's den Flüchtlingen gut, geht's uns allen gut« – im Sommer der Migration 2015 / »Geht's den Frauen gut, geht's uns allen gut« – anlässlich der Menschenkette für Frauenrechte 2018). Die traditionelle Gedenk-Praxis dient der Identitätsstiftung, hat aber – bedauerlicherweise – einen stark rituellen Charakter. Geschichte der kommunistischen Bewegung und marxistische Theorie wird nur in geringem Umfang bei der spärlichen Bildungsarbeit berücksichtigt. Die Erkenntnis, dass die Ökologie eine wichtige politische Frage ist, die eng verknüpft ist mit der sozialen Frage, um die eine Partei der radikalen Linken und so auch die KPÖ nicht herum kommt, beginnt sich durchzusetzen. Eine sozio-ökologisch fundierte Analyse und ein sich daraus abgeleiteter strategischer Ansatz für linke Politik wird jedoch noch nicht verfolgt.

Neben der außerparlamentarischen (Bündnis-)Arbeit wird der Weg in die Parlamente pragmatisch gesehen und kann mit dem Slogan »Hinein tragen was draußen passiert und hinaus tragen was drinnen passiert« und »Widerspruch und lästige Fragen« zusammengefasst werden. Bei vielen Wahlantritten wird also die Rolle der Partei im Parlament vor allem als kritische Interventionskraft und als Vermittlerin zwischen parlamentarischen Gremien und den Anliegen der Bevölkerung und Bewegungen betont. (KPÖ Salzburg 2018 und Linz 2019)

Zu den konkreten Projekten und politischen Praxen gehören die Beratungstätigkeiten in Miet- und sozialen Fragen in Wien bis hin zur Beratung und fi-

nanziellen Unterstützung Hilfesuchender in Graz. Die letzte gemeinsame bundesweite Kampagne der KPÖ wurde zu: »Wohnen darf nicht arm machen« durchgeführt. Die Aktionsformen der Partei reichen von traditionellen »Infotischen« bis hin zum »Parking Day« in Linz, wo Autoparkplätze temporär sinnvoll umgewidmet wurden zu konsumfreien Aufenthaltszonen. Im Rahmen der jährlichen globalen Woche für ein universelles bedingungsloses Grundeinkommen werden auch Veranstaltungen organisiert. Die Mitglieder der KPÖ beteiligen sich außerdem an feministischen, antirassistischen und gewerkschaftlichen Aktionen.

Nach der Enteignung der Partei 2003 wurde das Konzept der Aktivistenpartei entworfen, mit einem quasi nichtexistierenden bezahlten Parteiapparat, der lediglich über eine bezahlte koordinierende Stelle verfügt. Die gesamte Parteiarbeit wird de facto ehrenamtlich verrichtet. Sie ist weithin dezentralisiert und föderalistisch in Landesverbänden und Grundorganisationen organisiert, mit einem vom alle drei Jahre stattfindenden Parteitag gewählten Bundesvorstand und Bundesausschuss, der die laufende Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse leitet. Die Grundstrukturen und Arbeitsgruppen sind auch offen für Nicht-Parteimitglieder.

Vorstellungen zur Europapolitik

Die KPÖ hat 1995 den Beitritt Österreichs zur EU abgelehnt. Nach wie vor steht sie der neoliberalen Verfasstheit der EU kritisch gegenüber, allerdings weist sie die Idee eines Austritts aus der EU als perspektivlos zurück. Die Partei fordert vielmehr eine radikale Änderung der Europäischen Integration. Dieser strategischen Orientierung entspricht die Vollmitgliedschaft der KPÖ in der Europäischen Linkspartei (EL), zu deren Gründungsmitgliedern sie zählt. Allerdings will sich die Partei in Opposition zur Bundespartei in der Steiermark den EU-Austritt im Sinne »einer politischen Option« offenhalten, was einer mehr oder weniger offenen Orientierung auf den Austritt entspricht. Sie verlangt dementsprechend auch von der Bundespartei, die Vollmitgliedschaft in der EL auf einen Beobachterstatus zurückzustufen. Fallweise lässt man Sympathien mit der Initiative der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas erkennen.¹¹

Als drängendste aktuelle Probleme in Europa werden von der KPÖ die Migrationspolitik und das Europäische Grenzregime angesehen; außerdem die Verschärfung von Ungleichheiten der Lebensbedingungen vieler Menschen

¹¹ Vergleiche hierzu die Aussagen der KPÖ Steiermark unter www.kpoe-steiermark.at/eu-vorsitz-kapitaen-auf-schlingern-dem-schiff.phtml und www.kpoe-steiermark.at/eu-vorsitz-kapitaen-auf-schlingern-dem-schiff.phtml sowie das Landesparteitagsdokument von 2012 www.kpoe-steiermark.at/dl/59a0b5b7aa721c376e894133c6bae09b/Landesprogramm%202012.pdf?target=1.

und der Aufstieg der extremen Rechten in vielen Ländern Europas sowie die Militarisierung der EU und die Notwendigkeit einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik.

Als ein Problem der EL wird gesehen, dass diese in ihren Mitgliedsstaaten – so auch in Österreich – kaum präsent und bekannt ist. Allerdings sind die Erfahrungen von Parteiaktivist:innen in den überregionalen Foren der EL (zwischen Österreich – Italien – Slowenien bzw. Österreich – Ungarn – Slowakei – Tschechien) freundschaftlich und bereichernd. So war auch die KPÖ von Anfang an an den europäischen Sozialforen 2003ff. aktiv beteiligt. Das »europäische Forum« der EL wurde in Österreich jedoch bisher nicht breiter rezipiert.

3. Perspektivische Möglichkeiten

Die Linke in Österreich ist heute trotz ihrer bemerkenswerten Geschichte schwach. Ein möglicher Ausweg liegt in der kritischen Analyse und Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Geschichte der Linken, der Definition ihrer Aufgaben und Ziele und der Entwicklung einer breiten linken Kraft. Zu den Hindernissen einer solchen Entwicklung gehören die beschriebenen fehlenden Ressourcen, die Vier-Prozent-Hürde und damit das Argument der verlorenen Stimme sowie der in der Gesellschaft tief sitzende Antikommunismus. Aber dies und so mancher historische Fehler sind nicht die alleinigen Gründe für die bundesweite Schwäche und Stagnation der Partei.

Auf regionaler oder lokaler Ebene oder bei der Interessenvertretung in unterschiedlichen Bündnissen können linke Erfolge erzielt werden. Gerade die Proteste der letzten Jahre – insbesondere seit 2017 – zeigen, dass es einen gesellschaftlichen Bedarf und zugleich eine politische Leerstelle links der Sozialdemokratie und der Grünen gibt, umso mehr, seit die Grünen in der Regierung sind. Ob die Linke die sich aus dieser Konstellation ergebenden Chancen nutzen kann, hängt auch von der Intelligenz und Fähigkeit der KPÖ ab, diese neuen gesellschaftspolitischen Bündnisse maßgeblich zu befördern und zu stützen.

Der Antritt und das Abschneiden der Partei »Der Wandel« zu den bundesweiten Wahlen 2019 und der Wahlerfolg der neuen Partei LINKS in der Bundeshauptstadt Wien markieren den Beginn einer neuen Etappe, die auf den Aufbau einer neuen politischen Linken auch in Österreich verweisen. Die KPÖ versteht sich als Teil einer breiten Linken, die über die bisherigen klassischen und beschränkten linken Milieus hinaus breitere Bevölkerungsschichten ansprechen will. Wenn die KPÖ hier nicht destruktiv wirken und letztendlich als Selbstzweck übrigbleiben will, muss sie aktiv am Aufbau einer solchen politischen Linken arbeiten.

Literatur

- Baier, Walter (2009): Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien.
- Ferschli, Benjamin/Grabner, Daniel/Theiner Hendrik (2019): Reich durch Erben: Das ist Österreichs Geldadel. In: Kontrast.at, 1.10.2019. kontrast.at/reichste-oesterreicher-erben/ (21.10.2020).
- Groß, Julia/Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara (2017): Vermögensunterschiede nach Geschlecht in Österreich und Deutschland: Eine Analyse auf der Personenebene. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 168. Working Paper-Reihe der AK Wien.
- Mugrauer, Manfred (2020): Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Zeitgeschichte im Kontext, Band 014. Wien.
- Riss, Katrin (2020): Neue Regierung: Kompromiss mit grünem Zähneknirschen. Der Standard, 2.1.2020. derstandard.at/story/2000112873159/kompromiss-mit-gruenem-zaehneknirschen (1.12.2020).
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2020): Zwischen Armutslöhnen und Living Wage: Mindestlohnregime in der Europäischen Union. Studie im Auftrag von Özlem Alev Demirel Mode oezlem-alev-demirel.de/wp-content/uploads/2020/06/mindestlohn-deutsch-web-1.pdf (21.10.2020)
- Statistik Austria (2020): Wohnen 2019. Mikrozensus – Wohnungserhebung und EU-SILC, Wien, am 10.06.2020, S55.

Parteidokumente der KPÖ

- KPÖ (1994): Grundzüge einer Neuorientierung, Beschlossen vom 29. Parteitag der KPÖ am 19./20.3.1994 in Linz. kpoe.at/home/positionen/programmatik-kpoe/beschlusse-und-grundlagen/1994/grundzuege-einer-neuorientierung (1.12.2020)
- KPÖ (2004): Politische Plattform der KPÖ, 4.12.2004. kpoe.at/home/positionen/programmatik-kpoe/beschlusse-und-grundlagen/2004/politische-plattform-der-kpoe (1.12.2020).
- KPÖ (2011): Leitantrag an den Parteitag der KPÖ: Für eine solidarische Gesellschaft. Beschluss des Bundesvorstands der KPÖ vom 1.3.2011. kpoe.at/home/positionen/programmatik-kpoe/35-parteitag/35-pt-beschlusse/2011/leitantrag-fuer-eine-solidarische-gesellschaft (2.12.2020).
- KPÖ (2014a): Frauen.Pro.Grammatisches. kpoe.at/frauen/frauen-pro-grammatisches (1.12.2020).
- KPÖ (2014b): Thesen des 36. Parteitags, 18./19.10.2014. kpoe.at/home/positionen/programmatik-kpoe/36-parteitag/antraege/2014/thesen-des-36-parteitags (21.10.2020).
- KPÖ Graz (2011): Versprochen und gehalten! Ein Bad für jede Gemeindewohnung. 14.7.2011 kpoe-graz.at/versprochen-und-gehalten-1.phtml (2.12.2020).
- KPÖ Linz (2019): Nichts als Widerspruch..., 11.11.2019. ooe.kpoe.at/article.php/20191111103830817 (26.10.2020).
- KPÖ Steiermark (2019): Wofür wir stehen. kpoe-steiermark.at/programm-und-programmatisches.phtml (26.10.2020).
- KPÖ Plus Salzburg (2018): KPÖ PLUS reicht Kandidatur zur Gemeinderatswahl ein. kpoe-plus-sbg.at/2018/12/23/news-5/ (26.10.2020).

Ein Seiltanz zwischen politischer Vereinnahmung und Marginalisierung bei der luxemburgischen Linken

von Adrien Thomas

Einleitung

Luxemburgs linke Parteien bewegen sich in einem sozialen und politischen Umfeld, das von zwei maßgebenden Faktoren bestimmt ist: Luxemburgs Stellung als Finanzzentrum und der vorherrschenden Ideologie der Sozialpartnerschaft. In diesem Zusammenhang laufen die Parteien Gefahr, einerseits von der konsensorientierten luxemburgischen Politik vereinnahmt, andererseits marginalisiert zu werden. Luxemburg ist, ähnlich wie Belgien und die Niederlande (Conway/Romijn 2007), eine repräsentative Demokratie mit Verhältnismehrrecht und als solche gekennzeichnet durch breite Koalitionen mehrerer Parteien, das Ausbleiben politischer Gewalt und schwache radikal rechte oder linke Bewegungen. Kompromiss mehr denn Konflikt ist bestimmend (Lorig/Hirsch 2008).¹

Den rauschenden Wachstumsjahren der Nachkriegszeit folgte in Luxemburg ein relativ kurzer Konjunkturabschwung zwischen 1975 und 1985. In den nächsten 20 Jahren wuchs die Wirtschaft wiederum jährlich um durchschnittlich 5,3%, angetrieben von einem Finanzsektor, der von lockeren finanz- und steuerrechtlichen Regelungen profitierte (Zucman 2015). Luxemburg wurde zunehmend zu einer »Wohlstandsgesellschaft«, was sich in einem hohen Einkommens- und Konsumniveau widerspiegelte, inklusive der europaweit höchsten Anzahl an Autos pro Haushalt. Allerdings ist eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit zu verzeichnen, besonders in Hinblick auf eine relativ schwache Arbeiter:innenklasse, die heutzutage größtenteils aus Migrant:innen und Grenzpendler:innen besteht (Thomas 2015).

¹ Der Autor dankt Michel Erpelding und Michel Pletschette für ihre hilfreichen Anmerkungen. Fehler und Meinungen verantwortet allein der Autor.

Neuaustrichtung und Wandel in der Linken

Die rapide Verwandlung Luxemburgs vom Stahlstandort zur Finanzmetropole und Steueroase für Konzerne vollzog sich in den 1980er und 1990er Jahren. Getragen wurde sie durch einen weitgehenden Konsens zwischen den drei stärksten Parteien: der *Chrëschtlech Sozial Vollekspartei* (CSV, Christliche Soziale Volkspartei), der *Lëtzebuenger Sozialistesche Aarbechterpartei* (LSAP, Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei) und der Mitte-Rechts *Demokratesch Partei* (DP, Demokratische Partei). Nach Ende des langen Nachkriegsbooms bemühten sich die verschiedenen Regierungen, Luxemburg als einen Finanzstandort zu etablieren, der tief in der EU verankert ist und gleichzeitig eine vorteilhafte Finanz- und Bankpolitik betreibt. Mit dem so gewonnenen Steueraufkommen konnten eine großzügige Sozialpolitik finanziert und ein gewisser Grad an sozialer Integration sichergestellt werden.

Das Wachstum des Finanzsektors hat die politische Landschaft maßgeblich geprägt und eine Vielfalt an politischen Führungsfiguren hervorgebracht, wie etwa den leidenschaftlichen Christdemokraten Jean-Claude Juncker, der sich mitunter selbstironisch als den »letzten Kommunisten« Luxemburgs bezeichnete, während seine Regierung aggressive Mechanismen zur Steuervermeidung von multinationalen Konzernen durchgehen ließ (Mulder 2019). Die Finanzialisierung der Wirtschaft hat auch die politischen Parteien der Linken verändert. Die Führung der LSAP, die sich früher aus Gewerkschafter:innen der Arbeiterklasse rekrutierte, besteht mittlerweile aus einem kleinen Kreis von Technokrat:innen, die zwischen Partei- und Staatsapparat sowie Unternehmenssektor zirkulieren. Sinnbildlich dafür steht zum Beispiel der ehemalige Kopf der LSAP Etienne Schneider, der erst Generalsekretär der LSAP-Fraktion in der luxemburgischen Abgeordnetenversammlung war, dann einen hohen Posten im Wirtschaftsministerium annahm, bevor er schließlich Wirtschaftsminister wurde. Nachdem er 2020 sein Amt niederlegte, trat Schneider den Vorstandsgremien des Stahlherstellers ArcelorMittal sowie des oligarchisch geführten russischen Konzerns Sistema bei. 1983 entstand aus den neuen Sozialbewegungen die Grüne Partei (*Déi Gréng*), die ab den 1990er Jahren einen steten Kurs der Integration in das politische System verfolgte und immer wieder ihre Loyalität gegenüber der Finanzmetropole unter Beweis stellt. So lautete ihr Wahlslogan 2004 »Neues Kapital für Luxemburg«, während sie 2009 den Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, einlud, um über Wege aus der finanziellen Krise zu sprechen.

In den 1980er Jahren versuchte die Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL), deren Mitgliederbasis größtenteils aus Arbeiter:innen der Stahlproduktion und des Bergbaus bestand, sich gegen die Verengung auf eine Nischenpolitik einzusetzen, und plädierte stattdessen für die Nationalisierung der Stahl-

industrie. Die umfassende Neustrukturierung der Stahlindustrie brach der KPL allerdings das Rückgrat; die Anzahl der Beschäftigten sank von 25.000 im Jahr 1975 auf 13.000 Arbeiter:innen im Jahr 1985. Ein Vorgang, der sich ohne größere Konfrontationen mit einer organisierten Arbeiterschaft vollziehen konnte. Der Kollaps des »real existierenden Sozialismus« besiegelte das Schicksal der KPL. Die Partei hatte noch nie die notwendigen Kapazitäten zur Entwicklung eigener Strategien gehabt und stets treu die politische Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und der ostdeutschen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) befolgt. Auf geheimer Ebene hatte die Führung der KPL sogar unkluge finanzielle Geschäfte mit der SED betrieben. So kam es, dass 1991 die Privatisierungsagentur, die mit dem Verkauf der volkseigenen Betriebe der DDR an private Unternehmer:innen beauftragt war, die Treuhand, auch das Gebäude übernahm, das die Verwaltung der KPL und dessen Druckerei COPE beherbergte. 1993 verließen ein Großteil der Mitglieder aus der Mittelschicht, die der Partei in den 1970er und 1980er Jahren beigetreten waren, die KPL und gründeten, vom Geiste des Eurokommunismus angespornt, die *Nei Lénk* (Neue Linke). Keine der beiden Parteien war in der Lage, bei den Parlamentswahlen 1994 ein Mandat zu gewinnen.

Um einer weiteren Wahlniederlage vorzubeugen, formten die KPL und die *Nei Lénk* gemeinsam mit der trotzkistischen *Revolutionär Sozialistesch Partei* (RSP, Revolutionäre Sozialistische Partei) und der Leitung der Jugendorganisation der LSAP 1999 die Partei *Déi Lénk* (Die Linken). Die neu ins Leben gerufene Allianz konnte in den noch im selben Jahr stattfindenden Wahlen eins der 60 Mandate im Parlament gewinnen (mit einem landesweiten Ergebnis von 3,3% der Stimmen).² Nach diesem bescheidenen Erfolg kam es schnell zu einer Explosion gegenseitiger Beschuldigungen. Ein Großteil der KPL-Mitglieder verließen 2003 *Déi Lénk*; sie weigerten sich, die Partei als mehr als einen rein wahlpolitischen Zusammenschluss bestehender Gruppen zu sehen. In den folgenden Kommunal- und Parlamentswahlen verzeichneten sowohl KPL als auch *Déi Lénk* starke Einbußen, ein ungutes Omen. *Déi Lénk* verlor ihr Mandat im Abgeordnetenhaus (sie gewann nur 1,9% der Stimmen) und fast alle ihre Sitze auf der kommunalen Ebene, während die KPL nur noch 0,9% der Stimmen in den Parlamentswahlen für sich gewinnen konnte (Wagener 2012).

Nach gut geplanten Kampagnen gegen die Europäische Dienstleistungsrichtlinie, auch Bolkestein-Richtlinie genannt, und gegen den Entwurf für die Europäische Verfassung sowie mit einer verjüngten Führungsebene konnte

² Luxemburgs Wahlsystem basiert auf dem Verhältniswahlrecht. Es wird in vier Wahlbezirken abgestimmt, sodass das zu erreichende Minimum de facto bei 5 bis 10% der Stimmen liegt.

sich Déi Lénk 2009 erneut einen Sitz im Parlament sichern (3,3% der Stimmen). Ab 2010 gelang der Partei ein gewisser Durchbruch. Bei den Kommunalwahlen 2011 wurde Déi Lénk in die Stadträte sämtlicher Großstädte gewählt, einschließlich Luxemburg-Stadt (6%; ein Wahlergebnis, das bewies, dass die Partei auch jenseits der ehemaligen kommunistischen Industriehochburgen Wähler:innen für sich vereinnahmen konnte) und der zweitgrößten Stadt des Landes, Esch-sur-Alzette (11%). Bei den Parlamentswahlen 2013 konnte Déi Lénk zwei Mandate bei diesmal 4,5% der Stimmen gewinnen. Dem eigenen Anspruch, den Stimmenanteil in den Parlamentswahlen 2018 und den darauffolgenden Kommunalwahlen noch auszuweiten, konnte die Partei allerdings nicht gerecht werden. Die Stimmzahlen stagnieren seit 2013, und das trotz der stetigen Verluste seitens der Sozialdemokraten.

Zwei Hauptfaktoren erklären diese Stagnation: das sich wandelnde Gefüge der regierenden Parteien und die Soziologie der Wähler:innen. In Bezug auf den ersten Punkt ist maßgeblich, dass die früher dominanten Christdemokraten, die von 1918 bis 2012 fast durchgehend mit kleineren Koalitionspartnern regierten, nicht mehr Teil der Koalitionsregierungen von 2013 und 2018 waren. Die Regierungskoalition setzte sich jetzt aus der Mitte-Rechts-Partei Demokratische Partei, den Sozialdemokraten und der Grünen Partei zusammen und realisierte eine Reihe an objektiv fortschrittlichen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns und die Trennung von Staat und Kirche. Unter dem Druck von EU und OECD wurde der automatische Austausch von Bankdaten eingeführt und es wurden Maßnahmen ergriffen, um der aggressiven Steuerhinterziehung Einhalt zu gebieten. Dennoch wurden weder ein klarer ökologischer Wandel noch eine fundamental kritischere Haltung hinsichtlich der Interessen des Finanzsektors eingeleitet. Déi Lénk musste also zwischen Stützung und Kritik der Regierungspolitik navigieren, ein umso heikleres Unterfangen, da in der Opposition de facto die Christdemokraten und die rechten Populisten der *Alternativ Demokratesch Reformpartei* (ADR, Alternative Demokratische Reformpartei) den Ton angaben. Der Erfolg der politisch ambivalenten »Piratenpartei« in den Parlamentswahlen von 2018 – eine Partei, die die links-rechts Spaltung ablehnt und geschickt dabei vorgeht, ihren Themen Gehör zu verschaffen – stellt eine weitere Herausforderung dar.

Der zweite Hauptfaktor für die Stagnation von Déi Lénk liegt in der Soziologie der Wähler:innen. Der Diskurs der Partei konzentriert sich stark auf soziale Ungerechtigkeit. Die Zielgruppe der Partei ist aber oftmals nicht wahlberechtigt: 46% der Arbeitsstellen sind von Pendler:innen aus benachbarten Ländern besetzt und 27% von in Luxemburg ansässigen sind Migrant:innen. Die meisten Arbeiter:innen der Fertigungsindustrie und im Dienstleistungssektor sind Ausländer:innen und somit von den Parlamentswahlen ausgeschlossen. Luxemburger Staatsbürger:innen arbeiten zu großen Teilen im öffentli-

chen Dienst, im relativ gut bezahlten Sozial- und Gesundheitssektor, während große Teile der in der Privatwirtschaft arbeitenden Bevölkerung keine politische Repräsentation genießen.

Luxemburgs Gewerkschaftsbewegung unterhält schon lange enge Beziehungen zu den Parteien, vorrangig zu den Sozial- und Christdemokraten. Bei Déi Lénk bestand durch den langjährigen Einsatz der trotzkistischen RSP eine besondere Nähe zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen FNCTTFEL. In einer kritischen Bewertung bemerkten Mitglieder der LSAP 2014, dass Déi Lénk eine »starke Konkurrenz bei den Gewerkschaften [ist] (in der FNCTTFEL sind Linke tonangebend; im OGBL zum Teil ebenfalls)« (Fayot et al. 2014). Wenige Jahre später setzten 2017 die sozial-demokratischen Veteran:innen der FNCTTFEL die linke Führung ab und ließen Déi Lénk ohne organische Beziehung zu einer Gewerkschaft zurück. Auch wenn die Leitung der größten Gewerkschaft Luxemburgs, dem Gewerkschaftsbund OGBL, freundliche Beziehungen mit Déi Lénk unterhält, so verlässt sich auch dieser vorwiegend auf die traditionelle Beziehung zu den Sozialdemokraten, um seinen politischen Einfluss sicherzustellen; insbesondere mit dem Arbeitsminister, der weiter als enger Verbündeter gilt.

Der Stimmenanteil der KPL stagniert seit den Parlamentswahlen von 2009 um die Ein-Prozent-Marke. Ohne Mandat im Abgeordnetenhaus ist die Partei weitgehend nur während der Wahlkämpfe in der öffentlichen Sphäre präsent und ihre Kapazität für politische Initiativen beschränkt. Eine der wenigen verbliebenen Einflussphären ist ihre *Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek*. Teils durch öffentliche Subventionen finanziert, beschäftigt sie sieben professionelle Redaktionsmitglieder, allerdings nimmt die Leser:innenschaft ab (die verkaufte Stückzahl liegt bei unter 1.000 Exemplaren und für das Jahr 2019 wurde die Leser:innenschaft auf etwa 0,7% der Bevölkerung geschätzt).

Theorie und Praxis

Déi Lénk hat eine breit angelegte anti-kapitalistische Ausrichtung, die auch soziale, ökologische, Gender- und Friedensfragen mitberücksichtigt. Das Parteiprogramm wurde mit der Parteigründung 1999 verfasst und seitdem nicht mehr aktualisiert. Mit einem weitgehend neo-keynesianischen Anspruch liegt ihr Fokus vorwiegend auf der Verteidigung des Sozialstaates und der Ausweitung des öffentlichen Sektors. Das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, wird benannt, allerdings ohne dass eine Auseinandersetzung mit den für diesen Zweck notwendigen Mitteln erfolgen würde.

Déi Lénk hat Schwierigkeiten, die Kluft zwischen hoch gesteckten strategischen Zielen und der alltäglichen politischen Praxis im Parlament und an der

Basis zu überwinden. Allgemein mangelt es den linken Parteien Luxemburgs an einer strategischen Streitkultur und Luxemburgs Intellektuelle haben wenig Erfahrung mit Marxismus oder anderen kritischen Theorien. In einem von Pragmatismus geprägten Land bringen weder die vorbildhaft reformistischen Sozialdemokraten noch die Kommunistische Partei viel Geduld für theoretische Debatten auf. Auch wenn die RSP eine Kritik von Luxemburgs Sozialmodell und der Bürokratisierung der Arbeiter:innenbewegung formuliert hat, verhinderte der marginale Status der Partei, dass ihre Analyse eine größere Wirkung entfalten konnte.

In Wahlkampagnen tendiert Déi Lénk dazu, möglichst alle und alles mitzunehmen, allerdings in kleinem Maßstab und ohne konkrete Realisierungsmöglichkeit. Im Einklang mit ihren historischen Wurzeln hat Déi Lénk in sozialen Fragen ihr stärkstes Programm. Zu ihren zentralen Forderungen gehören die Anhebung des Mindestlohns, ein besserer Kündigungsschutz und das Ende der Markt deregulierung. Mit der Ausarbeitung einer »ökologisch-sozialistischen« Ausrichtung hat Déi Lénk sich in jüngster Vergangenheit auch zunehmend bemüht, Positionen zu ökologischen und Klimafragen zu entwickeln. Die Partei kann zwar eine glaubwürdige Erfolgsbilanz in sozialen Fragen vorweisen, bei ökologischen Fragen ist dies jedoch nicht unbedingt der Fall, denn ihr mangelt es an Verbindungen zu Umwelt-NGOs. Déi Lénk hat sich außerdem zunehmend dem Dreh- und Angelpunkt von Luxemburgs politischer Ökonomie gewidmet: der Rolle des Finanzsektors und der internationalen Verantwortung, die das Land in der Aushöhlung der Steuergerechtigkeit trägt. Aufbauend auf dem »LuxLeaks«-Skandal von 2014, der vom Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten aufgedeckt wurde, kritisierte die Partei die von den Behörden des Landes eingesetzten Mechanismen, die multinationalen Konzernen bei der Steuervermeidung entgegenkommen. Angesichts der strukturellen Abhängigkeit der luxemburgischen Wirtschaft vom Finanzsektor – der nahezu ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts generiert – ist auch der Druck hoch, eine solche Kritik nicht zu laut werden zu lassen.

Informelle Organisationsformen und Konsensfindung

Déi Lénk wurde bei ihrer Gründung weniger als traditionelle Partei denn als offene Bewegung konzipiert. Die Gründungsmitglieder aus der kommunistischen Tradition wollten die Sackgassen des demokratischen Zentralismus umgehen, während die ehemaligen Mitglieder der RSP sich darum bemühten, die sektenhafte Atmosphäre ihrer Organisation hinter sich zu lassen. Bis heute unterscheidet Déi Lénk nicht wirklich zwischen Mitgliedern und Sympathisant:innen. Bemerkenswert ist auch, dass für die Abgeordneten und Stadträt:innen der Partei

ein Rotationsprinzip besteht. Zudem verfügt die Partei weder über eine:n Vorsitzende:n noch eine:n Generalsekretär:in.

Die formlose Arbeitsweise von Déi Lénk ist mit einer langjährigen Kultur der Konsensfindung verbunden, die eine substanzielle Mehrheit (die nicht unbedingt einstimmig sein muss) einer womöglich spaltenden Wahlprozedur vorzieht. Das wirft natürlich Fragen zu den impliziten Annahmen dahingehend auf, welche Positionen in einen jeweiligen Konsens eingehen und welche verworfen werden. Damit tragen die Parteivorsitzenden, die die Konsenspositionen nach den Debatten formulieren, eine große Verantwortung und es besteht das Risiko, dass sich informelle Hierarchien und Cliques bilden (Wehenkel 2014). Mit dem zunehmenden Fokus der Partei auf ihre Aktivitäten im Abgeordnetenhaus und Staatsapparat (die durch großzügige öffentliche Spenden finanziert werden) hat die Partizipation der Parteimitglieder insbesondere außerhalb der Wahlkampfzeit abgenommen.

Die soziale Basis der Partei entstammt, wie auch ihre Kandidat:innen, vorwiegend der Mittelschicht, mit vielen Beamt:innen, Lehrer:innen und Angestellten im öffentlichen Dienst. Student:innen und Rentner:innen sind in den Rängen der Partei-Aktivist:innen ebenfalls zahlreich vertreten. Mitglieder aus der Mittelschicht sind die Norm, während Mitglieder aus der Arbeiterklasse eher die Ausnahme darstellen. Über lange Zeit war die Generation in Führungsschichten der Partei tonangebend, die in den 1960er und 1970er Jahren politisiert wurde, doch mittlerweile hat ein Verjüngungsprozess eingesetzt. Zum Beispiel sind die beiden Abgeordneten (David Wagner und Marc Baum), die 2018 ins Parlament gewählt wurden, in den späten 1970er Jahren geboren, während ihre Vorgänger:innen (André Hoffmann, Aloyse Bisdorff, Serge Urbany und Justin Turpel) aus den Jahrgängen 1933 bis 1954 stammten. Trotz ihres Einsatzes für feministische Positionen und der Einführung von Frauenquoten in der Listenaufstellung für die Wahlkandidat:innen waren Frauen bisher in den Leitungsgremien der Partei und unter den gewählten Kandidat:innen erheblich unterrepräsentiert. Die Partei hat sich allerdings diesbezüglich weiterentwickelt: 2021 sollen nach dem Rotationsprinzip zwei Frauen ins Parlament.

Déi Lénk leidet unter dem Mangel an kritischen Debatten in der luxemburgischen Gesellschaft. Angesichts der Schlüsselrolle, die das Prinzip der Sozialpartnerschaft in Luxemburg spielt, ist der offene Ausdruck sozialer Antagonismen und Widersprüche eine Seltenheit. Mit der Integration der Gewerkschaften in eine Vielzahl an (neo)korporatistischen Kommissionen, Komitees und Vorständen wurde auch ihre bürokratische Kultur nur untermauert. Weitgreifende soziale Konflikte und Streiks sind ausgeblieben, somit konnte auch die Basis keine kritischen Gewerkschafts-Aktivist:innen hervorbringen. Vielen der zahlreichen NGOs, die sich in sozialen, ökologischen und Entwicklungsfragen einsetzen, fehlt

es zwar nicht an Mitarbeiter:innen, allerdings wird ihr Gesellschaftsbezug immer schwächer. Regelmäßig entstehen außerhalb der etablierten Kanäle der Interessenvertretung neue Initiativen zu Antirassismus und Gender-Fragen sowie politisierte Student:innen-Verbände. Allerdings haben sie Schwierigkeiten, ihre Aktivitäten nachhaltig zu gestalten. Déi Lénk fehlt es also an Ansprechpartner:innen in der breiteren Zivilgesellschaft, die in der Lage wären, die Partei mit neuen politischen Ideen und Organisationsformen zu fordern.

Was die KPL angeht, so hat sie sich an das Erbe und die Organisationsformen von Luxemburgs Kommunistischer Partei gehalten, die oligarchischen Züge der Parteiführung mit inbegriffen: Dominique Urbany war von 1935 bis 1976 Vorsitzender der Partei, danach übernahm sein Sohn René Urbany bis zu seinem Tod im Jahr 1990 die Leitung. Der derzeitige Präsident, Ali Ruckert, ist auch Chefredakteur der parteieigenen Tageszeitung und hat sein Amt seit 1999 inne.

Ambivalenz gegenüber der EU

Die Europapolitik war lange Zeit der Bereich, in dem sich die unhinterfragte Konsenspolitik Luxemburgs am stärksten ausdrücken konnte. Im Gründungsmitgliedstaat des Europarates, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft ging man wie selbstverständlich davon aus, dass die Bevölkerung die europäische Integration befürwortet (ebenso die USA und NATO). Das Referendum zum Entwurf der Europäischen Verfassung stellte diesen Sachverhalt zum ersten Mal infrage. In der Kampagne zum Referendum vermochten Déi Lénk eine weitaus prominentere Rolle als üblich zu spielen und es wurde erstmals sichtbar, dass insbesondere in den weitgehend deindustrialisierten Gebieten der Arbeiter:innenklasse EU-Skeptizismus weit verbreitet ist. Letzten Endes stimmten 56% für den Verfassungsentwurf, während bemerkenswerte 43% sich dagegen aussprachen.

Bezüglich der EU hat Déi Lénk weitgehend Positionen vertreten, die eine fortschreitende Integration und Stärkung des Europaparlaments befürworten, dabei aber eine sozialere Ausrichtung der EU und ihrer Politik fordern. Die Austeritätspolitik, die auf die große Rezession 2008 folgte, und der raue Umgang der Eurogruppe mit der griechischen Syriza-Regierung fachte bei Mitgliedern von Déi Lénk Zweifel an, ob sich die europäische Politik überhaupt beeinflussen ließe. Trotz der latenten inneren Spannungen zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen einer weiteren europäischen Integration hat Déi Lénk im Allgemeinen ihren integrationistischen Kurs beibehalten. Die Positionen der Gewerkschaften, die regelmäßig die europäischen Regelungen zur Freizügigkeit anführen, um die Rechte von Beschäftigten zu verteidigen, die Mig-

rant:innen oder Pendler:innen sind (Thomas 2016), haben auch dazu beigetragen, das Liebäugeln in der Partei mit einer Rückkehr zum Nationalstaat in Schach zu halten. Allerdings gibt es einen maßgeblichen Widerspruch in der Politik von Déi Lénk gegenüber der EU. Einerseits nutzt die Partei jede Chance, die Unzulänglichkeiten europäischer Sozial- und Umweltpolitik zu bemängeln, andererseits hat sie nie klar ausgesprochen, welche Entscheidungskompetenzen und Ressourcen auf die europäische Ebene übertragen werden sollten, um es dieser zu ermöglichen, die gewünschte progressive Politik umzusetzen.

Interessanterweise hat die Partei in den letzten Jahren angefangen, einen Widerspruch im öffentlichen »europhilen« Diskurs Luxemburgs ins Auge zu nehmen: die Diskrepanz zwischen einer pro-europäischen Einstellung und der Tatsache, dass das Land sich weigert, auf europäischer Ebene und mit den Nachbarregionen die steuerliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuweiten. In der Tat bezieht Luxemburgs starke Wirtschaft viele Arbeitskräfte aus benachbarten Gebieten wie Rheinland-Pfalz, Saarland, Wallonien und Lorraine.

Déi Lénk war von Beginn an Teil der Europäischen Linken und sucht zudem oft den Austausch mit anderen Parteien insbesondere aus Deutschland, Frankreich und Portugal (aufgrund der großen portugiesischen Gemeinde in Luxemburg). Für Déi Lénk ist dieser Austausch auch ein Mittel, für ihre Defizite in Sachen Strategieentwicklung aufzukommen. So hat die Partei zum Beispiel Strategiesitzungen mit Wahlkämpfer:innen der (deutschen) Linken und mit François Delapierre, Jean-Luc Mélenchons engstem Berater, abgehalten. Führungsmitglieder des portugiesischen *Bloco de Esquerda* (Linksblock), darunter Marisa Matias und Miguel Portas, haben Luxemburg besucht, um an Treffen von Déi Lénk teilzunehmen. 2019 stellten sie ihren ökumenischen politischen Ansatz erneut unter Beweis: Das Wahlkampfmanifest von Déi Lénk für die Europawahlen beinhaltete auch Elemente von Mélenchons *La France Insoumise* und Yanis Varoufakis' *DIEM25*.

Was die internationale Zusammenarbeit der KPL angeht, so hat die Partei enge Beziehungen mit der griechischen kommunistischen Partei KKE sowie mit orthodoxen kommunistischen Parteien wie der Deutschen Kommunistischen Partei und der Neuen Kommunistischen Partei in den Niederlanden gebildet, zudem mit dem belgischen post-maoistischen *Parti du Travail* (Arbeiterpartei). Die KPL nimmt auch regelmäßig an den »Internationalen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien« teil, die von der KKE ins Leben gerufen wurden. Anlässlich der Wahlen von 2013 forderte die KPL die Abschaffung des Euro und einen »Luxit« aus der EU und führte einen Wahlkampf mit nationalistischen Untertönen.

Fazit: Wohin soll es gehen?

Bis dato ist die Bilanz von Déi Lénk gemischt. Die Partei war in der Lage, die Risiken der Vereinnahmung und Marginalisierung abzuwenden. Nach den wechselhaften Gründungsjahren hat sie es geschafft, ihre interne Organisation zu festigen und einen kleinen Parteiapparat aufzubauen. Allerdings vermochte sie es nach ihrem kleinen Durchbruch in den frühen 2010er Jahren nicht, ihre Wählerschaft zu vertiefen und auszuweiten. So ist der Einfluss limitiert, den Déi Lénk auf die nationale Politik hat, und die Partei reagiert anfällig auf neue Konfigurationen im politischen Parteiensystem und der Wählergunst. Vor allem fehlt es Déi Lénk an einer strategischen Zielsetzung. Einerseits scheint es unmöglich, dass die Partei Teil einer zukünftigen Regierungskoalition werden kann. Ihre Positionen zu Schlüsselthemen wie Luxemburgs Status als Finanzzentrum oder die NATO-Mitgliedschaft stehen der Teilhabe an einer Regierung im Wege. Die Schwäche der Sozialdemokraten und der ökologisch-liberalen Positionen der Grünen Partei machen eine linke Koalitionsregierung zudem beinahe unvorstellbar. Andererseits scheint Déi Lénk nicht darauf bedacht, sich zu einer militanten, systemkritischen Partei zu entwickeln, die für eine postkapitalistische Gesellschaft kämpft. Ihr Fokus auf parlamentarische Aktivitäten, ihre interne Konsenskultur und der Mangel an strategischer Entschlossenheit verschärfen ihre Lähmung. Fest steht, dass ein Großteil des Leids der luxemburgischen Linken auch den linken Kräften Europas nicht fremd ist.

Literatur

- Conway, Martin/Romijn, Peter (2007): Belgium and the Netherlands. In: Gerwarth, R. (Hrsg.): *Twisted Paths: Europe 1914–1945*. Oxford, 84-110.
- Fayot, Ben/Fayot, Franz/Limpach, Marc/Schiltz, Christophe (2014): *Krise und Aufbruch der LSAP*. fondationrobertkriepps.lu/wp-content/uploads/2015/03/SRAKDM.Krise_Aufbruch.LSAP_.pdf (25.5.2021).
- Lorig, Wolfgang H./Hirsch, Mario (Hrsg.) (2008): *Das politische System Luxemburgs: Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Mulder, Nicholas (2019): Homo Europus. In: *New Left Review* 120, 47-65.
- Thomas, Adrien (2015): *Les frontières de la solidarité: Les syndicats et les immigrés au cœur de l'Europe*. Rennes.
- Thomas, Adrien (2016): Degrees of Inclusion: Free Movement of Labour and the Unionisation of Migrant Workers in the European Union. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 54:2, 408-425.
- Wagener, Sascha (2012): The Left in Luxembourg. In: Daiber, Birgit et al. (Hrsg.): *From Revolution to Coalition: Radical Left Parties in Europe*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 129-143.
- Wehenkel, Henri (2014): Communisme et post-communisme au Luxembourg. In:

Moreau, Patrick/Courtois, Stéphane (Hrsg.): *En Europe, l'éternel retour des communistes*. Paris.

Zucman, Gabriel (2015): *The Hidden Wealth of Nations. The Scourge of Tax Havens*. Chicago.

Der Aufstieg der außergewöhnlichen Arbeiterpartei Belgiens

von Nico Biver

Die Parlaments-, Regional- und Europawahlen am 26. Mai 2019 haben die politische Landschaft Belgiens erschüttert. In der Abgeordnetenversammlung haben die traditionellen, nach Sprachgebieten aufgeteilten Parteien – Liberale (MR, Open VLD), Sozialdemokraten (SP, Sp.a) und Christdemokraten (CD&V, cdH) – erstmals seit 129 Jahren keine Mehrheit mehr. Gewinner sind einerseits die rechtsradikale Partei Flämische Interessen (VB) und andererseits die grünen Parteien (Ecolo und Groen) sowie die gesamtbelgische Partei der Arbeit (PTB-PVDA).¹ Letztere konnte ihr Ergebnis mit 8,6% mehr als verdoppeln und wurde fünftstärkste Partei. Auf verschiedene Regionen aufgeteilt kam sie auf 13,8% in Wallonien, 12,3% in Brüssel und 5,6% in Flandern. Die Partei hat zwölf Sitze in der Abgeordnetenversammlung, in die die PTB 2014 erstmals mit zwei Abgeordneten eingezogen war, erhalten, 25 in den Regionalparlamenten. Im Europaparlament sitzt mit Marc Botenga zum ersten Mal ein Vertreter der belgischen radikalen Linken. Er ist der GUE/NGL-Fraktion beigetreten.²

Das Spektrum links von der Sozialdemokratie wird fast komplett von der PTB abgedeckt, in Flandern ist sie sogar konkurrenzlos. Die frankophone Kommunistische Partei, die sich inzwischen wieder als Kommunistische Partei Belgiens (PCB/KPB) bezeichnet, verfügt nur noch über wenige hundert Mitglieder in Wallonien und Brüssel. Mehr auf Frankreich ausgerichtet ist *Wallonie Insoumise* (Unbeugsames Wallonien). Die belgischen Mélenchonist:innen kämpfen für ein souveränes Wallonien. Sie erhielten in zwei Wahlkreisen jeweils 0,53 und 0,84% der Stimmen. Die sozialökologische Bewegung *Demain* (Morgen) trat nur bei der wallonischen Regionalwahl an. In zwei Wahlkreisen holte sie jeweils 1,24 und 0,84%. *Demain* entstand 2017 aus zwei kleineren Organisationen, der Bewegung der Linken (MG) und VEGA. Wie bereits VEGA ist auch *Demain* Mitglied der Europäischen Linken (EL) mit Beobachterstatus.

¹ Aus Platzgründen werden im Folgenden für gesamtbelgische Organisationen nur die französischen Bezeichnungen und Abkürzungen verwendet.

² Alle Wahlergebnisse vom 26. Mai 2019 sind hier zu finden: www.elections2019.belgium.be/en.

Tabelle 1: Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 26. Mai 2019 (in %)

	Gültige Stimmen	Zuwachs vorherige Wahl		Gültige Stimmen	Zuwachs vorherige Wahl
PTB-PVDA	8,6	+4,9			
Flämische Parteien			Frankofone Parteien		
N-VA	16,0	-4,2	PS	9,5	-2,2
VB	12,0	+8,3	MR	7,6	-2,1
CD&V	8,9	-2,7	Ecolo	6,1	+2,8
Open VLD	8,5	-1,2	cdH	3,7	-1,3
sp.a	6,7	-2,1	DéFI	2,2	+0,4
Groen	6,1	+0,8	PP	1,1	-0,4

Keine Chance für linke Mehrheiten

Die beiden sozialdemokratischen Parteien PS und Sp.a hatten in der Vergangenheit sowohl auf Landesebene als auch regional abwechselnd oder gleichzeitig mit christdemokratischen und liberalen Parteien koalitiert, um, nach eigenen Worten, »das Schlimmste zu verhindern«. Durch die Stärkung der flämischen VB wurde die Bildung der Landesregierung besonders schwierig. Erst im Oktober 2020 gelang es, eine Koalition aus den sozialdemokratischen, liberalen und grünen Parteien sowie den flämischen Christdemokrat:innen zu bilden. In Wallonien regiert die PS mit Ecolo und MR und in Brüssel zusätzlich mit der linksliberalen Frankofonen-Partei DéFI. Dabei wäre es in beiden Parlamenten rechnerisch möglich gewesen, linke Regierungen aus PS, Ecolo und PTB zu bilden, zumal sie sich programmatisch wenig unterscheiden (vgl. Abbildung 3). Vor allem die der PS nahestehende Gewerkschaft *Fédération générale du travail de Belgique* (FGTB) hatte auf eine Koalition der drei Parteien gesetzt, wurde aber enttäuscht. Die PS und der Vorsitzende des FGTB beschuldigten die PTB für das Scheitern des Projekts. Diese hatte nach Sondierungsgesprächen in Wallonien abgelehnt, in eine Regierung einzutreten oder eine Minderheitsregierung von PS und Ecolo zu unterstützen. Mit ihren fast 14% sieht sich die PTB in Wallonien jedoch noch nicht stark genug, wirkliche Veränderungen in einer Regierung durchzusetzen. Hinzu kommt ein weiteres Problem: Die Leitlinien von PS und Ecolo für Regierungskoalitionen stellen den von der Europäischen Union (EU) und der Föderalregierung vorgegebenen Rahmen einer Austeritätspolitik im Unterschied zur PTB nicht infrage. (Le Paige 2019)

Ein bemerkenswerter Erfolg

Die Wahlergebnisse der PTB vom 26. Mai 2019 sind auffallend, denn:

- die radikale Linke in Belgien war nur 1946 stärker;
- die PTB hat mehr dazu gewonnen, als die Sozialdemokraten verloren haben;
- in ihren Hochburgen bleiben die Rechtsradikalen schwach.

Das Ergebnis der PTB ist dem der PCB/KPB von 1946 sehr ähnlich, auch wenn das Ungleichgewicht zwischen Wallonien und Flandern damals noch größer war. Die PCB/KPB erreichte 21,5% in Wallonien, aber nur 5,2% in Flandern, weniger als heute die PTB (Delwit 2018: 316-337). Die dortigen Stimmen fallen allerdings mehr ins Gewicht, weil 58% der 11,5 Millionen Belgier:innen in Flandern leben.

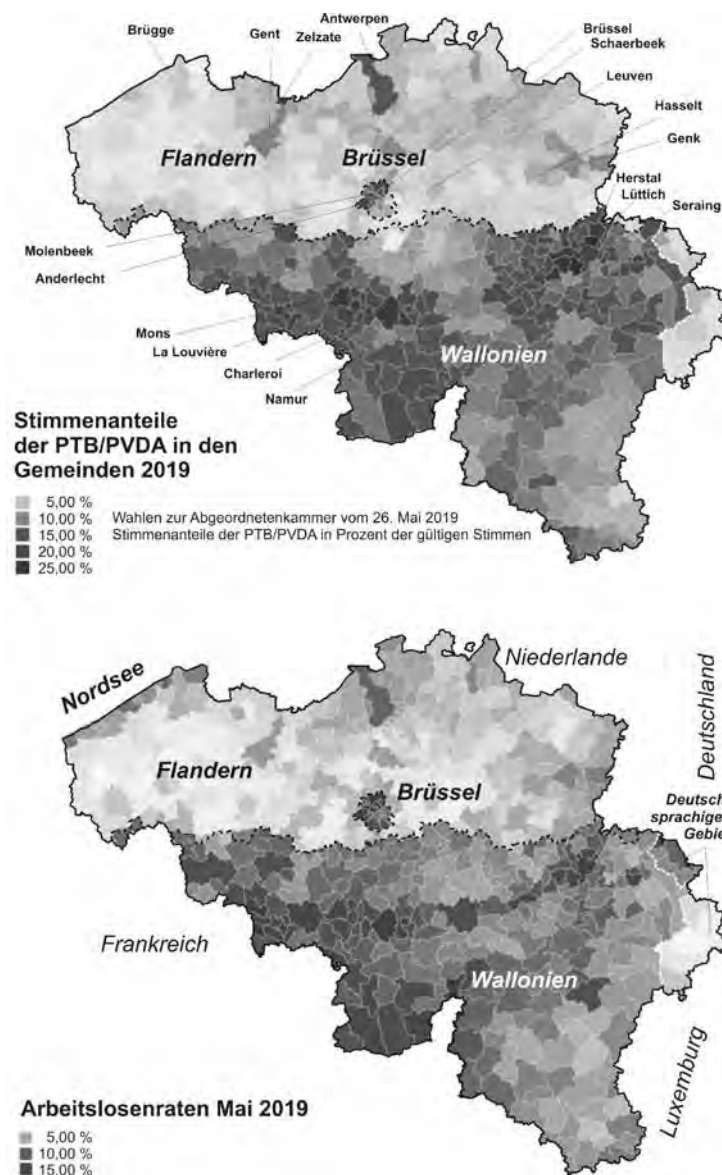
Dass die gesamte Linke in Flandern nie über ein Drittel der Stimmen hinausgekommen ist, hat nicht nur historische Gründe. Die ursprüngliche Benachteiligung Flanderns, das bis in die 1950er stark agrarisch geprägt war, hatte die Entwicklung eines reaktionären flämischen Nationalismus und eine dauerhafte Schwächung der gesamten Linken bis zum heutigen Tag zur Folge. Dass aber eine in Flandern gewachsene Partei wie die PTB³ ihre größten Erfolge in Wallonien feiert, hat heute vor allem damit zu tun, dass Wallonien durch den Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie mittlerweile der Entwicklung Flanderns hinterherhinkt.

2016 lag im südlichen Landesteil und in Brüssel das verfügbare Nettoeinkommen der Haushalte 14,3% unter dem flämischen Niveau.⁴ Dort betrug im März 2019 die Arbeitslosenrate 3,5%, in Wallonien 8,5% und in Brüssel 13,4%. Auf einer Karte mit den Arbeitslosenquoten der einzelnen Gemeinden ist die Grenze zwischen Flandern und Wallonien deutlich zu erkennen (siehe Abbildung 1). Die Ergebnisse der PTB in den einzelnen Kommunen lesen sich insgesamt wie die Arbeitslosenstatistik. Höchstwerte erreichte sie in jenen Regionen, wo die Arbeitslosigkeit deutlich über 15% liegt wie in Lüttich (PTB: 19%), Anderlecht (19%), Charleroi (22%) und Molenbeek (20%).

³ Noch 2015 waren 63% der Delegierten auf dem 9. PTB-Kongress flämisch-sprachig.

⁴ Einkommen nach Umverteilung durch Steuern und Sozialleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2016 in Wallonien sogar 30% unter dem in Flandern; siehe www.iweps.be/indicateur-statistique/revenus-menages-habitant/.

Abbildung 1: Stimmenanteile der PTB/PVDA in den Gemeinden und Arbeitslosenraten 2019



Quellen: Für die Stimmenanteile siehe IBZ (www.elections2019.belgium.be/fr/); für die Arbeitslosenraten siehe Office National de l'Emploi (www.onem.be)

»Dem Volke dienen«

Erfolg und Scheitern der PTB haben viel mit ihrer Vergangenheit zu tun.⁵ Sie orientierte sich früher an der Politik und den Ideen Mao Tse-tungs. (Böke 2007) Die PTB ist eine von wenigen Parteien mit einer solchen Geschichte, die den Weg in die Gegenwart gefunden hat. Strategische Richtschnur der Partei war die sogenannte »Massenlinie« Mao Tse-tungs: »Wir müssen in die Massen gehen, von den Massen lernen, ihre Erfahrungen zu besseren, systematisierten Erkenntnissen und Methoden verallgemeinern, diese sodann wieder den Massen übermitteln.« (Tse-tung 1966) Das bedeutete für die maoistischen Revolutionär:innen: Die Meinung des Volkes in Erfahrung bringen, so zu leben wie das Volk und »dem Volke zu dienen«, wie es Mao formuliert hat. Sich im Volk wie ein Fisch im Wasser zu bewegen, fiel jedoch den meisten maoistischen Gruppen und Parteien schwer, da sie mehrheitlich aus Studierenden bestanden. Dennoch, inspiriert von der chinesischen Kulturrevolution, entschieden sich tausende Studierende und Intellektuelle in den westlichen Staaten, ihre akademischen Karrieren zu unterbrechen oder zu beenden, um in die Betriebe zu gehen und selbst Arbeiter:innen zu werden. Für viele dauerte diese »Etablierung« einige Monate oder Jahre, bei anderen ein ganzes Leben, auch wenn viele nicht Arbeiter:innen blieben, sondern aufstiegen oder Gewerkschaftsfunktionäre wurden.

Dass die PTB nicht wie die meisten ähnlichen Parteien, die sich vor allem wegen der chinesischen Außenpolitik in immer größere Widersprüche verstrickten, schon Ende der 1970er das Zeitliche segnete, könnte an einer solchen »Proletarisierungskampagne« liegen. In ihrem im Jahr 1999 erschienenen Buch »L'usine« schildert Imelda Haesendonck den Weg von acht belgischen Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen, die in den 1970ern ihr Studium an den Nagel hingen. Hunderte hätten es ihnen gleichgetan. (Haesendonck 1999) Angefangen mit den Streiks der Minenarbeiter:innen in Limburg 1971 und der Hafendarbeiter:innen in Antwerpen 1973 haben die PTB-Vorläuferin »Alle Macht den Arbeitern« (AMADA) und seit 1979 die PTB Streikaktivitäten nicht nur von außen, sondern auch immer mehr von innen unterstützt. Anfangs geschah es in Gegnerschaft zu den Gewerkschaften. Ab 1976 vollzog sie eine Kursänderung, und ihre Mitglieder schlossen sich der sozialdemokratischen FGTV/ABVV oder der stärkeren christdemokratischen CSC/ACV an.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Belgien ist mit 50,3% (2018) einer der höchsten in Europa.⁶ Eine tarifvertragliche Bindung galt 2016 noch für

⁵ Zur Geschichte der PTB siehe Delwit (2014), Biver (2014) sowie eine eigene Darstellung der PTB (2018).

⁶ Vgl. www.stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TUD.

93% der Beschäftigten. Der Einfluss der PTB in den Gewerkschaften ist offensichtlich so groß, dass Elio di Rupo, der langjährige Präsident der PS, auf die Frage nach einer Infiltration des FGTV durch die PTB erklärte, das sei ein enormes Problem für seine Partei. (Interview mit Elio Di Rupo, De Morgen, 20.12.2019)

Aber nicht alle Akademiker:innen der PTB gingen in die Betriebe. Neben kostenlosem Rechtsbeistand gibt es die Ärztehäuser der PTB (»Medizin für das Volk«), die nicht nur Behandlungen ohne Zuzahlungen anbieten, sondern auch die sozialen Ursachen von Krankheiten berücksichtigen. Insgesamt elf wurden seit 1971 zuerst in Flandern, dann in Wallonien gegründet.⁷ Ihre beiden ersten Kommunalmandate holte die PTB 1982 in Genk und Zelzate, zwei flämischen Industrieorten, mit Praxen von »Medizin für das Volk«.

Überleben als Kaderpartei

Die momentanen Erfolge der PTB hängen zumindest indirekt auch damit zusammen, dass sie anfangs eine ideologisch einheitliche, zentralistische Kaderorganisation war. An die Mitglieder wurden sehr hohe Anforderungen gestellt, was die politischen Aktivitäten und die finanzielle Unterstützung der Partei anging. Hauptamtliche und Mandatsträger der PTB, aber auch die Ärzte von »Medizin für das Volk« müssen auch heute noch mit einem durchschnittlichen Arbeiterlohn auskommen (PTB 2015b: 22). Während die anderen Parteien sich 2019 zu 80,1% aus öffentlichen Mitteln finanzierten, waren es bei der PTB nur 28,8%. Bei Mitgliedsbeiträgen, Mandatsträgerabgaben und Spenden lag sie jeweils mit Abstand an der Spitze. 44,1% aller Mitgliedsbeiträge der Parteien und 79,1% aller Spenden entfielen auf die PTB.⁸

Für Berufsrevolutionär:innen war es nicht ungewöhnlich, dass einige nach Wallonien zogen, um die Partei dort aufzubauen. Dazu zählten auch die Eltern des Parteisprechers Raoul Hedebeuw. Wer zur geforderten Selbstlosigkeit nicht bereit war, blieb außen vor. 1995 zählte die PTB lediglich 396 Mitglieder. Durch die hohen Hürden, so die PTB 2008 selbstkritisch, hätten sich viele Menschen von der Partei entfernt: Sie sei ihnen elitär vorgekommen (PTB 2008).

Obwohl ihr durch die Präsenz in Großbetrieben und über die Gemeinschaftspraxen eine gewisse Verankerung gelungen war und sie sich durch die Unterstützung von Streiks, den Kampf gegen Rechtsradikalismus und gegen die Militärinterventionen in Jugoslawien, Irak und Afghanistan einen Namen machte, stagnierte der PTB-Einfluss. In den 1990er Jahren und 2003 lagen die Wahlergebnisse mit etwa 0,5% unter denen in den 1980ern.

⁷ Vgl. www.gvhv-mplp.be.

⁸ Berechnet nach Chambre des Représentants de Belgique (2019).

Schon nach den Wahlen 1999 beklagten befragte Sympathisant:innen das »Sektierertum, eine zu kategorische Denkweise, mangelnde Differenziertheit, Dogmatismus und Phrasendrescherei, ein schulmeisterlicher Ton, Humorlosigkeit, eine zu fordernde Organisation und ein zu begrenzter Handlungsrahmen.« (PTB 2015a: 152) Doch bis zur Wahl 2003, bei der die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückblieben, kam es zu keiner entscheidenden Veränderung. Man warf der Führung anschließend vor, dem Kampf gegen die US-Aggression in Afghanistan und Irak den Vorzug gegenüber den konkreten Problemen der Menschen gegeben zu haben.

Radikaler Kurswechsel nach 2004

2004 wurden nach heftigen Diskussionen einige Führungsmitglieder ausgeschlossen und in verschiedener Hinsicht ein radikaler Kurswechsel eingeleitet, der so noch nicht vorgekommen war. Diese Neuerfindung der PTB, die zwar Austritte aber keine Abspaltungen zur Folge hatte, war vermutlich nur in einer kleinen einheitlichen Organisation möglich, in der auch heute noch demokratischer Zentralismus und Fraktionsverbote gelten. Die Veränderungen waren in der internationalen Politik am sichtbarsten. Internationalismus und Antirassismus gehören zur DNA der PTB. Die radikalisierten Studierenden in Löwen waren vor 1968 zum Teil in der Dritte-Welt-Solidarität aktiv. Später galt die Losung »Proletarier aller Länder vereinigt euch« als ihre Richtschnur – bis heute. Deshalb ist die PTB als einzige Parlamentspartei für ein einheitliches Belgien und gegen den Sprachenstreit, der die Lohnabhängigen spaltet.

Als der VB und andere Rechtsradikale bei den Wahlen 1991 knapp eine halbe Million Stimmen erhielten, sammelte die PTB mit anderen Organisationen über eine Million Unterschriften für die Gleichstellung der Migrant:innen. Als internationalistische Partei verbündete sie sich nicht nur mit gleichgesinnten Parteien, schickte Ärzt:innen zur philippinischen Guerilla, sammelte Geld für die streikenden britischen Bergarbeiter:innen, sondern unterstützte auch unkritisch vermeintlich sozialistische Bewegungen und Regierungen. Während es zuerst China und Albanien waren, denen man blindlings folgte, war man sich auch nicht zu schade, das Pol Pot-Regime in Kambodscha in Schutz zu nehmen oder sich mit Nordkorea zu solidarisieren. Als die PTB-Spitze Ende der 1980er einschätzte, dass man mit der chinesischen Drei-Welten-Theorie und der Einschätzung der Sowjetunion als Hauptfeind der Menschheit falsch gelegen hatte, meinte man nach 1989–1991, die internationale kommunistische Bewegung mit einer Rückbesinnung auf Stalin wiederbeleben zu können. Alljährlich im Mai versuchte der 2011 verstorbene Parteigründer Ludo Martens, alle »antirevisionistischen« Parteien und Sekten, ob maoistischer, proso-

wjetischer, proalbanischer oder prokubanischer Couleur, bei »Internationalen Kommunistischen Seminaren« (ICS) in Brüssel unter einem Dach zu vereinen.

Im letzten Jahrzehnt hat die Partei schrittweise mit den dogmatischen Auswüchsen ihres Internationalismus gebrochen. »Die PTB benahm sich früher ein wenig wie die Botschaft von allem, was auf der Welt im Namen des Sozialismus getan wurde. Das ist vorbei«, erklärte Hedebouw schon 2012. (Le Vif, 13.12.2012) Das letzte Seminar fand 2014 statt.

Die PTB pflegt heute den Austausch mit einem breiten Spektrum linker Kräfte. Sie nimmt einerseits – wenn auch nur noch sporadisch – an den Treffen der kommunistischen Parteien und andererseits an denen des Europäischen Forums teil. Sie blieb der europäischen Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien, die 2013 von der griechischen KP initiiert wurde, fern und hat die enge Zusammenarbeit mit den KPs der Nachbarländer Luxemburg, Niederlande und Deutschland Anfang 2020 beendet.

Die PTB unterstützte nie deren Anti-EU-Linie, sondern betont, dass die linken Parteien im Rahmen der EU agieren müssten, so wie es die Konzerne täten. Sie vertritt eine originelle Position, die der jetzige EU-Abgeordnete Marc Botenga bereits 2018 erläuterte. Die PTB sieht weder in einem Austritt aus der EU noch im Versuch, innerhalb der bestehenden EU-Institutionen eine grundlegende Abkehr von der neoliberalen Politik zu erreichen, gangbare Wege einer linken Politik. Vielmehr sei der Aufbau einer europaweiten Gegenmacht aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften notwendig, um einen Bruch der europäischen Verträge und Institutionen durchzusetzen. (Botenga 2018)

Dogmatismus entsorgt

Mit ihrer sektiererischen und dogmatischen Vergangenheit möchte die PTB nicht mehr in Verbindung gebracht werden. Auch wenn sie sich in ihrer Satzung als »marxistisch« und »kommunistische Partei unserer Zeit« versteht, bezeichnet sie sich in der Öffentlichkeit vorrangig als »konsequente Linke«. Sie versteht sich als eine Partei »der Arbeiterklasse im weitesten Sinne«, will die Vertreterin »aller arbeitenden Menschen« des Landes sein, »unabhängig vom Geschlecht, Nationalität, Herkunft, sexueller Orientierung und Glauben«. (PTB 2015b: 3)

Auf den Homepages der PTB sind weder die alten Ausgaben der Parteizeitung »Solidaire« zu finden noch die Berichte der ICS. Das Institut für marxistische Studien und die Antiimperialistische Liga sind verschwunden. Andere Organisationen wurden umbenannt oder als von der PTB unabhängige neu gegründet. Das Theorieorgan »Études Marxistes« wurde eingestellt und die pluralistischere Zeitschrift »Lava« gestartet.

Als offizielle »PTB-nahe« Organisationen sind nach Umbenennungen und Neugründungen fünf übrig geblieben, von denen die ersten beiden mit Abstand die aktivsten sind:

- Medizin für das Volk
- Studentenorganisation COMAC
- RedFox (Jugend)
- Pioniere (Kinder)
- Marianne (Frauen).

Obwohl Außenstehende über die Organisationsfragen und die innerparteilichen Entscheidungsprozesse wenig erfahren, hat eine Öffnung der PTB stattgefunden. Mitglied kann heute auch werden, wer sich nicht als Berufsrevolutionär:in versteht. Gegenwärtig gibt es drei verschiedene Kategorien: Die Kader, die sich den höheren Anforderungen unterwerfen; die Gruppen-Mitglieder, die regelmäßig am Parteileben teilnehmen und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von fünf Euro bezahlen, und die beratenden Mitglieder, die 20 Euro jährlich bezahlen.

Außerparlamentarischer Kampf entscheidend

Die PTB konzentriert sich heute stärker auf die konkreten Probleme der Menschen als auf internationale Fragen. Die Kampagne für kostengünstige Medikamente war die erste einer Reihe, die zum Teil mehrere Jahre laufen. Sie sind professionell konzipiert, mit Unterschriftensammlungen, spektakulären Aktionen, Buchveröffentlichungen und werden unterstützt mit Argumentationshilfen aus der PTB-Forschungsabteilung. Sie befassen sich mit der Einführung einer Millionärssteuer (die nach der Pandemie als Kampagne für eine Corona-Steuer neu aufgelegt wurde), dem Austrocknen von Steuerparadiesen und mit der Forderung nach einer Mindestrente von netto 1.500 Euro. Dafür sammelte die PTB in fünf Monaten 150.000 Unterschriften.⁹

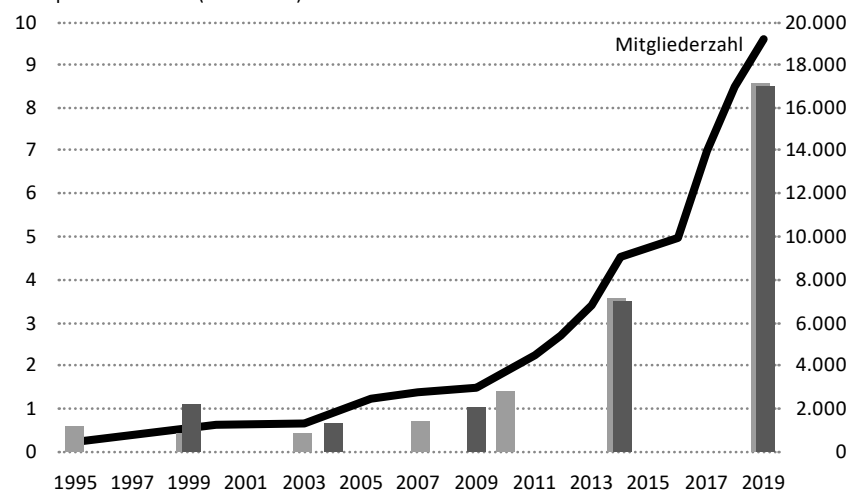
Das unterstreicht, wie entscheidend der außerparlamentarische Kampf für die PTB ist. Wahlen sind eine Kampagne unter vielen. Durch die gewählten Mandatsträger bekommt die Partei mehr Gesichter, die die Themen der Partei nach außen tragen. Anders als bei den meisten Linksparteien, spielen bei der PTB weder die Abgeordneten noch die Fraktionen eine eigenständige Rolle. Letztere haben weder eigene Publikationen noch einen eigenen Internetauftritt. Durch die guten Wahlergebnisse vervielfachen sich die staatlichen Zuschüsse der PTB, die sie für ihre außerparlamentarische Tätigkeit nutzt. Gleichzeitig haben sich alle Kandidat:innen verpflichtet, ihre Diäten zu einem

⁹ Siehe unter www.1500net.be.

Großteil an die Partei abzuführen. Einen Grund für dieses Vorgehen nennt ihr Vizepräsident David Pestieau: »Wenn du ... 6.000 oder 10.000 Euro verdienst, was das Gehalt eines Abgeordneten und eines Ministers ist, verlierst du die Verbindung zur Realität.« (Interview mit David Pestieau in *Le vent se lève*, 15.1.2018) In einer Situation, wo das Ansehen der Politiker in Belgien auf einem Tiefpunkt ist und die PTB unter der Losung »Dienen statt Selbstbedienung« eine Halbierung ihrer Gehälter fordert, ist die Genügsamkeit der PTB-Abgeordneten auch ein politisches Signal.

Abbildung 2: Entwicklung der PTB/PVDA

Mitgliederanzahl (rechte Skala) und Wahlergebnisse Abgeordnetenkammer ■ und Europawahl ■ in % (linke Skala)



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf offiziellen Statistiken der belgischen Regierung sowie offiziellen Angaben der PTB

Zur Reform der Partei gehört eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Sie benannte zwei Sprecher, den Parteipräsidenten Peter Mertens für Flandern und Raoul Hedebouw für Wallonien, um der Partei erfolgreich Gesicht und Stimme zu geben. Während des Wahlkampfes 2019 konnte sie täglich 500.000 Menschen über die sozialen Netze erreichen. (Pestieau/Logghe 2019) Die beiden nationalen Facebook-Auftritte hatten im Juli 2020 232.000 Personen abonniert, die der beiden Sprecher zusammen über 200.000. Die PTB verfügt auch über einen beispiellosen internationalen Internetauftritt. Er bietet grundlegende und aktuelle Informationen in vier Sprachen.¹⁰

¹⁰ Vgl. www.international.ptb-pvda.be/.

Der neue Kurs der Partei konnte sich durchsetzen und verstärken, weil er messbare Fortschritte brachte. Spätestens seit 2009 verbesserten sich die Wahlergebnisse und die Mitgliederzahlen exponentiell (siehe Abbildung 2). Anfang 2020 zählte die Partei 20.000 Mitglieder, von denen die Mehrheit beratende Mitglieder sein dürften und der Kern der »Kader« bei 400 liegen dürfte.

Populistisch oder marxistisch?

Zum neuen Stil der Partei gehört es auch, stärker an den Überzeugungen und Gewohnheiten der Menschen anzusetzen. Allerdings bestreitet die PTB Vorwürfe des Linkspopulismus. (Interview mit Hedeboom in *Le vent se lève*, 10.10.2018) Dennoch stellt sie oft die Begriffe »Volk« und »Elite« oder »Kaste« gegenüber und denunziert die Korruption des politischen Systems. Die PTB führt umfangreiche Befragungen (bis zu 40.000 Personen) durch, um herauszufinden, wo der Schuh drückt. Auf die Ergebnisse sind Kampagnen und Wahlprogramme abgestimmt. Die Befragungen dienen auch dazu, die Kontakte mit den Menschen zu vertiefen und ihnen zu zeigen, dass die PTB sich für ihre Probleme interessiert.

Die Politik der PTB ist populistisch in dem Sinne, dass sie die populären Themen in den Vordergrund stellt (PTB 2019). Sie orientiert sich dabei nicht nur an den Interessen der Einkommensschwächsten, sondern an denen der Mehrheit der Gesellschaft. Zu den Themen, zu denen sie auch Kampagnen macht, zählen die 1500-Euro-Grundrente, die Verbilligung der Medikamente, die Verhinderung von Privatisierungen, von Steuerflucht und von Entlassungen durch profitable Unternehmen, die Einführung einer Millionärssteuer, Aufbegehren gegen Rassismus und Kürzung der Politiker:innengehälter. Unter dem Motto »Red is the new green« kämpft sie für eine »soziale Klimarevolution«. Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente, wie eine Ökosteuer, erhöhte Parkgebühren oder eine Besteuerung des Flugverkehrs lehnt sie aber als unsozial ab.

Vincent de Coorebyter, Präsident des Zentrums für Sozio-politische Forschung und Information (CRISP) und Hochschullehrer an der Freien Universität Brüssel (ULB), glaubt nicht, dass die PTB populistisch ist. »Sie macht einige Anleihen bei der populistischen Rhetorik ... aber das ist eher oberflächlich.« (de Coorebyter 2019) Er ist bezogen auf Wallonien der Meinung, dass »der Aufstieg der PTB mit ihrer neuen Strategie, die darin besteht, die marxistisch-leninistische Fahne wegzutun und zum Kontakt mit der Bevölkerung mit einer einfacheren, weniger ideologischen Sprache zurückzukehren, die von den Realitäten vor Ort ausgeht (Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Kaufkraft ... aber nicht

die Einwanderung), dazu beigetragen haben dürfte, dass Stimmen aus dem Volk nicht zur extremen Rechten gegangen sind.«¹¹

Dass die PTB »zur Migrationsproblematik schweigt«, wie Coorebyter an anderer Stelle sagt, ist allerdings stark übertrieben.¹² Richtig ist, dass das Thema Flucht und Migration in der PTB-Politik nicht mehr die prominente Rolle spielt und dass sie Einzelaspekte (Abschiebungen, offene Grenzen) nicht thematisiert.

Die PTB macht aber auch keine Zugeständnisse an die vor allem in Flandern starke ausländerfeindliche Stimmung. Der PTB steht dem Netzwerk »Freundschaft ohne Grenzen« nahe, das Solidarität mit Flüchtlingen organisiert.¹³ Sie sieht die Bekämpfung der Fluchtursachen als vorrangig an, lehnt Flüchtlingsabkommen wie mit der Türkei und Libyen ab und tritt für legale Fluchtwege nach Europa ein. Als Mittel gegen Lohndumping fordert die PTB gleiche Rechte für Einwander:innen und Einheimische, die sie auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt mit Strafmaßnahmen durchsetzen will. Sie will »Racial Profiling« verbieten und fordert die automatische Erteilung der belgischen Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren Aufenthalt.

Die PTB lehnt eine restriktivere Migrationspolitik nach dem Beispiel der dänischen Sozialdemokratie als ein Mittel zur Stärkung der Linken ab (Flachet 2019). Dass sie in Brüssel 24,4% der Stimmen der muslimischen Wählenden holte, deutet darauf hin, dass sie von vielen Migrant:innen als ihre Interessensvertreterin wahrgenommen wird. (Rapport RTBF et Le Vif 2019)

Wie sich die einzelnen Parteien politisch verorten, hat die Forscher:innen-gruppe EoS RepResent untersucht. Bemerkenswert ist, dass die wallonischen Parteien programmatisch deutlich linker sind als die flämischen. Dass die PTB gemeinsam mit der PS auf der sozio-ökonomischen Achse die linke Position innehat und auf der sozio-kulturellen fast an Ecolo herankommt (siehe Abbildung 3), spricht dagegen, ihr das Etikett »populistisch« anzuheften. (Vgl. EoS RepResent 2019)

Wer unterstützt die PTB?

Die guten Ergebnisse der PTB in Wallonien und Brüssel lassen sich damit erklären, dass bei den Wählenden soziale Fragen entscheidend waren. Das Thema

¹¹ Die frankofone rechtspopulistische Volkspartei (PP) kam landesweit nur auf 1,1% der Stimmen.

¹² Den Stellenwert des Themas für die PTB kann man am Wahlprogramm, an ihrem Internetauftritt und in ihrer Zeitschrift »Solidaire« (www.solidaire.org) überprüfen.

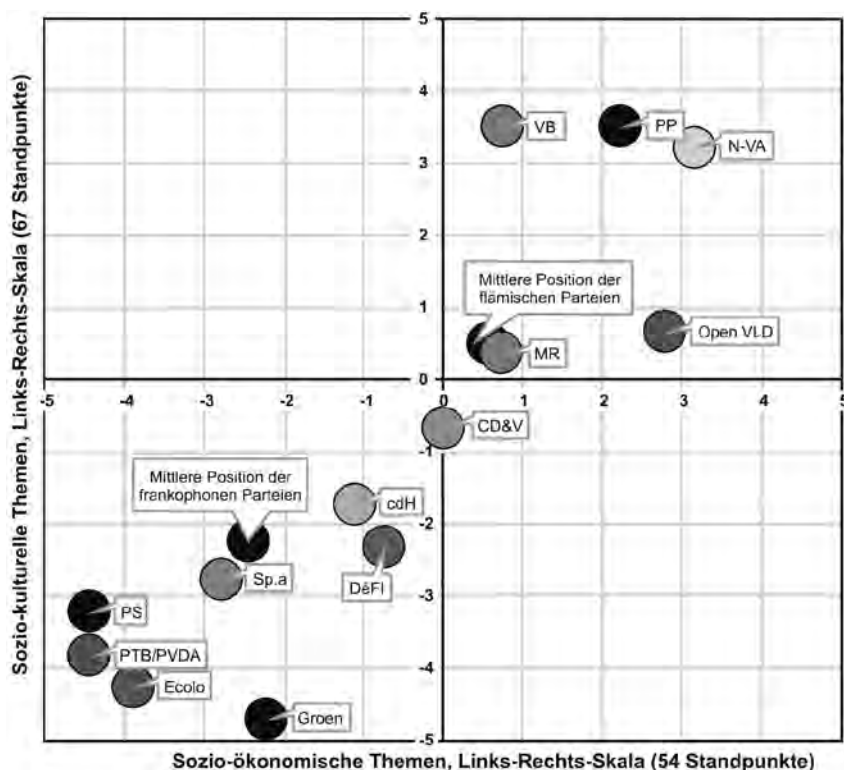
¹³ Siehe www.amitiesansfrontieres.be.

Umwelt folgte jeweils auf dem zweiten Platz. In Flandern hingegen dominierte das Thema Migration.

In allen drei Regionen standen für die PTB-Wählenden soziale Fragen an der Spitze. Die Werte waren fast identisch mit denen von PS und Sp.a. Aber die PTB punktet auch umweltpolitisch. 10 bis 19% gaben die Umweltpolitik bzw. den Klimawandel als wichtigstes Motiv an, PTB zu wählen. (Vgl. Kern et al. 2019; Close et al. 2019; Delwit et al. 2019) Knapp 70% ihrer Wähler:innen und Anhänger:innen befürworten Umweltschutz sogar auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums.

Die Befragung der belgischen Wahlberechtigten nach der EU-Wahl im Rahmen der European Election Study zeigt, dass die Betonung des Themas »Soziale Gerechtigkeit« durch die PTB sie auch für viele Menschen attraktiv macht,

Abbildung 3: Positionen der Parteien in der belgischen politischen Landschaft



Quelle: EOS RepPresent (2019)

die bei anderen Fragen nicht ihre Positionen teilen. So lehnen nur 42,8% ihrer Wähler:innen eine restriktive Einwanderungspolitik ab, während 36,5% sie befürworten. Befürworter:innen und Gegner:innen der EU-Mitgliedschaft und einer Verstärkung der europäischen Integration halten sich bei der PTB in etwa die Waage. (Schmitt et. al 2019)¹⁴

Aus der Umfrage geht hervor, dass 11,5% der Belgier:innen sie bei der Abgeordnetenhaus- oder EU-Parlamentswahl gewählt haben oder ihr nahestehen. Frauen liegen mit 10,9% unter dem Durchschnitt. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die drei bekanntesten PTB-Repräsentanten Männer sind und Frauen in den Parlamentsfraktionen mit 14 von 38 unterrepräsentiert sind.

Stärkste Zustimmung hat die PTB in den Altersgruppen 25 bis 39 und 55 bis 64, die niedrigste bei Rentner:innen. Dass die PTB bei den jüngsten Wähler:innen nur durchschnittlich abschnidet, hat auch damit zu tun, dass sie im akademischen Milieu unterrepräsentiert ist und nur 2,7% der in Ausbildung Befindlichen hinter ihr stehen. Dies erklärt auch, warum die PTB an Universitätsstandorten mit hohem Studierendenanteil weniger Sympathien genießt als in vergleichbar großen Industrie- und Großstädten. Es unterscheidet sie stark von anderen Parteien der radikalen Linken in der EU (siehe Tabelle 2).

Insgesamt zeichnen sich die PTB-Wahlergebnisse durch ein starkes Stadt-Land-Gefälle aus. In Flandern gaben 10,5% der Wählenden in Städten mit über 100.000 Einwohner:innen ihre Stimme der PTB. In Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner:innen waren es lediglich 3,5%. In Wallonien waren es jeweils 17,9 und 10,5%.¹⁵

Die Daten der European Election Study 2019 machen deutlich, dass die PTB vor allem jene erreicht, die am meisten unter sozialer Ungerechtigkeit leiden. Ein Drittel der Arbeitslosen, 18% der Befragten, die sich zur Arbeiterklasse zählen, und 21% der Umfrageteilnehmer:innen mit einem unterdurchschnittlichen Lebensstandard unterstützen die PTB. Dass sie bei der Gruppe der Ärmsten nicht noch stärker punkten kann, liegt vor allem am VB, der bei dieser in Flandern dominiert. Dennoch ist das klassenspezifische Wahlverhalten deutlicher ausgeprägt als bei anderen radikal linken Parteien in der EU. Bei einer Wahltagsbefragung zu den Kommunal- und Provinzwahlen 2018 war das Einkommen der PTB-Wähler:innen in beiden Sprachgebieten das niedrigste aller Befragten. Diese Umfrage hatte zumindest für den französischsprachigen Landesteil deut-

¹⁴ Im Rahmen dieses Projekts wurden nach der Europawahl in allen EU-Staaten in der Regel 1.000 Menschen befragt. Die Daten wurden nach Alter, Geschlecht, Region, Urbanität und Bildungsniveau gewichtet. Als Anhänger:innen der PTB wurden alle Menschen gewertet, die bei den Abgeordnetenkommission- oder den Europaparlamentswahlen die PTB gewählt haben oder die angegeben haben, der PTB nahestehen.

¹⁵ Ungewichtete Durchschnitte. Eigene Berechnungen nach den Einwohnerzahlen der Kommunen 2019 und den Wahlergebnissen in den Kommunen.

lich gemacht, dass die Wählerstrukturen der PTB und der sozialdemokratischen Parteien sehr ähnlich sind. (Vgl. Rapport RTBF et Le Vif 2019) Dies erklärt, warum die Verluste von PS und Sp.a zum Großteil an die linke Konkurrenz gegangen sind. Durch ihre »soziale Klimarevolution« legte die PTB auch auf Kosten der Grünen zu. In Flandern kam ein kleiner Anteil des PTB-Zuwachses von der N-VA. Ein Wähler austausch mit dem VB war nicht messbar. (Vgl. EOS RepResent 2019)

Tabelle 2: Parteienwähler:innen und Anhänger:innen (in % der Befragten)

	PTB/PVDA*	Radikale Linke EU**
<i>Alle Befragten</i>	11,5	10,1
<i>Geschlecht</i>		
männlich	12,3	10,3
weiblich	10,9	10,2
<i>Alter</i>		
18-24	11,1	11,1
25-39	17,0	10,4
40-54	9,4	9,9
55-64	14,1	10,5
65+	6,5	9,4
<i>Beschäftigung</i>		
selbständig	18,2	9,7
lohnabhängig	9,9	9,8
Ausbildung	2,7	12,9
Handwerker	8,6	8,7
Rentner	7,3	9,6
Arbeitslos	32,7	14,3
<i>Soziale Schicht</i>		
Arbeiterklasse	18,6	13,0
Untere Mittelschicht	9,5	12,1
Mittlere Mittelschicht	7,8	9,3
Obere Mittelklasse	0,0	5,3
<i>Bildungsniveau</i>		
niedrig	13,6	9,8
mittel	14,5	9,8
hoch	8,2	10,9
<i>Lebensstandard***</i>		
1	17,8	17,5
2	27,5	14,4
3	18,0	13,1
4	11,6	9,6
5	5,9	8,2
6-7	2,7	6,7

*Anteil aller Befragten in Belgien, die bei der Europa-Parlamentswahl 2019 oder der letzten nationalen Parlamentswahl die PTB/PVDA gewählt haben oder ihr nahestehen.

** Anteil aller Befragten in der EU, die bei der Europa-Parlamentswahl 2019 oder der letzten nationalen Parlamentswahl eine Partei der radikalen Linken gewählt haben oder einer nahestehen.

*** 1 = arme Familie; 7 = reiche Familie

Quelle: Eigene Berechnungen nach Schmitt et al. (2019)

Eine Besonderheit des belgischen Wahlsystems dürfte von Vorteil für die PTB sein. Die Unterschiede der Wahlbeteiligung in Arbeitervierteln und in Villenvierteln sind geringer als anderswo, da Wahlpflicht herrscht. Anscheinend begünstigt dies vor allem Parteien am linken und rechten Rand. Würde sie aufgehoben, blieben überdurchschnittlich viele der PTB-Anhänger:innen den Wahlurnen fern. (La Meuse, 8.9.2016)¹⁶

Ob es der PTB gelingt, ihren Einfluss weiter zu vergrößern, bleibt abzuwarten. Bisher sind alle Parteien der radikalen Linken in Europa an ihre Grenzen gelangt und meist im Zehn-Prozent-Bereich stecken geblieben. Danach sieht es bei der PTB gegenwärtig nicht aus. Nach einer Umfrage im Dezember 2020 würde sie in der Wählergunst besser abschneiden als 2019: in Wallonien mit 17,2%, in Brüssel mit 15,1 und in Flandern mit 6,6%.¹⁷

Literatur

Biver, Nico (2014): Belgiens Linke auf dem Sprung? rosalux.de/publikation/id/7816/belgiens-linke-auf-dem-sprung/ (10.2.2020).

Biver, Nico (2018): Die Partei der Arbeit Belgiens im Überblick. Ein halbes Jahrhundert Marxismus in Aktion. Brüssel. international.ptb-pvda.be/sites/default/files/brochures/history_ptb-pvda_ge.pdf (10.2.2020).

Böke, Henning (2007): Maoismus. China und die Linke – Bilanz und Perspektive. Stuttgart.

Botenga, Marc (2018): Les Illusions du »Lexit«. In: Lava 4. lavamedia.be/fr/les-illusions-du-lexit (10.2.2020).

Chambre des Représentants de Belgique (2019): Publication des rapports financiers sur la comptabilité des partis politiques et de leurs composantes (exercices 2019). Document parlementaire 55K1384.

Close, Caroline/Delwit, Pascal/Lebrun, Robin/Legein, Thomas/Ognibene, Marco (2019): Comprendre le vote du 26 mai 2019 en Wallonie. Analyses des données issues de l'enquête sortie des urnes. Cevipol de l'ULB. Brüssel, S. 1-14. dipot.ulb.ac.be/dspace/bitstream/2013/289917/3/NoteWallonieCevipol.pdf (10.2.2020).

Coorebyter, Vincent de (2019): Interview von Paul Blanjean und Guillaume Lohest, Populisme et mépris de classe. In: Les @nalyse du CRISP en ligne, 30.4.2019. www.crisp.be (10.2.2020).

Delwit, Pascal (2014): PTB. Nouvelle Gauche/Vieille Recette/Lüttich.

Delwit, Pascal (2018): Belgian Communism in the Light of Its Vanishing (1976–1994). In: Open Journal of Political Science, 8/2018, S. 316-337.

Delwit, Pascal/Ognibene, Marco/Paulis, Emilien/Tibbaut, Aurélie/Haute, Emilie van (2019): Premières pièces du puzzle électoral à Bruxelles le 26 mai 2019, Note du

¹⁶ In Luxemburg, wo auch Wahlpflicht gilt, war laut einer Wahltagsbefragung der Anteil der Wähler:innen der radikalen Linken und der Rechtspopulist:innen, die bei Aufhebung der Wahlpflicht dennoch wählen würden, geringer als bei den anderen Parteien. (Poirier et al. 2015)

¹⁷ Vgl. Wikipedia-Eintrag Meinungsumfrage für die Wahlen in Belgien 2024: www.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_2024_Belgian_federal_election.

- Cevipol de l'ULB. Brüssel, 1-9. dipot.ulb.ac.be/dspace/bitstream/2013/288932/3/Note-Bruxelles.pdf (10.2.2020).
- EOS RepResent (2019): Vlamingen en Walen stemden voor verschillende partijen maar verschillen minder van mening over het beleid dat ze willen. Nota op basis van de RepResent-studie, 4.6.2019, S. 3ff.
- EOS RepResent (2019): Votes switching in 2019. Changes in federal party preferences 2014–2019, and during the 2019 campaign. Note on the basis of EOS Represent data, 8.7.2019, S. 9 ff. represent-project.be/wp-content/uploads/2019/09/20190709_RepResentNote_SwitchingVoters_English.pdf (10.2.2020).
- Flachet, Ivo (2019). Qu' est-ce que le »modèle danois«. D'integration et pourquoi il est une source d'inspiration pour la N-VA? [Was ist das »dänische Modell« der Integration und warum ist es eine Quelle der Inspiration für die N-VA?] 6.11.2019. ptb.be/le_mod_le_danois_anti_migrants_qui_inspire_la_n_va (12.2.2020).
- Haesendonck, Imelda (1999): L'Usine. Brüssel/Antwerpen.
- Kern, Anna/Haute, Emilie van/Deschouwer, Kris/Mariën, Sofie/Dijk, Lisa/Goovaerts, Ine (2019): Vote protestataire ou idéologique? cevipol.ulb.ac.be/sites/default/files/cevipol_-_represent-vote_protestataire_ou_vote_ideologique.pdf (10.2.2020).
- Le Paige, Charlie (2019): PS et Ecolo vont négocier avec le MR: à qui la faute? 11.7.2019. ptb.be/ps_et_ecolo_vont_n_gocier_avec_le_mr_qui_la_faute (10.2.2020).
- Pestieau, David/Logghe, Loonis (2019): Le signal de l'espoir: leçons de la campagne électorale du PTB, 14.6.2019. ptb.be/le_signal_de_l_espoir_le_ons_de_la_campagne_lectorale_du_ptb (10.2.2020).
- Poirier, Philippe/Dumont, Patrick/Kies, Philippe u.a. (2015): Les élections législatives de 2013 et européennes de 2014 au Grand-Duché de Luxembourg. Luxembourg.
- PTB (2008): A principled party, a flexible party, a party of the working People. 8th congress of the PTB, S.107. international.ptb-pvda.be/sites/default/files/2019-05/ptb-pvda_congress-8_en.pdf (10.2.2020).
- PTB (2015a): Broadening, uniting, deepening. Solidarity congress. Brüssel. international.ptb-pvda.be/sites/default/files/2019-05/ptb-pvda_congress-9_en.pdf (10.2.2020).
- PTB (2015b): Statuts du PTB. Congrès de la Solidarité 2015, § 6, Art. 51, S. 22. Brüssel.
- PTM (2018): Die Partei der Arbeit Belgiens im Überblick. Ein halbes Jahrhundert Marxismus in Aktion. Brüssel. international.ptb-pvda.be/sites/default/files/brochures/history_ptb-pvda_ge.pdf (17.5.2021).
- PTB (2019): Un programme social c'est vraiment phénoménal. Programme du PTB. Élections fédérales et régionales. ptb.be/programme (13.12.2020).
- Schmitt, Hermann/Hobolt, Sara B./van der Brug, Wouter/Popa, Sebastian Adrian (2019): European Parliament Election Study 2019, Voter Study. GESIS Data Archive, Cologne. ZA7581 Data file Version 1.0.0, doi.org/10.4232/1.13473.
- Tse-tung, Mao (1966): Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung. Peking. infopartisan.net/archive/maowerke/Mao_Worte_des_Vorsitzenden.htm (10.12.2020).
- Rapport RTBF et Le Vif (2019): Belgian Local Elections Study. Enquête sortie des urnes 2018. ds1.static.rtbf.be/uploader/pdf/e/4/8/rtbfinfo_923777ef979626a4bf416c8f8fed327e.pdf (13.12.2020).

Eine traditionelle Linke: Die Sozialistische Partei in den Niederlanden

von Amieke Bouma

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die programmatische Entwicklung und Wählerschaft der Sozialistischen Partei (SP) der Niederlande zwischen 2010 und 2021. Die globale Finanzkrise, die 2008 begann, galt weithin als Bestätigung für die Kritik der Partei am Neoliberalismus und schien für die SP große Wahlchancen zu eröffnen. Doch in den darauffolgenden Jahren gelang es der Partei nicht, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik in der Wirtschaftskrise und in Bezug auf Flüchtlinge zu ihrem Vorteil zu nutzen. Tatsächlich spielt die SP in den meisten aktuellen politischen Debatten, auch zu Fragen der sozialen Identität und des Klimawandels, nur eine untergeordnete Rolle. Und obwohl die SP eine wesentliche Rolle zur Aufdeckung der Missstände bei den niederländischen Steuerbehörden beitrug, die im Januar 2021 zum Fall der Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Mark Rutte führte, konnte sie diesen Erfolg bei den Parlamentswahlen im März 2021 nicht in Stimmen umsetzen. Die Themen, welche die SP in ihrer Wahlkampagne zentral stellte, fanden in der gegenwärtigen Coronakrise kaum Nachhall. Der Kampf der Partei um die Gunst der Wähler:innen führte zu langwierigen kontroversen Debatten zu Programm und Führung der Partei. Im letzten Jahrzehnt hat sich auch das politische Umfeld in den Niederlanden verändert, mit einem starken Wachstum der extremen Rechten und einer gleichzeitig zunehmenden Sensibilität gegenüber Fragen der Nachhaltigkeit und sozialen Inklusion. Im Folgenden argumentiere ich, dass sowohl interne als auch externe Faktoren die Position der SP in den Niederlanden geschwächt haben.

Die politische Landschaft der Niederlande

Seit Anfang der 2000er Jahre haben viele Wähler:innen ihre Unterstützung auf Parteien verlagert, die eher auf der rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelt sind. Neue rechte Parteien kamen mit durchsetzungsstärkeren Programmen auf, und zentristische und liberale Parteien reagierten zunehmend selbst mit rechtsgerichteten Positionen. Diese Entwicklungen verstärkten sich gegenseitig. Gleichzeitig ist die politische Landschaft zersplittert, sodass das nationale Parlament mit 150 Sitzen derzeit nicht weniger als 17 Parteifraktionen umfasst, sieben Fraktionen verfügen dabei jeweils über nicht mehr als drei Sitze. Bei der Parlamentswahl im März 2021 wurde die rechtsgerichtete Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) mit nur 21,87% der Stimmen

die stärkste Kraft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Stand April 2021) laufen die Koalitionsverhandlungen, die gleich zu Beginn durch die Veröffentlichung von internen Notizen zur Vorgehensweise von Premier Rutte einen herben Schlag versetzt bekamen.¹ Die Zersplitterung des Parlaments macht es nicht einfacher, zu einer tragfähigen Koalition zu kommen. Diese Fragmentierung ist die direkte Folge des Aufstiegs von parochialen Parteien, die sich auf bestimmte Themen konzentrieren und nur begrenzte Teile der Wählerschaft im gesamten politischen Spektrum bedienen. In der vergangenen Legislaturperiode waren im Parlament folgende Parteien vertreten: Partei für die Tiere (PvdD), die Partei der älteren Menschen (50Plus), die türkisch orientierte muslimische Immigrant:innenpartei DENK (ein doppeldeutiger Name: DENK bedeutet auf Niederländisch »denk« und auf Türkisch »gleich«) und das rechte Forum für Demokratie (FvD). Dazu kamen nach den Wahlen von 2021 noch die europäische Partei VOLT, die Partei BIJ1 die sich für die radikale Inklusion aller Bürger einsetzt (der Parteiname von BIJ1 bedeutet bijeen, »gemeinsam«, ist aber auch ein Verweis auf den Verfassungsartikel der Gleichheit aller Bürger), die Bauern-Protestpartei BBB, sowie JA21, eine Abspaltung des rechten Forums für Demokratie.

Die zunehmende Fragmentierung der politischen Landschaft, verbunden mit der Volatilität der Wählerpräferenzen, hat zum Niedergang der großen »Volksparteien« geführt – darunter der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA). Die Zermürbung ihrer Wählerbasis begann bereits Anfang der 2000er Jahre. Stark verschärft wurde dieser Prozess durch die Beteiligung der Partei als Juniorpartner an der zweiten Regierung von Premierminister Rutte (VVD), die einen harten Austeritätskurs verfolgte (2012–2017). Bei der Wahl 2017 verlor die PvdA 29 ihrer 38 Sitze. Damit endete praktisch die politische

¹ Ein Pressefotograf fotografierte eine der mit den Koalitionsformationsverhandlungen betraute Politikerin, während sie ihre Notizen offen unter dem Arm trug. Diese Notizen wiesen darauf hin, dass eine im Prozess befindliche Person vorschlug, für Pieter Omtzigt eine »Position anderswo« zu finden. Die Explosivität dieser Notiz liegt darin, dass Pieter Omtzigt von der CDA (dem »Christendemokratischen Appel«, gegenwärtig in der Regierung) mit seinen Nachforschungen des Öfteren der Regierung Steine in den Weg gelegt hatte, insbesondere bei der Affäre um die Fehlleistungen der Steuerbehörden bezüglich der Kinderbetreuungszuschläge. Diese Notizen warfen die Frage auf, wer genau in den Koalitionsverhandlungen dafür plädierte, den Parlamentsdelegierten Omtzigt »anderswo« unterzubringen. Premier Rutte, Führer der VVD, stritt zuerst vehement ab, in den Verhandlungen über Omtzigt gesprochen zu haben. Gleichzeitig betonte er, diese Angelegenheit dürfe aufgrund ihrer Vertraulichkeit zu keiner weiteren Untersuchung führen. Daraufhin machte das Parlament von seinem Recht Gebrauch, volle Einsicht in alle Notizen zu erhalten, die bis dahin im Zuge der Koalitionsverhandlungen gemacht worden waren. Diese Notizen zeigten, dass Rutte sehr wohl Omtzigts Position besprochen hatte. Rutte behauptete daraufhin, er hätte dies »vergessen«, als er solche Gespräche leugnete.

Tradition der Sozialdemokraten als größte Partei der Linken und der Grünen als kleinerer Konkurrent und »Gewissen« der PvdA. In den Wahlen von 2021 konnte die PvdA kein verlorenes Territorium zurückgewinnen, es blieb bei ihren neun Sitzen.

Ein wichtiger Grund für den Niedergang der traditionellen Linken ist die Tatsache, dass es bei Wahlen nicht mehr um sozialökonomische Interessen geht. Bei der Wahl im Jahr 2017 standen die Integration der Migrant:innen und die Flüchtlingssituation im Vordergrund, und der Wahlkampf war durch mehrere identitätsbezogene Kontroversen um den Nationalfeiertag *Sinterklaas* (»Nikolaus«) und die angespannte Beziehung zur Türkei gekennzeichnet. Auch der Umweltschutz wurde zu einer neuen Bruchlinie in der niederländischen Politik – mit Umweltschützer:innen auf der linken Seite und Klimaskeptiker:innen vor allem in der radikalen Rechten. Während die Grüne Partei (*GroenLinks*; GL) und die Tierpartei (PvdD) von diesen Entwicklungen profitierten, waren weder die SP noch die PvdA dazu in der Lage. So gewann die GL im Jahr 2017 nach einem engagierten Wahlkampf, konzentriert auf neu-linke Themen und eine klare Opposition gegen Rechtspopulisten, 14 Sitze. Die Tierpartei steigerte die Zahl ihrer Sitze von zwei auf fünf mit einem Programm, in dessen Fokus Tierschutz und Nachhaltigkeit standen. Doch bei den Parlamentswahlen von 2021 fielen die Grünen zurück auf acht Sitze, während die Partei für die Tiere auf sechs Sitze anwuchs.

Die Wahlen von 2021 fanden unter Corona-Bedingungen statt, was dazu führte, dass die Kampagnen sich auf eine begrenzte Anzahl von TV-Interviews und stark reglementierte Debatten konzentrierten. Diese Umstände machten es den Amtsinhabern leicht, schwierige Themen zu umschiffen. Dennoch bleibt es erstaunlich, dass die linken Oppositionsparteien nicht in der Lage waren, Ministerpräsident Rutte stärker zur Rechenschaft zu ziehen; in den drei Koalitionsregierungen, die er seit 2010 leitete, kam es zu mehreren Skandalen, die an der Rechtschaffenheit der Regierung zweifeln ließen, darunter vor allem auch der Skandal um die Arbeitsmethoden der Steuerbehörden, welcher im März 2021 die Regierung formell zum Rücktritt zwang.²

Linke Parteien und insbesondere die PvdA haben auch mit dem Verlust von Wahlkreisen zu kämpfen, in denen viele Migrant:innen wählen. Im Jahr 2017 wechselten die euphemistisch als »Menschen mit nicht-westlichem Hintergrund« bezeichneten Bürger:innen massenweise von der PvdA zu Parteien mit Migrationsidentität, insbesondere zur sozialkonservativen pro-Erdoğan-Partei DENK. Die wachsende Popularität nationalistischer, antimuslimischer und migrantenfeindlicher Rhetorik seit Anfang der 2000er Jahre veranlasste die Sozialdemokraten zu einer Gratwanderung zwischen einer potenziell großen

² Hierzu siehe unten, im Abschnitt »Kinderbetreuungszuschlagsaffäre«.

Wählerschaft, die der Einwanderung überdrüssig ist, und ihrer bedeutenden Wählerschaft mit surinamischen, türkischen und marokkanischen Wurzeln, für die die PvdA lange Zeit als Emanzipationspartei fungierte. Im Gegensatz dazu hatte sich die SP weiterhin in erster Linie auf die Sorgen der »niederländischen Arbeiter«, um Probleme der Einwanderung und der Sicherheit am Arbeitsplatz konzentriert, obwohl dieser Kurs von einer großen Minderheit innerhalb der Partei abgelehnt wurde. Die GL schließlich, die in ihrer Ablehnung nationalistischer und immigrantenfeindlicher Rhetorik am konsequentesten war, kultiviert ein eher elitäres Bild von sich selbst und konzentriert sich hauptsächlich auf »neu-linke« und progressive Themen. Dies macht GL jedoch unattraktiv für weite Teile des Elektors mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig steht GL auch unter Beschuss von radikalen Aktivist:innen, denen die Partei nicht weit genug geht. Durch die Parlamentswahlen von 2021 kam auch BIJ1 ins Parlament, eine radikale linke Partei, deren zentrales Thema die soziale Inklusion ist. Diese Partei betrachtet sich selbst als radikal, intersektional, feministisch und antirassistisch, und ihre Leiterin Sylvana Simons ist die erste schwarze Frau, die eine Partei im niederländischen Parlament anführt. Ihr Einzug ins Parlament wurde vor dessen Gebäude von einer Gruppe ihrer Unterstützer:innen mit einer surinamischen Winti-Zeremonie gefeiert.

Ergebnisse, Wählerschaft und Mitgliederbasis der SP

Die SP erzielte 2006 ihr historisch bestes nationales Wahlergebnis mit 16,6% der Stimmen, was 25 Sitzen entsprach. Bei der Wahl 2010 erreichten die Sozialisten nur noch 9,8% (15 Sitze), gefolgt durch 9,65% (15 Sitze) in 2012 und 9,09% (14 Sitze) bei den Wahlen 2017. Bei den letzten Wahlen 2021 sackte die SP auf 5,98% (9 Sitze). Dies macht deutlich, dass es der Partei trotz der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 und des dramatischen Stimmenverlustes der PvdA im Jahr 2017 nicht gelang, ihre Stärke zu behalten. Die Mitgliederzahl der SP erreichte 2009 mit 50.444 einen Höchststand, um danach bis 2020 wieder auf 31.977 zurückzufallen. (Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen 2020)

Diese enttäuschende Entwicklung trug zu einem immer wiederkehrenden Gefühl der Krise bei, welches die Debatten über die Bruchlinien in der Partei weiter verstärkte. Diese Spannungen spiegeln sich auch in den Debatten über die geschlossene Parteistruktur (ein Dorn im Auge von SP-Mitgliedern, die für eine demokratischere Parteikultur eintreten). Ebenfalls intern höchst strittig ist, ob die Partei besser auf Populismus und Protest setzen soll, oder ob sie ihre Strategien zur Kooperation mit anderen Parteien und ihre Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung betonen soll. Ebenso ist die Frage, ob sie sich

für nationale Interessen oder Internationalismus einsetzen soll. Des Weiteren ist strittig, ob sich die SP auch weiterhin auf ihre »traditionelle Wählerschaft« konzentrieren soll – sprich: weiße männliche Arbeitnehmer – was jedoch eine stärkere Berücksichtigung von Fragen der Vielfalt und Inklusion ausschließt. Insbesondere wurde die Partei intern wegen ihres »blinden Flecks beim Multikulturalismus« kritisiert. Tatsächlich hat die SP keinen großen Anteil an Wähler:innen mit Migrationshintergrund, obwohl es gerade unter ihnen viele Arbeiter:innen und Menschen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen gibt. Mehrere ehemals prominente Mitglieder und Aktivist:innen, die sich mit kulturellen linken Positionen identifizieren, haben die SP verlassen, um sich den Grünen oder der BIJ1 anzuschließen.

Diese Bruchlinien spiegeln eine Spaltung zwischen einer weitgehend gering gebildeten Wählerschaft in handwerklichen Berufen und einer höher gebildeten und stärker international ausgerichteten Gruppe von aktiven Mitgliedern wider. Bei einer Änderung der gegenwärtigen Parteilinie würde die Partei Gefahr laufen, ihre bereits abnehmende traditionelle Unterstützungsbasis gänzlich zu verlieren. Die Wählerschaft der SP besteht hauptsächlich aus Angehörigen des niedrig gebildeten Prekariats und Arbeiter:innen mit unsicheren Arbeitsplätzen, gefolgt, in geringerem Maße, von Angehörigen der Mittelschicht. (NOS, 16.3.2017) Verglichen mit den Wähler:innen aller anderen Parteien bewerten die SP-Wähler:innen ihre eigene Zukunft im Durchschnitt am wenigsten positiv. Nur die Wähler:innen der rechtsradikalen Parteien PVV und FvD sind pessimistischer. (Ebd. 2019) Die SP-Wähler:innen machen sich vor allem Sorgen über technologische Veränderungen (41%), wirtschaftliche Globalisierung (38%) und Einwanderung (50%). (Ebd.)

49% der SP-Wähler:innen wollen stärkere Einwanderungsbeschränkungen für Migrant:innen von außerhalb der EU; das ist etwas mehr als bei der sozialdemokratischen PvdA (41%) und deutlich mehr als bei den Grünen (17%). (Ipsos/Nieuwsuur 2021) Darüber hinaus haben SP-Wähler:innen weniger Vertrauen in soziale und politische Institutionen als andere Wähler:innen aufseiten der Linken. (Schmeets 2017) Zu den Themenfeldern, die für die SP-Wähler:innen von Bedeutung sind, gehören: das Gesundheitssystem (59%), Klimaschutz und Nachhaltigkeit (24%), der Kampf gegen wirtschaftliche Ungleichheit (23%), der Zugang zu Wohnraum (23%), sowie die Pflege der Senior:innen (21%). (Ipsos/Nieuwsuur 2021) Die Meinungen der SP-Wähler:innen reflektierten auch die innerparteiliche Debatte darüber, ob die Partei sich für Koalitionen zur Verfügung stellen sollte (36% der Wähler:innen) oder ob sie aus prinzipiellen Gründen in der Opposition bleiben müsse (49%).

Auffallende Themen der niederländischen Politik

Die soziale Dynamik in den Niederlanden zeigt eine größer werdende Kluft zwischen schnell wachsenden städtischen Gebieten, vor allem im Westen des Landes, und einer negativen Demografie in ländlichen Regionen, vor allem im Osten (dort vom Norden bis Süden). Diese Entwicklung zeigt sich auch in Merkmalen wie Alter, Bildungsniveau, Einkommen und Beschäftigung. Generell kann man sagen, dass die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten schneller altert, einen niedrigeren Bildungsstand sowie ein niedrigeres Durchschnittseinkommen hat und im Vergleich zur Bevölkerung in den städtischen Zentren der Niederlande häufiger in instabilen Arbeitsverhältnissen arbeitet. Diese sozioökonomischen Unterschiede gehen einher mit unterschiedlichen Wertevorstellungen sowie mit einer zunehmenden Spaltung zwischen Gruppen, die eine nativistische oder eine integrative Politik unterstützen.

Verschiedene Varianten des Nativismus und der Fremdenfeindlichkeit, gepaart mit einer Anti-Islam-Agenda, sind prominent, seit sie in den frühen 2000er Jahren von Pim Fortuyn auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Politiker wie Geert Wilders (PVV) und in jüngster Zeit Thierry Baudet (FvD) haben diese Themen weiter ausgebaut. Debatten über niederländische Kultur und Identität sind naturgemäß stark emotional besetzt: Die Niederländer:innen waren lange Zeit stolz darauf, »ehrlich« und »direkt« zu sein – ein vermeintlich nationaler Charakterzug, der schnell in Grobheit münden kann. In den letzten Jahren zeichnete sich ein alarmierend schneller Niedergang der nationalen politischen Kultur ab. Mit der Ausnahme von Geert Wilders (der zahlreiche Bedrohungen aus dem Milieu von radikalen Islamisten erhielt und schon lange unter Polizeischutz steht) sind niederländische Politiker:innen immer sehr einfach zu erreichen gewesen. Doch vor Kurzem wurden Politiker:innen selbst vor dem Parlamentsgebäude von Aktivist:innen bedroht. (Trouw, 21.8.2021)

Eine Untersuchung von September 2020 zeigte, dass sich eine zunehmende Anzahl von Politiker:innen von aggressiven Bürger:innen bedroht fühlt. Dabei wiesen Politiker:innen auf die Farmer Defence Force (FDF), aber auch auf Viruswaarheid (»Viruswahrheit«, ursprünglich ins Leben gerufen als »Viruswahnsinn«), eine Gruppe, die lautstark gegen die Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung protestiert. Solche Bedrohungen führen dazu, dass Politiker:innen sich nicht mehr trauen, sich offen zu positionieren. Eine Reihe von Fraktionsvorsitzenden sieht deshalb davon ab, Details über geplante Treffen zu publizieren, und einige erhalten selbst Polizeischutz. (NRC, 7.9.2020) Im März 2021 fanden linke Aktivist:innen und Akademiker:innen auf ihren Haustüren Aufkleber der extrem rechten Plattform »Vizier op links«, mit der Warnung, dass »dieses Objekt beobachtet« werde. (Volkskrant, 21.3.2021)

In den letzten Jahren haben mehrere Themen die politische Agenda in den Niederlanden dominiert, die alle von unterschiedlichen Protesten begleitet wurden. Zwei zentrale europäische Themen der letzten zehn Jahre waren die globale Finanzkrise und die Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Die Krise erhöhte zunächst die Sichtbarkeit der SP als radikale Alternative zur damaligen Regierungskoalition und zum Wirtschaftssystem. In dieser Zeit, vor allem vor den Wahlen von 2012, war die Unterstützung für die SP zuvor noch nie so hoch. Doch die Unterstützung in den Umfragen schlug sich nicht in Wählerstimmen nieder. Am Wahltag entschieden sich viele linke Wähler:innen, den qualifizierteren Kandidaten der PvdA zu wählen, deren Partei sich am Ende als Juniorpartner einer Koalition unter Führung der liberalen VVD anschloss, während die SP Teil der Opposition blieb. Die neu formierte VVD-PvdA Regierung setzte dann zwischen 2012 und 2017 eine Reihe von nationalen Sparmaßnahmen um, die der PvdA bei den nächsten Wahlen viele Stimmen kosten sollten.

Während die Sozialisten die Notwendigkeit von Haushaltskürzungen akzeptierten, kritisierte die SP die Sparmaßnahmen der Regierung als zu streng und unverhältnismäßig für Menschen mit niedrigem Einkommen. Die SP behauptete zunächst, es sei möglich, Griechenland die Schulden zu erlassen. Man könne die Last auf ausländische Banken und internationale Investoren abwälzen, um so das Geld der niederländischen Steuerzahler nicht anzutasten. Doch die Partei versäumte es zu erklären, wie dies funktionieren könnte. In der Flüchtlingsfrage sprach sich die SP in ihrer offiziellen Stellungnahme für eine strenge Asylpolitik aus und forderte, den Flüchtlingen in ihren Herkunftsregionen zu helfen.

Beide Themen führten zu Debatten innerhalb der Partei. Obwohl das Parteiprogramm in erster Linie auf die Interessen niederländischer Arbeitnehmer:innen ausgerichtet war, befürwortete eine nicht zu unterschätzende Minderheit internationalistische Positionen und sprach sich für eine stärkere Rücksichtnahme auf Länder und Menschen in Not aus, unter anderem durch eine großzügigere finanzielle Unterstützung für schuldengeplagte Staaten wie Griechenland sowie eine großzügigere Asylpolitik. Dies deutet erneut auf tiefe Differenzen innerhalb der SP, die die Partei seit Jahren plagen. Eine Mehrheit der Parteimitglieder bevorzugt hauptsächlich ein national orientiertes, traditionell linkes Programm, während sich eine ernstzunehmende Minderheit in der SP eher international orientiert und sich auf postmaterialistische Themen konzentriert. (Bouma 2017)

Ein zweiter kontinuierlicher Streitpunkt in der niederländischen Politik der 2010er Jahre betrifft die soziale Vielfalt und Integration innerhalb der niederländischen Gesellschaft. Heftige öffentliche Debatten entfachten um *Zwarte Piet*, den schwarzen Helfer des weißen niederländischen Nikolaus (*Sinterklaas*). Seit 2011 tragen Demonstrant:innen während der Sinterklaas-Feierlichkeiten

Hemden mit dem Slogan »Zwarte Piet ist rassistisch«. Alljährliche Aktionen führten zu wachsender Unterstützung für die Haltung dieser Demonstrant:innen, insbesondere in den Großstädten, wo *Sinterklaas*-Feiern mit dem *Zwarte Piet* als Helfer inzwischen auf keine Akzeptanz mehr hoffen können. Es kam jedoch auch zu zunehmend gewalttätigen Reaktionen von Fußball-Hooligans und rechtsradikalen Gruppen auf die Proteste gegen *Zwarte Piet*. Sylvana Simons, die schwarze Frontfrau von BIJ1, erhielt wegen ihrer Ablehnung von *Zwarte Piet* zahlreiche Morddrohungen. Zu einem traurigen Tiefpunkt kam es 2016, als sie in einem vermeintlich »witzigen« Karnevalslied gefragt wurde: »Warum verlässt du nicht das Land?« Das Lied wurde im Internet mit einem Videoclip begleitet, in dem der Kopf von Simons auf die Leiche eines gelynchten Afroamerikaners projiziert wurde.³

Außerdem tobt seit 2019 eine Debatte über die Regierungsmaßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffemissionen. Als Reaktion auf ein Gerichtsurteil kündigte die Regierung Notfallmaßnahmen an, die unter anderem die Bauindustrie und die Landwirte zu besonderen Leistungen aufforderten. Dies führte zu breiten Protesten und zur Bildung aggressiver Interessengruppen wie der *Farmers' Defence Force* (FDF). Diese Organisation unterhält Verbindungen zu rechtsradikalen Organisationen, unter anderem zur FvD. Mit den Wahlen von 2021 zog auch eine »Bauern-Bürger-Bewegung« (BBB) ins Parlament.

Die Beschränkungen, die den Bauern und der Bauindustrie auferlegt wurden, sowie deren aggressive Reaktionen führten zu breiten gesellschaftlichen Diskussionen und vertieften die Kluft zwischen rechts und links sowie zwischen Stadt und Land. Merkwürdigerweise war die SP in diesen Debatten nicht vertreten. Die Partei hat weder eine klare Position für eine radikale soziale Integration oder Umweltschutzpolitik, noch erweckte sie den Eindruck, gegen die Angriffe der Rechten etwas zu unternehmen.

Die Aktivist:innen, die innerhalb der Partei neue linke Strömungen vertreten, sahen diese freudlose Abwesenheit der SP in den heftigsten öffentlichen Debatten kritisch. Gleichzeitig entspricht die Entscheidung der Parteiführung, zu diesen Fragen zu schweigen, den Präferenzen der Wählerschaft der SP. So ergab eine im Jahr 2019 durchgeführte Umfrage, dass 61% der SP-Wähler:innen die Bauernproteste unterstützt, im Gegensatz zur Wählerschaft aller anderen linken Parteien, in denen nur eine Minderheit diese Proteste gutheißt (PvdA 45%, GL 27%, PvdD 23%). (Ipsos 2019a) Bildung und Gesundheitswesen sind ebenfalls seit Langem politisch herausragende Themen, und hier war die SP viel sichtbarer. In einer Reihe von Streiks und Aktionen der letzten Jahre haben die Beschäftigten der beiden Sektoren auf den hohen Arbeitsdruck und die

³ Eine kompakte Einleitung zu diesem Thema liefert Holligan (2016) mit dem Text »Dutch Race Hate Row Engulfs Presenter Sylvana Simons« bei *BBC News*.

relativ niedrigen Löhne aufmerksam gemacht. Die drängenden Probleme im Bildungssektor hängen auch mit der wachsenden kulturellen und wirtschaftlichen Segregation in den Schulen zusammen, und insbesondere damit, dass die »schwierigen« Schulen in den Großstädten (wo die Lehrergehälter zudem durch die Wohnkosten aufgezehrt werden) Probleme haben, genügend Lehrkräfte zu rekrutieren.

Interessanterweise sind die jüngsten Proteste in beiden Sektoren weitgehend von neuen Gewerkschaften und Kollektiven angetrieben worden, die über das Internet mobilisieren und aktiver sind als traditionelle Vertretungen und Gewerkschaften. Diese neuen Initiativen mobilisieren neue Gruppen von Arbeitnehmer:innen und haben sich bisweilen gegen die Vereinbarungen gewandt, die größere traditionelle Gewerkschaften mit Regierungsvertretern getroffen hatten.⁴ Die SP hat solche neuen Initiativen unterstützt und ihren Parteipreis »Roter Riese« 2019 an die neue Lehrgewerkschaft *Lehrer in Aktion* (LIA) verliehen. (SP 2019) Gleichzeitig investiert die SP weiterhin in ihre Kontakte zu den traditionellen Gewerkschaften, vor allem zum größten niederländischen Gewerkschaftsbund, dem FNV.

Die Covid-19-Krise hat verstärkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage des Gesundheitspersonals gelenkt, insbesondere auf die in Krankenhäusern und Altenheimen arbeitenden Menschen. Im Kampf für die Rechte des Gesundheitspersonals stand die SP an vorderster Front und könnte davon profitieren, zumal dieses Thema an Bedeutung gewinnt. Ihre Haltung wird jedoch gegenwärtig von allen Oppositionsparteien von rechts bis links geteilt; deshalb hat die SP hier kein Alleinstellungsmerkmal mehr.⁵

Die Kinderbetreuungszuschlagsaffäre

Besonders erwähnenswert ist das Engagement der SP bei der Aufdeckung der zahlreichen Skandale innerhalb der niederländischen Steuerbehörden, die mehrere Jahre lang eine geheime schwarze Liste von Bürger:innen führten, welche oft fälschlicherweise des Steuerbetrugs verdächtigt wurden. Die

⁴ Siehe z.B. den massiven Protest von Krankenpflegepersonal gegen neue Weisungen, nach denen eine kurz zurückliegende Ausbildung Vorrang genießen sollte vor langjähriger Erfahrung. Der Protest führte dazu, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung zurückgezogen wurde. (Trouw, 9.10.2019)

⁵ Die überwältigende Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien – darunter die SP – unterstützt die Anti-Corona-Maßnahmen der mittlerweile abgetretenen Regierung (welche allerdings bis zur Bildung einer neuen Koalition ihre Aufgaben weiter wahrnimmt). Die Ausnahme ist das *Forum voor Democratie* von Thierry Baudet, das die Corona-Gefahr leugnet und für die sofortige »Wiederöffnung« der Gesellschaft eintritt.

Steuerbehörden nutzten diese Liste, um Bürger:innen Zulagen zu verweigern, auf die sie rechtlichen Anspruch hatten, insbesondere die Entschädigung für Kosten zur Kindertagesbetreuung (die in den Niederlanden privatisiert ist). Beunruhigend war, dass vor allem unverhältnismäßig häufig Familien mit Migrationshintergrund betroffen waren; die Steuerbehörden betrieben also sehr deutlich »ethnic profiling«. Die SP-Vertreterin Renske Leijten arbeitete gemeinsam mit dem oben bereits genannten Christdemokraten Pieter Omtzigt daran, diese Probleme aufzudecken und eine Entschädigung für die geschädigten Eltern zu erkämpfen.

Diese Probleme der Steuerbehörden, und insbesondere der Skandal um die Kinderbetreuungsvergütung, zeugen von einer Kultur des Misstrauens in den Behörden gegenüber den Bürger:innen, insbesondere gegenüber Empfänger:innen staatlicher Unterstützung. Während die Steuerbehörden sich auf das Aufdecken und Bestrafen von Betrugsfällen richteten, hatten die Betroffenen ihrerseits keine Möglichkeit, die Behörden für ihr Missverhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission zog daraus den Schluss, dass es zu gravierenden Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien gekommen war. Der Abschlussbericht dieser Kommission, unter dem Titel »Beispielloses Unrecht«, erhob schwere Vorwürfe gegen die Exekutive, die Legislative und gegen die juristische Gewalt. Das Parlament wurde wiederholt unvollständig oder falsch informiert. (Tweede Kamer der Staten-Generaal 2020) Einzelne Politiker:innen, die als Minister:innen für die Arbeit der Steuerbehörden verantwortlich waren, entschuldigten sich dafür öffentlich.⁶ MP Rutte, der in den zehn Jahren der unrechtmäßigen Behandlung von Bürger:innen als Premier diente, wies jedoch jegliche Verantwortung von sich. Am 15. Januar 2021 kam es dann doch zum erzwungenen Rücktritt der Regierung – einen Monat nach dem Erscheinen des parlamentarischen Berichts, und nur zwei Monate vor den angesetzten Parlamentswahlen.

Der niederschmetternde Bericht zur Kinderbetreuungszuschlagsaffäre sowie der Regierungsrücktritt fielen somit direkt in die Zeit beginnender Wahlkampfkampagnen. Die großen Verdienste von Leijten (von der SP) und Omtzigt (von der CDA) bei der Aufdeckung dieses Skandals waren deutlich und nicht zu leugnen und hätten eigentlich für beide Parteien einen enormen Aufwind und enorme Probleme für Ruttess VVD zur Folge haben müs-

⁶ Die Veröffentlichung des Berichts führte zunächst dazu, dass Lodewijk Asscher (PvdA), der von 2012 bis 2017 im Kabinett Minister für soziale Angelegenheiten war, von seiner Position als Parteiführer der PvdA zurücktrat. Danach trat zunächst Eric Wiebes ab, der seit 2017 als Wirtschaftsminister diente; Wiebes hatte von 2014 bis 2017 das Amt des Staatssekretärs für Finanzen inne, womit er verantwortlich für die Steuerbehörden war. Danach war das gesamte Kabinett nicht mehr tragbar und musste zurücktreten.

sen. Doch es kam anders: Sowohl die SP als auch die CDA verloren Wählerstimmen, und die regierende VVD wurde zum vierten Mal infolge (seit 2010) zur stärksten Partei.⁷

Führung der SP-Fraktion

Im Sommer 2012 schien die SP kurzzeitig der große Gewinner der Wahl im September zu werden – vielleicht sogar die größte Partei. Die Zeit schien reif: Die SP hatte hart daran gearbeitet, ihr Image als Protestpartei aufzugeben. Sie wollte als eine echte Alternative zu der damaligen Regierung gesehen werden. Die globale Finanzkrise schien ihre Kritik am Neoliberalismus zu bestätigen. Bis Anfang August wurde prognostiziert, dass die SP bis zu 37 der 150 Sitze erringen und so in der stark fragmentierten Parteienlandschaft zur größten Kraft im Parlament werden könnte. (NRC, 5.8.2012) Am Ende reichte es 2012 nur für 14 Sitze. Der dramatische (wenn auch virtuelle) Absturz wurde weitgehend dem ungeschickten Auftreten des SP-Spitzenkandidaten Emile Roemer zugeschrieben, dem es nicht gelang, den langjährigen charismatischen Vorsitzenden Jan Marijnissen zu ersetzen.

Mit Marijnissens Rücktritt als Vorsitzender der SP-Fraktion im Parlament (aber noch nicht als Parteivorsitzender) im Jahr 2008 verlor die Partei ihren starken Mann, der sie mehr als 20 Jahre lang geführt hatte. Die Nachfolgefrage brachte jedoch auch eine Neubewertung des Führungsstils von Marijnissen mit sich. Marijnissen hatte jeden internen Dissens wirksam bekämpft und stützte sich auf eine kleine Gruppe von Vertrauenspersonen. Die geschlossene Organisationsstruktur der Partei führte jedoch zu einem Mangel an neuen Talenten, die mit kreativen Ideen die alte Garde hätten herausfordern können – gerade auch, wenn veränderte Umstände eine neue Richtung erforderten. Sowohl die unmittelbare Nachfolgerin von Marijnissen, Agnes Kant (2008–2010), als auch deren Nachfolger Emile Roemer wurden in internen und unangefochtenen Kandidaturen zu Fraktionsvorsitzenden gewählt. Kant trat jedoch nach anhaltender Kritik zurück, während Roemers Schwäche von der PvdA im Wahlkampf 2012 genutzt wurde, sodass die SP lediglich ihre 15 Sitze von 2010 verteidigen konnte.⁸

⁷ Die CDA war zu jener Zeit noch in der Regierungskoalition und befand sich deshalb in einer komplexeren Situation als die SP, welche aus der Opposition heraus agieren konnte. Es sei dabei erwähnt, dass sowohl Omtzigt (CDA) als auch Leijten (SP) bei den Wahlen eine große Anzahl von Direktstimmen erhielten, nämlich 342.472 bzw. 143.924. Rutte jedoch erhielt 1.977.651 Direktstimmen. (Kiesraad 2021)

⁸ Schon die Wahlen von 2010 waren enttäuschend. In der Legislaturperiode 2006–2010 hatte die SP noch 25 Sitze.

Unter ihm verlor die Partei bei den Wahlen von 2017 einen weiteren Sitz. Fünf weitere Sitze verlor die SP bei den Wahlen von 2021 unter Leitung ihrer Fraktionsführerin Lilian Marijnissen.

Die schwierige Nachfolge des Parteivorsitzenden Jan Marijnissen

Im November 2015 trat Jan Marijnissen auch als Parteivorsitzender zurück. Dies führte zu einem Experiment, nämlich einer Wahl der Führung durch die Mitglieder. (Bouma 2017) Zugleich war es auch eine Wahl zwischen zwei unterschiedlichen Visionen für die Zukunft der Partei.

Es war eine echte Wahl: Ron Meyer, ein junger Gewerkschaftsvertreter aus dem Süden der Niederlande, vertrat die traditionelle Fokussierung auf Arbeiter:innen und gewerkschaftlichen Aktivismus. Die SP-Parlamentarierin Sharon Gesthuizen hingegen stand für Themen wie internationale Solidarität, Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit. Darüber hinaus forderte sie mehr kulturelle, geschlechterspezifische und sexuelle Vielfalt innerhalb der Partei und forderte die Parteispitze heraus, indem sie sich auch für mehr innerparteiliche Demokratie einsetzte. Während des Wahlkampfs äußerten mehrere prominente Aktivist:innen ihre Besorgnis darüber, dass der Parteivorstand offen Meyer unterstützte (NRC, 12.11.2015) der schließlich mit 59% der Stimmen gewählt wurde. Die mit dieser Wahl sichtbar gewordene große Unterstützung für das Gesthuizen-Programm wurde jedoch von der SP-Spitze ignoriert. Nach der Wahl im März 2017 verließ Gesthuizen das Parlament. Ende 2018 trat sie der GL bei.

Mit Ron Meyer als Vorsitzendem und Roemer als Spitzenkandidat entschied sich die SP, ihren traditionellen linken Wähler:innen treu zu bleiben und sich auf den Ausbau ihrer Stärke als Aktivistenpartei mit starken lokalen Bindungen zu konzentrieren. Dies zeigte sich auch in den Wahlkämpfen der Partei in den Jahren 2017, 2018 und 2019.

2017 bis 2019: Enttäuschende Wahlergebnisse

Das nationale Wahlprogramm 2017 #ErgreifeDieMacht (#PakDeMacht) war eher von einem populistischen Ton geprägt und richtete sich »gegen die Politik der Elite«. (SP 2017) Doch der Wahlkampf brachte nicht die erhofften Ergebnisse. Die SP musste zwar nur leichte Verluste hinnehmen. Wie groß jedoch die damit verpasste Chance war, zeigen die erdrutschartigen Verluste des traditionellen Konkurrenten – der PvdA. Ihre Parlamentsfraktion wurde von 38 auf 9 Abgeordnete dezimiert. D.h. die Wählerbasis von PvdA und SP lagen

zu diesem Zeitpunkt nicht nahe beieinander.⁹ Frühere linksorientierte PvdA-Wähler:innen unterstützten diesmal die Grünen (GL), was deren sprunghaftes Wachstum von 4 auf 14 Sitze erklärte. Auch die kleinere Tierpartei (PvdD) konnte die Zahl ihrer Sitze von zwei auf fünf Sitze mehr als verdoppeln. Umweltfragen und zum Teil auch Tierschutzthemen haben in der niederländischen Wählerschaft an Bedeutung gewonnen. Allerdings reichen die Erfolge der GL und der PvdD nicht aus, um den Verlust von 29 Sitzen der PvdA zu erklären.¹⁰

Im Dezember 2017 trat Emile Roemer als Fraktionsvorsitzender zurück. Ihm folgte Lilian Marijnissen, die Tochter des ehemaligen SP-Führers Jan Marijnissen, in einem Verfahren, das sowohl intern als auch extern als fragwürdig empfunden wurde.¹¹ Die enttäuschenden Ergebnisse bei den Kommunal- und Provinzwahlen 2018 und bei der Europawahl 2019 veranlassten Ron Meyer, als Vorsitzender der SP zurückzutreten. Seine Nachfolgerin, Jannie Visscher, war die bevorzugte Kandidatin des Parteivorstands. Doch ein Aufbruch blieb aus.

Bei den Kommunalwahlen 2018 erreichte die SP nur 4,4% der Stimmen, ein erheblicher Verlust gegenüber den 6,6% von 2012.¹² Die Partei verlor vor allem in den größeren Städten, darunter in Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht. In diesen Städten waren auch die größten Erfolge für Parteien mit grüner und/oder integrativer politischer Agenda zu verzeichnen; zu den Letzteren gehören nicht nur die GL, sondern auch Parteien wie die DENK, die radikale Integrationspartei BIJ1 und die islamischen Parteien NIDA und Islam-Demokraten. Der SP-Vorstand blieb unbeeindruckt. Die damalige Parteisekretärin

⁹ Dies ist nur bedingt überraschend, da bekannt ist, dass zahlreiche Wähler:innen, die 2012 eigentlich vorhatten, die SP zu wählen, sich in der letzten Minute doch für die Sozialdemokraten entschieden. Die Wahlen von 2017 zeigen, dass viele dieser Wähler:innen anschließend rechten Parteien ihre Stimmen gaben. D.h. es gab 2012 durchaus ein großes linkes Elektorat, welches jedoch keiner klaren ideologischen Vorgabe folgte.

¹⁰ Angesichts der geringen Schnittmenge von SP auf der einen Seite und Grün-Links und Sozialdemokraten auf der anderen Seite ist es erstaunlich, dass Wähler:innen von SP und Grün-Links ihre Wahlentscheidung mit denselben Themen begründeten, nämlich sozialer Sicherheit, Rente, und Altenpflege – wobei sie offensichtlich zu unterschiedlichen Schlüssen kamen. (Ipsos 2017)

¹¹ Obwohl Marijnissens Streben nach der Leitung der Fraktion durch interne Abstimmung geregelt wurde, ist es schwer, diese Abstimmung als fair zu bezeichnen. Marijnissen wusste schon lange, dass Roemer zurücktreten würde, während andere Fraktionsmitglieder, darunter Marijnissens Herausforderin Sadet Karabulut, davon erst im letzten Moment erfuhren.

¹² Zusätzlich zu den zahlreichen Kleinparteien im nationalen Parlament gibt es in den Niederlanden noch eine Vielzahl von Parteien, die nur bei Kommunalwahlen antreten, und die oft nur in einer Stadt oder Region aktiv sind. Bei den Kommunalwahlen von 2018 erreichten die Lokalparteien zusammengerechnet einen Anteil von 28,65% (zum Vergleich: die größte Partei im Parlament, die VVD, kam nur auf 13,5%).

tärin Lieke Smits erklärte: »In Gemeinden, die uns wichtig sind, wie [die südliche Stadt] Oss und [das nördliche Dorf] Pekela, sind wir die größte Partei.« (Trouw, 22.3.2018)

Aus den Wahlergebnissen 2017 und 2018 schlussfolgerte die SP, dass sie ihr Protestimage stärken müsse, insbesondere im Hinblick auf die Provinz- und Europawahlen 2019. Die Partei betonte, die Protestwähler zurückzugewinnen, die zu lautstarken Anti-Establishment-Parteien mit einer klareren Agenda in Flüchtlings- und Migrationsfragen übergelaufen waren. Doch seit 2015 waren die Parteimitglieder zu diesen Fragen gespalten. Die Entscheidung der Parteiführung, sich in genau diesen Fragen nun ein klareres Profil zuzulegen, hat den internen Streit weiter verschärft. (Bouma 2019)

Bei den Provinzwahlen im März 2019 verlor die SP die Hälfte ihrer Sitze in den Parlamenten der zwölf Provinzen der Niederlande. Im Vorfeld der Europawahl im selben Jahr griff die SP den PvdA-Spitzenkandidaten Frans Timmermans persönlich an, mit einem Video, das ihn als Personifizierung der verachteten Brüsseler Bürokratie darstellte.¹³ Während einigen SP-Aktivist:innen der »rebellische Charakter« dieser Kampagne gefiel, kritisierten andere den populistischen und »überaus nationalistischen« Ton dieser SP-Botschaft und forderten, sich bei künftigen Wahlen auf »radikale Alternativen« zu konzentrieren. (NRC, 22.6.2019) Ca. 900 Mitglieder verließen die Partei wegen dieses umstrittenen Wahlkampfspots. (Ebd.) Mit dem Video wurde zwar die Sichtbarkeit der Partei erhöht, nicht aber die Bereitschaft zu ihrer Wahl der SP.¹⁴ Im Gegenteil: Die SP erhielt bei den Europawahlen 2019 3,4% der Stimmen und verfehlte damit den Einzug ins Europaparlament und verließ so auch die Linksfraktion (GUE/NGL) im Europaparlament. Die Tierpartei (PvdD), die ebenfalls der GUE/NGL angehört, konnte einen ihrer beiden Sitze verteidigen. Infolge dieser Ergebnisse trat Ron Meyer als Parteivorsitzender zurück, während Lilian Marijnissen die Partei weiter anführte.

Der Wahlkampf 2019 unterstrich einmal mehr die internen Meinungsverschiedenheiten zur Ausrichtung der Partei, insbesondere angesichts der enttäuschenden Wahlergebnisse seit 2010. Die Entscheidung des Parteivorstandes, sich auf Aktivismus zu konzentrieren, der sich an die einheimischen Arbeitnehmer:innen wendet, war klar und konsequent, aber letztendlich nicht erfolgreich. Die SP verlor einen Teil ihrer Wählerschaft, ohne neue Wähler:innen aus anderen Milieus an sich binden zu können.

¹³ Das Video der Kampagne ist zu finden unter: www.youtube.com/watch?v=aA-4jUU-ntHs (15. Oktober 2020).

¹⁴ Dennis de Jong, von 2009 bis 2019 für die SP im Europäischen Parlament, stand dem persönlichen Angriff auf Timmermans sehr kritisch gegenüber, und musste einräumen, dass er von der Wahlkampagne seiner Partei sehr überrascht war. (NRC, 27.5.2019)

2021: Weitere Stimmenverluste

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 17. März 2021 änderte die SP ihre Strategie. Dieses Mal betonte Lilian Marijnissen ihre Bereitschaft zum Beitritt in eine Koalition – selbst in eine mit der VVD von Mark Rutte. Die Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu übernehmen, zeigte sich auch im Titel des Parteiprogramms »Setzen Sie ein Zeichen«; dieser Titel nimmt auf ein optimistisches Wahlkampflied von Bob Fosko aus dem Jahr 2002 Bezug, als sich die Partei ebenfalls als verantwortungsvoller Partner für Regierungskoalitionen zu präsentieren versuchte.¹⁵

Der programmatische Fokus der SP blieb gleichzeitig unverändert, mit dem Gesundheitssystem als zentralem Fokus, der gerade auch aufgrund der Covid-19-Epidemie gesellschaftlich bedeutsam wurde. Wie Lilian Marijnissen es ausdrückte, »hat die Corona-Krise einmal mehr gezeigt, dass es in der Gesellschaft nicht um Konkurrenz, sondern um Kooperation geht. Dies ist der Moment für Investitionen. In die Pflege, Arbeitsplätze und Wohnungen, sowie in die Menschen selbst.« (SP 2020a)

Auf ihrer Website präsentierte die Partei ihr Wahlprogramm als eine Mischung aus »bewährten« und »neuen Vorschlägen«. Zu den traditionellen Schwerpunkten gehören: die Senkung der Kosten für die Krankenversicherung und der Mieten sowie die Senkung des Rentenalters auf 65 Jahre (zurück zum Stand von vor 2015, als die VVD-PvdA-Regierung beschloss, es schrittweise auf 70 Jahre anzuheben). Zu den »neuen Vorschlägen« gehören kleine Pflegeheime in der Nachbarschaft, Gewinnbeteiligungen für Firmenmitarbeiter:innen sowie kostenlose öffentliche Verkehrsmittel für Kinder und ältere Menschen.

Bildung und soziale Sicherheit standen nach wie vor an erster Stelle, und die SP setzt sich weiterhin für die Einführung von verbindlichen Volksabstimmungen ein – auch über einen noch zu entwerfenden europäischen Vertrag, der zu einer Europäischen Union führen soll, »in der die nationalen Demokratien respektiert werden«. Insbesondere tritt die Partei für ein Ende des Euro ein. Obwohl ein einseitiger Austritt aus der Eurozone »einen kostspieligen und unsicheren Weg« darstellen würde, wie die SP einräumt, sollten die Niederlande »auf eine mögliche Entflechtung« der Eurozone vorbereitet sein. (SP 2020b) Fragen der Nachhaltigkeit und der sozialen Integration wurden immer noch aus der traditionellen SP-Perspektive beantwortet. Zur Klimapolitik erwähnt

¹⁵ »Blijf niet mokkend aan de kant staan, stel een daad en toon je moed. Laat je woede hand in hand gaan, met het goede dat je doet.« – »Bleib nicht stumm und sauer an der Seitenlinie stehen; werd' aktiv und zeige Deinen Mut. Begleite Deine Wut mit guten Taten. Wähl SP!« In dem Kampagne-Video spielte der 2020 verstorbene »Haus-sänger der SP« Bob Fosko einen Busfahrer, der Wähler:innen einsammelte. Siehe www.youtube.com/watch?v=0FTjZgd23q0 (28.9.2020).

das Wahlprogramm nur, dass diese nicht vom »kleinen Mann« bezahlt werden sollte. Diskriminierung wird in erster Linie als ein Problem dargestellt, das in Schulen und am Arbeitsplatz behandelt werden sollte. Gleichzeitig fordert die SP die Einführung von Arbeitserlaubnissen, um die Ausbeutung von Wanderarbeiter:innen zu beenden. (SP 2021)

Doch weder die altbewährten Rezepte noch die Strategieveränderungen brachten mehr Stimmen. Auch die Anstrengungen der SP zur Aufdeckung der Kinderbetreuungsmisere bei den Steuerbehörden und zur Unterstützung der betroffenen Bürger:innen halfen nicht: die Partei fiel von 14 auf 9 Parlamentssitze zurück. Gleichzeitig wurde die VVD, seit zehn Jahren die stärkste Kraft, für ihre Rolle in den verschiedenen Skandalen nicht abgestraft; sie gewann sogar einen Sitz dazu. Die Wahlkampagnen litten natürlich unter den Corona-Maßnahmen. Dies war besonders unglücklich für die SP, die normalerweise auf ihre Sichtbarkeit in den Straßen stolz sein kann. Doch Corona kann den Rechtsruck in der niederländischen Wählerschaft nicht erklären. Auch die Grünen (GL) fielen von 14 Sitzen zurück auf acht, während die Sozialdemokraten (PvdA) noch immer in ihrem Allzeit-Tief von neun Sitzen stecken. Der moderate Gewinn der Tierpartei (PvdD), von fünf auf sechs Sitzen, sowie der Einzug von BIJ1 ins Parlament (mit nur einem Sitz) können dieses Bild nicht verändern.¹⁶

Noch ist unklar, welche Schlussfolgerungen die SP aus diesen Ergebnissen ziehen wird. Eine erste Diskussion der Wahlergebnisse auf der (digitalen) Sitzung des Parteirats vom 27. März 2021 zeigte eine Menge Frustration bei den Mitgliedern, und Verwunderung darüber, dass die Rolle von Parteimitgliedern bei der Aufdeckung des Skandals um die Kinderbetreuungsbeihilfe keinen Gewinn brachte. Man äußerte die Überzeugung, dass die SP sich im Wahlkampf auf die richtigen Themen konzentriert hatte, dass die Partei aber nicht imstande war, die Wähler:innen mit diesen Themen zu überzeugen. (NRC, 27.3.2021) Diese Analyse hatte auch Rückwirkungen auf die laufende Debatte darüber, ob die SP in die Regierung oder in die Opposition gehört.

Die Suche nach der eigenen Rolle wird weitergehen, und es ist schwer zu sagen, zu welchem Ergebnis die Partei kommen wird. Die Spaltung innerhalb der Partei und ihrer Wählerschaft lässt vermuten, dass jede Entscheidung in dieser Frage eine wichtige Gruppe von Anhängern vor den Kopf stoßen wird.

¹⁶ Bei den Wahlen von 2021 erreichten die radikal rechten Parteien (PVV, FvD und JA21) zusammen 28 Sitze im Parlament. Die größten Gewinner jedoch waren die VVD von Rutte (nun 34 Sitze) und die Liberalen von D66 (gestiegen von 19 auf 24 Sitze). D66 profitierten von einer starken Führungsfigur, Sigrid Kaag, deren Kampagne einen Regierungswechsel anstrebte. Ihr Versuch, eine Alternative zu Rutte anzubieten, war insofern erfolgreich, als sie viele Wähler:innen an sich binden konnte, die in 2017 noch vor allem Grün-Links, aber auch PvdA oder SP gewählt hatten. Siehe NOS (18.3.2021).

Partnerschaften und Zusammenarbeit

In der Zwischenzeit wirken die Entscheidungen bezüglich der Parteiführung und des programmatischen Schwerpunktes direkt auf die Partnerschaften und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Angesichts des Hintergrunds mehrerer prominenter SP-Mitglieder ist es nicht überraschend, dass die Partei häufig mit Gewerkschaften zusammenarbeitet. Dazu gehört vor allem die größte und traditionell sozialdemokratische Gewerkschaft FNV. Sowohl Lilian Marijnissen als auch Ron Meyer arbeiteten zuvor in der FNV, und im März 2021 wählten die FNV-Mitglieder einen ehemaligen SP-Senator zu ihrem neuen Gewerkschaftsbundleiter, Tuur Elzinga. Die SP kooperiert ebenfalls mit anderen traditionellen und neuen Gewerkschaften und hat ein wirkliches Interesse an ihrem zunehmenden Erfolg. Bei spezifischen Aktionen kooperiert die SP auch mit anderen politischen Parteien, Studierendengewerkschaften und verschiedenen Protestbewegungen. Mitte 2016 legte die SP einen Plan für einen inklusiven »Nationalen Gesundheitsfonds« vor, der das derzeitige und sehr unbeliebte System privatisierter Krankenversicherungen ersetzen soll. Dieser Plan fand bald auch enthusiastischen Zuspruch bei anderen Oppositionsparteien sowie den Gesundheits- und Seniorengewerkschaften des Gewerkschaftsdachverbandes FNV.¹⁷

Generell sieht die SP die Teilnahme an gemeinsamen Kampagnen als eine Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Partei ist recht erfolgreich bei der Erhöhung ihrer Sichtbarkeit, indem sie bei Demonstrationen Protestmaterialien an Aktivist:innen verteilt. In Übereinstimmung mit ihren zentralen Themen ist die SP in Kampagnen zur Gesundheit, Arbeit und Bildung stark präsent. Da sich aber die Partei weitgehend von Fragen der Nachhaltigkeit und sozialen Integration entfernt, ist sie bei Protesten zu diesen Themen kaum anwesend und hat es auch versäumt, an die in diesen Bereichen aktiven neuen Bewegungen und Initiativen anzuknüpfen.

Für publikumswirksame Aktionen im Namen der SP sorgte traditionellerweise auch die Jugendorganisation der Partei, ROOD (»Rot«). In der Vergangenheit war ROOD eng mit der Partei verbunden, und ROOD-Mitglieder waren durch die Satzung verpflichtet, auch Mitglied der SP zu sein. In letzter Zeit hat sich jedoch die Beziehung zwischen der SP und ROOD konfrontativ zugespitzt. Grund dafür ist der radikalere marxistische Kurs der Jugendorganisation. Die Spitze der SP ging dagegen an und entfernte jene ROOD-Mitglieder aus der SP, die auch Mitglieder der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums waren. Begründet wurde dieser Rausschmiss mit Parteista-

¹⁷ Siehe die Website des Nationale Zorgfonds, unter »Deze organisaties steunen de actie«, www.nationaalzorgfonds.nl/ (28.9.2020).

tuten, denen zufolge ein SP-Mitglied nicht auch Mitglied anderer Parteien sein kann. ROOD hält dagegen und argumentiert, dass die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum keine Parteien seien, da sie nicht an Wahlen teilnehmen. Anfang Dezember 2020 erreichte der Konflikt einen Höhepunkt, als die SP forderte, dass ROOD ihren neuen, gerade gewählten Leiter Olaf Kemmerink entlassen müsse. Zur Zeit der Abfassung des vorliegenden Beitrages weigerte sich ROOD, diese Forderung zu erfüllen, mit der Folge, dass die SP ihre finanzielle Unterstützung von ROOD einstellte. Im Februar 2021 strich ROOD aus ihrem Statut, dass jedes Mitglied auch Mitglied der SP sein müsse. Gegenwärtig untersucht eine interne SP-Parteikommision diesen Konflikt.

Die SP ist stolz auf ihre direkten Kontakte mit und ihr offenes Ohr für Bürger:innen, die Schwierigkeiten mit Behörden haben. Die Partei umfasst lokale »Hilfsgruppen«, deren Mitglieder – Freiwillige aus der Partei – Bürger:innen auf Anfrage Information und Rat geben. Auf höherer Ebene entspricht dies der SP-Sorge für die Opfer der Affäre um den Kinderbetreuungszususs. Dadurch entstand eine starke Bindung an die betroffenen Eltern, die dem traditionellen Selbstverständnis der SP als Mittler zwischen Bürger:innen und Politik entspricht.

Schlussfolgerung

Die niederländische Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren verändert. Das wird mit den Themen sichtbar, die für die niederländischen Wähler politisch von Bedeutung sind. Obwohl in den Jahren der Wirtschaftskrise und der Sparmaßnahmen wirtschaftliche Fragen naturgemäß im Vordergrund standen, sind heute die Sorgen um die Umwelt und die Frage, wie eine kulturell integrative Gesellschaft gestaltet werden kann, verstärkt in den Vordergrund gerückt. Diese Fragen haben eine internationale Dimension (Klimamaßnahmen und -streiks; die Black Lives Matter-Bewegung), spielen sich aber auch auf nationaler Ebene wie bei den Debatten zur Stickstoffemissionspolitik und zum *Zwarte Piet* ab.

Dass solche Fragen an Bedeutung gewinnen, ist eine Möglichkeit für Parteien, die sich auf Themen der »neuen Linken« konzentrieren, auch wenn derzeit die Mehrheit der Wähler:innen rechte und liberale Parteien bevorzugen. Die wachsende Aufmerksamkeit für Fragen der Vielfalt, Inklusion und Emanzipation ist für einen wesentlichen Teil der Wählerschaft mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung. Sie haben zwei Jahrzehnte lang die lautstark agierenden Anti-Migrations- und Anti-Islam-Parteien im niederländischen Parlament mitansehen müssen.

Trotz dieser Entwicklungen konzentriert sich die Sozialistische Partei der Niederlande nach wie vor vorrangig auf die »traditionell linken« wirtschaft-

lichen Anliegen, die eine schrumpfende einheimische niederländische Arbeiterschaft ansprechen soll. Diese Strategie scheint jedoch nicht erfolgreich zu sein: Trotz der Weltwirtschaftskrise 2010 hat die SP eine Reihe enttäuschender Wahlergebnisse zu verzeichnen. Während Parteien wie die GL (in 2017), die PvdD und die liberale Partei D66 von ihrer klaren Haltung zu Umwelt- sowie Vielfalt- und Inklusionsfragen profitieren, schweigt die SP weitgehend zu diesen drängenden Fragen. Bei der Analyse ihrer Wählerschaft vernachlässigt die SP die Tatsache, dass viele der heute in schlecht bezahlten und prekären manuellen Tätigkeiten beschäftigte Menschen in den Niederlanden einen Migrationshintergrund haben. Daher lassen sich wirtschaftliche Fragen kaum von Fragen der Inklusion trennen. Der schnelle Aufstieg von neuen Migrantenparteien wie die DENK macht dies sehr deutlich. All diese Entwicklungen haben zu einer zunehmenden internen Debatte über die Parteilinie beigetragen, die ab 2015 auch für die Öffentlichkeit sichtbar wurde.

Die mangelnde Bereitschaft, über programmatische oder strategische Veränderungen nachzudenken, wurde durch die geschlossene Kultur der Parteit Spitze noch verstärkt. Mit Ron Meyer und Lilian Marijnissen trat zwar eine neue Führungsgeneration an, aber auch sie waren sowohl auf ideologischer als auch auf praktischer Ebene fest in der alten Parteit Spitze verwurzelt. Die Enttäuschung bei der Europawahl 2019 führte zur Erkenntnis, dass eine bloße Steigerung des Protestimages der Partei nicht ausreicht, um neue Wähler:innen zu erreichen. Die Kampagne zu den Parlamentswahlen von 2021 wollte deshalb mit dem Angebot einer positiven Alternative neue Wähler:innen gewinnen. Doch trotz der starken Rolle der SP bei der Aufdeckung der Affäre um die Kinderbetreuungszuschläge blieb ihr Ergebnis enttäuschend. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Corona-bedingten Umstände der Wahl der SP besonders schaden, ist dennoch deutlich, dass die Ergebnisse von 2021 zu einem längeren Trend passen: Die linken Parteien im Allgemeinen, und die SP im Besonderen, verlieren an Stimmen. Die neuen Verluste haben die Debatte um den strategischen Kurs der Partei wieder eröffnet. Die SP steht weiterhin vor der Herausforderung, zusätzlich zur traditionellen sozialistischen Unterstützungsbasis neue Wählergruppen an die Partei binden zu müssen.

Literatur

- Bouma, Amieke (2017): The Socialist Party (SP) in the Netherlands. In: Hildebrandt, Cornelia/Wagner, Luci (Hrsg.): Radical Left in Europe 2017. Berlin, 119-129.
- Bouma, Amieke (2019): Surprise Election Results in the Netherlands. In: Transform, 27.5.2019. transform-network.net/en/focus/overview/article/ep-2019-the-european-left-one-mouth-many-voices/surprise-election-results-in-the-netherlands/ (13.10.2020).
- Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (2020): SP Iedentallen per jaar (seit 1992). www.dnpp.nl/dnpp/pp/sp/lt/perjaar (16.10.2020).

- Holligan, Anna (2016): Dutch Race Hate Row Engulfs Presenter Sylvana Simons. In: BBC News vom 25.11.2016. [bbc.com/news/world-europe-38089469](https://www.bbc.com/news/world-europe-38089469) (11.10.2020).
- Ipsos (2017): Waarom stemden mensen wat ze stemden? [ipsos-nederland.nl/ipsos-politieke-barometer/persberichten/2017/waarom-stemden-mensen-wat-ze-stemden](https://www.ipsos-nederland.nl/ipsos-politieke-barometer/persberichten/2017/waarom-stemden-mensen-wat-ze-stemden) (11.10.2020).
- Ipsos (2019a): De bezorgde burger bestaat niet. 8.10.2019. [ipsos.com/nl-nl/politiek-met-sjoerd-de-bezorgde-burger-bestaat-niet](https://www.ipsos.com/nl-nl/politiek-met-sjoerd-de-bezorgde-burger-bestaat-niet) (4.11.2020).
- Ipsos (2019b): »Nederlanders over stikstofuitstoot«. 1.10.2019.
- Ipsos/Nieuwsuur (2021): Tweede Kamerverkiezingen 2021: SP. [ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2021-03/ipsos_nieuwsuur_tk21sp_v1.0.pdf](https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2021-03/ipsos_nieuwsuur_tk21sp_v1.0.pdf) (7.4.2021), 3-4.
- Kiesraad (2021): Proces-verbaal van de verkiezingsuitslag van de Tweede Kamer [Amtlicher Wahlbericht, 26. März 2021], 190, 267, 185.
- Schmeets, Hans (2017): Vertrouwen in elkaar en in de samenleving. In: WRR Working Paper 26. Den Haag, 28.
- SP (2017): #PakDeMacht. Programma voor een sociaal Nederland voor de verkiezingen van 15 maart 2017. [sp.nl/sites/default/files/sp_verkiezingsprogramma_2017_definitief.pdf](https://www.sp.nl/sites/default/files/sp_verkiezingsprogramma_2017_definitief.pdf) (Zugriff 26. Januar 2017)
- SP (2019): Vakbond Leraren in Actie wint Rooie Reus-prijs 2019. [sp.nl/nieuws/2019/12/vakbond-leraren-in-actie-wint-rooie-reus-prijs-2019](https://www.sp.nl/nieuws/2019/12/vakbond-leraren-in-actie-wint-rooie-reus-prijs-2019) (13.10.2020).
- SP (2020a): Concept-verkiezingsprogramma SP: Onze samenleving moet eerlijker. [sp.nl/nieuws/2020/09/concept-verkiezingsprogramma-sp-onze-samenleving-moet-eerlijker](https://www.sp.nl/nieuws/2020/09/concept-verkiezingsprogramma-sp-onze-samenleving-moet-eerlijker) (13.10.2020).
- SP (2020b): Alternatieven voor de Euro. [sp.nl/onderwerp/alternatieven-voor-euro](https://www.sp.nl/onderwerp/alternatieven-voor-euro) (11.10.2020).
- SP (2021): Stel een daad. Conceptprogramma van de SP voor de Tweede Kamerverkiezingen van 17 maart 2021. [sp.nl/sites/default/files/1e_conceptverkprogr_2020.pdf](https://www.sp.nl/sites/default/files/1e_conceptverkprogr_2020.pdf) (28.9.2020).
- Tweede Kamer der Staten-Generaal (2020): Ongekend Onrecht – Verslag parlementaire ondervragingscommissie Kinderopvangtoeslag. [tweedekamer.nl/sites/default/files/atoms/files/20201217_eindverslag_parlementaire_ondervragingscommissie_kinderopvangtoeslag.pdf](https://www.tweedekamer.nl/sites/default/files/atoms/files/20201217_eindverslag_parlementaire_ondervragingscommissie_kinderopvangtoeslag.pdf) (7.4.2021).

Die Linke im heutigen Irland (2011–2020)

von Stephen Hopkins

Das politische System der Republik Irland und die radikale Linke

Die radikale Linke in der Republik Irland wird zumeist als schwach eingestuft. Parteien, die man plausibel dem Spektrum zuordnen könnte, waren noch kaum an Regierungen beteiligt. Die Mitwirkung der Democratic Left (einer 1992 gegründeten Abspaltung von der Workers' Party) an einer von Fine Gael geführten Koalitionsregierung (1994–1997) ist das einzige Beispiel einer Partei mit Wurzeln in der radikalen Linken, die über das letzte halbe Jahrhundert Kabinettsposten innehatte. Bei der Parlamentswahl im Februar 2020 gewann die radikal-republikanische Partei Sinn Féin (SF; dt.: »wir selbst«) 24,5% der ersten Präferenzstimmen und damit mehr als jede andere Partei, blieb aber in der Opposition. Das Verhältnis von Sinn Féin zur radikalen Linken gilt als ambivalent, da der »soziale Republikanismus« nur einen Strang dieser ideologisch diversen Bewegung darstellt (siehe O'Broin 2009; Patterson 1997).

Nach Monaten des Stillstands wurde im Juni 2020 eine neue Mitte-Rechts-Koalition ohne Sinn Féin gebildet. Das Parteiensystem in Irland ist gemeinhin dafür bekannt, dass es von zwei oder zweieinhalb potenziellen Regierungsparteien dominiert wird, spielten sich doch Wahlen in der Regel im Wettstreit zwischen Fianna Fáil (FF) und Fine Gael (FG) ab (Mair 1987). Die Wurzeln beider Parteien liegen im Irischen Bürgerkrieg von 1922–1923, als verschiedene Strömungen im erweiterten republikanischen Spektrum um die Bedingungen des Vertrags mit dem Vereinigten Königreich kämpften, der dem größten Teil Irlands letztendlich die Unabhängigkeit schenkte. Fianna Fáil sprach tendenziell die stärker »republikanischen« Strömungen im neuen Staat an, fand aber auch eine Basis als Volkspartei, beispielsweise unter Kleinbäuer:innen und Hofpächter:innen. Die Partei konnte bis in die 1980er Jahre allein regieren, bis sie durch einen Rückgang in ihrer Kernwählerschaft von Unterstützung abhängig wurde. Fine Gael stellte eine traditionelle bürgerliche Partei dar, konnte allerdings nur in Zusammenarbeit mit der Labour Party (LP), die immer der kleinere Koalitionspartner war, eine Regierung bilden. Seit der Finanzkrise von 2007/2008 hat sich die beschriebene Parteienkonfiguration »zur Unkenntlichkeit verrenkt, wobei noch kein neues stabiles Muster zu erkennen ist« (Finn 2018: 36). Eine Diagnose, die nicht nur vom Ergebnis von Sinn Féin bei der Wahl 2020 untermauert wird, sondern auch von der historischen Entscheidung von Fianna Fáil (22,2%, 38 der 160 Sitze im Unterhaus des Parlaments Dáil Éireann) und Fine Gael (20,9%, 35 Sitze), gemeinsam eine Regierung zu bilden. Zusätz-

licher Koalitionspartner ist die Green Party, die 7,1% beziehungsweise zwölf Sitze gewinnen konnte. Damit ist das traditionelle Modell der zwei großen, unvereinbaren Parteien pünktlich zum hundertjährigen Jubiläum des irischen Bürgerkriegs auf der Müllhalde der Geschichte gelandet. Ob die neue Regierung stabil genug für die volle fünfjährige Amtsperiode ist, bleibt abzuwarten. Es gibt erste Anzeichen dafür, dass es sich um eine zerbrechliche Konstellation handelt. Denn schon jetzt steht der neue Taoiseach (Premierminister) Micheál Martin in Bezug auf Covid-19 und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Probleme stark unter Druck. Auch ob Sinn Féin ihre Unterstützer:innenzahlen aus der Opposition heraus noch weiter über den jetzigen Höchststand von 37 Sitzen erhöhen kann, wird entscheidend dafür sein, inwieweit sich in Irland ein wirklicher politischer Wandel vollziehen kann.

Zu unterschiedlichen Zeitpunkten haben die Wähler:innen sowohl Fianna Fáil als auch Fine Gael für ihre Rolle bei der Finanzkrise respektive die ungerichte »Austeritätspolitik« bestraft. Die Sparmaßnahmen wurden der Fine Gael/Labour-Regierung, die zwischen 2011 und 2016 im Amt war, von der »Troika« auferlegt. Damit übernahmen in diesem Zeitraum de facto EU, IWF und Europäische Zentralbank die wirtschaftliche Führung des Landes. Nur die gewohnte Reaktion der umfangreichen Abwanderung junger Menschen konnte die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen etwas schönfärben (die aber dennoch von 4% 2007 auf 15% 2012 anstiegen). 2011 hatte die Labour Party ihr bestes Ergebnis aller Zeiten erreicht (19%, 33 Sitze), aber der Glanz der neuen Regierung wurde bald von breiten Protesten gegen die von der Troika auferlegten Sparmaßnahmen überdeckt.

Nach den Parlamentswahlen von 2016 (Marsh et al. 2018) führte Fine Gael eine Minderheitsregierung in Dublin an, nachdem die Partei etwas weniger als ein Drittel der Dáil-Sitze ergattert hatte (50 von 160). Von diesem Ergebnis stark geschwächt trat Enda Kenny schließlich im Juni 2017 zurück und wurde von seinem Parteikollegen Leo Varadkar ersetzt. Die Regierung befand sich allerdings in einer prekären Lage, da sie zur Verabschiedung wichtiger Gesetzesinitiativen auf die Stimmen von Fianna Fáil angewiesen war. Letztere hatte 44 Sitze gewonnen, ein substanzieller Zuwachs nach dem Tiefpunkt von 2011 mit nur 20 Sitzen. Der größte Verlierer 2016 war die Labour-Partei, die nur mehr über einen Rumpf von sieben Sitzen verfügte (im Vergleich zu zuvor starken 26 Sitzen). Mit dem Niedergang der beiden Volksparteien und der Labour Party wandten sich viele Wähler:innen noch ungetesteten Alternativen zu – manche davon radikal links. Das flexible Präferenzwahlssystem mit Einzelstimmgebung (PR-STV: Proportional Representation through the Single Transferable Vote) ermöglichte Unabhängigen den Gewinn von 18 Sitzen (ein Zuwachs von sechs Sitzen), zudem konnte die linke Anti-Austerity Alliance/People Before Profit (dt.: Allianz gegen Austerität/Menschen vor Profit) sechs Sitze ge-

winnen (ein Zuwachs von zwei Sitzen). Hierbei handelt es sich um ein relativ kompliziertes loses Bündnis linker Parteien, die ihre Wurzeln in zwei verschiedenen trotzkistischen Parteien haben, nämlich People Before Profit (PBP; aus der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung hervorgegangen) und Solidarity (zuvor Anti-Austerity Alliance, 2017 umbenannt; aus der Sozialistischen Partei hervorgegangen). Historisch betrachtet standen sich die beiden Parteien innerhalb des linken Lagers unversöhnlich gegenüber und hatten zudem kaum parlamentarische Relevanz. Seit 2015 arbeiten sie jedoch zusammen, nicht zuletzt, weil ihnen die Präsenz im Parlament feste Redezeiten sowie finanzielle Unterstützung sichert. PBP operiert auch in Nordirland, wo die Partei 2016 zwei Sitze in der Nordirland-Versammlung erlangen konnte (einen davon verlor sie bei der Wahl 2017). Der Wahlkampf der AAA/PBP-Allianz richtete sich stark gegen die Austeritätsmaßnahmen (besonders in puncto Wassergebühren), das Bündnis setzte sich zudem für eine höhere Besteuerung von Unternehmen und Gutverdiener:innen sowie eine Finanztransaktionssteuer ein. PBP ist gegen die irische EU-Mitgliedschaft, führte aber während des Brexit-Referendums 2016 in Nordirland keine starke Pro-Brexit-Kampagne.

2014 erreichte Sinn Féin ihr bis dahin bestes Wahlergebnis in der Republik, indem sie 19,5% der ersten Präferenzstimmen sowie drei Sitze im Europäischen Parlament (EP) gewann (2009: keine Sitze). Einen weiteren Sitz im Europäischen Parlament konnte Sinn Féin für Nordirland ergattern. Die Abgeordneten von Sinn Féin sitzen im Block der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), wobei sich das ideologische Erbe von Sinn Féin deutlich von demjenigen der zumeist (ex-) kommunistischen Parteien unterscheidet, die die Fraktion (die aus »Kommunisten und Nahestehenden«¹ hervorgegangen ist) prägt. So ist Sinn Féin nicht Mitglied der Europäischen Linken (Dunphy/March 2020). Obwohl Sinn Féin gezeigt hat, dass sie sich in der Republik Irland seit 2011 den Widerstand der Arbeiter:innenklasse gegen die Sparmaßnahmen zunutze machen konnte, sollte man »die radikale Rhetorik der Partei nicht mit einem fundamentalen Anti-Kapitalismus verwechseln« (Byers 2019: 489). Und Finn (2018: 38) argumentiert, dass Sinn Féin »größere Gemeinsamkeiten« mit der Scottish National Party oder der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC) habe als mit der nicht-nationalistischen (oder sogar *anti*-nationalistischen) radikalen Linken in anderen europäischen Staaten. Die »beste Analogie« sei vermutlich die *abertzale*-Linke im Baskenland, die ebenfalls über einen Hintergrund des bewaffneten Widerstands verfüge. Zumindest bis vor Kurzem war Sinn Féin stets als Bestandteil

¹ Die Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden ist der offizielle Name der Linksfraktion im europäischen Parlament für die Legislaturen von 1973-1979 und von 1979 bis 1989 (vgl. Wikipedia-Eintrag zu dem Fraktionen im Europäischen Parlament).

einer politischen *Bewegung* zu verstehen, in der paramilitärische Organisationsformen und eine politische Kultur der Heimlichkeit und Konspiration, nicht der vollen, demokratischen Transparenz vorherrschten. Während der drei Jahrzehnte der »Troubles« (»Unruhen«; die politische Gewalt, die Nordirland 1969–1998 in Atem hielt) unterhielt Sinn Féin eine enge Beziehung mit der Provisorischen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) beziehungsweise ordnete sich dieser unter – ein Ballast, der ihre Bemühungen überschattet, Wähler:innen in der Republik Irland davon zu überzeugen, dass sie heute eine verantwortliche potenzielle Regierungspartei ist. Sinn Féin spürt die Vor- und Nachteile davon, in beiden Gebieten der Insel aktiv zu sein. In Nordirland, ihrer vorrangigen politischen Basis während des gewalttätigen Konflikts, konnte sich die Partei auf ihre Interessenvertretung der katholisch-irischen nationalistischen Minderheit berufen. Seit 2003 konnte sie sich für diese Wählerschaft innerhalb der ethno-nationalistisch segmentierten Gesellschaft im Wettstreit mit der Social Democratic and Labour Party (SDLP) als klarer Gewinner profilieren. Ihre Zugkraft gewinnt sie dabei nicht durch Bezug auf Klassenidentität oder sozio-ökonomische Fragestellungen, sondern durch die religiös-politische Mobilisierung. Im Gegensatz dazu trug in der Republik »ein linkspolitisches Programm wesentlich zu ihrem Zugewinn an Stimmen« seit Mitte der 1990er bei (Finn 2018: 38). Dennoch: Haupttriebkraft der Partei blieb das traditionelle irisch-republikanische Ziel, die Teilung des Landes zu überwinden und einen vereinigten irischen Staat mit Nordirland, das nicht mehr Teil des Vereinigten Königreichs wäre, zu schaffen.

Politische Entwicklungen in der Republik Irland (2016–2019)

Abgesehen von den Wahlen waren für Irland zwischen 2016 und 2019 drei Ereignisse von besonderer Bedeutung. Zunächst war da die Jahrhundertfeier zum Osteraufstand von 1916, als irisch-republikanische Kämpfer:innen die britische Souveränität über Irland herausforderten. Die Erinnerung daran bot Sinn Féin die Möglichkeit, die weiterhin »losen Enden« des nationalen Befreiungskampfs wieder aufzugreifen (also die *Partition* genannte Trennung in Nordirland und Republik und damit die irische Grenze). Die irische Linke im Gesamten nahm das Jubiläum zum Anlass, die Frage zu stellen, was während des Austeritätsjahrzehnts aus den egalitären sozio-ökonomischen Idealen der Oster-Proklamation geworden war, die die Rebell:innen 1916 unterschrieben hatten. Die starke Basisbewegung, die sich 2014–2015 gegen den Versuch der Fine Gael/Labour-Koalition richtete, Wassergebühren einzuführen, verwies auf ein rebellisches Potenzial unter vielen gewöhnlichen Wähler:innen. Die parteiübergreifende Right2Water-Kampagne (dt.: Recht-auf-Wasser-Kampagne; unter

anderem unter Beteiligung von AAA/PBP, Sinn Féin und vielen weiteren linken Organisationen, darunter Gewerkschaften) ermutigte Bürger:innen, sich zu widersetzen und schaffte es wiederholt, Zehntausende zu Demonstrationen zu mobilisieren. Eine so umfangreiche Mobilisierung war der Linken seit Jahrzehnten nicht mehr gelungen.

Das zweite prägende Ereignis während dieser Jahre stellte das Brexit-Referendum mit all seinen Konsequenzen und Unsicherheiten dar – für die Republik Irland potenziell wirtschaftlicher wie politischer Natur, besonders mit Blick auf die Grenzsituation. Es folgten allerlei Spekulationen darüber, welche Auswirkungen der Austritt des Vereinigten Königreichs auf den Status der 500km-Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland haben könnte. Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission sowie den Regierungen in Dublin respektive London hatten zum Ziel, eine »harte« Grenze mit Zollkontrollen und möglichen negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen zu vermeiden. Die langwierigen Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und der EU verliefen schleppend, zunehmend erschien unsicher, wann (oder ob) der Brexit realisiert würde – und ebenso, ob die »Unsichtbarkeit« der Grenze, wie sie seit dem »Friedensprozess« der späten 1990er Jahre bestand, beibehalten werden könnte. Ein No-Deal-Brexit hätte, so der Konsens, ernste bis katastrophale Auswirkungen auf Ökonomie und Handel Irlands. Das britische Unterhaus lehnte bis zur Neuwahl im Dezember 2019 (als es zu einer klaren konservativen Mehrheit kam) immer wieder die Vorlagen für das Austrittsabkommen ab, das vorsah, dass letztendlich *ganz* Irland im Zollgebiet der EU verbleiben würde (der sogenannte »Backstop«), falls EU und Vereinigtes Königreich in der angestrebten Übergangsperiode nicht bezüglich der zukünftigen Handelsbeziehungen übereinkämen.

Für Sinn Féin stellten aber der Brexit und die wachsenden Unsicherheiten bezüglich des Verhältnisses Nordirland/Großbritannien auch eine Chance dar. Plötzlich konnte die Partei die Tatsache, dass es überhaupt eine Grenze gibt, und die Idee eines Referendums zur Änderung des rechtlichen Status Nordirlands (ein »Einheitsreferendum«) auf die Agenda des politischen Mainstreams setzen. Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 war das Thema trotz aller Bemühungen von Sinn Féin zunehmend in den Hintergrund gerückt. Auf beiden Seiten der Grenze schien das Problem »gelöst«, wurde zumindest nicht mehr so hitzig diskutiert. Mit den Unsicherheiten post-2016 erkannte Sinn Féin, die einzig bedeutende Partei in beiden Teilen Irlands, dass sie in einer guten Position war, ihr übergreifendes politisches Ziel (letztendlich ihre *Raison d'être*) einer Überwindung der Teilung Irlands und damit der Einheit zu erreichen.

Das dritte bedeutsame Ereignis in dieser Zeit war 2018 das Referendum in der Republik Irland zur Frage, ob der Achte Verfassungszusatz von 1983, das Abtreibungsverbot, abgeschafft werden sollte (ausgenommen, es besteht eine

direkte Gefahr für das Leben der Mutter). Vor der Wahl hatten sich Sinn Féin, Labour, Grüne und Sozialdemokraten für ein Referendum eingesetzt; nach der Wahl setzte Fine Gael eine Bürgerversammlung ein, die ebenfalls ein Referendum empfahl. Neben den linken Parteien unterstützten zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Irish Council for Civil Liberties (Irischer Rat für Bürgerrechte), der landesweite Studierendenausschuss und die Gewerkschaften die Kampagne »Together for Yes«, die sich für eine Abschaffung einsetzte und letztendlich eine Zweidrittelmehrheit für sich gewinnen konnte. Die Fine-Gael-Regierung legte Ende 2018 die entsprechende Gesetzgebung vor, um diesen maßgeblichen Wandel in der Sozialpolitik des Landes umzusetzen (das seitdem gültige Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch gestattet unter ärztlicher Aufsicht einen Abbruch bis zur zwölften Schwangerschaftswoche). Auffallend war das unterschiedliche Abstimmungsverhalten im Vergleich der Altersgruppen: In der Altersgruppe über 65 stimmten 60% gegen die Zurücknahme des Verfassungsartikels, bei Bürger:innen unter 25 aber 87% dafür. Die Kampagne baute auf einem Referendum von 2015 auf, in der sich 62% der Abstimmenden für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehe entschieden hatten. Diesem Resultat wiederum bereitete die Verfassungsversammlung von 2012 den Boden, zudem unterstützten alle großen Parteien die Pro-Kampagne, wenn auch nicht alle mit dem gleichen Enthusiasmus.

Die Abstimmungen erhärten den Eindruck, dass der konservative Katholizismus in der Republik Irland an Einfluss verliert und eines Tages nur noch in den Geschichtsbüchern zu finden sein wird. Dies wird er allerdings nicht widerstandslos zulassen. Zwar war die Sinn-Féin-Vorsitzende Mary Lou McDonald in der abschließenden Fernsehdebatte eine der Hauptvertreter:innen für die Zurücknahme des Abtreibungsartikels – die Partei im Ganzen stand hinter der Kampagne –, dennoch gab es hierzu interne Spannungen.

Ein Anzeichen für Unruhe im konservativen Lager war die Tatsache, dass Peadar Kirby, Sinn-Féin-Parlamentsabgeordneter (TD) im Unterhaus (Dáil Éireann), für seine Ablehnung der Parteilinie von der Partei suspendiert wurde, daraufhin zurücktrat und mit Aontú (Einheit) eine eigene Partei gründete, die erstmals im Mai 2019 bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament Kandidat:innen aufstellte. Allerdings: Obwohl die Partei sowohl im Norden als auch im Süden eine (eher kleine) Anzahl früherer Sinn-Féin-Abgeordneter zum Wechsel bewegen konnte und Kirby selbst bei der Parlamentswahl 2020 die Wiederwahl gelang, erscheinen die Aussichten einer Partei, die soziale Gerechtigkeit mit katholischen Moralvorstellungen zu verbinden sucht, nicht besonders gut.

Im November 2018 gewann Michael D. Higgins mit komfortabler Mehrheit eine zweite siebenjährige Amtszeit als Präsident der Republik. Das frühere Kabinettsmitglied der Labour Party erreichte 56% der ersten Präferenzstimmen.

Für Sinn Féin stellte sich die Wahl als enttäuschend dar; die von der Partei aufgestellte Kandidatin Liadh Ní Riada (MdEP für den Wahlkreis Süd und Aktivistin für die irische Sprache) konnte nur 6,4% der Stimmen für sich einnehmen, weniger als die Hälfte des Ergebnisses von 2011 mit Martin McGuinness als Kandidaten (Abgeordneter im britischen Unterhaus für den Wahlkreis Foyle und Ex-IRA-Führer im nordirischen Derry). Noch dazu fuhr Sinn Féin auch bei der Europawahl von 2019 kein gutes Ergebnis ein (Johnston 2020). Die Partei konnte nur 11,7% gewinnen und verlor zwei ihrer drei MdEP für die Republik (nur Matt Carthy konnte den Wahlkreis Midlands-North-West gewinnen). In Nordirland gelang es Martina Anderson, ihren Sitz zu verteidigen, doch auch hier stellte das Ergebnis von 22% im Vergleich zu 2014 einen Rückgang um 3,3% dar (Haughey/Pow 2020). Anderson wurde zur Verhandlungsführerin der GUE/NGL-Arbeitsgruppe zum Brexit. Auch bei den zugleich abgehaltenen Kommunalwahlen erreichte Sinn Féin mit einem Verlust von etwa 100 Repräsentant:innen kein gutes Ergebnis. Interessanterweise stand das Ergebnis bei der Europawahl in der Republik Irland aber nicht generell für einen Rechtsruck in der Gesellschaft, denn zwei anderen linken Politiker:innen gelang der Einzug ins Europäische Parlament (Clare Daly und Mick Wallace für die Gruppe Independents 4 Change, dt.: »Unabhängige für Veränderung«). Sie traten ebenfalls der GUE/NGL-Gruppe bei. In einem weiteren Rückschlag für Sinn Féin gewannen die Grünen in Dublin die größte Zahl der ersten Präferenzstimmen. Die Sinn-Féin-interne Bewertung der Ergebnisse sah als Ursache für das schlechte Abschneiden, dass die Partei über ihre Vertretung des allgemeinen Ärgers über die Sparmaßnahmen hinaus nicht ausreichend Veränderungen zur konkreten Lösung der Alltagsprobleme der Wähler:innen vorbrachte. Im Wahlkampf 2020 befasste sich Sinn Féin stärker mit den Themen Wohnungsnot und Gesundheitsfragen, mit denen sie die »etablierten« Parteien leicht treffen konnten.

Gegenwart und Zukunft

Im letzten Jahrzehnt hat die radikale Linke in der Republik Irland bemerkenswerte Fortschritte gemacht – wenn auch von einem schwachen Ausgangspunkt. Das hängt nicht zuletzt mit der Implosion der Labour Party zusammen, die weiterhin auf verlorenem Posten steht. Bei der jüngsten Wahl, die noch vor Covid im Februar 2020 abgehalten wurde, erreichte sie nur 4,4% und damit sechs Dáil-Éireann-Sitze. Die traditionelle Sozialdemokratie zeigt in Irland also kaum Lebenszeichen. Die neue Partei Social Democrats (2015 gegründet) konnte dagegen einen bescheidenen Zuwachs verzeichnen (2020 gewann sie sechs Sitze und 2,9% der ersten Präferenzstimmen). Die Partei setzt sich besonders gegen Korruption ein, ist gesellschaftlich liberal eingestellt und trägt

anders als Labour nicht am Ballast vergangener Regierungsbeteiligung. Der von manchen in der irischen Linken geträumte Traum einer alternativen linken Regierung unter Beteiligung von Sinn Féin, Labour, PBP/Solidarity und verschiedenen unabhängigen Parlamentsmitgliedern stellte sich nicht als realistische Option heraus (selbst wenn es möglich wäre, die vielschichtigen inneren Spannungen in einer solchen Koalition zu überwinden, was schon als solches unrealistisch erscheint). Sinn Féin übertraf alle Erwartungen, inklusive der eigenen, als sie 24,5% der ersten Präferenzstimmen gewinnen und ihre Abgeordnetenzahl von 23 (2016) auf 37 steigern konnte. Fianna Fáil und Fine Gael verloren Sitze (sechs beziehungsweise 15). Das spricht dafür, dass viele Wähler:innen nicht willens waren, die scheinbar selbstverständliche Logik der beiden rechtszentristischen Parteien zu akzeptieren, nämlich dass nach der traumatischen, herben Medizin, die von der Troika verabreicht wurde, nun eine mildere Austerität 2.0 das beste Rezept für die nähere Zukunft sein sollte und damit kein wirklicher Wandel in den sozio-ökonomischen Prioritäten stattgefunden hatte. Dominiert wurde die Wahl von einigen wenigen Hauptthemen: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Gesundheit und Wirtschaft. Viele Wähler:innen brachten ihre Unzufriedenheit mit dem »Weiter so« der beiden großen Regierungsparteien zum Ausdruck. Die radikale Linke (unter Einrechnung von Sinn Féin) gewann etwa ein Drittel der Stimmen beziehungsweise (unter Einrechnung auch von Labour, Social Democrats und unabhängigen Abgeordneten auf der Linken) etwa 40%. Die Grünen können aufgrund ihrer Entscheidung, sich mit Fianna Fáil und Fine Gael an der Regierung zu beteiligen, nicht dazugezählt werden, auch wenn sich viele Parteimitglieder und Unterstützer:innen klar dem linken politischen Spektrum zuordnen würden.

Unglücklicherweise rechnete Sinn Féin nicht mit einem solchen Erfolg und stellte in vielen Wahlkreisen nur eine:n Kandidat:in auf, gewann aber einen überschüssigen Stimmanteil. In 25 von 39 Wahlkreisen erlangte Sinn Féin die größte Zahl erster Präferenzstimmen, die jedoch, wenn überhaupt, an andere Parteien weitergegeben werden mussten. Da die Wahlkreise mehr als eine:n Abgeordnete:n entsenden, muss eine Partei zusätzliche Kandidat:innen aufstellen, damit überschüssige Stimmen an Kandidat:innen aus derselben Partei gehen können. Angesichts des Präferenzwahlsystems mit Einzelstimmgebung kostete dies Sinn Féin mit großer Sicherheit eine möglicherweise kritische Anzahl zusätzlicher Sitze. Obwohl 37 der 42 Kandidat:innen der Partei erfolgreich waren, überlebte letztendlich Fianna Fáil mit 38 Sitzen und nur 22,2% der ersten Präferenzstimmen als Regierungspartei und stückelte ihre »historische« Koalition zusammen. Eine parlamentarische Mehrheit konnte allerdings nur in Zusammenarbeit auch mit den Grünen erreicht werden, die – ein starkes Ergebnis – zwölf Sitze gewannen. Nach harten Verhandlungen insbesondere zu Klimaschutzmaßnahmen entschieden sich die Grünen für die Regierungs-

beteiligung, obwohl sie 2011 spektakulär für ihre Stützung der Fianna-Fáil-Regierung bestraft worden waren.

Solidarity/PBP erreichten nur 2,6% beziehungsweise fünf Sitze, was anzeigen könnte, dass der Linksschwung von 2016 etwas an Energie verloren hat. Die »Balkanisierung« des Parteiensystems in der Republik lässt jedenfalls vermuten, dass die Regierungsbildung auch zukünftig schwierig sein dürfte. Es gibt keine Garantie dafür, dass sich Sinn Féin als Hauptoppositionspartei weiter steigern kann, und selbst falls doch, werden sich in der Partei Dilemmas in Bezug auf ein wirklich radikales Programm auftun, besonders, wenn sie zur Bildung einer stabilen Regierung auf Koalitionspartner angewiesen sein sollte. In der unvorhersehbaren Covid-19-Welt hat sich Sinn Féin um einen Kurs als verantwortungsbewusste Partei der konstruktiven Opposition bemüht und kann im Parlament prominent in Erscheinung treten. Zugleich verursachte sie eine Kontroverse, als die Parteiführung gemeinsam mit einer großen Anzahl Trauernder während des Lockdowns zum Begräbnis der IRA-Führungsfigur Bobby Storey zusammenkam. Mittelfristig werden die Prioritäten von Sinn Féin darin liegen, die neu gewonnene Wähler:innenschaft in der Republik zu halten, ihre Basis in Nordirland zu konsolidieren und Gewinn aus den Schwierigkeiten der Regierung in Dublin zu schlagen. Letztere muss sich mit den wirtschaftlichen Folgen sowohl der Covid-Krise wie eines möglichen Brexits ohne vorteilhaftes Handelsabkommen auseinandersetzen.

Noch vor weniger als einem Jahr, nach den enttäuschenden Ergebnissen bei den Kommunal- und Europaparlamentswahlen in der Republik Irland (2019), erschien die Stellung von Mary Lou McDonald, die nach dem Rückzug der historischen Figur Gerry Adams 2018 zur Sinn-Féin-Vorsitzenden wurde, unsicher. Die Dáil-Resultate von 2020 änderten die Stimmung weitgehend zum Positiven, wenn sie auch etwas getrübt wurde von den strategischen Fehlern, die es verhindert hatten, sich die Ergebnisse voll zunutze zu machen. Weiterhin bestehen offene Fragen bezüglich des wirklichen Engagements von Sinn Féin in Bezug auf radikale gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationen. Lehrreich in dieser Hinsicht ist die Bilanz der Partei als Regierungspartei in Nordirland. Nach zehn Jahren in einer zunehmend gespaltenen Regierung neben der unversöhnlichen, rechtsgerichteten, populistischen unionistischen Tribunenpartei Democratic Unionist Party (DUP) im dezentralisierten Parlament Nordirlands in Belfast (Stormont Assembly) zog sich Sinn Féin im Januar 2017 aus der nordirischen Exekutive zurück. Unmittelbar ausgelöst wurde dies von einem Skandal um ein Subventionsprogramm zur Beheizung aus erneuerbaren Quellen, bei dem große Summen öffentlicher Gelder verschwendet wurden. Dies traf auf tiefsitzende Frustrationen bezüglich der Weigerung der DUP, eine von Sinn Féin als »Gleichheitsagenda« geforderte Politik zu verfolgen. Bei den nordirischen Parlamentswahlen vom März 2017 verpasste es Sinn

Féin nur knapp, die DUP zu überholen. Allerdings kam es in den nachfolgenden drei Jahren zu einer Aussetzung der Regionalregierung, da die Brexit-ursachte Polarisierung im Zusammenhang mit dem Vermächtnis der gewalttätigen Konflikte in der Region die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen weiter negativ beeinflusste. Die sozio-ökonomische Erfolgsbilanz Sinn Féins von vor 2017 ist jedoch nicht besonders ermutigend. Sicher, die nordirische Politik verfügt aufgrund der vom Vereinigten Königreich vorgegebenen Haushaltssparameter über einen begrenzten Spielraum, aber die Sinn-Féin-Führung im Norden hat »nur geringfügig Unbehagen bezüglich der neoliberalen Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck gebracht« (Finn 2018: 49; Byers 2019: 488). Sinn Féin zeigte sich beispielsweise willig, einer Kürzung der Unternehmensbesteuerung zuzustimmen (McCabe 2013); auch parteiintern erschien es schwierig, die radikale Anti-Austeritäts-Rhetorik im Süden mit der Inkaufnahme neoliberaler Politik im Norden zu versöhnen.

Bei der Wahl zum britischen Unterhaus 2019 (Mehrheitswahlrecht mit einem:er erfolgreichen Kandidat:in pro Wahlkreis) konnte Sinn Féin in Nordirland die sieben Sitze (von 18 für die Region) beibehalten, die die Partei schon 2017 gewonnen hatte, doch die Nacht war nicht triumphal (Whitten 2020). Zwar gelang in North Belfast ein historischer Sieg, wo John Finucane den stellvertretenden Vorsitzenden der DUP Nigel Dodds besiegen konnte, doch anderswo waren die Ergebnisse eher mager – in Derry setzte sich die SDLP gegen die Sinn-Féin-Kandidatin durch, und übergreifend verlor die Partei mit einem Ergebnis von 22,8% im Vergleich zur vorherigen Westminster-Wahl 6,7%. Große Gewinnerin war die Alliance Party, eine bekennend überkonfessionelle Partei, die ihre Unterstützer:innenbasis auf 16,8% erhöhen konnte. Sinn Féin wie DUP wurden für ihre scheinbare Unnachgiebigkeit im Wiederherstellen der Regionalregierung bestraft, besonders da sich zunehmend zeigte, wie sehr die öffentliche Hand (vor allem das Gesundheitswesen) von dem Stillstand in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die wachsende Unzufriedenheit kam beim jährlichen Sinn-Féin-Parteitag im November voll zum Ausdruck, als John O’Dowd die zur Wiederwahl stehende Amtsträgerin Michelle O’Neill herausforderte. Auch wenn sie relativ komfortabel gewann, deutete allein das ernsthafte Herausfordern innerhalb einer Partei, die für ihre Geschlossenheit bekannt ist und von einer kleinen Führungselite monopolisiert wird, auf ein ungewöhnlich hohes Maß an inneren Unstimmigkeiten hin.

Die Verabschiedung des EU-Austrittsabkommens im Parlament von Westminster und die Entscheidung, dass Nordirland im EU-Zollgebiet verbleiben würde, schien die Bedrohung einer »harten Grenze« für Irland aufzuheben. Für Sinn Féin ist dies ein zweischneidiges Schwert, da damit ein baldiges Grenzreferendum an Dringlichkeit verliert. Die Tatsache jedoch, dass die britische Regierung mittlerweile erneut Offenheit signalisiert hat, die Frage des nord-

irischen Sonderstatus wieder aufzurollen, hat in Dublin wie Belfast Verwirrung und Ärger hervorgerufen. Es wäre keine Überraschung, wenn Sinn Féin im Kielwasser ihres unerwartet guten Wahlergebnisses bei den Parlamentswahlen in der Republik zu ihrer langfristigen Strategie gradueller Veränderung zurückkehrt; das heißt, parallel in Nordirland als Tribun im Namen des ethnischen Blocks katholischer Nationalist:innen zu agieren, in der Republik dagegen auf der Welle der Regierungsskepsis zu schwimmen. Wenn es die Partei schafft, ihre Anti-Establishment-Popularität im Süden beizubehalten, könnte es ihr zukünftig gelingen, in beiden Rechtsbereichen gleichzeitig Regierungsverantwortung zu tragen, woraus sie sicherlich neuen Schwung für ein Einheitsreferendum zu gewinnen suchen würde. Fraglicher ist, ob ein solches Referendum auch in Nordirland zu einem positiven Ergebnis pro Beendigung der Teilung führen würde. Ebenso unklar ist, ob automatisch eine radikal linke sozial- und wirtschaftspolitische Agenda folgen würde, die die Politik auf der Insel grundlegend verändern könnte.

Literatur

- Byers, Seán (2019): The Politics of Neoliberalisation and Resistance in Post-Crash Northern Ireland. In: *Global Discourse* 9/3, 483-501.
- Duggan, Alan (2019): The Irish Presidential Election 2018. In: *Irish Political Studies* 34/2, 303-314.
- Dunphy, Richard/March, Luke (2020): *The European Left Party*. Manchester.
- Finn, Daniel (2018): Irish Politics Since the Crash, 2008–2016. In: *Boundary 2* 45/1, 31-57.
- Haughey, Sean/Pow, James (2020): Remain Reaffirmed: The 2019 European Election in Northern Ireland. In: *Irish Political Studies* 35/1, 29-45.
- Johnston, Samuel (2020): The 2019 European Parliament Election in Ireland. In: *Irish Political Studies* 35/1, 18-28.
- McCabe, Conor (2013): *The Double Transition: The Economic and Political Transition of Peace*. Belfast.
- Mair, Peter (1987): *The Changing Irish Party System: The Organisation, Ideological and Electoral Competition*. London.
- Marsh, Michael/Farrell, David/Reidy, Theresa (2018): *The Post-Crisis Irish Voter: Voting Behaviour in the Irish 2016 General Election*. Manchester.
- O’Broin, Eoin (2009): *Sinn Féin and the Politics of Left Republicanism*. London.
- Patterson, Henry (1997): *The Politics of Illusion: A Political History of the IRA*. London.
- Whitten, Lisa C. (2020): Breaking Walls and Norms: A Report on the United Kingdom General Election in Northern Ireland, 2019. In: *Irish Political Studies* 35/2, 313-330.

Großbritannien: Die radikale Linke im vergangenen Jahrzehnt

von Kate Hudson

Einleitung

In den 1990er Jahren kam es in Europa zum Aufstieg radikaler linker Parteien, die bei Wahlen eine ernst zu nehmende Rolle spielen konnten und unter Rückgriff auf kommunistische und andere linke und progressive Traditionen qualitativ neue politische Formationen hervorbrachten. Sie überlebten die Existenzkrise dieses vermeintlichen »Endes des Geschichte«¹ und entwickelten sich zu funktionsfähigen politischen Kräften, die den politischen Raum links der Sozialdemokratie besetzen konnten, während letztere mit ihrer Hinwendung zum Neoliberalismus rasch nach rechts rückte.

Diese europäische linksradikale Strömung fand auf institutioneller Ebene keinen vergleichbaren Ausdruck in Großbritannien. Dafür waren mehrere Faktoren verantwortlich. Durch das relative Mehrheitswahlrecht haben hier kleinere Parteien kaum eine Chance, in den Mainstream vorzustoßen, denn ein Wahlkreuz für sie wird als verschwendete Stimme angesehen. Zudem fungiert die historisch aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene Labour-Partei weiterhin als politisches »Sammelbecken« der Arbeiter:innenklasse (obwohl sie mit dem New-Labour-Projekt unter Führung Tony Blairs von ihrer Klassentradition und -orientierung explizit Abstand nahm). Beide Faktoren hatten schon vor 1989 sichergestellt, dass die Kommunistische Partei Großbritanniens nie die politische Bedeutung ihrer westeuropäischen Schwesterparteien erlangte, und verhinderten auch in den Jahrzehnten danach jeden ernsthaften politischen Einfluss linksradikaler Organisationen.

Einfluss gewinnen konnten allerdings immer wieder organisierte soziale Bewegungen: zunächst in Form der Antiglobalisierungsbewegung Ende der 1990er Jahre, und dann, deutlich folgenreicher, in Form der Antikriegsbewegung Anfang des 21. Jahrhunderts. Diese stellte sich der Irakkriegspolitik der Regierung entgegen und trug dazu bei, dass die weltweite Antikriegskampagne so große Ausmaße annahm.

¹ Die These, dass mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Verallgemeinerung des westlichen Modells der liberalen Demokratie auch das Ende der ideologischen Entwicklung der Menschheit gekommen sei, hat Francis Fukuyama in seinem 1992 erschienen Buch *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* ausgearbeitet.

Die radikale Opposition gegen den Krieg und die daraus hervorgegangenen massiven Bewegungen beeinflussten über ein Jahrzehnt lang spürbar die britische Politik. Während die Labour-Partei der Austeritätspolitik infolge der Krise von 2007/2008 kaum Wirksames entgegenzusetzen hatte, fand die radikale Welle in Europa, die sich auf dem Kontinent in der Unterstützung von Parteien wie SYRIZA und Podemos manifestierte, in Großbritannien Ausdruck in radikalen Kampagnen und sozialen Bewegungen. Oppositionspolitiker:innen, die eine an Frieden und Gerechtigkeit ausgerichtete egalitäre Umverteilungspolitik unterstützten, orientierten sich an diesen Bewegungen. Umgekehrt spielten diese eine entscheidende Rolle dabei, dass Jeremy Corbyn 2015 den Parteivorsitz der Labour-Partei übernehmen konnte – die britische Variante der linksradikalen Welle in Europa.

Die Wirkung der Anti-Austeritätsbewegung

Blair verlor 2007 den Labour-Parteivorsitz, da er sich von der öffentlichen Schmach im Zusammenhang seiner Irakkriegspolitik nicht erholen konnte. Sein Nachfolger wurde der Schatzkanzler Gordon Brown, der sich anfangs einer gewissen Popularität erfreute. Doch das Vertrauen in Browns Regierung nahm durch die Finanzkrise 2008 schweren Schaden, sodass bei den Unterhauswahlen 2010 keine der Parteien eine Mehrheit erzielte und die Konservative Partei (*Tories*) eine Koalition mit den Liberaldemokraten (*Liberal Democrats*, kurz Lib Dems) als Juniorpartner aushandeln konnte.

Die Koalitionsregierung unternahm ein ideologisch motiviertes Programm zur Kürzung der Staatsausgaben, das der harten Austeritätspolitik in ganz Europa in nichts nachstand. Die Tories machten angebliche Verschwendungen der Labour-Regierung dafür verantwortlich; diese habe dem Land einen Schuldenberg aufgehalst, der nun abbezahlt werden müsse, indem alle den Gürtel enger zu schnallen hätten. Damit wurde die Tatsache der globalen Wirtschaftskrise weitgehend unter den Tisch gekehrt und alle Schuld der Labour-Partei zugeschoben. Dieser wiederum gelang es nicht, der irreführenden Interpretation der Ereignisse oder der von der Koalition verabreichten neoliberalen Medizin etwas entgegenzusetzen. Die radikale Linke kritisierte, dass die Koalition die ökonomische Krise zur Umstrukturierung der britischen Wirtschaft benutzte: durch die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben sowie durch die Privatisierung und Zerstörung des Wohlfahrtsystems, das den sozialdemokratischen Umbau Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg mitgetragen hatte. Einige erste Schritte dieses Prozesses waren tatsächlich schon unter Blairs Führung in die Wege geleitet worden, und das Versagen der Labour-Partei dabei, den staatlichen Gesundheitsdienst NHS als große Nach-

kriegserrungenschaft zu verteidigen, führte in nicht gekanntem Maß zu Unzufriedenheit mit der Labour-Partei und zu Basisaktivismus zur Verteidigung lokaler Einrichtungen.

Diese lokalen Kampagnen, die versuchten, NHS-Einrichtungen, Büchereien oder andere kommunale Angebote vor der Schließung zu bewahren, waren der energischste Ausdruck der Anti-Austeritätsstimmung in den frühen Jahren der Koalitionsregierung. Landesweite Initiativen wie »Keep our NHS Public« (KONP) und die Gründung der »National Health Action Party« (NHA) machten deutlich, dass der NHS im Mittelpunkt der öffentlichen Mobilisierung gegen die Sparmaßnahmen stand. Versuche zum Aufbau einer nationalen Anti-Austeritätsbewegung durch Verknüpfung dieser lokalen Initiativen hatte allerdings nur bedingt Erfolg, wenngleich einer dieser Versuche, die im Herbst 2010 gegründete »Coalition of Resistance« (Koalition des Widerstands), eine gewisse Bedeutung erlangte. Im Unterschied zu anderen Unternehmungen war dieses Bündnis auch auf europaweite Solidarität und Kampagnenarbeit ausgerichtet – insbesondere verbunden mit dem Kampf gegen die extremen Erscheinungsformen des Neoliberalismus in Griechenland –, weil es erkannte, dass Austerität kein nationales, sondern ein internationales Problem darstellte.

Ein Wendepunkt in Richtung einer europäischen Ausrichtung bedeutender Teile der Anti-Austeritätsbewegung war die »Europe against Austerity«-Konferenz, die die »Coalition of Resistance« im Oktober 2011 in London organisierte. Hierauf folgte schließlich auch die Gründung der bewusst »radikal linken« britischen Partei *Left Unity* (Linke Einheit). Bei der Konferenz mit rund 700 Teilnehmer:innen, einem Drittel davon aus anderen europäischen Ländern, trafen sich erstmals die Parteien der europäischen Linken mit der Anti-Austeritätsbewegung und den Gewerkschaften in Großbritannien. Führende Linke aus der Labour-Partei wandten sich mit Reden an die Konferenz, aber auch Pierre Laurent, der Präsident der Partei der Europäischen Linken, sowie Vertreter:innen der Partei DIE LINKE, des Bloco de Esquerda, der PCF, des Parti de Gauche, von SYRIZA und vieler anderer Gruppierungen. Infolge der Konferenz wurden die Verbindungen zu linken Bewegungen in Griechenland enger, und Anfang 2012 gründete sich die *Greece Solidarity Campaign* (GSC, Solidarität mit Griechenland), die die Beziehungen zwischen der britischen und der griechischen Anti-Austeritätsbewegung intensivierte. Jeremy Corbyn und andere linke Labour-Parlamentarier:innen spielten eine prominente Rolle bei dieser Kampagne; so traf Corbyn Tsipras im Rahmen einer GSC-Delegationsreise nach Griechenland. Die Debatten in der Linken verschärfen sich 2012, als Griechenland zweimal zu den Wahlurnen ging und der Ruf nach Einheit der Linken in Griechenland auch in Großbritannien Widerhall fand. Es herrschte in der Linken weitgehend Einigkeit darüber, dass der Griechenland aufgezwungene extreme Neoliberalismus auch in anderen europäischen Ländern repro-

duziert werden würde, wenn man ihn nicht stoppte. Parallel zu den Indignados und der Bewegung der Plätze in anderen Ländern Europas entstand in Großbritannien eine Occupy-Bewegung.

Dies waren ungewöhnliche Entwicklungen für die historisch eher abgeschottete britische Arbeiter:innenbewegung. Befördert wurden sie durch den Rechtsrutsch der Labour-Partei; inspiriert durch die Erfolge von SYRIZA und anderer linken Parteien in Europa; und angetrieben durch die Notwendigkeit, angesichts des extremen Neoliberalismus und des europaweiten Aufstiegs der extremen Rechten zusammenzustehen. Der britische Gewerkschaftsdachverband *Trade Union Congress* (TUC) begann, sich in die europaweite Bewegung einzubringen, indem er den Kampf der griechischen Bevölkerung gegen die Sparmaßnahmen sowie den ersten koordinierten europaweiten Generalstreik und Aktionstag gegen Austerität am 14. November 2012 unterstützte. (TUC 2012) Dieser Aktionstag spielte eine wichtige Rolle für den Aufbau einer radikalen Linkspartei in Großbritannien, die ähnliche politische Positionen vertrat wie die anderen Parteien der europäischen Linken. Der erste öffentliche Auftritt dieser Initiative war ein an diesem Tag über die sozialen Medien verbreiteter Aufruf zur Einheit in der Linken.

Von Filmregisseur Ken Loach mit seinem Plädoyer für eine neue linke Partei gestützt, wurde *Left Unity* 2013 als eine sozialistische, feministische und ökologische Partei gegründet, die schließlich auch Mitglied der Partei der Europäischen Linken wurde. *Left Unity* konnte sich als kleine, aber stabile Kraft auf der Linken der britischen Politiklandschaft etablieren, wobei ihre Versuche, Unterstützung für ihre populär ausgerichteten Politiken zu gewinnen, zunächst durch das Wahlsystem und später auch durch Jeremy Corbyns Aufstieg zum Parteivorsitzenden der Labour-Partei gehemmt wurden.

Die politischen Folgen der Parlamentswahlen von 2015

Bei den Wahlen 2015 erzielte die Konservative Partei unerwartet eine knappe Mehrheit. Prognosen hatten erwarten lassen, dass keine Partei eine Mehrheit erreichen und es infolgedessen zu einer Minderheitsregierung der Labour-Partei mit Unterstützung durch eine Reihe kleinerer, gegen die Austeritätsmaßnahmen ausgerichteter Parteien wie SNP (*Scottish National Party*), Plaid Cymru (Walisische Partei) und Grüne kommen würde. Stattdessen holten die über ihren Erfolg selbst überraschten Tories mit 331 Sitzen und 36,9% der Stimmen den Wahlsieg und bildeten zum ersten Mal seit der Regierung unter John Major (1992–1997) eine Mehrheitsregierung. Tatsächlich hatten die Konservativen seit Jahrzehnten nicht mehr einen so geringen Gesamtanteil an Stimmen erhalten, doch zu wenige Wähler:innen waren bereit, die La-

bour-Partei mit ihrem »Sparkurs-light« zu wählen. (The Guardian, 28.4.2015) Viele ehemalige Labour-Anhänger:innen stimmten links von Labour für die kleineren Anti-Austeritätsparteien, sodass die radikalen linken Stimmen gewissermaßen auf diese Parteien abgelenkt wurden.

Unmittelbar nach der Wahl im Mai kam es angesichts der Aussicht auf Fortsetzung der Austeritätspolitik für fünf weitere Jahre durch eine Regierung, die nur geringen realen Rückhalt unter den Wähler:innen hatte, zu einer erneuten Protestwelle. Eine Demonstration unter dem Motto »Sparmaßnahmen jetzt beenden«, die von der »People's Assembly against Austerity« (PAAA; Versammlung gegen Austerität) organisiert und von Gewerkschaften sowie Kampagnenorganisationen unterstützt wurde, mobilisierte bis zu 250.000 Protestierende.² Die folgenreichste politische Entwicklung infolge der Unterhauswahl war jedoch der Kampf um den Vorsitz der Labour-Partei nach dem Rücktritt Ed Milibands, der die Partei von 2010 bis 2015 mit einem Mitte-Links-Kurs geführt hatte. Gegen alle Erwartungen schaffte es der Parteilinke Jeremy Corbyn auf die Kandidat:innenliste, wo er gegen die offene Blair-Anhängerin Liz Kendall und die Kandidat:innen Yvette Cooper und Andy Burnham vom Mitte-Rechts-Flügel antrat. Corbyns Kampagne konnte innerhalb wie außerhalb der Partei schnell enorme Unterstützung generieren. Zu Hilfe kam dabei das 2014 infolge des Collins-Gutachtens eingeführte neue innerparteiliche Wahlsystem.³ Darin waren neben den Parteimitgliedern weitere Kategorien von Wahlberechtigten zugelassen worden: Einzelpersonen konnten sich als Parteianhänger:innen registrieren lassen oder als assoziierte Unterstützer:innen, wenn sie Mitglieder der Labour angegliederten Gewerkschaften waren. Stimmen wurden dabei nicht wie früher unterschiedlich gewichtet, sondern zählten alle gleich; außerdem trat ein neues Wahlprozedere in Kraft.

Zum Ende der Registrierungsperiode am 12. August 2015 hatte die Labour-Partei Hunderttausende neuer Mitglieder und Unterstützer:innen gewonnen, wobei ein besonders großer Zustrom in den letzten 24 Stunden verzeichnet wurde. Die Gesamtzahl der Mitglieder und Unterstützer:innen lag nun bei über 600.000. Die meisten Meinungsumfragen im Juni und Juli 2015 hatten Andy Burnham an der Spitze gesehen, doch im August lag in allen Umfragen Corbyn vorne; die Quoten der Wettbüros verhießen Ähnliches. Die außergewöhnlich breite Unterstützung für Corbyns Kampagne dominierte über den ganzen Sommer die Medien, die von vollen Versammlungssälen in verschiedensten Ortschaften in Stadt und Land berichteten. Sowohl die Teilnehmen-

² Siehe dazu die Website www.thepeoplesassembly.org.uk/about (2.6.2021).

³ 2013 gab die Labour-Partei das Collins-Gutachten in Auftrag, um Empfehlungen für eine interne Parteireform auszuarbeiten. Die Vorschläge wurden im Februar 2014 vorgelegt und bei einem Sonderparteitag angenommen.

denzahlen bei Corbyns Veranstaltungen als auch die Wahlumfragen zeigten die ungeheuer breite Unterstützung für seine zum Teil radikal linken politischen Positionen. (Der Telegraph, 15.7.2015)

Hindernisse für Corbyns Parteiführung

Als ein Sieg Corbyns zunehmend wahrscheinlich wurde, zeigte sich das Parteiestablishment sichtbar besorgt. Parteigranden drängten die Mitglieder und Unterstützer:innen, nicht für Corbyn zu stimmen, darunter die früheren Vorsitzenden Blair, Brown und Kinnock sowie die ehemaligen Minister Jack Straw und David Miliband. Die Stoßrichtung ihrer Argumentation war, dass eine Labour-Partei unter Corbyn keine guten Wahlergebnisse erreichen könne. Die erweiterte Wählerschaft würde das linke Programm als abschreckend empfinden. Kritiker:innen des Labour-Establishments wiesen hingegen darauf hin, dass eine abgeschwächte Version konservativer Politik beziehungsweise die Besetzung der Mitte auch keine Wahlerfolge eingebracht habe. Corbyn sah sich während der Wahl zum Parteivorsitzenden auch politischen Angriffen ausgesetzt: So wurden lächerliche Vorwürfe erhoben, er sei ein Antisemit oder unterstütze Terrorismus. Während seiner Kandidatur für den Parteivorsitz beinträchtigten diese Unterstellungen nicht den Zuspruch, den er erfuhr, doch in seiner Zeit als Vorsitzender eskalierten die Angriffe und waren möglicherweise der Hauptfaktor bei seiner schlussendlichen Niederlage.

Anfangs konnte die Unterstützung für Corbyn noch als weiterer Ausdruck der bei der Unterhauswahl umgelenkten radikalen Wahlstimmen angesehen werden. Doch das wachsende Ausmaß zwang zu einer Neubewertung. Corbyn wurde nun nicht mehr als randständige Protestfigur wahrgenommen, deren Kandidatur aus Prinzip für die Labour-Restlinke notwendig war, sondern als ein wahrscheinlicher Sieger, der der britischen radikalen Linken neuen Ausdruck geben könnte. Radikale Linke in Großbritannien haben immer darauf hingewiesen, dass das Land nicht immun gegen die politischen Trends in Europa ist. Vielmehr haben die politischen Besonderheiten Großbritanniens, wie das relative Mehrheitswahlrecht, verhindert, dass diese Politiken in derselben Weise wie auf dem Festland in Erscheinung treten konnten. Fast durch Zufall kanalisierte sich diese alternative Politik durch Corbyns Kandidatur. Und dass sie aus der Labour-Partei heraus vertreten wurde, ermöglichte, dass sie den Mainstream des politischen Lebens in Großbritannien in einer Weise erfasste, wie es anderen Organisationen nicht gelungen war.

Die Kandidatur und der spätere Sieg Corbyns übten große Attraktivität auf Unterstützer:innen einer radikalen linken Politik aus. Die Unterstützung kam von denjenigen, die bewusst eine solche Politik vertraten – seien es

Anhänger:innen von Left Unity, der Grünen Partei oder anderer linker Parteien –, auch von nicht parteipolitisch-affilierten Personen, die von Corbyns Klassen-, Bewegungs- oder Gewerkschaftspolitik angezogen wurden. Viele davon waren frühere Labour-Parteimitglieder, die die Wendung der Partei zum Neoliberalismus oder Blairs Irakkriegspolitik abgelehnt hatten und mit Corbyn die Wiederherstellung ursprünglicher Labour-Werte verbanden. Viele entschieden sich für eine Parteimitgliedschaft oder den Status als Unterstützer:innen, während andere sich als Unterstützer:innen der breiteren Corbyn-Bewegung außerhalb der Partei betrachteten, darunter auch radikale Linke. In den Monaten nach Corbyns Sieg gab es in der Bevölkerung riesige Zustimmung zu einer Fortsetzung der Corbyn-Bewegung als inner- und außerparteilicher Bewegung, die die verschiedenen Anhänger:innen seiner Vision auf beiden Seiten zusammenbrachte. Anfangs fand dies Ausdruck in der Graswurzelbewegung Momentum, die nach Corbyns Sieg zur Unterstützung einer von ihm geführten Labour-Partei gegründet wurde. Ab Januar 2017 wurde für Momentum-Mitglieder jedoch die gleichzeitige Parteimitgliedschaft obligatorisch, sodass sich die Idee einer inner- und außerparteilichen Bewegung in Luft auflöste.

Nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden sah sich Corbyn mit außerordentlichen Schwierigkeiten konfrontiert, seine Politik im Labour-Programm zu verankern. Die Mehrheit der Fraktionsmitglieder im Unterhaus positionierten sich gegen ihn und die parteiinterne Demokratie war in den vergangenen Jahrzehnten so weit ausgehöhlt worden, dass Parteitage kaum noch Einfluss auf die Ausrichtung der Partei ausüben können. Der Zustrom linker Parteimitglieder war insofern wichtig, als dass er in manchen Bereichen eine deutliche Verschiebung der politischen Ausrichtung ermöglichte, insbesondere in Bezug auf Wirtschaft, Verstaatlichung und öffentliche Ausgaben, nicht jedoch in der Außen- und Verteidigungspolitik. Allerdings konnte ohne eine starke Führung aus der Parteispitze das Kräfteverhältnis innerhalb des Parteiapparats und der Parteilite kaum beeinflusst werden – und eine solche Führung fehlte durchweg.

Corbyns Sieg löste innerhalb der Partei heftige Kämpfe aus, die, wie sich herausstellte, unversöhnlich und nicht zu gewinnen waren. Die Labour-Partei umfasste nun gleichzeitig PASOK und SYRIZA in ihrer Mitte, und das Labour-Establishment konnte einen Linksschwenk genauso wenig akzeptieren wie das britische Establishment insgesamt. Von Corbyns Positionen wurden diejenigen am heftigsten angegriffen, für die er sich in seinen Jahren als Hinterbänkler am aktivsten eingesetzt hatte, nämlich sein Engagement für atomare Abrüstung in Form einer leitenden Rolle in der »Campaign for Nuclear Disarmament« (CND) und sein Engagement für Gerechtigkeit der Palästinenser:innen in Form seiner Mitarbeit bei der »Palestine Solidarity Campaign« (PSC).

Mit beiden Themen überschritt er Grenzen, die auf offiziellen nationalen und internationalen Bühnen nicht zu akzeptieren waren. Mit der Abrüstungsfrage ließ sich leichter fertigwerden, da die Labour-Partei fast immer atomfreundlich eingestellt gewesen war und die Labour-Regierung 2007 selbst den Prozess zur Erneuerung des britischen Atomwaffenarsenals eingeleitet hatte. Ein Interessen- und Bedenkengemenge innerhalb der Partei ließ Corbyn relativ schnell jeden Versuch unterlassen, an Labours Atompolitik zu rühren. Dennoch beharrte das Mainstream-Narrativ immer weiter darauf, dass man Corbyn hinsichtlich der nationalen Sicherheit nicht trauen könne. Die Debatte zu seiner Unterstützung für die Palästinenser:innen nahm einen gänzlich anderen Verlauf. Die Antisemitismusvorwürfe, die schon bei der Wahl zum Parteivorsitzenden aufgekommen waren, eskalierten exponentiell und umfassten auch die Kritik, er habe innerhalb der Labour-Partei eine Atmosphäre erzeugt, in der Antisemitismus habe salonfähig werden können. Obwohl das offensichtlich nicht stimmte, versäumte es die Parteispitze, diese Vorwürfe hinreichend deutlich zurückzuweisen. Sie ließ es zu, dass Kritik gegen die Politik der israelischen Regierung undifferenziert mit Antisemitismus vermengt wurde. Die Unterstützung für die palästinensische Sache wurde immer wieder angegriffen, und letztendlich brachten die falschen Antisemitismusvorwürfe seine Parteiführung zum Scheitern.

Die Angriffe auf Corbyn

Anfangs versuchte Corbyn, die Partei zu einen, indem er vielen seiner Kritiker:innen prominente Positionen in seinem Schattenkabinett überließ. Diese Strategie ging nach hinten los, da sich besagte Kritiker:innen darum bemühten, ihn unter dem Vorwand seines Umgangs mit der Brexit-Frage abzusetzen. Der rechte Flügel nutzte die für ein zweites Brexit-Referendum werbende People's-Vote-Kampagne zur weiteren Unterhöhlung von Corbyns Führungsanspruch; im Sommer 2016 riefen 172 Parlamentarier:innen vom rechten Labour-Flügel Corbyn zum Rücktritt auf und initiierten eine erneute Abstimmung über den Parteivorsitzenden. Wiederum errang Corbyn einen bedeutenden Sieg und führte die Partei in die Parlamentswahlen, die im Juni 2017 abgehalten wurden. Labour trat mit einem umfassenden Umverteilungsprogramm zu den Wahlen an und fuhr mit 30 hinzugewonnenen Sitzen ein gutes Ergebnis ein, während die Konservativen 13 Sitze und die absolute Mehrheit einbüßten. Das stärkte Corbyns Position, die aber in der Folge mit verschärften Antisemitismusvorwürfen gegen ihn und die Parteilinke untergraben wurde. Die fortgesetzte Schmierenkampagne und weitere Attacken auf Corbyn sowie unzureichende Gegenwehr führten schließlich dazu, dass sein Standing als

potenzieller Premierminister ramponiert war. Nach der heftigen Niederlage von Labour bei der Unterhauswahl im Dezember 2019 trat Corbyn als Parteivorsitzender zurück.

Als Großbritannien wegen der Pandemie in den Lockdown ging, befand sich die Neubesetzung des Parteivorsitzes in der letzten Runde. Unter den drei übrig gebliebenen Kandidat:innen waren die Corbyn-nahe Rebecca Long-Bailey sowie das aussichtsreiche Schwergewicht Keir Starmer, an den sich die Erwartung knüpfte, die angebliche Glaubwürdigkeit der Labour-Partei wiederherstellen zu können. Starmer behielt mit 56,2% gegenüber Long-Bailey mit 27,6% die Oberhand. Starmer machte sich unter Einsatz der Antisemitismusvorwürfe gegen Corbyn und seine Anhänger:innen sofort daran, dessen Vermächtnis aus der Partei zu tilgen. Gleichzeitig zeigte er sich außerstande, der Johnson-Regierung irgendeinen ernstzunehmenden Widerstand entgegenzusetzen oder einen alternativen Ansatz zum Umgang mit der Pandemie und der einhergehenden Wirtschaftskrise zu bieten.

Am 29. Oktober 2020 wurde Corbyns Parteimitgliedschaft auf Grundlage des Berichts der Gleichheits- und Menschenrechtskommission über den Umgang der Partei mit Antisemitismusvorwürfen suspendiert. Corbyn akzeptierte den Bericht voll und ganz und rief zur Umsetzung aller darin formulierten Empfehlungen auf. Zugleich wies er erneut auf die Tatsache hin, dass das Ausmaß des Antisemitismus in der Labour-Partei von seinen Gegner:innen innerhalb wie außerhalb der Partei aus politischen Gründen überzogen dargestellt wurde. Seine Mitgliedschaft wurde 19 Tage später vom Bundesvorstand der Partei wieder eingesetzt; nicht jedoch sein Recht, die Labour-Partei im Parlament zu vertreten. Aktuell sitzt er als Unabhängiger im Unterhaus.

Ausblick

Nach der Niederlage bei der Unterhauswahl sieht sich die Linke in Großbritannien großen Herausforderungen gegenüber. Die Labour-Partei rückt seit der Wahl Starmers stetig nach rechts, doch viele von Corbyns Anhänger:innen sind in der Partei verblieben. Die neue Parteiführung scheint entschlossen, die Linke aus der Partei zu drängen, und der Ausschluss Corbyns aus der Labour-Fraktion spielt dabei eine Schlüsselrolle. Seine Unterstützer:innen in der Gesamtpartei verteidigen ihn aktiv, sehen sich dadurch aber ihrerseits mit Parteiausschlussverfahren konfrontiert. Gleichzeitig verlassen Zehntausende von Corbyn-Anhänger:innen die Partei und rufen Corbyn auf, ebenfalls zu gehen und eine neue Linkspartei zu gründen. Der rechte Flügel hat in der Labour-Partei einen regelrechten »Bürgerkrieg« entfesselt; viele tausend Basismitglieder sind dazu bereit, für Ihre Positionen zu kämpfen. Doch in der Parteilinken

fehlt es an Führung. Im linken Flügel verortete Fraktionsmitglieder rufen zur Einheit in der Partei auf, während die Parteirechte gerade darauf hinarbeiten, sie abzusetzen oder politisch mundtot zu machen. Das Versagen der Parteilinken, den Angriffen von rechts ernsthaft etwas entgegenzusetzen, führt bereits jetzt zu weitreichender Demoralisierung.

Mit der Wahl Corbyns 2015 war die Hoffnung verbunden, dass der Labour-Partei durch Wiederherstellung der Visionen und Werte einer Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Wohlfahrtsstaats neues Leben eingehaucht werden würde. Diese Werte waren durch Blairs Hinwendung zum Neoliberalismus erodiert. Man erwartete, dass Corbyn wenigstens die sozialdemokratische Tradition der Partei wiederherstellen könnte, selbst wenn die radikal linke Vision, für die viele seiner Unterstützer:innen eintraten, nicht zu realisieren wäre. Doch die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass gegen die allgemeine Tendenz, die seit zwei Jahrzehnten in ganz Europa beobachtet werden kann, kein Kraut gewachsen ist: Corbyn kehrte zwar mit seinen Wahlprogrammen von 2017 und 2019 in vielen Bereichen zu sozialdemokratischer Politik zurück; aber das Partei-Establishment hat eine Fortsetzung dieses Kurses nicht zugelassen.

Bleibt die Frage, was von der Labour-Partei noch übrig sein wird, wenn die heftigen internen Kämpfe zu einem Ende gelangen; es gibt keine »Normalität«, zu der man zurückkehren könnte. In der schottischen Politiklandschaft, einstmals ein Bollwerk für Labour, ist die Macht der Partei bereits dezimiert. In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl der schottischen Parlamentssitze, die an Labour gingen, von 41 auf einen einzigen zusammengeschrumpft. Die einstige Stärke der Labour-Partei in Schottland ist nicht durch Corbyn verloren gegangen, sondern weil die Partei es versäumt hat, die Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen und sich gegen den Brexit zu stellen. Ein vergleichbarer Prozess ist in Wales im Gange, wo ebenfalls die Unabhängigkeitsbewegung Zulauf erhält. Nordirland orientiert sich immer weiter in Richtung eines vereinten Irlands. Die drohende Wolke des Brexit hängt über der britischen Politik und stellt zusammen mit der Pandemie die Zukunft des Vereinigten Königreichs als politischer Einheit infrage. Und trotzdem hat es die Labour-Partei nicht vermocht, die realen Demokratiefragen, die hinter der Frage der Einheit des Landes stehen, zu thematisieren: Hier und bei vielen anderen Fragen ist ein neues Denken bei Labour erforderlich.

Der Fokus von Left Unity und anderer radikaler Linker außerhalb der Labour-Partei bleibt die Zusammenarbeit mit denjenigen, die gegen den Rechtsschwenk kämpfen und für die Verteidigung linker Ideen und Werte. Left Unity hat mit dem Aufstieg des Corbynismus nach 2015 viele Mitglieder verloren. Trotzdem hat sie unter Wahrung der eigenen Unabhängigkeit die Wahl einer Labour-Regierung unter Corbyn signifikant unterstützt, indem sie bei Themen, bei denen die Labour-Partei von linken Prinzipien abwich, als solidari-

sche Kritikerin auftrat: zum Beispiel bei der nuklearen Bewaffnung, der NATO oder allgemeineren Fragen des Imperialismus. Seit Corbyns Niederlage sind die Mitgliederzahlen bei Left Unity stetig gestiegen. Der Fokus der Partei liegt allerdings darauf, die Linke innerhalb und außerhalb der Labour-Partei zusammenzubringen, statt Labour-Mitglieder dazu zu drängen, die Labour-Partei zu verlassen und Left Unity beizutreten.

Der Impuls, die politischen Gewinne der Corbyn-Ära zu verteidigen, ist ebenso stark wie der Wunsch, etwas von den Visionen und Hoffnungen herüberzuretten, die damals Hunderttausende zum ersten Mal in die Politik brachten. Die britische Labour-Partei war lange die dominierende politische Organisation der Arbeiter:innenklasse für Großbritannien und Nordirland. Ihre Stärke und Stabilität beruht auf ihren Ursprüngen als Partei der Gewerkschaftsbewegung. Diese Verbindung mit der organisierten Arbeiter:innenklasse hat es ihr ermöglicht, zahlreichen Stürmen zu widerstehen. Sie machte es immer zu einer Herausforderung, sich politisch außerhalb ihrer Strukturen zu organisieren. Ob sich die Labour-Partei noch einmal erholen kann, ist sehr fragwürdig geworden – viele würden sogar sagen »höchst unwahrscheinlich«, jedenfalls kurz- bis mittelfristig. Doch in welcher Form könnte sie ein Comeback schaffen? Klar ist, dass die Labour-Partei keine Zukunft als Kraft der radikalen Linken hat, und da sich die Sozialdemokratie überall in Europa im endgültigen Niedergang zu befinden scheint, wird es nicht leicht sein, sich glaubwürdig als eine Kraft zu erneuern und neu zu definieren, die für politische Alternativen im Interesse der Mehrheit steht. Für die radikale Linke in Großbritannien bricht eine neue Ära an.

Literatur

Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München.

TUC (2012): Across Europe today (Wednesday) workers are protesting against their governments' economic policies as unions call for an end to austerity and a focus on jobs and growth, 14.11.2012. tuc.org.uk/international-issues/europe/tuc-backs-europe-wide-day-protest-against-austerity (3.6.2021).

Die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark: Links der Mitte-Links-Regierung

von Eva Milsted Enoksen und Ulrik Kohl

Linke Parteien in Dänemark

Seit 30 Jahren sind die zwei wichtigsten Parteien der Linken in Dänemark die Rot-Grüne Einheitsliste (*Enhedslisten De Rød-Grønne*, RGA) und die Sozialistische Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti*, SF). Der Schwerpunkt dieses Beitrags wird auf der Rot-Grünen Einheitsliste liegen, die sowohl Mitglied der Europäischen Linken als auch Teil der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL) im Europaparlament ist. Obwohl sie in Europa den Europäischen Grünen angehört, werden wir jedoch auch verschiedene Entwicklungen und Aspekte in Bezug auf die Sozialistische Volkspartei genauer in den Blick nehmen.

RGA wie SF haben ihre historischen Wurzeln in der Kommunistischen Partei Dänemarks und sind zudem maßgeblich von den signifikanten sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre geprägt (Umwelt, Feminismus, Anti-Atomkraft etc.). Auch heute lässt sich auf Landes- wie lokalpolitischer Ebene noch immer eine große programmatische Nähe zwischen den Parteien feststellen. Beide sitzen im dänischen Parlament (*Folketinget*) und beide sind in allen fünf Regionalräten vertreten, ebenso wie in fast allen der 98 dänischen Kommunen, wo sie oft als Koalitionspartner sozialdemokratischer Bürgermeister fungieren. Bei den Parlamentswahlen 2019 erreichte die RGA 6,9% und die SF 7,7% der Stimmen.

Aufgrund der Zwei-Prozent-Hürde haben es seit 1988 keine anderen Kräfte links der Sozialdemokraten ins Parlament geschafft. Die kleine Partei *Alternativet* (dt. die Alternative)¹, seit 2013 im Parlament, wird manchmal zu den linken Parteien gezählt und legt tatsächlich ein sehr ähnliches Abstimmungsverhalten an den Tag wie die RGA, definiert sich selbst aber explizit als nicht sozialistisch oder links.

Daneben existieren eine Reihe kleinerer radikal linker Parteien, unter ihnen einige kommunistische Splittergruppen wie die Kommunistische Partei Dänemarks (*Danmarks Kommunistiske Parti*), die Kommunistische Partei in Däne-

¹ Im Jahr 2020 verließen vier der fünf Abgeordneten von Alternativet die Partei. Einige von ihnen gründeten daraufhin die neue Partei »Unabhängige Grüne«, die sich selbst als »Dänemarks Neue Linke Partei« (*Frie Grønne – Danmarks Nye Venstrefløjsparti*) bezeichnete.

mark (*Kommunistisk Parti i Danmark*) und die Kommunistische Partei (*Kommunistisk Parti*), die zusammen auf weniger als tausend Mitglieder kommen.

Wichtig zu erwähnen ist die Volksbewegung gegen die EU (*Folkebevægelsen*) – eine links-dominierte Anti-EU-Bewegung, die von 1979 bis 2019 im Europäischen Parlament vertreten war und Mitglied der GUE/NGL war. Obwohl die Volksbewegung gegen die EU historisch sehr einflussreich in der EU-Debatte in Dänemark war, hat sie nie an nationalen Wahlen teilgenommen. Von besonderer Bedeutung ist auch die färöische und die grönländische Linke, die eine wichtige Rolle in ihren jeweiligen Ländern spielt und gelegentlich der Schlüssel zur Bildung von Regierungsmehrheiten im dänischen Parlament sind.²

Das dänische Parlament hat insgesamt 179 Sitze, und die Färöer und Grönland bekommen jeweils zwei Sitze. Grönlands sozialistische Pro-Unabhängigkeits-Partei *Inuit Ataqatigiit* hat sich in den letzten zehn Jahren zwischen 26 und 44% der grönländischen Stimmen bewegt und war Teil mehrerer Koalitionsregierungen in Grönland. Im gleichen Zeitraum hat *Inuit Ataqatigiit* kontinuierlich einen der beiden grönländischen Sitze im dänischen Parlament gewonnen. Dort war sie eine energische Stimme in politischen Debatten über die Arktis, den Klimawandel, die Fischerei und das soziale Wohlergehen der grönländischen Minderheit in Dänemark. Die sozialistische und pro-unabhängige Partei der Färöer:innen, *Tjóðveldi*, verlor bei den Wahlen 2019 ihren Sitz im dänischen Parlament. *Tjóðveldi* bleibt jedoch stark auf den Färöern: Die Partei hat in den letzten zehn Jahren zwischen 18 und 21% der färöischen Stimmen erhalten und war an zahlreichen Regierungen beteiligt.

Politische Landschaft und gewerkschaftliche Strukturen

Obwohl bei den Wahlen 2019 sich zehn verschiedene Parteien Parlamentssitze sichern konnten, dominieren nach wie vor dieselben beiden traditionellen Parteien das Parteiensystem wie seit einem knappen Jahrhundert: die konservativ-liberale *Venstre* und die Sozialdemokraten. Seit den 1990er Jahren wurde der Wohlfahrtsstaat von der neoliberalen Politik der Regierungsparteien – abwechselnd Mitte-links und Mitte-rechts – ausgehöhlt. Seit den 2000er Jahren haben Fragen der nationalen Identität und der Einwanderung wirtschaftliche Themen als dominante politische Themen abgelöst, die soziale Frage in den Hintergrund gedrängt und so den Weg für zunehmende soziale Ungerechtigkeit geebnet. Das Wohlfahrtssystem stößt in der Bevölkerung noch immer auf enorme Zustimmung und ist im Vergleich zu anderen euro-

² Von den 179 Mandaten im *Folketing* werden 175 bei den Wahlen in Dänemark vergeben. Grönland und die Färöer-Inseln stellen je zwei Abgeordnete.

päischen Ländern relativ gut ausgestattet. Dänemark bietet eine hochwertige kostenlose Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung, angemessene Löhne und ein gut funktionierendes Sozialversicherungssystem.

Die Gewerkschaften in Dänemark sind gut organisiert und sehr einflussreich. Dennoch haben Arbeitsmarktreformen in den letzten Jahrzehnten zu einem signifikanten Rückgang der Mitgliederzahlen geführt.³ Es besteht eine deutliche soziale Trennung in einen gemeinsamen Gewerkschaftsbund von Arbeiter:innen und Angestellten (FH = *Fagbevægelsens Hovedorganisation*) und einem weiteren Verband aus Gewerkschaften, in denen sich Akademiker:innen organisieren (AC = *Akademikernes Centralorganisation*). Traditionell war die Führung der Arbeiter- und Angestelltergewerkschaften fest in sozialdemokratischer Hand. Doch gelingt es auch linken Funktionär:innen zunehmend, sich wichtige Positionen zu sichern. Allerdings legen Mitglieder der Rot-Grünen Einheitsliste in der Regel ihre Parteizugehörigkeit ab, wenn sie eine leitende Gewerkschaftsposition übernehmen, weil dort die Mitgliedschaft in einer anderen Partei als bei den Sozialdemokraten noch immer mit allgemeiner Skepsis beäugt wird.

Durchbruch für die Rot-Grüne Einheitsliste

Sowohl die RGA als auch die SF unterstützen in der Regel die sozialdemokratischen Regierungen, um die Regierungspolitik nach links zu lenken. In den 1990er und 2000er Jahren spielte die RGA mit um die drei Prozent eine eher untergeordnete Rolle im Parlament. Bei der Wahl 2011 gelang ihr ein Durchbruch: Sie konnte ihre Mandate von vier auf zwölf erhöhen und kann seitdem dieses Niveau halten.

Für den plötzlichen Erfolg der RGA in den frühen 2010er Jahren gibt es drei Hauptgründe: Erstens wandte sich die Partei vermehrt Brot-und-Butter-Themen zu, also jenen wirtschaftlichen Fragen, die den Alltag von Wähler:innen mit geringem und mittlerem Einkommen betreffen. Sie beschäftigte sich damit weniger mit Minderheitenrechten, Antimilitarismus, Antirassismus und anderen Fragen, die man als zu »abstrakt« oder marginal für eine breite politische Debatte einschätzte. Der zweite Grund war der Aufstieg von Johanne Schmidt-Nielsen (*1984), die 2009–2016 als politische Sprecherin der RGA au-

³ Im Jahr 2000 waren 69% der Erwerbstätigen (Beschäftigte und Arbeitslose) Mitglied einer traditionellen Gewerkschaft. Im Jahr 2018 war die Mitgliedschaft auf 57% geschrumpft (FAOS 2021). Die Mitgliederzahlen in der größten Gewerkschaftskonföderation FH fiel von 2007–2019 von 1,6 Mio. auf 1,1 Mio., laut offiziellen Daten von Statistics Denmark.

ßerordentliche Popularität erlangte. Der dritte Erfolgsfaktor war der dramatische – wenn auch vorübergehende – Niedergang der Sozialistischen Volkspartei aufgrund ihrer unglücklichen Regierungsbeteiligung ab 2011 bis zum vorzeitigen Rückzug der Partei 2014.

Die Parlamentswahlen von 2011, die inmitten der globalen Finanzkrise stattfanden, waren im dänischen Kontext ungewöhnlich. Zum ersten Mal seit Mitte der 1990er Jahre standen wirtschaftliche Fragen im Vordergrund anstelle von Fragen der Migration und der nationalen Identität. Die scheidende, von den Liberalen geführte Regierung hatte das dänische »Flexicurity«-Arbeitsmarktmodell mit hoher Mobilität zwischen den Arbeitsplätzen und einem umfassenden Einkommensschutznetz für Arbeitslose stark beeinträchtigt. Im Jahr 2010 wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von vier auf zwei Jahre halbiert. Diese äußerst unpopulären Kürzungen des Arbeitslosengeldes spielten im Wahlkampf eine wichtige Rolle und wurden zum entscheidenden Faktor für die Machtverschiebung in Richtung Mitte-Links. Nach den Wahlen unterstützte die rot-grüne Allianz die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Regierung, ohne in die Regierungskoalition einzutreten. Die RGA hoffte, eine gemeinsame Basis mit den Sozialdemokraten zu finden, um die Kürzungen von 2010 rückgängig zu machen. Ungeachtet dessen gehört zum parlamentarischen Grundprinzip der RGA seit ihrer Gründung, immer für jede noch so kleine Verbesserung zu stimmen und gegen jede neue Gesetzgebung, die die Bedingungen z.B. für sozial oder ökonomisch Schwächere verschlechtert. D.h. die Partei ist offen für sachbezogene, zeitlich begrenzte Koalitionen mit allen Parteien. Die Mitte-Links-Koalition setzte jedoch weitgehend auf Mehrheiten mit Unterstützung der rechtsgerichteten Opposition, sodass sich die Situation für Arbeitslose nicht grundlegend verbesserte.

Gewissensprüfung innerhalb der RGA

Im Juni 2012 zog die RGA ihre Unterstützung für die neue Regierung zurück. Nur acht Monate nach ihrer Zustimmung zur Regierungsbildung erklärte die RGA nun in der Opposition zu sein. Es wurde jedoch nie klar, was dies in der Praxis bedeutete. Diese Situation löste hitzige Debatten innerhalb der RGA aus. Einige Mitglieder wollten, dass die Partei ein Misstrauensvotum gegen die Regierung initiiert, mit dem Ziel, vorgezogene Wahlen herbeizuführen. Diese Idee wurde von der Fraktion und Parteivorstand diskutiert und verworfen. Die damaligen Umfragen verwiesen auf eine rechte Mehrheit, was zur Folge hätte, dass vorgezogene Wahlen höchstwahrscheinlich zu einer von den Liberalen angeführten Regierung führen würden. Ein Sturz der sozialdemokratischen Regierung würde daher realistischerweise die Bedingungen für die Zehntau-

senden von Menschen weiter verschlechtern, die kurz davor standen, ihr Arbeitslosengeld zu verlieren. Und obwohl die Sozialdemokraten die Vorschläge der RGA zur Reform des Systems zur Regelung des Arbeitslosengeldes abgelehnt hatten, signalisierten sie zumindest die Bereitschaft, einige der dringenden Probleme zu lösen.

Eine Hauptsorge der RGA war, dass die Sozialdemokraten im Falle von vorgezogenen Wahlen der RGA vorwerfen könnten, die Chance vertan zu haben, den Beziehern von Arbeitslosengeld zu helfen. Dieses Szenario war problematisch für die RGA, weil die Arbeitslosen zu den Kernwählern der RGA zählen, zusammen mit qualifizierten und ungelerten Arbeitern, die mit kurzfristigen Verträgen arbeiten und für die ein starkes Sicherheitsnetz in Form von Arbeitslosengeld entscheidend ist. Es folgte eine ernsthafte »Gewissensprüfung« innerhalb der RGA, nachdem die Mitte-Links-Regierung bei den Wahlen 2015 die Macht verloren hatte. Folgerichtig diskutierte die RGA ihre Position gegenüber künftigen Regierungen. Sollte die RGA künftig eine sozialdemokratische Regierung unterstützen, deren Partei die RGA bewusst vom Einfluss fernhält und lieber politische Mehrheiten mit dem rechten Flügel sucht? Und falls nicht, wie könnte die RGA sicherstellen, dass sie sich nicht wieder in eine solche Lage bringt, wenn die Sozialdemokraten erneut an der Macht sind?

Als Ergebnis dieser Debatten verabschiedete die RGA eine neue parlamentarische Strategie, mit der sie versucht, mit der Tradition der Partei zu brechen, hauptsächlich ein linkes Korrektiv zu den Sozialdemokraten zu sein. Das neue Ziel der RGA sei es, »eine eigenständige Partei« zu werden. Gemäß dieser neuen Strategie wollte die RGA verstärkt versuchen, alternative Mehrheiten (ggf. unter Umgehung der Sozialdemokraten) zu konkreten Forderungen zu bilden. Gegebenenfalls würde sie eine sozialdemokratische Regierung stürzen, wenn diese eine Politik verfolgt, die die soziale Ungleichheit erhöht. (Enhedslisten 2015 und 2016) Beispiele für die Beteiligung der RGA an alternativen Mehrheiten, die die Sozialdemokraten ausschließen, finden sich jedoch bisher vor allem auf lokaler Ebene. In Kopenhagen ist die RGA zusammen mit der Partei Alternative und der Sozialistischen Volkspartei taktische Bündnisse mit den Sozialliberalen und sogar mit der rechtsextremen Dänischen Volkspartei eingegangen, um den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren. (Enhedslisten 2020)

Auch wenn sich die zahlenmäßige Stärke der RGA und ihre Rolle innerhalb des Parlaments in den letzten Jahren kaum veränderten, konnte sie ihre mediale Sichtbarkeit deutlich ausbauen, zumal sie auch ihre Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen weiter gefestigt hat. Vielleicht noch wichtiger ist der Wandel der Partei von einer fast ausschließlich urbanen und bürgerlichen Organisation zu einer auch außerhalb der großen Städte präsenten Partei der Lohnabhängigen. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung waren die Kom-

munalwahlen 2013, infolge derer die RGA statt wie zuvor in neun nun in 76 der insgesamt 98 Kommunen vertreten war. Voraussetzung für diese Entwicklung waren gezielte Bemühungen um den Aufbau lokaler Strukturen, die es ermöglichen, auf lokaler Ebene politische Forderungen und Lösungen vorzubringen. Mit 20% der Sitze im Kopenhagener Stadtrat ist die RGA momentan die zweitstärkste Kraft in der dänischen Hauptstadt und stellt den Vizebürgermeister.

Die Sozialistische Volkspartei – von der Koalition zum Kollaps

2011 ging die Sozialistische Volkspartei eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten und der sozialliberalen Partei *Radikale Venstre* ein. Den Regierungsvorsitz übernahm Helle Thorning-Schmidt (*1966), die dem rechten Flügel der Sozialdemokraten zugerechnet wird. Die neue Rolle als Regierungspartei erwies sich als schwierig für die SF. Den Sozialliberalen (*Radikale Venstre*) gelang es, ihre neoliberale Wirtschaftspolitik an die Spitze ihrer Regierungsagenda zu setzen, was zu Privatisierungen, Steuersenkungen und Kürzungen des Arbeitslosengelds führte. Das sorgte für Unmut bei den Mitgliedern der SF und zu einer andauernden Führungskrise: Eine neu gewählte Vorsitzende wurde von zwei Dritteln der Mitglieder befürwortet, nicht jedoch von den sechs amtierenden Minister:innen. Bei den Kommunalwahlen im November 2013 verlor die SF mehr als die Hälfte ihrer Repräsentant:innen auf Kommunal- und Regionalebene.

2014 kam es zu einer Krise, als die Regierung ankündigte, Anteile des staatlichen Energiekonzerns DONG an die Investmentbank Goldman Sachs verkaufen zu wollen. Eine Mehrheit in Fraktion und Parteiführung der SF stimmte den Plänen zu, um an der Regierung zu bleiben, doch vor der Abstimmung im Parlament verkündete die SF-Vorsitzende Annette Vilhelmsen (*1959) überraschend den Rückzug ihrer Partei aus der Regierung. Daraufhin lief eine SF-Ministerin zu den Sozialdemokraten über, wie es bereits zwei *Folketing*-Abgeordnete und ein Europaparlamentarier der Partei im Jahr zuvor getan hatten. Eine weitere Ministerin wechselte zu den Sozialliberalen. Bei den Wahlen im Jahr darauf verlor die SF mehr als die Hälfte ihrer Wählerstimmen und erzielte mit nur 4,2% ihr schlechtestes Ergebnis seit 1977. Die Konsequenzen der zweijährigen Regierungskoalition waren desaströs.

Wähler:innen im linken Spektrum

Die Sozialistische Volkspartei und die Rot-Grüne Einheitsliste konkurrieren im Wesentlichen um dieselben Wähler:innen, und beide Parteien sind bei Wähler:innen, die im öffentlichen Sektor arbeiten, deutlich beliebter als bei jenen

aus der Privatwirtschaft. Einer Umfrage von 2019 zufolge sind 8% der SF-Wähler:innen Arbeiter:innen, 27% Angestellte, 15% Akademiker:innen, 8% Studierende, 39% Rentner:innen und weniger als 1% Arbeitslose. 61% sind Frauen. Das Durchschnittsalter ist mit 47% Wähler:innen über 60 und nur 13% unter 30 relativ hoch. (Altinget, 31.3.2019)

Aus einer ähnlichen Umfrage geht hervor, dass die Wähler:innen der RGA zu 14% Arbeiter:innen, zu 23% Angestellte, zu 9% Akademiker:innen, zu 19% Studierende, zu 24% Rentner:innen und zu 7% Arbeitslose sind. 58% sind Frauen. Nur 23% sind über 60 Jahre alt, 30% jünger als 30. (Altinget, 5.10.2019) Auch stimmt ein auffallend hoher Anteil an Wähler:innen im unteren Niedriglohnssektor für die RGA. (Altinget, 20.3.2019) Eindeutige Hochburg der RGA ist Kopenhagen, wo die Partei mit den Sozialdemokraten um die meisten Stimmen konkurriert.

Den Kapitalismus bekämpfen oder mitgestalten?

Das 2014 verfasste Grundsatzprogramm der RGA bezeichnet den globalen Kapitalismus als Ursache für eine systemische Krise verschiedener, jedoch eng miteinander verschränkter Gebiete wie Umwelt, Klima, Energie- und Nahrungsmittelversorgung sowie wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, und schätzt den Kapitalismus als Hindernis für Freiheit und Demokratie ein. Die EU müsse, verstanden als Ausdruck dieses repressiven globalen Systems, verworfen werden. Im Programm wird plädiert für eine demokratische und sozialistische – durch freie allgemeine Wahlen bestätigte – Revolution in Dänemark, infolge derer die Produktionsmittel über »kollektive Eigentumsformen« kontrolliert werden sollten. (Enhedslisten 2014)

Auf Analyseebene unterscheidet sich die ideologische Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus kaum von jener der SF. Auch sie betont die Instabilität und Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems. Allerdings fokussieren die potenziellen Lösungen der SF mehr auf die mangelnde Regulierung internationaler Kapitalströme und auf transnationale Konzerne sowie deren Unwillen, mit Steuerzahlungen zum Erhalt des Wohlfahrtsstaats beizutragen. Die Partei plädiert für strengere Regulierung und sieht EU und WTO als Schlüsselinstrumente zur Schaffung gerechter globaler Handelsbeziehungen und im Kampf gegen Steuervermeidung. (Hønge, Karsten/Nordqvist, Rasmus 2020) Das Grundsatzprogramm der SF (2012) fordert einen langfristigen und sukzessiven Übergang der dänischen Wirtschaft hin zu einer sozialistischen Marktwirtschaft.

Rot-grüner Fokus, aber wenig Erfolg im Kampf gegen Nationalismus

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsfragen bilden neben Umwelt- und Klimaschutz das politische Rückgrat der Rot-Grünen Einheitsliste. Die Partei hat sich immer wieder gegen die Kürzung von Sozialleistungen, Arbeitslosenpolitik nach dem Workfare-Konzept (also die Knüpfung von Arbeitslosenleistungen an kaum bezahlte Arbeit, entsprechend Ein-Euro-Jobs) und die Erhöhung des Rentenalters zur Sicherung des Arbeitnehmer:innenpools eingesetzt – also gegen Maßnahmen, die von rechten wie sozialdemokratischen Regierungen ergriffen wurden.

Das Arbeitslosengeld ist seit 1980 von 63% auf 47% der Durchschnittslöhne gesunken (Arbejderene, 2.1.2020), während sich gleichzeitig das prognostizierte Renteneintrittsalter von 65 (seit 2018) auf 72 Jahre bis 2050 erhöht werden soll. (Styrelsen for Arbejdsmarked og Rekruttering 2020) Um für eine Umkehrung dieser Entwicklungen mobil zu machen, arbeitet die RGA eng mit der Gewerkschaftsbewegung zusammen. Auch ist es ihr gelungen, den Widerstand gegen den Ausverkauf wichtiger Einrichtungen öffentlicher Energieinfrastruktur, etwa der Netzfirma Radius, anzuführen. Seit 2019 hat sich die Politik des Landes durch eine große Klimaschutzbewegung, darunter die Friday-for-Future-Proteste, deutlich in eine grünere Richtung bewegt. RGA wie SF haben entscheidend dazu beigetragen, den Forderungen der Klimabewegung Ausdruck zu verleihen und die Regierung auf das offizielle Ziel festzulegen, den CO₂-Ausstoß bis 2030 um 70% zu reduzieren. Die RGA bemüht sich also, sowohl die Belange der einfachen Arbeiterschaft als auch wirtschaftspolitische Fragen wie die einer Infrastruktur in öffentlicher Hand und die weit verbreitete und tiefe Sorge der Bevölkerung über den Klimanotstand zu vereinen. Allerdings muss die RGA noch einen Weg finden, sich zu dem einen Thema zu verhalten, das in Dänemark ohne Zweifel am meisten polarisiert: die Migrationspolitik – auf Dänisch »*udlændingepolitik*« (dt. wörtlich Ausländerpolitik). Diese umfasst eine Reihe restriktiver Maßnahmen, die sich sowohl gegen dänische Staatsbürger:innen mit migrantischem oder muslimischem Hintergrund als auch gegen Ausländer:innen richten.

Unvereinbare parlamentarische Strategien und eine gesplittete Linke

Im Jahr 2015 lud die Rot-Grüne Allianz die Sozialistische Volkspartei und die Partei Die Alternative ein, einen losen »Block des Wandels« zu bilden, um die Sozialdemokraten nach links und in eine grünere Richtung zu ziehen. Die Initiative entstand aus Frustration gegenüber den Erfahrungen der RGA mit der sozialdemokratisch geführten Regierung von 2011–2015. Allerdings lehnten

sowohl die SF als auch Die Alternative eine solche Initiative ab, sodass sich die neue parlamentarische Strategie der RGA darauf konzentrierte, als »eigenständige Partei« zu agieren, eine Strategie, die unter den aktuellen parlamentarischen Bedingungen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung schwer durchsetzbar ist. Nach den Parlamentswahlen 2019 bildeten die Sozialdemokraten eine Ein-Parteien-Minderheitsregierung, die mit wechselnden Mehrheiten regiert: manchmal mit der liberal-konservativen Opposition und manchmal mit der Linken und den Sozialliberalen. Gelegentlich bildet die Regierung sogar Mehrheiten ausschließlich mit der Linken und mit der rechts-extremen Dänischen Volkspartei. Dies war z.B. der Fall bei den neuen Gesetzen zur Eindämmung von Immobilienspekulationen und zur Verbesserung der Rentensysteme für die vulnerabelsten Arbeitnehmer:innen. Der Umgang der Regierung mit der Covid-19-Krise hat die Popularität der Sozialdemokraten beträchtlich gesteigert, was zugleich den Einfluss der RGA auf die Regierung weiter schwächt. Die RGA ist mit der aktuellen Regierung in einer Reihe von strategischen Fragen unzufrieden. Dazu gehören das Fehlen einer starken grünen Politik oder eines fortschrittlicheren Wirtschaftskurses sowie die Demontage des gemeinnützigen öffentlichen Wohnungssektors als Folge von einwanderungsfeindlichen Gesetzen, die darauf abzielen, Mieter:innen mit Migrationshintergrund aus Gebieten zu vertreiben, die vom Staat offiziell als »Ghettos« bezeichnet werden. In der Praxis hat die RGA jedoch nicht mit den Sozialdemokraten gebrochen, seit diese 2019 wieder an der Regierung sind.

Die Sozialistische Volkspartei hat – trotz ihrer turbulenten Erfahrung als Teil der ersten Periode der sozialdemokratisch geführten Regierung von 2011 bis 2014 – das Ziel einer erneuten Regierungsbeteiligung mit den Sozialdemokraten nicht aufgegeben. Angesichts dieser erheblichen strategischen Unterschiede zwischen SF und RGA scheint in naher Zukunft eine generelle Angleichung beider Parteien kaum wahrscheinlich. Ungeachtet dessen pflegt die SF weiterhin eine engere Beziehung zu den Sozialdemokraten als zur RGA.

Linke Dilemmata des Selbstverständnisses im a-nationalistischen politischen Klima

Seit ihrer Abspaltung von der Moskau-orientierten Kommunistischen Partei Dänemarks im Jahr 1959 verfolgt die SF ein Konzept des »populären Sozialismus«, d.h. ein Konzept, das darauf abzielt, von Arbeiter:innen bis hin zu fortschrittlichen Geschäftsleuten (fast) alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Allerdings sind es seit jeher vor allem Lehrer:innen und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes, die den größten Anteil der aktiven Mitglieder und die Stammwählerschaft der Partei ausmachen.

Die Rot-Grüne Einheitsliste hingegen zog erst 1994 ins dänische Parlament, und zwar zunächst mit der Absicht, als »Wachhund für die Arbeiterklasse« zu agieren. Sie war dabei aber keineswegs ernsthaft davon überzeugt, dass sich so das bürgerliche politische System grundlegend verändern lässt. (Altinget 4.10.2019) Auch heute sieht sich die Partei als Vertreterin der Arbeiterklasse. Zugleich hat sie jedoch ihre Haltung gegenüber der parlamentarischen Arbeit verändert und sie ist stärker reformorientierter ausgerichtet – besonders seit ihrem Durchbruch in den frühen 2010er Jahren, als sich die Zahl ihrer Mitglieder und Wähler:innen verdreifachte. Die RGA definiert sich selbst als sozialistische, feministische und grüne Partei.

Seit den 2000er Jahren haben die Auswirkungen der De-Industrialisierung und die Verbreitung einer nationalistischen und einwanderungs- und islamfeindlichen Stimmung im öffentlichen Diskurs viele traditionelle Wähler:innen der Sozialdemokraten in Richtung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei und der Liberalen Partei getrieben. Etwa 9% der dänischen Bevölkerung gelten heute offiziell als »nicht-westliche Einwanderer der ersten oder zweiten Generation«. Und die politischen Strategien, die zur Ausgrenzung dieser Gruppe – und zum Teil auch ihrer Kinder – führen, sind seit zwanzig Jahren ein zentrales Thema innerhalb der dänischen Politik.⁴

Während der Regierung unter Führung der Liberalen 2015–2019 trieben die diskriminierenden Praktiken auf lokaler wie nationaler Ebene bizarre Blüten, etwa die Einführung eines obligatorischen Unterrichts in »Dänischen Werten« für Kleinkinder (ab dem Alter von einem Jahr) aus Einwandererfamilien in wirtschaftlich schwachen Vierteln (BUPL, 13.11.2019) der Verzehr von Schweinefleisch in Kindergärten (Amtsavisen, 10.5.2018) oder die Konfiszierung von Schmuck und Bargeld von Asylsuchenden. (The Guardian, 26.1.2016) Während alle diese Maßnahmen von den Sozialdemokraten unterstützt wurden, sprachen sich die EL als auch die SF gegen diese neuen Maßnahmen aus.

Die Sozialdemokraten auf Kuschelkurs mit einer rechts-nationalistischen Politik

In den späten 2010er Jahren kamen die Sozialdemokraten zu dem Schluss, dass ihnen auf dem Weg zurück zur Macht nichts anderes übrigblieb, als ihre Einwanderungspolitik komplett jener der einflussreichen rechtspopulistischen

⁴ Laut dem statistischen Amt der dänischen Regierung sind »westliche« Länder alle 28 EU-Länder sowie Andorra, Island, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, San Marino, Schweiz, Vatikanstaat, Kanada, USA, Australien und Neuseeland. Alle anderen Länder sind »nicht-westliche« Länder.

Dänischen Volkspartei anzugleichen. Daraus musste sich ein Dilemma für RGA und SF entwickeln, die in der Folge keine ernsthaften Änderungen dieser diskriminierenden Politik als Bedingung für die Unterstützung der Sozialdemokraten bei ihrer Rückkehr in die Regierung nach den Wahlen 2019 verlangten. Währenddessen beteuerten die Sozialdemokraten, den diskriminierenden Kurs der vorherigen liberalen Regierung fortzusetzen und kündigten darüber hinausgehend weitere Einschränkungen an. Anfang 2021 führte die Regierung ein Gesetz ein, um den Anteil der Bewohner:innen »nicht-westlicher« Herkunft auf 30% in jedem Viertel zu begrenzen. (The Guardian, 17.3.2021)

Damit standen RGA als auch SF, die sich beide als antirassistisch verstehen, vor ernsthaften Problemen. Allerdings wählten die Parteien unterschiedliche Strategien, um der nationalistischen Wende und der Einwanderungsagenda der Sozialdemokraten zu begegnen. Diese Unterschiede wurden auch in ihrem Abstimmungsverhalten sichtbar. Die Sozialdemokraten schlugen 2019 ein neues Gesetz vor, das dem Einwanderungsminister die Befugnis geben sollte, Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft die dänische Staatsbürgerschaft ohne Gerichtsverfahren oder Zugang zu Informationen über eine solche Entscheidung entziehen zu können. Während die RGA diesen Gesetzentwurf scharf kritisierte, enthielt sich die SF bei dieser Abstimmung. Im Jahr 2020 stimmte die SF gegen eine von den Sozialliberalen vorgeschlagene Resolution, die darauf abzielte, Kindern von Einwander:innen, die in Dänemark geboren oder aufgewachsen sind, einen leichteren Zugang zur Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, während die RGA dafür stimmte. Es überrascht daher nicht, dass die RGA die SF als zu nachsichtig gegenüber dem migrationsfeindlichen Mainstream-Diskurs betrachtet und die Partei dafür kritisiert, dass sie ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Anti-Einwanderungs-Agenda nicht unterstützt.

Mangelnde Diversität in der politischen Linken – eine Herausforderung

Beide linke Parteien haben Schwierigkeiten, Menschen mit Migrationshintergrund für sich zu gewinnen. Die Stimmen von Migrant:innen gehen, bei niedriger Wahlbeteiligung in dieser Bevölkerungsschicht, oft eher an die scheinbar eindeutiger einwanderungsfreundlichen Sozialliberalen. 64% der »Migrant:innen zweiter Generation« beteiligten sich an den letzten Wahlen, bei den »ethnischen Dänen« waren es 86%. (Politiken, 17.4.2020) Ethnische Minderheiten sind unter den Mitgliedern von RGA wie SF stark unterrepräsentiert. Beide Parteien haben diese mangelnde Diversität als wichtige organisatorische und demokratische Herausforderung erkannt. (SF 2020) Auch Arbeiter:innen und

Angestellte in der Privatwirtschaft sind in beiden linken Parteien unterrepräsentiert, während die Geschlechterverteilung annähernd ausgeglichen ist.

Im Jahr 2020 zählen die RGA und die SF jeweils etwas unter 10.000 Mitglieder. Einer aktuellen Studie zufolge ist das durchschnittliche RGA-Mitglied deutlich jünger, verdient weniger und hat ein höheres Bildungsniveau als Mitglieder anderer Parteien. (Kosiara-Pedersen 2019)

Pluralistische innerparteiliche Demokratie

Die Rot-Grüne Einheitsliste (RGA) wurde 1989 als Wahlbündnis aus drei kleinen linkssozialistischen beziehungsweise kommunistischen Parteien gegründet⁵ und schaffte es nach und nach, weitere teils unabhängige sozialistische Kräfte anzusprechen, sodass sie sich schließlich zu einer pluralistischen Basisbewegung mit individueller Mitgliedschaft entwickelte. Die große Mehrheit der heutigen Mitglieder hat keinerlei Bezug zu den Gründungsorganisationen.

Die RGA hat keine:n Vorsitzende:n, sondern einen kollektiv organisierten Parteivorstand. Die Fraktion wählt eine Person als politische:n Sprecher:in, die als öffentliche Repräsentationsfigur der Partei fungiert. Seit 2016 hält Pernille Skipper (*1984) das Amt der politischen Sprecherin. Bei den Parlamentswahlen 2019 konnte sie die drittmeisten Stimmen auf sich vereinen. Die Vollzeitpolitiker:innen der RGA unterliegen einer Begrenzung auf zwei Amtszeiten. Danach müssen sie zurücktreten und können mindestens zwei Jahre nicht für ein Amt kandidieren. Diese Regel könnte ein Grund dafür sein, dass alle bisherigen Führungswechsel in der RGA bemerkenswert reibungslos verlaufen sind.

Die Anstellung in der Partei – beispielsweise als politische:r Berater:in – ist auf maximal zehn Jahre begrenzt. Ein weiteres zentrales Prinzip ist die gleiche Bezahlung für Vollzeitpolitiker:innen und Parteiangestellte, die wiederum dem Lohn durchschnittlicher Metallarbeiter:innen entspricht. Mitglieder, die ein Gehalt aus einem öffentlichen Amt beziehen – von Schöff:innen bis zu Stadtverordneten – müssen ein Drittel davon an die Partei abgeben. Neben erheblichen staatlichen Zuschüssen stellt dies eine wichtige Einnahmequelle für die RGA dar.

Die Ortsverbände – momentan 109 an der Zahl – verfügen über ein hohes Maß an Autonomie und wählen Vertreter:innen für den jährlichen Parteitag.

⁵ Die RGA wurde 1989 als Wahlbündnis von der Kommunistischen Partei Dänemarks, den Linkssozialist:innen und der Sozialistischen Arbeiterpartei gegründet. Später trat die Kommunistische Arbeiterpartei bei. Diese vier Parteien haben sich heute weitgehend aufgelöst, aber ehemalige Einzelmitglieder sind weiterhin einflussreich in der RGA und stellen etwa die Hälfte der 13 aktuellen Abgeordneten der Partei.

Dort wird über den Parteivorstand sowie über die Spitzenkandidat:innen für die Parlamentswahlen abgestimmt. Über Vorschläge zur Reform der Parteistrukturen, etwa angesichts der Frage, ob Basismitglieder zukünftig direkt und elektronisch über die Parteiführung abstimmen sollten, wird hitzig diskutiert. Eine weitere Quelle innerer Streitigkeiten ist das Verhältnis zur Sozialistischen Jugendfront (*Socialistisk Ungdomsfront*), eine unabhängige radikale Gruppe, die in gewisser Weise als Jugendorganisation der Partei fungiert.

Die RGA hat sich einige selten genutzte organisatorische Besonderheiten aus ihrer Anfangszeit als Wahlbündnis bewahrt, etwa das Recht, sich als politische Strömung innerhalb der Partei zu organisieren, der Minderheitenschutz bei der Wahl der Parteiführung und die Möglichkeit der Mitgliedschaft in anderen Parteien. Die Partei toleriert sogar, dass ihre Mitglieder gelegentlich bei Lokalwahlen auf unabhängigen kommunistischen Listen gegen offizielle RGA-Kandidat:innen antreten.

Die Linke und Europapolitik

Dänemark trat 1972 der EU bei, hat jedoch eine lange EU-skeptische Tradition, besonders unter den linken Parteien. Nachdem der Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 von 50,7% der Wähler:innen abgelehnt worden war, wurden im Beschluss von Edinburgh mehrere Sonderregelungen ausgehandelt, denen zufolge Dänemark Ausnahmen hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion, einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Innen- und Justizpolitik und der Unionsbürgerschaft eingeräumt wurden. Über die Ausnahmen in der Innen- und Rechtspolitik wurde in zwei Referenden, 2000 und 2015, erneut abgestimmt. Beide Male stimmte die Mehrheit für die Beibehaltung der Ausnahmeregelungen.

Die beiden linken Parteien stehen der EU sehr unterschiedlich gegenüber. Während die Rot-Grüne Einheitsliste offiziell für einen EU-Austritt plädiert, bekennt sich die Sozialistische Volkspartei zur EU und bezeichnet sie als das effektivste Organ zur Lösung europäischer und internationaler Probleme wie Klimakrise, Flucht, Steuerhinterziehung und Sozialdumping. Im Europäischen Parlament gehörte die SF zunächst der Linken Gruppe an, wechselte jedoch 2004 zu den Grünen. Auch ihre Haltung zu den dänischen Ausnahmeregelungen hat sich geändert. Obwohl die SF maßgeblich an ihrer Entstehung beteiligt war (sie hatte sich davor 1992 für eine Ablehnung des Maastricht-Vertrags eingesetzt), ist die Partei heute für die Aufhebung aller Ausnahmeregelungen – mit Ausnahme der höchsten Stufe der EU-Währungspolitik, den Euro als gemeinsamer Währung.

Die RGA und die »Volksbewegung gegen die EU« – eine zerrüttete Beziehung

Bis vor Kurzem hat die RGA die »Volksbewegung gegen die EU« unterstützt und von einer eigenständigen Kandidatur bei den EU-Wahlen Abstand genommen. Das änderte sich im Jahr 2019, als die Partei erstmals für das Europäische Parlament antrat. Der Entscheidung ging eine hitzige innerparteiliche Debatte voraus. Die Befürworter:innen einer unabhängigen Kandidatur der RGA argumentierten, die parteiübergreifende Plattform »Volksbewegung gegen die EU« behindere sozialistische Analysen und Vorstöße. Diese seien jedoch in Zeiten von entfesseltem Neoliberalismus und Ungleichheit infolge der globalen Finanzkrise wichtiger denn je. Andere hielten dagegen, dass ebendiese parteiübergreifende Plattform das Herzstück der breiten Euroskepsis sei, der Dänemark die vier Ausnahmeregelungen zu verdanken habe.

Bei der Europawahl im Jahr 2019 gewann die RGA schließlich einen Sitz im EU-Parlament, während die »Volksbewegung gegen die EU« ihren angestammten Sitz verlor. Gerade für die Volksbewegung war der Zeitpunkt der Wahl ungünstig. Zum einen deshalb, weil die nationalen Parlamentswahlen nur zehn Tage nach den Wahlen zum Europaparlament stattfanden, was den Parteien, die auch bei den Landeswahlen kandidierten, einen Vorteil verschaffte. Und zum anderen auch aufgrund des Chaos um den Brexit, wodurch für viele das Szenario eines dänischen EU-Austritts unattraktiv wurde. Auch die RGA änderte im Wahlkampf ihren Standpunkt: Sie plädierte nicht mehr für einen sofortigen dänischen EU-Austritt, sondern für ein späteres Referendum, wenn die Folgen des Brexit abzusehen und klare Alternativen zur EU-Mitgliedschaft auf dem Tisch lägen. Die RGA scheint also von ihrer EU-feindlichen Haltung abzukommen und sich einer eher EU-kritischen Position zuzuwenden, womit sie sich vermehrt ihren Bündnispartnern in der Europäischen Linken annähert.

Auf dem Parteitag 2019 wurde eine Überarbeitung des Parteiprogramms in Bezug auf Europa beschlossen. Diese Überarbeitung ist für den Parteitag im Jahr 2022 angesetzt. Dort soll dann entschieden werden, ob die offizielle Europa-Politik der Partei geändert, also der bisher angestrebte Austritt aufgegeben und stattdessen eine Veränderung der EU von innen heraus anvisiert werden soll.

Die RGA und die SF setzten bei den Europawahlen 2019 ähnliche Schwerpunkte. Beide Parteien konzentrierten sich auf den Kampf gegen Sozialdumping, für die Einführung eines Sozialprotokolls, gegen Steuerhinterziehung, Klimawandel und Raubbau an der Umwelt. Während sich die Parteien bei diesen Themen größtenteils einig waren, forderte die RGA, die sich auch für die Initiative »Plan B« engagiert, den Austritt aus dem EU-Binnenmarkt und das Recht, sich über gängiges EU-Recht hinwegzusetzen, wenn es um den Schutz

von Mensch und Umwelt geht. Die SF konzentrierte sich hingegen auch auf die Flüchtlingsproblematik und forderte mehr Entwicklungshilfe, aber auch effizientere Mittel zur Rückführung abgelehnter Asylsuchender sowie die Möglichkeit, Asylanträge in Drittländern abzuwickeln – eine Position, die sie mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und den Konservativen teilt.

Die RGA und die Europäische Linke

Ihre Forderung eines EU-Austritts schlägt sich in einer erhöhten Skepsis der Rot-Grünen Einheitsliste gegenüber Initiativen nieder, die auf die Erhöhung des EU-Budgets und den Kompetenzausbau von EU-Institutionen abzielen. Diese Zurückhaltung führte zeitweise zu Konflikten mit einem Großteil der Mitgliedsparteien der Europäischen Linken, die sich tendenziell für EU-zentrierte Lösungen mit einem höheren Grad an ökonomischer Solidarität einsetzen. Die RGA ist nicht prinzipiell gegen ökonomische Solidarität auf europäischer Ebene, sieht in den Strukturen der EU jedoch mehr ein »Instrument zur Stärkung der Marktkräfte und des Kapitalismus auf Kosten der Demokratie, der Arbeiter:innen, der Umwelt und der Natur, und kein Instrument für mehr Solidarität und Gleichheit«. (Enhedslisten 2016)

Die RGA ist gegen den neuen »Mehrjährigen Finanzrahmen« der EU, weil er nicht auf die akuten Probleme Klimaschutz und Armutsbekämpfung, sondern auf Agrarsubventionen und traditionelle Strukturfonds ausgerichtet ist. Die RGA argumentiert weiter, dass die Aufstockung des Budgets das dänische Wohlfahrtssystem belasten würde – die jährliche Zahlung an die EU würde sich um 600 Millionen Euro erhöhen –, ohne jedoch zwangsläufig die soziale Situation in den anderen EU-Staaten zu verbessern. Bei anderen Themen ist sich die RGA mit der Mehrheit der Mitglieder der Europäischen Linkspartei einig, etwa bei der Kampagne gegen TTIP und CETA, die im nationalen Wahlkampf der Partei eine zentrale Rolle spielte. Auch an der internationalen Solidaritätsarbeit der Europäischen Linkspartei beteiligt sich die RGA aktiv.

Europäische Zusammenarbeit außerhalb der Europäischen Linken

Im Vorfeld der Europawahlen 2019 schloss sich die Rot-Grüne Einheitsliste gemeinsam mit dem portugiesischen *Bloco de Esquerda*, *La France Insoumise*, *Podemos* aus Spanien, *Vasemmistoliitto* aus Finnland und der schwedischen *Vänsterpartiet* dem Netzwerk »Now, the People« an. Die Bewegung formulierte gemeinsame rot-grüne Positionen zu Steueroasen, Sozialdumping, Entmilitarisierung und Klimaschutz. »Now, the People« war Teil der Wahlkam-

pagne der RGA und sollte ihren Wähler:innen eine europäische Perspektive jenseits von Nationalismus und mit Schwerpunkt auf Bürger:innenrechte, Umwelt und Demokratie eröffnen.

Die RGA hat sich für die Organisation Europäischer Foren eingesetzt, um linke europäische Kräfte mit Sozialdemokraten, Grünen und sozialen Bewegungen ins Gespräch zu bringen. Sie hat dazu aufgerufen, klare gemeinsame Ziele zu entwickeln. Außerdem ist die RGA – wie auch die SF und die *Alternative* – Mitglied der Nordischen Grünen Linken im Nordischen Rat.

Fazit

Obwohl die beiden wichtigsten Parteien der dänischen Linken – die Rot-Grüne Einheitsliste und die Sozialistische Volkspartei – politisch einiges verbindet, etwa die Analyse des Kapitalismus und der grundsätzliche Ansatz, die Politik sozialdemokratischer Regierungen nach links zu verschieben, verfolgen sie doch gerade auch diesen gegenüber verschiedene parlamentarische Strategien und erschweren dadurch eine engere politische Zusammenarbeit der Linken. Auch hinsichtlich ihrer Perspektiven auf die Europapolitik unterscheiden sich die beiden Parteien grundsätzlich: Die eine gehört der GUE/NGL an, die andere den Europäischen Grünen. Die SF sieht die EU als naheliegendes Werkzeug, um Probleme wie die Klimakrise und Armut anzugehen, die RGA lehnt die EU als undemokratisches, den Kapitalismus verschärfendes Organ ab.

Literatur

- Enhedslisten (2014): Enhedslistens principprogram. enhedslisten.dk/programmer/enhedslistens-principprogram (14.20.2020).
- Enhedslisten (2015): Vil opbygge fremtidens venstrefløj og styrke folkelige bevægelser vores.enhedslisten.dk/files/politisk_udtalelse._enhedslisten_vil_opbygge_fremtidens_venstrefloej_og_styrke_folkelige_bevaegelser_0.pdf (14.20.2020).
- Enhedslisten (2016) Enhedslistens delprogram om EU, Det mener Enhedslisten om EU <https://vores.enhedslisten.dk/om-enhedslisten/delprogram-eu/>.
- Enhedslisten (2019): Enhedslistens EU-prgramme. [org..dk/english/eu-programmered-green-alliance](https://vores.enhedslisten.dk/english/eu-programmered-green-alliance).
- Enhedslisten (2020): København vedtager grøn kommuneplan. [kbh.enhedslisten.dk/koebenhavn-vedtager-groen-kommuneplan/](https://koebenhavn-vedtager-groen-kommuneplan/) (14.20.2020).
- Enhedslisten (2020): København vedtager grøn kommuneplan. [kbh.enhedslisten.dk/koebenhavn-vedtager-groen-kommuneplan](https://koebenhavn-vedtager-groen-kommuneplan/) (14.20.2020).
- FAOS (2021): Lønmodtageres faglige organisering 2000–2018. faos.ku.dk/publikationer/forskningsnotater/rapporter-2019/Rapport_184_-_L_nmodtageres_faglige_organisering_2000-2018.pdf_copy (18.5.2021).

- Hønge, Karsten /Nordqvist, Rasmus (2020): Udvikling, demokrati og menneskerettigheder sf.dk/det-vil-vi/internationalt-og-forsvar/ (18.5.2021).
- Kosiara-Pedersen, Karina (2019): Nordic Party Members: Linkages in Troubled Times [https://politicalscience.ku.dk/staff/Academic_staff/?pure=en%2Fpublications%2Fnordic-party-members\(20e1e406-15a0-44e0-babe-fae56ca9bbf4\).html](https://politicalscience.ku.dk/staff/Academic_staff/?pure=en%2Fpublications%2Fnordic-party-members(20e1e406-15a0-44e0-babe-fae56ca9bbf4).html)
- SF (2012): Principprogram for SF – Socialistisk Folkeparti. sf.dk/wp-content/uploads/2019/01/principprogram-vedtaget-af-landsmoedet-150412.pdf (18.5.2021).
- SF (2020): Arbejdsplan for SF 2020–2022: Sammen om SF som samfundsforandrende fællesskab. sf.dk/wp-content/uploads/2020/06/arbejdsplan-vedtaget-af-landsmoedet-080320-1.pdf (18.5.2021).
- Styrelsen for Arbejdsmarked og Rekruttering (2020): Folkepensionsalderen nu og fremover. star.dk/ydelser/pension-og-efterloen/folkepension-og-foertidspension/folkepension/folkepensionsalderen-nu-og-fremover/ (18.5.2021).

Schweden: Linkes Dilemma

von Henning Süßner Rubin

Einleitung

In Schweden existiert ähnlich wie in anderen Ländern eine Flora von mehr oder weniger bedeutenden linken Parteien. In diesem Kapitel geht es in erster Linie um die etablierte parlamentarische Linke, die schwedische Linkspartei (*Vänsterpartiet*).

Die Linkspartei ist im schwedischen politischen System Teil des politischen »Blocks«, der einst aus einer großen sozialdemokratischen und einer deutlich kleineren kommunistischen Partei bestand. Seit Ende der 1990er Jahre wird dieser Block als »rotgrün« bezeichnet und umfasst seitdem auch die schwedische Umweltpartei (*Miljöpartiet – MP*).¹ Dem rot-grünen Block steht der »bürgerliche Block« gegenüber, der aus vier Parteien besteht. Die nationale Politik wird seit Langem vom Wettbewerb zwischen diesen beiden Blöcken dominiert, wobei die Sozialdemokraten die dominierende rot-grüne und die konservativ-liberalen »Moderaten« die dominierende bürgerliche Kraft sind.

Seit den erdrutschartigen Wahlerfolgen der rechtsextremen »Schwedendemokraten« (*Sverigedemokraterna – SD*) ist das duale schwedische Blocksystem jedoch erheblichen Verwerfungen ausgesetzt worden. So hat seit dem Einzug von SD in den Stockholmer Reichstag² im September 2010 keiner der traditionellen politischen Blöcke eine eigene parlamentarische Mehrheit erlangen können. Weder die vier Parteien der bürgerlichen »Allianz« noch die drei rot-grünen Parteien haben seitdem Regierungen mit eigener parlamentarischer Mehrheit bilden können.³

¹ Diese und die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das nationale schwedische Parlament, den Reichstag (*riksdagen*). Auf regionaler und kommunaler Ebene ist es eher Regel als Ausnahme, dass Koalitionen gebildet werden, die aus Parteien unterschiedlicher »Blöcke« bestehen. Da die einheimischen Wahlen in Schweden jedoch gleichzeitig stattfinden, d.h. sowohl Reichstags- als auch Region- und Kommunalwahl finden jeweils am gleichen Sonntag statt, beeinflusst die Blockrhetorik allerdings auch die lokalen Wahlkämpfe erheblich.

² Die Partei zog im September 2010 mit 5,7% der Stimmen in den Reichstag ein und befand sich schon damals deutlich über der schwedischen Vier-Prozent-Hürde.

³ Ähnlich sieht es im Übrigen auch in den kommunalen und regionalen parlamentarischen Versammlungen aus. Lokale Koalitionen werden jedoch gerne auch über die Blockgrenzen gebildet. Vor allem die Grünen haben so seit Langem in der Kommunalpolitik je nach Wahlergebnis das Zünglein an der Waage spielen können. Seit 2018 gibt es darüber hinaus in Schweden kommunale und regionale Koalitionen mit SD-Beteiligung. Im Reichstag ist die Partei dagegen noch außen vor.

2010–2014 gab es so zunächst eine bürgerliche Mitte-Rechts-Regierung ohne eigene Mehrheit, die sich jedoch ohne weitere Verhandlungen stets auf die Stimmen der 20 rechtsextremen SD-Abgeordneten im Reichstag verlassen konnte. Die rot-grüne Minderheitsregierung der Jahre 2014–2018 (eine Koalition aus Grünen und Sozialdemokraten ohne Beteiligung der Linkspartei) musste hingegen erleben, wie gleich ihr erster Staatshaushalt von der rechten Mehrheit im Parlament abgelehnt wurde. Um eine längere politische Krise und vor allem Neuwahlen zu vermeiden, versprachen die bürgerlichen Parteien interessanterweise daraufhin, die Haushalte der rot-grünen Minderheitsregierung mittels Enthaltung passieren zu lassen. Der Sinn und Zweck dieses sogenannten »Dezemberkompromisses« war es, die rechtsextreme SD im Parlament zu neutralisieren. Das Versprechen wurde während der gesamten Legislaturperiode 2014–2018 eingehalten.

2014 bis 2018: Fette Jahre für die Linke

Als Gewinnerin des Dezemberkompromisses von 2014 entpuppte sich schnell die schwedische Linkspartei, trotz ihres eher bescheidenen Wahlergebnisses mit 5,7%. Zwar zeigte die Linkspartei sich gleich nach der Wahl 2014 zunächst darüber enttäuscht, dass die sozialdemokratische Partei (*Socialdemokraterna – S*) sie von den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen ausschloss. (SVT Nachrichten, 26.9.2014) Aber nach dem Dezemberkompromiss sah die politische Lage plötzlich anders aus. Schon im April 2015 konnte der Parteivorstand der Linkspartei zufrieden konstatieren, dass die Linkspartei »größeren politischen Einfluss« habe »als je zuvor« (*Vänsterpartiet* 2015).

Die rot-grüne Minderheitsregierung brauchte nämlich die Linke als Stützpartei. Diese wiederum bekam kein Gehör für ihre eher grundsätzlichen Forderungen, zum Beispiel die Erhöhung von progressiven Einkommenssteuern, das Verbot von Gewinnabschöpfung für Unternehmen im öffentlich geförderten Ausbildungs- und Sozialbereich oder aber die Forderung zur Einführung der 30-Stundenwoche im öffentlichen Dienst. Der Partei gelang es aber, relativ viele verteilungspolitische Forderungen durchzusetzen. Es gab dank des Drucks der Linken auch mehr staatliche Mittel für die schwedischen Kommunen während der Legislaturperiode 2014–2018.

In den Wahlkampf des Jahres 2018 ging die Linkspartei so selbstbewusst als »Linksalternative« zur rot-grünen Regierung. Das erklärte Wahlziel war es, den Stimmenanteil der Linken zu erhöhen, um dann ungefähr wie bisher weiterzumachen und die gleiche rot-grüne Regierung weiter nach links zu treiben. Allerdings hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht und nicht berücksichtigt, dass es im bürgerlichen Lager einen erheblichen Widerstand

gegen den Dezemberkompromiss von 2014 gab. Was wenig verwunderte, warum sollte die bürgerliche Rechte auch die Rot-Grünen weiter regieren lassen, wenn es doch jederzeit möglich war, dieser Regierung Abstimmungsniederlagen beizufügen?

Der Knock-out für die fetten Jahre für die Linkspartei kam dann mit dem schlechten Wahlergebnis der rot-grünen Parteien. Auch wenn die Linkspartei selber ein gutes Wahlergebnis erzielte und 8% der Stimmen holte, erlitten die beiden rot-grünen Regierungsparteien herbe Verluste. Gleichzeitig wuchs der Stimmenanteil der nationalistischen Schwedendemokraten auf volle 17,5%. Und genau dies führte direkt zu einer neuen politischen Krise in Schweden. Die beiden unterschiedlichen Blöcke (auf der einen Seite vier Mitte-Rechtsparteien, auf der anderen Seite die beiden rot-grünen Regierungsparteien samt Linkspartei) waren jetzt nämlich im Prinzip gleich stark, und gleichzeitig etablierte sich die extreme Rechte als eigenständige »dritte Kraft« im nationalen Parlament. Ein Schock für viele Schwed:innen, und ein Problem für die sozialdemokratisch-grüne Regierung, die sich nicht mehr auf den »Dezemberkompromiss« von 2014 verlassen konnte. Und in der Verlängerung auch ein Problem für die Linkspartei, die sich schnell ihres Einflusses beraubt sehen sollte.

Isolierte Linke

Um zu verhindern, dass die bürgerliche Opposition mit der Tolerierung von SD eine rechte Minderheitsregierung etablierte, verhandelten die regierenden Sozialdemokraten im Herbst 2018 mit den liberalen Mitte-Parteien L und C.⁴ Gleichzeitig wurden alle Angebote der Linkspartei zu Sondierungsgesprächen demonstrativ abgelehnt. Daraus entstand nach zähen Verhandlungen das sogenannte Januarabkommen, das am 11. Januar 2019 veröffentlicht wurde. Mit dem Abkommen wurde die Einheitsfront der bürgerlichen Allianzparteien erfolgreich gesprengt. In 73 konkreten Punkten wird seitdem die Zusammenarbeit der schwedischen sozialdemokratisch-grünen Minderheitsregierung mit den Mitte-Rechtsparteien *Centern* und *Liberalerna* reguliert. Das Tolerierungsabkommen garantiert den beiden bürgerlichen Parteien Einfluss auf die Regierungsarbeit, ohne ihnen jedoch Plätze im Kabinett zu geben. In der Präambel des Abkommens wurde festgehalten, dass die Linkspartei unter der gesam-

⁴ L steht für *Liberalerna* (Die Liberalen), C für *Centern* (Das Zentrum). C ist die traditionelle Bauernpartei, die mittlerweile für eine Art von grünem Liberalismus steht. L ist eine klassisch bürgerliche Partei. Beide Parteien haben eine lange Geschichte von parlamentarischen Kompromissen mit der schwedischen Sozialdemokratie.

ten Legislaturperiode 2018–2022 »keinerlei Einfluss auf die politische Ausrichtung« der schwedischen Regierungspolitik haben soll.⁵

Im Januar 2019 fand sich die Linkspartei zunächst in der Situation, das Januarabkommen verhindern zu können: Zusammen mit der parlamentarischen Rechten (KD, M, SD) hätte es mit den Stimmen der Linken nämlich eine Mehrheit gegen das Abkommen und somit gegen die rot-grüne Regierung gegeben. Der Vorsitzende der Partei, Jonas Sjöstedt, drohte dann auch zunächst damit, die Regierung zu stürzen, wenn besagter Satz, der jegliche Zusammenarbeit mit seiner Partei ausschloss, nicht gestrichen werden sollte. Der nahezu beleidigende Satz wurde jedoch nicht gestrichen. Und Sjöstedt sah sich plötzlich im gleichen Sitz, in dem auch viele seine Vorgänger schon regelmäßig gesessen hatten. Als die Partei noch »Linkspartei – Kommunisten« (VPK) hieß, hätte sie sozialdemokratische Regierungen durchaus gelegentlich stürzen können. Dabei ergab sich doch immer wieder das Dilemma, dass man damit der bürgerlichen Rechten den Weg an die Regierungsmacht ermöglicht hätte. Das Wissen um genau dieses politische Dilemma der Linken ermöglichte es schon seit ehedem den jeweiligen sozialdemokratischen Regierungen, sich auf die Unterstützung von links in politischen Krisen verlassen zu können. Außerdem konnten sich sozialdemokratische Regierungen immer darauf verlassen, die Unterstützung der Linkspartei recht »billig« bekommen zu können.

So war es auch diesmal. Trotz allerlei verbalen Protesten gegen die besagte Präambel des Januarabkommens, die kategorisch jegliche Verhandlungen der Regierung mit der Linken als unerwünscht definiert, geschah so die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linkspartei dann auch im Jahre 2019 so gut wie automatisch. Jonas Sjöstedt sah sich gezwungen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass seine Partei nicht gegen die rot-grüne Minderheitsregierung abstimmen werden würde.⁶

Der Schatten der Sozialdemokratie

Die Parteitradition, die man in den Reihen der heutigen Linkspartei gerne vergessen will, scheint irgendwie tiefer zu sitzen, als man allgemein zu glauben bereit ist, zumindest wenn es auf die Relation der Linkspartei zur größeren, bisweilen eher ungeliebten, sozialdemokratischen Schwester geht.

⁵ Der Entwurf einer faktischen Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten, der Zentrumsparterie, den Liberalen und den Grünen findet sich unter: www.centerpartiet.se/download/18.7cb2d720169e39ebc8f28b2/1554992070288/Januariavtalet.pdf.

⁶ Er sagte allerdings auch, dass es ein »Geheimabkommen« zwischen ihm und dem schwedischen Regierungschef Stefan Löfven gebe. Löfven hat das jedoch nicht bestätigt. (Aftonbladet, 16.1.2019)

Die schwedische Linkspartei ist die Erbin einer Partei, die im Frühjahr 1917 als Schwedens Sozialdemokratische Linkspartei (SSV) gegründet wurde. Ebenso wie so manch andere Parteien, die im Vor- oder Umfeld der Oktoberrevolution von unzufriedenen Sozialdemokraten gegründet wurden, schloss sich SSV 1919 der Kommunistischen Internationale an. 1921 nahm die Partei den Namen Kommunistische Partei Schwedens (SKP) an. 1967 wurde die Partei dann in »Linkspartei-Kommunisten« (VPK) umgetauft, 1990 erfolgte schließlich die Umbenennung in Linkspartei (V). SKP war lange eine Art von politischem Paria in der schwedischen Politik. 1924 und 1929 spaltete die junge kommunistische Partei sich, beide Male im Zusammenhang mit Entwicklungen in der Komintern, was ähnlich wie in anderen Mitgliedsparteien der Komintern jeweils zu »Parteisäuberungen« führte. Im Winter 1939/1940 wäre die Partei beinahe verboten worden, da sie als Mitglied der Komintern den sowjetischen Angriff auf die schwedische »Brudernation« Finnland verteidigte. Wohl wurden dann kommunistische Zeitungen mit einem Transportverbot belegt und damit im Prinzip verboten, wohl schlossen die Gewerkschaften aktive Mitglieder der Partei aus und kommunistische Wehrpflichtige wurden während des Zweiten Weltkriegs sogar in Sonderlagern interniert – zu einem Totalverbot der Partei kam es jedoch nicht. (SOU 2002: 93) 1944 erhielt SKP dann 10,3% der Stimmen in einer Reichstagswahl, und seitdem wurde in Schweden gerne vom »sozialistischen Block« im Reichstag gesprochen. Zwar sank der Stimmenanteil von SKP in den Jahrzehnten nach dieser Rekordwahl, und auch der kommunistische Einfluss in den Gewerkschaften schrumpfte kontinuierlich, aber SKP wandelte sich schnell in eine Stützpartei der Sozialdemokratie. Nach Einführung der Vier-Prozent-Hürde zum Reichstag im Jahr 1968 bekam die Partei oft sozialdemokratische Sympathiestimmen, um die mittlerweile in VPK umgetaufte Partei vor dem gelegentlich drohenden Absturz aus dem Reichstag zu bewahren. VPK wurde deswegen in der bürgerlichen Presse gerne als sozialdemokratischer »Genosse Vierprozent« bezeichnet. Die Linkspartei befand sich stets im sozialdemokratischen Schatten, ohne dass sie über lange Zeit, die Möglichkeit hatte, überhaupt für eine Regierungsbeteiligung infrage zu kommen.

Der geplatze Traum vom Mitregieren

Für die Linkspartei war es lange ein Traum, »in die Verantwortung« und damit letztendlich in die Regierung zu kommen. Das erste Ziel der postkommunistischen Neuorientierung⁷ der Partei war es zwar seinerzeit, sich in siche-

⁷ Im Jahr 1990 wurde die Bezeichnung »Kommunisten« aus dem Namen der Partei gestrichen. Noch bis in das Jahr 2005 gab es jedoch innerhalb der Linkspartei Konflikte

rem Abstand von der Vier-Prozent-Hürde zum Reichstag zu platzieren. Die Schmach vom »Genossen Vierprozent« sollte in Vergessenheit geraten, die Partei sollte aus dem sozialdemokratischen Schatten treten. Gleichzeitig gab es auch das langfristige Ziel, zusammen mit den Sozialdemokraten eine Koalitionsregierung zu bilden.

So verlieh sich die Linkspartei relativ bald nach dem Fall der Berliner Mauer ein völlig neues Profil. 1995 wurde sie zur ersten offiziell feministischen Partei in Schweden. Neben feministischer Politik wurde damals auch der Widerstand gegen die schwedische Mitgliedschaft in der EU zu einer Profilfrage. Als Sprachrohr des linken EU-Widerstands und als Flaggschiff der starken feministischen Bewegung, und nicht zuletzt als lautstarke Kritikerin der damaligen sozialdemokratischen Sparregierung, erlangte die Linkspartei im September 1998 ihr bislang bestes Wahlergebn mit knapp 12% der Stimmen.

Dieser Erfolg zwang die regierende Sozialdemokratie damals schnell an den Verhandlungstisch. Allerdings wurden damals Grüne (als neuer Juniorpart im »rot-grünen Block«) und Linkspartei gegeneinander ausgespielt. Zu einer rot-grünen Koalition kam es 1998 nicht. 2002, noch mit dem Wahlerfolg von 1998 in frischer Erinnerung, wurde der Plan gemünzt, die Sozialdemokratie in eine immer festere rot-grüne Zusammenarbeit zu zwingen. Es dauerte jedoch bis 2008 bis der damalige Parteivorsitzende der Linkspartei, Lars Ohly, stolz verkünden konnte, dass seine Partei zusammen mit Grünen und Sozialdemokraten die rot-grüne »Allianz für Vollbeschäftigung, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Umwelt« gegründet hatte. Das Ziel dieser Allianz war es, nach der Wahl 2010 eine rot-grüne Koalition zu bilden.

Die erste linke Koalitionsregierung Schwedens schien damals nahe zu sein. Zum ersten Mal überhaupt konnte der Sozialdemokratie ein Koalitionsversprechen schon vor einer Wahl abgerungen werden. Und mit einem anfänglich zweistelligen Vorsprung vor der regierenden Rechtskoalition in den Umfragen zur Wahl 2010 schien der Machtwechsel in Stockholm damals geradezu vorprogrammiert. Der gemeinsame rot-grüne Wahlkampf geriet jedoch ins Stocken und wurde obendrein auch noch vom erstmaligen Einzug der Schwedendemokraten ins Parlament begleitet. Die rechte Vier-Parteien-Koalition durfte weiter regieren.

Erst 2014 kam der herbeigesehnte Regierungswechsel – aber die Linkspartei blieb wieder einmal außen vor, tolerierte jedoch die sozialdemokratisch-grüne Minderheitsregierung.

zwischen »Erneuerern« und »Traditionalisten«, die sich um die Haltung zum kommunistischen Erbe der Partei drehten. Siehe z.B. Bergner (2013).

Linkes Dilemma

Die Linkspartei könnte sich in der jetzigen parlamentarischen Situation eigentlich als konsequente linke Opposition profilieren. Sie hat aber das Dilemma, dass sie ihre gelegentlichen Drohungen, die Regierung zu stürzen, weder verwirklichen kann noch will. Rein praktisch kann die Linke die Regierung nur in direkter oder indirekter Zusammenarbeit mit der rechten Opposition zu Fall bringen. Und sollte die jetzige Regierung wirklich zum Abgang gezwungen werden, gäbe es im Prinzip nur die Option einer neuen rechten Koalitionsregierung. Das wiederum will die Linke nicht.

Erschwerend kommt auch noch hinzu, dass die Linkspartei sich im Grunde immer noch als ein Teil des rot-grünen Blockes sieht: Die Partei hat nämlich nach wie vor das strategische Ziel, sich an einer rot-grünen Regierung zu beteiligen. Diese Option gibt es jedoch zurzeit nicht, und daran wird sich in überschaubarer Zukunft auch nichts ändern, da eine rot-grüne Mehrheit im schwedischen Reichstag aufgrund der Stärke der rechtsextremen Schwedendemokraten vermutlich auch auf längere Sicht unwahrscheinlich ist.

Dieses Dilemma an sich erklärt sich aus dem traditionellen Verhältnis der schwedischen Linkspartei zur sozialdemokratischen Partei. Schon in den 1940ern legte die kommunistische Partei Schwedens den Anspruch, die Gesellschaft aus eigener Kraft – sei es durch Revolution oder Reform – verändern zu können, zu den Akten. Stattdessen läuft das Selbstverständnis der Partei seitdem und immer noch darauf hinaus, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben, um die Gesellschaft in eine progressive Richtung zu lenken.

Schon zu den Zeiten als die Linkspartei noch SKP hieß, war ihr Verhalten also von Pragmatismus und Parlamentarismus geprägt. Und immer schon agierte die schwedische Linkspartei im Verhältnis zur schwedischen Sozialdemokratie.⁸ Historisch hat dies im Übrigen einer Flora und Fauna von kommunistischen Kleinstparteien als Argument gedient, um ihre Existenz zu legitimieren. Wie auch in anderen europäischen Ländern wurden auch in Schweden zu Beginn der 1970er Jahre eine Reihe von sowohl maoistischen als auch trotzkistischen Parteien in Schweden gegründet. 1976 spaltete sich obendrein auch

⁸ Nur ganz zu Beginn ihrer Geschichte hegte die Partei die Hoffnung, die sozialdemokratische Hegemonie in der schwedischen Arbeiterbewegung brechen zu können. Und schon seit dem politischen Durchbruch des Jahres 1944 suchte man statt Konflikt Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, was besonders in der nationalen Politik sehr deutlich war. Lokal konnte sich der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunist:innen, vor allem in den Gewerkschaften ausgetragen, gewiss noch lange hinziehen. Aber spätestens in den 1950ern war der Machtkampf in der Regel auch in den kommunistischen Hochburgen entschieden. Siehe hierzu z.B. Stråth (1982).

die Linkspartei, deren Moskauer-treue Fraktion die »Arbeiterpartei Kommunisten« (*Arbetarpartiet Kommunisterna* – APK) bildete.

Einige dieser radikalen Linksparteien existieren auch heute noch und können bisweilen immer noch gewisse kommunalpolitischen Erfolge aufweisen. Keine dieser Parteien hat es jedoch geschafft, irgendeine Rolle in der nationalen schwedischen Politik zu spielen. Sämtliche Kleinstlinksparteien haben ein Verhältnis zur etablierten Linkspartei, das ironischerweise dem der Linkspartei zur Sozialdemokratie entspricht: Man wechselt zwischen offener und oft bitterer Kritik der »großen Schwester« und dem Anbieten an die Partei. In der Regel wird versucht, die größere und etablierte Linkspartei von außen zu beeinflussen und durch Druck zu radikalisieren.⁹

Partei im Umbruch

Wie sieht die Linkspartei sich selbst? Im aktuellen Entwurf für ein neues Parteiprogramm heißt es, dass die Linkspartei eine Partei ist, »die verändert«: »Die Linkspartei agiert sowohl innerhalb als auch außerhalb der parlamentarischen Versammlungen in Reichstag, Kommunen und Regierungsbezirken, um die Gesellschaft in eine progressive Richtung zu verändern.« (Vänsterpartiet 2019)¹⁰ Und dies soll durch die Zusammenarbeit mit den anderen rot-grünen Parteien und mit sozialen Bewegungen geschehen.

Aus diesem Selbstverständnis heraus wurde im Januar 2019 zähneknirschend die jetzige Regierung durchs Parlament gewunken, da die Alternative eben weniger progressiv war. Jonas Sjöstedt gab anlässlich dieser Abstimmung zwar das Versprechen ab, die Regierung zu Fall zu bringen, sollte sie versuchen, das Mietrecht oder die Anstellungssicherheit zu verschlechtern. (Altinget, 16.1.2019) In der Praxis jedoch ein leeres Versprechen, wie sich zeigen sollte, als genau diese beiden Themen in Übereinstimmung mit entsprechenden Punkten im Januar-Abkommen von der Regierung in Angriff genommen wurden. Hierzu hätte die Linkspartei nur mithilfe der rechten Opposition – die ihrerseits die beiden Anliegen der Linkspartei unterstützt, aber zugleich ein Interesse daran hat, die Regierung abzusetzen – ein Misstrauensvotum initiieren können. Damit steht die schwedische Linkspartei in einem gewissen praktischen Dilemma.

⁹ Die Sozialistische Partei (SP), Teil der IV. Internationale, ging sogar so weit, sich im Herbst 2019 aufzulösen und ihre Mitglieder dazu aufzurufen, sich der Linkspartei anzuschließen.

¹⁰ Der Entwurf sollte eigentlich im Mai 2020 von einem Parteitag angenommen werden. Der Parteitag wurde jedoch wegen der Coronapandemie vertagt.

Dass Sjöstedt gerade diese beiden Politikbereiche hervorhob, ist kein Zufall. Jedes Wahlprogramm der Linkspartei orientiert sich schon seit Jahrzehnten an den Forderungskatalogen des Gewerkschaftsbundes LO (*Landsorganisationen*)¹¹ und des Mieter:innenvereins (*Hyresgästföreningen*). Die Mitglieder der Linkspartei werden gerne dazu aufgefordert, sich aktiv in diesen beiden Massenorganisationen zu organisieren. Diese beiden Organisationen sehen sich jedoch dummerweise immer noch als Teil der *sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*.¹²

Die Linkspartei bezeichnet sich seit 2016 offiziell als »sozialistische, feministische, antirassistische Partei auf ökologischem Grund« und sieht sich sowohl als Ansprechpartnerin als auch als Teil der Bewegungen, die hinter diesen Ideologien stehen. Als zu Beginn des Jahres 2012 eine neue Parteispitze unter Jonas Sjöstedt ihr Amt aufnahm, war es der erklärte Anspruch, die Linkspartei weiter zu erneuern und zu einer lokal verankerten, bewegungsnahen Partei zu entwickeln.¹³ Auch wenn die politische Alltagsarbeit der Linkspartei immer noch oft übereinstimmt mit kommunaler parlamentarischer Politikverwaltung, nehmen außerparlamentarische Aktivitäten, wie z.B. die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften, der LGBT-Bewegung und ähnlichen, einen hervorgehobenen Platz im Selbstverständnis der Partei ein.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat hierbei in der Vergangenheit öfter zu wenig konstruktiven Konflikten zwischen Fürsprecher:innen von Real- bzw. Grundsatzpolitik geführt. (Süssner 2006) Unter der Ägide von Jonas Sjöstedt ist das Innenleben der Linkspartei jedoch ruhiger geworden. Auch wenn viele Parteimitglieder öffentlich das passive Agieren der Parteiführung im Reichstag im Januar 2019 kritisierten, herrscht innerhalb der Partei ein recht umfassender Konsens in Grundsatzfragen. Mit einer Ausnahme, die die Regel bestätigen darf: die Haltung zur schwedischen Mitgliedschaft in der EU.

Die schwedische Linkspartei gehört zur Tradition der skandinavischen linken EU-Gegner:innen. In den 1990er Jahren war sie eine treibende Kraft in der Bewegung gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft. Nach dem EU-Beitritt Schwedens im Jahr 1995 wurde der fortgesetzte EU-Widerstand zu einer wichtigen politischen Profilfrage für die Partei. Im derzeitigen Parteiprogramm,

¹¹ In Schweden gibt es drei nationale Gewerkschaftsdachverbände. LO organisiert dabei Arbeiter:innen, TCO Angestellte und SACO Akademiker:innen.

¹² Der Vorsitzende von LO hat zum Beispiel nach wie vor einen Sitz im Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei.

¹³ Eine Art frühe Programmerkklärung dazu findet sich bei Etzler (2007). Aron Etzler ist seit 2012 Geschäftsführer der schwedischen Linkspartei.

das zuletzt 2016 revidiert wurde, steht immer noch die Forderung nach einem schwedischen Austritt aus der EU.¹⁴

Mit den Jahren ist das Interesse einer breiteren schwedischen Allgemeinheit an dieser Frage jedoch deutlich gesunken, und die einstige Profilfrage der Partei ist nicht zuletzt deswegen schon seit Jahren zu einer politischen Nebensache geworden. Als die Parteiführung jedoch im Vorfeld der Europawahl 2019 die prinzipielle EU-Gegnerschaft der Linkspartei offiziell »pausieren« (ETC, 8.11.2018) wollte, weckte dies Widerstand in den Reihen der Parteimitglieder. Auf der Europawahlkonferenz der Partei im Februar 2019 wurde gegen den kompakten Widerstand der Parteiführung eine erklärte EU-Gegnerin auf den zweiten Platz der Wahlliste gesetzt. Einzig das enttäuschende Wahlergebnis¹⁵ der Linkspartei verhinderte dann den Einzug dieser Person in das Europaparlament. Dort wird die Partei seit 2014 von Malin Björk repräsentiert, die, wie auch der Parteivorstand, anstelle eines schwedischen Austritts die EU »von innen« in eine progressivere Richtung verändern will.

Trotz des Aufflammens des Konflikts um die Haltung der Partei zur EU im letzten Jahr kann man jedoch nicht von einem tieferen Riss in der Partei sprechen. Man sollte den Streit um die EU-Wahlplattform eher als Ausdruck für einen Generationsumbruch sehen, der eigentlich schon vor Jahren begonnen hat. Ältere Mitglieder der Partei haben oft ein anderes Selbstverständnis und andere politische Prioritäten als neuere. Dazu gehören zum Beispiel Fragen zur schwedischen NATO- oder EU-Mitgliedschaft, die von älteren Parteimitgliedern deutlich höher gewichtet werden, während sich mit den jüngeren Generationen zunehmend ein Übergang zu radikaldemokratischen/identitätspolitischen Fragen vollzieht.

Die Linkspartei hat jedoch vor allem in den letzten zehn Jahren einen erheblichen Zustrom an Mitgliedern erfahren. Die Partei gibt zurzeit an, rund 26.000 Mitglieder zu haben. Noch 2009 waren es, nach Jahren des Mitgliederschwunds im Zusammenhang mit der postkommunistischen Erneuerung, gerade mal knapp 10.000. (Cederholm/Eliasson im *svt.se*, 15.3.2010) Dieser Mitgliederzuwachs hängt natürlich damit zusammen, dass das Profil der Linkspartei sich kontinuierlich verändert hat. Die Partei hat sich von einer postkommunistischen Partei mit zahlreichen inneren Konflikten zu einer nichtkommunistischen Partei ohne größere politische Konflikte gewandelt. Neben den Fragen von sozialer Gerechtigkeit, die immer noch einen zentralen Platz in der Partei einnehmen, sind es heute Umwelt- und Klimaschutzpolitik sowie

¹⁴ In dem neuen Programmentwurf, der auf dem kommenden Parteitag angenommen werden soll, steht diese Forderung jedoch nicht mehr.

¹⁵ Die Linkspartei erhielt 6,8% der Stimmen und lag damit deutlich unter dem Reichstagswahlresultat vom Herbst 2018. Sie hat ein Mandat im EP.

LGBT-Fragen und Antirassismus, die wesentlich wichtiger für die Partei sind als noch vor zehn Jahren. Und in der Praxis hat sich die Linkspartei dadurch zu einer Partei entwickelt, die eigentlich eher mit den Grünen als mit den Sozialdemokraten konkurriert.

Die große Profilfrage der 1990er Jahre, der EU-Widerstand, spielt hingegen eigentlich keine Rolle mehr im Alltag der Partei. Überhaupt sind Fragen der Außenpolitik ins Abseits gerückt, und die Partei kommentiert im Allgemeinen die schwedische Außenpolitik eher zurückhaltend. Anfangs war dies wohl dem Umstand geschuldet, dass man vermeiden wollte von der prosowjetischen Vergangenheit der Partei eingeholt zu werden. Auch wenn viele Mitglieder gerne gegen Nato-Übungen in Schweden, die Beteiligung Schwedens an internationalen militärischen Einsätzen oder die Blockade der USA gegen Kuba protestieren – die Partei tut dies in der Regel nicht mehr offiziell.

Wie sieht es mit der anderen ehemaligen Profilfrage aus? Feministische Fragen nehmen interessanterweise seit Jahren einen größeren Raum *innerhalb* der Partei ein als in der nach außen gerichteten politischen Arbeit. Es werden seit Jahren regelmäßig intern »feministische Kampagnen« durchgeführt, die die traditionelle männliche Dominanz in der Politik brechen sollen. In ihren Wahlkampagnen findet sich der Feminismus hingegen eher zwischen den Zeilen als in den fettgedruckten Slogans. Dies hängt zum einen sicherlich damit zusammen, dass sich die meisten anderen Parteien in Schweden auch schon seit Langem als feministisch bezeichnen.¹⁶ Seit 2006 hat die Linke es außerdem bewusst vermieden, sich in ihren Wahlkampagnen direkt mit der Feministischen Initiative (F!) anzulegen. Diese Partei wurde im Jahr 2005 gegründet und lange von der ehemaligen Vorsitzenden der Linkspartei, Gudrun Schyman, geführt. Für die Linkspartei war die Gründung von F! ein harter Schlag, und das schlechte Wahlergebnis von 2006 wurde seinerzeit in Zusammenhang gebracht mit der Konkurrenz mit F! um feministische Wähler:innen. Mittlerweile wird F! zwar nicht mehr als eine ernst zu nehmende Herausforderin angesehen,¹⁷ aber im konkreten Profil der Linkspartei spielen explizit feministische Themen dennoch keine besonders hervorgehobene Rolle mehr.¹⁸

¹⁶ Von den acht im Reichstag vertretenen Parteien bezeichnen sich fünf als feministisch. (Sveriges Radio, 22.8.2014).

¹⁷ F! war 2006 und 2010 recht nahe, die Vier-Prozent-Hürde zum Reichstag zu nehmen, verfehlte diese jedoch. Die Partei erhielt in der letzten Wahl im September 2018 jedoch nur noch 0,46% der Stimmen. In der EU-Wahl 2019 waren es 0,77% und damit verlor die Partei auch ihr Mandat im EP, dass sie 2014 überraschend gewinnen konnte.

¹⁸ Was womöglich auch daran liegt, dass die Parteispitze seit 2012 von zwei Männern dominiert wird, dem Parteivorsitzenden Jonas Sjöstedt und dem Geschäftsführer Aron Etzler. Es bleibt abzuwarten, was passiert, wenn Sjöstedt in nächster Zukunft von der jungen Reichstagsabgeordneten Nooshi Dadgostar abgelöst werden wird.

Ein abschließender Kommentar

Die Linkspartei hat sich im letzten Jahrzehnt stark verändert. Sie hat ihre Mitgliedschaft erneuert und ist heute wesentlich mehr geprägt von dem Antirassismus und dem Klimaaktivismus, der sich besonders in den Aktivitäten der Partei in den urbanen Hochburgen der schwedischen Linken wie Stockholm, Lund/Malmö, Göteborg und Uppsala bemerkbar macht. Auch die Wahlerfolge der letzten Jahre wurde in erster Linie in den urbanen Zentren erzielt. Dies ist von einem relativen Mitglieds- und Stimmenanteilschwund in den eher ländlichen Teilen des Landes begleitet worden.

Die (leider recht erfolglose) Bekämpfung der rechtsextremen Schwedendemokraten hat eine sehr große Bedeutung für das Selbstverständnis vieler Mitglieder der Partei. Linke Klima- und Umweltpolitik nimmt heute einen sehr viel größeren Raum in der Partei ein als noch vor zehn Jahren. Hinzu kommt ein ausgeprägtes LGBT-Profil sowie der traditionelle Fokus auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Und da F! vermutlich als Konkurrent in feministischen Fragen ausradiert ist, könnte sich die Partei in der Zukunft auch wieder auf diesem Gebiet profilieren. Dieses Profil einer modernen rotgrünen Partei könnte nicht zuletzt für jüngere Wähler:innen sehr attraktiv werden. Die Linkspartei braucht sich daher wahrscheinlich in der Zukunft keine Gedanken mehr um die berühmte Vier-Prozent-Hürde zu machen. Es bleibt jedoch gleichzeitig das Dilemma, dass die Partei trotzdem in der nationalen Politik marginalisiert bleibt, weil sie in absehbarer Zukunft nicht mehr als Stützpartei von den Sozialdemokraten gebraucht wird, und weil sie gleichzeitig auch nicht gebraucht wird, um einen möglichen rechten Regierungswechsel zu verhindern. Wie man es auch dreht und wendet – die schwedische Linkspartei hat es schwer, aus dem Schatten der Sozialdemokratie herauszukommen.

Literatur

- Bergner, Petter (2013): Med historier som motståndare: SKP/VPK/V och det kommunistiska arvet 1956–2006. Umeå.
- Cederholm, Robert/Eliasson Anders (2010): Partierna tappar medlemmar. In: svt.se vom 15.3.2010.
web.archive.org/web/20110515120049/http://svt.se/2.22620/1.1927298/partierna_tappar_medlemmar (20.5.2021).
- Etzler, Aron (2007): Trondheimsmodellen. Radikala framgångshistorier från Norge och Nederländerna. Stockholm.
- Regierungsbüro der schwedischen Regierung zu öffentlichen Untersuchungen des Staates (SOU) (2002): Övervakningen av »SKP-komplexet«.
- Stråth, Bo (1982): Varvsarbetare i två varvsstäder: en historisk studie av verkstads-klubbarna vid varven i Göteborg och Malmö. Göteborg.
- Süssner, Henning (2006): Good-bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998–2005. In:

Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin.

Vänsterpartiet (2015): Partistyrelsens valutvärdering (Wahlauswertung des Parteivortands). vansterpartiet.se/assets/Valutvardering20150424.pdf (25.5.2021).

Vänsterpartiet (2019): Programkommissionensförslag till partiprogramVänsterpartiets kongress (vansterpartiet.se/app/uploads/2019/12/partiprogram2020-100120.pdf) (25.5.2021).

Das finnische Linksbündnis von der oppositionellen Außenseiterin zu einer erneuerten linksgrünen Partei

von Jukka Pietiläinen

Das Linksbündnis (*Vasemmistoliitto, V*) wurde im Mai 1990 als rot-grüne post-materialistische Partei gegründet. Dieses neue Bündnis einer neuen pluralen Linken war jedoch in den ersten Jahrzehnten durch interne Spaltungen geprägt – geschuldet dem Erbe der Finnischen Kommunistischen Partei und ihren Schwierigkeiten, mit politischer Pluralität und neuen Fragestellungen umzugehen. In Fortsetzung traditionalistischer linker Ideologien wurde die rot-grüne Ausrichtung des Projektes immer wieder infrage gestellt. Wenn die Partei im Jahr 2020 ihr 30-jähriges Jubiläum begeht, kann sie nun endlich von sich behaupten, die ursprüngliche Idee ihrer Gründung erfüllt zu haben. Heute ist das Linksbündnis eine postmaterialistische, grüne, alternative Partei mit einem hohen Maß an interner Demokratie und einer Regierungsbeteiligung ohne nennenswerte innere Konflikte.

Infolge der Parlamentswahlen von 2019 wurde das Linksbündnis mit einem Stimmenanteil von 8,2% (Tab. 1 weiter hinten) und einem fast einstimmigen Online-Referendum unter ihren Mitgliedern erstmalig Teil einer Mitte-Links-Regierung. Mehr als 97% der Teilnehmer:innen des Referendums stimmten für die Regierungsbeteiligung und nur 2,5% dagegen. Noch kurz davor hatte das Referendum – eine Initiative eines jüngeren Parteimitglieds nach dem Beispiel des deutschen SPD-Referendums zur Regierungsbeteiligung – bei einigen Mitgliedern der älteren Parteielite die Befürchtung ausgelöst, dass diese Abstimmung die Aussicht auf die Beteiligung an der Regierung bedrohen könnte. Kritische Stimmen verwiesen lediglich darauf, dass sich nur 33,7% aller Parteimitglieder am Referendum beteiligt hatten, das nur innerhalb weniger Tage organisiert worden war.

Die Mitgliederzusammensetzung des Linksbündnisses und dessen Unterstützung in der Bevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren enorm verändert. Früher galten das Linksbündnis und deren Vorgängerinnen, die Finnische Volksdemokratische Liga (*Suomen Kansan Demokraattinen Liitto, SKDL*) und die Kommunistische Partei Finnlands (*Suomen Kommunistinen Puolue, SKP*) als Parteien der Arbeiter:innenklasse und von Kleinbäuer:innen. Nur wenige ihrer Mitglieder und Anhänger:innen gehörten zur Mittelschicht oder zu den höheren Bildungsschichten. Aus den Wahlen von 2019 geht das Linksbündnis als eine Partei hervor, die in der traditionellen Arbeiter:innenklasse, der unteren Mittelschicht und bei den Arbeiter:innen in prekären Beschäftigungs-

verhältnissen mit höherem Bildungsabschluss ihren Rückhalt hat. Die Unterstützung für das Linksbündnis nimmt mit wachsendem Einkommen stetig ab; insgesamt sind ihre Anhänger:innen jedoch recht gleichmäßig auf alle sozialen und ökonomischen Hintergründe verteilt.

Innerhalb der stark umkämpften linksgrünen Wähler:innenschaft ist es dem Linksbündnis gelungen, seine politische Linie und Unterstützungsbasis zu erneuern. Unter jenen Wähler:innen, die zwischen zwei Parteien auswählen, ist die Kombination Linksbündnis-Grüne deutlich am häufigsten, während sich jene, die drei Parteien favorisieren, meist für das Linksbündnis, die SKP und die Grünen entscheiden (Söderlund 2019: 32).

Die neue Partei mit einer widersprüchlichen Geschichte

Die Ursprünge des finnischen Linksbündnisses sind in der Kommunistischen Partei Finnlands zu finden, die im August 1918 nach der Niederlage der Sozialdemokraten im finnischen Bürgerkrieg in Moskau gegründet wurde. Bis zum Herbst 1944 blieb die Partei in Finnland illegal, wurde aber dann nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer der drei großen Parteien, neben den Sozialdemokraten und der Agrarliga (später Zentrumspartei). Die Kommunistische Partei wurde von ihrer Massenorganisation, der Finnischen Volksdemokratischen Liga (SKDL), repräsentiert und erreichte in sämtlichen Wahlen von 1945–1966 zwischen 20 und 23% der Stimmen.

Nach 18 Jahren in der Opposition wurde die Volksdemokratische Liga 1966 in einer Koalition mit Sozialdemokraten und Zentrumspartei Teil der Regierung. Die Position der Kommunisten als Minderheitspartner in der Regierung »machte sie zu einer Geisel für ihre Feinde und schadete ihren Beziehungen mit ihren eigenen Wählern« (Upton 1973). Darüber hinaus »tat sich ein erheblicher Teil der Partei schwer, sich nach Jahrzehnten in der Opposition in die neue Situation einzufinden« (Spring/Spring 1980: 183). Zu jener Zeit war die Partei auch hinsichtlich ihrer ideologischen Reformen und durch die internationale Politik gespalten: So kritisierte die reformistische Mehrheit vehement die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei, während das sowjetische Vorgehen von einer Minderheit, die eine harte Linie verfolgte, unterstützt wurde. Allerdings führte dieser Konflikt nicht zur Spaltung der Partei. Und obwohl hierzu keine ideologische Einheit erzielt werden konnte, waren in anderen Fragen und in organisatorischer und personeller Hinsicht Kompromisse möglich. (Ebd.: 188).

Die Kommunistische Partei blieb so bis in die frühen 1980er Jahre in sich gespalten, wobei ein Drittel der Stimmen und Parlamentsabgeordneten der SKDL auf das radikale Lager entfiel. Zugleich verschärfte der innerparteiliche

Gegensatz den politischen Wahlkampf. So erreichte die SKDL 1975 beispielsweise 19% der Stimmen und 40 Parlamentsabgeordnete und war erneut an der Regierung beteiligt, während ihre radikale Minderheit praktisch in der Opposition verblieb.

Zehn Jahre später (1985) wurde der Bruch offen vollzogen. Die radikale Minderheit wurde aus der Partei ausgeschlossen und vereinigte sich mit der Demokratischen Alternative (*Demokraattinen Vaihtoehto*, DeVa) zu einer eigenständigen Partei. In den darauffolgenden Parlamentswahlen 1987 erreichte die SKDL nur noch 9,4% der Stimmen und die DeVa 4,2%. Damit bewegten sich beide Parteien mit einem Gesamtanteil der Stimmen von 13,6% auf dem Niveau von 1983 – dem damals historisch schlechtesten Wahlergebnis von 13,5%. Aufgrund der Aufspaltung in zwei kleinere Parteien fiel jedoch die Anzahl der Abgeordneten von 27 auf 16 für die SKDL und vier für die DeVa.

Das Linksbündnis als neue linke Partei

Das Linksbündnis wurde im April 1990 gegründet. Bei ihrem Gründungskongress in Helsinki kamen 3.400 Menschen zusammen. Hinter ihrer Gründung stand der Wunsch, der überalterten Organisationsstruktur der SKDL und SKP ein Ende zu bereiten, die sowjetische Vergangenheit hinter sich zu lassen und die Partei für eine breitere Öffentlichkeit zu öffnen. Auch die wirtschaftlichen Probleme der Kommunistischen Partei spielten bei dieser Entscheidung eine Rolle (Puhakka 2015). Ziel war es, eine neue Art von Partei mit einer leichteren Organisationsstruktur und einer offenen politischen Kultur zu sein. Doch schon bald gewannen die traditionellen parteilichen Formen über den zunächst bewegungsorientierten Charakter der Partei überhand. Trotz des Enthusiasmus bei der Gründungsversammlung, die für alle offen war, konnte die als »rot-grüne« Partei der »modernen Linken« gegründete Linksallianz aber keine neue Massenbasis anziehen (Andersson 1996: 67).

Die Wahlen von 1991 waren für die neue Partei »ein defensiver Sieg«. 1987 hatten 93% der Wähler:innen der beiden radikalen linken Parteien für eine Linksallianz gestimmt, doch blieben davon nur 64% dem neu gegründeten Linksbündnis treu, und »fast ein Fünftel der radikalen linksgerichteten Wähler:innenschaft von 1987 enthielt sich vier Jahre später der Stimme (insbesondere im Norden und Nordwesten Finnlands)« (Arter 1991: 402).

Nach einem Wahlerfolg im Jahr 1995 (mit den bis dato besten Ergebnissen) gelang dem Linksbündnis ein »historischer Kompromiss«, als sie Teil einer breiten sozialdemokratisch geführten Regierungskoalition an der Seite der Konservativen wurde und damit einer Koalition, die sich gezwungen sah, eine von Sparmaßnahmen geprägte Politik fortzuführen« (Arter 2002: 7).

Das Abstimmungsergebnis in Bezug auf die Regierungsbeteiligung lag beim gemeinsamen Treffen des Parteivorstands und der Fraktion bei 47 Pro- und 25 Kontra-Stimmen und entsprach so dem traditionellen Anteil der Radikalen innerhalb der Partei. Laut Dunphy war das Linksbündnis »ohne eine breite Debatte innerhalb der Partei und ohne eine klare Vorstellung von dem, was sie zu erreichen hoffte« (Dunphy 2007: 41), in die Regierung gegangen.

Mit der Regierungsbeteiligung kehrte die historische Spaltung zurück: Drei Parlamentsmitglieder stimmten wiederholt gegen die Regierung und wurden schließlich aus der Fraktion ausgeschlossen. Trotzdem trat die Partei bei den Wahlen 1999 geeint an und konnte nahezu das gleiche Maß an Unterstützung wie 1995 erhalten. Nach der Wahl blieb die bisherige Regierung bestehen, die Fraktion der Linken spaltete sich jedoch erneut, als drei Hardliner ihre eigene Fraktion bildeten.

Auch hinsichtlich der EU-Frage war das Linksbündnis uneins. Umfragen zufolge hatte die Mehrheit der Unterstützer:innen beim Referendum von 1994 gegen die finnische Mitgliedschaft gestimmt, die Parteiführung vermied es jedoch, zur Frage der EU-Mitgliedschaft offiziell Stellung zu beziehen. Die wichtigste Änderung der Politik des Linksbündnisses zur EU-Frage kam 1995, als sie sich wegen ihrer Regierungsbeteiligung umgehend als pro-integrationistische Partei präsentieren musste (Raunio 2007: 202).

1997 organisierte das Linksbündnis unter seinen Mitgliedern ein Referendum zur EU-Politik mit dem Ergebnis, dass von den 67%, die sich an der Abstimmung beteiligten, nur 52,5% die finnische Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion (EWU) befürworteten. Dieses negative Ergebnis hätte zum Ausscheiden der Partei aus der Regierung führen können. Allerdings änderte sich die Haltung zur EU im Laufe der Zeit: 2011 waren nur noch 21% der Wähler:innen des Linksbündnisses der Meinung, dass Finnland aus der EU austreten sollte, während 55% die EU-Mitgliedschaft als generell positiv für Finnland beurteilten (Grönlund/Westinen 2012: 172).

Laut Arter (2002) erlebte das Linksbündnis in ihrem ersten Jahrzehnt den Versuch einer Sozialdemokratisierung der Partei, als sich die Sozialdemokraten zunehmend der Neoliberalisierung zuwandten. Es fiel der Partei schwer, neue Wähler:innen zu finden: Der Anteil von Linke-Wähler:innen unter 30 Jahren war 1999 auf 9% gefallen, der Anteil der Arbeiter:innenklasse auf 54% und der Anteil in höheren Bildungsschichten lag unverändert bei nur 6% (Zilliacus 2001: 40-42). Die ehemals zuverlässige Treue der Unterstützer:innen schwand.

Der neuen Parteivorsitzenden Suvi-Anne Siimes (1998–2006) gelang es teilweise, die traditionelle Wähler:innenschaft durch eine hinsichtlich Gender und Klasse erneuerte Mischung von Anhänger:innen zu ersetzen. Eine grundlegende Erneuerung bleibt jedoch aus vor allem hinsichtlich neuer Unterstützermilieus »hin zu einer jüngeren Wählerschaft mit höherem Bildungs-

abschluss«, wobei die soziokulturellen Einstellungen der Mitglieds- und Wählerschaft trotz leichter Abkehr von materiellen Fragen (Zilliacus 2001: 50) von traditionellen Einstellungen dominiert blieb; dies ungeachtet der Positionen der Parteivorsitzenden Siimes, die Ende der 1990er Jahre als Parteivorsitzende »eine prowestliche und marktorientierte Haltung« vertrat. In der medialen Berichterstattung wurde diese Haltung grundsätzlich positiv aufgenommen. Siimes verließ jedoch ihre Partei kurz nach deren Rückkehr in die Opposition 2003 und bezeichnete fortan das Linksbündnis als nicht »regierungsfähig« (Dunphy/Bale 2011: 500).

Die Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit einer gespaltenen Fraktion hatte mit Sicherheit negative Auswirkungen auf das Wahlergebnis der Partei, aber die Wahlen nach dem Jahr 2000 zeigten, dass das Linksbündnis auch Wahlen als Oppositionspartei verlor. Trotz der rückläufigen Unterstützung erachtete es die Partei für notwendig, zu einer Regierungsbeteiligung in der Lage zu sein. Diese Ansicht vertrat den Meinungsumfragen zufolge auch ein großer Anteil ihrer Unterstützer:innen.

2011 beteiligte sich das Linksbündnis mit einer ähnlichen Koalition aus Sozialdemokraten, Konservativen, Grünen und kleinen bürgerlichen Parteien erneut an einer Regierung. Zum Hintergrund dieser Entscheidung gehört der Erfolg der rechtspopulistischen Partei *Die Finnen* im Jahr 2011, mit der sich die politische Situation verändert hatte und in deren Folge die Bildung von Mehrheitsregierung schwieriger geworden war. Die Entscheidung zum erneuten Eintritt in die Regierung wurde in einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Fraktion mit 40 zu 23 Stimmen angenommen (Kontula/Kuhanen 2012: 38-39), wobei das eine Drittel wieder auf eine radikalere Position entfiel. Dieses Mal stimmten zwei Fraktionsmitglieder gegen die Regierung und bildeten ihre eigene Fraktion.

Im März 2014 verließ das Linksbündnis die Regierung aufgrund von Budgeteinschnitten, die die Position der ärmsten Bürger:innen schwächten. Trotzdem erlitt die Partei bei den Wahlen 2015 einen Rückschlag und erreichte mit nur 7,1% der Stimmen und zwölf Abgeordneten ihr schwächstes Parlamentswahlergebnis. Doch dann begann sich das Blatt zu wenden. Bei den Europawahlen 2014 konnte die Partei einen klaren Erfolg verzeichnen, als sie eine stärkere Kandidat:innenliste als 2009 aufstellte und einen 2009 verlorenen Sitz mit deutlichem Abstand zurückgewinnen konnte. Auch die Kommunalwahlen von 2017 waren für das Linksbündnis ein Erfolg, als sie 8,8% der Stimmen erreichte (einen Anstieg von den 8% gegenüber 2012). Bei den Kommunalwahlen erreichte das Linksbündnis in ihren traditionellen Hochburgen im Norden und in den Industriestädten bessere Ergebnisse, weil es mit lokal ausgerichteten Themen und den Kandidat:innen vor Ort gelang, jene Wähler:innen für sich zu gewinnen, denen die nationalen Probleme der Partei fremd waren. Das

Ergebnis der Parlamentswahl von 2019 zeugte vom erneuten Anstieg der Unterstützung für das Linksbündnis bei Parlamentswahlen seit 1995, und die Erhöhung ihrer Abgeordnetenzahl von zwölf auf 16 – der höchste Zuwachs von Parlamentsmitgliedern für die Linke seit 1958.

Die anderen Parteien der radikalen Linken in Finnland umfassen die Finnische Kommunistische Partei, die 1994 neu gegründet wurde, und die 1988 gegründete Kommunistische Arbeiterpartei. Beide Parteien sind wenig einflussreich und haben bei den Wahlen an Unterstützung verloren. Die Kommunistische Partei erreichte bei den Parlamentswahlen ihren höchsten Stimmenanteil im Jahr 1999 und 2003 mit 0,8% und zählte einst mehr als zehn Abgeordnete in Gemeindevertretungen, darunter auch in großen Städten wie Helsinki und Tampere, doch bei den Wahlen von 2017 gelang ihr nur noch der Einzug von zwei Abgeordneten (von 8.999) in zwei kleineren Gemeinden, wobei ein Abgeordneter die SKP später verließ und in die Partei der Finnen eintrat. Bei den Parlamentswahlen von 2019 kam sie nur auf 0,1% der Stimmen. Die Kommunistische Arbeiterpartei erhielt Anfang der 1990er Jahre 0,2% der Stimmen. Dieser Anteil fiel jedoch bei den letzten Wahlen auf 0,03%. Seit 2008 ist sie auf lokaler Ebene nicht mehr vertreten. Diese Parteien hängen einer traditionellen marxistischen Ideologie an, wobei die Kommunistische Partei einen reformierten Ansatz verfolgt, während die Kommunistische Arbeiterpartei der traditionell marxistisch-leninistischen Linie die Treue hält.

Tabelle 1: Linksbündnis und Kommunistische Parteien in den Parlamentswahlen

Jahr	Linke Allianz in %	Abgeordnete	Linksbündnis nach den Wahlen	Kommunistische Partei in %	Kommunistische Arbeiter:innenpartei in %
1991	10,1	19	Opposition	--	0,2
1995	11,2	22	Regierung	--	0,2
1999	10,9	20	Regierung	0,8	0,1
2003	9,9	19	Opposition	0,8	0,1
2007	8,8	17	Opposition	0,7	0,1
2011	8,1	14	Regierung	0,3	0,1
2015	7,1	12	Opposition	0,3	0,04
2019	8,2	16	Regierung	0,1	0,03

Quelle: eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der offiziellen Wahlberichte des Ministeriums für Justiz, Finnland

Veränderung der Unterstützung für das Linksbündnis in der Bevölkerung

Die Volksdemokratische Liga (SKDL) hatte ihre Unterstützung traditionell hauptsächlich aus zwei Regionen bezogen: aus der ländlichen Region im Norden und den Industriestädten. 1966 stammten 20% ihrer Wähler:innenstimmen aus zwei nördlichen Provinzen, in denen nur 12% der finnischen Bevölkerung lebte. Etwa die Hälfte der Unterstützung kam vom Land, wo sie nur leicht unter dem Niveau lag, das die Partei in Städten erreichte (20,2% auf dem Land, 22,7% in kleineren und größeren Städten).

Die große Mehrheit der SKDL-Unterstützer:innen war der Arbeiter:innenklasse zuzurechnen (72 bis 82% von 1948–1980), während der rückläufige Anteil an Landwirt:innen (der 1948 bei 19% gelegen hatte) durch Unterstützer:innen aus der Mittel- und Oberschicht ausgeglichen werden konnte (1980 insgesamt 22%) (Rantala 1982: 174). Die Wähler:innenschaft der Partei war stabil, und von Wahl zu Wahl blieben ihr rund 70 bis 90% ihrer Wähler:innen treu.

Noch in den Jahren 2003–2007 konnte das Linksbündnis als Partei der Arbeiter:innenklasse gelten, doch in den Wahlen von 2015 war die Unterstützung für die Partei in allen sozialen Schichten mit Ausnahme von Unternehmer:innen und Landwirt:innen etwa gleich. Der Stimmenanteil aus der Arbeiter:innenklasse fiel von 41% im Jahr 2003 auf 23% im Jahr 2015 (Westinen 2016: 251-252). Das Linksbündnis fand 2015 in nahezu allen Bildungsschichten Unterstützung, sein Anteil in den bildungsferneren Gruppen war rückläufig und bei jenen mit Hochschulabschluss stieg er an. Bei Universitätsabsolvent:innen ist das Linksbündnis gleichermaßen beliebt wie die Sozialdemokratische Partei und fand bei den Wahlen von 2011 bis 2019 bei Frauen mehr Anklang als bei Männern (Westinen 2016: 258; Grönlund 2019: 15). Im Jahr 2011 stieg auch der Anteil der jungen Wähler:innen, sodass das Linksbündnis in der jüngsten Altersgruppe (18–24 Jahre) mit 14% ihre höchste Popularität genießt (Grönlund/Westinen 2012: 161). Außerdem gab es Verschiebungen innerhalb der Parteienlandschaft: So hatten 16% der Linksbündnis-Wähler:innen von 2011 noch 2007 für die Grünen gestimmt, während das Linksbündnis ganze 20% ihrer vormaligen Wähler:innen an die rechtspopulistische Partei der Finnen verlor (Borg 2012: 198).

Mittlerweile hat das Linksbündnis seinen Rückhalt in der Bevölkerung erheblich erneuern können: Ein eher kleiner Anteil ihrer Wähler:innen stammt aus Familien, in denen die Eltern einst die Volksdemokratische Liga gewählt hatten (22–23% bzw. 44%, wenn man jene in Betracht zieht, die über das Wahlverhalten ihrer Eltern Bescheid wissen, nach den Angaben der Tabelle in Tiisonen et al. 2016: 310).

In den 2010er Jahren kam hinsichtlich der geografischen Verteilung der Unterstützung für das Linksbündnis zu den traditionellen Regionen der Arbeiter:innenklasse und den ländlichen Gebieten im Norden ein dritter Kernbereich hinzu: »Die rot-grüne Blase« in den Mittelschichtgebieten von Universitätsstädten, wo die Grünen die größte Partei sind, aber auch das Linksbündnis viel Unterstützung bekommt, während die Unterstützung für die Sozialdemokraten und die populistische Rechte gering und rückläufig ist. Gleichzeitig ist der Rückhalt des Linksbündnisses sowohl im Norden als auch in industriellen Arbeiter:innenklasse-Gebieten zurückgegangen. Trotz einiger lokaler Erfolge nahm die Gesamtstimmenzahl ab: Den Wähler:innen aus der Arbeiter:innenklasse wurde das Linksbündnis zu ökologisch und zu akademisch und entfernte sich zunehmend von den täglichen Problemen der Arbeiter:innen. 2019 jedoch konnte die Linke jedoch insbesondere in den Arbeiter:innenregionen einen großen Anteil ihrer früheren Wähler:innen zurückgewinnen. Das hängt mit der rückläufigen Unterstützung der populistischen Rechten unter linksgerichteten Wähler:innen und den Wähler:innen der Arbeiter:innenklasse zusammen (siehe auch Suuronen et al. 2020).

Trotz dieser Veränderungen kann das Linksbündnis auch weiterhin rund 8% der Stimmen halten, was zwischen 7,1% in den Parlamentswahlen von 2015 und 8,8% in den Lokalwahlen von 2017 variiert. 2019 lag ihr Ergebnis bei der Parlamentswahl genau dazwischen, nämlich bei 8,2%. Die soziale Veränderung der Mitglieds- und Wähler:innenschaft wird auch innerhalb der Fraktion sichtbar, die nun nicht mehr von über 50-jährigen Männern dominiert wird. 2007 waren von 17 gewählten Abgeordneten nur vier unter 50 Jahre, während 2019 von 16 Abgeordneten 13 jünger als 50 Jahre waren. Seit 2015 sind die meisten Linksbündnis-Abgeordneten Frauen (derzeit neun von 16).

Die Anhänger:innen der Linken lassen sich inzwischen nicht mehr nur als markt- und unternehmenskritisch charakterisieren. Ihre Wähler:innenschaft ist gegenüber sexuellen Minderheiten und Multikulturalismus liberaler geworden und konzentriert sich auch stärker auf Umweltthemen. Bei der Wahl von 2015 waren die Wähler:innen von Linksbündnis und Grünen einander sehr ähnlich (Westinen 2016: 266-267). Bemerkenswert ist auch, dass das Linksbündnis bei jeder Parlamentswahl seit 2003, außer 2015, mehr Wähler:innen von den Grünen gewinnen konnte, als es an diese verloren hat (Pitkänen/Westinen 2019).

Die Wähler:innenschaft des Linksbündnisses scheint eine Mischung aus Alt und Neu zu sein – aus den traditionellen Wähler:innen und den Arbeiter:innen, die eine starke staatliche Umverteilung befürworten, und jüngeren Wähler:innen, die beispielsweise Minderheitenthemen betonen. Als längerfristiger Plan könnte sich anbieten, ein Partei-Image mit noch stärkerer rot-grüner Betonung zu pflegen und gleichzeitig das »neue benachteiligte Proletariat« anzusprechen (Westinen 2015: 254).

Dem Linksbündnis ist es gelungen, die einst rückläufige Unterstützung wieder in Wähler:innenstimmen umzuwandeln oder zumindest seine Position im Parteiensystem zu stabilisieren. Allerdings sucht die Partei ihren Rückhalt in enorm umkämpften Bereichen: Die Wähler:innen der SDP, des Linksbündnisses und der Grünen sind allen drei Parteien gegenüber positiv eingestellt, Tendenz steigend. Wie sich der Wähler oder die Wählerin letztlich entscheidet, hängt oft nur von minimalen Unterschieden ab. Wer sich zwischen SDP und Linksbündnis entscheidet, stimmt letztlich aufgrund ihrer Größe und ihrer damit verbundenen besseren Einflussmöglichkeiten eher für die SDP. Andererseits sind auch die Grünen weiter nach links gerückt, vor allem nachdem das Linksbündnis begann, sich zunehmend grünen und sich alternativen und liberalen Werten anzunähern.

Einer Studie zu den wichtigsten Themen im Wahlkampf 2019 zufolge waren für die Unterstützer:innen der Linken besonders soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung (75% der Befragten, die erklärten, die Linkspartei wählen zu wollen), Umwelt und Klimawandel (71%), Bildung (63%) und Angehörigenversorgung (60%) entscheidend. In all diesen Bereichen lagen die Wähler:innen des Linksbündnisses hinter den Wähler:innen der SDP und der Grünen an zweiter Stelle. Außerdem waren den Linkswähler:innen Minderheitenrechte (42%) deutlich wichtiger als den durchschnittlichen Wähler:innen (Grönlund 2019: 17). In der Wahl von 2019 »schien das Linksbündnis auch von Themen in Verbindung mit dem Klimawandel zu profitieren, da sich die Kampagne der Partei größtenteils auf die gleiche »grüne Agenda« wie die Grünen konzentriert hatte« (Borg 2019: 186). 2019 war die Unterstützung für das Linksbündnis unter den 25- bis 34-Jährigen besonders hoch (ebd.: 189).

Im gleichen Jahr erzielte die Partei mit 11,1% ihr bestes Ergebnis seit 1983 in Helsinki, während die Unterstützung im Norden nachließ. In Helsinki stieg die Anzahl der Stimmen von einem Tiefstwert von 23.000 im Jahr 2003 auf 43.000 im Jahr 2019, während die Anzahl der Stimmen in Lappland zugleich von 26.000 auf 14.000 fiel.

Auch die öffentliche Meinung zum Linksbündnis hat sich grundlegend verändert. Während 1966 nur 11% aller SDP-Wähler:innen die SKDL als Partei angaben, die sie als zweites bevorzugten, nannten sie 49% der SDP-Wähler:innen als eine Partei, der sie auf keinen Fall ihre Stimme geben würden (Pesonen 1973: 122). In den 2010er Jahren stellte sich die Situation komplett anders dar: Rund 30% aller Wähler:innen ziehen das Linksbündnis als mögliche Alternative in Betracht, und bei den Wähler:innen der SDP und der Grünen liegt ihr Anteil sogar bei über 50%.

Das Linksbündnis zählt zu den wenigen Parteien in Finnland, die eine wachsende Mitgliederzahl verzeichnen konnten. Mehr als die Hälfte aller Mitglieder sind in den letzten zehn Jahren in die Partei eingetreten. Die neuen Mit-

glieder sind in der Regel zwischen 30 und 40 Jahre alt, haben einen urbanen Hintergrund, einen hohen Bildungsabschluss und sind etwas mehr Frauen als Männer: 47% der Partei sind Frauen, und 26% sind unter 40 Jahre alt (Mitglieder der Linksjugend ausgenommen). Damit verzeichnet das Linksbündnis den zweithöchsten Frauenanteil und den zweithöchsten Anteil an Personen unter 40 Jahren nach den Grünen (Keipi et al. 2017: 165). Sie lässt sich nicht mehr als eine männlich dominierte Partei bezeichnen, wie es noch vor zehn Jahren der Fall war (Kontula/Kuhanen 2012). Die Unterstützer:innen des Linksbündnisses scheinen vom sozialen Status her den durchschnittlichen finnischen Wähler:innen ähnlich, sind allerdings stark an linken Werten orientiert.

Auf der Suche nach einer Ideologie

Als das Linksbündnis gegründet wurde, fand das Wort »Sozialismus« nur als Referenz zu einem gescheiterten Modell Erwähnung, und die Partei distanzierte sich von allen Ideologien und stellte praktische Ziele in den Vordergrund. Das erste Programm wurde beim Gründungskongress 1990 mit dem Slogan »eine rote Politik für eine grüne und gerechte Zukunft« angenommen. Der Schwerpunkt lag auf nachhaltiger Entwicklung und umfasste zugleich auch die Ideen eines Grundeinkommens, der Gleichstellung der Geschlechter sowie von Abrüstung und Demokratie.

Im zweiten Parteiprogramm von 1998 hieß es: »Der Sturz der Marktwirtschaft ist nicht mehr auch nur ein entferntes Ziel eines bedeutenden Teils der sozialistischen Linken.« Die Marktwirtschaft sollte so reformiert werden, dass sie nicht mehr dem Kapital und der monetären Hegemonie dient, sondern dem Wohlstand aller Menschen. Auch wenn die Europäische Union nicht als solche erwähnt wurde, unterstützte das Programm eine »supranationale demokratische Entwicklung«, und weiter hieß es: »Die Werte und politischen Forderungen der Linksallianz sind universell und reichen somit über Landesgrenzen hinaus.« (Programm des Linksbündnisses von 1998). Die wichtigsten Themen im Programm von 1998 umfassten: wahre Freiheit für alle, Demokratie und nachhaltige Entwicklung, die der Ökonom Jan Otto Andersson, einer der Autoren des Programms, in seinem Artikel als Grundwerte der »dritten Linken« definierte (Andersson 1996).

Das Grundeinkommen war eines der Themen, das linke Generationen gespalten hatte (Kontula/Kuhanen 2012: 31). Nach und nach gewinnt es nun aber die Unterstützung der deutlichen Mehrheit der Wähler:innen und Anhänger:innen der Linken. Eine Meinungsumfrage von 2001 ergab, dass 50% ihrer Wähler:innen die Idee des Grundeinkommens unterstützten, 2020 waren es schon 77% (das entspricht dem höchsten Anteil in allen Parteien). Im

Parteiprogramm spielt das Grundeinkommen keine wesentliche Rolle, doch wird es in den Zielprogrammen für 2016-2019 und 2020-2023 erwähnt (Ersteres ist auf Englisch verfügbar).

Das dritte Programm wurde 2007 angenommen und ist 2020 weiterhin gültig. Dieses Programm sieht das Linksbündnis als sozialistische Partei und lehnt Totalitarismus ab. Als Grundwerte werden Gleichberechtigung, Freiheit und nachhaltige Entwicklung sowie Demokratie genannt. Das Konzept der »dritten Linken« ist jetzt klarer und wird als Kombination der ersten (liberalen) und der zweiten (sozialistischen) Linken mit einer starken Betonung auf Feminismus und Umweltschutz definiert. Außerdem unterscheidet das Programm zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft. Demnach spricht sich das Linksbündnis gegen den Kapitalismus aus, der nur den Interessen der Kapitaleigentümer:innen dient, und möchte außerdem die Marktwirtschaft sowohl landesweit als auch global begrenzen. Zudem beinhaltet das dritte Programm mehr globale Themen und formuliert Ziele zur Erneuerung der EU, während die Währungsunion und der Euro nicht erwähnt werden.

In dem strategischen Papier »Rot-Grüne Zukunft« wird vom Linksbündnis detailliert die zukünftige Gesellschaft beschrieben. Das Papier ist zwar kein Parteiprogramm, wurde jedoch beim Parteikongress 2013 als strategische Orientierung angenommen. Demzufolge zeichnet sich die Gesellschaft der Zukunft durch die Demokratisierung der ökonomischen und politischen Machtstrukturen, eine gerechte Verteilung ökonomischer Ressourcen, den Anstieg der Freiheitsrechte der Menschen, Respekt für die begrenzten Ressourcen der Erde sowie durch universelle und gleiche Rechte aus – unabhängig von Geschlecht, Weltanschauung, ethnischem Hintergrund, Wohlstand, Alter, Krankheit oder Behinderung. Außerdem werden im Dokument die Kürzung des Arbeitstages, die Reduzierung der Einkommensungleichheit und die direkten und partizipatorischen Formen von Demokratie betont. Es wird eine europäische Steuer unterstützt und die EU als eine bestehende Institution betrachtet, die demokratischer gestaltet werden sollte (Red-Green Future 2013).

Zu den Themen, bei denen die Zustimmung gespalten ist, zählen auch die sogenannten grünen, alternativen und liberalen (GAL) Werte und das Verhältnis zur Identitätspolitik. Selbst heute noch – wenn auch weniger häufig als zuvor – ist manchmal zu hören, dass die Linke LGBT-Rechten oder selbst Umweltthemen keine Beachtung schenken sollte. Auch die Haltung des Linksbündnisses als Partei, (laut Ansicht ihrer Wähler:innen) Migration zu befürworten, sorgt bei einer kleinen Minderheit ihrer Wähler:innen für Ablehnung.

Ein weiteres Thema, über das in verschiedenen Parteikongressen abgestimmt wurde, betrifft die Pelztierzucht. Das Verbot der Pelztierzucht mit einer Übergangsperiode wurde im Parteikongress 2010 mit einer sehr knappen Mehrheit von 131 gegen 127 Stimmen (von insgesamt 300 Delegierten) für das

Zielprogramm angenommen. Auch 2013 und 2016 wurde darüber erneut abgestimmt. 2019 sprach sich nur noch ein Delegierter dafür aus, dieses Ziel aus dem Programm zu nehmen. Im Wahlkampf von 2019 wurde das Linksbündnis von der Tierrechtsorganisation Animalia deshalb als Partei beschrieben, die sich am meisten für Tierschutz einsetzt (zusammen mit der Grünen Allianz).

Auch die mit Tierrechten und dem Klimawandel verbundene Unterstützung einer vegetarischen Ernährung und die Art der Speisen, die bei den Tagungen der Partei angeboten wurden, hat für Differenzen gesorgt. Um solche Themen ging es beispielsweise, als der ehemalige Parteisekretär Marko Varajärvi (2013–2016) ankündigte, zur SDP zu wechseln, weil im Linksbündnis für einen fleisshessenden Mann, der die Pelztierzucht, die Kernkraft und die Schwerindustrie unterstützt, kein Platz mehr sei (Kansan Uutiset, 5.8.2016).

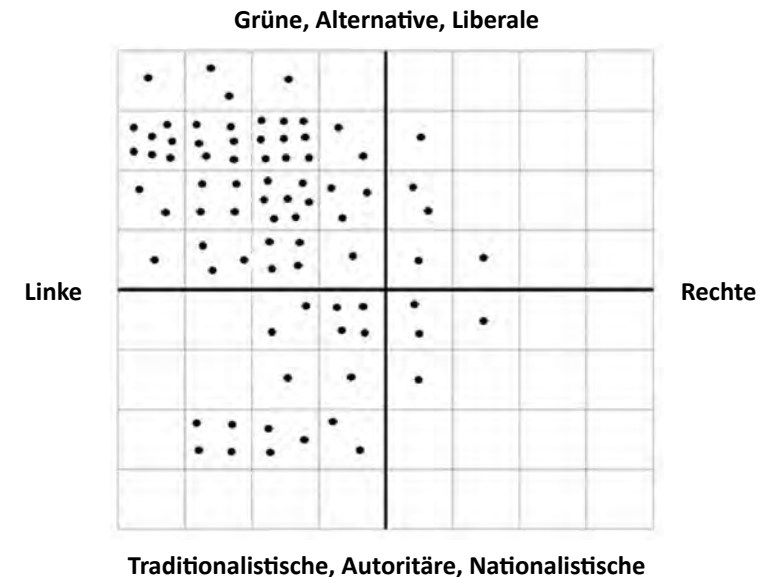
Was die Kernenergie angeht, hat es eine interessante Wendung gegeben. War noch im ersten Programm die Opposition der Partei zum Bau des fünften Kernkraftwerks in Finnland festgeschrieben, so wurde die Kernenergie – unterstützt von Gewerkschafter:innen aus der Schwerindustrie – vom Linksbündnis in der Regierung 2002 akzeptiert, auch wenn die meisten ihrer Abgeordneten im Parlament dagegen stimmten. Mit der wachsenden Sorge zum Klimawandel ist die Haltung zur Kernenergie inzwischen jedoch weniger negativ geprägt. Im Zielprogramm für die Jahre 2020-2023 wird diese zwar weiterhin im Großen und Ganzen abgelehnt. Trotzdem werden die (vier) existierenden Kernkraftwerke und jene (aktuell zwei), die sich im Bau befinden, als »Teil des Spektrums der Energieerzeugung« akzeptiert, »doch sollten keine Planungen für neue große Kernkraftwerke begonnen werden«. Für die Prüfung der Möglichkeit kleinerer Kernkraftwerke ist sie allerdings offen, und die Linksjugend, eine unabhängige Jugendorganisation, die in enger Beziehung zur Partei steht, hat bereits eine Zustimmungserklärung zur Kernenergie als vorübergehende Möglichkeit zur kohlenstofffreien Energieproduktion angenommen.

Auf der wirtschaftspolitischen Skala ist das Linksbündnis und seine Wähler:innen eindeutig links verortet, und auf der GAL-TAN-Skala¹ verorten sie sich in der Nähe grün-alternativ-libertärer Werte. Einer Umfrage von 2020 zufolge sind zwei Drittel der V-Unterstützer:innen der linken GAL-Ecke zuzuordnen, ein Viertel zählt zur linken TAN-Gruppe und 10% zur Mitte-Rechts-Seite der viergeteilten Schemas (eher Mitte) (siehe Abbildung 1)

Das Linksbündnis hat seinen Platz als linke, ökologische und liberale Partei gefunden, die sich auf die Opfer von Diskriminierung und die Armen kon-

¹ Die GAL-TAN-Dimension wird neben der traditionellen Links-Rechts-Dimension verwendet, um die Haltungen von Wähler:innen und Parteien zu soziokulturellen Themen zu beschreiben. TAN steht für Traditionalism/Authority/Nationalism und GAL für Green/Alternative/Libertarian.

Abbildung 1: Wähler:innen der Linken Allianz im viergeteilten Schema
(die Punkte stehen für einzelne Befragte)



Die Haltung der Wähler:innen basiert auf der Beantwortung von Fragen und stellt nicht dar, wo sie sich selbst sehen.

Quelle: Jukka Pietiläinen auf der Grundlage der Meinungsumfrage von 2020

zentriert, ohne jedoch die Arbeiter:innen in unterschiedlichen Bereichen und sogar kleine Unternehmer:innen außen vor zu lassen. Ein zukünftiger Stimmzuwachs von über 10% würde nicht nur Maßnahmen innerhalb der Linken Allianz erfordern, sondern auch Fehler der SDP und der Grünen oder beider, da ein großer Teil der linken, ökologisch eingestellten Wähler:innenschaft diese Parteien sehr nahe beieinander sieht.

Das Linksbündnis plant, beim nächsten Parteikongress 2022 ihr Parteiprogramm zu erneuern und in einigen Diskussionen hat sogar die Idee der »vierten Linken« – einer Linken, die ökologische Themen ernster nehmen sollte – Einzug gehalten.

Literatur

- Andersson, Jan Otto (1996): Fundamental Values for a Third Left. In: *New Left Review* 216, 66-78.
- Arter, David (1991): The Finnish Leftist Alliance: »A Defensive Victory«? In: *Journal of Communist Studies* 7(3), 398-404.
- Arter, David (2002): Communists we are no longer, Social Democrats we can never be: The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 18(3), 1-28.
- Borg, Sami (2012): Perussuomalaiset. In: Borg, Sami (Hrsg.): *Muutosvaalit 2011*. Helsinki, 191-210.
- Borg, Sami (2019): The Finnish Parliamentary Election of 2019: Results and Voting Patterns. In: *Scandinavian Political Studies* 42(3-4), 182-192.
- Dunphy, Richard (2007): In search of an identity: Finland's Left Alliance and the experience of coalition government. In: *Contemporary Politics* 13(1), 37-55.
- Dunphy, Richard/Bale, Tim (2011): The Radical Left in Coalition Government: Towards a Comparative Measurement of Success and Failure. In: *Party Politics* 17(4), 488-504.
- Grönlund, Kimmo (2019): Party Choice. In *Voting and Public Opinion in Finland. The parliamentary elections of 2019*. In: Grönlund, Kimmo/Strandberg, Kim (Hrsg.): *Voting and Public Opinion in Finland*. Åbo. abo.fi/wp-content/uploads/2019/10/Voting_and_Public_Opinion_2019_second_edition_Digi.pdf (18.5.2021).
- Grönlund, Kimmo/Wass, Hanna (2016): Poliittisen osallistumisen eriytyminen – Eduskuntavaalitutkimus 2015 [The Differentiation of Political Participation – Parliamentary Election Study 2015]. Oikeusministeriö. Helsinki.
- Grönlund, Kimmo/Westinen, Jussi (2012): Puoluevalinta. In: Borg, Sami (Hrsg.): *Muutosvaalit 2011*. Helsinki, 156-188.
- Keipi, Teo/Koiranen, Ilkka/Koivula, Aki/Saarinen, Arttu (2017): A deeper look at party members – assessing members' and supporters' social structure. In: *Research on Finnish Society* 10, 162–170.
- Koivula, A./Koiranen, I./Saarinen, A./Keipi, T. (2019): Social and ideological representativeness: A comparison of political party members and supporters in Finland after the realignment of major parties. *Party Politics*.
- Kontula, Anna/Kuhanen, Tomi (2012): Rebuilding the Left Alliance – Hoping for a new beginning. In: Daiber, Birgit et al. (Hrsg.): *From revolution to coalition – radical left parties in Europe*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 26-40.
- Parteiprogramm des Linksbündnisses (1998): Party programme. www.fsd.tuni.fi/pohtiva/ohjelmalistat/VAS/807 (18.5.2021).
- Paloheimo, Heikki/Sundberg, Jan (2005): Puoluevalinnan perusteet. In: *Vaalit ja demokratia Suomessa* (ed. Heikki Paloheimo), 169–201. WSOY, Helsinki.
- Pesonen, Pertti (1973): Dimensions of Political Cleavage in Multi-Party Systems. In: *European Journal of Political Research* 1, 109-132.
- Pitkänen, Ville/Westinen, Jussi (2019): Tietopaketti eduskuntavaaleista – Mitä aikaisemmat vaalit osoittavat? Helsinki.
- Puhakka, Sirpa (2015): *Vasemmistoliiton synty*. Helsinki.
- Rantala, Onni (1982): Suomen puolueiden muuttuminen 1945–1980. *Gaudeamus*.
- Raunio, Tapio (2007): Softening but persistent: Euroscepticism in the Nordic EU countries. *Acta Politica* 42:2-3, 191-210.

- Red-Green Future (2013): *The Left Alliance*. Helsinki. Red-Green Future. fsd.tuni.fi/pohtiva/ohjelmalistat/VAS/1128 (20.5.2021).
- Söderlund, Peter (2019): Multiple Party Preferences and Party Choice in Finland. In: Grönlund, Kimmo/Strandberg, Kim (Hrsg.): *Voting and Public Opinion in Finland. The parliamentary elections of 2019*. Åbo.
- Spring, Seija/Spring, D.W. (1980): The Finnish Communist Party: Two Parties in One. In: Childs, David (Hrsg.): *The Changing Face of Western Communism*. London, 172-204.
- Suuronen, Aleksio/Grönlund, Kimmo/Sirén, Rasmus (2020): Puolueiden äänestäjät. In: Borg, Sami et al. (Hrsg.): *Poliittikan ilmastonmuutos*. Eduskuntavaalitutkimus 2019. Helsinki, 260-287.
- Tiihonen, Aino/Kestilä-Kekkonen, Elina/Westinen, Jussi/Rapeli, Lauri (2016): Puoluekannan periytyminen vanhemmilta lapsille. In: Grönlund, Kimmo/Wass, Hanna (Hrsg.): *Poliittisen osallistumisen eriytyminen – Eduskuntavaalitutkimus 2015*. Helsinki.
- Upton, Anthony F. (1973): The Communist Party of Finland. In: Upton, Anthony F. (Hrsg.): *The Communist Parties of Scandinavia and Finland*. London, 105-325.
- Westinen, Jussi (2015): Cleavages in contemporary Finland: A study on party-voters. Åbo.
- Westinen, Jussi (2016): Puoluevalinta Suomessa 2000-luvulla. In: Grönlund, Kimmo/Wass, Hanna (Hrsg.): *Poliittisen osallistumisen eriytyminen – Eduskuntavaalitutkimus*. Helsinki.
- Zilliacus, Kim O. K. (2001): »New politics« in Finland: The greens and the left wing in the 1990s. In: *West European Politics* 24(1), 27-54.

Estland: Von einer marginalen linken Partei zur marginalen Partei einer nationalen Minderheit

von Jukka Pietiläinen

Das politische System Estlands

Die Geschichte und Entwicklung der »Partei der Vereinigten Linken Estlands« (*Estonian United Left Party, EULP*) wird durch die Schwierigkeiten einer kleinen radikal linken Partei in einem postsozialistischen Land mit ethnischen Spaltungen und einer rechten Dominanz charakterisiert. Sie hat viele verschiedene Phasen durchschritten und sich hinsichtlich ihres Profils von einer estnisch dominierten kleinen Partei zu einer vor allem aus Russland unterstützten Minderheitenpartei bewegt. Wiewohl es zahlreiche Versuche gab, mit größeren oder anderen Kleinparteien eine Koalition zu formen, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, wurden nur wenige dieser Versuche realisiert, und noch weniger waren erfolgreich. Während der letzten 30 Jahre hat sich das estnische Parteiensystem enorm verändert: Parteien haben fusioniert, sich gespalten, und neue Formationen haben leicht große Unterstützung gefunden. Im Jahr 2003 bekam die eben gegründete Partei Res Publica 25% der Stimmen bei den Parlamentswahlen (Taagepera 2006). 2007 kamen dann die Grünen ins Parlament, fielen jedoch bei den nächsten Wahlen 2011 wieder heraus. Und in letzter Zeit wurde eine neu organisierte Konservative Volkspartei (*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond, EKRE*) äußerst populär. Ebenso zeigten sich Regierungskoalitionen flexibel, insofern die Sozialdemokraten mit den Konservativen koalierten und derzeit die eher linksstehende Zentrumspartei mit der Konservativen Volkspartei regiert.

Das estnische Parteiensystem kann als sehr unbeständig beschrieben werden, doch seit den 1990er Jahren hat die Unbeständigkeit abgenommen und 2011 das durchschnittliche westeuropäische Niveau erreicht. Derzeit »könnte das estnische Parteiensystem als mäßig fragmentiert beschrieben werden: Es gibt zwar eine Überlebenschance für kleinere und mittlere Parteien, doch ist es nicht leicht.« (Saarts 2015)

Zwischen 1992 und 1995 befanden sich die Sozialdemokraten (*Sotsiaaldemokraatlik Erakond, SDE*) in Koalition mit der konservativen Pro Patria-Partei, sie gingen mit bei der Idee der Rechten, ein pauschales Einkommenssteuersystem einzuführen, und 2007 hatte die SDE unter ihren Wähler:innen den niedrigsten prozentualen Anteil – 26% – an ungelernten und Facharbeiter:innen gegenüber sämtlichen maßgeblichen estnischen Parteien (Pettai/Saharov 2013).

Die estnischen Grünen gehören zu den wenigen grünen Parteien, deren Unterstützer:innen sich eher auf der rechten als der linken Seite des politischen

Spektrums verorten. Und nach wie vor hat das Land, selbst wenn sich die estnische Sozialdemokratie in den letzten Jahren nach links bewegt hat, gemessen an europäischen Standards eine relativ stark rechtslastige sozialdemokratische Partei (Sikk/Andersen 2009: 362, 370).

Anders als Lettland verfügte Estland nicht über erfolgreiche politische Parteien, die die russischsprachige Minderheit repräsentiert hätten. Russische Parteien waren zwar zwischen 1995 und 2003 im estnischen Parlament vertreten. Und doch vermochten es russische Repräsentant:innen nicht, effizient am Entscheidungsprozess teilzunehmen, worin sich ein Mangel an politischer Erfahrung und Professionalität manifestierte. So konnten sie lediglich Probleme ansprechen, jedoch Entscheidungen nicht beeinflussen (Tolvaišis 2011: 114). Im Jahr 2003 erhielt die »Partei der Vereinten Völker« (*United People's Party*), die erfolgreichste russische Partei, nur 2,2% der Wahlstimmen, während eine weitere, die »Russische Partei Estlands«, bei 0,2% blieb. Im Jahr 2012 fusionierte diese letztere Partei mit der sozialdemokratischen SDE. So gibt es derzeit keine Partei, die die russische Bevölkerung vertreten würde. Insbesondere ab dem Jahr 2000 stimmten viele russische Wähler:innen für die links der Mitte stehende »Zentrumspartei« (*Eesti Keskerakond, KESK*), die die Minorität gezielt angesprochen hatte. Seit den Parlamentswahlen von 2003 war keine der Minderheitenparteien mehr in der Lage, Sitze im Parlament zu gewinnen, und sie verschwanden aus dem estnischen Parteiensystem (Higashijima/Nakai 2011). Die Zentrumspartei und später auch die Sozialdemokratische Partei hatten indessen mehrere Russischsprachige unter ihren Abgeordneten.

2012 unterstützten ganze 75% der russischsprachigen Bevölkerung die Zentrumspartei und 12% die Sozialdemokratie. Doch jüngsten Umfragen zufolge sank mit der Regierungskoalition der ersteren mit der rechtspopulistischen konservativen Volkspartei ihre Popularität bei russischsprachigen Wähler:innen auf ein Niveau von 50%.

Das Wahlsystem Estlands stellt eine Hybridform aus personalisierter und Listenwahl dar. Die Wählenden entscheiden sich auf Wahlkreisebene für eine einzige Kandidatin oder einen Kandidaten. Diese sind dann gewählt, wenn die Summe ihrer Stimmen oder aber die Summe der Stimmen für die Partei im Wahlkreis hoch genug ist. Die übrigen Sitze werden auf die Parteien verteilt, sofern diese auf über 5% der Stimmen kommen. Estland ist in zwölf Wahlkreise unterteilt (von denen drei in der Stadt Tallinn liegen), und die Anzahl der Abgeordneten in jedem Wahlkreis variiert zwischen fünf und 15. Das estnische Parlament hat insgesamt 101 Abgeordnete.

Das Parteiengesetz Estlands verlangt, dass eine politische Partei bei ihrer Registrierung mindestens 1.000 Mitglieder haben soll. In einem Land mit insgesamt weniger als einer Million Einwohner:innen erscheint dies als eine recht hohe Zahl. Fällt die Mitgliederzahl unter die 1.000, so können die Behörden die

Auflösung der Partei verlangen (Parteiengesetz 1994). Erst im Jahr 2014 wurde die Mindestanzahl von Mitgliedern auf 500 herabgesenkt. Ein hoher Prozentsatz der Bewohner:innen Estlands verfügte zudem nicht über die estnische, ein Teil sogar über gar keine Staatsbürgerschaft.¹ So war es ihnen nicht möglich, an landesweiten Wahlen teilzunehmen, obwohl auf lokaler Ebene auch ein Wahlrecht für lange im Land Ansässige besteht.

Die Geschichte linker Parteien in Estland

Die Vorgeschichte der heutigen »Partei der Vereinigten Linken Estlands« (*Eestimaa Ühendatud Vasakpartei*, EULP) liegt in jener Fraktion der estnischen Kommunistischen Partei, die sich für Unabhängigkeit von Russland einsetzte und die 1992 den Namen »Demokratische Partei der Arbeit Estlands« (EDLP) annahm. Diesen Namen behielt die Partei bis 1997, bis 2004 wurde sie »Sozialdemokratische Partei der Arbeit Estlands« (ESDLP) genannt. Zu Beginn des Jahres 2005 wurde die Partei dann in »Linke Partei Estlands« umbenannt, 2008 verschmolz sie mit der Verfassungspartei und wird seitdem als »Partei der Vereinigten Linken Estlands« (VLE) geführt.

Nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 fand die erste Parlamentswahl in Estland im September 1992 statt. An diesen Wahlen partizipierte die EDLP über eine Kandidatenliste mit dem Titel *Vasakvõimalus* (Linke Option), auf der 14 Kandidat:innen antraten, die zusammen 1,6% der Stimmen erhielten (Alatalu 2008: 178). Der bekannteste Kandidat war Vaino Väljas, Vorsitzender der EDLP und früherer Führer des estnischen *Sowjets*. Väljas bekam fast 2.700 Stimmen in einem Wahlkreis, der Regionen außerhalb Tallinns einschloss (die Bezirke Harjumaa und Raplamaa); die Partei erhielt hier 5,9% der Stimmen. Auf nationaler Ebene lag die Partei jedoch weit unter der Fünf-Prozent-Schwelle. Und während der Wahlkampagne gab es zugleich eine intensive antikommunistische Propaganda (ebd.: 179).

Bei den allgemeinen Wahlen 1995 war die »Demokratische Partei der Arbeit« (*Eesti Demokraatlik Tööerakond*) Teil des Wahlbündnisses *Õiglus* (dt. Gerechtigkeit), gemeinsam mit der »Partei des rechtlichen Gleichgewichts« (*Õigusliku Tasakaalu Erakond*), einer Formation mit Fokus auf die Rechte je-

¹ Nach Erreichen der Unabhängigkeit 1991 wurde die estnische Staatsbürgerschaft nur denjenigen gewährt, deren Vorfahren im Jahr 1940 estnische Bürger:innen gewesen waren. Etwa 30% der Bevölkerung verblieb ohne estnische Staatsbürgerschaft, und viele von ihnen ohne jegliche Staatsangehörigkeit. Im Jahr 2000 betrug der Anteil an Nicht-Bürger:innen 12%; im Jahr 2020 waren immer noch um 5% der estnischen Bevölkerung ohne irgendeine Staatsangehörigkeit, während etwa 9% Bürger:innen anderer Länder, meist Russlands, waren.

ner, denen die Möglichkeit zur Privatisierung ihrer Häuser vorenthalten wurde. Bereits im Jahr 1995 war Vaino Väljas der erste Kandidat auf der Parteiliste. Die Koalition erhielt 2,3% der Stimmen, und ihren höchsten Anteil in Tallinn (5,1%) sowie dem russisch dominierten Wahlkreis Ida-Virumaa im Osten. In der Stadt Narva betrug ihr Stimmenanteil indes 33,2%, sodass sie dort zur zweitstärksten Partei wurde.

Im Jahr 1997 wurde die Partei durch Gerichtsentscheid aus dem letzten Gebäude in ihrem Besitz verwiesen. Die Soziale Bank, über welche die Partei ihre Finanzgeschäfte abgewickelt hatte, meldete Konkurs an. Im Ergebnis musste die Partei auch die Herausgabe ihrer Monatsschrift *Eile, Täna, Homme* (dt. Gestern, Heute, Morgen), die von 1996 bis 1997 erschienen war, einstellen (Alatalu 2008: 182).

Nur eine Legislaturperiode im Parlament

Trotz Rückschlägen gelang es dem neuen Parteiführer Tiit Toomasalu (geb. 1949, Vorsitzender von 1996 bis 2004), erfolgreiche Bündnisse zu schmieden. Gleichzeitig verloren die Sozialdemokraten aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit rechten Parteien an Boden, und die Koalition russischer Parteien trennte sich.

Bei den Wahlen 1999 bildete die Sozialdemokratische Partei der Arbeit ein Wahlbündnis mit einer russisch dominierten »Estnischen Partei der Vereinten Völker« (*Eestimaa Ühendatud Rahvapartei*); dieser Block übersprang erfolgreich die Fünf-Prozent-Hürde und erhielt sechs Abgeordnete, von denen zwei, Tiit Toomasalu und Endel Paap, der ESDLP angehörten. Die »Partei der Vereinten Völker« wurde »von einigen Bürger:innen der russischen Minderheit, Ex-Kommunist:innen und der Nomenklatura unterstützt«, sie »richtete sich gegen Marktreformen sowie die NATO-Mitgliedschaft« (Fitzmaurice 2001: 145). Einer Umfrage zufolge erfuhr der Block am meisten Unterstützung von russischsprachigen Wähler:innen (69%), Menschen mit universitärer Bildung (55,2%) und mittleren Einkommen (der Anteil derer, deren Einkommen bei weniger als 1.500 Euro lag, war gemessen an allen relevanten Parteien mit 14,3% klar der geringste). Die Wähler:innen des Blocks waren nicht besonders alt (nur 17% über 60 Jahre), die Mitglieder der ESDLP jedoch am ältesten im Vergleich zu allen estnischen Parteien (62,5% über 60 Jahre). Die Mitglieder des anderen Blockpartners, der »Partei der Vereinten Völker«, waren hingegen eher mittleren Alters (Toomla 2005: 151-155). Die Koalition erreichte ihren höchsten Stimmenanteil im russisch dominierten Ida-Virumaa (26,7%) und in Tallinn (10,5%). Sie erhielt auch die Mehrheit der Stimmen in der östlichen Stadt Sillamäe (53,5%) sowie hohe Anteile in Maardu (östlich von Tallinn, 42,8%), Kohtla-Järve (37,3%) und Narva (31,6%), beide im Osten des Landes gelegen.

Was die zwei gewählten Abgeordneten anging, war Endel Paap Vorsitzender der Minenarbeitergewerkschaft. Er erhielt mehr als 2.500 Stimmen in der Minenregion Ida-Virumaa. Toomsalu erhielt zwar nur 134 Stimmen, wurde dann aber gewählt, weil er der Zweite auf der Parteiliste war, während Paap auf Platz fünf kandidiert hatte. 2001 trat Paap jedoch der Zentrumspartei bei. Im Parlament war Toomsalu Mitglied des Verfassungskomitees; zwar machte er eine Vielzahl von Überarbeitungsvorschlägen, jedoch wurden »alle seine Initiativen blockiert und im Jahr 2002 sogar eine Änderung verabschiedet, gemäß der alle Änderungsanträge und Initiativvorschläge ausgeschlossen blieben, die von nur einem Abgeordneten unterstützt worden waren« (Alatalu 2008: 184). Toomsalu opponierte ebenso gegen die Mitgliedschaft Estlands in der Europäischen Union und der NATO ebenso wie gegen eine Erklärung, die Verbrechen der sowjetischen und deutschen Besatzungstruppen in Estland von 1940 bis 1990 verurteilte – in dieser Sache war er das einzige Parlamentsmitglied. Im Herbst 2002 war Toomsalu der aktivste Sprecher im Parlament (delfi.ee, 20.12.2002).

Durch ihre Vertretung im Parlament erhielt die ESDLP Staatliche Unterstützung für ihre Aktivitäten – im Jahr 2003 betrug diese 159.000 Kronen² (10.000€) – und konnte ihre Zeitung *Sotsiaalne demokraatia* (Soziale Demokratie) herausgeben. Die »Partei der Vereinigten Linken Estlands« und Toomsalu waren ein wichtiger Teil der Anti-EU-Kampagne in Estland vor dem Referendum von 2003 (Eesti päevaleht, 31.5.2003); bei dem am 14. September 2003 abgehaltenen Referendum stimmten zwei Drittel (66,8%) der estnischen Wähler:innen für den Anschluss an die EU.

Sinkende Unterstützung und Vereinigung 2003 bis 2015

Trotz der Aktivitäten Toomsalus im Parlament sank die Popularität der ESDLP. Bei den Kommunalwahlen von 2002 hatte sie Schwierigkeiten, Koalitionen zu bilden, und in ihrer Hochburg Narva standen alle potenziellen Kandidat:innen auf Listen anderer Parteien (Alatalu 2008: 185). Im November 2002 versuchte die interne Opposition Toomsalu zu verdrängen, doch die Mehrheit eines außerordentlichen Kongresses unterstützte ihn. So konnte er seine Position erneut sichern (ebd.: 185).

Bei den allgemeinen Wahlen im März 2003 trat die ESDLP allein an und bekam nur 0,4% der Stimmen; auch ihr Koalitionspartner, die estnische »Volksunion«, ging mit nur 2,2% der Stimmen daraus hervor. Die russische Bevöl-

² Am 1. Januar 2011 wurde die Estnische Krone mit dem Beitritt Estlands zur Europäischen Wirtschaftsunion durch den Euro abgelöst.

kerung war zunehmend dazu übergegangen, estnische Parteien zu wählen, zumeist die »Zentrumspartei«, und die auf die russische Minderheit orientierten Parteien spielten nur noch eine untergeordnete Rolle in der estnischen Politik.

Auf dem Parteikongress im Dezember 2004 wurde die Partei in »Estnische Linke Partei« umbenannt, eine neue Vorsitzende, Sirje Kingsepp, ersetzte Toomsalu. Sirje Kingsepp war eine 35-jährige Buchhalterin und Teilnehmerin einer Reality-TV-Show. In einem Interview sagte sie, sie sei keine Kommunistin, sondern Sozialistin und Feministin. Es gebe Hoffnungen, durch einen verjüngten Vorsitz jüngere und neue Wähler:innen zu erreichen (Eesti päevaleht, 23.12.2004). Kingsepp schlug vor, an den Kommunalwahlen 2005 mit einer Liste neuer Gesichter teilzunehmen. Dies wurde jedoch von anderen Mitgliedern der Parteileitung nicht unterstützt. Kingsepp stellte gleichwohl eine Liste von neuen Kandidat:innen in Tallinn zusammen und gewann 189 Stimmen (0,1%), während die lokale Parteiorganisation in Tallinn, die Toomsalu anführte, sich im Bündnis mit der »Partei der Vereinten Völker« an den Wahlen beteiligte. Dieses Bündnis erhielt rund 4.000 Stimmen, von denen auf die Kandidat:innen der Linken Partei nur 133 entfielen (Alatalu 2008: 185-186).

Im Jahr 2005 hatte die Linke Partei 1.100 Mitglieder, von denen die meisten in Tallinn lebten. Etwa 10% dieser Mitglieder waren jünger als 35 Jahre, 45% von ihnen waren Frauen.³ Die Zeitung *Sotsiaalne demokraatia* scheint im Jahr 2006 ihr Erscheinen eingestellt zu haben. Die Popularität der Linken Partei konnte durch die nationalen Wahlen vom März 2007 nicht gesteigert werden. Sie brachte es auf nur 607 Stimmen (0,1%). Im Juni 2007 trat die Vorsitzende Sirje Kingsepp aufgrund des schlechten Ergebnisses und interner Konflikte aus der Partei aus.⁴ Hiernach übernahmen bis zur Vereinigung der zwei Parteien im Juni 2008 die Vizevorsitzenden Enn Ehala und Malle Salupere die Führung.

Im Jahr 2007 verhandelten drei Parteien – die Linke Partei Estlands, die Verfassungspartei und die »Russische Partei in Estland« –, um sich zusammenzuschließen und eine neue Partei unter dem Namen »Estnische Vereinigte Linke Partei« (*Eesti Vasakpartei*) zu gründen. Zuletzt blieben nur zwei der erwähnten Parteien übrig, die diesen Prozess weiterführten und in einem Kongress im Jahr 2008 fusionierten. Eine derselben, die Verfassungspartei, war in erster Linie eine russische Partei, die früher ein Bündnispartner der Linken Partei mit dem Namen »Volksunion« gewesen war.

³ Siehe die Website der Eesti Vasakpartei.

⁴ Siehe die Website www.erakonnad.info. Auf dieser Webseite finden sich Informationen zur Entwicklung politischer Parteien in Estland.

Für die Linke Partei lag der Grund zur Partnersuche in ihrer sinkenden Mitgliederzahl, die Anfang 2008 auf an die 1.000 gefallen war. Das war damals das Minimum, um in Estland als politische Partei registriert zu bleiben. Formal wurde keine neue Partei gegründet; die Mitglieder der Verfassungspartei wurden in die Linke Partei aufgenommen, diese wurde dann in »Vereinte Estnische Linke Partei« umbenannt. Die neuvereinigte Partei bildete zwei Gruppen, die auf den früheren Parteien beruhten, und die Vorsitzenden dieser Gruppen, Heino Rütli und Sergei Jürgens, wurden Parteivorsitzende.⁵

Die neue Partei hatte zu Beginn ihre zusammengeführte Mitgliederzahl halten können und hatte im Jahr 2010 2.425 Mitglieder. Im Jahr 2015 fiel diese Zahl jedoch auf unter 2.000 und auf 1.745 im Jahr 2020.⁶ Gleichwohl hat sie mehr Mitglieder als andere nicht im Parlament vertretene Parteien. An den Parlamentswahlen 2011 nahm die »Vereinigte Linke Partei« nicht unter ihrem eigenen Namen teil, sondern im Bündnis mit der »Estnischen Volkunion« (*Eestimaa Rahvaliid*), die später eine der Gründungsparteien der rechtspopulistischen »Konservativen Volkspartei Estlands« (*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond*) werden sollte. Die Volkunion befand sich in einer politischen Krise, nachdem sie Teile der Parteielite verloren hatte und bedurfte offensichtlich eines Partners. Dazu, weshalb sich die Linke Partei auf diese Koalition einließ, gibt es allerdings keine Informationen; die gegen den EU-Beitritt gerichtete Position der Volkunion mag eine Rolle gespielt haben. Das Bündnis erhielt nur 2,1% der Stimmen und kam nicht über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Volkunion wurde als »agrarisches orientierte Partei mit Anziehungskraft insbesondere auf die ländliche Bevölkerung« (Saarts 2015: 214) charakterisiert.

Im Februar 2012 führten die Vereinigte Linke Partei und die Zentrumspartei Verhandlungen um einen Zusammenschluss (Postimees, 29.2.2012; vgl. auch Saarts/Lumi 2012: 192). Diese scheinen ohne Ergebnis beendet worden zu sein, und im Rahmen der Wahlkampagne 2019 bezeichnete die Führung der Linken Partei die Zentrumspartei als Hauptgegner. Das kam einer Meinungsmache gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung gleich (Nachrichtenportal ERR, 6.2.2019). Auf dem Parteikongress im September 2012 wurde Valev Kald als Vorsitzender der Vereinigten Linken gewählt. Die Wahlen von 2015 waren die ersten, an denen die Linke Partei mit einer eigenen Liste von 25 Kandidat:innen teilnahm; sie errang jedoch nur 764 Stimmen (0,1%).

⁵ Siehe www.eerakonnad.info sowie die Website *Eesti Vasakpartei*.

⁶ Siehe dazu die Estnische Wikipedia-Seite »Eesti erakondade loend« (2020).

Interne Konflikte und geringe Popularität

Im Jahr 2016 traten interne Konflikte innerhalb der Partei hervor. Mitglieder der Parteiführung wurden ausgeschlossen; diese erachteten die verbleibende Führung als verantwortlich für die Krise und das schlechte Abschneiden bei den Wahlen. Der Parteikongress wurde als illegitim kritisiert (Delfi TV, 2.4.2016). Beim Kongress der Partei 2017 dauerten die Konflikte an, doch Valev Kald wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt (delfi.ee, 1.3.2017).

Im Jahr 2017 erhielt die Partei eine Gruppe von neuen Mitgliedern aus der russischen Minderheit. Dazu gehörte Mstislav Rusakov, der zuvor versucht hatte, eine neue »Partei der Völker Estlands« (*Eesti Konservatiivne Rahvaerakond*) zu gründen, die vor allem auf die russischsprachige Minderheit ausgerichtet war. (Delfi, 16.2.2017) Laut dem Vorsitzenden Valev Kald stammten drei von elf Personen in der Parteiführung von 2017 aus dieser neuen Gruppe. Diese hatte zuvor das Parteiprogramm und den internationalen Charakter der Partei akzeptiert. (Postimees, 27.7.2017)

Im Dezember 2018 wurde Julia Sommer zur neuen Vorsitzenden gewählt. Dem vorausgegangen war ein Versuch dreier von Rusakov angeführter Leitungsmitglieder, einen Parteikongress im November 2018 zu organisieren, was von Sommers Gruppe als ungültig erklärt wurde. Beim Parteikongress im Dezember 2018 wurden Rusakov und zwei weitere Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. (Delfi TV, 8.12.2018) Medieninformationen zufolge bestand der Konflikt zwischen estnischen und russischsprachigen Parteimitgliedern; von 1.800 Mitgliedern waren 600 estnischer Muttersprache (Tartu Postimees, 26.2.2019). Die zwei sich gegenüberstehenden internen Gruppen reichten zu den allgemeinen Wahlen 2019 zwei verschiedene Kandidatenlisten ein. Von denen akzeptierte die Wahlkommission diejenige, die von Julia Sommer angeführt wurde. Die Partei erhielt 511 Stimmen bzw. 0,1% aller Stimmen (Pet-tai 2019: 148). Von den elf Kandidat:innen hatte die Mehrheit estnische Namen, die Hälfte war in den 1980er Jahren geboren. Im Januar 2020 wurden Julia Sommer und drei weitere Parteimitglieder durch eine Entscheidung des Amtsgerichts in Harju von der Linken Partei ausgeschlossen. Einem russischsprachigen Nachrichtenportal zufolge wird nach dieser Gerichtsentscheidung Mstislav Rusakov Aussicht auf den Vorsitz haben (Tribuna, 24.2.2020). Vermutlich als Folge des Konflikts war die Website der Linken Partei un erreichbar, die Facebook-Seite ist nicht aktuell. Eine neue Website, gänzlich auf Russisch, wurde für die Partei entwickelt (*estleft.ee*), ebenso eine neue Facebook-Seite, die im November 2018 veröffentlicht wurde. Die geringfügige Rolle der »Vereinigten Linken Partei« in estnischer Politik drückt sich auch darin aus, dass Berichterstattung über den internen Konflikt in estnischsprachigen Medien fast gänzlich fehlt und in russischsprachigen äußerst selten ist.

Wenige Erfolge auf lokaler Ebene

Die Partei war bei Kommunalwahlen nicht erfolgreicher als bei Parlamentswahlen. 1996 verfügte sie über bedeutende Unterstützung in Narva, Jõhvi und Nord-Tallinn. Im östlichen Narva wurde sie mit 23,4% und acht Mitgliedern im 23-köpfigen Stadtrat zweitgrößte Partei. In Tallinn kam sie auf 1,2% und schaffte es damit nicht in den Stadtrat. Bei den Lokalwahlen von 1999 stellte die Sozialdemokratische Linke Partei eigene Kandidat:innen in drei Kommunen auf. In Narva erhielt sie einen Stimmenanteil von 12,0% und entsendete drei Stadtratsmitglieder, in Tallinn lag ihr Ergebnis bei 0,5% der Stimmen und sie erhielt keine Sitze. In Tartu beteiligte sich die Linke Partei an einem Zusammenschluss mit zwei russischen Parteien. Gemeinsam kamen sie auf 5,2% der Stimmen und errangen einen Sitz im Stadtrat.

Ein für die Wahlen von 2002 gebildeter Wahlblock »Für ein soziales und demokratisches Tallinn« erreichte einen Stimmenanteil von 0,4% und keine Mandate im Stadtrat. In Tartu erschien eine Kandidatenliste unter Beteiligung der Linken Partei unter dem Titel »Eine gute Idee«, doch erhielt diese nur 260 Stimmen (0,7%). Die Partei verlor ihre Vertretung in Narva und blieb nur in wenigen kleinen Städten und Kommunen Teil der Lokalverwaltung.

Im Jahr 2005 stellte die Linke Partei Kandidat:innen in drei Kommunen auf – in Tallinn, Tartu und Kuressaare –, und die Gesamtzahl der Stimmen lag bei nur 317 oder 0,1%. Derweil errang die Estnische Volkunion die Mehrheit der Stimmen in Maardu (76,2%). Im Jahr 2009 nahm die Linke Partei überhaupt nicht an Kommunalwahlen teil, während sie zu den Wahlen 2013 nur in Tartu eine eigene Liste mit zwei Kandidat:innen aufstellte und 36 Stimmen erhielt. Zu den Lokalwahlen 2017 stellte die »Vereinigte Linke Partei Estlands« Kandidat:innen in sechs Kommunen auf, doch nur einer von ihnen in Maardu überschritt die Schwelle von 5% mit 7,6% Stimmenanteil und erhielt ein Mandat (von 21). In Tallinn erhielt die Partei 0,3% der Stimmen. Maardu war lange Zeit eines der Zentren der Linken Partei (eigentlich der »Vereinigten Linken Partei Estlands« / der Verfassungspartei). Nach der Fusion war Georgi Bystrov, der Bürgermeister, einer der führenden Kandidaten gewesen. Nach Bystrovs Tod im Jahr 2015 gewann im Jahr 2017 die Zentrumsparterie die Mehrheit bei den Kommunalwahlen.

Bei Europawahlen hatten die Linke Partei und die Vereinigte Linke Partei auch nur geringe Erfolge. Im Jahr 2004 vereinte die ESDLP mit drei Kandidat:innen 1.057 (0,5%) der Stimmen auf sich. Der höchste Stimmenanteil entfiel dabei auf den Kreis Ida-Virumaa (1,3%). 2009 stellte die Vereinigte Linke sechs Kandidat:innen auf, darunter den Bürgermeister von Maardu, Georgi Bystrov. Sie erhielt mit 3.519 Stimmen (0,9%) das beste Ergebnis, das jemals in einer Wahl seit dem Jahr 2000 erreicht wurde. Die höchsten Stimmenanteile gab es in

Ida-Virumaa (4,1%) und Harjumaa (1,6%). Später verringerte sich der Stimmenanteil: 2014 waren es 224 Stimmen (0,1%) mit einem Kandidaten, Valev Kald, 2019 war die einzige Kandidatin Julia Sommer, die 221 Stimmen holte (0,1%).

Von einer estnischen zu einer russischen Partei

Den Namen der Kandidat:innen nach zu urteilen war die EDLP in den 1990er Jahren zuvorderst eine Partei von ethnischen Est:innen. 1992 waren alle ihre Kandidat:innen für Parlamentswahlen, soweit ihre Namen dies erkennen lassen, Est:innen. 1995 stellte sie 105 Kandidat:innen auf, von denen mehr als 75% dem Namen nach estnischer Herkunft waren. Danach ändert sich dieses Bild. Im Jahr 1999 hatte die gemeinsame Liste der Vereinigten Volkspartei und der EDLP 172 Kandidat:innen, von denen etwa zwei Drittel nicht-estnische Namen trugen. Obwohl dies bereits auf eine bemerkenswerte Veränderung hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung der Parteiaktivist:innen hinzudeuten scheint, ist es nicht ratsam, schnelle Schlüsse zu ziehen: Es ist nicht möglich zu unterscheiden, welche Kandidaturen von welcher der zwei Parteien kamen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Mehrheit der von der EDLP entsandten Kandidat:innen ethnisch Est:innen waren.

Im Jahr 2003 hatten alle zwölf Kandidat:innen der ESDLP (zu dieser Zeit hieß sie so, davor EDLP) estnische Namen und im Jahr 2007 hatte nur einer ihrer zwölf Kandidat:innen einen russischen Namen. Im Vergleich dazu hatten von den 27 Kandidat:innen der Verfassungspartei im Jahr 2007 nur zwei bis drei estnische Namen. Die Wende zur Transformation in eine weitgehend russische Partei war eine Folge der Fusion von Linker Partei und Verfassungspartei. Letztere hatte mehr Mitglieder (1.500 im Vergleich zu 1.000), und die neuen Mitglieder, die nach 2008 hinzukamen, sind vor allem, vielleicht zu 90%, Nicht-Est:innen. Die sinkende Mitgliederzahl hat die Dominanz russischer Mitglieder vermutlich noch verstärkt.

Parteimitgliedschaft ist in Estland eine öffentlich zugängliche Information, und die Liste der Mitglieder kann über das Estnische Geschäftsregister kontrolliert werden. Der jüngsten Aktualisierung zufolge hatte die Vereinigte Linke im Jahr 2020 ungefähr 1.700 Mitglieder.⁷ Deren durchschnittliches Alter liegt bei etwa 60 Jahren, und zwischen 60 und 70% von ihnen sind Nicht-Est:innen, obwohl etliche auch gemischte Namen haben: Familienname aus dem Russischen und Vorname auf Estnisch oder umgekehrt. Die Mehrheit der Mitglieder traten der Partei vor dem Jahr 2000 bei, also vor der Vereinigung beider

⁷ Verfügbar unter www.ariregister.rik.ee/erakonnad.

Parteien. Weniger als 10% der Mitglieder schlossen sich der Partei nach der Vereinigung im Jahr 2008 an.

Die Schwierigkeit, in Estland links zu stehen

Die Estnische Partei der Vereinigten Linken ist die einzige klar linke politische Partei in Estland. Die Sozialdemokratie und die Zentrumsparterie stehen dem, was als linke Partei bezeichnet werden kann, am nächsten. In den 1990er Jahren partizipierten die estnischen Sozialdemokrat:innen an einer Regierungskoalition mit rechten Parteien und »waren als Sozialdemokratie so moderat, dass sich dies kaum an der Regierungspolitik zeigte« (Taagepera 2006: 80); auch nach dem Beitritt Estlands zur EU stehen die estnischen Sozialdemokraten »noch immer am rechten Ende der PES-Gruppe. Die Ansichten der Partei sind »ähnlich« wie die der britischen Labour-Partei (Johansson 2008: 166). Die Zentrumsparterie wurde vor allem deswegen als links definiert, weil sie Sozialpolitik betont und in Opposition zur Pauschalversteuerung steht.

Lediglich 20% aller Est:innen verorteten sich im Jahr 2007 links (1–4 auf einer Skala von 1–10) und seit 1992 war diese Zahl niemals wesentlich höher. In den 1990ern war der einzige Aspekt der Sozialstruktur, der linke Ansichten beeinflusste, Ethnizität. Deren Rolle ist aber in den Hintergrund gerückt und die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Situation und die Unterstützung von Institutionen hat an Bedeutung zugenommen. Diejenigen, die weniger zufrieden mit dem System sind, stehen weiter links (Kivistik 2007).

Auf ihrem fünften Kongress verkündete die Partei, sie sei keine Erbin der estnischen Kommunistischen Partei. Der Parteipräsident Toomsalu erklärte, dass die EDLP niemals den Aufbau des Sozialismus in Estland unterstützt habe und sich für soziale Marktwirtschaft ausspreche (*Sõnumileht*, 2.12.1996). Auf diesem Kongress formulierte die EDLP auch erstmals den Aufruf zur Kooperation mit der Sozialdemokratischen Partei.

Das aktuelle Parteiprogramm der Vereinigten Linkspartei ist nicht verfügbar, doch das letzte Programm der ESDLP findet sich auf der früheren Website, die noch existiert. Gemäß ihrem Programm aus dem Jahr 1996, das 1998 und 2004 aktualisiert wurde, beruft sich die ESDTP⁸ auf das Manifest der Eu-

⁸ Das ist die historische *Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööliste Partei* (Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei), die 1934 durch einen Putsch, eine darauf folgende autoritäre Herrschaft des rechts-konservativen Konstantin Päts und darauffolgend die stalinistische Besetzung ein Ende fand (vgl. der gleichnamige Wikipedia-Eintrag, Anm. d. Verlags).

ropäischen Linken und setzte sich zum Ziel, die Kosten zu begrenzen, die die Est:innen während des Übergangs zur Marktwirtschaft gezahlt haben.

Die Linke Partei Estlands hat sich auf linke Ideen, eine stärker regulierende Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, progressive Besteuerung und eine Sozialpolitik, die die negativen Effekte der Marktwirtschaft kompensiert, fokussiert. Sie richtet sich gegen die großen Unternehmen, kommerzielle und Massenkultur und eine McDonaldisierung der estnischen Kultur, die die Weiterentwicklung von nationalen Traditionen und der Natur schädigt.

Im Bereich internationaler Politik unterstützt sie Neutralität, Kooperation mit neutralen nordischen Ländern und eine Brückenfunktion zwischen Osten und Westen. Ebenso macht sie sich für die Verfügung Estlands über seine natürlichen Ressourcen, seine Wirtschaft und Kultur stark, doch spricht sie sich auch für die Beteiligung ausländischen Kapitals – sowohl aus dem Osten wie dem Westen – an der estnischen Ökonomie aus. Das im Jahr 2004 erneuerte Parteiprogramm unterstützt die Integration der internen Politik des Landes in die EU, was die Felder des Sozialen und der Besteuerung angeht, um die gemeinsame Sozialpolitik zu finanzieren. Doch der bedeutsamste Unterschied gegenüber anderen Parteien in Estland bestand darin, dass die Linke Partei sich gegen die Mitgliedschaft in der NATO gestellt hat und gern ein gutes Verhältnis zu Russland aufrechterhalten möchte, einschließlich dem Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen (vgl. Parteiprogramm 2004). Das von 1996 bis 2004 gültige Programm setzt keinen besonderen Schwerpunkt bei der russischen Sprache, doch unterstützt es volle soziale und politische Rechte für alle, die loyal zum estnischen Staat stehen, ohne Ansehung der Herkunft oder Ethnizität.

Alatalu zufolge hat die Partei zwischen 1990 und 2005 »keinerlei neue und originelle Ideen vertreten, um an Popularität zu gewinnen«, obwohl ihre Führung, Toomsalu und Kingsepp, versuchte, der Partei »einen sozialdemokratischen Anstrich und ein europäisches Image« zu geben (Alatalu 2008: 187). Im Jahr 2019 verlautete eine Abgeordnete, Viivi-Helbe Peljuhhovska, dass die Partei nicht plane, den Kapitalismus zu beenden, sondern vielmehr Kapitalismus mit »einem linken Gesicht« befürworte, indem sie sich gegen Superreiche und große Einkommensdifferenzen richte (Tartu Postimees, 26.2.2019). In jüngster Zeit unterstützte die EULP auch die Idee eines Grundeinkommens von 200€ im Monat – dies auch als Möglichkeit, die Anzahl staatenloser Personen in Estland zu verringern (Postimees, 22.2.2019).

Gemäß der neuen Website liegt der Fokus der Partei vor allem auf Sozialpolitik, Rechten der Arbeitenden – eingeschlossen ein Mindestlohn von 1.000 Euro monatlich – und ein Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur. Sie widerspricht Kontrollen des Sprachgebrauchs und Integrationsprogrammen ebenso wie staatlicher Unterstützung für private Unternehmen. Überdies schlägt sie eine Reduzierung der Mitglieder des Parlaments von 101

auf 71 sowie unter anderem die Kürzung der Militärausgaben um 40% vor, um das Staatsbudget zu verkleinern.⁹ Gleichwohl vertritt die Estnische Linke Partei auch konservative Ideen wie etwa die Unterstützung traditioneller familiärer Werte und eine Gegnerschaft zur Geflüchtetenpolitik der »offenen Türen durch die deutsche Kanzlerin Merkel« (Europawahlprogramm 2019, Facebook-Seite der Partei am 3.5.2019).

Ausblick

Die Zukunft der »Estnischen Partei der Vereinigten Linken« scheint unsicher. Ihre Stimmenanteile haben sich fast kontinuierlich nach unten bewegt, neue Mitglieder kommen nicht hinzu und interne Dispute machen Erfolge noch unwahrscheinlicher. Bereits ihre Startbedingungen waren nicht günstig, obwohl die Bereitschaft und Fähigkeit zur Suche möglicher Koalitionen stets halfen, eine linke Stimme im Parlament Estlands hörbar zu machen. Doch das Unvermögen auf lokaler Ebene Fuß zu fassen, selbst dort, wo die Partei Wahlerfolge hatte verbuchen können, sowie der konstante Verlust von Mitgliedern und Abgeordneten an andere Parteien haben das Potenzial der Partei schrumpfen lassen. Die Positionierung als Partei des russischsprachigen Teils der Bevölkerung mag einigen Rückhalt geben. Gleichzeitig hat die russische *Community* im Wesentlichen ihren Platz innerhalb der estnischen Parteien gefunden und für eine russische Partei ist wenig Raum geblieben.

Literatur

- Alatalu, Toomas (2008): Communism in Estonia – Party Dead but Ex-Members Well Off. In: Backes, Uwe/Moreau, Patrick (Hrsg.): Communist and Post-Communist Parties in Europe. Göttingen, 167-189.
- Eesti Vasakpartei (2004): Programm. esdtp.ee/programm.htm (20.5.2021).
- Fitzmaurice, John (2001): The parliamentary election in Estonia, March 1999. In: Electoral Studies 20, 127-169.
- Higashijima, Masaaki/Nakai, Ryo (2011): Elections, Ethnic Parties, and the Salience of Ethnic Identity: Evidence from the Baltic States, 1993-2008.
- Johansson, Karl Magnus (2008): External Legitimization and Standardization of National Political Parties: The Case of Estonian Social Democracy. In: Journal of Baltic Studies, 39(2), 157-183.
- Kivistik, Kats (2007), Poliitiline teadlikkus ja vasak- ja parempoolsuse sisu areng postkommunistlikus ühiskonnas: Eesti 1991–2007. Master thesis. Tartu.
- Parteiengesetz (1994): Estonian political parties act vom 11.5.1994. Auf Englisch verfügbar unter www.riigiteataja.ee (20.5.2021).

⁹ Siehe Website www.estleft.ee.

- Pettai, Vello (2019): Valimisnimekirjade poliit-sotsioloogiline profiil. In: Mölder, Martin (Hrsg.): Riigikogu valimised 2019. Tartu, 135-151.
- Pettai, Vello/Saharov, Juhan (2013): Estonia. In: De Waele J. M. et al. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of Social Democracy in the European Union. London, 434-451.
- Saarts, Tõnis (2015): Persistence and decline of political parties: the case of Estonia. In: East European Politics 31(2), 208-228.
- Saarts, Tõnis/Lumi, Ott (2012): Parteipoliitika. In: Vetik, Raivo (Hrsg.): Eesti poliitika ja valitsemine 1991–2011. Tallinna, 186-244.
- Sikk, Allan/Andersen, Rune Holmgaard (2009): Without a Tinge of Red: The Fall and Rise of Estonian Greens. In: Journal of Baltic Studies 40(3), 349-373.
- Taagepera, Rein (2006): Meteoric trajectory: The Res Publica Party in Estonia. In: Democratization 13(1), 78-94.
- Tolvaišis, Leonas (2011): Ethnic minority policies and political parties' appeal to ethnic voters: a case study of Estonia's Russians. In: Baltic Journal of Law & Politics 4(1), 106-133.
- Toomla, Rein (2005): Political parties in Estonia. In: Kulik, Anatoly/Pshizova, Susanna (Hrsg.): Political parties in post-Soviet space. Russia, Belarus, Ukraine, Moldova and the Baltics. London/Connecticut/Westport, 137-160.

Die Linke in Lettland

von Niks Derums

Die politische Landschaft Lettlands unterscheidet sich von typischen westlichen Demokratien. Nach der Wiederherstellung eines unabhängigen Status im Jahr 1991 überwog gesellschaftlich eine negative Haltung gegenüber linker Politik im Allgemeinen, da diese mit der sowjetischen Okkupation gleichgesetzt wurde. Dies führte zu einer anhaltenden Schwäche der Linken in Lettland sowie dazu, dass sich politische Positionen weniger anhand des Rechts-Links-Spektrums als vielmehr anhand ethnischer Linien formten, oder mitunter auch gemessen an der Toleranz gegenüber Korruption.

Gegen Ende der sowjetischen Besatzung sprach nur die Hälfte der Bevölkerung zu Hause Lettisch. Und noch immer sprechen ungefähr ein Drittel der Menschen in Lettland muttersprachlich Russisch (Russ:innen, Belaruss:innen, Ukrainer:innen, etc.). Etliche Politiker:innen haben dies zu ihrem Vorteil genutzt, und die meisten politischen Parteien Lettlands können ohne Weiteres in »lettische« und »russische« Parteien unterteilt werden, wenn sie auch nicht immer versuchen, sich als solche zu verhalten. Die Linke in Lettland kann nicht getrennt von ethnischen Fragen betrachtet werden. Ein »ethnisches Etikett« kann einer Partei seitens anderer politischer Parteien, durch öffentliche Persönlichkeiten und manchmal durch die Medien zugeschrieben werden, abhängig von ihrer Haltung zu bestimmten sprachbezogenen politischen Maßnahmen und ebenso von der Sprache, die sie in ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit nutzt. Auch Korruption, die sich in den 1990er Jahren sehr verbreitet hat, und gegen die bis heute gekämpft wird, ist in Lettland ein großes Thema.

Das Parlament

Die derzeitige Regierungskoalition wird von fünf politischen Gruppen gebildet, die allesamt als »lettische« Parteien gelten. Zu den letzten Wahlen im Jahr 2018 waren zahlreiche politische Neuformationen aufgetaucht. Die größte Gruppe in der Regierung bildet nun die »Neue Konservative Partei«, die sich in der rechten Mitte verortet und 2014 aus einer Plattform gegen Korruption hervorging. Die 2016 gegründete Sammlungspartei »Wem gehört der Staat?« (i.O. *Par cilvēcīgu Latviju*, KPV LV) erreichte eine ähnlich große Unterstützung, doch aufgrund des Fehlens von gemeinsamer Ausrichtung und übereinstimmenden Zielen spaltete sie sich und brach weitge-

hend zusammen, als einige ihrer Vertreter:innen der Koalition fernblieben. *Attīstībai/Par* (was »Entwicklung/Für« bedeutet, ein Teil von »Erneuert Europa«) ist ein Bündnis aus der nach rechts tendierenden liberalen *Latvijas attīstībai* und der sozialliberalen *Kustība »Par!«*, das sich im Jahr 2018 formierte. Wie weit ihre Toleranz gegenüber Korruption reicht, ist nicht eindeutig; zumindest gab es einen Korruptionsskandal um möglicherweise illegale Finanzmittel der *Latvijas attīstībai* am Ende des Jahres 2020. Die liberalkonservative Mitte-rechts-Partei *Jaunā Vienotība* (übersetzt »Neue Einheit«, ein Teil der Partei der Europäischen Völker) ist mittlerweile die kleinste Partei im Parlament, hat jedoch dem Premierminister seinen Sitz gesichert. Da sie seit 2009 an jeder Regierung beteiligt war und während zehn der letzten zwölf Jahre Koalitionen angeführt hat, kann sie als »Establishment« bezeichnet werden. Obwohl die Partei häufig große Spenden von Vermögenden erhält, konnte sie eine Verwicklung in ernsthafte Korruptionsskandale bisher vermeiden. Zur Regierungskoalition gehört auch die »Nationale Allianz« (Europäische Konservative und Reformist:innen) ein, eine rechtsnationalistische Partei, die als Zusammenschluss der beiden neueren nationalistischen Parteien und einer Partei, die auf der Basis der Unabhängigkeitsbewegung LNNK gebildet wurde, entstanden ist. Auch diese Koalition wusste Korruptionsskandale im Großen und Ganzen zu vermeiden.

Derzeit gibt es im Parlament zwei Oppositionsparteien: die rechtskonservative »Union der Grünen und Bauern« und die sozialdemokratische Partei *Saskaņa*. Die »Union der Grünen und Bauern« ist die einzige »Oligarchenpartei«, welche die vorgezogenen Wahlen von 2011 überlebt hat, zu denen Präsident Valdis Zatlers eigens aufgerufen hatte, um im Parlament mit Korruption und oligarchischem Einfluss aufzuräumen. Sie war seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit an den meisten Regierungen beteiligt. Wenn sie auch hauptsächlich die lettischsprachige Bevölkerung anspricht, hat sie sich nationalistischer Rhetorik ferngehalten und es vermocht, eine gewisse Unterstützung auch seitens der russischsprachigen Bevölkerung einzuholen.

Die sozialdemokratische Partei Saskaņa

Die größte politische Partei in Lettland ist die sozialdemokratische Partei *Saskaņa* (dt. »Harmonie«), die 2010 aus der Verschmelzung verschiedener sozialdemokratischer, Interessen der russischen Minderheit dienenden Parteien hervorging, welche bereits zuvor, seit 2005, in einem Bündnis namens *Saskaņas Centrs* (dt. Harmoniezentrum) zusammengearbeitet hatten. Die *Saskaņa* und ihre Vorgänger waren seit den 1990er Jahren sichtbare *Player* in der Politik Lettlands gewesen, und seit 2011 hat sie von allen Parteien im Nationalpar-

lament, der Saeima, die meisten Sitze. Dennoch war sie niemals Teil der Regierungskoalition.

Eine Überblicksuntersuchung nach den Wahlen (PROVIDUS 2018) aus dem Jahr 2018 fand heraus, dass die typischen Wähler:innen der *Saskaņa* »nicht-lettisch« sind, d.h. einer ethnischen Minderheit angehören (Lett:innen stellen nur ein Fünftel ihrer Wähler:innen), »über mittlere Einkommen und höhere Bildung« verfügen. Unter Jüngeren (unter 24 Jahren) hat die Partei nur wenig Unterstützung. *Saskaņa* erreichte die größte Unterstützung im Allgemeinen sowie auch spezifisch unter ethnischen Minderheiten, Älteren, Menschen mit einfacher wie auch denen mit höherer Bildung.

Trotz der Popularität der *Saskaņa* erklären die meisten anderen Parteien vor Wahlen, dass sie nicht in eine Koalition mit ihr gehen würden. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Während die *Saskaņa* argumentiert, dies geschehe aus einer antirussischen Haltung heraus (»Russophobie«), erklären die anderen Parteien ihre Einstellung mit der Verstrickung der *Saskaņa* in Korruption und ihren politischen Positionen.

Einige ihrer Führungspersönlichkeiten, darunter Nils Ušakovs, der Bürgermeister von Riga, sprachen sich bei einem Referendum im Jahr 2012 für die Forderung aus, dem Russischen neben Lettisch einen gleichberechtigten Status als Staatssprache zu gewähren, um, wie Ušakovs sagte, gegenüber nationalistischen Politiken »Haltung zu zeigen« (DIENA, 9.11.2011). Hierzu ist hervorzuheben, dass Russisch in Lettland keinen legalen Status hat und vor dem Gesetz gelegentlich eher als Fremdsprache denn als eine der offiziellen Sprachen der EU behandelt wird. In der Praxis wird Russisch teils immer noch zu offiziellen Anlässen (wenn auch nicht in Dokumenten) gebraucht, insbesondere in Gemeinden, wo die meisten Menschen zu Hause russisch sprechen. Das Referendum wurde von der Mehrheit der lettischsprachigen Bevölkerung nicht gut aufgenommen; die Menschen sahen es als einen Versuch an, ein gutes Verständnis des Russischen zur Voraussetzung für eine Anstellung im öffentlichen Sektor oder für Beschäftigung im Kundenverkehr zu machen – was an die Sowjetära erinnerte.

Die *Saskaņa* vertrat ebenso eine nicht eindeutige Position hinsichtlich der russischen Invasion in die Ukraine im Jahr 2014. In einer Abstimmung zur Verurteilung der Aggression enthielt sie sich, bezeichnete die Stellungnahme als »subjektiv und emotional« (Delfi TV, 3.3.2014) und schlug eine moderatere Erklärung vor, die sie als neutraler benannte. Zu jener Zeit hatte die *Saskaņa* ein Kooperationsabkommen mit Wladimir Putins Partei »Vereintes Russland«, das sie erst 2017 brach (LSM, 9.10.2017), nachdem sie der Sozialdemokratischen Partei Europas (dt. SPE) beigetreten war.

Trotz dieser Mitgliedschaft werden die sozialdemokratischen Positionen der *Saskaņa* häufig in Zweifel gezogen, da ihre linke politische Ausrichtung in ihrer öffentlichen Kommunikation oft nicht sehr wahrnehmbar ist. Wahrnehm-

bar ist sie hingegen oft als Partei russischer Minderheitenrechte. Darüber hinaus vertritt sie verschiedentlich sozialkonservative Haltungen. So optierte beispielsweise ein Teil ihrer Abgeordneten gegen die gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, und mehrfach wurde eine der schärfsten Gegnerinnen von Abtreibung und Sexualkundeunterricht in der Saeima, Jūlija Stepaņenko (inzwischen Co-Vorsitzende einer Partei der äußeren Rechten), von ihr gewählt.

In den letzten Jahren hat sich die Partei aktiv darum bemüht, sich ein neues Image zu verschaffen, indem sie ihr Logo in eines umänderte, das stärker denen der westeuropäischen Sozialdemokratien ähnelt, und indem sie gut bekannte Politiker:innen in den Vordergrund rückt, die entweder ethnische Lett:innen sind oder sich zuvor in »lettischen« politischen Parteien profiliert haben. Ihr politisches Programm blieb im Wesentlichen dasselbe, doch Rechte der russischen Minderheit (Staatsbürgerschaft, russische Schulen) wurden nicht mehr erwähnt (LSM, 31.8.2018) bzw. nur vage diskutiert. Dies wurde weithin als Versuch gewertet, auch die Unterstützung ethnisch lettischer Wähler:innen zu gewinnen und sich so die Möglichkeit zu sichern, an einer nationalen Regierung mitzuwirken. Jedoch war dies nicht von Erfolg gekrönt; während ihrer Kampagne zu den vorgezogenen Wahlen in Riga im Sommer 2020 verwendete die Partei wieder ihr altes Logo und positionierte keine früheren Mitglieder anderer Parteien mehr als eigene Listenführer:innen.

Indes führte die *Saskaņa* von 2009 bis 2019 die Lokalregierung von Riga an. Dies ist auch im gesamtlettischen Kontext wichtig, da etwa ein Drittel der Bevölkerung in Riga lebt, und ferner die meisten Menschen in dessen Ballungsgebiet. In Riga war die *Saskaņa* in einer Koalition mit einer kleineren konservativen lokalen Partei mit dem Namen »Eine Ehre, Riga zu dienen!« (i.O. *Gods kalpot Rīgai!*, GKR). Während dieser zehnjährigen Periode war Nils Ušakovs der Bürgermeister von Riga. Zwar brachte diese Stadtverwaltung einige sozialdemokratische Verbesserungen, wie z.B. kostenfreien Nahverkehr für Schüler:innen und Ältere, sowie eine dreisprachige öffentliche Kommunikation, doch war ihre Amtszeit ebenso durch zahlreiche Korruptionsskandale gezeichnet, darunter überbezahlte Aufträge an Rigas lokales Personennahverkehrsunternehmen und Geisterbeschäftigten in lokalen Behörden und stadteigenen Unternehmen. Die Koalition zwischen *Saskaņa* und GKR zerbrach im Jahr 2019, danach regierte die GKR für eine kurze Zeit allein, bis der gesamte lokale Stadtrat abgesetzt und für 2020 zur Neuwahl aufgerufen wurde. Die *Saskaņa* gewann diesmal allein 17% der Stimmen, während die GKR auf 8% kam. Als Erklärung für dieses Absinken des Wähler:innenzuspruchs wurde weithin die Enttäuschung der zuvor stabilen Basis über das Ausmaß von Korruption unter der *Saskaņa* akzeptiert (LSM, 5.9.2020). Angenommen wurde, dass frühere An-

hänger:innen nicht zur Wahl gingen – was durch die Feststellung einer Wahlbeteiligung von nur 41% unterstützt wurde.

»Die Progressiven«

Eine weitere und sehr viel jüngere linke politische Kraft sind »Die Progressiven« (i.O. Progresīvie). Sie begann ihre Existenz im Jahr 2011 als sozialdemokratische NGO, die sich aus progressiven ehemaligen Mitgliedern des Jugendflügels der »Sozialdemokratischen Arbeiter:innenpartei Lettlands« zusammensetzte. Sie setzten sich für die Einführung progressiver Besteuerung und weiterer Ungleichheit reduzierender Maßnahmen ein. Im Jahr 2017 wurden »Die Progressiven« eine politische Partei mit klar linken Positionen.

Weiterhin setzen sich »Die Progressiven« für progressive Besteuerung, eine Vermögenssteuer, großflächige Investitionen in die Gesundheitsversorgung und einen starken Wohlfahrtsstaat ein. Ebenso positionieren sie sich als grüne Partei und greifen in ihrem Programm die Klimakrise und Umweltthemen auf. Auch zu sozialpolitischen Themen vertreten sie linke Positionen. Sie thematisieren Geschlechterungleichheit sowohl in ihrem Programm also auch, indem sie Geschlechtergleichheit auf ihren Wahlzetteln praktizieren. Zudem sind sie die erste und bisher einzige Partei in Lettland, die sich für eine Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe stark macht (und nicht nur für die gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften).

»Die Progressiven« versuchen aktiv, sich als Partei aller ethnischen Gruppen darzustellen. Gelegentlich benutzen sie die russische Sprache in ihrer Kommunikation mit der Öffentlichkeit, was von »lettischen« politischen Parteien nicht praktiziert und sogar kritisiert wird. Sie waren unter den ersten, die verlangten, dass die Erteilung des umstrittenen Status als Nicht-Staatsbürger:innen Lettlands für Neugeborene aufgehoben wird (was 2018 schließlich geschah), und sie ließen verlauten, dass Einwohner:innen ohne lettische Staatsbürgerschaft das Recht erhalten, an Kommunalwahlen teilzunehmen, ebenso wie die Bürger:innen der Europäischen Union. Einer möglichen Koalition mit der *Saskaņa* haben sie jedoch aufgrund von deren Verwicklung in Korruption eine Absage erteilt.

An einer landesweiten Wahl nahmen »Die Progressiven« zum ersten Mal im Jahr 2018 teil. Unter den Slogans »Eine Wende zu den nordischen Ländern« und »Ein Staat, der sich kümmert« erhielten sie 2,6% der Stimmen, was zwar für eine Vertretung in der Saeima nicht ausreichte, für den Erhalt staatlicher Förderung jedoch genügte. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 beteiligten sich »Die Progressiven« an einer föderalistischen Plattform und erhielten 2,9% der Stimmen – abermals nicht genug für eine Beteiligung.

Welcher der europäischen Gruppen sie im Fall ihrer Wahl beitreten würden, ließen sie offen und bekannten, sich nach der Wahl gegebenenfalls zwischen S&D und den Grünen/EFA entscheiden zu wollen.

Das Jahr 2019 brachte Veränderungen in der Führungsriege der Partei sowie den Wechsel zum System des Co-Vorsitzes/der Doppelspitze. Nur Monate später wurde die vorgezogene Wahl für Rigas Stadtrat bekanntgegeben. Um sich bessere Chancen auf einen Wahlerfolg zu sichern und nicht zu riskieren, außerhalb des Stadtrats zu verbleiben, sodass die vormaligen Regierenden zurückkehren würden, bildeten »Die Progressiven« eine gemeinsame Liste mit dem stärkeren liberalen Bündnis »Entwicklung/Für« (i.O. Attīstībai/Par) und einem liberalen Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Ihre gemeinsame Liste richtete sich offen gegen Privatisierung – etwas, das rechte Parteien als Mittel zur Beendigung der Korruption in der Erbringung von Rigas öffentlichen Dienstleistungen ins Spiel gebracht hatten – »Die Progressiven« forderten Investitionen in die unterfinanzierten Kindergärten, sozialen Leistungen sowie die Infrastruktur. Mit der Erwähnung des Klimas in ihrem Parteiprogramm blieben sie die einzigen; überdies formulierten sie das Ziel, Riga zur ersten CO₂-neutralen baltischen Hauptstadt zu machen.

Obwohl Umfragen zeigten, dass die gemeinsame Liste mit den Liberalen, mithin ein »lettisches« Bündnis, ein Weniger an Unterstützung vonseiten der Russischsprachigen bedeuten würde, gewann die Liste die Wahl mit 26,2% der Stimmen und 18 von 60 Sitzen – von denen elf Kandidat:innen von den »Progressiven« kamen. Dies wurde in breiten Kreisen als Überraschungssieg der Linken gesehen, der ihr bei alleiniger Kandidatur nicht möglich gewesen wäre – in Anbetracht des ihr in vorangegangenen Wahlen zugeteilten Etiketts »unwählbar«. Früh im September wurde eine breite Koalition mit 39 Sitzen gebildet, bestehend aus den »Progressiven«, »Entwicklung/Für«, der »Einigkeit« (i.O. Jaunā Vienotība) sowie der »Neuen Konservativen Partei« und der »Nationalen Allianz/Lettische Vereinigung der Regionen« (eine gemeinsame Liste nationalistischer und regionalistischer Kräfte). Diese breite Koalition von früheren Oppositionsparteien formierte sich zugunsten gemeinsamer Ziele wie Korruptionsbekämpfung, Transparenz, Beteiligung an Politik auf lokaler und nachbarschaftlicher Ebene sowie Investitionen in die zerbröckelnde Infrastruktur. Doch ihr Aktionsplan für Riga enthielt ebenso viele Ideen der »Progressiven«, wie unter anderem eine bessere Finanzierung von sozialen Leistungen und Kindergärten, eine sozialverträgliche Wohnungspolitik und Schritte zur Klimaneutralität.

Derzeit ist noch nicht zu ermesen, zu welchen Ergebnissen diese umstrittene Koalition führen und wie erfolgreich »Die Progressiven« darin sein werden, ihre grüne und linke Vision in einen von der Rechten dominierten Stadtrat einzubringen.

Gewerkschaften

Gewerkschaften sind in Lettland, wie es das politische Erbe der Sowjetunion ist, in der sie unter direkter Kontrolle der Kommunistischen Partei standen, traditionell schwach; sie sind reduziert auf Organisationen, die verschiedene *Communities* zusammenhalten, ohne jede Chance, Forderungen an den Arbeitsplätzen voranzutreiben. Gleichwohl gab es von einigen der stärkeren Gewerkschaften gelegentliche Aktivitäten. Die größte von ihnen ist die Lettische Gewerkschaft für Angestellte in Bildung und Wissenschaft (i.O. *Latvijas Izglītības un zinātnes darbinieku arodbiedrība*, LIZDA). In diesem Bereich sind mehr als 40% der Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert. Zumeist setzt sich die LIZDA in Gesprächen mit der Regierung für ihre Mitglieder ein, vor allem für bessere Bezahlung; darüber hinaus hat sie auch Streiks und recht breite Proteste organisiert.

Im Herbst 2019 organisierten verschiedene Vereinigungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen, darin eingeschlossen die Lettische Gewerkschaft der Angestellten des Gesundheits- und Sozialwesens, einen unbezahlten eintägigen Streik (offizielle, bezahlte Streiks sind bei den geltenden lettischen Gesetzen schwer zu organisieren) und zwei große Proteste gegen das vorgeschlagene Haushaltsbudget, das keinen Anstieg der Ausgaben für das in kriminellem Ausmaß unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssystem enthielt. Diese erreichten die Erfüllung ihrer Forderungen nicht und waren von einer Unterschriftensammlung für den Rücktritt des Parlaments gefolgt; bis September 2020 konnte allerdings nur ein Drittel der notwendigen Unterschriften erreicht werden. Die Gewerkschaften im privaten Sektor sind sogar noch schwächer. 2018 gab es einen Konflikt zwischen der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten und der Transportarbeiter:innen Lettlands LAKRS und einem privaten Busunternehmen, das auch öffentliche Transportrouten befährt. Die Gewerkschaft bemühte sich um einen vor dem Gesetz legalen Streik, was sich jedoch auf Basis der bestehenden Gesetzgebung als praktisch unmöglich herausstellte.

Wie die oben erwähnten, sind die meisten Gewerkschaften Mitglied einer Dachorganisation, der Freien Gewerkschaftskonföderation Lettlands (i.O. *Latvijas Brīvo arodbiedrību savienība*, LBAS). Diese wurde 1990 – in Abgrenzung zu den alten parteinahen Gewerkschaften der Sowjetzeit – als unparteiliche Organisation gegründet. Diese politische Neutralität gilt auch heute noch. Gemeinsam mit der Regierung und der Organisation der Angestellten ist die LBAS Teil des Nationalen tripartitischen Kooperationsrats, in dem zahlreiche Entscheidungen diskutiert werden, doch die LBAS spielt in dieser Institution eher eine passive Rolle.

Die meisten der lettischen Gewerkschaften sind politisch neutral, knüpfen keine starken Beziehungen mit politischen Parteien und unterstützen diese auch nicht im Vorfeld von Wahlen. Doch gibt es mit der *LABA* (was »Gut« be-

deutet, i.O. *Latvijas Arodbiedrību Apvienība*) eine einzige Gewerkschaft, die offiziell mit der *Saskaņa* verbunden ist. Sie gehört nicht der Verbandsorganisation LBAS an und war, bedingt durch ihre Beziehungen im Dienstleistungssektor Rigas zu Zeiten der *Saskaņa*-Mehrheit, in Korruptionsskandale verwickelt. Die Ausrichtung der aktuellen Aktivität dieser Gewerkschaft ist unklar.

Fazit

Angesichts der relativ schwachen und instabilen linken Bewegung in einem Land, das immer noch unter ethnischen Spaltungen, Korruption und Armut leidet, ist es schwer zu sagen, was die Zukunft für die Linke in Lettland bereithält. Ihre Präsenz wird aber entscheidend sein, um mit den Folgen der Pandemie, den wachsenden Ungleichheiten und der vor uns liegenden Klimakrise fertigzuwerden.

Literatur

- Delfi TV (2014): Saeimas komisijas nosoda Krievijas agresiju Ukrainā; SC balsojumā. atturas. delfi.lv/news/national/politics/saeimas-komisijas-nosoda-krievijas-agresiju-ukraina-sc-balsojuma-atturas.d?id=44266515 (25.5.2021).
- DIENA (2011): Ušakovs aicina parakstīties par krievu valodu kā otru valsts valodu. diena.lv/raksts/latvija/zinas/usakovs-aicina-parakstīties-par-krievu-valodu-ka-otru-valsts-valodu-13915961 (25.5.2021).
- LSM (2017): Ušakovs: »Saskaņas« līgums ar »Vienoto Krieviju« vairs nav aktuāls. lsm.lv/raksts/zinas/latvija/usakovs-saskanans-ligums-ar-vienoto-krieviju-vairs-nav-aktuals.a252978/
- LSM (2018): »Partija fokusā«: »Saskaņa«. lsm.lv/raksts/zinas/zinu-analize/video-partija-fokusa-saskana.a290262/ (25.5.2021).
- LSM (2020): Eksperti: Jaunajai Rīgas domei jāuzrunā arī vilušies vēlētaji. lsm.lv/raksts/zinas/latvija/eksperti-jaunajai-rigas-domei-jauzruna-ari-vilusies-veletaji.a373232/ (25.5.2021).
- PROVIDUS (2018): Wahlbericht des Wahlleiters. providus.lv/article_files/3517/original/PROVIDUS_Pecvelesanu_aptauja_LV.pdf?1544773641 (25.5.2021).

Über die Schwäche der politischen Linken

von Andrius Bielskis

Einleitung

Dieses Kapitel bietet eine kurze Bestandsaufnahme der politischen Linken in Litauen vor dem historischen Hintergrund der sozioökonomischen Transformation einer postsowjetischen Gesellschaft. Dabei konzentriert sich der Beitrag auf die Hauptakteure der Linken, namentlich die *Sozialdemokratische Partei Litauens* (LSDP), auf ihre ideologischen Positionen, soziale Basis und wahlpolitische Entwicklung. Dabei wird herausgearbeitet, dass das Fehlen einer einflussreichen politischen Linken in Litauen sowohl auf den spezifischen Kontext der postsowjetischen Transformation als auch auf die Position der gemäßigten linken Mitte der LSDP als größter Akteur der litauischen Linken zurückzuführen ist.

Trotz aller Schwierigkeiten ist die Situation in Litauen besser, als in einigen anderen Zentral- und osteuropäischen Ländern (beispielsweise Polen), in denen es überhaupt keine politisch und elektoral einflussreichen Mitte-Links-Parteien (d.h. weder sozialdemokratische noch linksliberale Parteien) gibt. Aus meiner Sicht ist das wichtigste Prinzip innerhalb der bürgerlichen liberalen Demokratie zu agieren, das »kleinste Übel« zu wählen, als stur an den Idealen eines »perfekten Sozialismus« festzuhalten. Und aus diesem Grund kommt den verbleibenden Institutionen der Sozialdemokratie, auch wenn diese in unverzeihlicher Weise den Geist der Zweiten Internationale verraten haben, weiterhin große Bedeutung zu, gerade dann, wenn es heute um die Bewahrung der Werte der Zivilisation und der sozialen Gerechtigkeit geht.

Der globale neoliberale Kontext, die postsowjetische Transformation Litauens und die »Linke«

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren lösten sich die mittel- und osteuropäischen Länder aus dem eisernen Griff der Sowjetunion, also zu einer Zeit, in der in Westeuropa und den USA das neoliberale Projekt in vollem Gange war. Dies war dieser Kontext, der den Prozess der postsowjetischen Transformation in Litauen, in der sich Vermarktung und Privatisierung nach den Prinzipien der *Chicago School of Economics* und des *Washington Consensus* vollzogen, prägen sollte. Die neoliberalen Reformen wurden mit großer Geschwindigkeit eingeführt. Die sogenannte Schock-Therapie zerstörte große

Teile der sozialen und ökonomischen Infrastruktur Litauens und verursachte großes soziales Leid.

In der Folge war in Litauen die Anzahl der Selbstmorde (insbesondere älterer Männer) Ende der neunziger Jahre und in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts weltweit die höchste (Gailienė 2005: 7-15). Bis Mitte der 1990er war das Niveau des BIP Litauens auf das der 1960er Jahre gefallen. Es sollte sich erst ab 2006, als Litauen seine Unabhängigkeit zurückgewann, wieder auf dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung von 1990 einpendeln (Kattel 2009: 20-31). Infolge dieses wirtschaftlichen Niedergangs verarmten Sozialarbeiter:innen, Lehrer:innen, Krankenschwestern, Ärzte, Akademiker:innen und andere Fachkräfte des öffentlichen Sektors, und die Auswanderung nahm enorm zu. Von Litauens drei Millionen Einwohner:innen wanderten etwa eine halbe Million in den ersten 25 Jahren nach der Unabhängigkeit aus; sie zogen vor allem nach Großbritannien, Irland, Norwegen und Spanien. Erst seit dem Ausbruch der Corona-Krise im Jahr 2020 liegt die Zahl litauischer Einwohner:innen, die zurückkehren, über der Zahl derer, die das Land verlassen. Es gab jedoch keinerlei kritische Reflexion über diese gesellschaftlichen Veränderungen. Stattdessen gab es eine allgemeine psychologische Tendenz, alles Sowjetische abzulehnen und alles Westliche kritiklos zu befürworten. Der vorherrschende ideologische Slogan in Litauen lautete: »Der Westen ist am besten!«

Mithin erfuhren Anfang der neunziger Jahre alle Formen des Marxismus eine derartige Ablehnung, dass die Werke Lenins und sogar von Marx aus den öffentlichen Bibliotheken verbannt wurden. Diese ideologische Haltung war weitgehend verständlich, angesichts der autoritären und höchst repressiven institutionellen Ordnung, die im Namen des Marxismus-Leninismus vorangetrieben wurde. Das Problem mit dieser Position war jedoch, dass jede fundierte Reflexion über Klassen- und Eigentumsverhältnisse aus Sicht der Kritischen Theorie oder des historischen Materialismus schwierig wurde. Stattdessen wurde Kritik an der bestehenden Ordnung vor allem durch die Prismen des Nationalismus und des Laissez-faire-Kapitalismus vorangetrieben. Wirkliche soziale, wirtschaftliche und politische Probleme, eingeschlossen Armut, Korruption, ein Mangel an sozialem Vertrauen sowie politische Apathie, wurden entweder einer litauischen »sowjetischen Mentalität« zugeschrieben oder dem Umstand, dass die Litauer:innen »nicht westlich genug« oder aber die marktwirtschaftlichen Reformen »zu langsam« seien. In den neunziger Jahren war jede:r Intellektuelle, die oder der etwas auf sich hielt, entweder liberal oder konservativ.

Um die ideologische und politische Schwäche der Linken in Litauen zu verstehen, ist dieses Hintergrundwissen wichtig. Die konservative Partei, der *Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens* (TS-LKD) entstand aus dem rechten Flügel der Reformbewegung (*Sąjūdis*), die im März 1990 Litauens Unabhän-

gigkeit wiederherstellte. Hier liegt der Hauptgrund, weshalb die Rechten und insbesondere die Konservative Partei über eine hohe moralische Legitimation verfügte. Die Linke wurde hingegen in erster Linie mit den ehemaligen Kommunisten und damit mit der sowjetischen autoritären Vergangenheit assoziiert, weshalb sie von der Öffentlichkeit und den meinungsführenden Medien verachtet wurde.

Das Parteiensystem des postsowjetischen Litauens war insofern die Widerspiegelung eines Gegenübers: Zwischen der antisowjetischen Rechten einerseits und der ehemaligen sowjetischen Linken andererseits. Die antagonistischen Seiten wurden entweder durch den pro-kapitalistischen, nationalistischen und pro-amerikanischen Vaterlandsbund/Konservative Partei oder durch die ehemalige Kommunistische Partei Litauens repräsentiert, die sich später in die *Litauische Demokratische Partei der Arbeit* (LDDP) umwandeln sollte – eine politische Konstellation, die auch in vielen anderen Ländern Zentral- und Osteuropas nicht unüblich war. Die Besonderheit Litauens besteht jedoch darin, dass die ex-kommunistische LDDP trotz der erwähnten moralischen Verankerung des konservativen Diskurses bei den Parlamentswahlen von 1992 einen Erdrutschsieg errang. Der wichtigste Grund für dieses unerwartete, historisch bedeutsame Wahlergebnis war die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik und Rhetorik des damaligen konservativen Parteiführers sowie eines der Führer von *Sqjūdis* (der litauischen Unabhängigkeitsbewegung), Vytautas Landsbergis. Von März 1990 bis zu den Wahlen im November 1992 war Landsbergis Staatsoberhaupt des eben unabhängig gewordenen Litauens. Doch sein autoritärer Führungsstil, seine kompromisslose antisowjetische und antirussische Haltung, seine Rhetorik, die an eine Hexenjagd erinnerte, und die drastische Vermarktlichungspolitik unter seiner Führung entfremdeten ihn von der Mehrheit der Wählerschaft.

Die 1990 in Kraft getretene sogenannte Wirtschaftsblockade, in deren Verlauf die Sowjetunion die Energielieferungen nach Litauen abschnitt und damit viele Fabriken zur Einstellung ihres Betriebs zwang, trug ihrerseits zum Sieg der ex-sowjetischen LDDP bei. Die Blockade war Michail Gorbatschows Vergeltung dafür, dass Litauen seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Obwohl die Blockade nur 75 Tage dauerte, waren ihre negativen wirtschaftlichen Folgen über mehrere Jahre spürbar. Die Blockade samt ihren Auswirkungen wurde in erster Linie der Führung von *Sqjūdis* und ihrer antisowjetischen und antirussischen Rhetorik angelastet. Im Vergleich zu diesen nationalistisch gesinnten Führern plädierten die Ex-Kommunisten der LDDP für freundlichere Beziehungen zu Russland. Zudem halfen ihre Managementenerfahrungen aus der Sowjetzeit der Parteiführung, sich in der Politik des postsowjetischen Litauens zurechtzufinden. Bis 1992 konnte die LDDP daher zur bedeutendsten Partei Litauens werden. Obwohl die LDDP bei den Parlamentswahlen von 1996

gegen die Konservative Partei verlor, kam sie fünf Jahre später nach einer erfolgreichen Fusion mit einer kleineren sozialdemokratischen Partei wieder an die Macht. Unter Führung des Ex-Kommunisten Algirdas Brazauskas gewann die neu gegründete »Litauische Sozialdemokratische Partei« (LSDP) die Wahlen von 2001. Sie stellte anschließend von 2001 bis 2008 sowie von 2012 bis 2016 die Regierung. Somit waren die LDDP und ihre Nachfolgerin LSDP seit 1990 15 Jahre lang an der Macht.

Von der Kommunistischen Partei des sowjetischen Staatskapitalismus zur reformistischen Sozialdemokratie der liberalen Demokratie

Die wichtigste Mitte-Links-Partei in Litauen ging aus der Litauischen Kommunistischen Partei (LCP) hervor, die 1990 in »Litauische Demokratische Arbeiterpartei« (LDDP) umbenannt wurde. Gemäßigter und der sowjetischen Vergangenheit gegenüber weitaus entgegenkommender als *Sqjūdis* und Konservative Partei, gewann die LDDP 1992 und 2001 entscheidende Wahlsiege.¹ Einige Politikwissenschaftler:innen argumentierten, dass die Kluft zwischen links und rechts in den neunziger Jahren auf einer falschen Gegenüberstellung von pro-westlichen Patrioten, die radikale Marktreformen vorantreiben wollten, und Ex-Kommunisten, die Russland und der sowjetischen Vergangenheit gegenüber freundlicher eingestellt waren, beruhte. (Vgl. Ramonaitė 2006; Bielskis 2011)

Diese Gegenüberstellung war jedoch zweifelhaft, weil sie die traditionelle Unterscheidung zwischen der Linken und der Rechten verschleierte, wobei die Linke im europäischen Sozialismus, einschließlich des revolutionären Sozialismus, verwurzelt war. Insofern ist es ironisch, dass die litauischen Konservativen weitaus »radikaler« und »revolutionärer« waren als die Ex-Kommunisten der LDDP, bzw. ab 2001 der LSDP. Unter Führung des ehemaligen litauischen Präsidenten (1993–1998) und Premierministers Brazauskas war die LSDP die Partei der Stabilität, des politischen Pragmatismus und – im Vergleich zu den Konservativen – die Partei der langsameren Marktreformen. Der dieser Partei eigene »Konservatismus« kann auf ihre sowjetische Vergangenheit zurückgeführt werden. Die wichtigsten Personen innerhalb der

¹ Die vorrangigen Wahlversprechen von 2000, die später in das Regierungsprogramm umgewandelt wurden, bezogen sich darauf, in das »Wohlergehen der Menschen« zu investieren, Reformen der sozial orientierten Marktwirtschaft voranzutreiben, eine größere Transparenz des Privatisierungsprozesses zu ermöglichen und die Integration Litauens in die EU und die NATO fortzusetzen. (Kašauskienė 2007)

LDDP bzw. LSDP waren auch Teil der privilegierten herrschenden Klasse in der Sowjetunion gewesen.

Nach dem Wahlsieg von 1992 öffnete sich die LDDP für Privatisierungen.² Eine beachtliche Zahl ihrer Mitglieder bekleidete damals leitende Positionen bei staatlichen Unternehmen, sodass die Geschicktesten von ihnen im Rahmen von Privatisierungsprogrammen recht günstig Aktien dieser Unternehmen kaufen konnten. Das beste Beispiel für diesen äußerst dubiosen Privatisierungsprozess sind die Geschäfte des ehemaligen Premierministers Bronislovas Lubys (1992–1993), der damals einer der reichsten Männer Litauens war. Lubys war Direktor und Hauptinhaber der Achema Group, einem Konglomerat von Unternehmen, die in den Branchen Düngemittel, Energie, Medien, Logistik und Transport tätig sind. 1994 privatisierte er in einem höchst korrupten Prozess den staatlichen Düngemittelhersteller Azotas. Die LDDP-Regierung unternahm nichts, um dies zu verhindern. Dieser intransparente und undemokratische Privatisierungsprozess wurde umgangssprachlich als »Prikhvatizacia« (literarisch: der Prozess des Grapschens und des Diebstahls) bezeichnet; Mitte der neunziger Jahre erreichte er unter der LDDP-Regierung von Adolfas Šleževičius, einem der korruptesten Politiker Litauens, seinen traurigen Höhepunkt.

Insofern ist es wichtig herauszustellen, dass der »linke« Charakter der LDDP teils durch historische Umstände erworben und zum Teil selbst zugeschrieben, ihre Ideologie jedoch praktisch bar jedes sozialistischen Inhalts war. Tatsächlich verfügte die LDDP über keine gut vermittelte Ideologie. Wie erwähnt, war in den neunziger Jahren der Marxismus oder jede andere Form des Antikapitalismus diskreditiert, und der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde als Sieg des (neoliberalen) Kapitalismus begriffen. Infolgedessen war sich die breite Öffentlichkeit einig, dass Litauen zu einer liberalen Demokratie westlichen Typs mit Marktwirtschaft werden sollte. Die einzigen linken Charakteristika der LDDP waren ihre Organisationsstruktur und die Personalbasis der Partei. Es gab jedoch keine ideologische Kontinuität mit ihren marxistisch-le-

² Die soziale Basis der LDDP bestand im Kern aus den ehemaligen »Apparatschiks« des Sowjetregimes, d.h. aus all jenen, die im sowjetischen Litauen in Machtpositionen gewesen waren. Wer Einfluss oder Ansehen anstrebte (einschließlich beispielsweise der Förderung einer Karriere als Wissenschaftler:in), war genötigt, der Kommunistischen Partei beizutreten. Obwohl es keine genauen Daten gibt, kann mit Sicherheit gesagt werden, dass die absolute Mehrheit der LDDP-Mitglieder ehemalige Mitglieder der Litauischen Kommunistischen Partei waren. Kurz, die Führung der LDDP bestand aus Menschen, die in Sowjetlitauen hochprivilegiert gewesen waren (zu den sozialen Aspekten der Transition von der Plan- zur Marktwirtschaft und zur liberalen Demokratie vgl. Norkus 2008).

ninistischen Vorgängern. Tatsächlich schämte sich die Partei für ihre Vergangenheit und wollte sich dieser entledigen.

Die zweite Mitte-Links-Partei, die sich ab 2001 mit der LSDP vermischte, war bereits zuvor unter demselben Namen bekannt (d.h. als Litauische Sozialdemokratische Partei, LSDP). Ursprünglich 1896 gegründet, war sie unter der Sowjetherrschaft verboten worden und nahm Ende der 1980er bis Anfang der 1990er Jahre aktiv an der Reform- und Unabhängigkeitsbewegung *Sąjūdis* teil. In den neunziger Jahren war sie wahlpolitisch erfolgreich (sie gewann bei den Wahlen von 1992 8 bzw. 9 von insgesamt 141 Sitzen im Parlament), doch bis zum Ende des Jahrzehnts verringerte sich zunächst ihr Einfluss. Obwohl die LSDP ideologisch weiter links stand als die LDDP, weigerte sich die Partei Anfang der neunziger Jahre, sich als linke politische Organisation zu profilieren. Mit dieser Ablehnung akzeptierte sie, dass die pro-sowjetische bzw. russische und ex-kommunistische LDDP eine für sie weiter links stehende Partei war, mit der sie selbst als pro-europäische und sozialdemokratische Partei nichts gemeinsam haben wollte. Die relative Bedeutungslosigkeit der LSDP bei den Wahlen ließ sie jedoch bald pragmatischer werden, und so »opferte« sie 2001 ihre »ideologische Reinheit« durch die Verschmelzung mit der LDDP. In diesem Prozess drückte die LSDP der LDDP, also der Partei der ehemaligen sowjetischen »Apparatschiks« ihren eigenen Namen und ihre sozialdemokratische Identität auf; im Gegenzug erhielt die LSDP Zugang zur robusteren Parteimaschinerie der LDDP und deren Wahlerfolge. Die Fusion führte indes zur Gründung einer marginalen und kurzlebigen Splittergruppe namens »Union der litauischen Sozialdemokraten«. Diese Partei verschwand jedoch 2014 wieder aus der Politik Litauens.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts war die vereinigte LSDP sehr erfolgreich; etwa acht Jahre lang regierte sie das Land. Gleichwohl gelang es nicht, in den aufeinanderfolgenden LSDP-geführten Regierungen unter Führung von Brazauskas (2001–2006) und Gediminas Kirkilas (2006–2008), eine substanzielle linke Regierungspolitik umzusetzen. Stattdessen fungierte die LSDP als liberale Partei, die dem Unternehmertum Priorität gegenüber arbeitenden Männern und Frauen einräumte. In ihrer Regierungszeit wurde kein progressives Steuersystem eingeführt, die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Sektors blieben äußerst niedrig und sie investierten auch nicht in Gesundheitsversorgung und Bildung und schädeten so der Idee der Sozialdemokratie in Litauen. Die LSDP-Regierungen versäumten es, Bedingungen für eine angemessenere Umverteilung des Reichtums zu schaffen.

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts betrug der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes, der über den Staatshaushalt verteilt wurde, weniger als 30% – während der durchschnittliche Anteil des BIP, der heute in der EU umverteilt wird, bei mehr als 40% liegt. Man kann also mit Sicher-

heit sagen, dass die litauische Sozialdemokratische Partei in diesem Jahrzehnt sowohl personell als auch programmatisch eine Partei der postsowjetischen Nomenklatura war. Die Ideologie der Partei unter Algirdas Brazauskas war liberal, und zugleich war die LSDP für ihre Korruption berühmt.

Für ihre Außenpolitik wurde die Partei jedoch respektiert. Unter ihrer Führung trat Litauen 2004 der EU bei. Unter ihrer Führung und aufgrund ihres Verhandlungsgeschicks verließen die russischen Streitkräfte 1993 das Land. 2004 trat Litauen der NATO bei. Die Mehrheit der Litauer:innen befürwortete nachdrücklich beide Beitritte.³ Gleichwohl wurde die LSDP aufgrund der Vernachlässigung sozialer und wirtschaftlicher Probleme abgewählt und im Jahr 2008 durch die Konservativen und die Liberalen ersetzt.

Die Neue Linke 95 und die Parlamentswahlen von 2012

Mitte der 2000er Jahre begannen sich die Dinge aus mehreren Gründen zu ändern. Zunächst äußerten zwischen 2006 und 2012 eine Reihe von politischen und intellektuellen Gruppen heftige Kritik an der litauischen Sozialdemokratischen Partei und ihrer neoliberalen Politik. Zu den Kritikern gehörte die am 1. Mai 2007 gegründete litauische Neue »Linke 95« sowie einige anarchistische Gruppen. Die Neue Linke 95 (NK95) hatte sich aus einer Gruppe unabhängiger Intellektueller und Aktivist:innen rekrutiert, die sich rund um eine Skulptur Frank Zappas in Vilnius versammelt hatten, um ein Manifest zu verkünden.

Auf einer öffentlichkeitswirksamen dramatischen Versammlung wurde das Manifest der Neuen Linken vor zahlreichen linken Aktivist:innen verlesen, die dann eine Prozession bildeten, um es an die Türen des Regierungsgebäudes, der Kathedrale von Vilnius und des Präsidentenpalastes zu hängen. Die Bewegung der Neuen Linken kritisierte die Ohnmacht der litauischen Politiker:innen und mokierte sich über die damals noch an der Macht befindliche Sozialdemokratie. Sie forderte des Weiteren eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft durch aktiven Widerstand der Bürger:innen. Folgerichtig engagierte sich die Bewegung für Gewerkschaften, setzte sich für soziale Gerechtigkeit ein und kündigte einen kompromisslosen Kampf gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus an. Der charismatische Stil des politischen Auftritts der NK95 und der kompromisslose Inhalt ihres Manifests hatten ihr unerwartete öffentliche

³ In den Jahren 2004–2005 unterstützten ungefähr 95% der Menschen die EU-Mitgliedschaft Litauens. Litauen war und ist somit eines der EU-freundlichsten Mitgliedsländer. Ähnlich hatte auch die Mitgliedschaft in der NATO aufgrund des Misstrauens der Litauer:innen gegen Russland hohe öffentliche Zustimmungsraten.

und mediale Aufmerksamkeit verschafft. Dies zwang die Gruppe, ihre Positionen öffentlich zu artikulieren und zu erläutern.

Im Folgenden nutzten Angehörige der Bewegung die bestehenden Medienkanäle, einschließlich der dominierenden Internet-Medien, des Radios und gelegentlich auch des Fernsehens, um auf politische Ereignisse zu reagieren, den herrschenden ideologischen Diskurs zu kritisieren und für verschiedene Anliegen der sozialen Gerechtigkeit zu werben und zu kämpfen. Ebenso organisierte die Gruppe jährliche Konferenzen, um sich mit drängendsten tagesaktuellen Themen und Theorien, Strategien und Taktiken der Linken auseinanderzusetzen. Eines der bleibenden Resultate dieses Aktivismus, insbesondere während seines Höhepunktes von 2010–2012, war die Veränderung der öffentlichen Vorstellung von dem, was die politische Linke war und mehr noch, was sie sein sollte.⁴

Die Kritik an der LSDP veranlasste die Partei, zu einer deutlich linkeren Rhetorik überzugehen. Dies wurde auch dadurch forciert, dass die LSDP von 2008 bis 2012 aus der Opposition agierte. Sozialdemokratische Parteien tendieren stets dazu, eine stärker linke Rhetorik nach außen zu tragen, wenn sie in der Opposition sind, und eben dies galt um 2012 auch für die LSDP.

Von 2009 bis 2017 wurde die LSDP von Algirdas Butkevičius angeführt. Seine Rhetorik ging aus der alten sozialdemokratischen Partei und nicht aus der ex-sowjetischen LDDP hervor und war um einiges sozialdemokratischer als die der vorherigen Führung. Seine Haltung gegenüber Gender- und LGBT-Themen blieb indes konservativ. Die programmatischen Änderungen des Jahres 2012 erklärten sich auch daraus, dass es im wahlpolitischen Interesse der Partei lag, die Probleme sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit anzugehen. Wachsende Ungleichheit der Einkommen, Energiearmut und erhebliche soziale und wirtschaftliche Not waren sämtlich Teil des sozialen Gefüges Litauens geworden, und die konservativ-liberale Regierung tat diesbezüglich nichts. Die LSDP als stärkste Oppositionspartei nutzte mit einer sozial orientierten politischen Rhetorik dieses Versagen.

Eine empirische Studie von 2013 zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der litauischen Bevölkerung sich eine stärkere Rolle der Regierung innerhalb der Wirtschaft sowie in einer Reihe anderer wichtiger Politikbereiche wünschte. (Tyrimai 2013)

⁴ Obwohl die Bewegung zu existieren aufgehört hat, ist ihre institutionelle Basis, die NGO *Demos Institute of Critical Thought*, weiterhin in den Bereichen Bildung, Publikation und Bewusstseinsbildung sehr aktiv. *Demos* kooperiert mit der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, mit *Transform! Europa* sowie mit anderen europäischen linken Akteuren wie z.B. der *Foundation for European Progressive Studies* zusammen.

Um dies zu verdeutlichen, hier einige Beispiele aus der Studie: Nicht weniger als 95% der Befragten fanden, dass die Regierung für die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen verantwortlich sein sollte. 89% waren der Meinung, dass die Regierung mehr tun sollte, um Beschäftigung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern; 87% wünschten sich größere Anstrengungen der Regierung beim Versuch, Frauen bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Kindererziehung zu unterstützen. 73% wollten, dass die Regierung sich stärker für die Bereitstellung von Wohnraum engagiert und 70% sprachen sich für die öffentliche Bereitstellung von Angeboten zur Altenpflege aus. (Ebd.) Diese Zahlen sprechen für alle sozialen Gruppen, sowohl Frauen als auch Männer sowie verschiedene Altersgruppen unterstützten diese Anliegen gleichermaßen.

Angesichts der Tatsache, dass 71% der Befragten eine weitere Erhöhung des Mindestlohns befürworteten und die Einführung höherer Steuern auf Luxusvermögen sowie die progressive Besteuerung von 35 bzw. 34% der Befragten befürwortet wurde, kann geschlussfolgert werden, dass es deutlich mehr Unterstützung für linke Politik gab, als die LSDP-Führung tatsächlich anstrebte. Diese Schlussfolgerung wird auch durch die Tatsache gestärkt, dass mindestens 35% der Befragten in der Studie von 2013 eine Zunahme von Unternehmen in öffentlichem Besitz befürworteten, insbesondere im äußerst korrupten, monopolisierten und privatisierten Energiesektor. (Ebd.) Auch der Politikwissenschaftler Kjetil Duvold stellte fest, dass die Menschen in Litauen mehr linke Positionen in Bezug auf Wohlfahrt, Gleichheit und Umverteilung unterstützen als diese von den Parteien, die sie wählen, vertreten werden. (Duvold 2010)

Eine Besonderheit litauischer Politik ist, dass die linke Mitte in Form der LSDP mehr Unterstützung von der Land- als der Stadtbevölkerung erhält. Die Wahl 2012 gewann die LSDP in erster Linie aufgrund ihrer Unterstützung von Menschen aus ländlichen Gebieten und Kleinstädten. Die vorwiegend ländliche Wähler:innenbasis könnte in Zukunft zum Problem für die Partei werden, da inzwischen 68,5% der Bevölkerung Litauens in Städten leben.

Ebenso gibt es Probleme bei der Umsetzung einer sozial fortschrittlichen Agenda. Denn die Land- und Kleinstadtbevölkerung, die die LSDP unterstützt, spricht sich eher für »traditionelle Werte« aus. Dies erschwert es der Partei, sich auch als Befürworterin von Menschenrechten und vor allem Minderheitenrechten zu profilieren.⁵ Wie oben ausgeführt, besteht ein langfristiges strategisches Interesse der Linken darin, einerseits marginalisierte städtische und

⁵ In den frühen 2010er Jahren durchschnitt die Spaltung zwischen progressiven und traditionellen Fraktionen die gesamte LSDP. Die Führung von Algirdas Butkevičius bestärkte ihre sozialkonservativen Mitglieder, doch nahm deren Einfluss unter der nachfolgenden Führung von Gintautas Paluckas merklich ab. Tendenziell haben die regionalen und Kleinstadtführungen der LSDP eher konservative Positionen verinnerlicht, während die Sozialdemokratie von Vilnius eher fortschrittlich eingestellt ist.

ländliche Arbeiter:innen, andererseits aber auch eine gut ausgebildete, gegen das Establishment gerichtete Intelligenz sowie Angestellte, einschließlich der Befürworter:innen von LGBT-Rechten, an sich zu binden. (Bielskis 2012) Insofern ist es von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der Linken, sowohl in Litauen als auch in Europa, kommunikative und ideologische Brücken zwischen diesen zwei sozialen Gruppen zu bauen.

Die Transformation der LSDP nach den Wahlen von 2016

Im Oktober 2016 gewann der Bund der Bauern und Grünen Litauens (*Bauernvolksbund, LVŽS*)⁶ unter Führung von Ramūnas Karbauskis und Saulius Skvernelis einen entscheidenden Sieg und erhielt 56 Sitze im Parlament. Im November 2016 bildete sie mit der LSDP eine Mehrheitsregierung, die bei den Wahlen 17 Sitze erhalten hatte. Dieses eher schlechte Ergebnis der LSDP erklärte sich durch die verbreitete Unzufriedenheit mit dem Arbeitsgesetz, das am Ende der Amtszeit der Koalition unter Führung von LSDP-Premierminister Butkevičius durchgesetzt worden war.⁷ Unmittelbar nach den Wahlen bot Butkevičius seinen Rücktritt an, blieb jedoch dessen ungeachtet noch weitere sieben Monate im Amt, um auf die Verhandlungen zur Koalitionsvereinbarung mit dem LVŽS Einfluss zu nehmen – trotz seines Versprechens in der Wahlnacht, Derartiges zu unterlassen.

Schließlich übernahm die LSDP die Ministerien für Wirtschaft, auswärtige Angelegenheiten und Justiz, während das aus sozialdemokratischer Werte wichtigste Ministerium: das Ministerium für soziale Angelegenheiten dem Bauernvolksbund überlassen wurde. Darin drückten sich nicht zuletzt die langjährigen eigentlichen LSDP-Präferenzen aus: Das Wirtschaftsministerium ist unter anderem für die EU-Strukturfonds zuständig und verfügt somit über ein großes Budget. Die Ministerien für soziale Angelegenheiten, Bildung und Kul-

⁶ Die LFGU stellt eine vor allem im ländlichen Raum verankerte Partei dar, deren Wurzeln bis ins Jahr 1905 zurückreichen. Ihr derzeitiger Führer Ramūnas Karbauskis ist Landbesitzer und Multimillionär. Während die Partei allgemein sozialkonservativ ist, trägt ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung auch linke Züge (vgl. der Wikipedia-Eintrag zur LFGU).

⁷ Im Sommer 2016 trieb die LSDP-Regierung das höchst umstrittene Arbeitsgesetz durch das Parlament, das eine Liberalisierung der Arbeitsbeziehungen bedeutete. Es sollte (1) mehr Möglichkeiten der Entlassung von Arbeitnehmern einräumen; (2) neue Formen von Arbeitsverträgen wie kurzfristige Beschäftigung zulassen; (3) die maximale Anzahl von Überstunden von 120 auf 180 Stunden im Jahr erhöhen (und bei Vereinbarung durch Tarifverträge noch länger); (4) Versorgungspakete gegen Arbeitslosigkeit (»redundancy packs«) kleiner machen; und (5) eine Stärkung der Arbeitsräte (»work councils«) auf Kosten der Gewerkschaften bewirken.

tur hingegen gelten als die »Ärmsten«. Bereits während ihrer Regierungszeit von 2012 bis 2016 hatte die LSDP diese »armen« Ministerien ihren Partnern in der Koalition aufgeladen.

Am 1. Mai 2017, nach den ersten internen Wahlen, bei denen alle Parteimitglieder wahlberechtigt waren, wurde Gintautas Paluckas Vorsitzender der LSDP. Er hatte gegen Mindaugas Sinkevičius, den Sohn des ehemaligen Ministers für Verkehr und Kommunikation Rimantas Sinkevičius (2012–2016) – ein Schlüsselmitglied der Nomenklatur, der auch dem ex-kommunistischen Flügel der LSDP angehört – kandidiert. Während der internen Wahlen unterstützte dieser Flügel Mindaugas Sinkevičius, indem für seine Wahl Ressourcen bereitgestellt und eine aggressive Kampagne gegen Paluckas geführt wurde. Doch am Ende stimmte die Mehrheit der Parteimitglieder für Gintautas Paluckas und seinen vorgeschlagenen Kurs des radikalen Wandels. Im Mittelpunkt von Paluckas' Plänen standen eine linkere Orientierung der Partei und die Neuverhandlung des Koalitionsabkommens mit dem *Bauernvolksbund*. Es überrascht nicht, dass weder die Führer des LVŽS noch die ranghöchsten Parlamentarier der LSDP den Führungswechsel begrüßten.

Der LVŽS wollte in erster Linie eine stabile Regierung, während die Abgeordneten der LSDP, etwa die ehemaligen Premierminister Butkevičius und Kirkilas, vor allem daran interessiert waren, ihre Posten zu behalten. Wie bei den internen Wahlen versprochen, wollte Paluckas, der selbst nicht Abgeordneter war, den bestehenden Koalitionsvertrag neu verhandeln. Seine Versuche hierzu wurden jedoch von den LVŽS-Führern nicht beachtet. Stattdessen versuchten diese, Paluckas' Position zu untergraben, indem sie LSDP-Parlamentarier:innen ermutigten, aus ihrer Partei auszutreten. Als Reaktion hierzu überzeugte Paluckas bis zum Spätsommer 2017 die LSDP davon, die Regierungskoalition mit dem LVŽS zu verlassen. Diese Entscheidung wollte er jedoch angesichts der wachsenden Unstimmigkeiten zwischen ihm und mehreren ranghöchsten LSDP-Vertretern demokratisch treffen und überließ den Beschluss zum Verlassen der Koalition dem LSDP-Rat, der mit 140 von 188 Stimmen, also mit überwältigender Mehrheit den Plan, die Regierung zu verlassen, unterstützte. Dieses Ergebnis ignorierend, setzten sich elf LSDP-Abgeordnete über die Entscheidung ihrer Partei hinweg und unterzeichneten einen separaten Koalitionsvertrag mit der LVŽS, in dem sie zusagten, die Regierung weiterhin zu unterstützen. Anschließend traten diese elf Abgeordneten aus der LSDP aus und bildeten eine neue Fraktion, die »Litauische Sozialdemokratische Arbeiterpartei«. Es folgte eine Parteigründung unter dem gleichen Namen.

Die große Mehrheit der Mitglieder der Litauischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (LSDDP; seit 2017) sind ehemalige Mitglieder der ex-kommunistischen LDDP. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass sich diese ehemaligen Mitglieder der LDDP, deren Fusion mit der LSDP im Jahr 2000 zu ihrem bisher

größten Wahlerfolg führte, sich nun wieder von der LSDP abspalteten. Mit ihrem Austritt ergab sich für die LSDP die Möglichkeit, sich zu reformieren.

Erwähnenswert ist hierzu, dass das Parteiprogramm der LSDP (veröffentlicht im Oktober 2017) von führenden linken Intellektuellen geschrieben wurde, darunter mehrere Mitglieder des *Demos Institute of Critical Thought*. Das Manifest betonte unter anderem die Bedeutung der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und sprach explizit über die Übel des neoliberalen Kapitalismus. Entsprechend wurde es von der alten Garde der Partei nicht goutiert: Der frühere Vorsitzende Kirkilas fand es zu radikal, zu sozialistisch und zu marxistisch. (Jačauskas 2017)

Trotz des so geschaffenen Raumes zur Erneuerung der Partei konnte die Spaltung der Sozialdemokraten wahlpolitisch keine gute Sache sein, insbesondere dann, wenn die neue Partei dieselbe Ideologie und Wählerschaft anspricht. Bei den Wahlen 2020 gewann die LSDDP drei Parlamentssitze zulasten der LSDP. Diese gingen auf Kosten der LSDP, deren Ergebnis das schlechteste seit 2000 war.

Das enorme Scheitern der Sozialdemokratie im Jahr 2020

2020 gewannen bei den Parlamentswahlen in Litauen die rechten Parteien. Der konservative Vaterlandsbund und die litauischen Christdemokraten gewannen zusammen 50 Sitze im *Seimas* (dem litauischen Parlament), während die liberalen Parteien: die *Liberale Bewegung der Republik Litauen* (LRLS) 13 Sitze und die Freiheitspartei (*Laisvės*) elf Sitze erringen konnten.

Klar verloren hat bei diesen Wahlen die LSDP. Parteiführer Gintautas Paluckas prahlte zwar mit der Erneuerung der Partei, erzielte jedoch ihr schlechtestes Ergebnis seit dem Jahr 2000. Wie bereits erwähnt, waren die Konservativen und die LDDP/LSDP seit Anfang der neunziger Jahre die wichtigsten politischen Parteien in Litauen, allerdings verweisen die sinkenden Ergebnisse für die LSDP 2016 und 2020 auf eine wichtige und unglückliche Verschiebung der politischen Landschaft: Die Hauptspaltung liegt nicht mehr zwischen den Konservativen und der LSDP, sondern zwischen den Konservativen und dem Bauernvolksbund (LVŽS). Und wenn die Wahlunterstützung des LVŽS bei den Wahlen 2020 im Vergleich zu 2016 ebenso erheblich zurückging, vermochte sie es dennoch, eine größere Anzahl von Wählerstimmen an sich zu binden. Mit 32 Sitzen ist der LVŽS nun zweitgrößte Partei im *Seimas* und damit wichtigste Oppositionspartei. Im Gegensatz dazu fiel die LSDP bereits bei den Wahlen 2016 auf den dritten und 2020 auf den vierten Platz zurück.

Bauernvolksbund und Vaterlandsbund als derzeit größte Parteien weisen erhebliche Ähnlichkeiten auf: Beide Parteien haben starke sozialkonservative

Fraktionen, die traditionelle »Familienwerte« unterstützen und sich gegen LGBT-Rechte aussprechen, obwohl es auch bemerkenswerte Ausnahmen von dieser Regel gibt.⁸ Hinzu kommt, dass sich der LVŽS anhaltend für die Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit einsetzt und auch die Konservativen bereit waren, ihre wirtschaftspolitischen Positionen der Mitte zu öffnen. Dies wurde auch in ihrer Wahlplattform 2020 deutlich, die weitaus sozialer orientiert war als in den Jahren zuvor.

Trotz einer sozialkonservativen Fraktion ist der dominante Flügel des Vaterlandsbunds, einschließlich der derzeitigen Premierministerin Ingrida Šimonytė, sowohl wirtschaftsliberal als auch in kultureller Hinsicht eher liberal ausgerichtet. Dies zeigt sich in der kürzlich unterzeichneten Koalitionsvereinbarung, in der die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (aber nicht als Ehe) und die Entkriminalisierung weicher Drogen angedeutet werden. Dies ist zweifellos auch das Werk der Freiheitspartei, einer Abspaltung von der Liberalen Union, die unbeirrbar gegen das kämpfte, was sie als »bäuerliche Verbotskultur« titulierte. Insofern veranschaulichen die litauischen Wahlen 2020 eine Art Umkehrung des Parteiensystems in Polen, wo die Hauptsplaltung zwischen der sozialkonservativen, aber wirtschaftlich populistischen »Partei für Recht und Gerechtigkeit« (PiS) und der kulturell liberalen, aber wirtschaftlich neoliberalen »Bürgerplattform« (PO) besteht.

In Litauen erschwert die Kultur des politischen Pendelns die Wiederwahl von Regierungsparteien im Amt. Tatsächlich schaffte es lediglich der ehemalige Präsident, Premierminister und Vorsitzende der LSDP Brazauskas, zweimal hintereinander eine Regierung zu bilden. Überdies ist der Vaterlandsbund weitaus liberaler orientiert als die PiS in Polen, während der sozialkonservative und wirtschaftspolitisch linke Bauernvolksbund an der Regierung relativ neu ist. Dass sich die wenig privilegierten, einkommensschwachen und wenig gebildeten Bevölkerungsteile sowohl in ländlichen wie auch in städtischen Gebieten nicht mehr von der LSDP vertreten fühlen, ist höchst bedeutsam. Diese potenzielle linke Unterstützungsbasis tendiert nun dazu, für den Bauernvolksbund und die sozialpopulistische Arbeiterpartei (DP) zu stimmen.

Allein die Existenz dieser neuen populistischen Arbeiterpartei (DP) geht letztlich auf das Versagen der LSDP zurück. Sie wurde 2003 als Reaktion auf die liberale Politik der LSDP unter Algirdas Brazauskas als eine typische postsowjetische klientelistische Ein-Mann-Partei gegründet, bar jeder eigenen Ideologie und jenseits partikularer klientelistscher Interessen. Obwohl sie von dem Millionär Viktor Uspaskich geführt wird, wendet sie sich vor allem an das städtische und ländliche Proletariat. Ihr Wahlerfolg steht für die

⁸ Einer davon war Tomas Tomilinas, Mitglied von Demos und früheres Mitglied der Neuen Linken 95.

stockende und in vielerlei Hinsicht gescheiterte postsowjetische Transition Litauens. Noch wichtiger ist, dass sie eine Folge des Fehlens einer wirklich linken politischen Partei ist, die mit der tatsächlichen Arbeiterklasse verbunden ist.

Eine andere Partei, die bei den letzten Wahlen gut abgeschnitten hatte, ist die 2019 nach einer Trennung von der Liberalen Bewegung Litauens (LRLS) gegründete »Freiheitspartei« (FP). Ausgelöst wurde diese Spaltung durch einen massiven Korruptionsskandal im Jahr 2016, als der frühere Parteiführer der LRLS, Eligijus Masiulis, von einem großen litauischen Unternehmen namens MG Baltic ein Bestechungsgeld von 100.000 Euro kassierte. Masiulis' Schuld ist noch vom Gericht zu bestätigen, aber der Fall war einer der größten Korruptionsskandale in der Geschichte Litauens. Da die Freiheitspartei erst im Oktober 2019 gegründet wurde, war es sehr überraschend, dass sie zur fünftgrößten Partei im *Seimas* werden konnte. Sie gewann bei den Wahlen 2020 elf Sitze und verfügt somit über die gleiche Anzahl von Abgeordneten wie die LSDP. Der Wahlkampf der FP beruhte auf drei Themen: der Entkriminalisierung von weichen Drogen, einer positiven Einstellung zugunsten von LGBT-Rechten und dem Versprechen in Bildung zu investieren. Damit gewann die FP vor allem urbane Wähler:innen, die meisten von ihnen jung und berufstätig. Dass die wichtigsten Aushängeschilder der FP hartgesottene wirtschaftliche Neoliberale sind, wie etwa der Bürgermeister von Vilnius, der frühere Mitarbeiter des litauischen *Instituts für den freien Markt*, Remigijus Šimašius, und die Parteivorsitzende Aušrinė Armonaitė, spielte bei der Entscheidung der Wähler:innen für die Partei kaum eine Rolle. Ebenso geriet der Korruptionsskandal der Liberalen Union völlig aus dem Blick, und die politischen Gegner von FP und LRLS unternahmen nichts, um die Wähler:innen daran zu erinnern. Der neuen Parteiführerin der LRLS, Viktorija Čmilytė-Nielsen, gelang es mit ihrer moderaten Rhetorik sogar, jene Unterstützung wiederzuerlangen, die die Partei zuvor durch den Skandal von 2016 verloren hatte.

Der Erfolg der beiden liberalen Parteien, die zusammen 24 parlamentarische Vertreter:innen haben, verdeutlicht einmal mehr die Abkoppelung einer sozial und kulturell fortschrittlichen Agenda von einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik in Litauen. Kulturell modern und »cool« zu sein, bedeutet in Litauen vielmehr auch, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, und jemand zu sein, der in der Lage ist, seinen Erfolg voranzubringen, ohne der Unverzichtbarkeit von stabilen Wohlfahrtsinstitutionen Beachtung zu schenken.

Doch warum blieb die Sozialdemokratie ohne Erfolg? Ein Grund hierfür ist die Abspaltung der LSDDP von der LSDP, angeführt vom ehemaligen Premierminister Kirkilas. Obwohl diese Spaltung das Image der LSDP als »moderne, proeuropäische sozialdemokratische Partei« verbesserte, verlor sie über 5% der Wählerstimmen und landete mit 9,2% der Wählerstimmen nur auf dem

vierten Platz. Einen Teil ihrer Wählerstimmen verlor sie an die LSDDP, die jedoch lediglich 3,1% der Wählerstimmen erhielt. Wichtiger für das Scheitern der LSDP war jedoch ihr allenfalls »lauwarm« geführter Wahlkampf.

Nach dem Scheiden aus der Regierungskoalition unterschrieben die verbleibenden Parlamentarier:innen der LSDP ein Oppositionsabkommen mit den im Parlament vertretenen Konservativen und Liberalen. Dies erwies sich aus mehreren Gründen als taktischer Fehler. Erstens beraubte das Abkommen die LSDP-Repräsentant:innen einer klaren Stimme gegen die Regierung der Bauernpartei. Zudem machte dieses Abkommen die LSDP zu einem vorrangigen Verbündeten ihres Erzfeindes – dem Vaterlandsbund. Im Vorfeld der Wahlen 2020 stellten die herrschenden Medien (einschließlich des staatlichen Rundfunks) die Bauernpartei vor allem als unmoralisch, »uncool« und nicht europäisch genug dar, während die LSDP-Führung, anstatt die Konservativen anzugreifen, vor allem den Bauernvolksbund ins Visier nahm, deren fortschrittliche Wirtschaftsagenda sie nur selten, wenn überhaupt, unterstützte. Sowohl die mäßige Oppositionsrhetorik als auch das Fehlen einer klaren Wahlbotschaft trugen zu den mageren Wahlergebnissen der LSDP bei.

Ein weiterer bedeutsamer Faktor für die Verluste der LSDP war ihre schwache Parteiführung. Parteichef Gintautas Paluckas hatte persönlich drei Wahlen infolge verloren: die Kommunalwahlen in Vilnius im Jahr 2019 (es gibt nunmehr im Stadtrat von Vilnius keine sozialdemokratische Repräsentation), eine Bezirkswahl mit einem Mitglied in Žirmūnai in Vilnius 2019 und eine Wahl im Mehrheitswahlkreis von Utena bei den Parlamentswahlen 2020 (Paluckas zog letztlich infolge des Verhältniswahlrechtes in den *Seimas* ein).

Das Scheitern von 2019 in Žirmūnai war besonders schmerzhaft, weil Paluckas, der die Partei damals anführte ohne selbst Parlamentarier zu sein, gegen ein relativ unbekanntes Mitglied des Vaterlandsbunds verlor, und das obwohl viele Parteiressourcen und Geld für seine individuelle Kampagne ausgegeben wurden. Doch in keinem Fall hat Paluckas seine Schuld an diesen Niederlagen anerkannt. Und schlussendlich war auch die Wahlliste der LSDP recht nichtsagend gewesen. Obwohl es auf ihrer Liste einige junge, progressiv denkende Leute gab, waren diese Kandidat:innen entweder der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt oder hatten nichts Wesentliches zu sagen. Besonders traurig sind die Ergebnisse der Wahlen 2020 auch deshalb, weil damit zum Ausdruck kommt, dass die Sozialdemokraten offenbar vorhandene Möglichkeiten der Unterstützung ignoriert hatten. Insbesondere bot sich der LSDP die Gelegenheit, einerseits städtische Wähler:innen, die mit dem Bauernvolksbund und seiner »Verbotspolitik« unzufrieden waren, zu mobilisieren und andererseits die Doppelmoral und den Elitismus der Konservativen und Liberalen bloßzustellen. Doch all dies wurde nicht getan. Dieses Unvermögen könnte sich als der »letzte Nagel« am Sarg der litauischen Sozialdemokratie erweisen, der-

jenigen Partei, die es bisher geschafft hatte, dem Schicksal der mittel- und osteuropäischen Sozialdemokratien inmitten des Abdriftens der Region zum Rechtspopulismus zu widerstehen.

Zukunftsaussichten

Es ist von grundlegender Bedeutung, dass sich die Führung der LSDP nunmehr nach links bewegt und den neoliberalen Kapitalismus offener kritisiert. Obwohl sich hier seit 2017 viel getan hat, muss unbedingt daran angeknüpft werden. Da die Litauer:innen zum Ausdruck bringen, dass sie einen umfassenden Wohlfahrtsstaat, mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit wollen, würde eine weitere Linksentwicklung der LSDP auch den Präferenzen der Mehrheit der Litauer entsprechen. Und die Notwendigkeit, dass sozialdemokratische Parteien radikalere Kräfte der Kritik des (neoliberalen) Kapitalismus werden, gilt nicht nur für Litauen. Sie zeigt sich überall in Europa.

Selbst wenn dies ein unwahrscheinliches Szenario ist: Die europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien würden in hohem Maße von einer Rückkehr zu den Grundlagen des europäischen demokratischen Sozialismus und vor allem zu den Theorien von Karl Marx profitieren. Aus Sicht der marxistischen Analyse ist das wesentliche Charakteristikum des Kapitalismus seine ausbeuterische Natur. Und daher sollte es das Ziel eines wirklich demokratischen Sozialismus sein, die kapitalistische Produktionsweise mit den Mitteln wirtschaftlicher Demokratie zu transformieren. Hoffen wir darauf, dass die LSDP und andere europäische sozialdemokratische Parteien damit beginnen, marxistische Analysen und Gedanken wieder in ihren Diskurs und in ihre öffentlichen Debatten einzubeziehen, damit diese zur Grundlage ihrer Politik werden können.

Literatur

- Bielskis, Andrius (Hrsg.) (2009): *Demokratija be darbo judėjimo?* [Democracy without Labour Movement?]. Kaunas.
- Bielskis, Andrius (2011): *A Flourishing or Flourishing Democracy? Reasons for the Weakness of the Political Left in Lithuania.* In: Syska, Michal (Hrsg.): *The Left in Central and Eastern Europe.* Warschau, 172-184.
- Bielskis, Andrius (2012): *Apie naują M. A. Pavilionienės, V. Uspaskicho ir P. Gražulio koaliciją.* delfi.lt (24.12.2020).
- Duvold, Kjetil (2010): *Making Sense of Baltic Democracy: Estonia, Latvia and Lithuania between the Soviet Union and the European Union.* *lap-publishing.com.*
- Gailienė, Danutė (2005): *Užburtame rate: sąvižudybių paplitimas Lietuvoje* po

- Nepriklausomybės atkūrimo [In a vicious circle: the prevalence of suicides in Lithuania after the restoration of independence]. In: *Psichologija* 31.
- Jačauskas, Ignas (2017): Atskilusieji socialdemokratai platina laišką Europai apie »radikalios kairės' įsigalėjimą. delfi.lt (24.12.2020).
- Jungerstam-Mulders, Susanne (Hrsg.) (2006): *Post-communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot, 69-90.
- Kašauskienė, Vanda (2007): Lietuvos Respublikos vyriausybės: jų kaita ir veiklos bruožai. Vilnius, 541.
- Kattel, Reiner (2009): *Vejantis, veržiantis į priekį ar atsiliekant? Vidurio ir Rytų Europos vystymasis nuo 1990 m. iki 2005 m.* [Chasing, pushing forward or lagging behind? Development of Central and Eastern Europe since 1990 until 2005]. In: Bielskis, Andrius (Hrsg.): *Demokratija be darbo judėjimo? [Democracy without Labour Movement?]*. Kaunas.
- Norkus, Zenonas (2008): *Kokia demokratija, koks kapitalizmas? Postkomunistinė transformacija Lietuvos lyginamosios istorinės sociologijos požiūriu*. Vilnius.
- Ramonaitė, Ainė (2006): *The Development of the Lithuanian Party System: From Stability to Perturbation*. In: Jungerstam-Mulders, Susanne (Hrsg.): *Post-communist EU Member States: Parties and Party Systems*. Aldershot, 69-90.
- Tyrimai, Baltijos (2013): *Lietuvos gyventojų nuomonės tyrimas [Gallup-Studie zu den Werten der Einwohner:innen Litauens]*.

Die polnische Linke drei Jahrzehnte nach der Wende

von Piotr Janiszewski

Einleitung

Es ist über 30 Jahre her, dass Polen den Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung und der Transformation seines politischen Regimes zu einem liberal-demokratischen Modell begonnen hatte. Wie in den meisten Ländern der Region verlief dieser Prozess nach neoliberaler Manier, was hohe Arbeitslosigkeit (in der ersten Periode), Privatisierung und Deindustrialisierung, prekäre Arbeitsbedingungen, ungleichmäßige regionale Entwicklung, Wohnungsprobleme und eine wachsende Vermögensungleichheit mit sich brachte. Auf der anderen Seite war Polens Wirtschaft in vielerlei Hinsicht erfolgreich: Das Land behielt ein stabiles BIP-Wachstum bei, meisterte die Finanzkrise von 2008 relativ gut und modernisierte nach dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) viele Bereiche seiner Infrastruktur. Nach der Gründung der Dritten Polnischen Republik¹ in den Jahren 1989/1990 durchlief das Land einen Prozess der Etablierung von Institutionen und Standards, wie sie für liberale konstitutionelle Demokratien typisch sind. Im Jahr 1997 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die grundlegenden Elemente des neuen politischen Systems zementierte. 2004 wurde Polen Mitglied der EU und verabschiedete zahlreiche Regelungen im Bereich der Menschen- und Bürger:innenrechte, des Minderheitenschutzes und der Antidiskriminierung. Trotz des oft aggressiven politischen Wettbewerbs waren sich die meisten der relevanten politischen Parteien in Polen in dieser Zeit über die allgemeine Richtung und die Ziele der Innen- und Außenpolitik des Landes einig.

Seit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 ist die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) mit einer knappen, aber stabilen Mehrheit an der Macht und stellt mit ihrem Kandidaten Andrzej Duda das Präsidentenamt. Bei vier verschiedenen Wahlen, die zwischen 2018 und 2020 stattfanden (Kommunal-, Europa-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen), blieb das Kräfteverhältnis weitgehend unverändert.

¹ Der Begriff wird für den heutigen polnischen Staat und sein politisches und sozio-ökonomisches System verwendet. Die »Zweite Polnische Republik« bezieht sich auf den polnischen Staat während der Zwischenkriegszeit (1918–1939), während die »Erste Republik« eine Bezeichnung für den polnisch-litauischen Staat (Polnisch-Litauischer Staatenbund) der frühen Neuzeit ist. Der polnische Staat der Zeit von 1944 bis 1989 wird als »Volkspolen« oder »Volksrepublik Polen« bezeichnet.

Tabelle 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen in Polen (Sejm*) im Jahr 2019

Wahlkomitee	Anzahl der Stimmen	Stimmenanteil in %	Sitze
Recht und Gerechtigkeit (PiS + Bündnispartner)	8.051.935	43,59	235
Bürgerkoalition (PO + Bündnispartner)	5.060.355	27,40	134
Linke (SLD + Wiosna + RAZEM)	2.319.946	12,56	49
Polnische Koalition (PSL + Bündnispartner)	1.578.523	8,55	30
Konföderation	1.256.953	6,81	11
Deutsche Minderheit	32.094	0,17	1
Andere	170.700	0,92	0

* Der Sejm der Republik Polen bildet neben dem Senat eine der beiden Kammern der polnischen Nationalversammlung (Anm. d. Ü.)

Quelle: offizieller Wahlbericht der Nationalen Wahlkommission (2019); eigene Darstellung

Unter der PiS durchläuft Polen einen Prozess, in dem viele der ideologischen und institutionellen Säulen der Dritten Polnischen Republik demontiert, verändert oder infrage gestellt wurden. Viele Expert:innen und Amtsträger:innen bezeichnen das polnische politische System offen als eine nicht konsolidierte oder illiberale Demokratie. Trotz aller Proteste in Polen sowie der Kritik seitens der europäischen Institutionen und der internationalen Öffentlichkeit konnte sich die PiS die Unterstützung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sichern, die sich entweder ideologisch mit der Partei identifizieren oder sie als die beste Wahl für ihre eigenen Interessen ansehen.

Die politische Opposition in Polen ist vielfältig und gespalten. Die liberal-konservative Partei Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska*, PO), die in den Jahren 2007–2015 regierte, bleibt trotz zahlreicher seither erlittener Wahlniederlagen die größte Oppositionspartei. Die beiden anderen stabilen Akteure des polnischen Parteiensystems sind die Mitte-Rechts-Bauernpartei Polnische Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL; ein langjähriger Junior-Koalitionspartner der PO), und die Linke (*Lewica*) – ein Bündnis linker beziehungsweise progressiver Parteien. Diese drei Akteure bilden kurzfristige taktische Allianzen² und werden oft gemeinsam als »demokratische Opposition« bezeichnet. Die PiS-Dominanz auf der rechten Seite wird von der nationalistisch-libertären Konföderation herausgefordert.

² Bei den Wahlen 2019 unterzeichneten sie eine Vereinbarung bezüglich der Wahlen zum Senat, dem Oberhaus des polnischen Parlaments. Diese führte dazu, dass die PiS die Kontrolle über dieses Haus verlor, obwohl sie die Mehrheit im Sejm gewann.

Soziale und politische Spaltungen in Polen

Seit dem Beginn der Übergangsperiode ist die polnische Gesellschaft entlang zahlreicher sozialer und politischer Konfliktlinien gespalten. Im ersten Jahrzehnt der Dritten Polnischen Republik wurde die Hauptlinie der Spaltung als die »postkommunistische Spaltung« definiert. Dabei unterschieden sich die politischen Parteien und ihre Anhängerschaften vor allem in ihrer Haltung zur Polnischen Volksrepublik (1944–1989), wobei die »postkommunistischen« Parteien eine positive oder zumindest nuancierte Haltung gegenüber dem vergangenen polnischen Staat hatten. Die »post-Solidarność-Parteien«³ standen dieser Periode kritisch gegenüber, sahen sie als eine Form der sowjetischen Besetzung und forderten die »Entkommunistisierung« des öffentlichen Lebens in Polen. Diese Spaltung wurde als klassische Links-Rechts-Spaltung beibehalten, wobei die Postkommunisten als links und die post-Solidarność-Parteien als rechts angesehen wurden. Diese Spaltung verlor ihre zentrale Bedeutung nach den Wahlen 2005, als sich ein neues Parteiensystem herauszubilden begann, dessen zwei Hauptakteure, die PiS und die PO, post-Solidarność-Parteien sind.⁴

In den ersten 15 Jahren nach Beginn des Transformationsprozesses gab es mehrere politische Ziele, die von der Mehrheit der politischen Klasse anerkannt wurden. Diese lassen sich zusammenfassend als »Europäisierung« des polnischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens mit dem Ziel, der EU beizutreten, beschreiben. Auf grundlegender Ebene besteht diese Art des Konsenses zwar weiterhin, aber die weitere Modernisierung und ihre konkrete Ausformung geben Anlass zur Spaltung. Auf der einen Seite gibt es das Modell einer konservativen Modernisierung, bei der die wirtschaftliche, technologische und infrastrukturelle Entwicklung keine bedeutenden Veränderungen für das traditionelle soziale und kulturelle Leben Polens, insbesondere für das Familienleben, nach sich zieht. Auf der anderen Seite besteht Offenheit oder sogar Gefallen an der Aussicht, dass Polen progressive gesellschaftliche Veränderungen erfährt – und sich auch kulturell den westlichen Gesellschaften angleicht.

Eine weitere wichtige Trennlinie ist die allgemeine Bewertung der Dritten Polnischen Republik von vor 2015, zu der es zwei entgegengesetzte Sichtwei-

³ Gegründet von ehemaligen Aktivist:innen der Gewerkschaft »Solidarność«, der wichtigsten institutionalisierten politischen Opposition in den 1980er Jahren.

⁴ Das heißt nicht, dass die Ansichten und Urteile über die polnische Geschichte nicht mehr zu erheblichen Spaltungen in der politischen Debatte und in der Gesellschaft führten. Die Beurteilung, wie sich bestimmte Personen, Gruppen und Organisationen innerhalb des politischen Regimes der Volksrepublik Polen verhalten haben, Vorwürfe der Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei, die Perspektive auf die Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg und viele andere Themen erzeugen zahlreiche Kontroversen.

sen gibt. Der ersten Auffassung zufolge war es ein Zeitraum, in dem sich Polen wirtschaftlich entwickelte, die Lebensqualität allmählich wuchs, die Städte und Gemeinden modernisiert wurden, neue Infrastrukturprogramme umgesetzt wurden und das Land zu einem respektierten Akteur auf der europäischen Bühne wurde. Folgt man dem entgegengesetzten Standpunkt, war die Zeit der Dritten Polnischen Republik dadurch ausgezeichnet, dass sich der Staat nicht um Gleichheit für alle kümmerte, nur ausgewählte Gruppen vom Wirtschaftswachstum profitierten und die Interessen Polens und seiner Bürger:innen nicht ausreichend geschützt wurden.

Während der Wahlen 2005 machte die PiS-Kampagne die Parole »Liberales Polen« versus »Solidarisches Polen« populär. Dies sollte die unterschiedliche Herangehensweise der beiden politischen Parteien bezüglich staatlichem Interventionismus, Besteuerung und Verteilung des Reichtums zeigen. 2015 kehrte die PiS zu diesem Konzept zurück und forderte die Umsetzung von Sozialprogrammen zur Unterstützung von Familien und die Rückkehr zum Rentenalter wie vor der Reform von 2012.⁵ Dies erfüllte die Erwartungen eines beträchtlichen Teils der Wählerschaft, insbesondere derjenigen, die ums Überleben kämpften und von »Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck« lebten. Für sie war es nicht nur eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern auch ein Wiedererlangen ihrer sozialen Würde. Auf der anderen Seite steht die von vielen liberalen Medien, öffentlichen Expert:innen und Prominenten propagierte Ansicht, dass Sozialprogramme häufig einen Missbrauch öffentlicher Gelder darstellen, die nur demotivierend auf die Empfänger:innen wirkten. Diese Position stammt aus den Jahren des neoliberalen Diskurses während der ersten beiden Jahrzehnte der Dritten Polnischen Republik.

Die Macht der katholischen Kirche in Polen macht die Beziehung zwischen Staat und Kirche zu einem relevanten politischen Thema. Dies überschneidet sich mit anderen kulturellen und ideologischen Spaltungen, da die katholische Kirche stark konservative oder sogar reaktionäre Ansichten in Bezug auf Abtreibung, Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, In-vitro-Diagnostik und LGBT+-Rechte hat und Druck auf politische Akteure ausübt, um das von ihr erwünschte gesetzgeberische oder politische Ergebnis zu erzwingen. Das polnische Rechtssystem ist in den meisten dieser Fragen immer noch sehr konservativ, was zu vielen politischen Konflikten führt. Diese Art von Konflikten werden auch in Zukunft mit der weiteren Säkularisierung und Öffnung der polnischen Gesellschaft unweigerlich auftreten.

⁵ Die PO-PSL-Regierung führte 2012 eine Reform durch, die das Rentenalter von 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer auf 67 Jahre an hob. Diese Entscheidung war sehr unpopulär und wurde von der PiS-Regierung 2017 wieder zurückgenommen.

Viele der oben genannten Spaltungen überschneiden sich mit den demografischen Spaltungen in der polnischen Gesellschaft. Vertiefte Analysen von Wahlergebnissen und Umfragen zeigen Tendenzen für bestimmte politische Orientierungen in Gruppen, die mit Alter, Bildung, Beruf und Wohnsitz einhergehen. Ältere Bürger:innen favorisieren sozial-konservative politische Konzepte, während jüngere Wähler:innen stärker zu liberalen, linken, aber auch national-libertären Ideen neigen. Parteien, die als liberal, progressiv oder links identifiziert werden, erhalten mehr Unterstützung von Menschen mit höherer Bildung, während Landwirt:innen, Arbeitslose, gering qualifizierte Arbeiter:innen oder Rentner:innen eher national-konservative Parteien bevorzugen. Die Menschen in Großstädten und Ballungsgebieten neigen eher dazu, liberale oder linksliberale Agenden zu unterstützen, während die ländlichen und provinziellen Gebiete sozial und kulturell eher konservativ sind. Zudem gibt es eine geografische Spaltung – liberale und linke Ideen erhalten mehr Unterstützung in den westlichen und nördlichen Regionen des Landes.⁶

Akteure auf der Linken

Seit 2019 gibt es in Polen drei linke beziehungsweise fortschrittliche Parteien, die als relevante politische Akteure betrachtet werden können: der Bund der Demokratischen Linken (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, SLD), Robert Biedrońs Frühling (*Wiosna*) und die Linke Gemeinsam (*Lewica Razem*, kurz *Razem*). Diese drei Parteien schlossen sich vor den Parlamentswahlen 2019 zu einem politischen Bündnis zusammen und bildeten die Koalition der Linken (*Lewica*), die die Unterstützung von mehr als zwei Millionen Wähler:innen (12,56%), 49 Sitze im Sejm und zwei im Senat erhielt. Nach den Wahlen einigten sich die drei Parteien darauf, ihr Bündnis fortzusetzen, bildeten eine Parlamentsfraktion und bestätigten, dass sie eine:r gemeinsame:n Kandidat:in für das Amt des:der Präsident:in im Jahr 2020 unterstützen werden. Die SLD und Wiosna leiteten auch einen Vereinigungsprozess ein, der in die Bildung einer neuen Partei namens »Die Neue Linke« münden soll.

Der Bund der Demokratischen Linken (SLD) wurde 1991 als Koalitionsplattform von linken Parteien, Gewerkschaften und verschiedenen Verbänden gegründet. Ihr führendes Mitglied war die Partei Sozialdemokratie der Republik Polen (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej*, SdRP), die direkte Nach-

⁶ Dies scheint das Ergebnis vieler komplexer historischer Faktoren zu sein, unter anderem demjenigen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ein breiter Migrationsprozess in diese Teile Polens stattfand und die entstandenen postmigrantischen Gesellschaften eine größere Nähe zu progressiven Werten haben.

folgerin der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*, PZPR), der Regierungspartei der Polnischen Volksrepublik. Im Jahr 1999 wurde der SLD in eine einzige Partei umgewandelt.

Zunächst fand sie sich im polnischen politischen Spektrum isoliert. Andere Parteien behandelten sie als Außenseiter und nannten sie eine Partei ehemaliger »kommunistischer Apparatschiks«. Diese Isolation wurde schnell durchbrochen, als die SLD die Parlamentswahlen von 1993 gewann. Zwei Jahre später wurde der Parteivorsitzende Aleksander Kwaśniewski zum Präsidenten Polens gewählt. In den späten 1990er Jahren etablierte sich die SLD nicht nur als einer der Hauptakteure der politischen Landschaft, sondern auch als vorherrschende Kraft der Linken. 2001 gewann die Partei unter der Führung von Leszek Miller die Wahlen mit einem noch nie dagewesenen Ergebnis von 41% der Stimmen. Millers Regierung konnte zwar die prekäre Haushaltssituation stabilisieren und die Verhandlungen über den EU-Beitritt Polens abschließen, doch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Sparpolitik sowie zahlreiche Korruptionsskandale führten zu einem dramatischen Rückgang der öffentlichen Unterstützung.

Bei der Wahl 2005 sank die Unterstützung für die SLD auf knapp über 11%, und die Partei verlor ihre Position in der Mitte der Gesellschaft. Es gelang ihr seither nie wieder, sich an einer Regierungskoalition zu beteiligen oder zur wichtigsten Oppositionspartei zu werden.⁷ Nach den Parlamentswahlen 2015 befand sich die SLD in einer sehr schwierigen Lage, da die von ihr geführte Koalition »Vereinigte Linke« (*Zjednoczona Lewica*, ZL) unterhalb der für Parteienkoalitionen geltenden Acht-Prozent-Hürde landete. Dies bedeutete, dass es zum ersten Mal in der Geschichte der Dritten Polnischen Republik keine linke oder auch nur linksgerichtete Kraft im Parlament gab.

Die außerparlamentarische Opposition erwies sich als Herausforderung. Angesichts der stark spaltenden Maßnahmen der PiS-Regierung war es schwierig, vollständig autonom zu agieren und relevant zu bleiben. Die SLD,

⁷ Bis 2011 änderte die Partei ihre Strategien und Ansätze bei Wahlen immer wieder. An einem Punkt entschied sie sich, eine breitere Koalition aus Links- und Zentrumsparteien zu bilden (2006–2007), beschloss aber später, auf die Stärkung ihrer eigenen Identität und Marke zu fokussieren (2008–2011). Bei verschiedenen Wahlen (Parlaments-, Europa-, Regional- und Präsidentschaftswahlen) konnte sie eine relativ stabile Position als dritte politische Kraft in Polen halten. Dies wurde 2011 infrage gestellt, als die Partei ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte erzielte (etwas mehr als 8%) und ihre Parlamentsfraktion halbiert wurde. Dies war teilweise die Folge des guten Ergebnisses der neu gegründeten linksliberalen Partei »Palikots Bewegung« (Ruch Palikota, RP), die von dem umstrittenen ehemaligen PO-Politiker Janusz Palikot ins Leben gerufen wurde. Während sich dieser neue Rivale auf der Linken als Eintagsfliege erwies, schien die SLD weiterhin nicht die richtige Formel zu finden, um Stimmen außerhalb ihrer traditionellen Basis anzuziehen.

Tabelle 2: Ergebnisse von SLD beziehungsweise SLD-geführten Koalitionen bei polnischen Parlamentswahlen 1991–2015

Jahr	Anzahl der Stimmen	Stimmen in %	Sitze im Sejm	Regierungsbeteiligung
1991	1.344.820	11,99	60	nein
1993	2.815.169	20,41	171	ja
1997	3.551.224	27,13	164	nein
2001	5.342.519	41,04	216	ja
2005	1.335.257*	11,31	55	nein
2007	2.122.981	13,15	53	nein
2011	1.184.303	8,24	28	nein
2015	1.147.102	7,55	0	nein

*Die Sozialdemokratie der Republik Polen, eine Splittergruppe der SLD, erhielt 459.380 Stimmen (3,89%).

Quelle: offizieller Wahlbericht der Nationalen Wahlkommission (2019); eigene Darstellung

die sich selbst als eine Begründerin des Verfassungssystems der Dritten Polnischen Republik sieht, kritisierte die Versuche der Regierung, die Unabhängigkeit des Justizsystems, der öffentlichen Medien, der Gemeinden und Regionen einzuschränken, sowie die Veränderungen in der Außenpolitik und insbesondere gegenüber der EU. Die meisten Oppositionsparteien im Parlament, einschließlich der PO als Hauptkonkurrenten der PiS, teilten jedoch diese Haltung. Die Kommunalwahlen 2018 bestätigten die prekäre Lage, in der sich die SLD befand. Sie erhielt nur rund sechs Prozent der Stimmen. Das brachte sie dazu, sich für die Europawahlen im Mai 2019 einem Bündnis der Oppositionsparteien anzuschließen. Doch diese breite Koalition erfüllte die Erwartungen nicht und wurde noch vor den Parlamentswahlen am 13. Oktober 2019 aufgelöst.⁸ Der SLD blieben zwei Optionen – entweder das Risiko einzugehen, eigenständig an ihnen teilzunehmen oder ein Bündnis mit den beiden anderen relevanten linken Parteien zu bilden. Sie entschied sich für Letzteres.

⁸ Die sogenannte Europäische Koalition war eine gemeinsame Wahlplattform von fünf Parteien – der PO, der SLD, der PSL, der liberalen »Die Moderne« (Nowoczesna; N) und den Grünen. Das Wahlergebnis erwies sich als zufriedenstellend für die SLD, da sie die fünf Parlamentssitze, die sie in den beiden vorherigen Wahlperioden innehatte, behalten konnte. Diese Einschätzung wurde nicht von allen anderen Koalitionsteilnehmer:innen geteilt, und das Gesamtergebnis der vereinigten »demokratischen Opposition« (etwa 38,5% im Vergleich zu den mehr als 45%, die die PiS erzielte) wurde von vielen Expert:innen und Kommentator:innen als Beweis dafür gesehen, dass eine so breite Plattform nicht das beste Format ist, da sie einige der potenziellen Wähler:innen der einzelnen Parteien abschreckt.

Innerhalb der Lewica-Fraktion hat die SLD 24 Sitze im Sejm. Sie ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Progressiven Allianz; ihre EU-Parlamentarier:innen sind Mitglieder der S&D-Fraktion. Die Partei hat rund 32.000 Mitglieder und ist eine der vier Parteien, die über langjährige und entwickelte regionale sowie lokale Strukturen verfügen. Sie ist an acht regionalen Regierungskoalitionen beteiligt und steht an zweiter Stelle bei der Anzahl der von ihren Mitgliedern gewonnenen Bürgermeister:innenämter.

Die SLD steht für »alle Werte der europäischen Sozialdemokratie – Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Dialog und Zusammenarbeit, die die Grundpfeiler für eine Gesellschaftsordnung im 21. Jahrhundert darstellen«. Im Parteiprogramm heißt es, dass eine tiefgreifende »Korrektur des Kapitalismus« erforderlich sei und die zunehmenden Ungleichheiten sowie die sich verschlechternden Arbeitsverhältnisse angegangen werden müssten. Die SLD appelliert an den polnischen Staat, eine aktive Rolle beim Schutz der Rechte von Minderheiten und marginalisierten Gruppen zu spielen und die Prinzipien eines säkularen Staates zu wahren. Die Partei sieht sich als eine der treibenden Kräfte der Integration Polens in euro-atlantische Strukturen (wie NATO und EU).

In den vergangenen drei Jahrzehnten wurde die SLD oft dafür kritisiert, dass sie sich für viele ihrer erklärten linken Werte nicht ausreichend eingesetzt hätte. Die Wirtschaftspolitik der SLD-Regierungen setzte sich nie wirklich von dem 1989 aufgestellten neoliberalen Übergangsmodell ab. Dies wurde vor allem unter der Regierung von Leszek Miller deutlich, die eine Austeritätspolitik einführte und die Invasion und Besetzung des Iraks unterstützte, während sie sich in Bereichen wie Frauen- und LGBT+-Rechte sowie Trennung von Staat und Kirche viel zu wenig engagierte. Die SLD bleibt die politische Vertretung ehemaliger Partei- und Staatsbürokrat:innen, Militärs und Polizist:innen. Sie wird daher überwiegend von älteren Altersgruppen (60+) unterstützt sowie häufiger von Menschen, die in kleineren Städten und Gemeinden leben, deren materielle Lebensbedingungen nicht hoch, aber stabil sind. SLD-Wähler:innen neigen dazu, sich vor allem auf soziale Themen wie Renten, Qualität der Gesundheitsversorgung und öffentliche Dienstleistungen zu konzentrieren. Sie sind stark pro-EU und übermäßig kritisch gegenüber der PiS. Während sie in einigen sozialen und kulturellen Fragen als relativ progressiv bezeichnet werden können (reproduktive Rechte von Frauen, Trennung von Staat und Kirche), sind sie in anderen Fragen eher konservativ (LGBT+-Rechte, Einschränkung von Bürger:innenrechten im Interesse der öffentlichen Sicherheit).

Wiosna wurde Anfang 2019 von einem Team sozialer und politischer Aktivist:innen um Robert Biedroń gegründet.⁹ Im Jahr 2018 erklärte er die Bil-

⁹ Biedroń war ein langjähriger Aktivist für LGBT+-Rechte, nämlich Gründer und erster Vorsitzender der Kampagne gegen Homophobie, einer der führenden NGOs, die

dung einer neuen progressiven politischen Graswurzelbewegung, die die Dominanz sowohl der PiS als auch der PO in der polnischen Politik herausfordern würde. Der Gründungskongress von Wiosna war ein großes Medienereignis, dem eine Reihe von als »Brainstormings« präsentierter Zusammenkünfte in Städten und Gemeinden vorausging.

Frühe Umfragen für die Partei waren sehr vielversprechend. Das Endergebnis bei den Europawahlen im Juni 2019 war jedoch enttäuschend – Wiosna erhielt sechs Prozent der Stimmen und sicherte sich nur drei Sitze. Dieses Ergebnis führte zu internem Aufruhr, und Robert Biedroń geriet unter Druck. Wiosna erklärte sich daraufhin bereit, vor den nationalen Wahlen Teil einer Koalition mit anderen Oppositionsparteien zu werden und trat in Verhandlungen mit der SLD und RAZEM ein, um die Koalition der LINKEN zu bilden. Dieses Wahlbündnis war bei den Parlamentswahlen im Oktober 2019 erfolgreich: Das Linksbündnis wurde mit 12,6% drittstärkste Kraft und erhielt 49 Sitze. Davon hat Wiosna neunzehn Sitze im Sejm und einen Sitz im Senat. Ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament sind der S&D-Fraktion beigetreten. Die parlamentarischen Vertreter:innen von Wiosna sind vor allem Akademiker:innen, Führungsfiguren in lokalen NGOs sowie Unternehmer:innen, viele von ihnen mit einer gewissen politischen Vorerfahrung – Zahlreiche Mitglieder waren frühere SLD-Mitglieder oder Sympathisant:innen der SLD. Das Organisationsmodell ähnelt dem einer Kaderpartei und wird von manchen Seiten als intransparent und undemokratisch kritisiert. Die Partei hat etwa 4.700 Mitglieder. Die zu Beginn des Jahres 2019 sehr dynamische Entwicklung von lokalen Parteistrukturen wurde jedoch durch die enttäuschenden Ergebnisse bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai desselben Jahres stark beeinträchtigt. Das vor den Wahlen zum Europäischen Parlament vorgestellte Parteiprogramm von Wiosna war ein Konglomerat aus sozialdemokratischen, sozialliberalen, grünen und feministischen Ideen. Es betont die Notwendigkeit, das Verwaltungssystem zu modernisieren, um es effizienter zu machen und vollständig zu digitalisieren sowie offen und freundlich gegenüber den Bürger:innen zu gestalten. Wiosna schlug auch eine »grüne Transformation« vor, insbesondere den Kohleausstieg bis zum Jahr 2035 und die Schaffung von 200.000 Arbeitsplätzen im Bereich erneuerbarer Energien. Im soziokulturellen Bereich präsentierte Wiosna eine fortschrittliche Agenda, die das Recht auf Abtreibung, die

sich für die rechtliche und soziale Gleichstellung von nicht-heteronormativen Menschen einsetzt. Er war lange Zeit Mitglied der SLD, trat aber 2011 über die Liste Palikots Bewegung als Abgeordneter in die parlamentarische Politik ein (er war das erste offen homosexuelle Mitglied des polnischen Parlaments). Seine Popularität stieg, als er drei Jahre später überraschend die Wahl zum Bürgermeister von Słupsk gewann (einer Stadt in Nordpolen, die in seinem Wahlkreis liegt), wo er eine Reihe von progressiven und grünen Maßnahmen umsetzte.

Gleichstellung der Ehe, Antidiskriminierungsgesetze und einen Fokus auf Bildung beinhaltete. Die Partei punktet überwiegend bei jungen Wähler:innen, die zumeist in städtischen Gebieten wohnen, bei denjenigen, die über einen höheren Bildungsstand verfügen, sowie häufiger bei Frauen als bei Männern. Sie teilen im Allgemeinen die progressiven Werte, die im Parteiprogramm zum Ausdruck kommen und scheinen hinsichtlich der Sozial- und Wirtschaftspolitik eher liberal als links orientiert zu sein.

Die Linke Gemeinsam (*Lewica Razem*) wurde 2015 als Plattform für Aktivist:innen gegründet, die zuvor in verschiedenen linken oder grünen Organisationen sowie in städtischen Basisgruppen aktiv waren. RAZEM präsentierte sich als linke Alternative zur SLD, als Partei, die im Gegensatz zur alten sozialdemokratischen Partei nicht durch Fehler und »faule Kompromisse« befleckt ist. Die Mobilisierung durch ihre Aktivist:innen ermöglichte es der Partei, im ganzen Land zu den Wahlen anzutreten. Während Razem anfangs in den Umfragen kaum wahrgenommen und von den Medien weitgehend ignoriert wurde, veränderte eine Fernsehdebatte in der letzten Wahlkampfwoche, aus welcher der Razem-Vertreter Adrian Zandberg als Sieger hervorging, den bisherigen Trend. Die Partei erhielt fast vier Prozent der Stimmen und zog aufgrund der Fünf-Prozent-Hürde zwar nicht ins Parlament ein, konnte jedoch staatliche Gelder erhalten.

Wie die SLD hatte Razem mit der Schwierigkeit zu kämpfen, in einer stark polarisierten politischen Landschaft als unabhängiger, doch ernst zu nehmender politischer Akteur wahrgenommen zu werden. Während die Partei die PiS-Regierung für ihre Politik gegenüber dem Justizsystem und den öffentlichen Medien, ihre Außenpolitik und ihre aggressive kulturkonservative Rhetorik kritisierte, musste sie ihre Haltung gegenüber den Sozialprogrammen der Regierung nuanciert gestalten, da sie die Tatsache nicht ignorieren konnte, dass diese wirkliche Probleme ansprach. Razem wurde nicht nur vom liberalen Mainstream, sondern auch von vielen linken Organisationen und Intellektuellen angegriffen, weil die Partei die Idee ablehnte, sich einer breiteren oppositionellen Plattform anzuschließen und ebenso mit der SLD zusammenzuarbeiten.

Obwohl Razem viele Kampagnen initiiert hatte, insbesondere die Proteste gegen die Einschränkung des Abtreibungsrechts im Jahr 2016, begannen ihre Werte in den Umfragen bald zu schwinden. Die Kommunalwahlen 2018 und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 endeten mit Ergebnissen unter zwei Prozent. Dies zwang Razem, ihre Einstellung zu einem politischen Bündnis mit der SLD zu ändern. Razem verfügt über eine bescheidene Vertretung von sechs Mitgliedern im polnischen Sejm. Sie hat landesweit etwa 2.500 Mitglieder, mit vor allem in größeren Städten entwickelten Ortsverbänden. Die interne Struktur der Partei basiert auf dem Prinzip der Gleichheit und der kol-

lektiven Führung – die alltäglichen Parteiaktivitäten werden von einem Präsidium koordiniert, das keine Vorsitzenden oder Sekretäre hat. Die gleiche Regel gilt für die lokalen Ortsverbände. Das Parteistatut begrenzt streng, wie lange ein einzelnes Mitglied eine Position in den nationalen und lokalen Parteigremien innehaben kann. Gemäß einer Bestimmung verdienen alle Parteiangestellten das polnische Durchschnittsgehalt. Razem war bis 2019 stark in der DIEM25-Bewegung engagiert und unterhält auch Beziehungen zu einigen europäischen alternativen linken Parteien, wie Podemos oder Die Linke, und zur Nordischen Grünen Linken.

Rechtsgerichtete und sogar liberale Expert:innen bezeichnen Razem als »linksradikal«. Eher basiert die Agenda der Partei jedoch auf klassischen sozialistischen und sozialdemokratischen Konzepten, mit vielen Bezügen zur sozialen und wirtschaftlichen Praxis der skandinavischen Sozialdemokratie. Razem ist die einzige relevante polnische politische Partei, die eine umfassende Steuerreform befürwortet, die Steuererhöhungen für die Oberschicht und in geringerem Umfang auch für die Mittelschicht vorsieht. Razem betont die Notwendigkeit, die ungleiche Entwicklung Polens zu bekämpfen, die sich unter anderem im drohenden sozialen, industriellen und infrastrukturellen Verfall zahlreicher ländlicher und provinzieller Gebiete zeigt; und sie tritt für eine grüne Transformation der Wirtschaft ein (möglicherweise jedoch einschließlich eines Atomkraftwerks). Die Agenda für Kultur-, Frauen- und Minderheitenrechte ist sehr fortschrittlich und fordert die volle Gleichstellung von LGBT+-Personen in der Ehe und das Recht, eine Schwangerschaft bis zur zwölften Woche abzubrechen. Razem spricht sich stark für die EU aus und befürwortet eine weitere Integration, die jedoch im Rahmen eines sozialen Modells vonstattengehen soll. Die Partei steht der amerikanischen Außenpolitik kritisch gegenüber (insbesondere ihren militaristischen und konzernfreundlichen Aspekten), sieht aber Polens Mitgliedschaft in der NATO als Notwendigkeit an.

Andere Linksparteien

Während der letzten drei Jahrzehnte haben viele Parteien im linken Spektrum versucht, politische Relevanz zu erlangen, und haben dieses Ziel zeitweise auch erreicht. Sozialdemokratische Parteien, die versuchten, die dominante Position der SLD in der Linken herauszufordern, mussten sich schließlich damit abfinden, ihr Juniorpartner zu werden.¹⁰ Parteien, die versuchten, ihr Pro-

¹⁰ In den 1990er Jahren versuchte die Arbeitsunion (*Unia Pracy, UP*) eine linke Alternative zu präsentieren, die der »postkommunistischen« Spaltung widersprach (sie wurde von Politiker:innen mit unterschiedlichen Hintergründen gegründet). Nachdem

gramm auf starken kulturellen Konflikten, wie der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche, aufzubauen, waren ebenfalls nicht erfolgreich darin, politische Relevanz zu erlangen.¹¹ Zwar gab es in Polen durchaus politische Parteien, die als radikal oder alternativ links eingestuft werden können. Aber die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen gaben keiner von ihnen viel Raum, relevanter politischer Akteur zu werden.

Herausforderungen und Perspektiven

Nach dem relativ erfolgreichen Parlamentswahlkampf 2019 versuchte die Linke, ihre Position als dritte politische Kraft in Polen zu festigen. Wie andere Oppositionsparteien, insbesondere die PO und die PSL, greift sie die PiS für eine Politik an, die zu einer weiteren Aushöhlung des Verfassungssystems und zur Isolierung Polens innerhalb der EU geführt hat. Gleichzeitig kritisiert sie die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung aus einer linken Perspektive, hebt den Abbau der öffentlichen Dienstleistungen, die wachsenden Ungleichheiten und die Abhängigkeit vom Großkapital hervor. Die Linke vertritt zudem eine klare progressive Kultur- und Menschenrechtsagenda, was sie von den meisten anderen Oppositionsparteien unterscheidet. Da sich der politische Konflikt um viele kulturelle Fragen in Polen zu vertiefen scheint, könnte sich dies in Zukunft als wichtiger Faktor erweisen.

Oberflächlich betrachtet scheint es zwar Potenzial für ein weiteres Wachstum der Linken in Polen zu geben, eine solche Entwicklung ist jedoch keineswegs garantiert. Viele der politischen Spaltungen, die das politische Leben bestimmen, haben sich bisher als vorteilhaft für die beiden dominierenden Parteien und ihre politischen Lager erwiesen. Die zunehmende Radikalisierung und Polarisierung der öffentlichen Debatte können diese Tendenz nur verstärken. Allem Anschein nach unterstützen viele gesellschaftliche Gruppen, die traditionell die Basis der Linken bildeten, die PiS. Die Regierungspartei bleibt glaubwürdig als Garant für Sozialprogramme, die Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen stützen. Trotz ihrer sozioökonomischen Agenda wird die Linke von vielen dieser Gruppen (oft traditionell und konservativ eingestellt)

sie 1997 den Einzug ins Parlament verpasste, näherte sie sich allmählich der SLD an und wurde bei den meisten Wahlen in den 2000er und 2010er Jahren deren Verbündete. Die Sozialdemokratie der Republik Polen wurde 2004 von ehemaligen SLD-Parlamentarier:innen gegründet, als zahlreiche Korruptionsskandale die Popularität der Regierungspartei deutlich sinken ließen. Nachdem sie 2005 den Einzug ins Parlament verpasst hatte, bildete sie eine Wahlkoalition mit der SLD und anderen Parteien der Linken und der Mitte, war aber um 2011 in Vergessenheit geraten.

¹¹ Wie die bereits erwähnte Bewegung Palikots.

als nicht glaubwürdig und als von ihrer Lebensrealität weit entfernt empfunden, wozu die wachsende kulturelle Polarisierung beiträgt. Diejenigen gesellschaftlichen Gruppen mit einer stärkeren Tendenz links zu wählen bevorzugen die PO; viele ihrer politischen Überzeugungen sind, besonders in Bezug auf die Wirtschaft, eher liberal als links. Ferner lehnen auch sie die PiS und das, was diese umsetzt und wofür sie steht, entschieden ab. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Linke von der PO überschattet wird und als Junior-Oppositionspartner des liberal-konservativen Blocks festgesetzt wird.¹²

Fazit

Nach einer Periode der Marginalisierung ist die polnische Linke in der parlamentarischen Politik gewissermaßen wieder aufgetaucht. Die Entwicklung des polnischen Parteiensystems und die zukünftige Rolle der linken Strömungen darin lässt sich jedoch schwer vorhersagen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, mit denen sie in den vergangenen 30 Jahren konfrontiert war, und der eher ungünstigen sozialen und politischen Bedingungen,¹³ werden eine Festigung und die Weiterentwicklung der politischen Linken sicherlich eine Herausforderung sein. Mit der bevorstehenden Vereinigung von Wiosna und SLD muss sich die Linke Koalition mit der Frage ihrer internen Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit auseinandersetzen. Die Präsidentschaftswahlen 2020 haben gezeigt, dass ihre Position als dritte Kraft im polnischen Parlament nicht selbstverständlich ist und viel organisatorische und konzeptionelle Arbeit geleistet werden muss. Dies ist besonders dringlich, weil neue soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Konflikte unvermeidlich zu sein scheinen.

Literatur

- Bojarowicz, Tomasz (2017): New Axes of Political Cleavages in Poland After 2005. In: *Regional Formation and Development Studies* 1(21).
 Łukowski, Wojciech/Sadowski, Ireneusz (2013): Podział społeczno-polityczny w Polsce: Kilka uwag teoretycznych. [Die sozio-politische Spaltung in Polen: Einige theore-

¹² Dies geschah de facto während der Präsidentschaftswahlen im Sommer 2020. Als die PO den sehr liberalen Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski zu ihrem Präsidentschaftskandidaten wählte, brachte sie die Kampagne von Robert Biedroń, dem Kandidaten der Linken, zum Entgleisen (er erhielt lediglich enttäuschende zwei Prozent der Stimmen).

¹³ Umfragen zu politischen Ansichten der polnischen Bürger:innen zeigen eine starke Asymmetrie auf der Links-Rechts-Achse. Die Zahl der Pol:innen, die sich selbst als rechts bezeichnen, liegt bei bis zu 43%, während andere politische Orientierungen (Mitte-rechts, Mitte, Mitte-links und links) jeweils etwa 14–15% ausmachen.

tische Bemerkungen]. In: Studia Politologiczne [Politikwissenschaften]. Warschau. Pilawski, Krzysztof (2006): Rozbrat z idea. Między demokratycznym socjalizmem a demokracją liberalną: ewolucja programowa Socjaldemokracji Rzeczypospolitej Polskiej i Sojuszu Lewicy Demokratycznej. [Ein Bruch mit der Idee. Zwischen demokratischem Sozialismus und liberaler Demokratie: Die Entwicklung des Programms der Sozialdemokratie der Republik Polen und der Demokratischen Linksallianz]. Warschau.

Rae, Gavin (2012): Poland's Return to Capitalism from the Socialist Bloc to the European Union. London.

Sadura, Przemysław/Sierakowski, Sławomir (2019): Political Cynicism: The Case of Poland. Warschau.

Webseiten

Demokratische Linksallianz (SLD): sld.org.pl/ (25.5.2021).

Linke Gemeinsam (Razem): partiarazem.pl/ (25.5.2021).

Nationale Wahlkommission: pkw.gov.pl/ (25.5.2021).

Robert Biedroń, Frühling (Wiosna): wiosnabiedronia.pl/ (25.5.2021).

Das Ende des Antikommunismus und die unsichere Zukunft der tschechischen Linken

Von Matěj Mětelec

Um die Geschichte der tschechischen Linken nach 1989 zu verstehen, müssen wir zunächst auf die Entwicklungen zurückblicken, die auf den »Prager Frühling« und den sowjetischen Einmarsch von 1968 folgten. Die Säuberungen, die im Anschluss an diese Invasion in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) durchgeführt wurden, hatten zur Folge, dass sich ein klar konservativer Kern herausbildete, dessen Position zumindest im tschechischen Teil der Tschechoslowakei in einem scharfen Kontrast zu der Art und Weise stand, wie die »Bruderhilfe« von der gesellschaftlichen Mehrheit gesehen wurde. Innerhalb der Partei gab es keinerlei Bestrebungen nach einer grundlegenden Reform des Systems, welcher Art auch immer; und selbst als die Perestroika ihren Lauf nahm, beschränkte sich die Parteiführung auf einen eher passiven Widerstand. Nach der gewaltsamen Zerschlagung einer Demonstration von Studierenden am 17. November 1989 gelang es der Führung der KSČ nicht, angemessen auf die sich immer weiter zuspitzende Krise zu reagieren. Das führte dazu, dass die Partei passiv und ohne jeden Widerstand ihre politische Macht einbüßte. Da ihre Identität seit 1968 auf der Bewahrung des Status quo beruht hatte, fehlten ihr sowohl die richtigen Menschen als auch die notwendigen Ideen, mit denen die KSČ eine sozialdemokratische Partei hätte werden können, wie es in Polen oder Ungarn möglich war.

So gründeten die Sozialdemokraten nach 1989 eine unabhängige Partei – ein weiterer Grund, warum die Situation eine Entwicklung wie in anderen Ländern nicht zuließ. Eigentlich wäre es treffender, von einer Wiederherstellung der Partei zu sprechen, da sie im Exil durchgehend weiter bestanden hatte, wo sie nach der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1948 von Emigrant:innen gegründet worden war und später durch die Auswanderungswelle nach 1968 neue Mitglieder erhalten hatte. Tatsächlich bestand eines der Schlüsselmomente des »Prager Frühlings« in einem Versuch, die Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei neu zu beleben, was die sowjetische Entscheidung zum Eingreifen wesentlich beeinflusste. Die Sozialdemokraten im Exil waren – verständlicherweise – überzeugte Anti-Kommunist:innen (viele von ihnen hatten die kommunistischen Arbeitslager erlebt) und sahen in der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM)¹ auch nach 1989 weiter ihren größten Feind.

¹ Am 31. März 1990 als tschechisch-mährischer Arm der rundum föderalisierten KSČS gegründet.

In der Zeit vor November 1989 und auch danach unternahm die KSČ vorsichtige Verhandlungsversuche mit den 1968 aus der Partei verstoßenen Kommunisten. Denn sie ging davon aus, dass die Wiederaufnahme der »Achtundsechziger« aus dem Klub für sozialistische Umgestaltung »Wiedergeburt« (*Klub za socialistickou přestavbu Obroda*) der KSČ/KSČM Reformpotenzial bieten könnte. Letztlich gingen jedoch die meisten *Obroda*-Mitglieder zu den Sozialdemokraten, wenngleich der Teil ihrer Führung, der sich noch im Exil befand, damit nicht einverstanden war.

Die Linke während der Transformation

Die Kommunisten und die Sozialdemokraten unternahmen in der Zeit der Transformation nach 1989 ihre eigenen Transformationsversuche. Anfang der 1990er Jahre tobte bei den Sozialdemokraten ein interner Kampf zwischen den Verfechter:innen der Exiltradition (extrem antikommunistische kalte Krieger:innen) und dem von Miloš Zeman vertretenen Flügel, der eine pragmatische Haltung zur Gegenwart einnahm.

Die Transformationsversuche der Kommunisten² Anfang der 1990er Jahre in Verbindung mit dem Parteivorsitzenden und Filmregisseur Jiří Svoboda führten ins Leere. Svoboda versuchte, die KSČM »von oben« zu transformieren, und auch wenn derartige Transformationsversuche für kommunistische Parteien in der Geschichte des Kommunismus teilweise von Erfolg gekrönt waren, agierte dieses Mal die interne Parteidemokratie paradoxerweise als Bremse der »Demokratisierung«.³ Tatsächlich wacht die Mitgliederbasis bis heute über das ideologische Profil der Partei. Ein Parteireferendum im Herbst 1991 zeigte, dass die meisten Mitglieder nicht bereit waren, das Wort »kommunistisch« aufzugeben (Polášek et al. 2012: 117). Auch der ausbleibende Erfolg des Linksblocks – einer Wahlkoalition der KSČM mit mehreren marginalen linken Gruppen – von 1992–1994 schien für die Ablehnung weiterer »Experimente« eine Rolle zu spielen.

Die Entscheidung, dem Weg der »Stabilität« zu folgen, wurde 1993 besiegelt, als die Partei Miroslav Grebeníček zu ihrem Vorsitzenden wählte. Grebeníček war zwar kein Verfechter der Transformation wie Svoboda, aber auch kein Konservativer wie der ehemalige Vorsitzende der Prager KSČ-Organisation Miroslav Štěpán – auch wenn ihm das von der tschechischen Rechten und den Medien immer wieder vorgeworfen wurde. Er war ein Pragmatiker, der Stabilität garantieren konnte. So gelang es ihm, ein Gleichgewicht zwischen der

² Eine detaillierte Beschreibung der kommunistischen Identitätssuche nach 1989 ist zu finden bei Kopeček (2011).

³ Im Sinne einer Transformation nach den Bedingungen der liberalen Demokratie.

Bestätigung der Partei-Identität, wie sie die Mitgliederbasis wünschte, und einer Bereitschaft zur Anpassung an die politische Realität zu finden (Polášek et al. 2012: 115). Dass die KSČM in hohem Maße zu einer »identitären« Partei wurde (ebd.: 120) (einer Partei also, die sich von einer feindseligen Umgebung abgrenzte und von ihr isoliert wurde), lässt sich unter anderem an der »Stabilität ihrer Kader« erkennen: Grebeníček war von 1993–2005 Vorsitzender, und sein Nachfolger, Vojtěch Filip, ist seit 2005 bis heute im Amt. Die KSČM entschied sich für Stagnation, was ihr dennoch über lange Zeit stabile Wahlergebnisse einbrachte. Die von der Gleichsetzung der kommunistischen Wähler:innen mit den Parteimitgliedern von vor 1989⁴ ausgehende Strategie, das »Aussterben« der Kommunisten abzuwarten, ging nicht auf. Die Erfolge der Partei waren nicht zu übersehen. Bis 2017 erhielt die KSČM in keiner Wahl weniger als zehn Prozent der Stimmen und war über lange Zeit die drittstärkste Partei im Land. Trotzdem blieb sie in der tschechischen Politik an den Rand gedrängt, weil sich alle anderen politischen Parteien weigerten, mit der »Erbin« der kommunistischen Diktatur zusammenzuarbeiten.

Regierung des Antikommunismus

Die Ausgrenzung der KSČM aus Politik und Gesellschaft in der Tschechischen Republik geschah nicht nur auf ritueller und liberaler Ebene, sondern auch im Hinblick auf »Menschenrechte«, indem alle paar Jahre mit einer Kampagne an die Verbrechen in Verbindung mit der auferlegten kommunistischen Diktatur erinnert wurde. Andererseits erfüllte dies für das tschechische Parteiensystem auch einen pragmatischen politischen Zweck. Die wiederholten Forderungen nach einem Verbot der KSČM stärkten den Zusammenhalt innerhalb der Partei und könnten wohl auf die Angst vor einer Rückkehr zur »alten Ordnung« zurückgeführt werden, doch ist dieser Aspekt in Wirklichkeit nur Dekor. Dem tschechischen Antikommunismus ging es immer um mehr als nur eine Angst vor einer (absurden) Rückkehr zu der Zeit vor 1989. Stattdessen diente er der Delegitimierung der Linken als solcher. Dass dabei der Eindruck entstand, es gehe bei jeder Wahl um die Grundfesten des Regimes und ein Sieg für die (sozialdemokratische) Linke würde eine Rückkehr zu der Zeit vor 1989 bedeuten, war ein durchaus nützliches Argument, um rechte Wähler:innen zu mobilisieren.

Gleichwohl war der »antikommunistische Konsens« in den 1990er Jahren derart verankert, dass 1995 sogar die Sozialdemokraten mit der Bohumín-Resolution jede Zusammenarbeit mit der KSČM ausschlossen. (ČSSD 1995) Dieser

⁴ Diese Annahme basierte auf dem antikommunistischen Mythos, dass sich Mitglieder der KSČ in Wirklichkeit auf alle nach 1989 entstandenen Parteien verteilt hätten.

Konsens hatte die Verknüpfung des liberalen Teils der Gesellschaft mit einem kompromisslosen Antikommunismus zur Folge, der mit einer unreflektierten antilinken Einstellung einherging, was dazu führte, dass sich dieser Teil der Gesellschaft über lange Zeit absolut nicht vorstellen konnte, dass auch nur die geringste Gefahr für Demokratie und Menschenrechte von der Rechten ausgehen könnte. Für die parlamentarische Koalitionspolitik war eine nicht weniger wichtige Konsequenz, dass es für Regierungen unmöglich wurde, sich auf einer Rechts-Links-Basis abzuwechseln. Selbst die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) musste sich nach ihrem Wahlsieg nach Koalitionspartnern aus der Mitte und dem rechten Spektrum umsehen. Auch als 2002 Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 111 von insgesamt 200 Sitzen gewannen, war keine linke Koalition möglich. Stattdessen wurde eine Koalition zwischen Links und Mitte-rechts gebildet, die die Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (KDU-ČSL) und die Freiheitsunion umfasste (die 1998 als Abspaltung vom Hegemon der Rechten, der ODS, entstanden war).

Auch die Stabilität des linken politischen Spektrums war durch den Antikommunismus beeinträchtigt. Während man für die Jahre seit 1998 von einer Blütezeit für die Rechte sprechen könnte, gab es bis 2020 bei der Linken keine wirklich neuen Entwicklungen. Nach einem Versuch, Anfang der 1990er Jahre mehrere linke Bewegungen zu vereinigen, bildeten linke Gegner:innen des kommunistischen Regimes die bereits erwähnte Linksblock-Koalition mit der KSČM, doch blieb die Linke in der Tschechischen Republik auf zwei traditionelle Parteien beschränkt – die KSČM und die ČSSD.⁵

Die Kartell-Linke

Anders als die Sozialdemokraten starteten die Kommunisten als Massenpartei in die Ära nach 1989. Auch heute noch verzeichnen sie unter den tschechischen politischen Parteien die höchste Mitgliederzahl. Die Sozialdemokraten folgen nach den Christdemokraten auf dem dritten Platz, doch haben alle Parteien mit rückläufigen Mitgliederzahlen zu kämpfen. (Souček 2020)

Die beiden linken Parteien wurden in gewisser Weise zu Kartellparteien. (Katz/Mair 2009: 753-766) Die Theorie der Kartellpartei wurde 1995 von Richard S. Katz und Peter Mair als Erweiterung der bestehenden Typologie einge-

⁵ Mit einem kurzen Intermezzo von Januar 2016 bis Oktober 2017, als der Vorsitzende der Grünen Partei, Matěj Stropnický, kein Geheimnis aus seiner Vision machte, aus den Grünen eine linke Partei machen zu wollen. Doch angesichts mangelnder Unterstützung seitens der Parteiführung und einiger chaotischer Manöver unmittelbar vor den Wahlen 2017 wurde nicht klar, welche Art von linker Politik die Grünen repräsentieren wollten.

führt. Einfach ausgedrückt folgte auf die ursprünglichen Honoratiorenparteien (oder Elitenparteien) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Entstehen von Massenintegrationsparteien. Das waren nicht nur die Parteien von Arbeiter:innen, sondern auch Volksparteien sowie in Mittel- und Osteuropa Bauern- und Bäuerinnenparteien. Mitte des 20. Jahrhunderts führte der Zusammenbruch der ehemaligen Klassen- und Kulturblöcke zu den Catch-all-Parteien, und im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden schließlich die Kartellparteien. Kartell bezieht sich hier sowohl auf den Versuch, es für neue Akteur:innen schwieriger zu machen, in den politischen Wettbewerb einzutreten, als auch auf Bemühungen, die Verbindung zum Staat aufrechtzuerhalten, der für eine Kartellpartei eine wesentliche und unentbehrliche Einnahmequelle ist.

Für die Sozialdemokraten war 1998 in diesem Übergang das entscheidende Jahr, als die Partei zum ersten Mal Gelegenheit bekam, nach einem Wahlsieg eine Regierung zu bilden. Wegen des in der tschechischen Politik vorherrschenden Antikommunismus und der feindseligen Einstellung von Journalist:innen und eines Großteils der Elite, die die postrevolutionäre Ära mit der Herrschaft der Rechten verknüpften, gelang den Sozialdemokraten trotz all ihrer Bemühungen zu diesem Zeitpunkt keine Regierungsbildung mit Mitte-rechts. (Dazu sollte es erst vier Jahre später kommen.) Die Lösung bestand in einer ČSSD-Minderheitsregierung, die von ihrem größten rechten Rivalen, der ODS, toleriert wurde. Diese beschränkte Zusammenarbeit, die im »Oppositionsvertrag« verankert war, hatte grundlegende Auswirkungen auf die Zukunft des tschechischen Politiksystems, da das Wahlsystem dauerhaft verändert wurde. Zwar kam eine Umstellung auf ein Mehrheitssystem, wie es sich die ODS wünschte (35 Wahlbezirke mit jeweils ein paar Sitzen), nicht zustande. Doch der erreichte Kompromiss von 14 Wahlbezirken mit je 14–36 Sitzen wurde zu einem ausschlaggebenden Faktor für die Fragmentierung des tschechischen Parteiensystems.

In den 2010er-Jahren setzte sich die »Kartellisierung« der tschechischen Linken fort, und das politische Marketing gewann an Bedeutung – etwas, wovon insbesondere der ČSSD-Vorsitzende Jiří Paroubek (2006–2010) umfassend Gebrauch machte. Nicht nur, dass sich seine Partei wegen der Ausgaben für Kampagnen ernsthaft verschuldete (während die Kampagnen der Kommunisten bescheidener ausfielen und ihren Haushalt nicht derart aus dem Gleichgewicht brachten), – das politische Marketing und die zunehmende Beauftragung privater PR-Agenturen und Werbekampagnen läuteten auch eine Veränderung der traditionellen politisch artikulierten Trennlinien der tschechischen Gesellschaft ein.

Tabelle 1: Wahl der tschechischen Abgeordnetenkommission am 25./26. Oktober 2013

Politische Instanz	Anzahl der Stimmen	Anteil in %	Mandate
ČSSD	1.016.829	20,45	50
ANO 2011927 240	927.240	18,65	47
KSČM	741.044	14,91	33
TOP 09	596.357	11,99	26
ODS	384.174	7,72	16
Úsvit přímé demokracie Tomia Okamury	342.339	6,88	14
KDU-ČSL	336.970	6,78	14

Quelle: www.volby.cz (2013)

Der Aufstieg der Firma

Am Ende seines 1996 erschienenen Buchs *One Hundred Years of Socialism* schreibt Donald Sassoon, die Sozialdemokraten seien »die einzige Linke, die noch übrig ist«. (Sassoon 2014: 777) 20 Jahre später gibt er sich in seinem Vorwort zur Ausgabe von 2014 deutlich skeptischer. Darin heißt es, den Sozialdemokraten fehle jede Art von Vision, sie seien in der Defensive und befänden sich im Niedergang. (ebd.: xxii) Die Situation innerhalb der ČSSD war, als er diese Worte schrieb, eine exakte Illustration dieser pessimistischen Beurteilung. Nach sieben Jahren einer rechten Regierung, die als Reaktion auf die Krise von 2008 durch Austeritätsmaßnahmen geprägt war, konnte die ČSSD die Wahlen von 2013 gewinnen (siehe Tabelle 1). Doch war es ein knapper Sieg, und da die Kommunisten als mögliche Koalitionspartner nicht infrage kamen, standen nur sehr begrenzt Partner zur Auswahl. Der damalige Vorsitzende Bohuslav Sobotka zog die Bildung einer Koalition mit der KDU-ČSL und der populistischen Bewegung ANO 2011 (ebd.: xxii)⁶ des Milliardärs Andrej Babiš vor. Die Entscheidung mit Babiš zu regieren, sollte sich für die ČSSD als verhängnisvoll erweisen.

Babiš, der 2013 zweitreichster Tscheche war, führte eine Kampagne unter dem Slogan »Der Staat muss wie eine Firma regiert werden« und stützte sein öffentliches Image auf eine Rhetorik, die sich gegen die etablierte politische Elite richtete. Auch wenn die ANO eine typische Unternehmens- oder Firmenpartei sein mag (Just/Charvát 2016: 83-110), gelang es Babiš, mehrere starke Persönlichkeiten in die Regierung zu bringen, deren Prestige nicht von Babiš selbst

abhing. Die Bewegung präsentierte sich von Anfang an als rechte Alternative zur ODS, die zu der Zeit unter internen Verwirrungen litt und infolge von Skandalen und Korruption an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Babiš konnte sich als erfolgreicher Geschäftsmann darstellen, der es nicht nötig hatte, von der Politik zu leben, aber für die Politik leben konnte. Weder störte sich dieses sorgfältig gepflegte Image an der Tatsache, dass er in den 1980er Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen war, noch wurde sein politischer Erfolg durch seine Vergangenheit als Agent des Staatssicherheitsdienstes (StB) der kommunistischen Tschechoslowakei getrübt, dem er bis November 1989 angehört hatte. Dass Babiš trotz seiner kommunistischen Vergangenheit so erfolgreich sein konnte, wurde zum Wendepunkt des tschechischen Antikommunismus.

Nach dem Antikommunismus

Das »Ende des Antikommunismus« kam keineswegs einer Renaissance der tschechischen Linken gleich. Da Finanzminister Babiš Regierungserfolge geschickt auf sich zurückzuführen vermochte, der ČSSD hingegen alle Misserfolge zuschrieb, war das Gegenteil der Fall. Nach der Hälfte der Regierungszeit wurde diese turbulente Zusammenarbeit zunehmend durch die bevorstehende Wahl zur Abgeordnetenkommission geprägt. Als gegen Ende der gemeinsamen Regierungszeit der ČSSD-Vorsitzende Bohuslav Sobotka versuchte, sich von seinem Rivalen und Partner loszusagen, führte er letztlich nicht das Ende der politischen Karriere von Babiš, sondern das seiner eigenen Karriere herbei. 2013 hatte Babiš eine große Anzahl von Stimmen unzufriedener rechter Wähler:innen gewinnen können, doch begann er während seiner Zeit in der Regierung, sich auch linken Wähler:innen zuzuwenden. Die Rückkehr der ODS, nunmehr vom Klientelismus bereinigt und bereit, die Rolle einer traditionellen rechten Partei anzutreten, ließen ihm kaum eine andere Wahl, zumal er von 2014 bis 2017 in der Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokraten Bohuslav Sobotka als Finanzminister war.

Die »Flüchtlingskrise« von 2015 zeigte, wie effektiv sein Gesinnungswandel war. Während der Krise wurde die Tschechische Republik, wie andere Länder auch, von einer Welle der Paranoia und Xenophobie überschwemmt, und an der Frage, ob Geflüchtete akzeptiert oder abgelehnt werden sollten, schieden sich die Meinungen in der tschechischen Politik. Voller Angst vor dem Verlust von Wähler:innenstimmen manövierten die Regierungsparteien zwischen den Forderungen der EU und einer populistischen, flüchtlingsfeindlichen Rhetorik gegenüber den Wähler:innen. Das galt hauptsächlich für die Linke. Während die Sozialdemokraten fürchteten, ihre Wähler:innen mit einer pro-europäischen Orientierung abzuschrecken, begannen die Kommunisten, die in dieser Hinsicht freiere Hand hatten, da sie traditionell zu den europessimisti-

⁶ Seit März 2013 nur ANO.

schen Parteien zählten, merklich in national-chauvinistische Einstellungen abzurufen. Trotz ihrer Versuche, in der Flüchtlingsfrage einen Wandel zum Populismus zu vollziehen, verlief die Wahl von 2017 für beide Parteien ähnlich erfolglos (siehe Tabelle 2) wie die vorhergehenden Wahlen. Die ANO konnte den Verlust rechter Wähler:innen ausgleichen, indem sie Wähler:innen beider linker Parteien für sich gewann.

Mit der Wahl von 2017 veränderte sich die politische Landschaft der tschechischen Republik. Ein Ergebnis, das sich auf den ersten Blick zeigte, war die Fragmentierung der politischen Szene – insgesamt neun Parteien und Bewegungen konnten die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. Noch signifikanter war allerdings die Dezimierung der Linken. Die ANO konnte einen großen Vorsprung vor der rechten ODS erzielen, während die beiden linken Parteien zusammen nur 15% der Stimmen erhielten. Die Wahlergebnisse zeigten zudem endgültig, dass der Antikommunismus im politischen Terrain keine Rolle mehr spielte.

Die Rechte proklamierte ebenso wie die Piraten, um keinen Preis mit Babiš zusammenarbeiten zu wollen. Gegen diesen liefen Ermittlungen wegen der missbräuchlichen Verwendung von EU-Subventionen, und ein Gericht hatte bestätigt, dass er – wie bereits erwähnt – als Agent für den StB tätig gewesen war. Zwar hätte er eine Regierung mit der ultrarechten SPD und der KSČM bilden können, doch war die Situation nach der Wahl für Babiš auch deshalb kompliziert, weil ihm ein solcher Schritt in den Augen seiner europäischen Partner:innen erheblich geschadet hätte, was für ihn nicht nur als Politiker, sondern auch als Geschäftsmann wichtig war. Einen Ausweg fand er in der erneuten Bildung einer Regierung mit der ČSSD, wobei die Sozialdemokraten allerdings dieses Mal die schwächeren Partner:innen waren. Die Kommunisten unter-

Tabelle 2: Wahl der tschechischen Abgeordnetenversammlung am 21./22. Oktober 2017

Politische Instanz	Anzahl der Stimmen	Anteil in %	Mandate
ANO 2011	1.500.113	29,64	78
ODS	572.962	11,32	25
Piráti	546.393	10,79	22
SPD	538.574	10,64	22
KSČM	393.100	7,76	15
ČSSD	368.347	7,27	15
KDU/ČSL	293.643	5,80	10
TOP 09	268.811	5,31	7
STAN	262.157	5,18	6

Quelle: www.volby.cz (2017)

stützten diese Regierungsbildung stillschweigend.⁷ Diese Unterstützung verhalf der KSČM zu einigen prestigeträchtigen und lukrativen Posten, die zuvor unerreichbar gewesen waren. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Partei die schlimmste Wahlniederlage ihrer Geschichte erlitt, und jüngste Umfragen deuten hier keineswegs auf eine Erholung hin, auch wenn die Beteiligung der Partei an der Macht begrenzt ist. In der Zwischenzeit waren die Sozialdemokraten an der Regierung mit einer Bewegung beteiligt, die ihnen nicht nur die Mehrzahl ihrer Wähler:innen entzogen hatte, sondern der es – ähnlich wie der PiS in Polen – zudem gelungen war, eine bessere Sozialpolitik als die etablierte Linke umzusetzen.

Die neue Linke

In den 2010er-Jahren erlebte die tschechische Politik den Aufstieg des Populismus (mit *Věci veřejné*, der ANO, den verschiedenen Parteien von Tomio Okamura und bis zu einem gewissen Grad den Piraten). Zur Hälfte dieses Jahrzehnts wurde die traditionelle sozioökonomische Trennlinie noch durch das komplexe Terrain der Kulturkriege ergänzt (und teilweise ersetzt), wobei die traditionellen Parteien (inklusive der linken Parteien) unweigerlich im Nachteil sind. Mit der »Flüchtlingskrise« sind globale Themen in die tschechische Politiklandschaft eingedrungen; Themen, mit denen die tschechische Gesellschaft, die seit jeher wenig Interesse an Außenpolitik zeigt, nicht umgehen kann. Die Tschech:innen haben mit einer Vielzahl osteuropäischer Gesellschaften gemein, dass sie impulsiv, ja fast schon panisch auf Migration und den Islam reagieren. Gleichzeitig beziehen sie ihre Informationen zu diesen Phänomenen ausschließlich aus zweiter Hand und fallen daher leicht auf Fake News und Manipulation herein. Ein weiteres Thema, mit dem die meisten tschechischen politischen Parteien keinen Umgang finden, ist die Klimakrise. Das ist teilweise auf die Unsicherheit zurückzuführen, wie darüber mit den Wähler:innen kommuniziert werden könnte, teilweise aber auch auf die begrenzte Fähigkeit der Parteisekretariate, den Ernst dieser Angelegenheit zu erfassen.

Auch wenn der Sieg von Babiš trotz seiner kommunistischen Vergangenheit das Ende des vorherrschenden Antikommunismus markierte, ist bisher nicht klar, ob die Linke diese neue Situation für sich zu nutzen weiß (idnez.cz 10. 6.2020). Die Covid-19-Pandemie in der ersten Jahreshälfte 2020 hat das

⁷ In der Vertrauensabstimmung, die jede Regierung nach ihrer Ernennung einholen muss. Bei der Abstimmung über konkrete Regierungsentwürfe werden diverse Ad-hoc-Abstimmungsgemeinschaften verhandelt.

Vertrauen in beide Regierungsparteien gestärkt, doch wieder konnte Babiš aus dem erfolgreichen Umgang der Tschechischen Republik mit der Krise besser politisch Profit schlagen, während die ČSSD in den Meinungsumfragen weiter nur die viertstärkste Partei blieb. Möglicherweise konnte sich die KSČM mit ihrer toleranten Politik gegenüber der Regierung zum ersten Mal seit 1989 einige Vorteile verschaffen, die mit politischen Erfolgen einhergehen, doch scheint sie in den Augen der Wähler:innen nicht deutlich an Attraktivität gewonnen zu haben und hält sich in den Meinungsumfragen bei nur etwa der Hälfte des 2013 erreichten Stimmenanteils.

In der Tschechischen Republik ist die radikale Linke in der Aktivistszene traditionell stärker verankert, was jedoch all die Probleme mit sich bringt, zu denen neue soziale Bewegungen neigen: einen begrenzten strategischen Ausblick, die Fetischisierung der direkten Aktion, eine eingeschränkte generationenübergreifende Verteilung. Selbst ambitioniertere erfolgreiche Projekte wie *Zleva proti xenofobii* (Von links gegen Fremdenfeindlichkeit), eine Initiative, die 2015 als Reaktion auf den wachsenden Nationalismus entstand, verloren, nachdem der erste Impuls abgeklungen war, an Unterstützung und verblassten. Für die meisten Menschen mit aktivistischem Hintergrund sind die etablierten linken Parteien kaum akzeptabel. Damit finden sie keinen Ort, auf den sie ihre Energie ausrichten können, wenn sie dem Straßenaktivismus »entwachsen«. Selbst diejenigen, die eine Parteimitgliedschaft wagten, mussten häufig erleben, dass im routinierten Umfeld der Parteisekretariate eine aktivistische Vergangenheit oft eher hinderlich als vorteilhaft war. Allerdings wurde die katastrophale Niederlage der Linken von 2017 zu einem Impuls für die aktivistische Szene, die damit begann, sich nach neuen Mitsprachemöglichkeiten in der tschechischen Politik umzusehen. Nach mehr als zweijährigen Vorbereitungen kam es 2020 zur Geburt von gleich drei neuen linken Parteien.

Die erste trat gleich zu Jahresbeginn in Erscheinung. *Levice* (Linke), ursprünglich *Skutečná levice* (Wahre Linke) hatte seit 2018 als Vorbereitungsplattform für die Schaffung einer linken Partei gedient und wurde als Partei konstituiert, indem sie sich mit der marginalen *Strana demokratického socialismu* (Partei des Demokratischen Sozialismus) verband. Letztere hatte 2019 Aufmerksamkeit erregt, als sie mit der KSČM eine gemeinsame Kandidat:innenliste für das Europäische Parlament vorlegte und weil ihrem Nationalkomitee ehemalige Mitglieder der KSČ und der KSČM angehörten. Die Partei, die vorhat, eine moderne operaistische linke Partei zu werden, legt ihren Schwerpunkt auf soziale Themen, muss sich aber nach mehreren Ausrutschern in den Medien in den ersten Monaten noch stärker um ihre externe Kommunikation bemühen.

Die zweite neue Instanz ist die Bewegung *Idealisté* (Idealisten), die aus der ČSSD-Jugendorganisation *Idealisté.cz* entstanden ist. Diese hatte sich ursprünglich von den Jungen Sozialdemokraten abgespalten und setzte sich,

wie es der Name sagt, aus dem Flügel zusammen, der sich Idealen verpflichtet fühlt. Bei ihrer Gründung Ende Juni kündigte die Bewegung, die in der Südmährischen Region am stärksten ist, bei einer Pressekonferenz auf der Schützeninsel in Prag an, bei den Regionalwahlen im Herbst unter anderem mit der konservativen TOP 09 anzutreten. Das sagt möglicherweise etwas über ihre Fähigkeit aus, pragmatische Wahlkoalitionen einzugehen, lässt jedoch auch gewisse Zweifel an ihrem erklärten Idealismus aufkommen.

Und schließlich wurde Ende Juni die dritte Partei als *Budoucnost* (Zukunft) ins Leben gerufen. Die Zusammensetzung ihres Vorstandes zeigt, dass sie aus unzufriedenen Mitgliedern der Grünen Partei in Prag 3⁸ hervorgegangen ist. Sie ist weniger operaistisch orientiert, und Fragen der Gleichberechtigung in Bereichen, die normalerweise als »kulturell« bezeichnet werden, sind für sie ebenso wichtig. Was ihre Selbstdarstellung angeht, wirkt sie von den drei neuen linken Parteien am professionellsten.

Anfang Juli wandte sich *Budoucnost* an die anderen beiden Parteien, um über eine mögliche Zusammenarbeit (und vielleicht Vereinigung?) zu sprechen. Die Ergebnisse der Diskussion sind nicht absehbar,⁹ doch angesichts der Tatsache, dass Vertreter:innen aller drei Parteien vor ihrer Gründung auf ähnliche Weise kommuniziert hatten, scheint es sich um einen Versuch zu handeln, guten Willen zu zeigen und nicht als die Partei dazustehen, die sich schämen muss, einer linken Zusammenarbeit im Wege zu stehen. Trotz des fortschreitenden Verfalls der traditionellen linken Parteien ist es kaum wahrscheinlich, dass drei kleine linke Parteien ihr Dasein in der tschechischen politischen Szene fristen wollen, wie es gerade mit der Rechten passiert. Die nächsten Wahlen, auf die sich alle drei Parteien intensiv vorbereiten – oder das zumindest tun sollten –, finden im Herbst statt. Die Ergebnisse dieser Wahlen zu Regionalversammlungen und Teilen des Senats werden zeigen, welche Partei letztlich die wahre Zukunft der Linken in der Tschechischen Republik sein wird.

Literatur

- ČSSD (1995): Protokoll des XXVII. Kongresses der ČSSD. Prag.
 Just, Petr/Charvát, Jakub (2016): Business-Firm Parties and the Czech Party System after 2010. *Politics in Central Europe*, 12(3).
 Katz, Richard S./Mair, Peter (2009): The Cartel Party Thesis: A Restatement. In: *Perspectives on Politics* 7(4), 75-766.
 Kopeček, Michal (2011): Stigma minulosti, pouto současnosti. In: Gjuríčová, Adéla

⁸ Verwaltungsbezirk in Prag (Anm. d. Verlags).

⁹ Es ist offen, ob es bis zu den Parlamentswahlen im Oktober 2021 ein Zusammengehen der drei Parteien geben wird.

- et al. (Hrsg.): Rozdělení minulostí. Prag, 343-380.
- Polášek, Martin/Novotný, Vilém/Perrotino, Michel (2012): Mezi masovou a kartelovou stranou. Prag.
- Sassoon, Donald (2014): One hundred years of socialism: the West European Left in the twentieth century. London.
- Souček, Ondřej (2020): Komunistům dál prudce ubývá členů. ODS má znovu širší základnu než sociální demokracie. e15.cz/domaci/komunistum-dal-prudce-ubyva-clenu-ods-ma-znovu-sirsi-zakladnu-nez-socialni-demokracie-1370804 (18.5.2021).

Zehn Jahre radikale Linke und linke Milieus in der Slowakei

von Michael Augustín

Einleitung¹

Das Scheitern der zweiten Regierung von Mikuláš Dzurinda (2002–2006) lieferte die Grundlage für den politischen Erfolg von Robert Fico, dem beliebtesten Vertreter der Partei der Demokratischen Linken (SDĽ), der Rechtsnachfolgerin der Kommunistischen Partei der Slowakei. Kurz nachdem die SDĽ Teil einer breiten, von Dzurinda angeführten Anti-Mečiar-Koalition wurde (1998), verließ Fico die Partei und gründete 1999 mit SMER (dt.: Richtung – Sozialdemokratie) eine neue politische Partei. Von Anfang an gelang es SMER, die sich ursprünglich als eine Partei des »Dritten Weges« profilierte, die slowakische Linke zu einen, indem sie alle drei existierenden Linksparteien (Partei der Demokratischen Linken, Sozialdemokratische Partei der Slowakei, Sozialdemokratische Alternative) zusammenführte. SMER definiert sich klar als sozialdemokratische Partei und gewann die Wahlen 2006, 2010, 2012 und 2016. Nach kurzer Zeit in der Opposition während der Mitte-Rechts-Regierung von Iveta Radičová (2010–2012) gelang es Fico nach den Wahlen 2012 erneut, eine SMER-Regierung zu bilden.

Ficos Vormachtstellung als Chef der einzigen linksgerichteten Partei im slowakischen Parlament und des gleichzeitig erfolgreichsten politischen Projekts in der modernen Geschichte des Landes war bis zum Wahlverlust der SMER im März 2020 unangefochten. Jedoch im Gefolge der Wahlniederlage initiierte Peter Pellegrini, der ehemalige Ministerpräsident und Spitzenkandidat von SMER-SD, die Spaltung der Partei. Die Spannungen zwischen dem populären Pellegrini und dem Parteivorsitzenden Fico endeten im Juni 2020 mit dem Abgang von Pellegrini und elf der 38 Parlamentsabgeordneten, unter ihnen führende Parteifunktionäre und ehemalige Minister:innen. Sie kündigten an, eine neue Partei zu gründen (HLAS – *sociálna demokracia*, Stimme der Sozialdemokratie), die angesichts der Bedeutung des politischen Monolithen SMER-SD wahrscheinlich die wichtigste Änderung der politischen Landschaft der Slowakei nach einem Jahrzehnt darstellt. Pellegrinis HLAS ist den jüngsten Meinungsumfragen zufolge derzeit mit sicherem Abstand stärkste Partei.

¹ Dieser Beitrag entstand ursprünglich für das Projekt VEGA no. 2/0152/20: »Tendencies of the development of contemporary capitalism – contradictions and conflicts« [Entwicklungstendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus – Widersprüche und Konflikte].

Diese neue Situation könnte den Raum für neue linksgerichtete Parteien oder auch für bereits bestehende Parteien der radikalen Linken öffnen und ihnen ermöglichen, ihre marginale Position im slowakischen Parteiensystem zu überwinden sowie an Sichtbarkeit zu gewinnen. Dieser Artikel befasst sich deshalb ausführlicher mit diesen Parteien der radikalen Linken. Aus Analysegründen werden hier all jene Parteien zur radikalen Linken gezählt, die ein kritisches Verhältnis zum Kapitalismus und zum wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess nach 1989 haben und eine nicht-kapitalistische Alternative zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem sowie andere Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln befürworten oder fordern. Auf Grundlage dieser Kriterien können drei Parteien zur slowakischen radikalen Linken gezählt werden, nämlich die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), *VZDOR-stranepráce* (Widerstand – Arbeiterpartei) und *Socialisti.sk*.

Die Position der Parteien der radikalen Linken innerhalb des politischen Systems

Die Handlungsmöglichkeiten radikal linker Parteien innerhalb des politischen Systems der Slowakei können auf zwei Ebenen betrachtet werden, nämlich jener der gesellschaftlichen Akzeptanz und jener der politischen Institutionen. Es ist wichtig, sich dieses Kontextes bewusst zu sein, weil dieser nicht nur das Umfeld beschreibt, innerhalb dessen Parteien der radikalen Linken in der Slowakei agieren, sondern auch, weil er den Rahmen darstellt, innerhalb dessen der Legitimations-/Delegitimationsprozess der radikalen Linken stattfindet.

Betrachtet man zunächst die gesellschaftliche Akzeptanz bzw. die Art und Weise, wie die Linke im öffentlichen Diskurs angenommen wird und zu Wort kommt, kann gesagt werden, dass die öffentliche Meinung stark vom historischen Gedächtnis und der Erfahrung der zentralen Planwirtschaft sowjetischen Typs aus der Zeit vor 1989 geprägt ist. Mehr als 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wird die politische Linke noch immer mit dem Kommunismus, der zentralen Planwirtschaft und den wirtschaftlichen Beschränkungen der damaligen Ära assoziiert, Faktoren, die im Allgemeinen negative Gefühle hervorrufen. Andererseits wird die Linke aber auch positiv mit Sozialpolitik und Fragen des Lebensstandards in Verbindung gebracht, dabei insbesondere mit einer Politik, die den sozial gefährdeten unteren Klassen zugutekommt. Im Kontext der Slowakei wurde Sozialpolitik hauptsächlich mit Robert Ficos SMER-SD assoziiert, d.h. nicht mit den kleineren Parteien der radikalen Linken. In einem öffentlichen Umfeld, in dem die Linke noch immer mit negativen Konnotationen behaftet ist, müssen Vertreter:innen der radikalen Linken einen Existenzkampf führen, wenn es darum geht, in den öffent-

lichen Debatten des Mainstreams zu politischen, ökonomischen, kulturellen und allgemein gesellschaftlichen Fragen ähnliches Gehör zu finden, wie die Vertreter:innen anderer politischer Strömungen.

Was damit gemeint ist, kann am Beispiel der selektiven Vorgehensweise der Medien gezeigt werden, etwa wenn es um die Auswahl von Gästen in politischen Sendungen geht. Im Oktober 2019 wurde die Gründung von drei neuen politischen Parteien verkündet: der konservativ-sozialen *DOBRÁ VOĽBA* (Gute Wahl), mit dem früheren Gesundheits- und Innenminister Tomáš Drucker als Vorsitzender, der anti-liberalen und System ablehnenden *VLASŤ* (Heimatland), die mit ihrem Spitzenkandidaten Štefan Harabin, einem nicht erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten, Richter am Obersten Gerichtshof und ehemaligen Justizminister in den Wahlkampf gezogen war und der radikalen Linken *Socialisti.sk* unter der Führung des Journalisten, Friedensaktivisten und ebenfalls erfolglosen Präsidentschaftskandidaten Eduard Chmelár. Von Anfang an wurde diesen drei, nicht im Parlament vertretenen Parteien in sehr unterschiedlichem Maße Gelegenheit gegeben, sich in den Medien des Landes zu präsentieren. Drucker und Harabin wurden regelmäßig zu Fernsehdiskussionen eingeladen, um sich mit Vertreter:innen der Parlamentsparteien auseinanderzusetzen.

Erst beträchtliche Zeit später, im Januar 2020, kam auch Chmelár im Rahmen der großen Wahldebatten im staatlichen Fernsehen zu Wort. Aus diesem Grund suchen die Vertreter:innen radikal linker Parteien ihren Platz eher in den alternativen Medien.

Aus Perspektive der Institutionen sprechen wir im Zusammenhang mit der radikalen Linken in der Slowakei von nicht im Parlament vertretenen Parteien mit geringem Wählerpotenzial. Abgesehen von wenigen Ausnahmen arbeitet jede für sich: Weder kommunizieren sie, noch kooperieren sie miteinander. Ihr politischer Einfluss verhält sich direkt proportional zu ihren Möglichkeiten: Weder haben sie nennenswerte Geldmittel für ihre Wahlkämpfe zur Verfügung noch können sie größere Ausgaben dafür tätigen, ohne sich privat zu verschulden. Kostengünstige Alternativen zu teuren Wahlkämpfen, die anderswo in der Welt Bestandteil des Repertoires radikal linker Parteien sind, einschließlich des Einsatzes sozialer Netzwerke, von Crowdfunding oder aktivistischen Kampagnen, die viele junge Menschen einbeziehen, werden in der Slowakei bisher kaum ausgeschöpft.

Erwähnenswert ist außerdem, dass SMER-SD ihre vorherrschende Stellung in der politischen Landschaft auch deshalb lange erhalten konnte, weil es keine andere relevante Partei gab, die mit ihr um linksgerichtete Wähler:innen konkurrierte. Mehrere linke Kommentator:innen haben SMER dafür kritisiert, dass sie im Laufe der Jahre eine eigene politische Partei links von ihr weder zugelassen, noch befördert hat. Zwei Parteien eines möglichen linken Lagers

hätten zwar teilweise um Wähler:innen konkurriert, sie hätten sich aber strategisch gesehen als natürliche ideologische Partner:innen präsentieren und einen Koalitionsblock bilden können, der es der Linken gestattet hätte, langfristig ihren politischen Einfluss geltend zu machen. SMER wäre in diesem Fall nicht gezwungen gewesen, Koalitionen mit konservativen, nationalistischen und rechtsgerichteten Kräften einzugehen und radikalere linke Ideen und politische Lösungen hätten sich so leichter ihren Weg in den politischen Mainstream bahnen können. Eine andere mögliche Option wäre gewesen, gegebenenfalls mit Unterstützung einer anderen Zentrums- oder sozial-liberalen Partei eine Koalition zu bilden. SMER ist allerdings einen anderen Weg gegangen. Sie hat über die ganze Zeit andere linksgerichtete Parteien ignoriert und so getan, als existierten diese nicht, obwohl sich die radikale Linke – so marginal sie auch sein mag, was ihren Einfluss anbelangt – äußerst kritisch zur Politik von SMER äußerte. Die SMER stilisierte sich selbst als die einzige linksgerichtete Kraft im Land und trug so in beträchtlichem Ausmaß zur negativen Wahrnehmung der slowakischen Linken bei. Zu den bekannten Skandalen gehörten die Verwicklung von SMER-Politiker:innen in Geschäftemacher- und Mafia-Kreise, die Veruntreuung öffentlicher Gelder, die Vernachlässigung strategischer Investitionen in soziale Infrastruktur, Gesundheitswesen und Bildung und die ausländer- und Rom:nja-feindliche Rhetorik der Partei. Diese Themen waren es dann auch, die letztlich von linken Intellektuellen und Kritiker:innen geschickt dafür genutzt wurden, um aufzuzeigen, dass SMER und ihre Politiker:innen lediglich eine Karikatur linker Politik sind.²

Die Kommunistische Partei der Slowakei

Die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) wurde 1992 als neues politisches Projekt gegründet. Als solches ist sie nicht die Rechtsnachfolgerin der Kommunistischen Partei der Slowakei (1948), sieht sich allerdings in ideologischer Hinsicht als ihre Erbin. Ihr aktueller Vorsitzender ist Jozef Hrdlička. Zwischen 2002 und 2006 war die Partei Teil der parlamentarischen Opposition, nachdem sie bei der Wahl 2002 6,32% der Wählerstimmen (181.872) erhalten hatte. Die Partei hat im Jahr 2020 an den Wahlen zum slowakischen National-

² SMER – SD hat sich niemals als klassisch europäische sozialdemokratische Partei gesehen. Bei mehreren Anlässen hat Robert Fico von seiner Partei als von einer »rustikalnen Linken« gesprochen, die beliebt und auf slowakische Bedingungen und lokale Themen orientiert ist. »Ich spreche üblicherweise und mit einiger Übertreibung von der Partei SMER – SD als einer rusikalnen Linken.« Vgl. auch das offizielle Portal der Partei SMER – SD: www.strana-smer.sk/aktuality/facebook/post/o-strane-smer-sd-zvyknem-hovorit-s-nadsazkou-ako-o-rustikalnej-avici-r-fico.

rat nicht teilgenommen, nachdem sie ihre Wahlkaution nicht gezahlt hatte. Im Jahr 2019 nahm die KSS gemeinsam mit VZDOR an den Europaparlamentswahlen teil. Ende 2018 (Stand 31.12.2018) hatte die Partei 1.816 Mitglieder (Jahresbericht der Kommunistischen Partei der Slowakei 2019).

Die KSS unterstützt das Prinzip der parlamentarischen Demokratie und möchte ihr Programm zum Ziele der Erweiterung von Menschenrechten und Freiheiten umsetzen. Die KSS bezweckt den Einsatz demokratischer Methoden, um eine nicht-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die im Interesse der arbeitenden Menschen die Vorteile von Wirtschaftsplanung mit jenen des Mechanismus des Marktes kombiniert. (Parteiprogramm der KSS von 2018) Das Ziel der KSS ist somit der sozialistische Aufbau, jedoch auf explizit pluralistischen politischen und wirtschaftlichen Fundamenten, was einer gewissen Abkehr von der ursprünglichen marxistisch-leninistischen Ideologie entspricht. Die KSS fordert eine Volksabstimmung zum NATO-Austritt, wobei sie selbst die Vorstellung einer slowakischen Neutralität bevorzugt, die von internationalen Organisationen anerkannt und garantiert wird. Auf lokaler Ebene hat sie zahlreiche Proteste gegen die NATO und ihre Basen organisiert.

Die Partei arbeitet mit einem Narrativ von Gewinner:innen und Verlierer:innen der wirtschaftlichen Transformation nach 1989. Am 30. Jahrestag der Revolution von 1989 überzog sie das Land mit Plakaten, die den ehemaligen kommunistischen Präsidenten Gustáv Husák (1975–1989) zeigten, zusammen mit dem Text: »Wie ergeht es euch, meine Kinder? 30 Jahre nach der Revolution? Ist euer Leben jetzt besser? Nein? Dann ändert das!« Das beschreibt die Fokussierung der KSS auf eine eher traditionell-orientierte linksgerichtete Wählerschaft und stimmt mit der Altersstruktur sowohl der Wählerschaft der Partei als auch ihrer Mitgliederbasis überein. Vertreter:innen der KSS sprechen daher positiv vom Schutz der christlichen kulturellen Wertebasis der Slowakei, kritisieren Konsumdenken und relativieren die inzwischen vorherrschenden Werte und die Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens. (Interview mit Jozef Hrdlička auf DAV DVA)

VZDOR – stranapráce³

VZDOR – *stranapráce* (Widerstand – Arbeiterpartei) wurde 2014 gegründet, als die linksradikale Partei *SLOBODA* (Freiheit) übernommen und umbenannt wurde. Die meisten Gründungsmitglieder der Partei waren zuvor in

³ Die Information zur Partei in diesem Kapitel basiert auf Interviews mit deren Vorsitzendem, Miroslav Pomajdík, zum Zweck der vorliegenden Untersuchung.

der KSS und gehörten der Führung des Sozialistischen Jugendverbands (SZM) an, der bis 1997 die einzige eingetragene Jugendorganisation der Slowakei war, die sich offen für antikapitalistische, antifaschistische und kommunistische Ideale einsetzte. Innerhalb des SZM entstand allmählich eine der KSS kritisch gegenüberstehende Gruppe, die die Partei als verknöchert, dogmatisch, konservativ und bürokratisch kritisierte und ihr vorwarf, nicht-marxistische Positionen zu vertreten. Nach mehreren parteiinternen Streitigkeiten mit der damaligen Führung der KSS beschloss diese Gruppe, die Partei zu verlassen und auch ihre Position innerhalb des SZM aufzugeben. Das führte zur Gründung von VZDOR-SP.

Zu den Wahlen 2016 trat die Partei im Alleingang an, d.h. unabhängig von anderen Parteien. Allmählich erkannte ihre Führung jedoch, dass sie allein nicht genug Kraft besitzt, um das Wahlversagen der antikapitalistischen Linken in der Slowakei zu beenden. Sie kam deshalb zu dem Schluss, dass die Linke – unabhängig ihrer Meinungsverschiedenheiten und ideologischen Differenzen – zusammenarbeiten und ihre Kräfte vereinen müsse. Infolgedessen initiierte VZDOR-SP eine Zusammenarbeit der antikapitalistischen Linken in der Slowakei, was zu dieser Zeit eine Kooperation mit der KSS und der frisch gegründeten Linken Jugendfront bedeutete. Gemeinsam formierten sich die drei oben erwähnten Gruppen zu einer nicht registrierten Initiative, der Sozialistischen Front. Die Zusammenarbeit mündete in einem Zusammenschluss von KSS und VZDOR-SP für die EU-Parlamentswahlen 2019, wobei Vertreter:innen der Linken Jugendfront sich auf der Kandidat:innen-Liste der Parteienallianz befanden. Sie blieben mit 0,62% deutlich unter einem Prozent. Bei den slowakischen Parlamentswahlen 2020 standen Mitglieder von VZDOR-SP auf der Kandidat:innen-Liste von Socialisti.sk. Sie erhielten bei diesen Wahlen knapp 16.000 Stimmen, d.h. 0,55% der Wählerstimmen. Gegenwärtig hat die Partei 35 eingetragene Mitglieder, ihr Vorsitzender ist Miroslav Pomajdík.

VZDOR-SP positioniert sich als antifaschistisch und steht dem Funktionieren repräsentativer Demokratien kritisch gegenüber, wobei insbesondere die kommerziellen Aspekte von Wahlkämpfen und die Verbreitung kapitalistischer Propaganda durch die (Eigentümer von) Massenmedien kritisiert werden. Der Hauptfokus der Partei liegt auf der Kritik des Kapitalismus und des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, obwohl die Partei auch Raum für die Beibehaltung einiger privater Unternehmensformen lässt. Die Partei betont die demokratisierende Wirkung des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und zwar durch das Engagement der Arbeitenden für die Demokratisierung am Arbeitsplatz. Sie steht für starke Kooperativen in der Industrieproduktion, die als gerechtere Form des Eigentums an den Produktionsmitteln betrachtet werden. Darüber hinaus unterstützt sie eine starke Stellung der Gewerkschaf-

ten in den Unternehmen. VZDOR-SP unterstützt die Forderung nach Austritt der Slowakischen Republik aus der NATO.⁴

Die Partei unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von der KSS. Sie lehnt die konservativen Haltungen der KSS ab, die sich zum Beispiel in deren Selbststilisierung als Hüterin traditioneller Werte manifestiert, was vielfach marxistischen Grundsätzen widerspricht. Es bestehen aber auch Unterschiede zwischen VZDOR-SP und der Bewegung Socialisti.sk. Während VZDOR-SP für sich eine kommunistische Weltsicht proklamiert (wenngleich auch mit deutlicher Kritik am sowjetischen Modell) und sich auch klar von den Sozialdemokraten abgegrenzt, ist die Bewegung Socialisti.sk ideologisch nicht homogen und hat Vertreter:innen unterschiedlicher linksgerichteter Strömungen in ihren Reihen. Feministische Belange sind für VZDOR-SP wichtig, die Partei hat sich seit ihrem Bestehen diesen Themen gewidmet: Sie kämpft schon lange gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes und ebenso gegen ungerechte Bezahlung von Frauenarbeit. Die Partei kritisiert die Tatsache, dass Gewalt an Frauen in der Slowakei oft nicht zur Kenntnis genommen wird und dass es an Hilfsangeboten für Frauen und deren Kinder fehlt, die von Gewalt betroffen sind. Sie stimmt nicht überein mit der traditionellen konservativen Sicht auf die Rolle von Frauen in der Gesellschaft. Sie macht sich auch für die LGBTI-Community stark und hat 2015 eine Kampagne gegen das Referendum zum Schutz der traditionellen Familie initiiert, wobei sie Homophobie kritisiert und erklärt, die Einführung registrierter Partner:innenschaften zu unterstützen. Schließlich bildet auch der Umweltschutz eine wichtige Säule dieser Bewegung. Durch Artikel und die Organisation von Aktionen und Kampagnen setzt sich die Partei für die Schaffung weiterer Schutzgebiete in Nationalparks ein, für eine Verringerung der Abholzung und für ein Verbot von Tagebauen, Legebatterien, Pelzfarmen und genmanipulierten Pflanzen sowie den Einsatz von Pestiziden und von Palmöl.

Die Bewegung Socialisti.sk

Die Bewegung Socialisti.sk gründete sich im Oktober 2019, nachdem genügend Unterschriften für die Eintragung als Partei gesammelt worden waren. Ihr führender Vertreter und erster Vorsitzender war der Universitätsprofessor, Journalist und zivilgesellschaftliche Aktivist Eduard Chmelár, der im selben Jahr erfolglos in der ersten Runde als Parteiloser bei den Präsidentschaftswahlen kandidierte. Socialisti.sk war von Anfang an stark von Politikern beeinflusst, die in verschiedenen, auch sozialdemokratischen Parteien aktiv sind (Jeremy

⁴ Zum politischen Programm von VZDOR – SP siehe das offizielle Portal von VZDOR – Strana práce: www.vzdor.org/?page_id=4720.

Corbyn, Bernie Sanders, Yanis Varoufakis), aber ebenso von neuen linken Strömungen, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind und begonnen hatten, deren radikale und antikapitalistische Positionen zu entstauben.

In den Parlamentswahlen des Jahres 2020 bildete Socialisti.sk ein Bündnis mit VZDOR-SP. Da die Kandidat:innenliste von Socialisti.sk in den letzten Parlamentswahlen die einzige Liste der radikalen Linken war, lohnt es sich, einen Blick auf die linksgerichtete Wählerschaft zu richten und der Frage nachzugehen, warum die Bewegung Wähler:innen aus den traditionell linken Parteien nicht ansprechen konnte. Im Vorfeld der Wahlen war es der Bewegung nicht gelungen, eine Einigung mit der KSS zu erzielen und eine breitere Allianz der radikalen Linken herzustellen. Außerdem sind mehrere Mitglieder der Linken Jugendfront, die bis dahin die KSS unterstützt hatte, zu Socialisti.sk übergegangen. Von diesem Zeitpunkt an riet die KSS ihren Wähler:innen öffentlich davon ab, Socialisti.sk zu unterstützen; sie kritisierte auch Chmelár und die VZDOR-SP. Letztlich hat es Socialisti.sk nicht geschafft, in ausreichender Zahl Wähler:innen an sich zu binden. Weder frühere Wähler:innen der SMER-SD noch jene linken Wähler:innen, die sich aus ethischen Gründen außerstande sahen, SMER-SD zu wählen und ebenso wenig jene, die eine radikal linke Alternative in der Slowakei vermissten, wollten dieser Partei ihre Stimme geben.

Von den Linken, die nicht Socialisti.sk wählten, hatten nur 13% der bekennenden Linken und nur 4% jener, die sich gemäß ihren Positionen zu verschiedenen Fragen links verorten, überhaupt in Erwägung gezogen, die Partei zu wählen.

Eine Ende März/Anfang April 2020 durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass 46% der »bekennenden« Linken (im Folgenden Bekenntnislinke genannt) entweder niemals ernsthaft in Erwägung gezogen hatten, diese Partei zu wählen bzw. meinten, dass sie diese niemals wählen würden. Unter jenen Wähler:innen, die sich nicht als Linke verstanden, jedoch linke Einstellungen vertraten (im Folgenden Einstellungslinke genannt), war die Ablehnung noch größer: 53% erklärten, dass sie entweder niemals ernsthaft in Erwägung gezogen hatten, diese Partei zu wählen bzw. dass sie Socialisti.sk niemals wählen würden. Über 40% aus beiden Gruppen sagten darüber hinaus aus, dass sie noch nie von Socialisti.sk gehört hatten. Besonders interessant ist jedoch, dass von jenen, die sich als Nichtwähler:innen bezeichneten, immerhin 5% vorstellen konnten, Socialisti.sk zu wählen. Das heißt, dass linke Bewegungen sehr wohl ein bestimmtes Wählerpotenzial unter den Nichtwähler:innen haben, die sich eher links verorten.

Zu den weiteren Gründen für die Aufspaltung der Stimmen der außerparlamentarischen Linken gehört die Bildung weiterer, ebenso politisch-marginaler Parteien: *SOLIDARITA – Hnutie pracujúcej chudoby* (Solidarität – Armut-trotz-Arbeit-Bewegung), die erklärte, in sozialdemokratischer Tradition zu stehen, und die Gründung der neuen Partei DOBRÁ VOĽBA (gute Wahl) durch Tomáš Drucker, den ehemaligen Gesundheitsminister in der dritten Fico-Regierung,

die ihrerseits versuchte, ein im Großen und Ganzen sozialdemokratisches Standardprogramm zu formulieren. DOBRÁ VOĽBA erhielt 3,06% der Wählerstimmen.⁵ Der entscheidende Grund (64%), warum die Leute nach eigenen Angaben Socialisti.sk nicht wählten war, weil sie nicht an den Einzug der Partei ins Parlament glaubten. Dies zeigt jedoch auch, wie Meinungsumfragen im Vorfeld von Wahlen die Wahlentscheidung der Wähler:innen beeinflussen und in der Vorwahlatmosphäre einen latenten Druck erzeugen, indem sie Wähler:innen mit dem Dilemma der verlorenen Stimme konfrontieren. Das ist im Grunde das Standardargument, das oft (wenngleich nicht immer) dazu führt, dass Wähler:innen lieber den großen Parteien ihre Stimme geben, selbst dann, wenn ihnen kleinere Parteien näherstehen. Als weitere Gründe für die Nichtwahl der Partei wurden von den Befragten folgende genannt: fehlende Attraktivität (31%), Vorbehalte, eine in der politischen Landschaft neue Partei zu wählen (15%), Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Partei (12%) und unzureichende Informationen über die Partei und das Parteiprogramm (12%).

Auf dem letzten Parteitag von Socialisti.sk im Juni 2020 wurde die gesamte Führung ausgewechselt. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Artur Bekmatov, der früher zur Führungsriege der KSS gehörte, wurde neuer Vorsitzender und Chmelár wurde zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt. Überdies hat die Partei ihre Statuten überarbeitet und ist nun dabei, starke regionale Strukturen aufzubauen. Während dieser Beitrag geschrieben wird, waren die Sozialist:innen gerade damit beschäftigt, ihre Mitglieder vorab zu registrieren, weshalb derzeit genaue Informationen über ihre Mitgliederbasis nicht Verfügung stehen. Bestätigt wurde jedoch, dass die Anzahl ihrer Mitglieder nicht mehr als 300 beträgt. Das Ziel der Bewegung ist es, ihre auf drei Grundpfeilern ruhenden Werte zu verankern: Soziales, Umwelt und Frieden. Die Bewegung versucht, eine radikal-demokratische Alternative zum ausbeuterischen Kapitalismus darzustellen und nimmt vor allem soziale Ungerechtigkeit und die Arbeitsbedingungen von in prekären Verhältnissen Arbeitenden ins Visier. Sie fordert eine Verringerung der staatlichen Militärausgaben, eine Erhö-

⁵ Neben der Partei SOLIDARITA – Hnutie pracujúcej chudoby (SOLIDARITÄT – Armut-trotz-Arbeit-Bewegung, siehe: <https://solidarita.eu>), die sich der sozialdemokratischen Tradition zugehörig fühlt, stand Fortschrittliche Slowakei (Progresívne Slovensko, siehe: progresivne.sk) als weitere zur Wahl, eine Partei, die als liberale Zentrumsparterie mit spezifischen, für moderne linke Parteien typischen Positionen und Programmpunkten begonnen hatte. Nach ihrem Scheitern bei Wahlen und der Wahl einer neuen Parteiführung wurde Irena Biháiová Vorsitzende, der versucht, mit einer starken Betonung sozialer, antirassistischer, Umweltschutz- und emanzipatorischer Themen (Feminismus, LGBTI, Gender) vor allem die liberale urbane Wähler:innenschaft anzusprechen, was ihr einen bestimmten Prozentsatz an Wählerstimmen einbringen dürfte. Diese beiden Parteien sind allerdings nicht Teil dieser Analyse, da sie nicht zum radikal linken Spektrum gehören.

hung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung von Elementen der direkten Demokratie und des Bürgerhaushalts und die Trennung von Staat und Kirche. Das Programm von Socialisti.sk umfasst auch den Kampf gegen den Klimawandel; es verlangt die Beseitigung des Systems der privaten Krankenversicherungsunternehmen und stattdessen ein Krankenversicherungssystem, das über Direktzahlungen aus dem öffentlichen Haushalt finanziert wird und eine Anhebung des Mindestlohns von 623 Euro auf 800 Euro (ab 2021). (Wahl-Dekalog, Politik-Agenda 2020) Wie KSS und VZDOR-SP fordert Socialisti.sk den Ausstieg aus der NATO und setzt sich für friedliche Werte ein, unter anderem für die Auflösung der Armee und die Verwandlung der Slowakei in einen neutralen Staat.

Die Wahlergebnisse der radikalen Linken

Tabelle 1 und 2 auf der folgenden Seite geben einen Überblick über die Wahlergebnisse der drei Parteien der radikalen Linken, wobei die Parlaments- und die EU-Parlamentswahlen der letzten zehn Jahre berücksichtigt sind. Die Anzahl der Wähler:innen der radikalen Linken in diesem Zeitraum ist zurückgegangen. Das ist hauptsächlich auf den Tod der ältesten Generation der treuen KSS-Wähler:innen zurückzuführen. Die neu gegründeten Parteien der radikalen Linken wie VZDOR-SP und Socialisti.sk sind noch marginalisierter als die KSS, zumindest legen die Wahlergebnisse dies nahe.

Die Unterstützung der radikalen Linken in der Bevölkerung

Im folgenden Abschnitt geht es um die soziale Zugehörigkeit der Unterstützer:innen der Linken und die Zielgruppen linker Politik in der Slowakei. Er basiert auf den Ergebnissen zweier unabhängig voneinander durchgeführter Meinungsumfragen, die im Jahr 2018 und im März/April 2020 von der Agentur MEDIAN SK durchgeführt wurden.

In der Slowakei können zwei Kernzielgruppen für linke Politik ausgemacht werden, die zusammen annähernd 67% der erwachsenen Bevölkerung betragen. Diese zwei Zielgruppen sind die bekennende Linke (Bekennnislinke) und die positionistische Linke (Einstellungslinke).

Die bekennende Linke besteht aus Befragten, die sich selbst auf einer Links-Rechts-Skala als »links von der Mitte« oder als »vorwiegend links« beschreiben und ebenso aus solchen, die sich als politisch in der Mitte positioniert bezeichnen, aber eine »sozialdemokratische« oder »sozialistische« (kommunistische) politische Orientierung als die Beste für das Land betrachten. Die

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Parteien der radikalen Linken bei den Nationalratswahlen (Anzahl der Stimmen, Anteil in %)

	2010		2012		2016		2020	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
KSS	21.104	0,83	18.583	0,72	16.278	0,62	--	--
VZDOR – stranapráce	--	--	--	--	3.182	0,12	--	--
Socialisti.sk	--	--	--	--	--	--	15.925	0,55

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Parteien der radikalen Linken bei den Wahlen zum Europaparlament

	2014		2019	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
KSS	8.510	1,51	6.199	0,62
VZDOR – stranapráce	1.769	0,31		
Socialisti.sk	--	--	--	--

Quelle Tabelle 1 und 2: Statistisches Amt der Slowakischen Republik

Bekennnislinke macht 42% der Bevölkerung aus und wird zu einem Großteil von Menschen über 50 Jahre und mit niedrigeren Einkommen repräsentiert. Bis zu zwei Drittel von ihnen sagen, dass sie die Sozialdemokratie unterstützen. Sie haben eine eher kritische Haltung zur EU und zur NATO und sind mit den allgemeinen Entwicklungen nach 1989 unzufrieden.

Die zweite Gruppe, die »Einstellungslinke«, umfasst jene Befragten, die nicht zur bekennenden Linken gehören, d.h. die sich nicht als Linke verstehen, deren Positionen aber bei mindestens der Hälfte (zwölf) der 22 ausgewählten Fragen als »links« bezeichnet werden können. Hinzu kommen Befragte, die den Gewerkschaften angehören. Die »Einstellungslinke« macht 25% der Gesellschaft aus und kann als »liberal« bezeichnet werden. Ihre Vertreter:innen haben einerseits progressive Meinungen etwa zu Fragen der Gleichberechtigung von Menschen oder zur Sozial- und Umweltpolitik, andererseits verorten sie sich bei Wirtschaftsfragen eher rechts und verteidigen die Marktwirtschaft. Es handelt sich bei ihnen um Menschen mit überdurchschnittlicher Bildung und höheren Einkommen. Ein Teil der »positionistischen« Linken neigt dazu, konservative oder christlich-demokratische Parteien zu wählen und hat eine überwiegend positive Haltung zu EU und NATO.

Der Großteil der Gesellschaft (60%) unterstützt ein Wirtschaftsmodell, in dem Marktprinzipien mit Staatsinterventionismus kombiniert wird. 26% der Menschen unterstützen eine reine Marktwirtschaft, während 14% eine Planwirtschaft befürworten. Vergleicht man die slowakische Gesellschaft in ihrer

Gesamtheit und die Selbstverortung der Menschen auf der linken Hälfte der Skala, ist besser zu verstehen, warum die Themen der radikalen Linken nur wenig Zuspruch in der Gesellschaft finden. Beinahe 60% der Bevölkerung betrachten sich als in der politischen Mitte beheimatet. Unter diesen sind 57% zur Bekenntnislinken und 61% zur Einstellungslinken zurechnen. Im Gegensatz dazu definieren sich nur 33% der Bekenntnislinken als »links der Mitte« und 10% als »deutlich links der Mitte«. Das verweist auf das mögliche Potenzial der radikalen Linken, zugleich aber zeigt sich die dominierende Tendenz, wonach diese eher Zentrums- oder sozialdemokratische Parteien wählen. Im Falle der Einstellungslinken hat sich niemand von den Befragten als »links« oder »überwiegend links der Mitte« definiert.

Die bekennende Linke sieht wirtschaftliche und soziale Fragen in Verbindung mit Löhnen und Gehältern, Armut, sozialer Ungleichheit und den Arbeitsbedingungen in Auto- und anderen großen Fabriken als Priorität an. Bei den letzten Parlamentswahlen haben diese Menschen mit großer Wahrscheinlichkeit SMER-SD (23%) gewählt, gefolgt von der konservativen Anti-Korruptions-Bewegung OĽANO (19%). In geringerem Ausmaß, nämlich mit 9%, wählten die Anhänger:innen der erklärten Linken die sozialkonservative Partei SME RODINA (wir sind eine Familie) und sogar Parteien der extremen Rechten wie ĽSNS (8%) und VLASTĽ (5%).

Die Einstellungslinken betrachtet Korruption und Klientelismus, das Versagen des Gesundheitssystems, Bildung, das langsam arbeitende Justizsystem, Umweltprobleme, Rechtsextremismus und Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen als die wichtigsten Herausforderungen und Probleme. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen sie OĽANO (26%), 12% wählen die neoliberale und Wirtschaftspartei SLOBODA A SOLIDARITA (Freiheit und Solidarität), 9% SME RODINA, (wir sind eine Familie) und ein ebenso großer Anteil entfällt auf die liberal-konservative Koalition der Bewegung *Progresívne Slovensko* (Fortschrittliche Slowakei), auf *SPOLU – občianska demokracia* (Miteinander – Bürgerpartei) und auf ZA ĽUDÍ (für die Menschen) die zentristische Bewegung des ehemaligen Präsidenten Andrej Kiska. In der Praxis entscheiden sich die Wähler:innen dieser Parteien für ehrliche, angesehene Persönlichkeiten mit einer Anti-SMER-Haltung oder für Expert:innen, die für eine höfliche und kultivierte Kommunikation stehen und nicht unbedingt für spezifische Werte.

Das slowakische linke Umfeld

In den letzten Jahren ist die Öffentlichkeit auf die Arbeit des zivilgesellschaftlichen Vereins »Pracujúca chudoba« (Armut trotz Arbeit) aufmerksam geworden, der sich auf Themen wie niedrige Einkommen und Arbeitsbedingungen

in der Slowakei fokussiert. Der Verein trat erstmals im Jahr 2014 in den sozialen Medien in Erscheinung, seine offizielle Gründung erfolgte zwei Jahre später. In verständlicher Form kommuniziert er die gravierenden Probleme, mit denen Angestellte und Arbeiter:innen in schlecht bezahlten Jobs konfrontiert sind. Er bietet auch ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Arbeitende, die keine ausreichenden Kenntnisse über ihre Rechte haben und die nicht wissen, was sie tun sollen, wenn sie Druck oder gesetzeswidrigen Entscheidungen ihrer Arbeitgeber ausgesetzt sind. Aufgrund ihrer erfolgreichen Kampagne: »Für ein Ende des Niedriglohns« ist es dem Verein gelungen, die schlechte Bezahlung zu einem zentralen Gegenstand politischer Diskussionen zu machen. In den letzten Jahren hat die »Pracujúca chudoba« viele Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unterbreitet, die mehrere politische Parteien in ihre Programme aufgenommen haben. 2017 hat sie vorgeschlagen, dass es verpflichtend sein sollte, die zu erwartenden Löhne und Gehälter in Stellenausschreibungen publik zu machen. Dies wurde daraufhin seit 1. Mai 2018 für Arbeitgeber:innen gesetzlich verpflichtend. 2018 hat »Pracujúca chudoba« vorgeschlagen, dass es Arbeitgebern per Gesetz verboten sein sollte, Klauseln in Arbeitsverträge aufzunehmen, die es Arbeitnehmer:innen untersagen, ihr Gehalt/ihren Lohn öffentlich zu machen. Zumindest zu einem Teil ist dies ebenfalls in einem entsprechenden Gesetz, das seit Januar 2019 in Kraft ist, aufgenommen worden. Das Ergebnis ist, dass Arbeitnehmer:innen jetzt frei über ihre Einkommen sprechen, Gehalts- bzw. Lohndiskriminierung öffentlich machen und auf Schadenersatz klagen können. Dem Verein ist es auch gelungen, Politiker:innen davon zu überzeugen, dass für arbeitsrechtliche Streitfälle keinerlei Gerichtskosten anfallen, wodurch finanzielle Hürden für Arbeitnehmer:innen beseitigt wurden, ihre Rechte vor dem Gericht einzuklagen. Gerichtskosten für das Arbeitsrecht betreffende Rechtsstreitigkeiten wurden so mit Wirkung vom 1. Januar 2020 aufgehoben. Künftig plant der Verein seinen Schwerpunkt auf eine komplexe Reform der Arbeitsplatzkontrollen⁶ zu legen. Diese müssen im Hinblick auf das zur Verfügung stehende Personal aufgestockt werden, Qualitätssicherung und Fortbildung für alle Inspektor:innen beinhalten und deren Kompetenzen ausweiten; Arbeitsinspektorate müssen frei von jeglichem politischen Einfluss gehalten werden, um so zu Institutionen zu werden, die in der Lage sind, schwere Verstöße gegen das Arbeitsrecht vor Gericht zu bringen.

Zur radikal-linken Szene in der Slowakei gehören auch antifaschistische Initiativen wie etwa »Bratislava proti náckom« (Bratislava gegen Nazis) und »Povstanie pokračuje« (Der Aufstand geht weiter), die in regelmäßigen Ab-

⁶ Offizielles Portal der zivilgesellschaftlichen Organisation »Pracujúca chudoba« [»Armut trotz Arbeit«]: www.pracujucachudoba.sk/kto-sme.

ständen antifaschistische Aufmärsche, Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen, Diskussionen und Kultur- und Bildungsinitiativen organisieren. Die ideologische Basis dieser Bewegungen bilden linksgerichtete und radikal-demokratische Positionen. Die Initiativen gestalten ihre Aktivitäten völlig unabhängig und haben keinerlei Ambitionen, ihre Ziele durch politische Parteien umgesetzt zu sehen; d.h. sie arbeiten gegenwärtig mit keiner linksgerichteten Partei in der Slowakei zusammen. Erwähnenswert ist ebenso die NGO »Dúhový PRIDE Bratislava« (Rainbow PRIDE Bratislava), die alljährlich die Regenbogenparade organisiert und deren Hauptziel die Unterstützung der LGBTI-Community der Slowakei ist.

Die NGO »Inštitút ľudských práv« (Menschenrechtsinstitut) ist ebenfalls in dieser Richtung aktiv. Einerseits ist das Institut publizistisch tätig, andererseits dient es auch als aktivistische Plattform. In slowakischen Schulen verbreitet sie Bücher zur Aufklärung gegen Homophobie, Extremismus, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien und organisiert Aufsatzwettbewerbe unter Schüler:innen mit dem Ziel, ihr antifaschistisches Bewusstsein zu stärken. Regelmäßig verleiht sie den Schmähprijs für »Die homophobste Person des Jahres«. Das Menschenrechtsinstitut hat auch Projekte wie WikiLeaks Slowakei, »Essen statt Bomben« in Zusammenarbeit mit dem slowakischen Armut-Netzwerk, »Rüstungs-Beobachtung Slowakei« und »Rainbow Slowakei« durchgeführt. Eine globale Aktivität, die auch in der Slowakei ihren Widerhall gefunden hat, sind die Klimastreiks von »Fridays for Future«, die 2019 in mehreren Städten der Slowakei organisiert wurden. Die Vertreter:innen dieser Organisation bilden den offiziellen Teil der weltweiten Bewegung für die Zukunft des Klimas.

Die oben erwähnten zivilgesellschaftlichen Initiativen (Bratislava gegen Nazis, Der Aufstand geht weiter, Rainbow Pride Bratislava und das Menschenrechtsinstitut) bilden zusammen ein Milieu, das sich fast zur Gänze auf Vertreter:innen der positionistischen Linken stützt und sich aus liberal gesonnenen Menschen, zum Teil aus Anhänger:innen der antikapitalistischen oder grünen Bewegung, Akademiker:innen, jüngeren Leuten, Schüler:innen und Studierenden oder Mitgliedern der LGBTI-Community zusammensetzt. Fast alle von ihnen sind in der Hauptstadt, jedenfalls im städtischen Umfeld aktiv. Einzig die Bewegung »Pracujúca chudoba« (Armut trotz Arbeit) bildet eine Ausnahme. Diese Bewegung hat mehr Sympathisant:innen aus der bekennenden Linken. Sie kommuniziert mit ihrer Zielgruppe hauptsächlich über das Internet, über soziale Netzwerke und Videos und wird hauptsächlich von Arbeiter:innen und Angehörigen des Niedriglohnssektors in verschiedenen Teilen der Slowakei wahrgenommen, die unmittelbar von schlechten Arbeitsbedingungen betroffen sind oder durch niedrige Löhne bzw. Gehälter benachteiligt werden.

Zusammenfassung

Die gesellschaftliche Akzeptanz der radikalen Linken und ihrer Aktivitäten in der Slowakei ist von der historischen Erfahrung mit dem Realsozialismus ebenso geprägt wie von den Jahren, in denen die Partei SMER-SD die Regierung bildete und die linken Narrative bestimmte. Was ihre institutionelle Verankerung betrifft, ist die radikale Linke in der Slowakei nicht in den Institutionen der öffentlichen Macht (insbesondere den Parlamenten) vertreten; ihr Wähler:innenpotenzial übersteigt nicht die 3%-Marke, die erforderlich ist, damit die Parteien staatliche Parteienförderung bekommen.

Für diesen Beitrag wurden drei politische Organisationen analysiert, deren Programme das Kriterium der anti-kapitalistischen Orientierung erfüllen: die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), VZDOR (Arbeiterpartei) und Socialisti.sk. Ihre Programme befassen sich hauptsächlich mit sozio-ökonomischen Themen und beziehen sich auf ein Narrativ von Gewinner:innen und Verlierer:innen der Transformation zur Marktwirtschaft für die Zeit nach 1989. Ihre Zielgruppen umfassen Arbeiter:innen und Angestellte, deren soziale Sicherheit durch niedrige Löhne/Gehälter gefährdet ist und die in nachteiligen Arbeitsbereichen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die Hauptachse des politischen Konflikts für diese Parteien ist zweifellos jene zwischen Kapital und Arbeit. Darüber hinaus kritisieren sie die Beziehung zwischen Staat und Kirche, insbesondere die Position zur katholischen Kirche, die auf das Konkordat zwischen der Slowakischen Republik und dem Heiligen Stuhl zurückgeht. Des Weiteren stehen sie den wachsenden Unterschieden zwischen den urbanen Zentren und der ländlichen Peripherie des Landes kritisch gegenüber, ein Unterschied, der sich besonders zwischen den Regionen der Ost- und der Westslowakei bemerkbar macht, also der Region um die Hauptstadt und Regionen eines langanhaltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abschwungs und strukturell bedingter Rekordarbeitslosigkeit.⁷ Was diese Parteien eint, ist ihre Unterstützung des NATO-Ausstiegs der Slowakei, wobei sie gegenüber der EU moderatere Positionen vertreten. Obwohl sie die aktuelle Art der Integration kritisieren, sehen sie die Zukunft der Slowakei noch in der Europäischen Union, weshalb sie die Idee der europäischen Integration grundsätzlich unterstützen. Die post-materiellen und kulturellen Themen der radikalen Linken werden zweitrangig behandelt, am deutlichsten noch im Narrativ

⁷ In gewisser, übertragener Hinsicht folgt diese Unterscheidung der ursprünglich von S. Rokkan und S.M. Lipset gezogenen Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie, wonach der Konflikt zwischen der dominanten Gruppe im Zentrum und der untergeordneten Gruppe an der Peripherie besteht, wobei der Konflikt oft als ethnisch oder national begründet beschrieben wird.

der von der Klimakrise und dem Raubbau an natürlichen Ressourcen ausgehenden globalen Bedrohung.

Konflikte zwischen einzelnen linksgerichteten Parteien und innerhalb des breiteren linken Spektrums ergeben sich aus der Kluft zwischen Materialismus und Postmaterialismus einerseits, zwischen Konservativismus und Liberalismus andererseits:

- **Materialismus – Postmaterialismus:** Diese Spaltung zeigt sich vor allem in den Diskussionen über die Priorität, die der ökonomischen Basis gegenüber dem kulturellen Überbau gegeben wird und an der Betonung der Wirtschafts- und Sozialprogramme, mit der sich Parteien von der postmarxistischen Intersektionalität ungleicher Machtverhältnisse abgrenzen. Letzteren zufolge sei es notwendig, emanzipatorische Kämpfe wie LGBTI, Gender, Feminismus, Antirassismus und Umweltpolitik in einer gleichgewichteten Pluralität zu führen.
- **Konservativismus – Liberalismus:** Dieser Gegensatz tritt vor allem in der Spannung zwischen den konservativen und den liberalen Strömungen innerhalb der Linken zutage. Konservative Unterstützer:innen der Linken betonen die Bedeutung der nationalen Identität, Tradition, der herrschenden Kultur und der christlichen Werte, fordern den Schutz der nationalen Souveränität und sind skeptischer im Hinblick auf Fragen der europäischen Integration. Liberale Unterstützer:innen wiederum orientieren sich mehr auf größere Städte und die Region um Bratislava. Was die Integration von Migrant:innen und Angehörigen anderer Kulturen betrifft, vertreten die Unterstützer:innen liberaler Positionen in der Linken eine große Bandbreite an Haltungen, die von kommunitaristisch bis liberal reicht, neigen eher dazu, die Vertiefung der europäischen Integration zu befürworten und sind hinsichtlich supranationaler Institutionen weniger skeptisch.

Diese Gruppen haben zumeist nicht die Gelegenheit, einander zu konfrontieren; ideologische Konflikte zwischen ihnen nehmen üblicherweise die Form intellektueller Auseinandersetzungen an. Allerdings widerspiegeln diese Konflikte auf ihre Art die interne Struktur der jeweiligen Unterstützer:innen der Linken in der Slowakei. Es gibt kaum eine Zusammenarbeit zwischen Parteien der radikalen Linken und den Angehörigen linker Milieus, zivilgesellschaftlicher Initiativen und des gemeinnützigen Sektors. Somit ist die linksgerichtete Szene fragmentiert und ihre Aktivitäten haben keinerlei Synergieeffekt.

Literatur

- Interview mit Jozef Hrdlička, dem Vorsitzenden der KSS. In: DAV DVA (2019): Magazin für Kultur und Politik. davdva.sk/rozhovor-s-jozefom-hrdlickom-predsedom-kss/?fbclid=IwAR1D9unqyKsG-Pi8jT6_txTv42XBgbHl8SUvwfZXQLFpxtoUOtOdfN-f5Ryk (25.5.2021).
- Jahresbericht der Kommunistischen Partei der Slowakei (2019): Jahresbericht 2018. minv.sk/swift_data/source/statna_komisia_pre_volby/30_annual_report/ar2018/komunisticka_strana_slovenska.pdf (25.5.2021).
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967): Party systems and voter alignments: cross-national perspectives. London.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.): Party systems and voter alignments: cross-national perspectives. London.
- MEDIAN (2020): Deklaratívni a postojová levica Ad hoc výzkum. rosalux.cz/wp-content/uploads/2020/09/6219077_Rosa_adhoc_cz_20200317.pdf (2.6.2021).
- Parteiprogramm der KSS (2018): Parteiprogramm. kss.sk/program (23.5.2021).
- Socialisti.sk Wahlplattform. Politische-Agenda 2020, siehe: offizielles Portal von Socialisti.sk: socialisti.sk/co-chceme (25.5.2021).

Die politische Linke in Ungarn

von Zoltán Pogátsa

Die ungarische politische Linke ist extrem zersplittert. Seit 2010, etwas mehr als einem Jahrzehnt, ist sie in Opposition zu der zunehmend autoritär agierenden Regierung von Viktor Orbán, und diese Tatsache wird wohl auch weiterhin das bestimmende Merkmal ihrer Existenz bleiben. Laut Meinungsumfragen (Policy Solutions 2020) aus dem Jahr 2020 denken 43% der Ungar:innen, dass in ihrem Land kein friedlicher und demokratischer Übergang mehr möglich sei, während 40% noch immer an diese Möglichkeit glauben. Die Wähler:innen sind in der Frage gespalten, ob Ungarn noch als Demokratie angesehen werden kann oder nicht: 48% bejahen dies, 47% meinen, dass dies nicht der Fall sei. 65% sind der Ansicht, man müsse der Regierung nahestehen, um im Leben voranzukommen, andere hingegen (30%) vertreten gegenteilige Positionen.

Die wichtigste linksgerichtete politische Kraft nach dem Übergang des Landes zur Demokratie im Jahr 1989 war die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP, *Magyar Szocialista Párt*). In ihrer zwölfjährigen Amtszeit hat sie eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben. Obwohl die Partei in den ersten freien Wahlen 1990 nicht mehr als 11% der Stimmen erhielt, erklimmte sie bis 1994 den Höhepunkt ihrer Macht mit 209 Parlamentssitzen von insgesamt 386. Das bedeutete, dass sie mit mehr als der Hälfte der Abgeordnet:innen im Parlament hätte allein regieren können. Um jedoch ihre postkommunistische Quarantäne zu verlassen, bildete sie eine Koalition mit den Liberalen, eine Konstellation, die auch für zwei weitere volle Amtsperioden nach 2002 eingegangen wurde, nur unterbrochen von dem rechten Intermezzo der ersten Orbán-Regierung (1998-2002). Statt eine klare sozialdemokratische Agenda zu verfolgen, kam die MSZP in den meisten Fragen den Liberalen entgegen.

Mit den Wahlen von 2010 hatte die höchst unpopuläre Regierung des damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány (2004–2009) ca. 1,5 Millionen Wähler:innen verloren und damit den Weg für den Erdrutschsieg von Viktor Orbán frei gemacht. Dieser enorme Verlust an Unterstützung war die Folge massiver Misswirtschaft, die Ungarn an die Grenze zum Staatsbankrott führte, der nur durch Aufnahme eines Kredits beim IWF im Umfang von 20% des BIP abgewendet werden konnte. Das war begleitet von einer Haushaltskrise infolge der Rückzahlung eines aus Budgetmitteln zu bedienenden Fremdwährungskredits, der von Gyurcsány aufgenommen worden war, um die Auswirkungen seiner Sparpolitik zu mildern, die ihrerseits eine verzweifelte Reaktion auf seine vorangegangene Verschwendung war, die er

mit diesen Krediten zu kaschieren versuchte. Nach seiner geleakten »Lügenrede« 2006, in der er zugab, dass er die Wähler:innen »Tag und Nacht« getäuscht habe und dass er »nicht die geringste Ahnung habe, was er mit dem Land tun solle«, verlor Gyurcsány jegliche Unterstützung. Ungeachtet dessen klammerte er sich noch weitere drei Jahre an die Macht, obwohl sich die Wähler:innen in immer größerer Zahl von ihm und seiner Partei abwandten. Als er schließlich im Jahr 2009 zurücktrat, führte eine weitere Runde der von der MSZP in Gang gesetzten Austeritätspolitik zu einem massiven Rückgang des BIP und zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Seitdem ist die Partei nicht mehr in der Lage, ihre Wähler:innen zurückzugewinnen; sie ist auf den Rang einer Kleinpartei zurückgeworfen worden, die es gerade noch schafft, die für den Einzug ins Parlament erforderliche Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Ihre Mitglieder sind noch immer gespalten in Sozialliberale und Linke, was dazu führt, dass immer wieder Kompromisskandidat:innen in Führungspositionen gewählt werden. Diese Spaltung ist auch dafür verantwortlich, dass die Partei in der ungarischen politischen Landschaft nunmehr nur ein farbloses Dasein fristet.

In einer weithin unerwarteten Wendung der Ereignisse angesichts der oben erwähnten Vorgeschichte ist es Ferenc Gyurcsány gelungen, als die stärkste Persönlichkeit aufseiten der Opposition wiederaufzuerstehen. Mit der *Demokratische Koalition* (DK) hat er schnell eine Splitterpartei gegründet und damit seine bisherige Partei, die Sozialisten, schwer verschuldet und mit einem angeschlagenen Image zurückgelassen. Obwohl rein formal und von ihrem Führungspersonal her gesehen die Demokratische Koalition Mitglied der S&D-Fraktion im Europaparlament ist, ist sie eine kulturliberale und von ihrem Wirtschaftsprogramm her eine neoliberale Partei. Viele ihrer Führungspersonalitäten entstammen ursprünglich der inzwischen aufgelösten liberalen Partei. Ihre Abgeordneten zum Europaparlament haben ernsthaft in Erwägung gezogen, sich Macrons liberaler Fraktion anzuschließen. Dazu gibt es allerdings Spekulationen, dass es sich dabei um ein taktisches Manöver handelte, um Druck auf die S&D-Fraktion auszuüben und Klára Dobrev, Newcomerin im EP und Gyurcsánys Frau, den Posten einer stellvertretenden Vizepräsidentin des EP zu verschaffen. Die Partei wird wie ein Familienunternehmen geführt, wobei Gyurcsánys Rolle als Vorsitzender außer Frage steht, während seine Frau Klára Dobrev mit großer Wahrscheinlichkeit von der Partei für die Wahlen 2022 als Kandidatin für das Ministerpräsidentenamt aufgestellt werden wird. Dies wiederum wird Orbáns Fidesz im Wahlkampf ein willkommenes Angriffsziel bieten, indem sie Dobrev mit der desaströsen Bilanz ihres Ehemannes assoziiert wird. Obwohl Dobrev selbst hochintelligent, dynamisch und charismatisch ist, ist ihr Ehemann eine enorme Belastung. Aktuell liegt die *Demokratische Koalition* in Meinungsumfragen zwischen elf und

16% und führt damit die fragmentierte Opposition an. Im Gegensatz dazu rangiert Orbáns Fidesz zwischen 30 und 34%.

Es gibt keine radikale Linkspartei in Ungarn, die etwa mit der deutschen Partei DIE LINKE vergleichbar ist, und das ist seit 1989 unverändert so. Eine Chance, wirklich linke Politik zu repräsentieren, wurde von der grünen Partei *Die Politik kann anders sein* (LMP, *Lehet Más a Politika*) geschaffen, die erstmals 2010 den Einzug ins Parlament schaffte. Allerdings hat 2013 eine unabwendbare Spaltung dazu geführt, dass beide Fraktionen der ehemaligen Partei nun weit unter der Fünf-Prozent-Hürde liegen. Ihr stärkster Aktivposten ist der grüne Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony, dessen Wahl 2019 der größte Erfolg war, den die Opposition während der Herrschaft Orbáns je erringen konnte. Karácsonys Erfolg war durch eine gemeinsame Wahlallianz aller oppositionellen Kräfte (grün, rot, liberal) unter schweigender Unterstützung sogar der ehemaligen rechtsextremen Partei *Jobbik* möglich geworden.

Es ist ein Rätsel, weshalb beide Grünparteien so unpopulär bleiben, während ihre Politiker:innen landesweit zu den beliebtesten zählen. Sie verfügen über geringe Mittel und Medienpräsenz und können mit ihrer Degrowth¹-Agenda auch keinerlei Unterstützung von den wirtschaftlichen Eliten erwarten, im Gegensatz zu ihren liberalen Rivalen, *Momentum* und *Demokratische Koalition*.

Das bisher gezeichnete Bild der pro-sozialen Kräfte² wird durch die liberale Partei *Momentum*, die bei 10% steht, und die frühere rechtsextreme Partei *Jobbik*, ebenfalls bei 10% liegend, ergänzt. Letztere befindet sich gerade in einer tiefen Identitätskrise. Sie ist als rechtsextreme Partei mit einer starken Anti-Roma und nationalistischen Agenda gegründet worden und hat sogar eine paramilitärische Armee namens »Ungarische Garde« aufgestellt, die mittlerweile aber aufgelöst wurde. Mit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 ist es Viktor Orbán allerdings gelungen, *Jobbik* auszuschalten und Positionen zu besetzen, die noch weiter rechts lagen als jene von *Jobbik*, indem er beispielsweise gegen »Wirtschaftsflüchtlinge« Stimmung machte und von einer globalen Verschwörung gegen Ungarn sprach, hinter der angeblich George Soros und »Brüssel« stünden etc. Das hat *Jobbik* in ein Dilemma gestürzt. Sie haben beschlossen, dieses aufzulösen, indem sie weiter in die politische Mitte rückten und seitdem versuchen, die Position einer familienorientierten konservativen Volkspartei einzunehmen. Das hat sich angesichts ihrer extremistischen Vergangenheit als schwierig erwiesen und führte zu einer starken Schwächung der Partei: Infolge dieser Versuche, sich neu zu erfinden, wurde sie in

¹ Wachstumsrücknahme, Reduktion des Konsums- und Produktionswachstums.

² Es gibt auch winzige linke Parteien wie beispielsweise *Munkáspárt* oder ISZOMM, aber diese genießen so gut wie keine Anerkennung in der ungarischen Bevölkerung, geschweige denn Unterstützung.

eine dauerhafte Identitätskrise geworfen. Ihre Bewegung in Richtung politischer Mitte hat allerdings dazu geführt, dass sie zu einem Teil der vereinten Opposition gegen Orbán wurde. Ihre Rolle ist in zweierlei Hinsicht wichtig: Erstens könnte die Opposition ohne sie nicht darauf hoffen, die notwendige Anzahl an Wähler:innen anzusprechen. Zweitens vermittelt ihre Präsenz die symbolische Botschaft, dass sogar viele rechtsgerichtete Wähler:innen mit Orbán unzufrieden sind.

Momentum ist eine erst vor Kurzem gegründete liberale Partei. Sie hat ein deutlich junges Profil, ist ebenfalls eine vorwiegend urbane Partei und am stärksten in Budapest verankert. Sie gibt sich ein bewusst unideologisches und technokratisches Image, mit einem unerschütterlichen und unkritischen Glauben an die Europäische Union. Da die ehemalige liberale Partei aus dem Parlament ausgeschieden ist, nachdem sie dem politischen Liberalismus einen schlechten Ruf beschert hat, bevorzugt es *Momentum*, sich ein diverses Image zu geben, indem es einige pro-sozial und pro-ökologisch eingestellte Politiker:innen aufstellt. Allerdings sind die Grundüberzeugungen der Partei neoliberal und fraglos pro-NATO. Da sie von den liberalen Geschäfts-, Wirtschafts- und Medieneliten unterstützt wird, vermutet man, dass ihr in einer post-Orbán-Regierung eine wichtige Rolle zukommt.

Position in der Gesellschaft und im politischen System

Wie bereits betont, ist die politische Linke Teil einer sehr stark zersplitterten Opposition zur fest etablierten Herrschaft von Viktor Orbán. Der Opposition ist es bisher nicht gelungen, ihre Wählerbasis entscheidend zu vergrößern, im Gegenteil, die in ihr versammelten Parteien haben einander Wähler:innen abspenstig gemacht. Die Oppositionsparteien sind seit 2010 nicht mehr in der Regierung vertreten, stellen jedoch die Bürgermeister in einigen wichtigen Städten wie z.B. Budapest, Szeged und Szombathely. Allerdings arbeitet die Regierung ständig darauf hin, die Budgets und Kompetenzen dieser Bürgermeister zu verringern, die ihrerseits sehr widersprüchliche Koalitionen anführen.

Die Linke erhält die meisten Wählerstimmen aus der urbanen Bevölkerung. Ältere urbane Wähler:innen geben ihre Stimmen bevorzugt den Sozialisten und der Gyurcsány-Partei, jüngere Wähler:innen eher dem liberalen *Momentum* oder der ehemaligen rechtsextremen *Jobbik*. Orbáns Herrschaft stützt sich hauptsächlich auf traditionelle ländliche Wähler:innen, aber nicht zur Gänze.³

³ Zum Wahlverhalten nach Einkommen, geografischer Herkunft, Bildungsniveau und Alter, siehe Róna et al. 2020; Enyedi/Tardos 2018; Tamás/Engels, 2015; Bíró-Nagy 2020; Márton/Szabó 2017.

Die umfassendste und jüngste Studie zum Wahlverhalten (Róna et al. 2020) konstatiert eine beinahe linear verlaufende Zunahme der Popularität von Fidesz bei einer gleichzeitigen, linear verlaufenden Abnahme der Popularität der Opposition, abhängig vom sozialen Status: Je niedriger dieser ist, desto höher ist die Beliebtheit von Fidesz und desto geringer jene der Opposition. Dies widerspricht gänzlich den traditionellen Erwartungen, wonach die Rechten die Reichen, die Linke die Armen repräsentiere.

Politische Parteien in Ungarn beanspruchen nicht, bestimmte Gruppen der Gesellschaft zu vertreten. Der von ihnen jeweils gepflogene Politikstil, wie er in erster Linie durch Internet und Massenmedien transportiert wird, adressiert eher die urbane Wählerschaft. Die offiziellen linksgerichteten Parteien verfügen definitiv nicht über die Unterstützung der ärmeren Teile der Bevölkerung, die stattdessen Fidesz wählen. Andererseits tendieren die absolut Armen – einschließlich der meisten Rom:nja – dazu, sich kaum an Wahlen zu beteiligen.

Linke Politiker:innen machen oft den fehlenden Medienzugang für ihre mangelnde Popularität verantwortlich. Angesichts des immer kleiner werdenden medialen Raums liegt darin ein Körnchen Wahrheit. Die Rechte dominiert 70% der Medienlandschaft. Allerdings verweisen mehrere Studien darauf, dass es keine sozioökonomische Gruppe gibt, die nicht von den Oppositionsmedien erreicht wird, und dies trotz der bestehenden Schwierigkeiten. Polyák et al. (2019) kommen z.B. zu dem Befund, dass obwohl 70% der Wähler:innen ihre Informationen hauptsächlich aus der Regierung nahestehenden Quellen beziehen, nur 7% tun dies ausschließlich. Sogar unter den Wähler:innen der untersten Schichten, bei denen Fidesz am populärsten ist, beziehen nur 11% ihre Nachrichten aus der Regierung nahestehenden Quellen. Daher kann in der fehlenden Repräsentanz in den Medien nicht der Hauptgrund für die Beliebtheit von Fidesz und die Unbeliebtheit des Oppositionsblocks gerade bei den ärmeren Teilen der Bevölkerung gesehen werden. Die von der Regierung großzügig finanzierten und allgegenwärtigen Hasskampagnen gegen Migrant:innen, Soros, Brüssel, den deutschen Wirtschaftskolonialismus, NGOs, Rom:nja etc. werden oft als der wichtigste Grund für die hohen Beliebtheitswerte der Regierung genannt. Allerdings widerlegen Meinungsumfragen diese Behauptungen. Weder für Fidesz- noch für unentschlossene Wähler:innen haben diese Themen Priorität. Nach den besten von Fidesz getroffenen Maßnahmen befragt (Róna et al 2020), nennen sowohl Fidesz- als auch unentschlossene Wähler:innen materielle Anliegen: jeweils 63% und 40%. Nur jeweils 25% und 15% erwähnen die Hasskampagnen der Regierung gegen Soros, Migrant:innen oder Brüssel. Nach den negativsten Aspekten an der Regierung befragt, sind es wiederum materielle Gründe, die angeführt werden. Nur 7% der Fidesz-Wähler:innen und ein Prozent der unentschlossenen Wähler:innen nennen Korruption. Nur zwei Prozent der Fidesz-Wähler:innen und vier Prozent der un-

entschlossenen Wähler:innen nennen einen Mangel an Demokratie und die Hasskampagnen als die negativsten Aspekte. Oft wird auch behauptet, dass auf ärmere Wähler:innen Druck ausgeübt wird, Fidesz ihre Stimme zu geben. Das ist eher unwahrscheinlich. In Ungarn gibt es keine Wahlpflicht, die Wahl ist geheim. Es liegen keine Berichte über weitverbreitete Verletzungen dieses Wahlgeheimnisses vor.

Der wichtigste Grund scheint in der jeweiligen Agenda zu liegen. Während für ärmere Sektoren der Gesellschaft materielle Anliegen eine vorrangige Rolle spielen, konzentrieren sich die Parteien der Opposition auf Themen, die mit Demokratie, Verfassung, Rechtsstaat, Medien usw. zu tun haben. Sie haben sich auch auf groß angelegte Korruptionsfälle in den höchsten Etagen der Gesellschaft konzentriert, insbesondere auf die Figur des Lóránc Mészáros, Orbáns Freund seit Kindheitstagen, der von einem bankrotten Gasinstallateur zum zweitreichsten Mann des Landes aufgestiegen ist, zeitweise sogar zum reichsten. Laut Róna et al. verfolgen die Oppositionsparteien eine falsche Strategie. Die Wähler:innen der Unterschichten wissen, dass sie wenig Einfluss auf die Korruption großen Stils ganz oben haben. Stattdessen konzentrieren sie sich auf ihre persönlichen Rivalitäten in ihrer eigenen *Lebenswelt*, gegenüber Angehörigen noch marginalisierterer Gruppen, als sie selbst es sind, wie beispielsweise Obdachlose oder Rom:nja.

Die oppositionellen Parteien sind nicht sehr gut in der Gesellschaft verankert. Im Gegensatz zu Fidesz beträgt die Zahl der aktiven Mitglieder dieser Parteien nicht mehr als ein paar hundert Leute. Oft ist es ihnen unmöglich, Kandidat:innen für ihre Wahllisten und Freiwillige für den Wahlkampf zu finden, besonders in den ländlichen Gebieten des Landes. Das politische Leben konzentriert sich auf die Hauptstadt Budapest. Politiker:innen vom Land haben oft keine Chance, auf die nationale Politik einzuwirken. Sie müssen de facto in die Hauptstadt übersiedeln, wenn sie das wollen. Dies zeigte sich auf dramatische Art und Weise, als 2017 die Budapest Elite der Sozialistischen Partei einen Putsch gegen ihren eigenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, László Botka, den Bürgermeister von Szeged, initiierte. Botka ist seitdem nicht mehr Mitglied seiner Partei.

Zivile Organisationen lehnen im Großen und Ganzen die Kooperation mit politischen Parteien ab. Gewerkschaften verweigern die Zusammenarbeit mit der offiziellen politischen Linken, von der sie denken, dass sie sie mehrere Male verraten hat, als sie noch an der Macht war.

Seit Fidesz das ungarische Wahlrecht von einem gemischten System zu einem Mehrheitswahlsystem geändert hat, sind die unterschiedlichen Parteien gezwungen zusammenzuarbeiten und eine gemeinsame Wahlliste zu bilden. Einerseits bewahrt dies kleine und Zwergparteien vor der Auflösung. Andererseits schafft das ein unlösbares Dilemma für die Linke. Die bestehen-

den Parteien sind aufgrund sowohl ihrer kommunistischen Vergangenheit als auch ihrer neoliberalen Bilanz stigmatisiert. Manche behaupten, dass es der Sache der Linken helfen würde, wenn sie insgesamt verschwände. Andere jedoch argumentieren, dass, sollte dies geschehen, es niemanden gäbe, der ihren Platz einnehmen würde. Linke Basisalternativen sind winzig, äußerst schwach und leiden an einem Mangel an finanziellen Mitteln. Die Perpetuierung einer zahlreichen, in sich zerstrittenen Oppositionsszene führt zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen, die sehr unterschiedliche Ansichten zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen haben.

Die strategische Ausrichtung der Parteien

Was ihre Position zur bestehenden Form des Kapitalismus anbelangt, ist die *Sozialistische Partei* in der Mitte gespalten. Der linke Flügel der Partei kann als antikapitalistisch bezeichnet werden, während die »Sozialliberalen« des rechten Flügels den Kapitalismus befürworten. Die Partei Gyurcsánys (DK) ist ebenfalls sozialliberal und nur zu einem geringen Grad kapitalismuskritisch, obwohl Gyurcsány selbst dafür bekannt ist, widersprüchliche Positionen zu fast jeder Frage einzunehmen. Die kleinen grünen Parteien stehen dem Kapitalismus im Allgemeinen höchst kritisch gegenüber, besonders aber jenem heute vorherrschenden. Die liberale Partei *Momentum* ist prokapitalistisch, wenn auch mit sozialen und grünen Untertönen.

Es muss jedoch angemerkt werden, dass die ungarische Innenpolitik sich fast ausschließlich auf die Person von Viktor Orbán und auf Themen, die die Demokratie betreffen, konzentriert. Ökonomische und soziale Themen werden demgegenüber immer in den Hintergrund gedrängt, in der irrigen Annahme, dass sie nur dann angegangen werden können, wenn echte Demokratie wiederhergestellt ist. Diese Einstellung verhindert jedoch, dass die Oppositionsparteien an Popularität gewinnen können, denn die Wähler:innen messen sozio-ökonomische Themen eindeutig eine größere Bedeutung bei als den politischen bzw. postmateriellen Themen.

Daher nehmen Themen wie der Klimawandel, Gender, Frieden oder soziale Themen (Wohnen, Gesundheitsversorgung etc.) nur eine marginale Rolle in den politischen Strategien der Oppositionsparteien ein. Die meisten Demonstrationen hatten Menschenrechte und den ständig schrumpfenden Platz in den Medien zum Thema. Allerdings ziehen Demonstrationen immer weniger Bürger:innen an, da sie spüren, dass sie nur wenig bewirken können.

Selbstverständnis und Organisationsstruktur

Die *Sozialistische Partei* pflegte sich als Partei der »Lohnarbeitenden« zu bezeichnen, was eine ziemlich breite Kategorie ist. Heutzutage verwendet sie diese Bezeichnung kaum mehr. Allerdings – es wurde bereits gesagt – tendieren die unteren Schichten der Gesellschaft dazu, Fidesz zu wählen. Die Partei Gyurcsánys (DK) betrachtet sich als eine Sammelpartei. Keine dieser Parteien sieht sich als Partei der Arbeiterklasse, alle sehen diese Zielgruppendefinition als zu eng an. (Die *Sozialistische Partei* hat in der Zeit des Übergangs von der staatssozialistischen Ära, als sie *Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei* hieß, die Bezeichnung »Arbeiter« aus ihrem Namen getilgt.) Politiker:innen haben ein sehr schwach entwickeltes Verständnis der strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft. Das ist nicht zur Gänze ihre Schuld: Sogar soziologische Studien haben vor Themen wie Klasse, Gesellschaftsstruktur und soziale Mobilität kapituliert.

Der politische Fokus der Oppositionsparteien liegt eindeutig auf der Frage der Demokratie. In dieser sind sie ständig gezwungen, eine bloß reagierende zweite Geige gegenüber Viktor Orbán zu spielen, der es versteht, mit seinen überraschenden und oft skandalösen Vorstößen gekonnt die Agenda festzulegen.

Von außen besehen ist die Organisation der Parteien ziemlich undurchsichtig. In der *Sozialistischen Partei* besteht noch ein relativ hoher Grad an interner Demokratie, was sich in Debatten und – eher zu vielen – Veränderungen in der Parteiführung äußert. In der *Demokratischen Koalition* wird Gyurcsánys Position nicht in Frage gestellt: Seit Gründung der Partei ist er immer wieder zu ihrem Vorsitzenden wiedergewählt worden, wobei keine Gegenkandidaten gegen ihn aufgestellt wurden. Die Getreuen der Partei sehen keine Ironie darin, sich gegen Viktor Orbáns Ein-Mann-Herrschaft innerhalb seiner Partei auszusprechen, während die Position ihres Parteivorsitzenden unangetastet bleibt.

Linke Parteien wären gegenüber sozialen Organisationen offen, werden jedoch oft von ihnen abgelehnt. Hinzugefügt werden muss, dass die NGOs selbst finanziell auf extrem schwachen Beinen stehen, ihnen Freiwillige fehlen und sie manchmal sogar von der Regierung schikaniert werden.

Europapolitische Haltungen

Alle Oppositionsparteien unterstützen das Ideal der europäischen Integration. Dies trifft momentan sogar auf die ehemalige rechtsextreme Partei *Jobbik* zu, die vor nicht allzu langer Zeit noch EU-Fahnen öffentlich verbrannte. Orbáns starke EU-Gegnerschaft hat die Oppositionsparteien dazu gezwungen, eine pro-

europäische Haltung einzunehmen. Dies ist wahltechnisch eine gute Entscheidung, da eine große Mehrheit der Ungar:innen in Meinungsumfragen weiterhin hinter der EU steht. Nur 14% der Wähler:innen der Regierung und 13% der Gesamtbevölkerung bezeichnen sich als EU-Gegner:innen. (Róna et al. 2020)

Was den linken Flügel der *Sozialistischen Partei* anbelangt, so sind seine Vertreter:innen mittlerweile sehr kritisch im Hinblick darauf, wie die Europäische Union die Krise der Eurozone nach 2008 gehandhabt hat. Die beiden grünen Parteien teilen diesen Skeptizismus. Der rechte Flügel der Sozialisten äußert jedoch keinerlei Kritik und verlangt sogar Ungarns sofortigen Beitritt zur Eurozone. Das ist zumindest der Inhalt der Unterschriften-Kampagne des letzten verbliebenen Europaparlamentsabgeordneten der *Sozialistischen Partei*, des sozialliberalen Politikers István Újhelyi. Ihm zur Seite stehen die Gyurcsány-Partei und die liberale Partei *Momentum*. Ihre Gründe sind nicht ausschließlich ökonomischer Natur, sondern haben mit der Absicht zu tun, Ungarn tiefer im europäischen Integrationsprozess zu verankern, für den Fall, dass Orbán versuchen würde, aus der EU auszutreten. Diese Logik entbehrt jedoch jeder Grundlage. Die Bedeutung Orbáns basiert, ebenso wie seine Strategie der Umwerbung autoritärer Führer auf der ganzen Welt auf seiner Position als Ministerpräsident eines EU-Staates. Durch seinen Austritt aus der EU würde sich seine Bedeutung abschwächen.

Das Thema der europäischen Integration spielt allerdings in der ungarischen Innenpolitik nur eine sehr untergeordnete Rolle, mit der Ausnahme des EU-Überwachungsprozesses bezüglich des Standes der Demokratie in Ungarn. Noch immer sehen allzu viele Oppositionspolitiker:innen die EU als eine Art wohlwollende äußere Macht, deren Rolle darin besteht, das ungarische Haus in Ordnung zu bringen.

In Ungarn gibt es auch nicht viele Diskussionen über die aktuellen Ansichten der Europäischen Linken. Der Grund dafür liegt teilweise in der Tatsache, dass die Europäische Linke selbst – mit wenigen Ausnahmen – in Trümmern liegt und sich in einer Auseinandersetzung um die Neuformulierung ihrer Positionen und Strategien befindet. Vielleicht ist die einzige linksgerichtete Partei, der die Ungar:innen bis zu einem bestimmten Grad folgen, die deutsche Sozialdemokratie. Allerdings hat in den letzten Jahren selbst diese Partei die Suche nach einer neuen Ausrichtung aufgenommen. Die Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien in Europa über die Grenzen hinweg ist schwach entwickelt.

Die ungarischen Linkskräfte haben Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen (liberalen, grünen etc.) politischen Kräften immer unterstützt. In Ungarn selbst gehört eine solche Kooperation schon seit fast einem Jahrzehnt zu den gesellschaftlichen Realitäten. Während diese Parteien durch das Wahlrecht zu Wahlbündnissen gezwungen sind, hat dieses Arrangement auch seine Nachteile. Indem es sehr unterschiedliche politische Strömungen zusammendrängt,

ist es Orbán und seinen Medien gelungen, sie als im Grunde einen einzigen politischen Feind darzustellen. Er bezeichnet sie abwechselnd als »sorosistisch«, »liberal«, »liberal-marxistisch«, »kommunistisch« etc., wobei er diese Begriffe als Synonyme verwendet. Er spricht die frühere extreme Rechte ganz offen darauf an, was sie in einer Koalition mit Gyurcsány, ihrem ehemals eingeschwo-renen Feind, tun würde. Ebenso adressiert er die Liberalen mit der Frage, was diese mit Politiker:innen zu schaffen hätten, die sie erst gestern als Nazis bezeichneten. All dies stimmt natürlich, und Orbán gelingt es, dieses zusammen-gewürfelte und doch geeinte Oppositionsnetzwerk als zerstritten und unglaub-würdig darzustellen, dem es an einer klaren Vision für das Land mangelt und dessen Vertreter:innen nur an ihren persönlichen Karrieren interessiert seien. Vielfach klingt das in den Ohren der Wähler:innen wie die Wahrheit. Deshalb besteht die Ironie der Situation darin, dass, während die aktiv zur Opposition zählenden Wähler:innen sich für eine geeinte Opposition stark machen, sich die Nichtwähler:innen von dieser zusammengewürfelten »Lumpenarmee« abgestoßen fühlen, in der sich neue und »saubere« politische Kräfte mit den alten und anrühigen zusammengetan haben. Eine Folge davon ist, dass die Op-position es schwer hat, neue Wähler:innen anzusprechen.

Literatur

- Bíró-Nagy, András (2020): ORBÁN. Zehn Jahre Orbán-Regierung in den Augen der ungarischen Wähler_innen. In: Poliy Solutions, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest. policysolutions.hu/userfiles/elemzes/311/orban10_fes_briefing_de.pdf (27.5.2021).
- Enyedi, Zsolt/Tardos, Róbert (2018): A magyar választók társadalmi beágyazottsága és ideológiai tagoltsága. In: Böcskei, Balázs/Szabó, Andrea (Hrsg.): *Várakozások és valóságok*. Budapest.
- Márton, Gerő/Szabó, Andrea (2017): A társadalom politikai integrációja. Politikai érdekcsoportok. In: Kovách, Imre (Hrsg.): *Társadalmi integráció: Az egyenlőtlenségek, az együttműködés, az újraelosztás és a hatalom szerkezete a magyar társadalomban*. Budapest.
- Polyák, Gábor/Szávai, Petra/Urbán, Ágnes (2019): A politikai tájékozódás mintázatai. In: *Médiakutató XX. /2*.
- Róna, Dániel/Galgóczi, Eszter/Pétervári, Judit/Szeitl, Blanka/Túry, Márton (2020): A Fidesz titok: gazdasági szavazás Magyarországon 21 Kutatóközpont. Budapest.
- Tamás, Boros/Engels, Jan-Niklas (2015): *Politics and Classes in Hungary*. In: Poliy Solutions, Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest. library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/12594.pdf (27.5.2021).
- Zsolt, Enyedi/Tardos Róbert (2018): A magyar választók társadalmi beágyazottsága és ideológiai tagoltsága. In: Böcskei, Balázs/Szabó, Andrea (Hrsg.): *Várakozások és valóságok*. Budapest.

Der kuriose Fall der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens

von Florin Poenaru

Lokaler historischer Kontext

Ebenso wie in vielen postsozialistischen osteuropäischen Ländern ist es auch im Fall Rumäniens schwierig, und womöglich gänzlich irreführend, von linken politischen Parteien zu sprechen. Als solche werden im Kontext postsozialistischer Länder im Allgemeinen die Nachfolgeorganisationen der früheren kommunistischen Parteien bezeichnet, die in den letzten 30 Jahren selbst erhebliche Transformationen durchlaufen haben. Dies trifft auch auf die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) zu, die einmal die größte rumänische Partei war, inzwischen jedoch – aus Gründen, auf die ich im Weiteren eingehe – stark im Schrumpfen begriffen ist. Historisch gesehen, aufgrund ihres Hintergrunds und ihrer ursprünglichen Wählerbasis, die sich größtenteils aus der ehemaligen industriellen Arbeiter:innenklasse und der Bauernschaft zusammensetzte, waren viele der Überzeugung, dass die Partei sich links verortet, zumal ihre ersten Parteiführer sich öffentlich so äußerten. Um die Jahrtausendwende wurde die sozialdemokratische Ausrichtung der Partei prägend – was sie bis heute mit ihrem Namen ausdrückt. Allerdings ist sie sozialdemokratisch wohl vor allem in einer neoliberalen Ausrichtung des »Dritten Wegs«.

Als regierende Partei zwischen 2000 und 2004 wurde sie mit harter Hand von Adrian Năstase geführt, der auch das Amt des Premierministers bekleidete. Zu dieser Zeit brachte sie eine Reihe von Privatisierungsinitiativen voran, insbesondere in Schlüsselsektoren wie Energie und Banken, und richtete überdies das Land gemäß den Vorgaben für den EU-Beitritt aus – d.h. die PSD transformierte die Wirtschaft und den Staat noch energischer entlang neoliberaler Kriterien. Damit erwiesen sich die Sozialdemokraten, die weniger als eine Dekade zuvor noch als Erben der früheren kommunistischen Machthaber und daher als konservativ und nostalgisch galten, faktisch als diejenige politische Kraft, die Rumänien in die EU und in die NATO führte.

Trotz ihrer Mühen und Leistungen, und obwohl sich die Partei später von der Sozialdemokratie weg und hin zur politischen Mitte bewegte, blieb sie auf rätselhafter Weise ein Symbol der kommunistischen Vergangenheit – und aufgrund dessen ein primäres Ziel des mächtigen antikommunistischen Diskurses, der in der Transitionsperiode die dominante Ideologie in Rumänien war.

Zu dieser Etikettierung trat eine andere, noch wirksamere hinzu: die von korrupten Politiker:innen, die politische Macht und ökonomischen Einfluss

verquicken, um ihre Vorherrschaft zu zementieren. Bis zum Jahr 2004 war der Groll gegen die Sozialdemokratie und ihre Führung so beherrschend, dass Rumänien seine sui generis-Version einer »orangenen Revolution« erlebte. Der Aufstand an den Urnen durch die rumänische städtische Mittelklasse, die sich infolge der Transition und der neoliberalen Politik der Sozialdemokraten in einer besseren finanziellen Situation als ein Großteil der rumänischen Gesellschaft befand,¹ katapultierte Präsident Traian Băsescu, den Kopf der »Demokratischen Allianz für Gerechtigkeit und Wahrheit« (DA), bis 2007 bestehend aus der Nationalliberalen Partei (*Partidul Național Liberal*, PNL) und der Demokratischen Partei (*Partidul Democrat*, PD), an die Macht. Dort sollte er eine ganze Dekade lang bleiben.

Dieser Sieg war nicht nur aufgrund seiner dramatischen und filmreifen Inszenierung (der »Underdog« gegen die dominante Politikerkaste) bedeutend, sondern auch wegen seiner Konsequenzen. Einmal an der Macht, initiierte Traian Băsescu jene Anti-Korruptionskampagne, die das politische Leben in Rumänien für die nächsten 15 Jahre fundamental neu strukturieren sollte. Er gelobte, staatliche Strukturen neu zu formen, insbesondere das Justizsystem und die Geheimdienste, um die endemische Korruption in Rumänien zu bekämpfen. Diese Reformen wurden gezielt und in verengender Weise als Korruption von Politiker:innen der Sozialdemokraten als deren Verkörperung ausgelegt. Infolgedessen war die PSD² und ihre Parteiführung über mehr als eine Dekade hinweg bevorzugtes Ziel der Anti-Korruptionskampagnen. Damit wurde das zentrale Führungsgremium der Partei durch entsprechende Klagen mehr und mehr dezimiert. Einer ihrer wichtigsten Vertreter und zeitweiliger Vorsitzender der Partei, Adrian Năstase, trat 2014, nach jahrelangen Ermittlungen und nach-

¹ Dank billiger Lohnkosten, geringer Steuern auf Einkommen und Gewinn, freundlicher Regulierungen für Unternehmer:innen und eines schwachen Staates wurde Rumänien in den letzten 20 Jahren zu einem Outsourcing-Paradies für verschiedene wirtschaftliche Aktivitäten, von der industriellen Produktion von Autoteilen bis hin zu IT, Kommunikation und Logistik. Die Investitionen des Kapitals waren ungleichmäßig und zielten nur auf bestimmte Gebiete des Landes ab, vor allem auf die Region um die Hauptstadt Bukarest und auf einige wichtige regionale Zentren wie Cluj, Timisoara und Brasov. (Florin Poenaru in der Berliner Gazette, 18.5.2021)

² Siehe hierzu unter anderem der Beitrag von Dorothee de Nève und Tina Olteanu von 2012, die in ihrem Beitrag zur rumänischen Parteienlandschaft darauf verwiesen, dass zum Erbe der sogenannten Nachfolgeparteien der ehemaligen Staatsparteien in Ost- und Südosteuropa erstens die linken und nationalkommunistischen Ideen gehörten, zweitens die personelle Kontinuität und drittens die Übernahme der parteieigenen Infrastruktur, insbesondere der Immobilien. Die etablierte, gemäßigte Linke im Parlament hat – so de Nève und Olteanu – dieses Erbe in all den hier genannten Dimensionen weitestgehend angetreten, obwohl sie sich explizit nicht als Nachfolgepartei der kommunistischen Partei Rumäniens versteht. (de Nève/Olteanu 2012)

dem seine Nachfolger im Amt infolge von Korruptionsverfahren zum Rücktritt gezwungen worden waren, eine Gefängnisstrafe an. Auch auf lokaler Ebene standen sozialdemokratische Bürgermeister und Funktionäre der Partei beständig unter Verdacht. Viele wurden angeklagt und inhaftiert, einschließlich ihrer prominenten Vertreter:innen mit großem Einfluss in der Partei. Diese Situation führte zu internen Instabilitäten und verschob die Macht von der zentralen Führung hin zu lokalen und regionalen Parteiführungen. Diese waren in einer günstigeren Position als ihre Parteiführer auf nationaler Ebene, um sich gegen öffentliche und gerichtliche Verfolgung zu wappnen.

Das war beispielsweise der Fall bei Liviu Dragnea, einem Parteiführer aus einer der südlichen und gleichzeitig ärmsten Regionen des Landes. Er schaffte es, an die Spitze der Partei zu gelangen, als andere Führer zurücktreten mussten oder im Gefängnis saßen. Aber auch seine Zeit im Rampenlicht währte nur kurz. Dragnea hatte bereits eine Bewährungsstrafe wegen Wahlfälschung bekommen, als er den Parteivorsitz übernahm. Undunmittelbar nach seiner Amtsübernahme erhoben die Amtsrichter eine Korruptionsklage gegen ihn. Nicht in der Lage, nach den Wahlen von 2016 (siehe unten) die Position des Premierministers anzutreten, versuchte Dragnea, seine Führungsrolle über Bevollmächtigte wahrzunehmen. Doch sein Versuch, als »Meisterpuppenspieler« zu agieren, fiel in spektakulärer Weise auf ihn zurück, und alle von ihm Berufenen rebellierten gegen ihn. In der Folge verwickelte er die Partei in den beispiellosen Prozess, der die eigene Regierung im Parlament zu Fall zu bringen drohte. Dies führte zu Unmut, Fraktionsdenken und offener Konfrontation, mit der Folge, dass sich prominente Persönlichkeiten wie Victor Ponta, der ehemalige Premierminister, abspalteten und eine eigene Partei gründeten. Ponta positionierte seine neue Partei »Pro Rumänien« (*Pro România*) als Mitte-Links-Alternative zu den Sozialdemokraten, die, wie er behauptete, unter Dragnea daran gescheitert waren, ihre Mission zu erfüllen.

Als hätten diese internen Frontbildungen nicht schon genug Schaden angerichtet, wurde die Partei in noch größere Auseinandersetzungen hineingezogen. Das Verfassungsgericht entschied 2016, dass die Gesetze, die der Anti-Korruptions-Kampagne zugrunde lagen, substanzieller Überarbeitung bedurften, um einem Machtmissbrauch seitens der Justiz vorzubeugen. Das neue Parlament, das seine Tätigkeit im Jahr 2017 begann, war nun damit beauftragt, die Reform des Anti-Korruptionsgesetzes vorzunehmen. Doch die Mehrheitsfraktion im Parlament repräsentierte ausgerechnet die Sozialdemokraten, die von einer Person angeführt wurden, deren Gerichtsverfahren wegen einer Korruptionsklage noch andauerte. Als nun die Sozialdemokraten das Gesetz versuchten zu ändern, interpretierte die Öffentlichkeit diesen Versuch als parteipolitische Einmischung, zum Schutz ihres Parteiführers. Und so zogen hunderttausende von Menschen auf die Straße und bildeten die größten Pro-

teste im Land seit den 1990er Jahren. Ursprünglich protestierten sie gegen die geplanten Gesetzesänderungen, die aus ihrer Sicht einer Lockerung der Korruptionsgesetze gleichkam. Doch bis zum Jahr 2019 wuchsen sich die Proteste gänzlich zu Anti-PSD-Protesten aus und richteten sich vor allem gegen Dragnea. Der Unmut zeigte sich auch bei den Wahlen zum Europaparlament 2019.

Normalerweise waren Europawahlen eine Angelegenheit, der wenig Aufmerksamkeit zukam. Doch nun wurde sie zu einer »Waffe« der Wähler:innen, um die PSD abzustrafen. Sie erhielt das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte mit nur 22,8% (sie verlor fast 40% ihrer Wähler:innen) und wurde beinahe nur drittstärkste Partei. Ob aus Zufall oder nicht, fällten am folgenden Tag die Richter:innen ein Urteil im Fall Dragnea wegen Betruges, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. So ging auch er den schon bekannten Weg sozialdemokratischer Führungspersonen in der jüngeren Geschichte.

Die Sozialdemokraten verloren auch die Präsidentschaftswahlen 2019 (wie alle anderen Wahlen seit 2004) und verwickelten sich tief in interne Kämpfe. Die Wahl Marcel Ciolacus zum neuen Parteivorsitzenden im August 2020 stabilisierte schließlich die Partei und ermöglichte die Installierung einer Arbeitsstruktur.

Während der Pandemie befand sich die Partei, nachdem die Nationalliberalen sie an der Regierungsspitze abgelöst hatten, in der Opposition. In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 vollzog die PSD eine Art »Wiedergeburt«. Trotz einiger Verluste in bedeutenden Städten hatte die Sozialdemokratie in den Kommunalwahlen vom September 2020 einen bemerkenswerten Auftritt. Sie gewann mit über 30% der Stimmen die Parlamentswahlen. Damit ist die Partei wieder einmal die größte Partei im Land, jedoch deutlich schwächer als noch 2016 mit 45% der Wählerstimmen.

Zwar ist der Abwärtstrend unverkennbar, doch der »freie Fall« konnte gestoppt werden. Trotz ihres Sieges wird die Sozialdemokratie für die nächsten vier Jahre in der Opposition verbleiben. Dem amtierenden Präsidenten gelang es, eine rechte Koalition zwischen den Nationalliberalen, der Union »Rettet Rumänien« (*Uniunea Salvați România*) und der Partei der ungarischen Minorität zu erzwingen. Während es auf kurze Sicht erscheinen mochte, als bedrohe diese weitere bittere Niederlage die Partei, könnte sich dies auch als »verborgener Segen« erweisen und ihr eine notwendige Atempause zur Erneuerung verschaffen. Allerdings trug die gänzlich inkompetente Art und Weise, in der die Nationalliberalen die Pandemie managten, mehr zum Wahlerfolg der Sozialdemokraten bei als deren eigene Anstrengungen. Dabei könnten diese die Zeit in der Opposition als Chance zur Neujustierung ihrer Botschaften und zur Wiedergewinnung ihrer Anziehungskraft als Partei nutzen.

Dies beschreibt in groben Linien den Hintergrund, vor dem sich die rumänische Sozialdemokratie in den letzten Dekaden entwickelte. Die Kampa-

gne gegen die Korruption sollte zu einer externen Kraft ihrer Veränderung werden, die die Partei grundsätzlich und auf eine Weise beeinflusste, die sich zu ihrem Beginn vermutlich nur wenige hätten vorstellen können. Doch selbstverständlich ist dies nur ein Teil der Geschichte. Die Partei durchlief bedeutende Transformationsprozesse im Hinblick auf ihre Politik und ihre Grundsätze sowie Politikansätze, die über das Thema Korruptionsbekämpfung hinausgingen. Diesen wende ich mich im Folgenden zu, da sie es sind, die die PSD zu einem eigentümlichen Fall machen. Sie sind auch der Grund dafür, warum man von der PSD – wenn auch mit Einschränkungen – als einer Art linker Partei sprechen kann.

Position innerhalb der Gesellschaft und des politischen Systems

Seit Gründung der PSD in den frühen 1990er Jahren unter der Führung des ersten Präsidenten Ion Iliescu, der auch Schlüsselfigur der Revolution war, wurde die PSD in zwei sich gegenüberstehende Richtungen gedrängt. Einerseits versuchte sie, auf den Ruinen des Staatssozialismus die Formierung einer rumänischen bürgerlich-besitzenden kapitalistischen Klasse voranzutreiben. Zugleich widersetzten sich ihre frühen Parteiführer der von ihren wirtschaftsliberalen Konkurrenten vertretenen Ideologie einer raschen Privatisierung, um Zeit für die Übertragung von Staatsvermögen an lokale Unternehmer zu gewinnen, von denen wiederum viele zu den technokratischen Eliten des früheren Regimes zählten. Seitdem ist die Konsolidierung einer rumänischen bürgerlichen Klasse von Besitzenden ein konstantes Merkmal der Partei. Viele Parteifunktionäre unterschiedlicher Ebenen verkörpern diese Beziehung. Sie sind sowohl unternehmerisch als auch politisch Handelnde, die den Zugriff auf staatliche Institutionen haben. Dieser Umstand machte es noch einfacher, die Partei als Verkörperung der Korruption wahrzunehmen. Zwar sind auch anderen Parteien diese Verhältnisse nicht fremd, doch im Fall der Sozialdemokraten war die erwähnte Doppelpositionierung konstitutiv. Abzustreiten ist die Korruption mithin nicht, doch sollte sie im Licht dieser grundlegenden Systemumbrüche gesehen werden. Als Machthabende streben die Sozialdemokraten danach, die Interessen der rumänischen bürgerlich-herrschenden Klasse zu bedienen. Das tun die Nationalliberalen ebenso für ihr Klientel, was insbesondere während der Pandemie zutage trat. Doch im Fall der Sozialdemokraten ist diese Beziehung offensichtlicher und besser dokumentiert.

Indes zog all dies weder Protektionismus noch Autarkie nach sich. Vielmehr war auch ausländisches, globales Kapital willkommen, wobei sich die neue rumänische Unternehmerklasse als Mediatoren andienten. Als beispielsweise Ford in Rumänien eine Fabrik eröffnete, wurde einer der führenden lokalen

Unternehmer, gleichzeitig PSD-Mitglied, zu einem der Direktoren dieser Fabrik. Diese Form von Patronage ist charakteristisch für die Art, wie die Partei Geschäftliches und Politisches auf zentraler und lokaler Ebene vermischt. Es definierte ihre innere Struktur.

Auf der anderen Seite unterscheidet sich die Wähler:innenbasis der Partei hiervon grundlegend. Indem die PSD eine sofortige Privatisierung ablehnte und sich stattdessen einen eher graduellen Weg der Transition anstrebte, war die Partei für die Massen der in der Industrie Arbeitenden, Staatsbediensteten und Bäuer:innen, die sich unmittelbarer Armut ausgesetzt sahen, attraktive Schutzmacht. In den 1990er Jahren spielte hier Ion Iliescu eine wichtige Rolle, der diesem breiten Spektrum von Wähler:innen versprach, dass er und seine Partei ihre Interessen schützen würden. Das stand im Gegensatz zu ihrem rechten Konkurrenten, der in diesen Wähler:innen das schlimmste Überbleibsel des kommunistischen Regimes sah, das beseitigt werden müsse, damit die Zukunft Gestalt annehmen könne.

Eine Lösung, um die divergierenden Interessen der entstehenden lokalen bürgerlichen Klasse und der dem Untergang geweihten industriellen Arbeiter:innenklasse zu befrieden, fanden die Sozialdemokraten im Paternalismus: im Versprechen, dass die Partei, obwohl sie die Anhäufung von Reichtum in den Händen einer klientelistisch herrschenden Klasse ermöglicht, sich dennoch um die Entrechteten und weniger Glücklichen kümmern werde. In verschiedenen Formen und in unterschiedlichem Maße wird dieser Pakt bis heute von den Sozialdemokraten eingehalten. Und dies ist auch der entscheidende Grund, warum die Partei nach wie vor noch als links gilt.

Natürlich ist Paternalismus keine emanzipatorische Haltung und wirkte schädlich für die Arbeiter:innen, die die Partei eigentlich schützen wollte. Schließlich schwand nach 30 Jahren der Transition die industriell arbeitende Klasse und mehr als vier Millionen Rumän:innen wurden zur Migration, zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen. Die statistischen Werte des Landes im EU-weiten Vergleich sind weiterhin konstant hoch, wenn es um Armut und Verelendung geht, und sehr niedrig, wenn es um soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit geht. Die soziale Verwüstung, die die rumänische Gesellschaft inzwischen charakterisiert, macht klar, dass der Paternalismus der Sozialdemokraten gänzlich gescheitert ist. Und eben hierfür kritisierte eine entstehende unabhängige lokale Linke die Sozialdemokraten: für das Fehlen einer wirklich linken Perspektive. Darüber hinaus waren die Sozialdemokraten schädlich für die Bestrebungen einer neuen, authentisch linken Partei: weil sie der Bezeichnung »sozial-demokratisch« ihren Klientelismus und Paternalismus als Assoziation aufgebürdet haben.

In der rumänischen Öffentlichkeit war »links« ohnehin mit den Verbrechen des Kommunismus und dem erbärmlichen Scheitern des Ceaușescu-Regimes

verbunden. Und entsprechend schwer war es unter diesen Umständen, sich wieder auf die Linke zu beziehen und eine linke Bewegung aufzubauen, wie es kleine Gruppen von Intellektuellen und Aktivist:innen, auf die ich am Schluss eingehe, in der Dekade nach 2008 versuchten. Denn es bedeutete, sowohl gegen die antikommunistische rechte Monokultur wie auch gegen die Sozialdemokratie und ihre Politik angehen zu müssen.

Eine Einschränkung ist hierbei jedoch vorzunehmen. Offenkundig sind die Sozialdemokraten nicht allein für die derzeitige soziale Verwüstung Rumäniens verantwortlich. Sie spielten meist die »Feuerwehr«, nachdem ihre politischen Konkurrenten, die verschiedenen rechten Koalitionen, das Haus »in Brand gesetzt« hatten. Eine der größten ökonomischen Krisen Rumäniens zwischen 1997 und 1999 fiel anerkanntermaßen in einen globalen Kontext ökonomischen Niedergangs. Doch die rumänische Krise wurde durch die katastrophale Politik der damaligen rechten Koalition geschaffen, die versuchte, die Privatisierung von Staatsbesitz, von Fabriken bis hin zu Land und Wasser voranzutreiben. Nach dem Jahr 2000 brauchte die rumänische Wirtschaft vier Jahre zur Erholung und zum Erreichen eines erneuerten wirtschaftlichen Wachstums – dies unter Federführung der Politik PSD und ihres »dritten Weges«, wie sie oben beschrieben wurde.

Ähnlich verhielt es sich, als die Sozialdemokraten im Jahr 2012 im Rahmen einer breiten Links-Rechts-Koalition gegen den neoliberalen Präsidenten Traian Băsescu an die Macht zurückkehrten. Băsescu hatte die furchtbarsten Austeritätsmaßnahmen in ganz Europa infolge der globalen Finanzkrise zu verantworten. Unter ihm wurden die Löhne um 25% gekürzt, Ähnliches wurde auch für die Renten erwartet; Schulen und Krankenhäuser wurden geschlossen und die Zahlen zu Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration schnellten in die Höhe. Die Wirtschaftsaktivität sank auf das Niveau der frühen 1990er Jahre. Erneut an der Macht, wandten sich die Sozialdemokraten zugunsten antizyklischer Maßnahmen gegen die neoliberale Sparpolitik. Die Wirtschaft erholte sich schnell, und bis 2018 erreichte sie eine der höchsten Wachstumsraten innerhalb der EU in den folgenden Jahren. Wenig überraschend erlebte die Sozialdemokratie bei den Nationalwahlen 2016 einen Erdrutschsieg und konnte ihre wirtschaftspolitischen Entwürfe durchs Parlament bringen. Doch ihre beeindruckende ökonomische Bilanz wurde durch das Korruptionsdebakel überschattet, und ebenso, wie oben beschrieben, durch die Turbulenzen um ihren damaligen Parteiführer Liviu Dragnea.

Die Sozialdemokratie trägt also die Schuld am Paternalismus; gleichzeitig ist sie jedoch die einzige Volkspartei mit einem Minimum an sozialer Agenda. Während der Zeit Dragneas als Parteivorsitzender verglich die rumänische und internationale Presse die Partei mit den Regierungsparteien in Ungarn und Polen: eine Mischung von Autoritarismus, Korruption und so-

zialer Agenda. Der Vergleich ist in gewisser Weise berechtigt, jedoch auch irreführend: Die rumänischen Sozialdemokraten hatten niemals jenen machtvollen Zugriff auf Staat und Ökonomie, dessen sich die Fidesz und die PiS erfreuen. Dies liegt daran, dass es die Partei nie vermocht hat, die divergierenden Interessen des Kapitals bzw. der herrschenden Klasse reibungslos mit der Wähler:innenbasis ihrer Partei zu vereinen. Die Anhebung des Mindestlohns etwa, nach wie vor der niedrigste in Europa, ging beispielsweise Hand in Hand mit der Senkung der Einkommenssteuer auf das Niveau eines Steuerparadieses. Das von der Partei in den letzten Jahren verfochtene lohnbasierte Wachstum änderte nichts am Status des Landes als ein Lieferant billiger Arbeitskraft, sowohl innerhalb als auch außerhalb Rumäniens. Davon profitieren sowohl die rumänischen als auch die globalen kapitalistischen Konzerne. Insofern blieb die von den Korruptionsklagen gebeutelte Partei offen für Zweifel, und sie erreichte nur teilweise die Kontrolle staatlicher Strukturen. Angesichts der derzeitigen sozialen Unruhen ist es wahrscheinlich, dass ihre Position gegenüber dem Staat und innerhalb des politischen Systems sich weiter abschwächen wird.

Fragen zur strategischen Ausrichtung der Partei

Im Moment befindet sich die PSD an einem Scheideweg. Es ist schwer vorauszusagen, worauf die Richtungsentscheidungen der Partei hinauslaufen werden. Trotz der Unruhe der letzten Jahre durchlief sie aus ökonomischer Sicht eine starke Transformation. Inspiriert von einer Kohorte junger Ökonom:innen, die offen für heterodoxe und sogar marxistische Vorstellungen waren, hat sie ihre frühere neoliberale Idee vom »Dritten Weg« hinter sich gelassen, die privates Unternehmertum glorifizierte. Die neuen wirtschaftspolitischen Ansätze der Partei beruhen nunmehr auf einem lohnbasierten Wachstum und auf staatlichen Investitionen. Ungeachtet möglicher Vorwürfe, als Kommunisten gebrandmarkt zu werden, betrachten sie den Staat nunmehr als legitimen Akteur. Diese Neuausrichtung ihrer Politik stützt sich auf die Ansätze Moderner Geldtheorie (Modern Monetary Theory, MMT/MME), eine Theorie, die Staatsausgaben als zentral für die ökonomische Entwicklungsdynamik begreift und so offen mit der Logik des Neoliberalismus bricht. Es ist wahrscheinlich, dass sich diese Sichtweise fürs Erste in der Partei hält, selbst wenn jene Spezialist:innen hinter den Kulissen, die sie eingeführt und in das Parteiprogramm geschrieben haben, sich nicht mehr im Machtzentrum der Partei befinden. Ihre Anziehung rührt daher, dass sie ein unerwartetes Wirtschaftswachstum brachte und gleichzeitig den Interessen der rumänischen herrschenden Klasse, die sich auf Staatsausgaben verlässt, entspricht.

Gleichwohl gibt es zwei unmittelbare Herausforderungen für diese Strategie. Zum einen geht es hier um eine Vertrauensfrage auf Ebene der Parteiführung. Wenn die Partei unter Berufung auf dieses politische Konzept auch unvergleichbaren ökonomischen Erfolg verzeichnen konnte, Löhne und Renten signifikant anstiegen und fast zwei Millionen Menschen aus der Armut geholt wurden, so verlor sie im Jahr 2019 dennoch zwei Wahlen (Europa- und Präsidentschaftswahlen) mit katastrophalen Ergebnissen. Die Schlussfolgerungen, die in der Partei aus diesem Wahldesaster gezogen werden, könnten dazu führen, diesen neuen wirtschaftspolitischen Ansatz fallen zu lassen, um jene Themen verstärkt zu verfolgen, die zumindest einen Teil der verlorenen Wähler:innen zurückbringen.

Problematisch ist allerdings, dass niemand an der Spitze der Partei weiß, was diese Themen sind oder ob es einen Versuch wert wäre, diese anstelle von Wirtschaftsfragen, die während der Pandemie existenziell wurden, zu verfolgen. Daher wandelte die Partei im letzten Jahr auf »verschlungenen Pfaden« und blieb so ohne klare politische Botschaften. Der Versuch, bei den 2019er Wahlen die nationalistische Karte zu bedienen, brachte keinen Erfolg. Dragnea versuchte, in die Fußstapfen von Viktor Orbán zutreten, indem er ein Komplott des Milliardärs Soros anprangerte und ein Referendum gegen gleichgeschlechtliche Ehen unterstützte. Aber auch damit scheiterte die Partei. Im Hinblick auf diese Vorgänge ist derzeit nicht vorherzusagen, welche Ziele sich die gegenwärtige Führung setzen wird.

Die zweite Herausforderung für die Fortsetzung des neuen wirtschaftspolitischen Kurses ist weit stärker struktureller Natur: Sie liegt in der Unfähigkeit des von der Sozialdemokratie angeführten Staatsapparates, Steuern einzuziehen. Die Steuern sind mit beispielsweise zehn Prozent Einkommenssteuer und 16% Gewinnsteuer zu niedrig. Dennoch sieht sich der Staat nicht in der Lage, selbst auf dieser Ebene Steuern einzuziehen. Damit jedoch die neue wirtschaftspolitische Ausrichtung funktioniert, braucht es Geld zur Umverteilung. Damit verbunden sind zwei zentrale strategische Problemstellungen für die Partei: Einerseits muss sie die Kapazitäten und Institutionen zur Steuereinzahlung reformieren, um mehr Geld einzunehmen. Dies würde jedoch rückläufige Profite für das rumänische und globale Kapital nach sich ziehen, das bisher unter den »blinden Augen« des Staates gut gedieh. Auf dieser Ebene wäre eine Konfrontation unvermeidlich, aus welcher die Partei jedoch keinen Gewinn ziehen könnte. Andererseits spielt sie bereits öffentlich mit der Idee einer progressiven Einkommenssteuer. Wie dies nach Jahren der Indoktrination, dass nur die Pauschalsteuer die einzig faire Art sei, Gewinne zu erzielen, umgesetzt werden kann, ist fraglich, selbst wenn man auf Fakten verweisen kann. Ironischerweise waren es 2004 die Sozialdemokraten, die eine Pauschalsteuer einführten. Die trug als ein Faktor dazu bei, dass der Ungleichheitsindex

im Land anstieg. Und da es schwer zu glauben ist, dass die Partei eine Massenunterstützung für progressive Besteuerung erreichen wird, indem sie einen »Aufstand gegen die Reichen« inszeniert (einige Sozialdemokraten sind extrem reich), wird dem Problem vermutlich weiterhin ausgewichen werden.

Fragen an das Selbstverständnis und die organisatorische Struktur

Infolge der Erosion der zentralen Strukturen der Parteiführung aus den beschriebenen Gründen organisiert sich die Partei rund um lokal mächtige Persönlichkeiten. Üblicherweise kontrollieren sie große Städte sowie die sie umgebenden Wahlkreise und agieren als *de facto*-Gouverneure. Diese lokalen Parteiführer, deren Macht sich auch auf die von ihnen gebildeten Koalitionen aus Politik und Wirtschaft stützt, versuchen ihre Interessen durchzusetzen, indem sie sich oder treue Gefolgsleute in Schlüsselpositionen platzieren. Da eine Position an der Spitze der Partei – wie oben aufgezeigt – unbeständig und gefährlich ist, vermeiden die meisten lokalen Führungskader, sich selbst aufzustellen, sondern versuchen stattdessen Stellvertreter einzusetzen, die sie kontrollieren können. Aufgrund der Macht, die sie auf lokaler Ebene genießen, werden diese Parteiführer wegen der Ressourcen, die sie in die Partei zurückleiten können, aber auch wegen der Stimmen, die sie bei nationalen Wahlen generieren können, sehr gepriesen. Entsprechend haben sie auch Macht über die Abgeordneten, die ihre Wahlkreise repräsentieren, und die sich ihrerseits im Parlament für die Interessen ihrer Schutzherrn oder -frauen einsetzen. Bei alledem handelt es sich um eine sehr dezentralisierte Struktur, die lokale Parteiführer beständig gegeneinander stellt und um die Vormacht in der Partei konkurrieren lässt; gleichzeitig zwingt sie sie jedoch auch zur Kooperation, denn ohne den Schirm der Partei würde es ihnen an Stärke gegenüber ihrer lokalen Konkurrenz fehlen.

Zu betonen bleibt, dass Hauptgegner der PSD, die Nationalliberalen, in ganz ähnlicher Weise organisiert sind und die Parteien sich ihre Einflussphären quer durch das Land untereinander aufteilen. Die Sozialdemokratie hat mehr Gewicht im Osten und Süden Rumäniens, während die Liberalen tendenziell im westlichen Teil dominieren, wo sie allerdings in einigen Orten in Konkurrenz zu einer ungarischen Minderheitenpartei stehen. Der Norden und das Zentrum sind zwischen ihnen aufgespalten. Dieses festgezurrte System macht es neuen Parteien nahezu unmöglich, mit Ausnahme in zwei oder drei großen Städten Rumäniens – sichtbare Präsenz zu erreichen. Der Rest des Landes ist lokal dominiert von Politiker:innen beider Parteien. Wie zu erwarten, gibt es bittere Rivalitäten an der Basis, aber ebenso Kooperation zwischen ihren Angehörigen. Überdies wetteifern sie um dieselben Wähler:innen. Beide Parteien haben nur eine kleine Kernwählerschaft von engagierten und überzeug-

ten Wähler:innen. Die Mehrheit der Wähler:innen beider Parteien wechselt je nach politischem Klima und Art der Wahlen. In einigen Regionen ist es beispielsweise üblich, bei Präsidentschaftswahlen für die oder den liberalen Kandidaten zu stimmen, bei Parlamentswahlen jedoch für die Sozialdemokratie. Ausschlaggebend ist weniger die Ideologie als die lokale Machtstruktur und der Charakter der oder des jeweiligen Kandidaten.

Traditionell waren für die Sozialdemokratie ältere Personen als Wählende typisch, zumeist aus ländlichen Gegenden, mit wenig Einkommen und formaler Bildung. Während der letzten Dekade hat sich dies substanziell geändert, zum Teil, weil die ursprüngliche Wähler:innenbasis untergegangen ist, zum Teil auch, weil die ökonomischen Transformationen eine urbane Bürokrat:innenklasse geschaffen haben, die sich in der Mitte ihrer Karrieren befindet und deren Interessen besser von der Politik der Sozialdemokratie repräsentiert werden.

Ein zentrales Problem, mit dem sich die Sozialdemokraten konfrontiert sehen, beinhaltet Folgendes: Menschen, die sie theoretisch wählen sollten, wählen sie in der Praxis nicht. Breite Segmente der Staatsbediensteten, wie Ärzt:innen und Lehrer:innen, wählen routinemäßig nicht die PSD, obwohl sie es war, die ihre Gehälter bedeutend erhöht hatte. Überdies, obgleich die Partei auch viele Frauen in der Politik förderte, einschließlich ihrer ersten weiblichen Premierministerin und der ersten Präsidentschaftskandidatin, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen (erst recht nicht Feministinnen) der PSD ihre Stimme geben, nicht ausgeprägt. Ähnlich ziehen Leute mit tendenziell linken Ansichten es eher vor, gar nicht zu wählen, als für die PSD zu stimmen. Dahinter steht mehr als ein Kommunikationsproblem. Vielmehr ist es die Unfähigkeit oder der mangelnde Wille der Partei, sich zu öffnen und andere, neue Stimmen und soziale Gruppen bei sich willkommen zu heißen. Der Grund für dieses Versagen liegt in der beschriebenen Struktur, in der prioritären Loyalität gegenüber den übergeordneten Parteiführern.

Vorstellungen bezüglich europäischer Politik

Selbstverständlich sind die Sozialdemokraten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (PES, dt. SPE) im Europäischen Parlament und bilden dort üblicherweise eines der größten nationalen Delegationen. Aber, wie erwähnt, verwandelten sich die Europawahlen des Jahres 2019 in ein Referendum gegen Dragnea und seine Partei, sodass die Partei dramatisch verlor. Ihre Kampagne war unzulänglich geführt und auf den Stolz der Rumänen, Teil Europas zu sein, fokussiert worden. Mit nationalistischer Anspielung wurde darauf verwiesen, dass Rumänien imstande sein sollte, seine eigenen Entscheidungen zu

treffen, und dass Brüssel aufhören solle, wie eine Lehrkraft in der Schule zu agieren – die typische standardisierte konservative und euroskeptische Argumentationslinie also. Doch diese funktionierte nicht nur aufgrund der Antipathien gegenüber der Parteiführung nicht, sondern auch aus offensichtlichen, strukturellen Gründen. Sehr viele der mehr als vier Millionen Rumän:innen im Ausland sind inmitten ihrer täglichen Mühe und Arbeit alles andere als stolz darauf, ihr Leben unter ungemein harschen Umständen führen zu müssen. Gefragt wäre stattdessen eine Politik, die sich um den Schutz, die Rechte und Interessen jener kümmert, die sich in Situationen extremer Ausbeutung und Gefährdung befinden, wie zum Beispiel im Fall der saisonal Beschäftigten in den Bereichen Landwirtschaft und Fleischproduktion – wie sich dies gerade während der Pandemie zeigte.

Doch die politische Klasse in Rumänien ist gespalten zwischen unkritischer Bewunderung und Unterstützung für die EU oder nationalistischen Ausbrüchen wie dem, der im Jahr 2019, der PSD bei den Europawahlen um 15 Prozentpunkte zum Absturz brachte. Verlassen, beschämt und erniedrigt, insbesondere während der Pandemie, ging die Diaspora im Dezember 2020 zur Wahl und stimmte zugunsten einer quasi-faschistischen Partei, der »Allianz für die Vereinigung der Rumänen« (Alianțapentru Unirea Românilor, AUR), die mit fast zehn Prozent der Stimmen Teil des Parlamentes wurde. Dies war ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit der rumänischen Sozialdemokratie, jene zu mobilisieren, die in der Vergangenheit zu ihren Stammwähler:innen gehörten.

Andere linke Kräfte

Jenseits der hier behandelten linken parlamentarisch vertretenen Parteienlandschaft gibt es in Rumänien eine kleine, aber heterogene, nichtparlamentarische und unabhängige linke Szene. Am bemerkenswertesten ist die »Rumänische Sozialistische Partei« (RSP), angeschlossen an die Partei der Europäischen Linken. Sie hat in den letzten drei Dekaden eigenständig an den rumänischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilgenommen. Die RSP vertritt fraglos eine linke Agenda und agiert im Interesse der Arbeiter:innenklasse. Allerdings wird sie durch ihren Mangel an Kadern, internem Zusammenhalt und ungenügender Organisation zurückgeworfen und zeichnet sich durch schlechte Kommunikation, fehlende klare Botschaften und eine unverkennbare Nostalgie für das gescheiterte Wirtschaftsmodell des Ceaușescu-Regimes (und für Ceaușescu selbst im Falle einiger ihrer Mitglieder) aus.

Versuche, diese Partei zu modernisieren und dynamischer zu machen, indem sie sich an jüngere Mitglieder der unabhängigen Linken wandte, erreichten nur

wenig messbare Resultate. Eine rigide Parteihierarchie und verknöcherte Verfahren, verbunden mit einem konservativen Verständnis linker Ideologie, verhinderten eine fruchtbare Zusammenarbeit. Ebenso ist die Identität der Partei hochproblematisch und begrenzt erheblich ihre Attraktivität. Geprägt vom »Stempel der Nostalgie« für die Zeit vor 1989, erscheint die Partei außerhalb des kleinen Kreises ihrer engagierten Mitglieder zu Recht antiquarisch. Sie scheint eher ein Relikt der Vergangenheit zu sein als ein Instrument für zukünftige Politik. Die Partei sollte zwar für ihre Widerstandsfähigkeit und ihr hartnäckiges Beharren auf den Werten des Sozialismus in Zeiten des hegemonialen Neoliberalismus und der Dominanz des rechten Flügels gewürdigt werden. Gleichzeitig verweisen Beobachter bürgerlicher Medien jedoch auf ihre Exzentrik, um die Linke weiter zu diskreditieren. So war die Partei in letzter Zeit in den Medien eher Gegenstand lächerlicher Darstellungen als ernsthafter politischer Akteur in den politischen Auseinandersetzungen. Die schrulligen öffentlichen Interventionen einiger ihrer Mitglieder haben dazu beigetragen.

Wie an vielen anderen Orten in Europa und überall in der Welt, so führten auch in Rumänien die Auswirkungen der globalen Finanzkrise ab 2008 zur Herausbildung einer kleinen, doch lebhaften unabhängigen Linken. Diese repräsentiert eine neue Generation von Intellektuellen und Aktivist:innen, deren Leben durch den sich verschärfenden Neoliberalismus infolge der Krise 2008 schwer erschüttert wurde, und die folglich gegen ihn rebellierten. Diese neu entstehenden Bewegungen sind sehr divers, Basisgruppen-orientiert, informell und stark heterogen und ihre Mitglieder kämpfen mit Prekarität und ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen. Daher ist ihr politischer Aktivismus untrennbar mit existenziellen Entscheidungen und Zwängen verbunden. Dies macht diese Gruppen sensibler für Probleme, die sich auf Arbeit, Migration, Lebensbedingungen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Löhne, Gesundheitspolitik und Bildungschancen beziehen, und sie öffnen sich damit neuen Bereichen des Kampfes und der Organisation.

Abgeschnitten von breiteren Plattformen und unterhalb der Wahrnehmung der bürgerlichen Medien bleiben diese Gruppen, wie zu erwarten, klein und schwach; sie finden sich üblicherweise um einzelne Themen zusammen und setzten damit strukturelle Grenzen ihrer Mobilisierung von unten nach oben. Ein kürzlich unternommener Versuch, eine linke politische Partei zu gründen, indem man Mitglieder und Anliegen dieser Gruppen zusammenbrachte, endete mit einem Misserfolg. Organisatorische Herausforderungen und ideologisches Sektierertum erwiesen sich als stärker als die objektive Notwendigkeit einer linken Basispartei, um die PSD herauszufordern und den riesigen sozialen und politischen Raum auszufüllen, der durch den Niedergang der »Mainstream-Linken« und die Hegemonie ihrer zentristischen und rechten Politik eröffnet wurde.

Literatur

- de Nève, Dorothee/Olteanu, Tina (2012): Romania: The Search for a new Left Identity. In: Daiber/Hildebrandt/Striethorst (2012): From Revolution to reform. The radical left in Europe. rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_neu_2.pdf, 322.
- Poenaru, Florin (2008): On the Socialist Balcony: State, Citizens and Ideology in a Romanian Neighborhood. VDM.
- Poenaru, Florin (2013): Contesting Illusions History and Intellectual Class Struggle in Post-Communist Romania. Dissertation. Budapest.
- Poenaru, Florin (2014): Outcomes of the European Parliament Elections in Romania. transform-network.net/focus/overview/article/the-eu-elections-from-a-left-perspective-2014/romania/ (2.6.2021).
- Poenaru, Florin/Rogozanu, Costi (2020): Why Social Distancing »Doesn't Apply« to Germany's Migrant Farmworkers. jacobinmag.com/2020/05/romanian-migrant-farmworkers-germany-european-union-coronavirus (20.5.2021).

Die Linke in Bulgarien: Zwischen Stillstand, Aufbrüchen und akademischen Kämpfen

von Jana Tsoneva

In diesem Beitrag geht es um die bulgarische Linke zwischen 2013 und 2020. In diesen Zeitraum fielen auch die beiden größten Wellen von Antikorruptionsprotesten der jüngsten Vergangenheit. Durch sie gelangte die zuvor lediglich von Fachleuten kritisierte Korruption ins öffentliche Bewusstsein. Inzwischen müssen sich alle ernstzunehmenden politischen Akteur:innen dazu äußern. Dieses neue moralistisch-ästhetische Politikverständnis dient als Bezugspunkt für alle großen Parteien, auch die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP).

Die Proteste von 2020 schwächten die Mitte-Rechts-Regierung unter der Führung der Bürger:innen für eine europäische Entwicklung Bulgariens (GERB). Die Partei hält sich zwar noch an der Macht, ihr Ruf ist aber wohl irreparabel beschädigt. Als größte Oppositionsvertreterin strebt die BSP nach der Macht. Doch sie befindet sich in einer Abwärtsspirale und kann offenbar die gegenwärtige Krise nicht nutzen. In Anlehnung an Gramsci könnte man sagen: GERB stirbt und die BSP kann keine Alternative bieten. Es ist Zeit für eine neue linke Partei.

Die BSP und die Linke seit 2013

Die BSP ist nach GERB die zweitgrößte politische Partei. Sie hat etwa 80.000 Mitglieder. 2012 waren es noch 120.000. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 landete sie zwölf Prozentpunkte hinter der Mitte-Rechts-Partei. Fünf Jahre später halbierte sie diesen Abstand, aber es reichte wieder nur für den zweiten Platz. Die Kommunalwahlen von 2019 waren besonders verheerend: In Oblasthauptstädten gewann die BSP nur einen Bürgermeisterposten.

Eine Niederlage dieses Ausmaßes kam für die Partei überraschend. Dabei war sie zuversichtlich gewesen, als der von ihr unterstützte parteilose Generalmajor Rumen Radew die Präsidentschaftswahlen 2016 gewonnen hatte. 2019 sollte sich herausstellen, dass die BSP Radews Wahl als Unterstützung ihrer Politik fehlinterpretiert hatte und nicht als Abstrafung von GERB. Auf die Wahlniederlage bei den Kommunalwahlen folgte ein Führungsstreit in der BSP, den die Vorsitzende Kornelija Ninowa knapp gegen den Unternehmer Kiril Dobrev gewann. Ninowa hatte ihre Karriere als enge Mitarbeiterin von Iwan Kostow begonnen, einem der führenden Köpfe der antikommunis-

tischen Opposition der 1990er Jahre, der von 1997 bis 2001 bulgarischer Premierminister war. Unter Kostow wurde die bulgarische Wirtschaft drastisch privatisiert. Ninowa war für die Veräußerung der größten staatlichen Exportunternehmen verantwortlich.

Die Krise der BSP verschärft sich mit jedem Versuch, sich aus ihr herauszubewegen. Der in den letzten Jahren deutlich zurückgegangene Zuspruch führte zu verzweifelten Aktionen. Um ihre Stellung als zweitstärkste Kraft des Landes zu halten, vertritt sie nationalistische Positionen und ein Antikorruptionsprogramm. Sie konkurriert hierzu mit den Rechtsaußenparteien und den Liberalen. Unter Ninowa rückte die BSP, bislang eine sozialdemokratische Partei des »Dritten Wegs« im Sinne von Tony Blairs New Labour, deutlich nach rechts. Ninowa bezeichnete diese neue Position als »Linken Konservatismus«. Mit Schlagworten wie »Gender-Ideologie«, üblicherweise Kampfbegriffe der extremen Rechten, wollte sie die Partei stärken.

Der Rechtsruck erreichte 2018 und 2019 seinen Höhepunkt, als die BSP nationalistische Hysterie schürte, um gegen zwei Gesetzentwürfe zu Gewalt gegen Frauen und Kinderrechten Stimmung zu machen. Die Themen zeigten besonders deutlich, in welcher ideologischen Nische sich die BSP inzwischen befand.

2018 wurde die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt von 2014, auch Istanbul-Konvention genannt, von einem befremdlichen Bündnis aus evangelikalen Kirchen, Rechtsaußenparteien, konservativen NGOs, der bulgarisch-orthodoxen Kirche, Mitgliedern des Verfassungsgerichts und der BSP verhindert.

Das war umso überraschender, als die BSP die Istanbul-Konvention zunächst unterstützt hatte. Die Parteiführung äußerte Befürchtungen, dass mit der Konvention angeblich das sogenannte Dritte Geschlecht und die Ehe für LGBT eingeführt würden. Extremere Stimmen warnten sogar davor, dass die Konvention von transsexuellen Geflüchteten aus dem Iran ein Asylrecht in Bulgarien gewähren würde. Natürlich werden diese Personengruppen im Übereinkommen nicht erwähnt. Aber so verstanden die BSP und andere konservative Kräfte in ihrem Umfeld das englische Wort »Gender«, das in der bulgarischen Textfassung auch lediglich ins Kyrillische transliteriert wurde. Ihre Auffassung einer Art »Dritten Geschlechts«, das die traditionellen Geschlechterunterschiede auslöschen werde, wurde zur dominanten Lesart. So konnte die BSP zwar nicht ihr Versprechen erfüllen, die pauschale Einkommenssteuer abzuschaffen, doch immerhin gelang ihr die Bedeutungsverschiebung des Worts »Gender«.

Die Regierungspartei beobachtete die Unbeliebtheit der Konvention mit wachsender Sorge. Letztlich schlich sie sich aus der Verantwortung und legte den Entwurf dem Verfassungsgericht vor, das ihn für verfassungswidrig erklärte und somit das Debakel abrupt beendete.

Die Gender-Kontroverse markiert einen klaren Bruch der BSP mit ihrem »progressiven Neoliberalismus« (Fraser 2017) unter Sergei Stanischew (bulgarischer Premierminister von 2005 bis 2009 und aktueller Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas). Damals hatte der BSP-Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Sofia sogar den Gay Pride unterstützt – die Wahl verlor er allerdings.¹

2019 wiederholte die BSP dieses konservative Manöver, diesmal anlässlich eines Gesetzentwurfs zur Durchsetzung von Kinderrechten und zum Schutz vor Misshandlung, die sogenannte »Strategie für die Kinder«. Viele nationalistisch-konservative Kräfte, die BSP eingeschlossen, bekämpften diese Strategie vehement. Sie behaupteten, bulgarischen Familien würden die Kinder weggenommen, damit homosexuelle Paare aus Norwegen sie adoptieren könnten. Angeblich sei das schon möglich, wenn die sogenannten Rechte der Kinder auch nur gefühlt verletzt würden.

Diese verzerrte Darstellung verhinderte jede sinnvolle öffentliche Diskussion über die problematischen Aspekte dieser Strategie und des daraus entstandenen, 2020 verabschiedeten Gesetzes. Die Strategie sieht nämlich Gebühren für einschlägige Leistungen und eine stärkere Privatisierung des bulgarischen Sozialsystems vor. Profitorientierte Unternehmen können nunmehr Anbieter von »Sozialleistungen« sein und um entsprechende Ausschreibungen konkurrieren. Mit der Dämonisierung des öffentlichen Sektors stimmen die Kritiker:innen der Strategie zwar überein. Sie bemängeln lediglich, dass das Sozialwesen dem Non-Profit-Sektor (NGOs) überlassen wird, und schweigen über die Beteiligung profitorientierter Kräfte. Der Widerstand gegen die Strategie und das Gesetz stützt sich auch auf die extrem libertäre Überzeugung von der »Unantastbarkeit des Privateigentums« an Heim und Familie. Die Kritiker:innen lehnen daher auch vernünftige Regelungen ab, etwa das Recht auf kostenlose regelmäßige Hausbesuche von Geburtshelfer:innen nach der Entbindung, wie es in Deutschland besteht. Dem Grunde nach sollte dies auch die BSP fordern.

Daran zeigt sich viel mehr als nur die konservative Wende der BSP. Schleichend und fast unbemerkt ist die gesamte bulgarische Gesellschaft nach rechts gerückt. Anfang der 1990er Jahre waren die skandinavischen Länder mit ihren starken Sozialsystemen als Gegengewicht zur kapitalistischen Wirtschaftsweise noch ein Bezugspunkt für Bulgarien. 30 Jahre später steht Norwegen mit seinem »sich einmischenden« Sozialstaat nicht mehr für ein nachzuahmendes

¹ Das bedeutet nicht, dass sich die gesamte Partei für die Rechte Homosexueller einsetzte. Die Partei engagierte sich aber nicht so ausdrücklich und aktiv dagegen wie unter Ninowa.

Modell, sondern für ein feindliches System, die größte Bedrohung der – in Ninowas Worten – »patriarchalen Tradition Bulgariens«.

Trotz ihrer ausdrücklichen Verteidigung von »Familienwerten« wandte sich die BSP in der jüngsten Vergangenheit mehr als einmal gegen das Kindeswohl. 2016 vertrat Ninowa harte Kindergeldkürzungen als Bestrafung für Rom:nja-Kinder, die angeblich nicht regelmäßig zur Schule gingen.

Die BSP schützte also die Rechte der Väter und Ehemänner gegenüber ihren misshandelten Frauen und Kindern. Wie hielt sie es mit einer anderen schutzlosen und unterdrückten Bevölkerungsgruppe, die sie eigentlich verteidigen sollte, den Geflüchteten? Die BSP lehnte die Aufnahme und Ansiedlung syrischer Geflüchteter ab. Sie sah darin eine Verschwörung mit dem Ziel, schwache ländliche Gebiete zu entvölkern, um die »ethnische Zusammensetzung« der bulgarischen Nation auf Dauer zu verändern. Als die Regierungskoalition aus GERB und ihren rechtsextremen Juniorpartnern 2017 die Befestigungen an der türkischen Grenze ausbaute, hatte die BSP nur zu bemängeln, dass der Zaun infolge von Korruption zu durchlässig und dürrtig sei.

Die Entwicklung der BSP kann wie folgt zusammengefasst werden: Von einer einst progressiven, wenn auch »zögerlichen« Neoliberalisierung (Popivanov 2015) zu einer eifrig verfolgten konservativen Wende, angereichert mit liberaler Antikorruptionsrhetorik. Diese doppelte Verschiebung entfernte die Partei von ihrem traditionellen Ziel sozialer Gerechtigkeit und verstärkte somit die Entfremdung von ihrer Basis (Nikolova 2020). Indem sie die ideologischen Nischen der Liberalen und der Rechtsaußenparteien bediente, erlangte sie allerdings keine spürbaren Vorteile bei den Wahlen. Denn ihr steht in diesen Themen eine stärkere und bereits etablierte Konkurrenz gegenüber. Die BSP kann sich nur wieder erholen, wenn sie zu ihren linken Wurzeln zurückfindet, sowohl ideell, indem sie soziale Gerechtigkeit über Familienwerte und »Gleichheit vor dem Gesetz« stellt, als auch organisatorisch durch den Wiederaufbau ihrer Basis in der organisierten Arbeiterklasse. 1990 war sie die einzige ehemalige kommunistische Partei Osteuropas, die aus Parlamentswahlen siegreich hervorging. Das lag an ihrem eindeutig demokratisch-sozialistischen Programm, das sie seither immer wieder verraten hat.

Unter der amtierenden Führung ist ein solcher Wandel nicht möglich. Einige Kommentator:innen behaupten sogar, die Partei könne selbst mit ganz neuer Spitze den Rechtsruck nicht mehr umkehren. Die Strukturen seien zu träge und die neue Mitgliedergeneration opportunistisch, nur noch auf Karriere bedacht. Die konservative Wende ist eine Schande für die 1891 gegründete Organisation, eine der ersten sozialdemokratischen und marxistischen Parteien Europas.

Andere linke Kräfte

Gegenwärtig sind alle linken Parteien mit winzigen Wahlerfolgen Abspaltungen der BSP. Im Folgenden geht es um drei dieser Gruppierungen, die sich jeweils rechts, mittig und links zur BSP verorten lassen.

Die ABW (»Alternative für die Bulgarische Wiedergeburt«) wurde 2011 von Präsident Georgi Parwanow gegründet. Bestärkt durch seine zehnjährige Präsidentschaft trat er aus der BSP aus, weil sie ihm »zu links« war. Parwanow brachte die ABW rechts von der BSP in Stellung, behauptete aber zugleich, sie sei »pragmatisch« und passe nicht in das Links-Rechts-Schema (Popivanov 2015: 153-155). Parwanows politische Karriere begann Anfang der 1990er Jahre im nationalistischen Komitee zum Schutz der nationalen Interessen (OK-ZNI), das Bürgerkrieg androhte, sollte der Staat das Namensgesetz rückgängig machen, das muslimische Bürger:innen im Zuge der Bulgarisierungskampagnen der Kommunistischen Partei gegen Ende des Sozialismus dazu zwang, ihre islamischen Namen zu slawisieren. Ursprünglich war Parwanow ein unerbittlicher Kritiker des Antrags auf NATO-Mitgliedschaft, wechselte dann aber das Lager und unterzeichnete 2004 die Beitrittsvereinbarung.

Die ABW ist die einzige BSP-Abspaltung, die es über die 4-Prozent-Hürde des Parlaments schaffte. 2014 trat sie der Regierungskoalition bei und übernahm das Ministerium für Arbeit und Soziales. In dieser Amtszeit führte sie eine rassistische Sozialreform durch, die nur »verantwortlichen Eltern« Kindergeld gewährte. Damit wurden Rom:nja ausgeschlossen, die das Sozialsystem »mit ihren vielen Kindern« angeblich bewusst ausnutzten.

Dwischenie 21 (D21) wurde 2012 von der ehemaligen BSP-Funktionärin Tatjana Donschewa gegründet. Donschewa arbeitete als Strafverfolgerin und vertrat als Anwältin in den 1990ern dubiose Konzerninteressen. Das Programm von D21 orientiert sich am Rechtsstaatsprinzip. Auf die Frage, ob ihre Partei die »bulgarische Syriza« sei, antwortete Donschewa, dass »D21 keine linke Partei ist, wie Syriza auch nie behauptet hat, eine linke Partei zu sein« (BNT 2015). Dabei steckt das Wort »radikale Linke« sogar im Namen der Partei: Synaspismos Rizospastikis Aristeras – Koalition der radikalen Linken. D21 hat den Anspruch, »alle sozialen Klassen« zu vertreten. Bei den Wahlen von 2017 trat die Partei als Bündnis mit der ABW an, holte aber nur 1,59% der Stimmen. Seitdem sinkt sie in die Bedeutungslosigkeit ab, auch wenn Donschewa gelegentlich noch wunderliche TV-Interviews zum Thema Rechtsstaatlichkeit gibt.

In den letzten Jahren trat Maja Manolowa, ein weiteres ehemaliges BSP-Mitglied, als unabhängige linke Akteurin hervor. Von 2015 bis 2019 festigte sie als Bulgariens Ombudsfrau ihr Image als »Kämpferin für die Menschen«. Die Karriere der selbsternannten »Sozialistin der dritten Generation« begann in der BKP/BSP. 2019 war sie mit BSP-Unterstützung unabhängige Bürgermeis-

terkandidatin in Sofia und landete nur fünf Prozentpunkte hinter der GERB-Amtsinhaberin. 2020 kämpfte Manolowa an der Seite jener, die mit den fehlenden Pandemiehilfen für Arbeiter:innen und Freiberufler:innen unzufrieden waren. Sie kündigte ihr eigenes Projekt an: »19 Maßnahmen für 19 Monate gegen COVID-19«. Hinter diesem Zahlenspiel verbarg sich eine Reihe widersprüchlicher Vorschläge, etwa ein Besteuerungsstopp bei gleichzeitiger Lohn- und Rentenerhöhung sowie die vollständige Übernahme von Unternehmensaufwendungen durch den Staat.

2018 und 2019 verschrieb sie sich ganz dem Kampf der Mütter von Kindern mit Behinderung gegen die staatlichen Verbände für Menschen mit Behinderung. Damit zog sie den Zorn der etablierten Gewerkschaften auf sich. Zu den kontroversen Forderungen der Mütter gehörten das Outsourcing von Pflegedienstleistungen an profitorientierte Unternehmen und sehr lockere arbeitsrechtliche Bestimmungen für die Anstellung von Haushaltshilfen. Damit könnten die Mütter Helfer:innen äußerst prekär anstellen und jederzeit nach freiem Ermessen entlassen.

Balgarskata Lewiza (Bulgarische Linke, BL) wurde 2009 von ehemaligen Mitgliedern des linken BSP-Flügels gegründet. Sie unterhielt enge Beziehungen zur deutschen Partei DIE LINKE und zu Syriza und ist Mitglied der Europäischen Linken. Für die Kommunalwahlen 2019 ging sie ein Bündnis namens »Alternative für die Bürger:innen« mit vier anderen kleinen Parteien ein und gewann in 14 Gemeinden Ratsvertretungen und in acht Städten das Bürgermeisteramt. BL hat eine schmale gesellschaftliche Basis und erzielt in Parlamentswahlen schlechte Ergebnisse. Einzelne Führungsfiguren und Mitglieder sind jedoch in verschiedenen Initiativen und Kampagnen aktiv. Die Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Linken verleiht der ansonsten eher altbackenen Partei einen Hauch Lebendigkeit und ideologischer Innovation. Hauptsächlich leidet die Partei, wie ein Vorstandsmitglied selbst zugibt, an einem Mangel origineller Ideen. Das Fehlen einer breiten gesellschaftlichen Basis scheint jedoch ein größeres Problem zu sein.

Während die BSP in ihrem toxischen Gebräu aus linkem Konservatismus versinkt, wird das dadurch hinterlassene ideologische Vakuum von einer lebendigen radikalen linken Szene gefüllt, die bei Wahlen allerdings nicht in Erscheinung tritt.² Manchmal kooperieren die neuen linken Gruppen mit der BL. Ein Paradebeispiel dafür ist die Bewegung für Steuergerechtigkeit.

² Die radikale Linke bietet zwar ein dringend benötigtes Forum für echte linke Kritik an Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus sowie anderen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen, bleibt aber in ihrem hauptsächlich akademischen Milieu, das sich in Sofia oder im Ausland verorten lässt.

2017 ging die BL ein Bündnis mit anderen linken außerparlamentarischen Parteien, Gewerkschaften, Medien und Bürger:inneninitiativen ein. Der Zusammenschluss startete eine Kampagne für mehr Steuergerechtigkeit und sammelte landesweit 30.000 Unterschriften für die Wiedereinführung des Steuerfreibetrags und reduzierter Mehrwertsteuersätze. Das Ziel bestand darin, das von einer BSP-geführten Koalition 2008 eingeführte, sehr regressive Steuersystem abzuschaffen. Aktuell gibt es keinen Steuerfreibetrag und alle Einkommen natürlicher und juristischer Personen werden pauschal mit zehn Prozent besteuert. Der hohe Anteil an indirekten Steuern im Staatshaushalt ist ein klares Zeichen für ein ungerechtes Steuerwesen, das die staatlichen Ausgaben auf Arbeiter:innen und Arme abwälzt. Doch die 30.000 Unterschriften reichten nicht, um eine Veränderung herbeizuführen. Der Finanzminister bemerkte nur salopp: »Gerechtigkeit ist ein Klassenbegriff, also unerreichbar.« 2019 überraschte die liberale Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit ihrer Forderung nach reduzierten Mehrwertsteuersätzen für Nahrungsmittel und Medizin. Seit 2020 schließlich gibt es im Rahmen der unternehmensfreundlichen Pandemiehilfspakete von GERB reduzierte Mehrwertsteuersätze, wenn auch nur für Hotels, Fitnesscenter, Alkohol, Bars und Restaurants.

Die Initiative für Steuergerechtigkeit konnte zwar das Steuersystem nicht im Sinne der Arbeiter:innen verbessern, aber es gelang ihr, das Thema auf die Tagesordnung verschiedener Medien und Organisationen zu setzen, die sich zunächst nicht dafür einsetzen wollten. Heute ist es leichter möglich, die Frage nach progressiver Besteuerung zu stellen. Der Initiative ist es zu verdanken, dass die öffentliche Legitimation und Unhinterfragbarkeit der Pauschalsteuer ins Wanken geraten ist, was der erste Schritt zu einer möglichen Gesetzesänderung ist.

Fazit

Trotz ihres Bedeutungsverlusts seit 2013 stellt die Anziehungskraft der BSP in der linken Politik eine unüberwindliche Herausforderung für die radikale Linke dar. Alle Abspaltungen von der BSP ereilt ein ähnliches Schicksal. Keine der eher linken Parteien, die sich von der BSP losgelöst haben, konnte deren Monopol im Feld linker Politik angreifen. Alle blieben sie unsichtbar.

Bis auf wenige Ausnahmen sind die meisten Aktivist:innen der radikalen Linken ohne BSP-Bezug Akademiker:innen aus den Sozial- und Geisteswissenschaften westlicher Universitäten. Manchmal tragen sie linke akademische Debatten und Probleme des Westens in die bulgarische Öffentlichkeit. Dadurch entstehen bisweilen Kommunikationsprobleme, weil die Aktivist:innen

die Themen und Probleme aus den hauptsächlich deutschen, amerikanischen und britischen Kontexten nicht hinreichend in den bulgarischen übertragen.

Die Schlüsselfrage ist, ob aus diesen ungleichen Kräften eine starke Partei entstehen und das Gravitationsfeld der Sozialistischen Partei überwunden werden kann. Aktuell ist dies zu verneinen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der Widerspruch des bulgarischen Kommunismus lag ursprünglich darin, schreibt der Politologe Boris Popivanov, dass die proletarische Partei in dem stark landwirtschaftlich geprägten Land über kein Proletariat verfügt habe. Heute verhält es sich umgekehrt: Es gibt ein Proletariat, aber keine proletarische Partei. Einerseits hat sich die BSP von ihm abgewandt, andererseits haben seine selbsternannten Vertreter links von der BSP einen anderen Klassenhintergrund. Die radikale Linke Bulgariens teilt die Politik der Arbeiterklasse, aber nicht ihren Habitus. Sie agiert hauptsächlich an Universitäten, in Kunstgalerien und Diskussionsforen, nicht in den Fabrikhallen. Gewissermaßen liegt darin der Hauptwiderspruch aller Intellektuellen, die sich als Vertreter:innen der Arbeiterklasse verstehen: Um Intellektuelle zu werden, müssen sie der Klasse den Rücken kehren, Bildung, Politik und Aktivismus verfolgen. Dafür benötigen sie freie Zeit. Arbeiter:innen mit zwei Jobs haben diese gewöhnlich nicht. Die Selbstentfremdung von der Arbeiterklasse ist eine Voraussetzung für radikale Politik in deren Sinne. Das wäre jedoch kein allzu großes Problem, wenn andere Bedingungen für das Entstehen einer populären, radikalen linken Partei erfüllt wären.

Es gibt objektive Gründe, warum die Arbeiterklasse in Bulgarien die intellektuelle Linke außerhalb der BSP nicht als ihre politische Vertretung akzeptiert, obwohl diese sich als einzige ausdrücklich für sie einsetzt. Der erste Grund ist die BSP selbst. Trotz ihrer Krise und Schwäche dominiert sie bei Wahlen noch immer die Linke. Nicht einmal ihr stetiger Rechtsdrift setzt dem ein Ende, wobei dieser Verrat an ihrer Anhängerschaft zugleich ein Grund dafür ist, warum die BSP weiter Wählerstimmen verliert. Die Linke außerhalb der BSP kann erst dann eine sichtbarere Rolle einnehmen, wenn die BSP ihr linkes Monopol verliert. Der zweite Grund liegt darin, dass sich – zumindest in Sofia – die durch akademische Diskussionen geprägten radikalen linken Gruppen oft leidenschaftlicher gegenseitig angreifen als sie die Rechte attackieren. Diese Uneinigkeit ist aus Sicht einer Parteienlogik mit innerem Zusammenhalt und Disziplin eher destruktiv, kann aber intellektuell durchaus konstruktiv sein, wenn aussagekräftige Theorien und Analysen entstehen. Der dritte Grund ist die mangelnde Finanzierung, gesellschaftliche Basis und Sichtbarkeit in den Medien. Trotz der Phrasen von Gleichheit und dem Recht der Bürger:innen, »gewählt zu werden«, ist der Eintritt in die bulgarische Politik an sehr harte finanzielle Hürden geknüpft, vor allem wenn es darum geht, in den Medien wahrgenommen zu werden. Ohne

Medien gibt es nicht nur weniger Sichtbarkeit und damit weniger Stimmen, sondern auch weniger Macht.³

Geld beeinflusst die Politik in Bulgarien auch durch die Macht der Konzerne: Große bulgarische Firmen zwingen ihre Angestellten, eine bestimmte Partei zu wählen. Dazu gehört auch das Problem des Stimmenkaufs, der das Ideal des Wettstreits der Ideen ins Lächerliche zieht. Statt eines »Ideenmarkts« herrscht ein Stimmenmarkt.

Das Problem hat auch eine internationale Dimension. In Bulgarien erhalten große politische Parteien wie GERB oder die BSP Unterstützung von Stiftungen, hauptsächlich deutschen. GERB wurde etwa mit Geld und Know-how der CSU gegründet (Andrejew 2016). Eine potenzielle linke Partei wird auch internationale Unterstützung benötigen. Die europäische Linke ist allerdings in keiner starken Position und Bulgarien kein Kernland, dem wesentliche Investitionen in Form von Geld und Ressourcen zugebilligt werden würden. Aufgrund von Bulgariens Randlage war die Geschichte linker (und jeder anderen) Politik abhängig von internationalen Tendenzen. In der Gegenwart ist es nicht anders.

Ohne Basis kann es keine linke Partei geben. Das größte Hindernis für die Schaffung einer radikalen, wählbaren Alternative zur BSP ist die allgemeine politische Gleichgültigkeit und Verdrossenheit der bulgarischen Gesellschaft. Es besteht ein großer Unterschied zwischen Mobilisierung auf der einen und Organisation auf der anderen Seite: Die Bevölkerung lässt sich leicht mobilisieren, und Massenproteste gehören fest zum öffentlichen Leben. Doch viel weniger Menschen sind bereit, Zeit und Energie in die langfristige Organisationsarbeit zu stecken. Deshalb muss der Aufbau von Gewerkschaften unterstützt werden. Ohne starke gewerkschaftliche Bewegung kann nur eine schwache, von oben gesteuerte Partei entstehen, die leicht von der BSP ausgeschaltet werden kann, wie es über die Jahre mit ihren kleineren linken Abspaltungen geschehen ist. Da die BSP den Gewerkschaften nicht mehr nahesteht, die im Übrigen auch nach rechts gewandert sind und inzwischen GERB unterstützen, entsteht eine Lücke, die eine Linke zur Politisierung nutzen muss.

Wenn aber eine linke Partei im Moment aller Voraussicht nach nicht überlebensfähig ist, kann dann vielleicht die BSP zurückgewonnen werden? Die Antwort hängt von zwei Faktoren ab. Zunächst darf die BSP nicht mehr mit

³ Aus Gründen, die in einer eigenen Studie zu erläutern wären, sind Medien und Politik in Bulgarien eng verzahnt. Akteur:innen wechseln regelmäßig zwischen den beiden Feldern. Die Vorsitzenden von zwei der drei kleineren Rechtsaußenparteien in der gegenwärtigen Regierung begannen etwa als Fernsehmoderator und Zeitungsredakteur. Während in anderen Ländern politische Parteien ihre eigenen Fernsehsender haben, haben in Bulgarien (wie in Italien) Fernsehsender eigene politische Parteien und regieren. So fällt die unternehmensfreundliche Ideologie der regierenden Eliten mit ihrer Klasse zusammen.

Liberalen und Rechtsaußenparteien konkurrieren. Denn auf deren eigenem ideologischen Terrain wird sie sie nicht schlagen. Die BSP muss ihr lange begrabenes radikales Erbe wiederentdecken und wieder mit ihrer immer ärmeren, nicht repräsentierten gesellschaftlichen Basis in Kontakt treten. Das kann aber nicht nur durch Veränderungen von Ideen und Ideologien geschehen. Michail Mikows fruchtlose Versuche, die Partei zwischen 2014 und 2016 nach links zu bewegen, zeigten, dass ein rein ideologischer Wandel durch eine »linkere« Führung folgenlos bleibt, wenn nicht zugleich die organisatorische Praxis hin zur Gewerkschaftsbildung verschoben, Verbindungen zu Gewerkschaften wiederhergestellt und der Kontakt zu linken Graswurzelorganisationen gesucht werden. Nur so kann die Partei einen weiteren Rechtsruck, ihre Aufholjagd stoppen, bei der sie gegenüber liberalen Ideen und Rechtsaußenideologien immer ins Hintertreffen geraten wird. Bevor nicht die soziale Infrastruktur besteht, erscheint eine solche radikale Erneuerung der BSP aktuell unmöglich.

Dieses Ziel gilt es aber zu verfolgen, und zwar unabhängig von etwaigen Wahlchancen. Wie die Initiative für Steuergerechtigkeit gezeigt hat, können Aktivitäten der Linken außerhalb der BSP dazu beitragen, nicht nur die BSP, sondern das gesamte politische Spektrum nach links zu rücken.

Literatur

- Andrejew, Alexander (2016): »Как ХСС създаде ГЕРБ« [Wie die CSU GERB erschuf]. In: Dnevnik. dnevnik.bg/analizi/2016/09/06/2822562_kak_hss_suzdade_gerb_i_zashto_borisov_umee_genialno_da/ (15.9.2020).
- BNT [öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Bulgariens] (2015): Движение накъде? Татяна Дончева [Bewegung wohin? Tatjana Donschewa], 20.02.2015. bnt.bg/bg/a/dvizhenie-naka-de-tatyana-doncheva (28.7.2020).
- Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.) (2012): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa. Textband 52, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Fraser, Nancy (2017): From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond. In: American Affairs, 1(4), S. 46-64. americanaffairsjournal.org/2017/11/progressive-neoliberalism-trump-beyond/ (15.9.2020).
- Nikolova, Madlen (2020): Anti-Corruption Protests Show the Hollowness of Bulgaria's Democracy. In: Jacobin. jacobinmag.com/2020/10/bulgaria-boyko-borissov-protests-gerb-bsp (31.10.2020).
- Popivanov, Boris (2015): Changing Images of the Left in Bulgaria. The Challenge of Post-Communism in the Early 21st Century. Stuttgart.
- Rajtschew, Andrej./Stojtschew, Kancho (2008): Какво се случи? Разказ за прехода в България и малко след него [Was ist geschehen? Eine Geschichte vom Wandel in Bulgarien]. Sofia.

Die neue Linke in Südosteuropa: Zwischen Dynamik und Stagnation¹

von Krunoslav Stojaković

Der Zusammenbruch der sogenannten sozialistischen Staatenwelt zu Beginn der 1990er Jahre hat nicht nur das Verschwinden von politischen Systemen zur Folge gehabt. Auch die Organisationsstrukturen, die kulturellen Traditionen der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung, der Solidaritätsbegriff, das sozialistische Projekt und seine Gesellschaftskonzeptionen durchlebten einen Prozess des Niedergangs, der im Grunde erst mit Beginn des 21. Jahrhunderts langsam gebremst und schließlich mit der Wirtschaftskrise 2008 zumindest in einigen südosteuropäischen Staaten aufgehalten werden konnte.

Eklatant war in diesem Kontext die Niederlage des jugoslawischen Sozialismusmodells. Nicht nur brach der Staat in blutigen Bürgerkriegen auseinander, auch der einst für seinen Mut und Eigensinn international geachtete Bund der Kommunisten Jugoslawiens zerfiel in separatistische nationale Parteien. (Stojaković 2018) In Kroatien beispielsweise trat ein großer Teil des Bundes der Kommunisten in die nationalistische Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) von Franjo Tuđman ein. Die Sozialdemokratische Partei (SDP), offizielle Nachfolgeorganisation des Bundes der Kommunisten in Kroatien, verlor sich zwischen Nationalismus und Reformismus. In Serbien formierte sich unter Führung von Slobodan Milošević die Sozialistische Partei Serbiens (SPS). Sie war einer der hauptverantwortlichen Akteure im jugoslawischen Bürgerkrieg und, mit Ausnahme der Zeitspanne zwischen 2000 und 2008, ständig an der Regierung beteiligt. Auch im außerjugoslawischen Raum, in Albanien, Bulgarien und Rumänien, konvertierten nach 1990 die Kommunistischen Parteien zu im besten Falle Vertreter:innen des »Dritten Weges«. Die sozialistische Linke blieb heimatlos, ohne jegliche Infrastruktur und an den gesellschaftspolitischen und medialen Rand gedrängt.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Bürde ist es wenig verwunderlich, dass die Konsolidierung neuer linker Akteure mit komplexen Herausforderungen konfrontiert war und ist. Der (weltweite) Zeitgeist der 1990er Jahre war zwar auch allgemein äußerst unempfindlich für sozialistische Gesellschafts-

vorstellungen, im konkreten Fall Ost- und Südosteuropas jedoch grenzte er an eine antikommunistische Massenhysterie. In diesen Gesellschaften entlud sich zumeist nicht nur die ganze Wut über jahrzehntelange stalinistische Bevormundung und Unterdrückung, in ihnen erodierte auch jegliche emanzipatorische Imagination. Solidarische, auf sozialen und ökonomischen Gleichheitsprinzipien beruhende Gesellschaftskonzeptionen und damit die Kapitalismuskritik insgesamt spielten in der Neuordnung keine Rolle mehr. Der das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) verkündende Triumphschrei des Neoliberalismus stieß in Rumänien, Bulgarien, nach dem Bürgerkrieg dann auch im ehemaligen Jugoslawien auf mehr als offene Ohren. Nicht selten übernahm die ehemalige kommunistische Nomenklatura die Rolle der willfährigen Kompradorenbourgeoisie und privatisierte oder veräußerte ganze Industrien. (Becker 2014) Die sich auftürmenden ökonomischen und sozialen Probleme wurden in erster Linie als Folgewirkungen sozialistischer Misswirtschaft interpretiert, keinesfalls aber als Resultat der Privatisierungspolitik und ökonomischen Deregulierung.

Auch 30 Jahre nach dem Ende der sozialistischen Staatenwelt bemühen bedeutende Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten, aber auch der allgemeinen Öffentlichkeit das Argument, der Kapitalismus in seiner reinen Form habe in Südosteuropa noch gar nicht Einzug gehalten. Mal werden Klientelismus und Korruption als endemische Volkskrankheiten angeführt, die den Aufbau wahrhafter und fairer kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse blockieren, und mal sind es die »komunjare« (Kommunard:innen), die, in den Staatsstrukturen versteckt, aktiv gegen die kapitalistische Produktionsweise agieren. (Stojaković 2016) In jedem Fall gerann die Erzählung vom Ende solidarischer Gesellschaftsentwürfe zum dominanten Narrativ. Ideologisch flankiert wurde diese »neoliberale Offensive« (Rastko Močnik) seit den 1990er Jahren anhand und durch die Theorie der postkommunistischen Transformation. Innerhalb dieses Theorems wurden die Gesellschaften Ost- und Südosteuropas nicht nur mit Vehemenz dazu angehalten, den Übergang zum kapitalistischen System und zur liberalen Demokratie zu organisieren, sie wurden auch für alle Missstände im Zuge dieser systemischen Implementierung zur Verantwortung gezogen. Der Vorwurf, die Menschen in Ost- und Südosteuropa seien in großen Teilen unreif für eine funktionierende Demokratie, hat nicht nur einen paternalistischen Beiklang, er ist auch anmaßend, da wir es mit Gesellschaften zu tun haben, die ihre politische Reife zu Beginn der 1990er Jahre eindringlich unter Beweis gestellt haben. Und er ist faktisch falsch, da die politischen und ökonomischen Eliten des vor allem europäischen Westens seit inzwischen mehr als zwei Jahrzehnten mit Wirtschaftskriminellen und autoritären politischen Akteuren eine auf beiderseitigen Interessen – Stabilität des Status quo – beruhende Kohabitation eingegangen sind. Insofern ist der von Boris Buden benutzte Begriff der »repressiven Infantilisie-

¹ Der Artikel basiert teilweise auf dem Aufsatz: »Die Neue Linke in Südosteuropa. Schwierigkeiten und Hoffnungen beim politischen Neuaufbau« von Igor Štiks und Krunoslav Stojaković, abrufbar unter: www.rosalux.de/publikation/id/39943/die-neue-linke-in-suedosteuropa?cHash=560aa2231e4d4a074811b8e3ebda660e.

runge« zur Bezeichnung dieser Durchführungsmechanismen keineswegs nur polemisch gemeint, vielmehr zeichnet er das Verhältnis zwischen westeuropäischem Zentrum und ost- und südosteuropäischer Peripherie in realistischen Farben. (Buden 2009: 35f.)

Innerhalb solcher gesellschaftspolitischer Konstellationen eine neue sozialistische Erzählung zu formulieren, stellte und stellt nicht nur eine intellektuelle, sondern auch eine enorme organisationspolitische Herausforderung für die sich langsam herausbildende »Neue Linke« dar. Von wenigen Ausnahmen abgesehen können wir in Südosteuropa deshalb zwar immer noch nicht von konsolidierten linken Parteiorganisationen sprechen, jedoch sind linke Zusammenschlüsse, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, informelle und formelle Gruppen sowie Aktionsbündnisse inzwischen immer häufiger Bestandteil sozialer Bewegungen und des politischen Alltags.

1. »Neue Linke« und die Rückkehr der sozialen Frage

Die ersten sichtbaren Anzeichen einer programmatischen und organisatorischen Re-Konfiguration linker Akteure in Südosteuropa lassen sich insbesondere, wenn auch nicht ausschließlich, auf den Widerstand gegen die voranschreitende Kommerzialisierung vor allem der Hochschulbildung zurückführen. In Serbien beispielsweise haben Ende 2006 bis zu 17.000 Studierende der Universität Belgrad an diversen Protesthandlungen gegen den damals eingeleiteten Bologna-Prozess aktiv mitgewirkt. Den Höhepunkt markierte dabei die Blockade der Philosophischen Fakultät vom 22.- 28. November 2006. Im Fall der kroatischen Linken wiederum gilt der Studentenprotest von 2009 und die Blockade der dortigen Philosophischen Fakultät als Wendepunkt. Auch in Slowenien markierte die 2011 von Studierenden getragene »Mi smo univerza«-Bewegung (»Wir sind die Universität«) sowie die daran anschließende Gründung der sozialistischen Studentenorganisation *Iskra* (»Funke«) einen für die Neuformierung der slowenischen Linken relevanten Wendepunkt. (Furlan et al. 2018: 5)

Von allgemeinpoltischer Bedeutung waren in allen drei Fällen jedoch weniger die hochschulpolitischen Forderungen der Studierenden, sondern ihre gesamtgesellschaftliche Abstraktion. Die öffentliche Thematisierung der sozialen Frage war ungewöhnlich, ihre Artikulation durch einen neuen, in sich zwar noch undefinierten, aber subversiven, lauten und erstaunlich artikulierten Akteur, markierte geradezu ein Novum für die postsozialistische Staatenwelt. (Borba za znanje 2007: 8-12; Centar za anarhističke studije 2009: 69-72)

Die programmatische Breite und Fokussierung auf die Arbeits- und Lebenswelt der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, eine kontinuierliche po-

litische Problematisierung der postkommunistischen Transition sowie verschiedene Versuche der Intervention in den öffentlichen Raum bildeten eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich linke Akteure nach dem Abebben der Studentenbewegung(en) an den Hochschulen in diversen politischen Organisationszusammenhängen in die jeweiligen Gesellschaften einlagerten und den Nukleus für die Formierung einer »Neuen Linken« bildeten.

Diese »Neue Linke« in Südosteuropa ist dabei mehrheitlich kritisch gegenüber dem bestehenden Parlamentarismus eingestellt, sie tritt überwiegend für eine direkte, partizipatorische und horizontale Demokratie ein. Sie artikuliert Kritik an der sogenannten postsozialistischen »Transition«, die zu enormen Ungleichheiten und massiver Arbeitslosigkeit und Armut geführt hat und weiterhin führt. Sie stellt sich gegen die dominierende konservative, religiöse, patriarchalische und nationalistische Ideologie. Sie verteidigt gemeinsame und öffentliche Güter, einschließlich natürlicher Ressourcen, und sie verteidigt die Überreste des sozialistischen Wohlfahrtsstaates gegen die fortschreitende Privatisierung und Ausbeutung. Schließlich vertritt sie einen internationalistischen, d.h. antinationalistischen und antifaschistischen Ansatz.

Trotz ihres internationalistischen Grundansatzes nimmt sie gegenüber der Europäischen Union eine reservierte, bisweilen auch ablehnende Position ein. Die inzwischen mehr als abgedroschen wirkende Erzählung von »europäischen Werten«, wie Frieden, Gerechtigkeit, Toleranz und Wohlstand für Alle, verfängt nicht mehr unwidersprochen in der öffentlichen Debatte. Weder in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Bulgarien, Kroatien, Rumänien und Slowenien, noch in der Gesellschaft eines Beitrittskandidaten wie Serbien wirkt dieser in der Praxis unzählige Male ad absurdum geführte Diskurs noch sonderlich überzeugend. (Petrović 2018) Die wachsende Skepsis der gesellschaftlichen Linken gegenüber der EU und ihren Institutionen ist dabei nicht nur auf die autoritäre Troika-Politik gegenüber der 2013-2015 auch in Südosteuropa mit vielen Hoffnungen verbundenen griechischen Syriza-Regierung zurückzuführen. Viel einschneidender sind die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen, denen die Gesellschaften Südosteuropas selbst ausgesetzt waren und die durch die Mitgliedschaft in der EU noch verstärkt worden sind.

Eines der wesentlichsten Probleme, mit denen sich die postkommunistischen Gesellschaften konfrontiert sehen, ist die sich mit zunehmender Radikalität stellende soziale Frage. Die Implementierung der kapitalistischen Produktionsweise, die Durchsetzung eines schon pathologischen Privatisierungszwangs sowie der fortschreitende Abbau der verbliebenen Reste des Sozialstaats haben die Gesellschaften Südosteuropas nachhaltig getroffen. Die dominante wirtschaftspolitische Strategie gründet sich auf dem Anwerben ausländischer Direktinvestitionen und, wo es möglich ist, auf einer Extensivierung des Tourismus (etwa in Kroatien und Montenegro). Um attraktiv

für ausländische Unternehmen zu werden, um also im Wettrennen um ausländische Direktinvestitionen die Nachbarstaaten möglichst zu unterbieten, wurden und werden Unternehmenssteuern gesenkt, Löhne subventioniert und die Infrastruktur modernisiert. Zumeist sind die dabei entstehenden Arbeitsplätze, überwiegend im Niedriglohnssektor angesiedelt, von kurzer und häufig unsicherer Dauer. Für den Zagreber Ökonomen Toni Prug ist dies ein allgemeiner Trend ökonomischer Unterordnung: »In allen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken kam es zu einer De-Industrialisierung und Abnahme der Produktionskapazitäten, wodurch der Anteil der Sektoren mit geringer Wertschöpfung – etwa Tourismus und die Montage von Importprodukten – anstieg. Einen Niedergang erfuhren hingegen technologische, wissensbasierte Produktionssektoren mit höherer Wertschöpfung. Ausländische Direktinvestitionen und Privatisierungen verstärken diese negativen Prozesse, da sie vorwiegend in Sektoren stattfinden, deren Produkte nicht exportiert werden können, das Empfängerland nicht über die Fähigkeit verfügt, fortschrittliche Produktionstechniken zu absorbieren und wiederzuverwenden, und die Arbeitskräfte lediglich Zwischenprodukte mit geringem Mehrwert in externen Produktionen wie der Textilherstellung herstellen.« (Prug 2018)

Die Textilindustrie ist wiederum auch derjenige Industriezweig, in dem sich nicht nur die ungleichen Produktionsbeziehungen am drastischsten zeigen, sondern wo sich auch die geschlechterspezifische Ausbeutung im Besonderen offenbart. In Serbien verdienen einer Untersuchung von *Clean Clothes Campaign* zufolge knapp die Hälfte der 100.000 Textilarbeiter:innen, zumeist Frauen, nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 216 Euro, welcher selbst gerade einmal zwei Drittel des Existenzminimums abdeckt. Hinzu kommen gravierende Beschränkungen des Arbeitsrechts, erschwerte gewerkschaftliche Organisation etc. (Aleksić et al. 2017; Radenković 2016) Noch drastischer fällt die Ausbeutung in Bulgarien aus, wo Frauen einen Anteil von 86% der 130.000 im Textilsektor Beschäftigten ausmachen, dabei aber im Schnitt 200 Euro verdienen und somit lediglich knapp 18% der tatsächlichen Lebenshaltungskosten abdecken. (Medarov et al. 2018)

Die Produktionsverhältnisse in Südosteuropa haben sich während der »Transition« insgesamt, nicht nur in der Textilindustrie, sehr zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung entwickelt. Während einer Studie aus dem Jahr 2017 zufolge die jugoslawischen Nachfolgestaaten Montenegro, Bosnien-Herzegovina und Serbien sogar vor der Krise 2008 das Bruttosozialprodukt von 1989 nicht wieder erreicht hatten, lag der Unterschied im BSP zwischen dem ärmsten (Bulgarien) und dem reichsten (Luxemburg) EU-Mitgliedsland bei 1:14. (Becker 2017: 843, 845) Eine andere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Durchschnittseinkommen der Balkanländer zwischen 1989 und 2008 von 40% des EU-Durchschnitts auf 30% fiel. (Kraft 2015: 203)

Allein schon aus diesem sehr groben Ausschnitt wird klar, weshalb die soziale Frage in den Gesellschaften Südosteuropas auf die Tagesordnung zurückgekehrt ist und warum es für linke Akteure essenziell ist, darauf politische und organisatorische Antworten zu finden.

2. »Neue Linke« - Organisatorische Konfigurationen

Slowenien

Von allen postkommunistischen Staaten Südosteuropas weist die neue Linke in Slowenien die stabilsten Organisationsstrukturen auf. Auch die slowenischen Gewerkschaften sind, trotz auch für die Arbeiterschaft unvorteilhafter Kompromisse, in den letzten 30 Jahren ein politisch wichtiger Akteur der slowenischen Arbeiterbewegung geblieben. Insbesondere in den 1990er Jahren waren es die Gewerkschaften, die eine kapitalistische Schocktherapie zu verhindern wussten, indem sie für soziale Mindeststandards und weitreichende Mitbestimmungsrechte der Belegschaften erfolgreich mobilisierten. (Becker 2017: 843) Dieses slowenische Modell, als »Koordinierte Marktwirtschaft« oder »Neokorporativer Kapitalismus« bezeichnet, kam indes spätestens mit dem EU-Beitritt 2004 unter massiven Beschuss, um mit der Wirtschaftskrise 2008 endgültig dem neoliberalen Dogma Platz zu machen. (Bembič 2015: 171; Becker 2017: 843)

Parallel zur Entwicklung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, die für die slowenische Arbeiterklasse immer ungünstiger wurde, formierte sich aber auch Widerstand. Zunächst eher informell in Form von Haus- und Fabrikbesetzungen, aus denen beispielsweise Sozialzentren mit einem explizit politischen, linksradikalen Programm hervorgingen. Mit Beginn der Austeritätspolitik der sozialdemokratischen Regierung unter dem damaligen Premierminister Borut Pahor, und vor allem dann ab 2012 unter der rechtskonservativen Nachfolgeregierung von Janez Janša, verdichteten sich aber die organisatorischen Anstrengungen jener politischen Akteure, die sich selbst links der Sozialdemokratie verorteten. Die massenhaften Proteste gegen die Sparpolitik, gekoppelt mit Korruptionsskandalen führender Politiker des Landes (Ermittlungen der slowenischen Antikorruptionsbehörde gegen Premierminister Janša und den ehemaligen Bürgermeister von Ljubljana und nominellen Sozialdemokraten Zoran Janković), radikalisierten zwischen 2012 und 2013 die politische Szene in Slowenien und spülten mit der »Initiative für demokratischen Sozialismus« (IDS) einen neuen, linken Akteur in die Öffentlichkeit, der selbstbewusst und offen ein sozialistisches Programm vertrat. (Furlan et al. 2018: 7)

Diese Initiative organisierte in der Folge bildungspolitische Veranstaltungen zu sozialistischen Organisations- und Programmfragen (im Rahmen der

internationalen Mayday-School), engagierte sich indes parallel dazu auch in konkreten Organisationsvorhaben. Das Ergebnis dieser Anstrengungen war die Gründung der linken Koalition »Združena levica« (Vereinigte Linke), die bei den Parlamentswahlen im Juni 2014 aus dem Stand mit über fünf Prozent der Stimmen in das slowenische Parlament einzog. Interne Differenzen über die programmatische und taktische Ausrichtung führten zwar 2017 zum Auseinanderbrechen dieser Koalition. Doch mit der Neugründung »Levica« (Die Linke) konsolidierte sich die neue Linke Sloweniens zusehends. Bei den Wahlen Anfang Juni 2018 verdoppelte »Levica« ihren Stimmenanteil beinahe (9,3% und ist nun mit neun Abgeordneten im Parlament vertreten. (Matić 2018)

Als Mitglied der Europäischen Linkspartei vertritt »Levica« ähnliche Positionen, wie sie beispielsweise in vielen Aspekten auch von der deutschen »DIE LINKE« vertreten werden: Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen, Bewahrung und Ausbau gemeinsamer öffentlicher Güter, sozio-ökologischer Wandel, kostenloses Bildungs- und Gesundheitssystem, Bekenntnis zum Antifaschismus, Kritik am Militärbündnis NATO, Kritik an der Verfasstheit und Funktionsweise der EU etc. Gleichzeitig ist »Levica« in ihrer sozialistischen Zielformulierung durchaus offener und radikaler, als es »DIE LINKE« ist. (Program Stranke Levica 2018) Dies liegt unter Umständen daran, dass »Levica« in erster Linie aus einem linksradikalen Aktivist:innenzusammenhang entstanden ist, der einen ähnlichen Politisierungsprozess durchlaufen hat.

Dennoch gab und gibt es relevante Kritik am Parlamentarismus sowohl innerhalb der Partei als auch und vor allem von außerhalb. Einer der Hauptkritikpunkte ist, dass eine zu einseitige Fokussierung auf den parlamentarischen Erfolg nicht *per se* auch eine ausreichend aktive Unterstützung an der Basis generiert. Da die Schnittstelle zwischen eher passiven Wähler:innen bzw. Unterstützer:innen sowie einer notwendig breiten Massenbasis, die eine sozialistische Umgestaltung der Produktionsbeziehungen aktiv unterstützen würde, durch die Logik des Parlamentarismus nicht abgedeckt ist, fokussieren vor allem linke Gewerkschaftsaktivist:innen auf eine außerparlamentarische Massenpolitisierung. Einen solchen, am Operatismus angelehnten Ansatz vertritt beispielsweise das »Center za družbeno raziskovanje – CEDRA« (Zentrum für Sozialforschung),² das durch eine direkte Zusammenarbeit mit Arbeiter:innen auf Betriebsebene eine allgemeine Politisierung der Belegschaften erreichen möchte. (Bembič 2015: 185f.)

² CEDRA steht für »Center za družbeno raziskovanje« (Zentrum für Gesellschaftsforschung), siehe www.cedra.si/en/centre-social-research/.

Kroatien

In Kroatien dynamisiert sich die organisatorische und programmatische Entwicklung neuer linker Akteure mit Beginn und im Nachklang an die schon erwähnte Blockade der Philosophischen Fakultät im März und April 2009. Selbstverständlich gab es auch vorher linke Akteure in Kroatien, angefangen bei der Antikriegsopposition in den 1990er Jahren, über das subkulturelle und antinationalistische Magazin *Arkzin* sowie die Wochenzeitung *Feral Tribune*, die beide einen großen intellektuellen Einfluss auch auf die Neue Linke ausüb(t)en, bis hin zu Parteigründungen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens, die 1997 von Stipe Šušar, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, gegründet worden ist. All diese linken Projekte blieben jedoch entweder ohne nennenswerten organisatorischen und politischen Einfluss (wie im Falle der Sozialistischen Arbeiterpartei), oder aber ihr Wirkungskreis blieb auf eine urbane und kosmopolitische Stadtbevölkerung begrenzt.

Erst der Studentenbewegung 2009 gelang es, ein relevantes gesamtgesellschaftliches Echo zu erzeugen. Zu den wesentlichsten Gründen dieses öffentlichen Durchbruchs dürfte zum einen die eklatante Ungleichheit im Zugang zur Hochschulausbildung (Jovica Lončar in Zarez, 16.4.2009) gewesen sein, und zum anderen ihre erfrischend artikuliert und grundsätzliche Abstraktion auf ein gesamtgesellschaftliches Problemniveau. Bildung sei kein Allgemeingut mehr in Kroatien, so der Autor eines Beitrages über die Studentenproteste; sie sei zu einer Ware degradiert und passe sich dementsprechend in den generellen Trend der neoliberalen Umformung der ganzen Gesellschaft ein: »In Kroatien wurden in den letzten 20 Jahren [...] systematisch alle Formen gesellschaftlicher und ökonomischer Rechte beseitigt. Am sichtbarsten ist dieser Trend in der Hochschulbildung, dem Gesundheitswesen [...] und bei den ArbeiterInnenrechten [...].« (Mate Kapović in Zarez, 16.4.2009) Der gleiche Autor kam etwa ein Jahr später zum Schluss, dass die Studierenden in Kroatien nunmehr zu einem relevanten politischen Faktor geworden seien, der relevante sozioökonomische Probleme in die Öffentlichkeit trägt. (Zarez, 11.11.2010)

Dass es in Kroatien innerhalb der arbeitenden Klasse einen grundsätzlich fruchtbaren Boden für Kritik an der kapitalistischen Transition gab und gibt, davon zeugen diverse Streiks. Einzig in den Kriegsjahren 1991, 1992 und 1994, so die Zagreber Aktivist:innen Marina Ivandić und Igor Livada in einem Text aus dem Jahr 2014, habe es in Kroatien keinen registrierten Arbeitskampf gegeben. (Zarez, 21.5.2014) Ferner haben die Gewerkschaften in Kroatien 2010 ein Referendum gegen die Verabschiedung des neuen, liberalisierten Arbeitsgesetzbuches angestrebt und über 800.000 Unterstützerunterschriften in nur zwei Wochen gesammelt. (Ivandić/Livada 2015: 52)

Auch wenn die damals rechtskonservative Regierung unter Premierministerin Jadranka Kosor das Referendum niemals abgehalten hat, so zeigte allein der Umstand, dass 20% der wahlberechtigten kroatischen Bevölkerung sich gegen das neue Arbeitsgesetzbuch ausgesprochen hatte, das immense Potenzial für Widerstand und proletarischen Eigensinn.

Aus der Studentenbewegungen formierten sich in den Folgejahren diverse, linksradikale Nichtregierungsorganisationen und auch Parteien, die zur Wiederbelebung der kroatischen Linken als einem ernsthaften politischen Akteur beigetragen haben. Neben der Aufarbeitung des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus spielt vor allem die Verbindung zu aktuellen Marxismusdebatten eine wichtige Rolle für die intellektuelle Neuformierung der kroatischen Linken. (3k 2014; 3k 2015; 3k 2016; 3k 2017; 3k 2018)

Wie im slowenischen Kontext, so kommt auch in Kroatien der kritischen Bestandsaufnahme und Revitalisierung der Gewerkschaftsbewegung eine zentrale Rolle zu. Die NGO »Organisation für Arbeiter:nnen-Initiative und Demokratisierung«³ beispielsweise führt regelmäßige Bildungsmaßnahmen und Kooperationen mit zahlreichen Gewerkschaften durch. Eine Zusammenarbeit, die sich etwa bei den erfolgreichen Referenden gegen die Privatisierung der kroatischen Autobahnen oder die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre als politisch sinnvoll gezeigt hat.

Im Feld linker politischer Parteien und Parteienkoalitionen ist nicht erst seit den vergangenen Parlamentswahlen eine dynamische Entwicklung beobachtbar. (Jagić 2020) Dass sich eine organische Verbindung von parteipolitischer Organisation und kontinuierlicher Integration in soziale Bewegungen politisch auszahlen kann, zeigen die jüngsten Organisations- und Wahlerfolge linksgrüner Koalitionen. Zunächst gelang es 2017 einer linksökologischen Plattform, als linker Block in das Zagreber Stadtparlament einzuziehen (Buble et al. 2018: 12f.), um bei den letzten Parlamentswahlen als »grün-linker Block« auf nationalstaatlicher Ebene ein Ausrufezeichen zu setzen. (Krunoslav Stojaković in Neues Deutschland, 12.7.2020) Dieses Ausrufezeichen ist nach dem mehr als überzeugenden Sieg bei den kürzlich abgehaltenen Kommunalwahlen sogar noch dicker geworden. Mit Tomislav Tomašević stellt die Plattform Možemo! (Wir können es!) in der kroatischen Hauptstadt Zagreb zukünftig den Bürgermeister, auch im istrischen Küstenstädtchen Pazin hat mit Suzana Jašić eine Kandidatin dieser grün-linken Option die meisten Stimmen erhalten. Hinzu kommen respektable Ergebnisse in anderen Städten, etwa in Split, Dubrovnik und Osijek.

Jahrelange politische und soziale Mobilisierung, vor allem auf lokalem Niveau, und eine ausgewogene Strategie des Organisationsaufbaus haben diese

³ Zur Website der »Baza za radničku inicijativu i demokratizaciju« (BRID) siehe www.udrugabrid.hr/.

aussichtsreiche politische Plattform links von der Sozialdemokratie entstehen lassen. Der etwas sperrige gemeinsame Name »grün-linker Block« deutet darauf hin, dass es sich um eine heterogene Organisationsstruktur handelt. Auch wenn »Radnička fronta« (Arbeiterfront) inzwischen nicht mehr Teil der Koalition ist, agierten bzw. agieren innerhalb dieser Koalition mit ihnen und »Nova ljevica« (Neue Linke) zwei eher »klassische« linke Parteien mit teilweise expliziten Bezügen zur marxistischen Arbeiterbewegung und einem sozialistischen Gesellschaftshorizont. Mit »Možemo!« kommt ein sozial-ökologischer Akteur hinzu, dessen Aktivist:innen insbesondere über lokal- und umweltpolitische Themen politisiert wurden, weniger aber durch expliziten Antikapitalismus. Andererseits fand aber die prägende politische Erfahrung der meisten dieser Akteure durch die gemeinsame Teilnahme an der Studentenbewegung 2008/2009 statt. (Buble et al. 2018: 6-8) Das politische Narrativ, das sich seit der Besetzung der Philosophischen Fakultät sukzessive erweitert und ausdifferenziert hatte, findet gegenwärtig in der gemeinsamen Plattform einen Versuch seiner organisatorischen Zusammenführung.

Existierende Unterschiede in der politischen Akzentsetzung müssen nicht zwingend unvereinbar sein, zumindest nicht programmatisch. Die Zielsetzung von »Radnička fronta«, »über den politischen Kampf eine radikale Änderung der Gesellschaft [...] sowohl ökonomisch als auch politisch« (Radnička fronta 2015) herbeizuführen, stand nicht im grundsätzlichen Widerspruch zur programmatischen Zielsetzung von »Možemo!«, die in ihrem Programm die »Vision eines grünen Staates« formulieren, dessen Eckpfeiler progressive »ökonomische und soziale Politiken« sind. (Možemo 2020) Das Ende 2020 beschlossene Auslaufen der Zusammenarbeit beruhte vielmehr auf kommunikativen Unzulänglichkeiten auf der einen (Radnička fronta), auf strategischen Erwägungen auf der anderen (Možemo!) Seite. Mit dem überzeugenden Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen scheint sich die strategische Ausrichtung von Možemo!, eine ideologisch unverfänglichere Programmatik und Ansprache zu wählen, zunächst ausgezahlt zu haben. Ob der Anspruch einer größtmöglichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Inklusivität tatsächlich eine erfolgreiche Zukunftsstrategie für Možemo! und die Linke insgesamt sein kann, darüber wird durchaus kontrovers diskutiert. (Kostanić 2021)

Im Rahmen ihrer bisherigen gemeinsamen Parlamentsarbeit ließ sich konstatieren, dass sich die Programmatiken produktiv ergänzen und der »grün-linker« Block eine größere thematische Bandbreite abdecken konnte, als jede dieser Organisationen einzeln in der Lage gewesen wäre. Während sozio-ökonomische Themen durch die Abgeordnete der »Radnička fronta« besetzt wurden, thematisierten Abgeordnete von »Možemo« Perspektiven des sozio-ökologischen Wandels. Ein klares Bekenntnis zum Feminismus, der vor allem auch den ökonomischen Zusammenhang reproduktiver Arbeit mitdenkt, sowie eine

explizite Verteidigung des antifaschistischen Widerstands gegen den grassierenden Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus in Kroatien waren und sind weitere verbindende Bausteine dieser links-grünen Plattform.

Ähnlich der Problemdarstellung in Slowenien, wonach über die alleinige Teilnahme am Parlamentarismus grundlegende gesellschaftliche Veränderungen schwer durchzusetzen sein werden, stellt sich auch für die neue Linke in Kroatien die Frage, unter welchen Voraussetzungen sie auch eine außerparlamentarisch wirkende gesellschaftliche Kraft werden kann. Neben der notwendigen Mobilisierung und Politisierung von Arbeiter:innen am Arbeitsplatz, ist die Wahrnehmung linker Politik in Kroatien bisher zu sehr auf die Großstädte beschränkt. Neben der organisationspolitischen Einheit der Linken ist ihr Gang in die semiurbanen, ökonomisch und kulturell abgehängten Landesteile Kroatiens die nächste große Herausforderung. Denn gerade dort leben jene Menschen, die zu den großen Verlierern des Privatisierungsprozesses gehören, denen fast jedwede Lebensgrundlage genommen wurde und die fast alternativlos dem Einfluss der katholischen Kirche und neokonservativen Ideologien ausgesetzt sind. (Stojaković in Neues Deutschland, 12.7.2020)

Serbien und Nord-Mazedonien

Auch in Serbien und Mazedonien haben sich seit den 2000ern vielfältige linke Organisationszusammenhänge etabliert, ohne jedoch bisher den Schritt heraus aus der gesellschaftlichen Nische abschließend geschafft zu haben. Mit der Studentenbewegung 2006 haben sich in Serbien, insbesondere in der Hauptstadt Belgrad, unterschiedliche linksradikale Zusammenschlüsse und Nichtregierungsorganisationen gebildet. Ihr Wirkungskreis ist ausdifferenziert, von klassischer Theoriearbeit und politischer Grundlagenbildung (Vesić et al. 2015a; Vesić et al. 2015b), über Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Widerstand gegen den serbisch-nationalen Geschichtsrevisionismus bis hin zur aktiven Teilnahme an sozialen Bewegungen, wie etwa den Demonstrationen gegen das Regime von Aleksandar Vučić 2018 und 2019 im Rahmen des »Linken Blocks« (Stojaković in Neues Deutschland, 10.1.2019) oder der Entgegnung bei Zwangsräumungen, die in der serbischen Gesellschaft zu einem Massenproblem werden. Auch während der Massenproteste gegen das Mega-Bauprojekt »Belgrade Waterfront« hat sich die neue sozialistische Linke aktiv engagiert. In diesem Kontext kam es zu einer punktuellen, programmatischen und organisatorischen Zusammenarbeit mit dem lokalpolitisch-ökologischen Zusammenschluss »Ne da(vi)mo Beograd« (»Wir lassen Belgrad nicht untergehen«), die als Hauptorganisatoren dieser Protestbewegung gelten. Eine langfristige Zusammenarbeit mit der Perspektive einer politisch-taktischen Allianz scheiterte jedoch bisher. Während sich »Ne da(vi)mo Beograd« sozioökonomisch selten eindeutig positioniert und über eine moralisierende

Kritik der allgegenwärtigen Korruption kaum hinausgeht, liegt das Hauptproblem der sozialistischen Linken in ihrer organisatorischen Zerrissenheit, die eine gesellschaftlich relevante, politische Einflussnahme erschwert. Hinzu kommt die aus demokratietheoretischer Perspektive äußerst problematische Gesetzeslage in Serbien, die Parteigründungen zu einer finanziellen Luxusveranstaltung degradiert. Damit ist es vor allem für linke Akteure, die im Regelfall keine nennenswerten finanziellen Kapazitäten haben, nahezu unmöglich, sich parteipolitisch jenseits der existierenden Parteistrukturen zu organisieren.

Diese Problematik ist auch aktuell sichtbar. Der Versuch mehrerer linker Kollektive, sich im Rahmen der seit Mitte der 1990er Jahre existierenden »Socijaldemokratska unija« (Sozialdemokratischen Union) zusammenzuschließen, wurde 2019 zwar mit viel Eifer und Enthusiasmus angegangen, scheiterte aber nach zahllosen Debatten wieder. Der Ursprung dieser Auseinandersetzungen ist sowohl in linksidentitärem Dogmatismus zu suchen als auch in Konstruktionsfehlern des Zusammenschlusses selbst. Dennoch war dies der bisher konkreteste Versuch einer organisatorischen Stärkung der neuen Linken in Serbien. Zusammen mit der slowenischen »Levica« und den beiden kroatischen Parteien »Radnička fronta« und »Nova ljevica« wurde gar eine gemeinsame Deklaration verabschiedet, die inhaltlich Kritik an der postkommunistischen Transition in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens formuliert, vor allem aber die öffentliche Sichtbarkeit dieser neuen politischen Akteure regional stärken soll. (Regionalna solidarnost 2020)

In Nord-Mazedonien hatte sich eine neue sozialistische Linke vor allem in den Jahren 2015 und 2016 äußerst positiv entwickelt, während der Massenproteste gegen das autoritäre Regime des damaligen neokonservativen Premierministers Nikola Gruevski spielte sie gar eine tragende Rolle in der Artikulation gesellschaftlich drängender Probleme. Linksradikale Kollektive wie etwa »Solidarnost« wurden zu regelrechten Anlaufpunkten vor allem unzufriedener Jugendlicher und Studierender. Dieser Protest und somit auch der Einfluss der Linken übertrugen sich auch auf die Universitäten des Landes. Infolge der daran anschließenden Debatten um eine parteipolitische Organisation verschiedener linker Zusammenschlüsse kam es indes schon zu ersten ernsthaften Konflikten um die richtige Strategie, die dann mit der Gründung der Partei »Levica« (Die Linke) nur vertagt wurden. Zahlreiche linke Aktivist:innen, die an der Herausbildung und Etablierung einer neuen Linken in Nord-Mazedonien beteiligt gewesen waren, sind außen vor geblieben, was zu einer Schwächung der programmatischen und organisatorischen Kapazitäten dieser neuen Partei geführt hat. Aus Protest gegen das Prespa-Abkommen, das den Namensstreit zwischen Nord-Mazedonien und Griechenland beilegen sollte, vollführte »Levica« schließlich einen ersten bemerkbaren Rechtsschwenk. Vollends in das rechtspopulistische Lager ist die Partei schließlich bei den kürzlich abgehal-

tenen Parlamentswahlen abgedriftet, bei denen sie mit einem Mix aus sozialpolitischen Forderungen und nationalistischen Ressentiments, insbesondere gegen die albanische Minderheit in Nord-Mazedonien, erstmalig in das nord-mazedonische Parlament einzogen. (Sadiku 2020)

3. Ausblick

Linke Parteien, Organisationen, Bewegungen und Zusammenschlüsse sind in Südosteuropa keine Seltenheit mehr. Was ihnen zumeist noch fehlt, ist gesellschaftspolitische Relevanz und eine Öffentlichkeit, die über das eigene Milieu hinausreicht – und zwar kontinuierlich und nicht nur punktuell. Dies zu erreichen, ist die große Herausforderung, und es scheint, als würde die radikale Linke ihre bisherigen organisationspolitischen Spaltungstendenzen ernsthaft infrage stellen wollen, um nach Wegen des Zusammenschlusses zu suchen. In vereinfachter Form dargestellt, können die neuen Strategien auf drei Ebenen lokalisiert werden: *erstens* Bündnisse im Rahmen konkreter Solidaritäts- und Protestaktionen, *zweitens* Koalitionsbildungen auf lokaler bzw. kommunaler Ebene, *drittens* Strategiedebatten zwecks organisationspolitischer Zusammenschlüsse.

Bündnisse im Rahmen konkreter Solidaritäts- und Protestaktionen haben sich als effektiver Weg erwiesen, die Aktionsfähigkeit kleinerer linker Akteure zu erhöhen. Koalitionsbildungen linker und grüner politischer Akteure auf lokaler und kommunaler Ebene können, wie das Beispiel Zagreb gezeigt hat, zu unerwarteten politischen Erfolgen führen. Allerdings ist die Perspektive solcher Bündnisse für die involvierten linken Akteure von den internen Machtverhältnissen und damit zusammenhängend von der Durchsetzungsfähigkeit sozialistischer Politikinhalt abhängig. Je stärker die linken Elemente in solch einem Bündnis sind, desto höher ist ihre politische Legitimität und die Aussicht auf einen spürbaren Politikwechsel. Für die Linke und ihre organisationspolitische Konsolidierung ist es unerlässlich, dass die roten Haltelinien in solchen Bündnissen klar und transparent kommuniziert werden, auch gegenüber den etwai- gen Koalitionspartnern. Im gegenteiligen Fall läuft die Linke Gefahr, ihre eigene politische Perspektive, also die schrittweise Popularisierung des sozialistischen Projektes, zu verlieren, was zu neuen Spaltungen und organisationspolitischen Debatten führen kann. Solche Bündnisse dürfen kein Selbstzweck sein.

Auch die Frage nach der Teilnahme am parlamentarischen Leben ist strategisch wichtig und darf nicht monokausal betrachtet werden. Weder sollte der Parlamentarismus das einzige Aktionsfeld für die Linke sein, noch sollte das Parlament als real existierender politischer Aushandlungsort liberaler Demokratien vernachlässigt werden. (Oberndörfer 2017: 85f)

Das Problem linker Spaltungen und Kleinstorganisationen ist ja gerade Anlass für die gegenwärtig spürbaren Strategiedebatten. Die häufig marginalen programmatischen Unterschiede zwischen linken Akteuren zu überbrücken, um zumindest eine gemeinsame Aktionsplattform zu etablieren, ist das erklärte Ziel dieser strategischen Diskussionen. Nicht selten sind gar nicht aktuelle politische Unterschiede der Hauptgrund für den hohen Grad an Partikularismus innerhalb des linken politischen Feldes, sondern der Ballast tradierter organisationspolitischer Spaltungen. Will die Linke eine politische Zukunft haben und ihren Zielen von einer umfassenden gesellschaftlichen Emanzipation und Demokratisierung näherkommen, dann wird sie diese häufig ererbten Probleme lösen müssen.

Literatur

- 3k: kapital, klasa, kritika (2014): Kako čitati Marxov kapital? Wolfgang Fritz Haug vs. Michael Heinrich. Zagreb.
- 3k: kapital, klasa, kritika (2015): Teorija države. Zagreb. rosalux.rs/sites/default/files/publications/3k_drugi_broj_web.pdf (25.5.2021).
- 3k: kapital, klasa, kritika (2016): Klasna teorija. Zagreb. rosalux.rs/sites/default/files/publications/3k_treci_broj_web.pdf (25.5.2021).
- 3k: kapital, klasa, kritika (2017): Teorija i kritika ideologije. Zagreb. rosalux.rs/sites/default/files/publications/3k_cetvrtibroj_web_fin.pdf (25.5.2021).
- 3k: kapital, klasa, kritika (2018): Radikalna desnica. Zagreb. rosalux.rs/sites/default/files/publications/3K_05-2018.pdf (25.5.2021).
- Aleksić, Stefan/Musiolek, Bettina/Tamindžija, Bojana (2017): Länderprofil Serbien. Herausgegeben von Clean Clothes Campaign und Rosa-Luxemburg-Stiftung SEE. rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/CCC-CountryProfile-serbia_ger2017_Web.pdf (25.5.2021).
- Becker, Joachim (2014): Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 24(99).
- Becker, Joachim (2017): In the Yugoslav Mirror. The EU Disintegration Crisis. In: Globalizations 14(6).
- Bembič, Branko (2015): Odnosi snaga u slovenskoj tranziciji i organizaciji radničke klase. In: 3k: kapital, klasa, kritika, 2.
- Borba za znanje (2007): Studentski protest 2006. Beograd.
- Buble, Tamara/Kikaš, Mario/Prug, Toni (2018): Mapping Left Actors: Croatia. Beograd. rosalux.rs/bhs/mapping-left-actors.
- Buden, Boris (2009): Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus. Frankfurt a. M.
- Centar za anarhističke studije, Filozofskog fakulteta u Zagrebu (Zentrum für Anarchismusstudien der philosophischen Fakultät Zagreb) (2009): Blokadna kuharica, ili kako je izgledala blokada, Zagreb. blockadedocumentary.net/materijali/blokadna_kuharica.pdf (25.5.2021).
- Furlan, Sašo/Slukan, Nejc/Hergouth, Martin (2018): Mapping Left Actors. Slovenia.

- Belgrad. rosalux.rs/sites/default/files/publications/VIEWPOINTS_LEFT%20ACTORS%20IN%20SLOVENIA.pdf (25.5.2021).
- Horvat, Srećko/Štiks, Igor (2015): Radical Politics in the Desert of Transition. In: dies. (Hrsg.): Welcome to the Desert of Post-Socialism. Radical Politics After Yugoslavia. London.
- Ivandić, Marina/Igor Livada (2015): Lines of (Dis)Continuity. Forms and Methods of Labour Struggle in Croatia, 1990-2014. Belgrad. rosalux.rs/sites/default/files/publications/Research_No_3.pdf (25.5.2021).
- Jagić, Josip (2020): Parliamentary Elections in Croatia. rosalux.de/en/news/id/42710/parliamentary-elections-in-croatia?cHash=952ef7aa3ee3e6a9581e0ebe5e840a40 (25.5.2021).
- Kostanić, Marko (2021): Erdrutschsieg der links-grünen Koalition in Zagreb. rosalux.de/news/id/44436/erdrutschsieg-der-links-gruenen-koalition-in-zagreb?cHash=38fd023e4e80cbc2d371b77f349378e5 (14.6.2021).
- Kraft, Michael G. (2015): Insurrections in the Balkans: From Workers and Students to New Political Subjectivities. In: Horvat, Srećko/Štiks, Igor (Hrsg.): Welcome to the Desert of Post-Socialism: Radical Politics After Yugoslavia. London.
- Matić, Luka (2018): Democratic Socialists Advance in Slovenia. rosalux.rs/bhs/node/1230 (25.5.2021).
- Medarov, Georgi/Musiolek, Bettina/Nikolova, Madlen (2018): Country Profile Bulgaria. Herausgegeben von Clean Clothes Campaign und Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia. fes-bulgaria.org/fileadmin/user_upload/images/publications/CCC-Country-Profile-Bulgaria_ENG.pdf (12.12.2020).
- Možemo (2020): Programski okvir. mozemo.hr/programski-okvir/ (25.5.2021).
- Oberndörfer, Lukas (2017): Zwischen Normal- und Ausnahmestaat. Der Autoritäre Wettbewerbsetatismus und die Krise der Demokratie in Europa. In: Candeias, Mario/Demirović, Alex (Hrsg.): Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung. Münster.
- Petrović, Tanja (2018): On the Way to Europe. EU Metaphors and Political Imagination of the Western Balkans. In: Horvat, Srećko/Štiks, Igor (Hrsg.): Welcome to the Desert of Post-Socialism: Radical Politics After Yugoslavia. London.
- Program Stranke Levica (2018): Blaginja za vse, ne le za peščico. levica.si/wp-content/uploads/2018/04/Levica-volilni-program-2018.pdf (12.12.2020).
- Prug, Toni (2018): Zur politischen Ökonomie im ehemaligen Jugoslawien seit 2000. jugoslawien.org/#/12 (20.5.2021).
- Radenković, Ivan (2016): Foreign Direct Investments in Serbia. rosalux.rs/en/foreign-direct-investments-serbia.
- Radnička fronta (2015): Programski principi Radničke fronte. radnickafronta.hr/o-radnickoj-fronti/programski-principi.
- Regionalna solidarnost (2020): Deklaracija o regionalnoj solidarnosti. [Belgrad/Zagreb. regionalnasolidarnost.info/](https://regionalnasolidarnost.info/).
- Sadiku, Artan (2020): Elections in North-Macedonia. rosalux.de/en/publication/id/42713/elections-in-north-macedonia?cHash=b365c4a5b08dbeccc4caa982b20c6b86 (25.5.2021).
- Stojaković, Krunoslav (2016): Neoliberaler Antikommunismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 61(9).

- Stojaković, Krunoslav (2018): Bürgerkrieg und Enteignung – die Zerstörung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. jugoslawien.org/#/9 (25.5.2021).
- Vesić, Darko/Baković Jadžić, Miloš/Vukša, Tanja/Simović, Vladimir (Hrsg.) (2015a): Bilans stanja. Doprinos analizi restauracije kapitalizma u Srbiji. Belgrad.
- Vesić, Darko/Baković Jadžić, Miloš/Vukša, Tanja/Simović, Vladimir (Hrsg.) (2015b): Vratimo socijalizam u igru. Elementi za promišljanje socijalističke alternative. Belgrad.

Die griechischen Linksparteien in einem turbulenten Jahrzehnt (2010–2020)

von Danai Koltsida

Einleitung

Im turbulenten Jahrzehnt zwischen 2010 und 2020 stand die griechische Linke – und insbesondere SYRIZA – immer wieder, sowohl national als auch international im Rampenlicht politischer und wissenschaftlicher Debatten (siehe Tabelle 1). Die Tiefe und Auswirkungen der Krise im Zeitverlauf und die Reaktionen der griechischen Linken sind zu vielfältig für eine erschöpfende Darstellung. Die vorliegende Analyse konzentriert sich deshalb vor allem auf SYRIZAs Weg zur Macht und die Regierungszeit der Partei, Episoden, deren zentrale Bedeutung außer Zweifel stehen. In geringerem Maße widme ich mich neben SYRIZA auch der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE).¹ SYRIZA und KKE entwickelten diametral entgegengesetzte Antworten auf die neuen Herausforderungen; Antworten, die sich aus grundlegenden und lange bestehenden Unterschieden beider Parteien ergeben (siehe Tabelle 2).² Während SYRIZA als »eine Partei im ständigen Wandel« (Koltsida 2019a) beschrieben werden kann, wird die KKE treffend als »Monolith« (Eleftheriou 2014: 151-184) charakterisiert.

1. Gesellschaftliche Position und Position im Parteiensystem

Bis 2010 blieb die politische Rolle der Linksparteien in Griechenland im Wesentlichen auf Sozialproteste beschränkt. Das griechische Wahlsystem, das der stärksten Partei überproportionale Parlamentsmehrheiten sichert, begünstigte die Entstehung eines inhaltlich konvergierenden Zwei-Lager-Systems, dominiert von der rechten Nea Dimokratia (ND) und der sozialdemokratischen PASOK. Die ersten Anzeichen einer Krise der Repräsentation zeigten sich 2007, als der kollektive Stimmenanteil der beiden dominierenden Parteien zum ersten Mal sank. So fiel die PASOK unter 40%, während die im Parlament vertretenen kleineren Parteien ihre Unterstützung von 6 bis 10% seit 1996 auf 17%

¹ Kleinere linke Parteien (vor allem DIMAR, LAE, ANTARSYA sowie derzeit Mera25) spielten phasenweise eine wichtige Rolle für breitere politische Entwicklungen. Wir konzentrieren uns dennoch auf die beiden einzigen Parteien, die über das gesamte letzte Jahrzehnt hinweg eine bedeutende parlamentarische und gesellschaftliche Präsenz hatten.

² Die Tabelle stützt sich auf Ergebnisse und Einschätzungen von Balabanidis (2019), Charalambous (2012), Eleftheriou (2009; 2014) und Koltsida (2019a).

Tabelle 1: Zentrale politische Entwicklungen auf nationaler Ebene und innerhalb der griechischen Linken (2010 bis 2020)

	Zentrale politische Entwicklungen	Entwicklungen auf der Linken
Mai 2010 – Juni 2012	<p><i>Erstes Memorandum</i> (Mai 2010) Massive Streiks und Proteste Koalitionsregierung PASOK, Nea Dimokratia, LAOS</p> <p><i>Zweites Memorandum</i> (Februar 2012) Parlamentswahlen Mai 2012: SYRIZA zweitplatziert Neuwahlen Juni 2012: Koalitionsregierung ND, PASOK, DIMAR</p>	Sechster Kongress des Linksbündnisses <i>Synaspismos</i> , Spaltung der Partei und Gründung von DIMAR (Juni 2010)
Juni 2012 – Januar 2015	<p>Europa-, Lokal- und Regionalwahlen (Mai 2014) Wahl eines Staatspräsidenten misslingt; Neuwahlen ausgerufen (Dezember 2014)</p>	<p>Landesweites Treffen von SYRIZA-EKM (Vereinte Soziale Front) (Dezember 2012) 19. Kongress der KKE (April 2013) – Wahl von Dimitris Koutsoumpas zum neuen Generalsekretär, nach 22 Jahren unter Führung von Aleka Papatrifa Gründungskongress von SYRIZA als vereinte Partei (Juli 2013)</p>
Januar 2015 – Juli 2019	<p>Parlamentswahlen (Januar 2015): Koalitionsregierung SYRIZA, ANEL Griechisches Referendum (Juli 2015) <i>Drittes Memorandum</i> (Juli–August 2015) Neuwahlen (September 2015): Fortsetzung der Regierung SYRIZA-ANEL Beschluss und Ratifizierung des Prespa-Abkommens (Juli 2018 – Februar 2019); ANEL verlässt die Regierung Ende des Dritten und letzten Memorandums (August 2018) Europa-, Lokal- und Regionalwahlen (Mai 2019) – Schwere Niederlage für SYRIZA, Neuwahlen fürs nationale Parlament angekündigt</p>	<p>Spaltung von SYRIZA, Gründung <i>Volkseinheit (LAE)</i> (August 2015) Zweiter SYRIZA-Parteikongress (Oktober 2016) 20. Kongress der Kommunistischen Partei (April 2017)</p>
Ab Juli 2019	<p>Parlamentswahlen (Juli 2019) – ND Regierung Ausbruch der Corona-Krise (ab März 2020)</p>	Dritter Kongress SYRIZA-Progressive Allianz, geplant für Mai 2020, wegen der Pandemie verschoben

Tabelle 2: Anpassungsfähigkeit versus Konsistenz: Unterschiede zwischen SYRIZA und KKE

	SYRIZA	KKE
Grundstrategie	Anpassungsfähigkeit	Konsistenz
(a) Ideologie & Diskurs	Komplexe, pluralistische Ideologie und politische Identität Starke Präsenz in sozialen Bewegungen plus stark institutionelles Verständnis von Politik Klassenbasierter programmatischer Diskurs, kombiniert mit der Agenda der »neuen Linken« Allgegenwärtige und diachronische Regierungsperspektive, Erbe der eurokommunistischen Wurzeln der Partei	Homogenisierter politischer und ideologischer Diskurs Ausschließlich klassenbasierte Analyse, die sich auf den Archetyp des Industriearbeiters konzentriert Ablehnung jeglicher Regierungsperspektive für die Linke
(b) Parteistruktur	»Hierarchischer Multizentrismus«, formalisierter und wohletablierter Fraktionalismus, relativ autonome, aber schwache lokale Zweigstellen Eher lockere Wahrnehmung der Parteimitgliedschaft und der damit verbundenen Verantwortung, extrovertiertes Parteileben Horizontale Vernetzung und Austauschnetzwerk mit einer breiten Konstellation von Organisationen, Bewegungen und Persönlichkeiten	Stark vertikale Organisation nach dem leninistischen Modell der »Partei neuen Typs« Übergang von einer territorialen zur arbeitsplatz- und sektorbezogenen Organisation »Frontorganisationen«-Strategie in Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen und Bewegungen
(c) Führung	Relativ autonome Führung als einende Kraft in einer fragmentierten Partei Gelegenheit für den Aufstieg charismatischer Führungspersönlichkeiten	Hochgradig institutionalisierte kollektive Führung

steigern konnten. Doch erst das Wahlbeben von 2012 und der Zusammenbruch der PASOK veränderten die Wahldynamik entscheidend.

Die Regierungsfrage

Ausschlaggebend für den politischen Wandel war SYRIZAs Strategie in der Regierungsfrage. Die Partei analysierte die griechische Krise nicht nur als Konsequenz kapitalistischer Dynamik, sondern auch als Folge politischer Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene. Eine »Regierung der Linken« erschien so als möglicher Ausweg. Mit dieser Ausrichtung konnte die Partei den Spielraum nutzen, der sich aus der massiven Abwendung der Wähler:innen

nen von den etablierten Parteien, insbesondere der PASOK, ergab. Ganz anders die KKE, die ausgehend von einer rein auf den Kapitalismus fokussierten Krisenanalyse jede Beteiligung an einer Regierung der Linken ablehnte und als Alternative den Aufbau einer »Volksmacht« propagierte.

In der Folge gingen beide Parteien nach 2012 unterschiedliche Wege: SYRIZA führte als einzige Partei der radikalen Linken in Europa eine Linksregierung, während sich die KKE aus freien Stücken auf die Oppositionsrolle festlegte. Für SYRIZA blieb die Regierungsfrage sowohl im Amt als auch in der Opposition zentral. Die Jahre 2012 bis 2014 können als Vorbereitung auf die Regierungsübernahme verstanden werden,³ die zwischen 2015 und 2019 ausgeübt und deren Lehren und Erfahrungen seitdem kollektiv ausgewertet werden (SYRIZA Zentralkomitee 2020). Für die KKE war die Ablehnung jeglicher Regierungsbeteiligung keine rein taktische, sondern eine grundlegende strategische Entscheidung, die tief mit ihren theoretischen Analysen verbunden ist (Papariga 2019). Diese erlaubt der Partei, ihre ideologische Kohärenz zu bewahren. Zugleich kostet es sie zweifellos auch Stimmen, insofern ein Kreuz bei der KKE von vielen letztendlich als politisch »nutzlose« Stimme für die Regierungsbildung empfunden wurde.

Wahlergebnisse und soziale Basis

2012 war nicht nur für das griechische politische System im Allgemeinen ein Wendepunkt, sondern auch für das innere Gleichgewicht der linken Parteien: Zum ersten Mal seit der historischen Abspaltung der Eurokommunist:innen 1968 war die KKE nicht mehr die größere Partei der griechischen Linken (siehe Tabelle 3).

SYRIZAs Wahlergebnisse nach 2012 widerlegen Vermutungen, es handle sich um eine reine »Flash«-Partei, die nach dem Ende der Krise ebenso schnell wieder verschwinden würde, so, wie sie in der politischen Öffentlichkeit aufgetaucht war. Stattdessen zeigen die Ergebnisse, dass die Partei selbst bei Wahlen zweiter Ordnung, wie Europawahlen, stetig einen Wähler:innensockel von etwa 25% mobilisieren kann, einem Wähler:innenanteil, der bei nationalen Parlamentswahlen wiederholt auf über 30% anstieg. Dennoch ist SYRIZA auf der Ebene der sozialen Komposition ihrer Wähler:innen keine »Catch-All«-Partei, sondern klassenmäßig recht spezifisch aufgestellt: Neben der traditionellen Unterstützung progressiv-liberaler Mittelschichten sowie nach 2007 prekären, aber hochqualifizierten Arbeitnehmer:innen war SYRIZA zuletzt auch bei Arbeitslosen (42%), Student:innen (39%) und Angestellten des privaten Sektors

³ Nach dem Gründungskongress 2013 etablierte SYRIZA eine Programmkommission, deren erklärtes Ziel es war, ein neues detailliertes Programm für eine kommende linke Regierung zu entwerfen (s. SYRIZA Programmkommission 2014).

(33%) überdurchschnittlich erfolgreich (Koustenis 2019). Auch die Wähler:innen-schaft der KKE ist stark klassenspezifisch geprägt. So erhielt die Partei im Juli 2019 in den reinen Arbeiter:innenbezirken Athen-West und dem zweiten Bezirk von Piräus 8,5% bzw. 8% der Stimmen und war damit fast doppelt so stark wie im nationalen Durchschnitt.

Linke in lokal- und Regionaladministrativen

Entsprechend ihrer nationalen politischen Positionen haben Syriza und die KKE auch sehr unterschiedliche Auffassungen von lokaler und regionaler Verwaltung. Syriza bleibt zwar vom Erbe der kommunistischen Erneuerungsströmung beeinflusst, sieht jedoch in der Dezentralisierung ein Mittel zur Transformation des Staates und zur Stärkung partizipatorischer Prozesse. Auch Impulse der globalisierungskritischen Bewegung, etwa im Sinne des Slogans »global denken, lokal handeln«, sowie Einflüsse des »neuen Munizipalismus« spielen eine wichtige Rolle. Dagegen betrachtet sich die KKE als weitgehend abhängig von den Entscheidungen des (bürgerlichen) Zentralstaats und räumt autonomem politischen Handeln unterhalb dieser Ebene wenig Raum ein.

SYRIZAs Wahlergebnisse in den Kommunen und Regionen blieben bislang weitgehend schwach (siehe Tabelle 4). Dies lässt sich mit dem geringen Organisationsgrad der lokalen Gliederungen der Partei erklären. Außerdem konzentrierte sich die Partei im vergangenen Jahrzehnt verständlicherweise auf die nationale politische Arena, was jedoch zu einem Mangel an lokal etabliertem Personal sowie an detaillierten Vorschlägen für die Kommunal- und Regionalpolitik führte.

Bei den Wahlen 2014 und erst recht 2019 öffnete sich die Partei für breitere Bündnisse, vor allem in den Gemeinden. SYRIZA unterstützte Kandidat:innen der PASOK oder unabhängige Kandidat:innen und verbesserte so die Präsenz der Partei. KKE legt seit 2010 einheitliche Listen unter dem Namen *Laiki Sispírosi* (Volksversammlung) vor, wobei sie einer Taktik des Aufbaus von »Front-

Tabelle 3: Wahlergebnisse SYRIZA und KKE

National- (N) und Europa-wahlen (E)		Okt. 2009 (N)	Mai 2012 (N)	Juni 2012 (N)	Mai 2014 (E)	Jan. 2015 (N)	Sept. 2015 (N)	Mai 2019 (E)	Juli 2019 (N)
SYRIZA	Anteil in %	4,6	16,8	26,9	26,6	36,3	35,5	23,7	31,5
	Platzierung	4	2	2	1	1	1	2	2
KKE	Anteil in %	7,5	8,5	4,5	6,1	5,6	5,5	5,3	5,3
	Platzierung	3	5	7	6	5	5	4	4

Quelle: eigene Darstellung auf der Grundlage der offiziellen Wahlberichte des Innenministeriums (www.ekloges.ypes.gr)

organisationen« folgt, die sie zuvor schon in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit etabliert hatte.⁴ Im Jahr 2010, als das erste Memorandum über Finanzhilfen, das Anfang des Jahres mit der Europäischen Troika unterzeichnet wurde, ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung wurde, erwies sich diese Strategie der Politisierung durch Listen, die von Kadern der Partei geführt wurden, als fruchtbar. Doch 2014 und 2019 gingen die Ergebnisse der KKE zurück. Im ersten Fall wurden die Regionalwahlen von 2014 von den Wähler:innen als Vorspiel für die folgenden nationalen Wahlen wahrgenommen, die SYRIZA an die Macht bringen sollten. Die darauffolgenden Regionalwahlen 2019 wurden nach einem neuen Verhältniswahlrecht durchgeführt, sodass die Tatsache, dass die KKE jegliche Zusammenarbeit mit SYRIZA verweigerte, die Wählerschaft zu einer »nützlicheren« Wahl in Bezug auf die Regierungsführung führte.

Zivilgesellschaft: Bewegungen und Gewerkschaften

Die griechische Linke und soziale Bewegungen

Die beiden großen Parteien der griechischen Linken haben einen völlig unterschiedlichen Zugang zu sozialen Bewegungen, was während der Krise noch deutlicher wurde: Die enge Verbindung von SYRIZA mit sozialen Bewegungen bestand bereits vor der Anti-Austeritäts-Mobilisierung. Vonseiten der Partei wurde diese Verbindung stets als zentrale Identitätsfrage und »existenzielle Voraussetzung« (Papanikolopoulos 2019: 121-141) ihrer Arbeit wahrgenommen. In diesem Sinne war die erfolgreiche Verbindung von Syriza mit allen Anti-Austeritäts-Protesten und Solidaritätsinitiativen während der Krise nicht ungewöhnlich. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass die Anti-Austeritäts-Mobilisierung zur Bildung eines mehrheitsfähigen »Anti-Memoranda«-Gesellschaftsblocks führte, den Syriza politisch zu repräsentieren vermochte und an dem sie nicht nur teilnahm, sondern zu einem wesentlichen Bestandteil der Bewegung wurde, während sie gleichzeitig deren Autonomie mit »lobenswerter Diskretion« respektierte.

Der Aufstieg von SYRIZA zur Regierungspartei – und insbesondere die Unterzeichnung des Dritten Memorandums – gefährdete diese Rolle und führte gleichzeitig zu einem Rückzug der Bewegung selbst. Dass SYRIZA alles Engagement auf die Regierungsarbeit fokussierte, führte zunächst dazu, dass der Anti-Memoranda-Block desorganisiert und um wesentliche Ressourcen gebracht wurde. Die Sackgasse bei den Verhandlungen mit der Troika warf zudem die Frage auf, ob es überhaupt eine tragfähige Alternative zum Memorandum

⁴ Nach griechischem Recht dürfen Parteien nicht selbst bei lokalen und regionalen Wahlen antreten; ihnen ist aber erlaubt, lokale Listen zu unterstützen – jedoch nur politisch, nicht finanziell.

Tabelle 4: Die Präsenz von SYRIZA und KKE bei Kommunal- und Regionalwahlen

			2010	2014	2019
SYRIZA	Kommunal	<i>Kommunen mit eigener SYRIZA-Wahlliste</i>	104	213	265
		Kommunale Wahlsiege	0	23	53
		Wahlanteil aller Listen	--	--	17,25%
	Regional	<i>Regionen mit eigener SYRIZA-Wahlliste</i>	13	13	13
		Regionale Wahlsiege	0	2	2
		Wahlanteil aller Listen	4,44%	17,54%	20,20%
KKE	Regional	<i>Regionen mit eigener KKE-Wahlliste</i>	13	13	13
		Regionale Wahlsiege	0	0	0
		Wahlanteil aller Listen	10,98%	8,81%	6,86%

Quelle: Daten und Berechnungen auf Basis von Kostas Poulakis für das Nicos-Poulantzas-Institut 2020

gab. Darüber hinaus nahm die Regierung der Bewegung gewissermaßen auch dadurch den Wind aus den Segeln, dass sie die polizeiliche Unterdrückung der Proteste stoppte und zugleich begann, einige der dringendsten sozialen Probleme (wie die extreme Armut, den Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung usw.) anzugehen. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung im Jahr 2019 hat SYRIZA daran gearbeitet, sich wieder mit den sozialen Bewegungen zu verbinden. So haben beispielsweise lokale Parteigliederungen und die Parteijugend eine Reihe von Protesten gegen die Brutalität der Polizei, gegen die neuen Gesetze zur Hochschulbildung oder das Gesetz zur Einschränkung des Protestrechts und das neue Umweltgesetz aktiv unterstützt.

Für die KKE ist, ganz entsprechend ihrer ausschließlich klassenbasierten Problemanalyse, die Arbeiter:innenbewegung das absolute »Epizentrum« ihrer Aktivitäten. Daneben stehen andere »traditionelle« Bewegungen, wie die von Student:innen und Jugendlichen, Landwirt:innen usw. Viele der neuen sozialen Bewegungen, etwa zu den Rechten von LGBTQI oder ökologischen Fragen, versteht die KKE entweder als nebensächlich oder lehnt sie offen ab.⁵ Auf der Ebene der Taktik organisiert die KKE gewöhnlich getrennte Initiativen und Proteste. Abgesehen von den eigenen parteinahen Frontorganisationen, wie der Gewerkschaft PAME oder der Studierendenorganisation MAS, beteiligt sie

⁵ Siehe etwa Kilakos (2019) für eine detaillierte Kritik moderner Theorien der Individualität, Identität, etc.

sich selten an gemeinsamen Aktionen mit anderen Organisationen. Die Ausnahme sind Generalstreiks und ähnliche Kundgebungen.

Gewerkschaften

Aus vielen Gründen, deren Erläuterung den Rahmen dieser Analyse sprengen würde, befindet sich die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland – zumindest in ihrer traditionellen Form – seit Langem in einer Krise. Gleichzeitig sind seit den 2000er-Jahren neue Basisgewerkschaften entstanden, die ein breites Spektrum oft origineller Initiativen entwickeln und so versuchen junge, vor allem prekär arbeitende Menschen im Tech-Sektor, in Banken, bei Kurierdiensten usw. zu mobilisieren (Anagnostopoulos/Evangelidis 2017; Vogiatzoglou 2018; Zamponi/Vogiatzoglou 2015).

In diesem Zusammenhang war SYRIZA durchweg relativ schwach in der traditionellen Großgewerkschaft des privaten Sektors (GSEE) sowie in geringerem Maße auch des öffentlichen Sektors (ADEDY) vertreten (siehe Tabelle 5). Diese Schwäche trat nach 2012 deutlicher hervor, wurde aber durch den Zusammenbruch PASOKs abgemildert, der die Zusammenarbeit mit ehemaligen PASOK-Mitgliedern in den Gewerkschaften oder gar deren Übertritt zu SYRIZA möglich machte.

Das Fehlen einer starken Verwurzelung in den Gewerkschaften wurde für SYRIZA während der Regierungszeit zu einem ernsthaften Hindernis. Ungeachtet der Bemühungen um die Wiederherstellung der Arbeitnehmer:innenrechte, von Kollektivverträgen und anderen Belangen blieb die Führung der Großgewerkschaften GSEE und ADEDY gegenüber SYRIZA äußerst kritisch, wenn nicht gar feindselig, und positionierte sich sogar gegen klar arbeitnehmerfreundliche Maßnahmen wie die deutliche Anhebung des Mindestlohns (Koltsida 2019b).

Dagegen hatte SYRIZA, neben anarchistischen und linksradikalen Organisationen, eine starke Präsenz in den neuen Basisgewerkschaften, vor allem jenen in besonders prekären Sektoren. In der Regierungsarbeit schlug sich diese Verbindung in einer Reihe von Maßnahmen, wie jenen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit oder für mehr Transparenz bei der Erfassung von Überstunden, nieder. Das Gesamtbild des durchwachsenen Verhältnisses zu den Gewerkschaften wurde auch innerhalb der Partei als strategisches Problem selbstkritisch diskutiert (SYRIZA-Zentralkomitee 2020): »Es ist uns nicht gelungen, ein neues Modell des Syndikalismus zu erfinden, das nicht von der Regierung abhängig ist, aber mit ihr in produktivem Austausch steht. Einen Syndikalismus, der breite Koalitionen aufbaut, der auf Fehler und Versäumnisse der Regierungsarbeit hinweist und ihre Korrektur fordert, aber parallel dazu auch in kritischer Weise eine Regierungspolitik unterstützt, die darauf abzielt,

dem Allgemeinwohl zu dienen, auch wenn es gegen egoistische Einzelinteressen oder Anachronismen durchgesetzt werden muss.«

Die Krise der Gewerkschaften beschäftigte auch seit Jahren die KKE. Die Antwort der Partei bestand in der Gründung von PAME (1999), einer direkt mit der KKE verbundenen Organisation, die an den Wahlen der etablierten nationalen und regionalen Gewerkschaften teilnimmt, aber eine eigene Struktur und eine eigene Agenda hat. Die KKE ist traditionell viel stärker als SYRIZA in den Gewerkschaften vertreten, insbesondere in denen des privaten Sektors (siehe Tabelle 5). In ihren offiziellen Dokumenten (KKE 2017) betont die Partei die Notwendigkeit einer Repolitisierung der Arbeiterbewegung: »Der grundlegende Inhalt der Neuaufstellung der Arbeiterbewegung besteht im Aufbau und der Weiterentwicklung ihrer Fähigkeit, im Bündnis mit den Volksschichten der Selbständigen und Bauern der Strategie des Kapitals und der kapitalistischen politischen Macht entschlossen und effektiv entgegenzutreten. Die Umsetzung dieser Aufgabe setzt die Intensivierung des ideologisch-politischen Kampfes in der Gewerkschaftsbewegung voraus. [...]«

Allianzen

Die Frage der politischen Allianzen stand für SYRIZA während des gesamten letzten Jahrzehnts im Mittelpunkt. Ab 2010 verfolgte SYRIZA die Bildung eines Anti-Memoranda-Bündnisses – nicht nur mit Parteien und Organisationen, sondern auch mit Personen des öffentlichen Lebens, die sich von den Pro-Austeritäts-Parteien verabschiedet hatten. Die Austeritäts-Frage blieb auch nach den nationalen Parlamentswahlen vom Januar 2015 zentral. Angesichts der Weigerung der KKE, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, entschied SYRIZA sich zur Zusammenarbeit mit der kleinen rechtspopulistischen Partei ANEL (Unabhängige Griechen). Diese Zusammenarbeit wurde auch nach der Unterzeichnung des Dritten Memorandums fortgesetzt. Gemeinsames Anliegen war die »Konfrontation mit dem alten und korrupten Establishment«.

Dies änderte sich nach der Unterzeichnung des Prespa-Abkommens zur Anerkennung der Republik Nord-Mazedonien im Jahr 2018, das von ANEL scharf bekämpft wurde und schließlich zum Austritt der Partei aus der Regierung führte. Dies verschob die politische Konfrontation in Richtung einer progressiven/konservativen Spaltung, was dazu führte, dass SYRIZA Allianzen mit Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten anstrebte, die der Mitte/Mitte-Links und den Liberalen angehören (von DIMAR, Potami, PASOK usw.). Als Ergebnis wurde eine neue Koalition für die europäischen und nationalen Wahlen 2019 gebildet, die den Namen SYRIZA – Progressive Allianz trug.

Ungelöst bleibt jedoch die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit der PASOK, der eine Reihe von Hindernissen im Weg steht: Dazu gehört die Tatsache, dass ein Großteil der Führung zuvor die politischen Entscheidungen der

Tabelle 5: Stimmenanteile der von SYRIZA und KKE unterstützten Listen in nationalen Gewerkschaftsverbänden (in %)

		2010	2013	2016	2019/20
Privater Sektor (GSEE)	SYRIZA	6,08	10,40	14,30 ^a	11,86 ^b
	KKE	20,92	22,22	22,55	19,58
Öffentlicher Sektor (ADEDY)	SYRIZA	10,00	16,50	15,17	14,22
	KKE	11,40	13,11	17,75	18,63

^a SYRIZA und die Linksabspaltung Volkseinheit (LAE) traten für die Gewerkschaftslisten gemeinsam an.

^b SYRIZA ging mit zwei Listen ins Rennen, deren Ergebnis hier in der Summe angegeben ist.

Quelle: Pressemitteilungen der jeweiligen Fachverbände (GSEE/ADEDY) (2020)

rechten ND mitgetragen hatte; der implizite Antagonismus zwischen SYRIZA und PASOK hinsichtlich des »wahren« Erbes von Ex-Ministerpräsident Andreas Papandreu und seiner ersten radikalen Jahre in der Regierung in den 1980er Jahren. Schließlich geht es auch um die Partnerschaft mit den Sozialdemokraten in Europa. Nach SYRIZAs Regierungsantritt nahmen die europäischen Progressiven und Sozialdemokraten (PES) formale Beziehung zu Alexis Tsipras auf und luden ihn als Beobachter zu den PES-Treffen im Vorfeld ihres Gipfeltreffens ein. Dies löste heftige Reaktionen des PES-Mitglieds PASOK aus.

Wie bereits dargestellt wurde, nimmt die KKE die Frage der Allianzen ganz anders wahr. In Parteidokumenten wird nur auf das »soziale Bündnis« von Arbeiterklasse und anderen Volksschichten Bezug genommen, das –»aufgrund seines Charakters als Bündnis sozialer Bewegungen – weder eine Form der Zusammenarbeit zwischen Parteien noch eine Form der Zusammenarbeit der KKE mit anderen Massenorganisationen ist. In dem Maße, in dem politische Kräfte kleinbürgerlichen Charakters an der Vereinigung eines sozialen Bündnisses beteiligt sind, werden sie sich mit den Kommunisten im gemeinsamen Kampf auf der Ebene der Bewegung zusammenfinden, innerhalb derer ein ideologisch-politischer Kampf geführt werden wird.« (KKE 2017) Gegenwärtig werden jedoch alle politischen Kräfte Griechenlands als »bürgerlich«, »sozialdemokratisch« oder »opportunistisch« betrachtet.

2. Strategische Orientierung

Die divergierenden Entscheidungen von SYRIZA und KKE lassen sich auf die tiefen analytischen und strategischen Unterschiede zurückverfolgen, die ihr Verständnis von Kapitalismus und Sozialismus charakterisieren.

Verständnis von Kapitalismus und Sozialismus

In den offiziellen Dokumenten von SYRIZA (2013a) wird der Sozialismus als ein strategisches Ziel beschrieben: »Sozialismus ist weder die Verschönerung des Kapitalismus noch seine sogenannte Verwaltung ›im Sinne des Volkes‹. [...] Für uns ist der Sozialismus eine Form der Organisation der Gesellschaft, die auf sozialem – und nicht staatlichem – Eigentum und Verwaltung der Produktionsmittel beruht. Er fordert Demokratie in allen Zellen und allen Bindegliedern des öffentlichen Lebens, sodass die Arbeiter:innen durch gewählte Organe die Produktion planen, leiten, kontrollieren und schützen können, während sie sie auf die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse ausrichten. [...] In dem Versuch, das traditionelle Dilemma zwischen Reform und Revolution zu überwinden, sieht Syriza den Sozialismus als Ziel, aber auch einen Weg des ständigen Kampfes, mit Perioden der Spannung und Perioden der Rezession, mit Brüchen, Sprüngen und großen Einschnitten. Es ist ein Weg zu langfristigen Zielen, der jedoch im Heute beginnt.«

Drei Jahre später (SYRIZA 2016) versucht die Partei, die Vision des Sozialismus mit ihren eigenen tatsächlichen Regierungserfahrungen zu verbinden: »Wir sind keine Linke der Flucht und nationalen Isolation, sondern eine Linke, die sich nicht scheut, ins Feuer zu gehen, im Kampf für die Verteidigung der Interessen des Volkes. Die Verteidigung der sozial Schwachen vor einer noch nie dagewesenen Intensität von Plünderung und Zerstörung ist die Voraussetzung für jeden Plan, der die soziale Transformation, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, als Horizont hat. Denn diese Menschen, diese sozialen Klassen sind die Träger des Neuen, und das Neue kann nicht auf Ruinen aufgebaut werden.«

Der Sozialismus steht auch in den jüngsten Parteidokumenten (SYRIZA Zentralkomitee 2019) im Mittelpunkt, in denen die gegenwärtige Phase des Kapitalismus als seine »aggressivste, globalisierteste, neoliberalste, unmenschlichste Form« beschrieben wird. Der Gegenentwurf, »Sozialismus, Demokratie und Freiheit« wird als »befreiender Prozess, mit Brüchen und Zusammenstößen, ohne deterministisch vorgegebenen Kurs« beschrieben.

Die KKE (2017) sieht den »gegenwärtigen Kapitalismus [als] von äußerst scharfen Widersprüchen durchdrungen« an. »Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich, der Trend zur absoluten und relativen Verelendung der Arbeiterklasse wird stärker, der Prozentsatz der Langzeitarbeitslosigkeit und die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse steigen, alle sozialen Widersprüche verschärfen sich.« Zu den prioritären Aufgaben der Partei gehört demnach die Förderung der »Notwendigkeit und Aktualität des Sozialismus« und der Kampf gegen »veralterte« Ideen über die Möglichkeit einer Übergangsregierung, die »den Weg für [einen] revolutionären Umsturz ebnen« könnte, oder die Existenz einer »vorübergehenden Zwischenform der Macht« zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Soziale und politische Konfliktlinien

Im vergangenen Jahrzehnt kam es zu einigen sehr interessanten Neuinterpretationen der politischen Spaltung zwischen der Linken und der Rechten in Griechenland (siehe Tabelle 6). SYRIZA gelang es letzten Endes, sämtliche Dimensionen dieser Spaltung erfolgreich zu reformulieren und in ihren Diskurs und in ihre politische Praxis zu integrieren, vor allem, indem die Partei das öffentliche Leben repolitisierte. Ausgehend von einer tiefen Klassenspaltung, die das Zentrum der Anti-Austeritäts-Kämpfe war, nahm SYRIZA historische Bezüge in seinem Diskurs auf (z.B. durch Tsipras' ersten Besuch als Premierminister in Kaisariani, dem höchst symbolischen Ort der Erschießung kommunistischer Widerstandskämpfer:innen durch die deutsche Wehrmacht im Jahre 1944) und betonte ein weiter gefasstes Verständnis von Fortschrittlichkeit als wesentliche Grundlage der Linken.

Im Gegensatz dazu betrachtete die KKE nicht nur alle Spaltungslinien der Gesellschaft jenseits des Kapital-Arbeit-Konflikts als zweitrangig, sondern weigerte sich auch, zu ihnen Stellung zu beziehen. Die Partei lehnte die Idee eines sozialen und politischen Blocks gegen die Austeritäts-Memoranda ab (Borbotis 2019) und warf SYRIZA vor, eine »falsche Gegenüberstellung von ›Memorandum/Anti-Memorandum‹« und eine »schwammige Anti-Memoranda-Rhetorik« zu befördern, die »die nationale Bourgeoisie freisprach und die Wut des Volkes so vom wahren Gegner ablenkte«. Ebenso lehnt die Partei das politische Narrativ eines Konfliktes zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften ab (Opsimos 2019).

Themen und Aktionsfelder

Die wirtschaftliche Lage und die hohe Arbeitslosigkeit waren im vergangenen Jahrzehnt durchgängig die wichtigsten Themen der griechischen Gesellschaft. In diesem Zusammenhang räumte SYRIZA sowohl Fragen der Arbeitsverhältnisse wie z.B. der Wiederherstellung der Arbeitsrechte und kollektiver Tarifverträge, dem Kampf gegen die Schwarzarbeit und hierzu die Einrichtung eines wirksamen Kontrollmechanismus, der deutlichen Anhebung des Mindestlohns eine zentrale Stellung ein. Ebenso standen wohlfahrtsstaatliche Initiativen im Vordergrund, etwa der bedingungslose Zugang aller zum öffentlichen Gesundheitssystem und die Verbesserung seiner Wirksamkeit sowie die Reform der Sozialleistungen und die Schaffung neuer Instrumente, etwa einer Mindestsicherung durch das sogenannte Solidaritäts-Sozialeinkommen.

Zugleich konzentrierte sich SYRIZA auf drei weitere Themen: Menschenrechtsfragen, internationale Beziehungen und den Kampf gegen die Korruption. Im Bereich der Menschenrechte verabschiedete die Regierung Gesetze zur gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft, zur rechtlichen Anerkennung der geschlechtlichen Identität und zu den Rechten von Gefangenen. Sie rati-

fizierte das Istanbul Abkommen zur Gewalt gegen Frauen und reformierte das Staatsbürgerschaftsgesetz. Auf internationaler Ebene übernahm SYRIZA die Verantwortung für die Beilegung des langjährigen Streits um den Namen Nord-Mazedoniens, wie das Nachbarland seit Unterzeichnung des historischen Prespa-Abkommens genannt wird, und bemühte sich um die Entwicklung einer vielschichtigen Außenpolitik auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerraum. Was die Korruptionsbekämpfung angeht, ergriff SYRIZA während der Regierungszeit Initiativen zur Verbesserung von Transparenz und Unabhängigkeit im Mediensektor, im Gesundheitswesen und in der Arzneimittelzulassung, in den Parteifinancen, bei der Vergabe von Bankkrediten usw. Zugleich verfolgte sie die Untersuchung von Strafsachen im Zusammenhang mit angeblicher Korruption von Staats- oder Parteifunktionären.

Die KKE konzentrierte ihre Bemühungen unter anderem auf Fragen der Arbeitsrechte und der Löhne, des Wohlfahrtsstaates, des Gesundheitswesens, der Bildung und des Wohnungswesens. Die Partei positionierte sich gegen die Gesetze zur Stärkung von LGBTQI-Rechten und gegen das Prespa-Abkommen. Dabei lehnte die Partei das Abkommen – im Unterschied zu nationalistischen Kräften – nicht ab, weil es den Interessen Griechenlands schade, sondern weil es Teil der imperialistischen Dynamik in der Region sei. Generell entwickelte die Partei wichtige Initiativen zu Fragen des Antiimperialismus und der Friedenspolitik. Schließlich interpretiert die KKE das Phänomen der Korruption als dem Kapitalismus inhärent und betrachtet es daher als zweitrangiges Thema – obwohl sie die Untersuchung angeblicher Skandale unterstützt hat.

3. Selbstverständnis und Organisation der Linksparteien

Die Erfahrungen an der Regierung und die Zugeständnisse, zu denen SYRIZA nach Unterzeichnung des Dritten Memorandums gezwungen war, stellten die Partei vor beispiellose Herausforderungen, die sich erheblich auf das Selbstbewusstsein und die Organisation der Partei auswirkten. Wie von Baltas (2018) bemerkenswert beschrieben, »ist die Perspektive, die sich aus der Position eines Ministeriums eröffnet, ganz offensichtlich eine Perspektive ›von oben‹, eine Perspektive der Macht, [die] neues Wissen hervorbringt«. Dieses Wissen und die Fähigkeit zu regieren sind »der oppositionellen Perspektive nicht zugänglich«. Gleichzeitig aber basiert dieses neue Wissen – gerade weil es von oben kommt – auf »stark verallgemeinerten Bildern, homogenisierten Situationsbeschreibungen und arithmetischen (statistischen) Daten. Dieses Wissen neigt daher dazu, relevante Differenzierungen zu verwischen, Fragen oder Probleme zu verallgemeinern und das Allgemeine und Abstrakte auf Kosten des Greifbaren und Konkreten zu betonen«. Diese widersprüchliche Art der Erfah-

rung gilt auch für SYRIZA als kollektives Organ und kann eine gewisse – wenn auch nicht vollständige – Transformation ihres Selbstverständnisses erklären: Im Zuge der neuen Umstände und des Versuchs, die verbreiterte Wähler:innenbasis der Partei einzubeziehen, erweiterte sich auch die politische Perspektive der Partei. Während ideologischer und politischer Pluralismus für SYRIZA nicht neu sind (SYRIZA-Zentralkomitee 2020), wird nun der Schwerpunkt auf eine breite, sogar mehrheitliche, gesellschaftliche Beteiligung in der Partei gelegt: »[R]adikal ist es, die sozialen Beziehungen entsprechend den Interessen der großen gesellschaftlichen Mehrheit umgestalten zu können. Der

Tabelle 6: Bedeutungsverschiebung der Links-Rechts-Spaltung im historischen Verlauf

Bürgerkrieg/ Diktatur (1949–1974)	Post-Diktatur- Ära (1974–1996)	Millenium (1996–2010)	Krise (2010–2014)	SYRIZA- Regierung (2015–2019)
Kein direkter Klassenbezug	Starker Klassen- bezug	Konvergieren- des Zwei-Lager- System	»Fokus«: Memoranda/ Anti-Memo- randa-Unter- scheidung	Historische Bezüge
Rechter Pol: »Patriotismus« und nationale Idee vs. »kom- munistische Ver- schwörung«	Rechter Pol: Wirtschafts- liberalismus + gesellschafts-po- litischer Konser- vativismus	Rechter Pol: Nationalismus, Anti-Migrations- Diskurs, Traditi- onalismus, Rolle der Kirche	Euroskeptizis- mus/Pro-Euro- päische Haltung	Wiederauf- leben des Klassenkonflikts
Linker Pol: »Anti-rechte« demokratische Koalition	Linker Pol: Staats-inter- ventionistische Wirtschafts- politik, Wohl- fahrtsstaat, gesellschafts-po- litischer Libera- lismus	Linker Pol: Ökologie, »Neue Politik«, Multi- kulturalismus, Freiheitsrechte		Gesellschaftli- cher Fortschritt
Werte- und Einzel-Themen- bezogene Konfliktlinie, nicht strukturell		Ideologische Konfliktlinie; re- duzierte Signifi- kanz der Rechts- Links-Achse	Wiederauf- leben der Rechts-Links- Achse	Rechts-Links- Achse wieder strukturierendes Element politi- scher Repräsen- tation

Daten und Analysen: Provi (2008), Tsatsanis (2009), Vernardakis (2011), Voulgaris (2013), Stathopoulos (2014), Katsanidou (2015), Kornetis (2019), Lambrinou (2019), Balabanidis (2019)

Weg, den wir einschlagen wollen, bedeutet in erster Linie eine breite gesellschaftliche Teilhabe. [...] Es ist der Weg der Mehrheit [...] Wir brauchen ein politisches Vehikel, das allen Linken, Fortschrittlichen, Demokraten und vernünftigen Bürger:innen offen steht.« Umgekehrt spiegelt die Zeit an der Regierung auch spezifische organisatorische Entscheidungen und Charakteristika SYRIZAs wider. Zunächst einmal setzte ihr Weg zur Macht einen Einigungsprozess in Gang: Nach fast einem Jahrzehnt als Koalitionsallianz wurde SYRIZA 2013 eine einheitliche Partei.

Auf organisatorischer Ebene erbte SYRIZA viele der Merkmale seines Hauptbestandteils *Synaspismos* (siehe Tabelle 2), beschäftigte sich aber parallel dazu aktiv mit den Auswirkungen einer möglichen Regierungszeit auf Leben und Organisation der Partei. So finden sich schon 2013 in ihrer Satzung (SYRIZA 2013b) spezifische Hinweise bezüglich der Beziehungen zwischen Partei, Fraktion und Regierungsvertreter:innen: »SYRIZA hängt als demokratische Massenpartei der Linken von der Unterstützung der gesellschaftlichen Kräfte ab und macht ihr Überleben nicht von der Beziehung zu staatlichen Mechanismen abhängig. Regierungsbeteiligungen SYRIZAs folgen den allgemeinen politischen und programmatischen Richtlinien, die von den Führungsgremien der Partei entwickelt werden. Im Falle einer Beteiligung an der Regierung des Landes bewahrt die Partei in jedem Fall seine organisatorische und politische Autonomie gegenüber der Regierung und dem Staat.«

Die KKE hingegen ist nach dem Vorbild der leninistischen Partei neuem Typs organisiert. Sie versteht sich als »die Partei der Arbeiterklasse, ihre bewusst organisierte ideologisch-politische Avantgarde, [und] ihre höchste Organisationsform« (KKE 2013) und zeichnet sich durch eine zentralisierte, hierarchisierte und rigide Organisation aus, die nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus funktioniert. Die Tatsache, dass sich die KKE als revolutionäres kollektives Subjekt versteht, führt dazu, dass sie »die vorrangige Pflicht eines jeden Parteimitglieds« darin sieht, »die Existenz der Partei selbst und jene Grundbedingungen zu verteidigen, die es ihr ermöglichen, die Arbeiterklasse bei der Erfüllung ihrer historischen Mission zu führen«. Dies erklärt auch, warum die KKE eher eine Strategie des »Überlebens« (Eleftheriou 2014) als der Expansion betreibt.

4. Haltungen zu Europa

Die Rolle der EU und der Eurozone in der griechischen und europäischen Wirtschaftskrise und die Tatsache, dass SYRIZA die Krise »seit ihrem Ausbruch als rein exogen, als europäisch und nicht als griechisch« interpretiert hatte (Balabanidis 2019), zwang die Partei zu einem Balanceakt: zwischen ihrer tra-

ditionellen Position eines kritischen linken Europäismus und einer eher ethnozentrischen Perspektive abzuwägen. Aus einer kritischen linken Position heraus vertrat SYRIZA die Ansicht, dass die Ursachen der Krise in der neoliberalen Architektur der EU und des Euro liegen. Sie forderte daher tiefgreifende, von den Kräften der Linken geleitete Veränderungen, um eine echte europäische Integration zu erreichen. Im Gegensatz dazu führte die ethnozentrische Orientierung zu einem Aufruf zur Achtung der Souveränität des Volkes und der Nationen, der die politischen Entscheidungen der europäischen Eliten im Umgang mit der Finanzkrise und insbesondere die Rolle der deutschen Regierung darin angriff. Diese beiden Positionen auszubalancieren, war eine Gratwanderung für die Partei. Noch komplizierter wurde es bei der Umsetzung des Dritten Memorandums, da die Bedürfnisse der Regierungsführung und die offiziellen internationalen Beziehungen des Landes berücksichtigt werden mussten.

SYRIZA entwickelte bedeutende Impulse bezüglich der europäischen Ebene. Vor ihrem Machtantritt versuchte die Partei, eine Solidaritätsbewegung in den europäischen Gesellschaften zu etablieren, die auch von anderen Parteien der europäischen Linken unterstützt werden sollte. Dies führte zur Nominierung Alexis Tsipras' zum Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2014. Während ihrer Regierungszeit war die Partei dann eine zentrale Kraft, die die Länder des europäischen Südens zur Zusammenarbeit antrieb, sowie Mitgründerin des Europäischen Forums der Linken, Grünen und Progressiven Kräfte. Für SYRIZA (2016) befindet sich die Europapolitik der Partei »jetzt in einer anderen Phase als die der Erklärung richtiger, aber allgemeiner Ziele für die Neugründung der EU. Die Initiativen für die Zusammenarbeit der europäischen Länder des Südens, aber auch für die Zusammenarbeit der politischen Kräfte der Linken, der Sozialdemokratie und der Grünen sind zentrale Interventionen, die für die größte Partei der europäischen Linken angemessen sind und die politische Landkarte Europas verändern können.«

In einer ganz anderen Richtung hat sich die KKE konsequent für den Austritt Griechenlands aus der Eurozone und langfristig aus der EU eingesetzt. Die Partei lehnt den politischen Kosmopolitismus ebenso ab wie eine nationalistische Version des Euroskeptizismus, die zu einem »kapitalistischen Griechenland mit einer ›nationalen Währung« führen würde. Nach Ansicht der Partei (KKE 2017) »muss die werktätige Volksbewegung in Griechenland und in ganz Europa mit koordinierten Streiks und einem umfassenden Gegenangriff alle Widersprüche in der Eurozone und der EU ausnutzen, die zu Rissen führen«. Auf diese Weise sollte die europäische Linke auf Reformen zugunsten der Arbeiterklasse drängen (z.B. in Bezug auf Arbeitsrechte, Löhne, den Schutz des Sozialstaates oder das öffentliche Eigentum an Versorgungsbetrieben), auch wenn die KKE nicht glaubt, dass es innerhalb der EU zu »echten« Veränderun-

gen kommen kann. Die Partei priorisiert die Koordinierung der Bewegungen in der EU, während sie Strategien zur Intervention auf institutioneller Ebene in der EU und der Eurozone herunterspielt.

Abschließende Bemerkungen

Die aktuellen Charakteristika von SYRIZA und KKE spiegeln die unterschiedlichen Wege wider, die die griechische Linke seit der historischen Spaltung von 1968 gegangen ist. Diese Wege haben sich nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise noch weiter auseinanderentwickelt, was zu den unterschiedlichen Analysen der Krise, die von den beiden Parteien vorgenommen wurden, und zu unterschiedlichen strategischen und programmatischen Entscheidungen führte. Die anschließende Beteiligung von SYRIZA an einer linken Regierung bewirkte, dass sich die Kluft zwischen SYRIZA und KKE weiter vertiefte. Im neuen Jahrzehnt mit neuen Krisen befinden sich nun sowohl SYRIZA als auch die KKE in einer ganz anderen Lage als 2010. Ob diese neuen Herausforderungen die beiden historischen Komponenten der griechischen Linken weiter auseinanderreiben oder ob diese SYRIZA und die KKE stattdessen in eine andere, konvergentere Richtung bewegen werden, bleibt abzuwarten.

Literatur

- Anagnostopoulos, Aris/Evangelinidis, Angelos (2017): The experience of grassroots syndicalism in Greece: Workplace restructuring and the role of traditional trade unions in the tertiary sector. In: Lazar, Sian (Hrsg.): *Where are the unions? Workers and Social Movements in Latin America, the Middle-East and Europe*. London.
- Balabanidis, Yiannis (Hrsg.) (2019): SYRIZA. Éna kómma en kinísi. Apó ti diamartiría sti diakivérnisi [SYRIZA. Eine Partei in Bewegung. Vom Straßenprotest in die Regierung]. Athen.
- Baltas, Aristides (2018): Entós parenthéseos? Kivernósa rizospastikí Aristerá. *Períodos próti* (25 Ianouaríou 2015 – 21 Avgoustou 2018) [Die radikale Linke an der Regierung (25. Januar 2015 bis 21. August 2018)]. Athen.
- Borbotis, Costas (2019): Sosialdimokratía: Diakhroniká epikíndinos ekhthros tou ergatikoú kinimatos (B' méros) [»Die Sozialdemokratie: Ewiger Feind der Arbeiterbewegung«]. In: *Kommounistikí Epitheórisi* [Kommunistische Umschau] 5, September bis Oktober 2019. komep.gr/m-article/Socialdimokratia-Diakhronika-epikindynosexthros-toy-ergatiko-kinimatos-B-meros/ (31.8.2020).
- Charalambous, Giorgos (2012): Understanding the Greek Communist Party. In: *Hellenic Observatory LSE*. blogs.lse.ac.uk/greeceatlse/2012/09/02/understanding-the-greek-communist-party/ (31.8.2020).
- Eleftheriou, Costas (2009): The uneasy »symbiosis«. Factionalism and Radical Politics. In: *Hellenic Observatory LSE*. lse.ac.uk/Hellenic-Observatory/Assets/Documents/

- HO-PhD-Symposia/The-4th-HO-Phd-Symposium/26-Juni/Session-1/Panel-1-Political-Parties-II-Cleavages-Electoral-Politics.pdf (31.8.2020).
- Eleftheriou, Costas (2014): Rogmés ston monólitho? [Risse im »Monolith«?]. In: *Voulgaris, Yiannis/Nicolacopoulos, Illias* (Hrsg.): 2012 – O diplós ekloyikós sismós [Das doppelte elektorale Erdbeben]. Athen.
- Kilakos, Dimitri (2019): Atomikí elefthería: Míthos kai pragmatikótita [Individuelle Freiheit: Mythos und Realität]. In: *Kommounistikí Epitheórisi* 4. komep.gr/m-article/Atomiki-eleytheria-Mthos-kai-pragmatikotita/ (Zugriff: 31.8.2020).
- Koltsida, Danai (2019a): SYRIZA: Una trasformazione continua [SYRIZA. Ständige Transformation]. In: *Alternative per IL Socialismo* 55, 86-93.
- Koltsida, Danai (2019b): Greece: Back on track after 10 years, transform! Europe network, 12.2.2019. transform-network.net/blog/article/greece-back-on-track-after-10-years/ (31.8.2020).
- Koustenis, Panagiotis (2019): O ekloyikós kíklos tis krísis [Der Wahlzyklus der Wirtschaftskrise]. In: *Newspaper Ephimerída ton Sintaktón*, 14.7.2019. efsyn.gr/themata/thema-tis-efsyn/203581_epistroti-ston-dikommatismo-kai-tis-aytodynames-kyberniseis (31.8.2020).
- Opsimos, Vassilis (2019): To dípolo »próodos – sintírissi« os ergalío exapátisis [Der »Fortschritt-Konservatismus«-Gegensatz als Instrument der Täuschung]. In: *Kommounistikí Epitheórisi* 3. komep.gr/m-article/To-dipolo-proodos-syntirisi-os-ergaleio-eksapatisis/ (31.8.2020).
- Papanikolopoulos, Dimitris (2019): SYRIZA kai kinoniká kinímata [SYRIZA und die sozialen Bewegungen]. In: *Balabanidis, Yiannis* (Hrsg.): SYRIZA. Éna kómma en kinísi. Apó ti diamartiría sti diakivérnisi [SYRIZA. Eine Partei in Bewegung. Vom Straßenprotest in die Regierung]. Athen.
- Papariga, Alékas (2019): I stratigiki simasia tis árnisis simmetokhís tou KKE se astiki kivérnisi (2012–2015) [Zur strategischen Bedeutung der Weigerung der KKE sich an der bürgerlichen Regierung zu beteiligen (2012–2015)]. In: *Kommounistikí Epitheórisi* 5. komep.gr/m-article/I-stratigiki-simasia-tis-arnisis-symmetoxis-toy-KKE-se-astiki-kybernisi-2012-2015/ (31.8.2020).
- Vogiatzoglou, Markos (2018): Re-paving the path to hell? Greek trade unions amid crisis and austerity [Den Weg zu Hölle neu pflastern? Die griechischen Gewerkschaften zwischen Krise und Austerität]. In: *Lehndorff, Steffen et al.* (Hrsg.): *Rough waters. European trade unions in a time of crises*. Brüssel, 117-134. etui.org/sites/default/files/Rough%20Waters-2018%20Web%20version.pdf (31.8.2020).
- Zamponi, Lorenzo/Vogiatzoglou, Markos (2015): Organising workers' counter-power in Italy and Greece [Die Organisierung der Gegenmacht von Arbeiter:innen in Italien und Griechenland]. In: *Buxton, Nick/Bélangier Dumontier, Madeleine* (Hrsg.): *State of Power 2015. An annual anthology on global power and resistance*. Amsterdam.
- Parteidokumente*
- SYRIZA Zentralkomitee (2019): Dimokratikó kálesma éntaxis ston SIRIZA-Proodeftikí Simmakhía [Demokratischer Aufruf zum Beitritt zu SYRIZA-Progressive Allianz]. syryza.gr/upload/85301_1.pdf (31.8.2020).
- SYRIZA Zentralkomitee (2020): Apoloyismós SYRIZA 2012-2019 [Auswertung der Zeit 2012-2019, beschlossen von der Plenarversammlung vom 15/16.2.2020]. syryza.gr/

- article/id/94170/Apologismos-SYRIZA-2012-2019.html (31.8.2020).
- KKE (2013): Statutes of the KKE [Statuten der KKE, angenommen auf dem 19. Parteikongress]. inter.kke.gr/en/articles/STATUTES-OF-THE-KKE/ (31.8.2020).
- KKE (2017): Political Resolution of the 20th Congress of KKE [Politische Resolution des 20. Kongress der KKE]. inter.kke.gr/en/articles/POLITICAL-RESOLUTION-OF-THE-20th-CONGRESS-OF-THE-KKE/ (31.8.2020).
- SYRIZA (2013a): Idrítiki Diakíríxi [Gründungsdeklaration, angenommen auf dem ersten SYRIZA-Parteikongress]. syriza.gr/page/idrytikh-diakhryksh.html (31.8.2020).
- SYRIZA (2013b): Katastatikó [Statuten, angenommen auf dem ersten SYRIZA-Parteikongress]. syriza.gr/pdfs/katastatiko.pdf (31.8.2020).
- SYRIZA Programmkommission (2014): Report, Ephimerída I Avyí. avgí.gr/arheio/102172_apologismos-tis-epitropis-programmatos (31.8.2020).
- SYRIZA (2016): Politikí Apóphasi 2ou Sinedríou [Politische Resolution des Zweiten Parteikongresses]. syriza.gr/article/id/67313/Politikh-Apofash-2oy-Synedrioy-toy-SYRIZA.html (31.8.2020).

Die AKEL in Zypern – reformkommunistische Agenda oder Pragmatismus?

von Yiannos Katsourides

Eine Analyse der zypriotischen Linken gestaltet sich weniger kompliziert als ähnliche Unternehmungen in anderen Ländern. Denn die zypriotische Linke ist nicht fragmentiert und hat nur eine parteiförmige Vertretung: die »Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes« (Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού / *Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou*, AKEL). Diese trat das Erbe der 1926 gegründeten Kommunistischen Partei Zyperns (CPC) an und ist insofern die älteste Partei auf der Insel (Katsourides 2014). Sie wurde 1941 gegründet, um nach dem Verbot der CPC durch die Kolonialmächte einen legalen politischen Rahmen für alle Kommunist:innen und Linken zu schaffen. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin wurde die AKEL gemäß dem Modell der Volksfronten der 1930er Jahre als vielfältige Bewegung (*manifold movement*) konzipiert (Panayiotou 2014: 10). Sie war als Massenparteiorganisation gedacht, die tief in der Gesellschaft verwurzelt sein sollte. Im Ergebnis dessen errang die Partei über die Zeit ihres Bestehens hinweg bedeutende Wahlerfolge.

Die Position der AKEL in Gesellschaft und im politischem System

Zypern hat ein präsidiales politisches System (Ker-Lindsay 2008), das eine direkte Wahl des oder der Präsident:innen durch die Menschen vorsieht. Demzufolge muss die AKEL ebenso wie andere Parteien nach Bündnispartner:innen suchen, da keine Partei allein die Präsidentschaft erreichen kann. Bündnisse werden im Allgemeinen, jedoch nicht ausschließlich durch die Positionen der Parteien hinsichtlich des Zypernproblems bestimmt.¹ Auch dies erklärt, warum

¹ Das Zypernproblem bezieht sich auf die langwährende Teilung Zyperns nach dem Putsch der griechischen Militärjunta gegen die zyprische Regierung und die einige Tage darauf folgende türkische Invasion 1974. Seit dieser Invasion ist Zypern de facto unterteilt, wobei die türkischen Streitkräfte illegal 37% der Insel besetzen. 1983 wurde die sogenannte Türkische Republik Nordzypern (engl. TRNC) ausgerufen – ein Staat, der lediglich seitens der Türkei anerkannt wird. Seit fast 50 Jahren werden unter Schirmherrschaft der UN Verhandlungen für eine Lösung des Problems geführt, bisher jedoch ohne Ergebnis. Das von beiden Seiten akzeptierte Ziel ist eine föderative Lösung mit zwei Zonen und zwei Gesellschaften bzw. zwei Teilstaaten. Praktische Arrangements wurden allerdings nie erreicht. Das Zypernproblem hat zwei Seiten: intern betrachtet, ist die Teilung der Macht zwischen den beiden zyprischen Bevölke-

die AKEL sich dafür entschied, keine sozialistische Agenda zu verfolgen (AKEL 1978: 18); vielmehr zog sie einen Ansatz vor, der zunächst das nationale Problem gelöst sehen wollte. In der Phase nach 1990 betonte die AKEL, sie sei eine »nationale« politische Partei für alle Zypriot:innen; und diese Haltung ermöglichte es ihr, auch nach der Auflösung des sozialistischen Blocks eine machtvolle politische Akteurin zu bleiben.

Anders als andere kommunistische Parteien in Europa konnte die AKEL niemals wirklich als gegen das System gerichtete Partei bezeichnet werden. Stattdessen machten ihre schiere Größe, ihre jahrelange Praxis der Koalitionsbildung – besonders auf lokaler Ebene – sowie ihre Unterstützung für zentristische Präsidenten in Zypern seit den 1960er Jahren sie zu einer einflussreichen nationalen politischen Akteurin. Von anderen politischen Kräften in Zypern wurde die Partei jedoch bis zu den 1990er Jahren als anti-systemisch betrachtet und war entsprechend niemals als gleichrangige Regierungspartnerin akzeptiert. Die AKEL war kontinuierlich von einer Regierungsbeteiligung ausgeschlossen und die Stimmen für sie wurden in erster Linie als Stimmenabgabe gewertet. Diese Wahrnehmung änderte sich graduell erst nach der Ära des Kalten Krieges, nicht zuletzt aufgrund der Veränderungen des ideologischen und politischen Profils der Partei (AKEL 1990).

In Reaktion auf die neue politische Lage nach der Auflösung der Sowjetunion wandte sich die AKEL ab den späten 1990er Jahren einer Strategie mit dem Ziel der Regierungsbeteiligung zu (Katsourides 2012: 187-209). Offenkundig wurde diese strategische Wende, als die Partei sich – zunächst als Juniorpartnerin (2003–2008), in der Folge auch als vorsitzende Partei (2008–2013) – tatsächlich an Koalitionsregierungen beteiligte.

Die AKEL regierte als Juniorpartnerin mit der zentristischen »Demokratischen Partei« (DIKO) und der »Bewegung der Sozialdemokrat:innen« (EDEK) mit parlamentarischer Unterstützung durch die Grünen. Doch sowohl die DIKO als auch die EDEK verließen die Regierungskoalition: Die EDEK trat 2009 nach Uneinigkeiten betreffend den Umgang mit Verhandlungen zum Zypernproblem aus der Regierung aus, die DIKO zog sich 2011 infolge einer tödlichen Explosion in einem Marinestützpunkt zurück. Damals überwog weithin der Eindruck, dass das gesamte Kabinett Verantwortung für das Problem hätte übernehmen sollen; doch Präsident Dimitris Christofias und die AKEL lehnten einen Rück-

gruppens strittig (griechische Zypriot:innen stellen etwa 82% der Bevölkerung, türkische um die 18%). Die zweite Seite ist die internationale, die darauf beruht, dass Zypern von einem anderen Land überfallen wurde; hierbei bilden die Präsenz ausländischer Militärestreitkräfte und die Aufhebung der sogenannten Rechte der Garantemächte (Griechenland, die Türkei und das Vereinigte Königreich Großbritannien) sowie die Versicherung einer internationalen Autorität, eine Lösung herbeizuführen, die schwierigsten Probleme.

tritt ab. Die Amtszeit der AKEL fiel zudem mit der ökonomischen Krise zusammen, und beide, DIKO und EDEK, beschuldigten die AKEL-geführte Regierung, nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen zu haben. Die Explosion in dem Marinestützpunkt, Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Zypernproblems sowie der Umgang mit der ökonomischen Krise trugen zu Popularitätseinbußen der Regierung und der Partei bei.

Regieren erwies sich als schwierige Aufgabe mit trennenden Effekten auf das Parteimilieu in verschiedenen Hinsichten (Katsourides 2016). Bei den allgemeinen Wahlen von 2016 wurde die AKEL zweite Partei und erreichte 25,7% der Stimmen. Dies bedeutete einen Verlust von 41.959 Stimmen im Vergleich zu den vorhergegangenen Wahlen bzw. sieben Prozent der vorherigen Stärke an den Urnen. Folglich verlor die AKEL drei Sitze im Parlament, was das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte darstellte. In organisatorischer Hinsicht wurde ihr des Öfteren ein gewisse Schlawfrigkeit und Ineffektivität eingeräumt (AKEL 2014). Dies wirkte sich auch auf die Fähigkeit und den Willen der Partei aus, für Proteste zu mobilisieren. Ihre Rolle in der Regierung schmälerte ihre Glaubwürdigkeit zusätzlich und ließ die AKEL wie eine der sonstigen Regierungsparteien erscheinen. Folgerichtig hinterfragten viele ihre radikale Identität. Die Bemühungen der AKEL um eine Re-Ideologisierung nach Ende ihrer Amtszeit wurden indes von manchen als eher heuchlerisch gesehen.

Auch die Beziehungen zu anderen Parteien verschlechterten sich während und im Anschluss an die Regierungszeit, und die AKEL sah sich zum ersten Mal seit 1974 in einer isolierten Situation. Insbesondere seit 2011 erwies sich die Partei als unfähig, ihre Politik nach außen zu tragen und mit ihren angestammten Partner:innen, der DIKO, der EDEK sowie den Grünen, zu kooperieren. Derzeit befindet sie sich im Versuch, ihre politische Isolation zu überwinden, indem sie auf allen Ebenen mit verschiedenen Parteien kooperiert (DIKO, EDEK, Grüne, Bürger:innenbündnis). Dies schließt mit Blick auf die für das Jahr 2023 anstehenden Präsidentschaftswahlen vor allem Zusammenarbeit auf parlamentarischer und lokaler Ebene ein.

Die kontinuierliche Präsenz der AKEL als bedeutender politischer Akteurin ist untrennbar verwoben mit ihrer hegemonialen Stellung im linken Block Zyperns. Seit ihrer Gründung hatte sie immer eine dominante Position eingenommen, die auch von der linken Mitte nicht bedroht wurde: Vor 1969 gab es keine zypriotische sozialistische Partei, und die sozialdemokratische EDEK, die in jenem Jahr gegründet wurde, blieb ziemlich unbedeutend. Überdies gab es nie eine weit links stehende Partei. Die AKEL ist mithin die einzige kommunistische Partei, die nach 1990 in einem EU-Mitgliedsstaat kontinuierlich die politische Linke dominiert hat; und sie erreichte durchweg einen Anteil von etwa 30% der Wahlstimmen.

Ihre massenhafte Wähler:innenbasis umfasst verschiedene soziale Gruppen und macht die AKEL bis zu einem gewissen Grade zu einer heterogenen Partei. Dass sie es vermag, die Unterstützung ungefähr eines Drittels der Bevölkerung zu binden, ist ein klares Zeichen dafür, dass die AKEL nicht die Partei einer begrenzten Wähler:innenschaft oder einer bestimmten Subkultur ist. In soziologischen Begriffen gefasst umfasst ihre Unterstützungsbasis das gesamte sozioökonomische Spektrum. Doch den bedeutendsten Rückhalt hat sie bei den Lohnabhängigen und den Unterklassen. In ideologischer Hinsicht verorten sich die AKEL-Wähler:innen auf der linken und der gemäßigt linken Seite des Links-Rechts-Gegensatzes. Angesichts der Zusammensetzung ihrer Wähler:innen und ihrem Selbstverständnis als nationaler politischer Akteur:in folgend, richtet sich die AKEL nicht nur an die arbeitenden, sondern auch an die Mittelklassen sowie an die neuen arbeitenden Klassen und kleine und mittlere Unternehmer:innen.

Die Massenbasis der AKEL ist nicht nur eine der Wahlstimmen. Die Partei ist stark in der Gesellschaft verankert und weiß aus ihren privilegierten Beziehungen mit verschiedenen sektoralen Interessen, darin eingeschlossen insbesondere die Gewerkschaften, Kapital zu schlagen. Ihre organisatorische Struktur wurde in den 1940er Jahren gegründet und institutionalisiert; sie kann am besten als eine Reihe konzentrischer Kreise mit der Partei selbst in ihrem Zentrum beschrieben werden. Diese multiplen Kreise um die Partei herum umfassen breite Teile der Gesellschaft, darunter auch die größte Gewerkschaft Zyperns (die PEO) sowie Jugend- (wie EDON), Bauern- (wie EKA) und Frauenorganisationen (wie die POGO); hinzu kommen kulturelle und Sportvereinigungen, die in jeder Nachbarschaft des Landes präsent sind. All diese stellen für die AKEL einen starken Mechanismus der Mobilisierung dar, und gemeinsam bilden sie die sogenannte Volksbewegung (*Laiko Kinima*). Alle Hilfsorganisationen der AKEL verfügen über beträchtliche Eigenständigkeit, doch liegt die ideologische und politische Führung bei der Partei (Ellinas/Katsourides 2013: 859-882). Ebenso verfügt die AKEL über eine Anzahl von Frontorganisationen (z.B. die »Friedensbewegung«) und gute Beziehungen zu etlichen Organisationen der Zivilgesellschaft wie etwa der Föderation der Umweltorganisationen.

Die strategische Ausrichtung der Partei

Die AKEL hat stets betont, dass Politik und Strategie landesspezifisch sein sollten. Um dies zu erreichen, hat die Partei den Marxismus-Leninismus und sozialdemokratische Theorie effektiv verbunden (Panayiotou 2014; Peristianis 2006: 258-259) und ihre Veränderungsvision mit dem Bedürfnis nach Reformen des zypriotischen sozialen Systems verkoppelt. Der Marxismus-Leninis-

mus tritt wesentlich stärker in den Analysen der Partei hervor als in ihren konkreten Politikvorschlägen. Besonders zeigt sich dies an der Kapitalismusanalyse der AKEL. Für die Partei kann der Kapitalismus nicht als höchstes Stadium in der Entwicklung der Menschheit angesehen werden, weil er sich dadurch weiterentwickelt, dass er die zwei hauptsächlichsten Quellen des Wohlstands benutzend opfert: das Volk und die Umwelt. Der Kapitalismus als System erzeugt beständig Krisen und Katastrophen, die er nicht überwinden kann. Diese tragische und unmenschliche Situation muss verändert werden, und die AKEL glaubt erklärtermaßen daran, dass eine andere, qualitativ anders verfasste Welt möglich ist – dem entspricht die Welt des Sozialismus (AKEL 2015).

Die AKEL sieht Neoliberalismus als extremste Form des Kapitalismus an; Gegnerschaft zu Kapitalismus und Neoliberalismus ist für sie grundlegend. Die Partei wartet nicht passiv auf die Selbstzerstörung des Kapitalismus; vielmehr sieht sie ihre Aufgabe auch unter dessen Bedingungen darin, an verschiedenen Fronten für die Erleichterung des Lebens der Arbeitenden und der verarmten Teile der Gesellschaft einzutreten, um den Boden für den Sozialismus zu bereiten. Daher engagiert sie sich in Kämpfen auf nationaler und internationaler Ebene: für Frieden und gegen Imperialismus, gegen die Ausbeutung durch das Großkapital und für eine gerechtere Verteilung des produzierten Reichtums, für die Verteidigung der bisher erreichten Rechte der Arbeitenden und deren Ausbau, für Demokratisierung, gegen Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und alle Formen von Diskriminierung sowie gegen weitere Probleme.

Auf nationaler Ebene mobilisiert die AKEL zumeist an drei Fronten: zum Zypernproblem, zu Fragen der Wirtschaft und zur Korruption. Alle drei Themen haben eine strategische und eine taktische Dimension. Die strategische Dimension ist darauf ausgerichtet, den Parteizielen einer anderen sozialen und ökonomischen Ordnung für das Land zu dienen, während die taktische Dimension sich eng an der öffentlichen Meinung und insbesondere den Ansichten der AKEL-Wähler:innen orientiert. Letztere betreffend gebraucht die Partei einer zunehmend moderateren kommunistischen Rhetorik und stellt Themen in den Vordergrund oder spielt sie herunter unter Berücksichtigung der Situation und Bedingungen von Wahlen. Das Zypernproblem ist dabei vermutlich eine Ausnahme, insofern sich die Partei hier vor allem auf die strategische Sicht fokussiert. Die AKEL tritt für die Wiedervereinigung Zyperns, beruhend auf dem Modell einer Föderation mit zwei Zonen und zwei Gemeinschaften (*bi-kommunal bzw. bizonal*) ein, ohne Einmischung von außen und mit der Garantie politischer Gleichheit zwischen griechischen und türkischen Zypriot:innen.

Die Wirtschaft betreffend geht die Partei zweigleisig vor. Einerseits zielen ihre parlamentarischen Initiativen darauf, die Situation der Arbeitenden und der Mittelklassen zu verbessern. Ebenso hat sie eine Anzahl von Protesten und Demonstrationen zum Schutz der Rechte von Arbeitenden, gegen Spar-

maßnahmen und Privatisierungen, den Abbau des Wohlfahrtsstaates und den Ausverkauf von Staatseigentum organisiert. »Die Initiative gegen Privatisierung« und die »Bewegung gegen die Versteigerung von Häusern«, die beide im Grunde Frontorganisationen der AKEL sind (Charalambous 2014: 65), zielten darauf, den entsprechenden Protesten Struktur und Dauerhaftigkeit zu verleihen. Zugleich versucht die Partei, zu vermitteln, dass sie die Wirtschaft auch unter kapitalistischen Bedingungen effektiv leiten kann. Dies wurde nach der Regierungszeit, als die breite Mehrheit – berechtigt oder unberechtigt – glaubte, die AKEL besitze keine Kompetenz, die Wirtschaft erfolgreich zu führen, für unerlässlich gehalten. 2019 beispielsweise kündigte die Partei die Organisation eines jährlichen Ökonomieforums an, in dem wirtschaftspolitische Maßnahmen durch verschiedene Sprecher:innen vor unterschiedlichem Publikum diskutiert würden. Zum ersten dieser Foren, das im Februar 2020 stattfand, wurden neben linken Ökonom:innen eine Reihe von Mainstream- und rechten Ökonom:innen, Bankfachleuten und Regierungsrepräsentant:innen (darunter der Direktor der Zentralbank Zyperns und der Finanzminister des Landes) als Sprecher:innen eingeladen.

Auch die Korruption steht hoch oben auf der Agenda der AKEL; hierzu betont sie, dass diese unter der jetzigen Administration der christdemokratisch-konservativen *Dimokratikos Synagermos* (dt. Demokratischer Alarm, DISY) stark angestiegen ist (AKEL 2020). Im Parlament machte die Partei diverse Verfahrensvorschläge zur Begrenzung von Betrug und Korruption, und indirekt unterstützte sie die jüngsten Demonstrationen gegen Korruption.

Auch gegenüber etlichen »post-materialistischen« Themen nimmt die AKEL eine positive Position ein und erkennt ihre wachsende Bedeutung im politischen Wettstreit an. Diese Themen umfassen unter anderem Ökologie, die Repräsentation von Frauen, Rechte von LGBTIQ und Einwanderer:innen, Rassismus und Nationalismus. Die AKEL unterstützte mehrere unabhängige soziale Bewegungen und Vereinigungen, zu denen sie Verbindungen aufgebaut hatte, etwa indem sie ihnen half, ihre Forderungen im Parlament und anderen Arenen voranzubringen (AKEL 2015). Beispielsweise hat sie Kontakte zu Umweltgruppen etabliert und nimmt an von diesen organisierten Protesten gegen Bauprojekte in Naturschutzgebieten teil.

Die parlamentarische Strategie ist eine entscheidende Dimension der Parteilarbeit, die sowohl eigenen Aktivitäten als auch Kooperation mit anderen Parteien einschließt. Ersteres schließt Vorschläge im Parlament entweder in Form von Gesetzgebungsiniciativen oder das Setzen von Diskussionsthemen ein. Die Kooperation mit anderen Parteien zielt auf die Verabschiedung von Gesetzen ebenso wie auf die Blockade nicht erwünschter, von der Regierung vorgeschlagener Gesetzesvorhaben. Derzeit ist die primäre Aufgabe der AKEL, mit allen anderen Kräften unter Ausnahme der extrem rechten Partei *Ethniko*

Laiko Metopo (ELAM, dt. Nationale Volksfront) eine geeinte Front gegen die Regierung zu bilden. Die AKEL achtet dabei nicht nur auf programmatische Übereinstimmungen, sondern bildet auch Allianzen mit Parteien, bei denen eine Einigung auch nur zu bestimmten Themen möglich ist. Auch wenn damit politische Kooperationen nicht mehr nur auf ideologischer Grundlage beruhen, fallen diese der AKEL leichter, wenn es sich um Parteien handelt, die der AKEL ideologisch näherstehen, wie z.B. die Grünen.

In Bezug auf ihre Wahlstrategie und in Ermangelung eines linken Konkurrenten, geht es für die AKEL darum, auch weiterhin stark an der Wahlurne zu sein. Seit 1991 ist sie bei landesweiten Wahlen mit der Plattform »AKEL – Neue Linke Kräfte« angetreten. Diese Plattform hat es ermöglicht, einerseits auch die Mittelklassen zu erreichen und andererseits auch linke Kandidat:innen von außerhalb der Partei zu rekrutieren. Als Teil dieser Strategie kooperiert die AKEL auch mit kleineren politischen und sozialen Gruppen.

Im Namen des »arbeitenden Volkes«

Lange Zeit wurde die AKEL als linke Anwältin breiter gesellschaftlicher Gruppen wahrgenommen, deren Politik und deren eingenommene Positionen nicht nur Arbeiter:innen, sondern auch die Mittelklassen ansprachen (Katsourides 2012: 191). Ebenso hat die Partei sich stets an das »arbeitende Volk« statt an die »arbeitende Klasse« gerichtet und insofern den umfassenderen Begriff gewählt, der sie befähigt, mit unterschiedlichen Gruppen zu kommunizieren, darunter Staatsbedienstete, Lehrer:innen und Dozierende und andere. Dieser breitgefächerte Ansatz hat der AKEL nachweisbar ermöglicht, leichter und schneller auf die sich in den letzten Dekaden verändernden Sozialstrukturen einzugehen. Doch waren die gefundenen Antworten nicht notwendig theoretisch besser fundiert oder effektiver.

Die AKEL verweist auf eine Reihe von Entwicklungen als Auslöser für Veränderungen der Sozialstruktur. Zyperns Beitritt zur EU im Jahr 2004 ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung, die neue, ungünstige Bedingungen für die Arbeitenden und die Arbeiter:innenbewegung schuf (AKEL 2015). Zudem hat die jüngste ökonomische Krise zur Verarmung vieler Menschen geführt und eine neue Kategorie innerhalb der arbeitenden Klasse entstehen lassen, die *working poor*. Technologische Entwicklungen (wie das Auftauchen von sozialen Medien) in Gesellschaft und Bildung, um nur einige zu nennen, haben ebenso zu Differenzierungen innerhalb der arbeitenden Klasse geführt. Diese Veränderungen haben zur Herausbildung neuer Bewegungen und Interessengruppen geführt. Um sich auf diese gewandelte Situation einzustellen, hat die Partei eigens Studien als Anleitung für die politische Praxis in Auftrag gegeben.

Von der neuesten »Studie zur Klassenstruktur der zyprischen Gesellschaft« erhofft sich die Partei eine theoretische Fundierung ihrer Parteistrategie unter neuen Bedingungen.

Gleichzeitig unternimmt die AKEL spezifische Aktionen, um die unterschiedlichen und differenzierten Probleme der arbeitenden Bevölkerung (*working people*) anzugehen. Der Hauptfokus von Parteiinitiativen liegt auf dem Schutz von Arbeitsverhältnissen, auch durch Tarifabschlüsse, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und – angesichts des Aufkommens neuer Kategorien von Arbeitenden, die gegenüber Ausbeutung noch verletzbarer sind (das Prekariat, Immigrant:innen etc.), und neuen Formen der Ausbeutung, einschließlich prekärer individueller Werkverträge und der Ankauf von Dienstleistungen – durch eine Erweiterung dessen, was vom Gesetz aus als Lohnarbeit gilt. Die Adressaten dieser Initiativen beschränken sich nicht auf Parteianhänger:innen oder Wähler:innen der AKEL. Allerdings sind sich die Empfänger:innen sozialer Leistungen nicht immer bewusst, dass diese Initiativen auf die AKEL zurückgehen. Außerdem begrüßen viele die Partei nicht notwendigerweise, da sie sie als Teil des Establishments sehen, das sie erst in ihre schlechte Situation gebracht hat.

Um sich der neuen Sozialstruktur der Gesellschaft anzupassen, sind jedoch Veränderungen im Organisationsmodell der Partei notwendig. Das derzeitige Organisationsmodell der AKEL beruht auf demokratischem Zentralismus mit allen Charakteristika, die diesem üblicherweise zugeschrieben werden. Die AKEL glaubt auch weiterhin, dass dieses Modell zahlreiche Vorteile hat, und zieht keinerlei Änderungen in Erwägung, jedoch erkennt sie Bedarf an einigen kreativen Neuerungen an (AKEL 2015). Mithin befindet sich die Partei derzeit in Debatten um die Arbeitsweise ihrer verschiedenen Organe, insbesondere ihrer Partei-Basisorganisationen (PBO). Die Diskussion über die Parteiorganisation ist darüber hinaus mit Fragen der innerparteilichen Demokratie verbunden. Die AKEL erkennt, dass sich ihre Forderung nach einer Stärkung der Demokratie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens auch in der Funktionsweise der Partei widerspiegeln muss. Wenn die Mitglieder sich mit ihrer Meinung nicht gehört fühlen und sich nicht als die eigentlichen Eigner:innen der Partei begreifen, ist mangelndes Interesse an Parteiaktivitäten und zunehmende emotionale Distanz zwischen Mitgliedern und der Organisation eine unvermeidbare Folge. Deshalb werden vermehrte Anstrengungen unternommen, um die Teilhabe der Mitglieder auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung zu verbessern. Dazu gehört der Einsatz von Technologie, wo immer dies möglich ist, die Stärkung der Kontrollfunktion über die Parteiorgane, die Förderung von Initiativen auf lokaler Ebene und andere Bemühungen, die parteiinterne Demokratie zu erhöhen.

Auch ist die AKEL inzwischen offener denn je für soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen – nicht nur in politischer, sondern auch in organisatorischer Hinsicht. Diese werden häufig eingeladen, Aspekte der

Parteilpolitik und Gesetzesvorschläge mitzudiskutieren, und oft setzt sich die Partei im Parlament für ihre Forderungen ein. Überdies hat sie ihre Strukturen partiell für Einzelne geöffnet, die nicht Mitglieder der Partei sind. Einige interne Arbeitsgruppen der AKEL haben beispielsweise Menschen aus diesen Bewegungen als Gäste oder sogar als ständige Mitglieder aufgenommen, wobei »Freund:innen« der Partei schon seit Langem eingeladen waren, an Parteitreffen teilzunehmen, auf denen Kandidat:innen für lokale, allgemeine und Europawahlen bestimmt wurden.

Die AKEL gegenüber der EU

Im Jahr 1995 stimmte die Partei für den Beitritt Zyperns zur EU (Charalambous 2012), ohne allerdings ihre Sicht auf die EU als kapitalistische Organisation zu ändern (AKEL 1995). Dies war eine strategische Entscheidung, die auf der Erkenntnis beruhte, dass es keine andere Option gab. Die Partei war der Ansicht, dass eine Beibehaltung ihrer Ablehnung des EU-Beitritts ihr Potenzial zur Koalitionsbildung und sogar ihr Überleben bedrohen könnte; die Ideologie musste deshalb in den Hintergrund treten.

Infolge dieser wichtigen Entscheidung hat die Europäisierung die Politik der Partei merklich deradikalisiert. Die Teilnahme an diversen Foren der EU hat Parteimitgliedern Erfahrungen und ein Verständnis für die EU vermittelt und gleichzeitig zu ihrer weiteren Eingliederung in das EU-System beigetragen. Nach 2013 kam es durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die Verluste der Partei bei den Wahlen teils zu einer erneuten Radikalisierung. Dies wurde durch sehr viel deutlichere Kritik an der EU und dem 2013 erhobenen Vorschlag, die Eurozone zu verlassen, deutlich (AKEL 2013). Später wurde dieser Vorschlag zurückgezogen, weil er bei allen anderen politischen und sozialen Akteuren außerhalb der Partei auf Widerstand stieß. Doch hing die kritischere Haltung der Partei gegenüber der EU nicht nur mit dem Verlust an Wahlstimmen zusammen. Kritik an der EU ist nicht nur in Zypern, sondern im gesamten EU-Raum stärker geworden. Infolgedessen fühlt sich die AKEL inzwischen eher legitimiert, die EU offen zu kritisieren; zuvor hatte sie das aufgrund der Befürchtung, als »antieuropäisch« gebrandmarkt zu werden, vermieden.

Die Vision der AKEL ist in der Überzeugung verkörpert, dass »ein anderes Europa möglich ist«. Die Partei glaubt, dass die gegenwärtige EU so konzipiert ist, dass sie das Großkapital und die großen Länder begünstigt, und dass sie von Natur aus antidemokratisch und gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Demzufolge wird eine grundlegende Änderung des Charakters der EU ausgeschlossen. Zur fundamentalen Neuausrichtung und Rekonstruktion des gesamten EU-Systems bräuchte es eine Änderung der Gründungsverträge. Die Partei be-

fürwortet ein »soziales« Europa und setzt sich für die Rechte von Arbeitenden, Einwanderer:innen und anderen wenig begüterten Schichten der Gesellschaft ein. Sie fordert die Neuausrichtung der EU entlang interventionistischer Linien, die eine Stärkung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und der Bildungssysteme, die Ablehnung von Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und weitere Themen einschließt. Auch wenn die AKEL bestimmte politische Merkmale der gegenwärtigen EU ablehnt, ist sie dennoch nicht gegen das Prinzip eines »politischen« Europas. Übereinstimmend mit dem oben Erwähnten widmet sich der Großteil der europabezogenen Parteiarbeit den folgenden Themen: Arbeitsverhältnisse und die Rechte der Arbeitenden, Wohlfahrtsstaatlichkeit, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU, wirtschaftspolitische Steuerung, die Bankenunion, die Militarisierung der EU, Einwanderung und Umwelt.

Auf Basis der Einsicht, dass die EU nicht allein durch eine einzige Partei verändert werden kann, verfolgt die AKEL Bündnisse und Kooperation mit anderen linken Parteien, Gruppen und Organisationen innerhalb der EU. Diese europäischen Partner sind unter anderem die GUE/NGL, die Europäische Linkspartei sowie einige Einzelparteien (beispielsweise SYRIZA und die Portugiesische Kommunistische Partei). Angesichts des Umstands, dass die europäische Linke alles andere als geeint ist, versucht die AKEL auch, sich zwischen den zwei gegensätzlichen Tendenzen (sprich, den anti-europäischen kommunistischen Hardlinern und den EU-kritischen reformierten radikalen Linken) zu verorten. Daher gestaltet sie ihre Beziehung zur EL mit Vorbehalt und hat hier nur einen Beobachterstatus. Entsprechend ist auch die Wirkung der EL auf die Politik der AKEL nur minimal. Gleichwohl stimmt die AKEL generell mit den zumeist vagen Slogans der EL gegen Neoliberalismus und Austeritätspolitik überein, ebenso wie mit deren Vision eines alternativen Europas. Andere Bereiche von Übereinstimmung betreffen den Kampf gegen Rassismus, Xenophobie und Nationalismus, der Widerstand gegen den Aufstieg der extremen Rechten, die Sicherung der Rechte von Einwanderer:innen, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats, die Unterstützung der Rechte von LGBT und Geschlechtergleichheit sowie Widerstand gegen Imperialismus und Militarisierung. Es könnte argumentiert werden, dass die meisten dieser Themen eher linke Parteien in der Opposition verbinden, als die Grundlage für gemeinsame Politik, Werte und Visionen zu bilden, doch ist es nichtsdestotrotz ein Anfang.

Das Obige verdeutlicht die vorsichtige Haltung der AKEL gegenüber Initiativen mit dem Ziel der Annäherung verschiedener Teile der europäischen Linken. Ihre Vorsicht beruht nicht auf irgendeiner Art von Ablehnung des Bedarfs an transnationaler Zusammenarbeit zwischen linken Parteien; dieser wird vielmehr anerkannt und eine solche Arbeit verfolgt. Stattdessen hängt dies zunächst mit der Notwendigkeit zusammen, auf der Suche nach Unterstützung und Solidarität hinsichtlich der Zypernfrage alle Parteien anzusprechen, und

zweitens mit der ideologischen Identität der AKEL. Wie alle Massenparteien mit großer Gefolgschaft vereint auch die AKEL intern unterschiedliche Nuancen des linken Selbstverständnisses, wenn es diesen auch nicht gestattet ist, sich offen auszudrücken; organisierte Fraktionen oder Strömungen sind streng verboten. Meinungsunterschiede werden in den verschiedenen Parteiorganen zur Sprache gebracht, bevor eine Entscheidung getroffen wird. Die einzige Ausnahme bildet hierbei eine begrenzte Zeitspanne vor Parteikongressen (alle fünf Jahre), wenn durch die Parteizeitung *Haravgi* und für einen bestimmten Zeitraum ein offizieller öffentlicher Dialog angekündigt wird. Eine klare Position zu ergreifen und sich innerhalb der Gruppen der internationalen Linken auf eine Seite zu schlagen, würde vermutlich interne Debatten eröffnen, die die Partei gern vermeiden möchte. Da die AKEL zudem die einzige Partei der Linken auf Zypern ist, muss sie nicht zwingend und durch scharfe ideologische Abgrenzungen »ihr Territorium markieren«. Ganz im Gegenteil ist es ihr Interesse, eine Anziehungskraft auf breite Kreise zu bewahren und keinen Teil ihrer Unterstützer:innenschaft zu entfremden. Daher hält sich die Partei Kommunikationskanäle mit allen Gruppen offen, die die europäische Linke ausmachen.

Die Partizipation an europäischen Netzwerken offeriert der AKEL überdies wertvolle Erfahrung und einen willkommenen Wissenstransfer in Bezug auf verschiedene ideologische und organisatorische Themengebiete, einschließlich organisatorische Praxen, politische Ideen, Analysen sozialer und anderer Phänomene (e.g. neue soziale Medien), welche die AKEL auf den zyprischen Kontext übertragen kann. Zusätzlich versorgen die Gesprächspartner:innen auf europäischer Ebene die Partei mit dringend benötigter internationaler Legitimität.

Noch vorsichtiger nimmt sich der Ansatz der Partei in Bezug auf Zusammenarbeit aus, wenn es um Initiativen mit dem Ziel, die europäische Linke und andere progressive soziale Kräfte Europas zusammenzubringen, geht. Eine gewisse Reserve ist sowohl aufgrund der Angst vorgegeben, dass die distinkte Identität der Linken verwässert werden könnte, als auch weil die AKEL davon ausgeht, dass solche Kooperation aufgrund von Differenzen der Partner hinsichtlich kurz- und langfristiger Ziele begrenzt sei. Zudem wird Parteienkonkurrenz in Zypern nicht, wie in anderen Ländern, durch eine Teilung in zwei Blöcke strukturiert, die die Parteien eines Blocks zwingen, untereinander zu kooperieren. Dies erklärt zusätzlich die Vorsicht der AKEL. Doch die konsensuale politische Kultur, die die AKEL in der Zeit nach dem Kalten Krieg entwickelt hat, spiegelt sich in einem ähnlichen Ansatz auf der internationalen Arena wider. Obwohl sie keine umfassende Zusammenarbeit will, sucht sie auch nicht den politischen Bruch. Eher bevorzugt die Partei Kooperation bezüglich spezifischer Bereiche wie Immigration und im Kampf gegen die äußerste Rechte.

Schlussfolgerungen

Nach wie vor spielt die AKEL eine wichtige Rolle im politischen System Zyperns. Von 2008 bis 2013 führte sie die Regierung an; doch wurde diese Phase von ökonomischem Niedergang und internen Kämpfen mit ihren Koalitionspartnern überschattet. Seit dieser Zeit bemüht sich die Partei um eine Neupositionierung, um eine Aussöhnung mit ihren unzufriedenen Wähler:innen und darum, wieder Kommunikationskanäle zu anderen Parteien zu öffnen. Der EU-Beitritt des Landes und die Wirtschaftskrise haben den ideologischen Manövriererraum der AKEL erheblich verengt, was ihre Möglichkeiten, eine radikale Identität zu wahren und gleichwohl koalitionsfähig zu bleiben, beschneidet. Die Strategien und Positionen der Partei sind, wie bei den meisten linksradikalen Parteien, in erster Linie defensiv: Da die AKEL nicht in der Lage oder nicht willens ist, wichtige politische Maßnahmen umzusetzen, versucht sie stattdessen, ein stärkeres Abdriften in Richtung Neoliberalismus zu verhindern.

Literatur

- AKEL (1978): The 14th Congress of AKEL. In: Neos Democratis 54.
- AKEL (1990): Our perception of socialism. Nicosia.
- AKEL (1995): Suggestion for reviewing AKEL's position on the issue of Cyprus' accession to the European Union. Nicosia.
- AKEL (2013): Political proposal for exiting the memorandum, April. Nicosia.
- AKEL (2014): Theses of AKEL's Central Committee for the Programmatic Congress, Nicosia, 15.–16.2.2014. Nicosia.
- AKEL (2015): Theses of AKEL's Central Committee to the 22nd Congress, Nicosia, 4.–7.6.2015. Nicosia.
- AKEL (2020): Statement by Aristos Damianou on International Anti-Corruption Day, 9.12.2020. Nicosia.
- Charalambous, Giorgos (2012): AKEL and the European Union. In: Greek Political Science Review 38.
- Charalambous, Giorgos (2014): Political Culture and Behaviour in the Republic of Cyprus during the Crisis. PCC Report 2/2014, PRIO Cyprus Centre.
- Ellinas, Antonis/Katsourides, Yiannos (2013): Organizational Continuity and Electoral Endurance: the Communist Party of Cyprus. West European Politics 36(4).
- Katsourides, Yiannos (2012): Travelling against the Tide: The Cypriot Communist Left in the Post-1990 Era. In: Perspectives on European Politics and Society 13(2).
- Katsourides, Yiannos (2014): The History of the Communist Party in Cyprus: Colonialism, Class and the Cypriot Left. London.
- Katsourides, Yiannos (2016): The Radical Left in Government: The Cases of SYRIZA and AKEL. Basingstoke.
- Ker-Lindsay, James (2008): Presidential Power and Authority. In: Ker-Lindsay, James/Faustmann, Hubert (Hrsg.): The Government and Politics of Cyprus. Bern.
- Panayiotou, Andreas (2014): The First Left Presidency, 2008–2013. Limassol.

Peristianis, Nicos (2006): The Rise of the Left and of the Intra-Ethnic Cleavage. In: Faustmann, Hubert/Peristianis, Nicos (Hrsg.): Britain in Cyprus: Colonialism and Post Colonialism 1878–2006. Mannheim.

Die anhaltende Krise der radikalen Linken in Italien

von Paolo Chiochetti

Die italienische radikale Linke, einst eine der stärksten auf dem europäischen Kontinent, befindet sich derzeit in einem Zustand der Schwäche, der Fragmentierung und einer Identitätskrise.¹

Seit 2008 hatte eine Reihe von Spaltungen, Verschiebungen und Neugründungen die vormalige Dominanz der »Partei der Kommunistischen Wiedergründung« (*Partito della Rifondazione Comunista*, im Folgenden PRC) beendet. Dieser Prozess mündete in ein fragmentiertes und instabiles Feld zahlreicher kleiner Organisationen, die miteinander rivalisieren. Derzeit umfasst dieses Feld von den moderatesten bis zu den radikalsten Gruppen: die sozialdemokratische »Artikel Eins« (*Articolo 1* – Art1), die rot-grüne »Italienische Linke« (*Sinistra Italiana* – SI), den neo-kommunistischen PRC, die »Italienische Kommunistische Partei« (*Partito Comunista Italiano* – PCI), die »Kommunistische Partei« (*Partito Comunista* – PC), die linkspopulistische »Alle Macht dem Volke!« (*Potere al Popolo!* – PaP) sowie diverse kleinere linke und ultralinke (*far-left*) Gruppen.² Gleichzeitig ist die politische und gesellschaftliche Relevanz der italienischen radikalen Linken geschrumpft – im Jahr 2019 auf 5%, d.h. 1.699.302 Wahlstimmen, 16 Abgeordnete (1,7%), drei Kabinettsmitglieder (4,6%) und auf eine parlamentarische Vertretung in nur der Hälfte der 21 Regionen und autonomen Provinzen Italiens. Die radikale Linke umfasst geschätzt 60.000 Mitglieder und etwa zwei Millionen Euro Jahreseinkommen insgesamt.³ Diese Zahlen mögen sich im Vergleich zur generellen Lage der radikalen Linken in Westeuropa noch vorteilhaft ausnehmen. Doch verbergen sie das wahre Ausmaß des

¹ Vergleichende Überblicke zu Geschichte und gesellschaftlichem Einfluss der italienischen radikalen Linken seit 1914 findet sich in Chiochetti (2017) sowie einem weiteren aktuellen Beitrag des Autors im »Palgrave Handbook of radical left parties in Europe« (Escalona et al.), das in Kürze erscheint. Alle Angaben in diesem Kapitel sind durch den Autor sorgsam mit diversen Primärquellen abgeglichen worden und verfügbar in der unveröffentlichten Datensammlung »Western European radical left database« (Chiochetti).

² Etliche Parteien wurden über die Zeit hinweg umbenannt: Beispielsweise war der PCI zuvor bekannt als *Partito dei Comunisti Italiani* (PdCI), und SI als *Sinistra Ecologia Libertà* (SEL). Zur Vereinfachung werde ich die aktuellen Namensgebungen und Abkürzungen auch auf zurückliegende Phasen bezogen verwenden.

³ Eigene Errechnung aus offizieller Statistik, Parteidokumenten und den im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen; vgl. Fußnote 1.

Niedergangs der radikalen Linken über die letzte Dekade hinweg; denn der Löwenanteil in vielen der genannten Kategorien verbleibt derzeit bei Art1, einem 2017 entstandenen Spaltprodukt der »Demokratischen Partei« (*Partito Democratico* – PD), deren Geschichte, Ideologie und internationale Verbindungen eigentlich wenig mit der radikalen Linken zu tun haben, und die sich alsbald erneut dem PD anschließen könnte.

Die jüngsten Überlaufenden aus der PD einmal beiseitegelassen, erhält die traditionelle radikale Linke im Grunde nur zwei bis drei Prozent des nationalen Stimmenaufkommens, und ihre landesweite parlamentarische Vertretung liegt bei nur vier Abgeordneten. Überdies fehlt allen genannten Organisationen eine erfolgversprechende Strategie, um ihren marginalen Status zu überwinden. Während sie alle ein mehr oder weniger radikales linkes Programm haben, das einen Wohlfahrtsstaat sowie arbeits-, demokratie- und umweltbezogene sowie Probleme bürgerlicher Freiheiten anspricht, geben sie im Allgemeinen vage Antworten auf die großen politischen Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts (z.B. wirtschaftliche Stagnation, Neoliberalismus, Globalisierung und Europäisierung, Postdemokratie, globale Ungleichheit, zwischenstaatliche Konflikte, Klimawandel und der Kapitalismus selbst). Im Großen und Ganzen haben sie es aufgegeben, sich der Aufgabe der Definition eines langfristigen Projekts sozialistischer Transformation zu stellen. Nicht zuletzt haben sich zwölf Jahre Spaltungen, Fusionierungen, Namenswechsel und Auflösungen sowie die Praxis von Kandidaturen auf Basis kurzlebiger Koalitionen unter verschiedenen Zusammensetzungen und Bezeichnungen für die meisten dieser Parteien in einem fundamentalen Verlust von Identität ausgewirkt, der Wähler:innen verwirrt und Aktivist:innen demoralisiert hat.

Für außenstehende Beobachtende stellt sich diese Situation als Herausforderung dar. Da die Grenzen der radikallinken Parteienfamilie verschwommen sind, ist ebenso ein Großteil der Belege für Stärke, Position und Aktivität einzelner Organisationen unklar oder fehlt, und die Kakophonie vieler nicht miteinander übereinstimmender und weitgehend irrelevanter Stimmen macht es schwierig, eine präzise und aussagekräftige Darstellung zu geben. Mit dieser Analyse werde ich versuchen, die Haupttrends in der zeitgenössischen radikalen Linken Italiens zu skizzieren und im gleichen Zuge ihre generellen Probleme und Perspektiven zu beleuchten.

Position innerhalb von Gesellschaft und politischem System

Die radikale Linke Italiens agiert in einem Land, das nun fast drei Dekaden neoliberaler Reform und zwei Dekaden ökonomischer Stagnation hinter sich

hat.⁴ Italiens wirtschaftliches Modell der Nachkriegszeit gründete auf einem starken staatlichen Sektor in Kombination mit einem dynamischen Gewebe großer und kleiner Industrie, einer im Wert sinkenden Währung und raschem Wachstum der inländischen Nachfrage, angeregt durch Haushaltsdefizite und Lohnanstiege. Doch dieses Modell wurde in den 1990er Jahren zerstört und hinterließ einen beständig in Depression befindlichen inländischen Markt und fragile Exportindustrien. Seit 2002 ist die nationale Wirtschaft nicht mehr gewachsen, da eine Kette von Rezessionen (2003, 2008–2009, 2011–2012, 2019–2020) die anämischen Gewinne der dazwischen liegenden Phasen hinweggerafft hat; und in den Frühstadien der aktuellen Rezession durch Covid-19 sah es so aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt auf das Niveau der frühen 1990er oder späten 1980er zurückfallen würde.⁵ Während die oberen Mittelklassen oft von steigenden Finanzeinkommen und Immobilienpreisen profitierten, litt der Großteil der Bevölkerung aufgrund der Verbilligung von Arbeit und den vier Freiheiten des Gemeinsamen Europäischen Marktes an Lohnkürzungen, dem Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten, der Prekarisierung des Arbeitsmarktes und dem Anstieg des Rentenalters. Dies führte zu hohen relativen Armutsraten (was im Jahr 2018 14,9% aller Familien betraf) und noch viel höheren Niveaus von relativem Abstieg und Unzufriedenheit.

Im politischen Bereich brach das Muster des wiederkehrenden Wechsels zwischen einer PD-geführten Mitte-Links-Koalition und einer Mitte-Rechts-Koalition unter Führung der 1996 gegründeten Forza Italia (dt. Vorwärts Italien, FI) 2011 zusammen. Dies ebnete den Weg für instabile Große-Koalitions-Regierungen des politischen Zentrums sowie für das rasche Wachstum der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung (*Movimento 5 Stelle* – M5S) und der rechtsnationalistischen Lega (Lega per Salvini – Lega) an den extremen Polen. M5S und Lega bildeten nach den Parlamentswahlen 2018 kurzzeitig eine gemeinsame Regierung (Conte I), doch im September 2019 brach dieses Bündnis zusammen und wurde durch eine Anti-Lega-Regierung (Conte II) ersetzt. Die neue Regierung wurde von den M5S, dem PD, der linken parlamentarischen Gruppe »Frei und Gleich« (*Liberi e Uguali* – LeU, selbst ein Zusammenschluss von Art1, SI sowie anderen Gruppen und Unabhängigen) und später von Matteo Renzis zentristischer Splittergruppe »Es lebe Italien« (*Viva Italia*) unterstützt (Viva – IV).

Diese objektiv günstigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen hätten potenziell zu einem Anschwellen der Mobilisierung radikallinker Kräfte

⁴ Eine liberale Darstellung des italienischen ökonomischen Niedergangs liefert Capussela (2018). Für Interpretationen und Lösungen aus linker Sicht, die sich in ihrer Bewertung von Kapitalismus, Europäischer Integration und progressiver nationaler Wirtschaftsstrategie erheblich unterscheiden, vgl. Bagnai (2014); Cesaratto/Zezza (2019); Pianta (2011); Bellofiore (2013).

⁵ Eigene Berechnung gemäß ISTAT (www.dat.istat.it).

führen können, ähnlich der SYRIZA in Griechenland oder Spaniens PODEMOS. Doch aufgrund einer Reihe interner und externer Faktoren wurde diese Chance vergeben. Erstens beraubten die enttäuschenden Regierungserfahrungen von 2006 bis 2008 und die anschließende verheerende Wahlniederlage von 2008 die radikale Linke ihrer nationalen parlamentarischen Repräsentation, ihrer Einheit und öffentlichen Sichtbarkeit sowie ihrer politischen Glaubwürdigkeit – und das in einem weniger günstigen Moment, nämlich unmittelbar vor der großen Rezession und der grausamen Austeritätspolitik der Monti-Regierung (2011–2013).

Zweitens hinterließ die Fragmentierung der PCI zahllose konkurrierende Organisationen, jede einzelne derselben ohne eine kritische Masse zur Erholung. Nachfolgende Versuche, dieses Problem durch Wahlbündnisse oder Fusionen zu überwinden, erschienen den Wähler:innen verwirrend und prinzipienlos, sie scheiterten jeweils. Drittens scheiterten alle radikalen linken Organisationen trotz einiger anerkannter Bemühungen in dieser Richtung daran, das Vertrauen der populären Klassen zurückzugewinnen und als wirkliche Gegner der Sparmaßnahmen wahrgenommen zu werden; weder die parlamentarische Opposition von SEL, die PRC-Strategie der »sozialen Partei« mittels Selbsthilfegruppen noch das Eingreifen der Ultralinken in einzelne Arbeitskonflikte war letztlich erfolgreich.

Im Gegenteil, ab 2006 wurde die italienische radikale Linke mehr und mehr als Vertreterin zufriedener, gebildeter Gesellschaftsschichten wahrgenommen, die sich mehr um Tugendhaftigkeit in »kulturellen« Fragen kümmern als um die konkreten wirtschaftlichen und sozialen Belange der einfachen Arbeiterfamilien. Diese Entwicklung lässt sich auch an der Unterstützungsbasis der radikalen Linken ablesen: Bei den Wahlen im Jahr 2018 gewann die LeU-Liste 3,1% aller Stimmen, wobei sie die besten Resultate unter gutverdienenden Freiberufler:innen (5,5%) und die schlechtesten unter gering qualifiziert Beschäftigten (1,9%), Handarbeitenden (2,6%) und registrierten Arbeitslosen (2,1%) erzielte.⁶ Und schließlich versäumte es die radikale Linke aufs Neue, eine klare Trennlinie zwischen sich und dem PD zu ziehen, der in Italien die größte Verantwortung – sehr viel mehr als die Parteien des rechten Zentrums – für Dekaden neoliberaler Reformen und Austeritätsmaßnahmen trägt, die die italienische ökonomische und soziale Landschaft verwüstet haben. Selbst wenn die Parteien der radikalen Linken zu den meisten Parlamentswahlen unter unabhängigen Listen und in klarer Opposition zum PD antraten, so wurden sie doch zu meist als externes Anhängsel desselben wahrgenommen.

⁶ Alle Angaben zur Soziologie der Parlamentswahlen von 2018 sind eigene Auszüge und Interpretationen aus dem Datensatz der ITANES-Befragung (vgl. Italian National Election Study 2018).

Hierzu haben mehrere Faktoren beigetragen, darunter der Diskurs der radikalen Linken (bestehend aus düsteren Warnungen vor der Gefahr des Faschismus, ergänzt durch dringliche Appelle, eine fortschrittliche Mitte-Links-Front zu schaffen), seine Bündnispolitik auf regionaler und lokaler Ebene (wobei sich Teile der radikalen Linken gängigerweise Mitte-Links-Koalitionen anschließen), der Hintergrund radikaler linker Politiker (insbesondere im Fall von Art1, der sich gänzlich aus ehemaligen Spitzenkräften und Funktionär:innen des PD zusammensetzt), die Tendenz gewählter Repräsentant:innen, nach ihrer Wahl zum PD zu wechseln (wie beispielsweise Gennaro Migliore, Giuliano Pisapia und Laura Boldrini); Spekulationen über eine mögliche Fusion mit dem PD (SI in den 2010er Jahren, Art1 heute) und prominente Beispiele für eine enge Zusammenarbeit mit diesem (der SI trat bei den Parlamentswahlen 2013 der Mitte-Links-Koalition bei, Art1 stand bei den Europawahlen 2019 auf der Liste des PD, und alle Organisationen der LeU-Fraktion sind derzeit Teil der parlamentarischen Mehrheit Conte II).

Selbstverständlich haben einige Organisationen der radikalen Linken mehr oder weniger entschieden Widerstand gegen diese Tendenzen geleistet, eingeschlossen der PRC, kleinere kommunistische und ultralinke Gruppen und mitunter der SI. Doch fehlten diesen im Allgemeinen die Einheit und Sichtbarkeit sowie auch Ressourcen, um sich hörbar zu machen. Zudem hinderten die verschiedenen Wahlhürden für nicht-vereinigte Listen sie daran, auf allen Ebenen gewählte Vertreter:innen aufzustellen (im Allgemeinen stehen sie bei drei bis vier Prozent). Obwohl diese Organisationen über ein nicht zu vernachlässigendes Reservoir an Unterstützung verfügten (allgemeine Wahlen: 3,0% im Jahr 2013 und 1,5% im Jahr 2018; Europawahlen: 4,0% im Jahr 2014, 2,3% im Jahr 2019), teilte sich diese Unterstützung auf mehrere Listen auf und war in der Regel nicht ausreichend, um parlamentarische Repräsentation zu erlangen.

Stattdessen vermochten es andere Kräfte besser, aus dem Unmut gegen das wirtschaftliche und politische Establishment des Landes Vorteile zu ziehen.⁷ Die M5S verfolgten eine Art Weder-rechts-noch-links-Populismus gegen das Establishment, der zahlreiche traditionell linke Themen (Umverteilung, Rechte der Arbeitenden, staatliche Interventionen, Umweltschutz) aufzog und mit zentristischen und nicht klassifizierbaren Positionen zusammenbrachte, beispielsweise zu Immigration oder zum Thema Parteienfinanzierung. Die Wähler:innenunterstützung für die M5S schoss seit ihrer Gründung 2008 in die Höhe – erst auf 25,1% im Jahr 2013 und dann auf ein Hoch von 32,2% 2018. Anschließend begann die Unterstützung aufgrund der enttäuschenden Leistung der Partei in den Regierungen Conte I und II wieder zu schwinden, und

⁷ Zur Fünf-Sterne-Bewegung vgl. Biorcio/Natale (2018); Tronconi (2018). Zur Lega vgl. Passarelli/Tuorto (2018); Albertazzi et al. (2018); Broder (2020).

mittlerweile liegt sie laut Umfragen bei rund 16%.⁸ Interessanterweise war die Wähler:innenschaft der M5S im Jahr 2018 proletarischer als die irgendeiner anderen italienischen Partei in den letzten 30 Jahren, darunter der späten PCI. Die M5S erhielt die geringste Unterstützung von Selbständigen (23,0%) und höheren Führungskräften (24,4%) und die meiste von kleinen Angestellten (41,3%), Arbeiter:innen (43,2%) und Arbeitslosen (38,0%). Die Lega unter Führung von Matteo Salvini (seit 2013 und aktuell) indessen erfand sich erfolgreich neu und wurde von einer regionalen zur nationalen Partei der radikalen Rechten, indem sie sich ganz auf die Botschaft gegen Einwanderung fokussierte, ebenso jedoch ein Wirtschaftsprogramm entwickelte, mit dem versucht wurde, einheimische Unternehmer:innen und Arbeitende vor dem Druck durch Immigration, Europäisierung und Globalisierung zu schützen. Die Lega, noch immer stark gezeichnet von unternehmerischen Forderungen wie »Pauschalsteuer« auf Einkommen, inkorporierte auch einige traditionell linke Themen in ihr Programm, inbegriffen eine Ablehnung von Sanierungspaketen, eine Revision der Fornero-Rentenreform⁹ und »keynesianische« Argumente gegen den Euro und die EU. Ihre Unterstützung schnellte zunächst von 4,0% im Jahr 2013 und 16,8% im Jahr 2018 auf 34,3% bei den Europawahlen von 2019, verlor dann einiges an Glanz nach der Entscheidung, die Koalition mit dem M5S im August 2019 zu verlassen, und wird nun gemäß Umfragen auf ungefähr 25% geschätzt.¹⁰ Ihre Wähler:innenschaft von 2018 spiegelt die Widersprüche in der sozialen und politischen Basis der Partei, wobei die schlechtesten Ergebnisse unter mittleren Angestellten (14,8%) und die besten unter Selbständigen (22,7%), kleinen Angestellten (22,1%) und Arbeitenden (19,4%) erreicht wurden.

Programm und Strategie

Wiewohl alle italienischen Organisationen der radikalen Linken in unterschiedlichem Ausmaß kritisch gegenüber den Folgen des zeitgenössischen Kapitalismus und neoliberalen Politiken sind, teilen sie dennoch weder eine Analyse des Kapitalismus, noch verbindet sie eine gemeinsame mittelfristige Vision notwendiger sozialistischer Reformen.¹¹ Art1, in überraschender Weise an die politische Vergangenheit seiner Führungskräfte anschließend, behauptet

⁸ Umfragedaten, verfügbar unter www.sondaggipoliticoelettorali.it.

⁹ Benannt nach der damaligen Arbeitsministerin Elsa Fornero (Anm. d. Verlags).

¹⁰ Umfragedaten, verfügbar unter www.sondaggipoliticoelettorali.it.

¹¹ Alle Zitationen im Folgenden sind selbst übersetzt aus: Art1 (2019); SI (2017); PRC (2014); PRC (2017); PCI (2016); PC (2011); PaP (2018).

dass »der Kapitalismus in seiner derzeitigen, hyper-liberalen Form nicht in der Lage ist, eine sichere, stabile und nachhaltige Entwicklung sicherzustellen«. Doch stellt die Partei ebenso fest, dass »es heute keine glaubwürdigen Alternativen zum freien Markt gibt«. Entsprechend ist das Ziel der Partei, »Kapitalismus und Globalisierung neu zu denken« und deren Folgen durch sozialdemokratische industrielle, soziale sowie umweltbezogene Maßnahmen zu korrigieren. SI vertritt eine ähnliche, aber kämpferischere Position und be ruft sich auf eine »radikale Reform des zeitgenössischen Kapitalismus« mit seiner neoliberalen Globalisierung und Finanzialisierung durch sozialen Widerstand und gesetzgeberische Maßnahmen. Die übergreifende Mission des PRC ist »die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Ziel, die Befreiung von Frauen und Männern durch den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft zu erreichen«. Diese Gesellschaft solle von einer neuen Form des »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« bestimmt werden, der auf Kooperation, Demokratisierung, Dekommodifizierung, Freiheit von der Arbeit, Feminismus und individueller Selbstbestimmung beruhe – doch die genauen Umrisse dieses langfristigen Projekts wie auch seine Verbindung mit den kurzfristigen, gegen den Neoliberalismus gerichteten Vorschlägen der Partei bleiben vage. Schlussendlich teilen die meisten der verbleibenden radikallinken Organisationen mit dem PRC eine antikapitalistische Perspektive, die auf traditionelle Modelle des Staatssozialismus oder der Rätedemokratie zurückgreift, ergänzt durch liberal-demokratische Formen der Entscheidungsfindung und den Schutz von Menschenrechten.

In ihrer tagtäglichen Aktivität tendieren alle dieser Organisationen dazu, sich auf die Gegnerschaft zu bestimmten neoliberalen Politiken und Trends zu fokussieren und vereinzelt progressive Alternativen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich vorzuschlagen. Unterschiede gibt es hinsichtlich zweier Fragestellungen: Zuerst unterscheiden sich die Organisationen im Grad ihres programmatischen Radikalismus. Dies wirkt sich bei den meisten Themen wenig aus, da im momentanen Kräftegleichgewicht weder radikale noch moderate Reformen eine Chance auf Implementation haben, sei es durch parlamentarische oder außerparlamentarische Mobilisierung. Insofern bleibt es bei rhetorischen Gesten ohne irgendwelche praktischen Folgen. Bei einigen Themen fallen programmatische Unterschiede jedoch ins Gewicht: beispielsweise in der Europapolitik, die im Weiteren behandelt werden wird. Zweitens unterscheidet sich jede der Organisationen klar hinsichtlich ihres Radikalismus im Verhältnis zu den anderen politischen Parteien, insbesondere dem linken Zentrum. Die Beziehung zum linken Zentrum war stets das vorrangige Dilemma der italienischen radikalen Linken. Während eine kompromisslose Linie sie zu Machtlosigkeit und Marginalität zu verdammen schien, bedeutete eine ver söhnliche Ausrichtung den schlichten Betrug an grundlegenden eigenen Prin-

zipien und politischen Angeboten. Aus diesen Gründen pendeln die meisten der hier behandelten Organisationen zwischen unterschiedlichen Ansätzen. Nichtsdestotrotz sieht sich Art1 recht explizit als Teil einer erneuerten Front des linken Zentrums gegen die populistische Rechte, während SI sich unsicherer ist und andere Organisationen generell für eine klare Abgrenzung eintreten. Doch wann immer sich die Gelegenheit ergibt, stehen alle Parteien der radikalen Linken vor der Versuchung, ein Bündnis mit dem zentrallinken Machtblock einzugehen: Im Jahr 2019 beispielsweise stimmten sowohl moderate als auch radikale Teile der LeU-Fraktion einer Unterstützung der Conte II-Regierung zu, einerseits aus Angst vor einem Wahlsieg von Salvini's Lega, andererseits in der Hoffnung auf minimale politische Zugeständnisse. In den letzten zehn Jahren tauchte zusätzlich noch das Problem des Verhältnisses zu »erfolgreichen« populistischen neuen Parteien auf. Wiewohl die in Rede stehenden Organisationen offiziell keine Zusammenarbeit erwägen, haben Intellektuelle der radikalen Linken sowie Wähler:innen des Öfteren mit Interesse auf die Entwicklungen in den Fünf Sternen und der Lega geblickt. Beispiele hierfür sind: 2013 erklärten zahlreiche linke Intellektuelle, eingeschlossen Franco »Bifo« Berardi, Aldo Giannuli und Vauro Senesi, offen ihre Unterstützung für die M5S; 2018 wurde der einflussreiche post-keynesianistische Ökonom und Euroskeptiker Alberto Bagnai zum Senator für die Lega gewählt und wurde zu einem ihrer führenden Wirtschaftsexperten; 2019 wurde der progressive Ökonom Pasquale Tridico von den M5S zum Präsidenten des Italienischen Instituts für Soziale Sicherheit (INPS) ernannt, und im Juli 2020 schloss sich Thomas Fazi, ein prominenter Unterstützer des linken Nationalismus, Gianluigi Paragones Italexit-Partei an, einer von den M5S abgespaltenen Partei, die sich dem EU-Austritt Italiens verschrieben hat.

Selbstverständnis, Organisation, Verbindungen zur Zivilgesellschaft

Im Einklang mit nationalen und internationalen Traditionen verstehen sich alle Organisationen der italienischen radikalen Linken weiterhin als Repräsentanten und politische Werkzeuge der arbeitenden Klassen in deren mannigfaltigen Verbindungen (Handarbeiter:innen, Angestellte, Staatsbedienstete, Funktionär:innen, das neue Prekariat, die Arbeitslosen, frühere und künftige Arbeitende), der Opfer von ökonomischer und anderen Formen von Unterdrückung (Frauen, ethnische Minderheiten, Migrant:innen, etc.) und, allgemeiner verstanden, einer universellen »Menschheit«, die durch den Kapitalismus, Machtpolitik und Klimawandel in Gefahr gerät. Auf praktischer Ebene versuchen all diese Organisationen, sinnvolle Verbindungen zu den Volksklassen aufzu-

bauen, erreichen jedoch die linke Mitte (Art1), die radikale Linke (SI und PRC) und die Ultralinke (PaP und weitere Gruppen), Mitglieder der mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft und das intellektuelle Prekariat. Dies trifft auf verschiedenen Ebenen zu. Was Wahlunterstützung angeht, so haben die unteren Klassen die radikale Linke in den letzten Jahren zugunsten der M5S und der Lega verlassen. Auf Ebene der Repräsentation tendieren die gewählten Abgeordneten und Führungsfiguren der radikalen Linken dazu, professionelle Politiker:innen, Top-Staatsanwälte, Parteifunktionär:innen oder beruflich prekäre, aber in Sachen Bildung privilegierte Akademiker:innen zu sein. Was schließlich informelle gesellschaftliche Netzwerke angeht, so sind Verbindungen zu professionellen NGOs und aktivistischen Netzwerken tendenziell stärker ausgebildet als jene zu Arbeitsplätzen oder gewöhnlichen Nachbarschaften.

Die meisten Parteien folgen traditionellen Organisationsmodellen, die auf territorialen Unterabteilungen, einer mehrstufigen Delegiertendemokratie mit regelmäßigen Kongressen und einer offenen internen Debatte zwischen formellen und informellen Fraktionen beruhen. Die täglichen Entscheidungen werden im Allgemeinen bei indirekt gewählten Parteiführer:innen und deren Sekretariaten konzentriert. Die parlamentarischen Fraktionen der radikalen linken Organisationen haben indes häufig ein hohes Maß an Autonomie von ihren jeweiligen Parteiorganen erlangt und leben parallel als sichtbare Vertretungen von Mehrparteien-Wahlkoalitionen, während sie von ständigen individuellen Überläufern und Spaltungen gebeutelt werden.

Die Verflechtungen radikal linker Parteien mit Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen sind im Allgemeinen informell, schwach und von fraglichem Nutzen für beide Seiten. Einerseits ist der radikallinke Einfluss im Allgemeinen außerhalb eines kleinen Milieus radikaler Gewerkschaften (e.g. USB), besetzter Orte (z.B. Ex-OPG in Neapel) und Netzwerken sozialer Bewegungen nur marginal. Andererseits schaffen es die wenigen relevanten Gegenbeispiele zumeist nicht, in Bezug auf außerparlamentarische Kämpfe oder Wahlerfolg einen spürbaren Unterschied zu machen. Interessant ist der Fall Maurizio Landinis, eines unabhängigen Linken, der für politisch in erster Linie dem PRC und dann dem SI nahestehend gehalten wurde, und der zuerst zum Generalsekretär der Metallarbeiter:innengewerkschaft FIOM (2010–2017) und danach der größten Gewerkschaftskonföderation CGIL (seit 2019) gewählt wurde. Doch trotz einer solchen radikal linken Führung haben beide Gewerkschaften über die letzten fünf Jahre hinweg weder substanzielle Kämpfe im Bereich der Industrie begonnen, noch sind sie offen für die Wahl radikal linker Parteien eingetreten. Ein weiteres interessantes Beispiel bieten die bedeutsamen Kämpfe eingewanderter Arbeitender im Logistik- und Landwirtschaftssektor. Hier gelang es radikal linken Gewerkschaften und Parteien, große wirtschaftliche Verbesserungen und er-

hebliche politische Unterstützung zu erringen, doch konnten sie an der Wahlurne nicht von diesen profitieren, da die überwiegende Mehrheit der eingewanderten Arbeiter:innen die italienische Staatsbürgerschaft nicht hat und deswegen nicht wählen darf.

Europäische Politik

Die Haltung zur Europäischen Union ist derzeit eines der umstrittensten Themen innerhalb der radikalen Linken Italiens. Dass institutionelle Architektur und der politische Rahmen der EU der italienischen Wirtschaft und Gesellschaft schaden, ist relativ unumstritten. Sogar Art1 bekennt, dass »die europäische gemeinsame Währung schlecht gemacht ist und noch schlechter gemanagt wurde« und dass die EU eine »kurzsichtige Wirtschaftspolitik auf der Grundlage von Fiskalpakt und Austeritätspolitik« umsetze. Alle anderen Parteien drücken sich noch expliziter aus und erachten die gemeinsame Währung und den Binnenmarkt als »Fehler« (SI), verstehen die europäischen Verträge als »neoliberalen Käfig«, aus dem ausgebrochen werden muss (PRC), und sehen die EU als »das Werkzeug, mit dem das europäische Monopolkapital seine Interessen verfolgt« (PC).

Doch trotz dieser starken Ablehnung gehen die meisten Organisationen nicht so weit, die EU gänzlich abzulehnen. Stattdessen beschränken sie ihre Kritik auf die derzeitige neoliberale Ausrichtung der EU, indem sie euroskeptische und kritische pro-EU-Themen mischen und an die Möglichkeit eines »anderen Europas« in einer reformierten EU glauben. Zudem sind sich die verschiedenen radikal linken Organisationen zutiefst uneinig über alternative Lösungen zu dieser Frage. Art1 plädiert für eine föderalistische Reform der Verträge, sodass eine Machtübertragung von den nationalen Regierungen auf das Europäische Parlament und die Annahme einer expansiven gemeinsamen europäischen Politik die Folge wäre.

SI scheint sich stattdessen für eine nationalistische Reform der Europäischen Verträge auszusprechen, um mit progressiven nationalen Politiken manövrierfähiger zu werden, am wahrscheinlichsten durch das Ende des Euro.¹² Der PRC spricht sich für eine Abschaffung des neoliberalen Rahmenwerks der EU durch unilaterale »Ungehorsam« den Europäischen Verträgen gegenüber und durch gemeinsame europäische Mobilisierung aus, jedoch ohne Italiens Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion und der EU infrage zu stellen.

¹² Diese euroskeptische Position des Jahres 2017 war jedoch vor allem durch den Einfluss von Stefano Fassina bedingt, der die Partei 2018 verließ, um seine eigene Gruppe, »Vaterland und Verfassung«, zu bilden (*Patria e costituzione*, PeC).

Während die PaP sich für einen »Bruch der Europäischen Union aus den Verträgen« einsetzt, fordert darüber hinaus die PCI den »Bruch mit der EU und ihren Verträgen« und die »Überwindung ihrer gemeinsamen Währung« und steht somit implizit für einen Ausstieg aus der EU. Die PC steht noch ausdrücklicher für einen »Rückzug Italiens aus der Europäischen Union« und dem »System des Euro«. Andere Gruppen und Persönlichkeiten der radikalen Linken haben auf nationale Souveränität bedachte Gruppen gegründet, die sich speziell auf das Erreichen eines solchen Ausstiegs fokussieren.

Radikale Opposition gegenüber der EU wird auch im Kontext breiter angelegter politischer Überlegungen zur Disposition gestellt. Zwischen 1996 und 2001 beispielsweise wurde die prinzipielle Opposition von PRC und PCI gegenüber den Maastrichter Verträgen ihrem Ansinnen untergeordnet, die Mitte-Links-Regierungen zu unterstützen, die Italiens Übernahme des Euro anvisierten. In ähnlicher Weise haben seit 2019 verschiedene Fraktionen der LeU ihre Kritik an der EU gedämpft, um eine Gefährdung der Conte II-Regierung zu vermeiden. Was transnationale Zusammenarbeit angeht, würden sich die meisten Parteien für einen potenziellen Sitz in der Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments entscheiden, mit Ausnahme von Art1 (der der sozialistischen Gruppe näher steht) und des PC (die der eigenständigen griechischen KKE nahesteht). Nur die PRC ist Vollmitglied der Partei der Europäischen Linken (ELP). SI hat lediglich Beobachterstatus, und alle anderen Parteien haben alternative oder keine transnationalen Bindungen.

Ausblick

Kurzfristig sehen die Chancen für eine Erholung der italienischen radikalen Linken nicht gut aus. Zum einen scheint keine der hier erörterten Organisationen über die Ideen, die Sichtbarkeit oder die Mittel zu verfügen, die es für einen Durchbruch braucht. Zum anderen wird jede improvisierte Koalition um eine Vertretung nach den nächsten Parlamentswahlen kämpfen, umso mehr, falls die derzeitigen Vorschläge, die Wahlhürde von drei auf fünf Prozent heraufzusetzen, angenommen werden. Am wahrscheinlichsten ist deshalb eine Fortsetzung der gegenwärtigen Krise. Die größten Hoffnungen auf eine Erneuerung der radikalen Linken werden mittelfristig – nach Jahrzehnten von Niederlagen und Unentschiedenheit – von der Wiederaufnahme massenhaft geführter Konflikte im industriellen und sozialen Bereich abhängen. Allein eine solche Entwicklung könnte das kollektive Bewusstsein verschieben und eine neue Generation von Aktivist:innen, Organisationen und Führungskräften hervorbringen.

Literatur

- Albertazzi, Daniele/Giovannini, Arianna/Seddone, Antonella (2018): No regionalism please, we are Leghisti! The transformation of the Italian Lega Nord under the leadership of Matteo Salvini. In: *Regional & Federal Studies* 28(5), 645-671.
- Art1 (2019): Le tesi per una forza ecosocialista. articolo1mdp.it (25.5.2021).
- Bagnai, Alberto (2014): L'Italia può farcela. Equità, flessibilità, democrazia. Strategie per vivere nella globalizzazione. Reggio Emilia.
- Bellofiore, Riccardo (2013): L'eccezione esemplare: il caso italiano nella crisi globale e europea. In: *Critica Marxista* 2.
- Biorcio, Roberto/Natale, Paolo (2018): Il Movimento 5 Stelle: dalla protesta al governo. Milano.
- Broder, David (2020). *First they took Rome: how the populist right conquered Italy*. London.
- Capussela, Andrea L. (2018): *The political economy of Italy's decline*. Oxford.
- Cesaratto, Sergio/Zezza, Gennaro (2019): Farsi male da soli. Disciplina esterna, domanda aggregata e il decline economico italiano. In: *L'industria* 2, 279-318.
- Chiocchetti, Paolo (2017): *The radical left in Western Europe, 1989–2015*. Abingdon.
- Chiocchetti, Paolo (im Erscheinen): *Italy*. In: Escalona, Fabien et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of radical left parties in Europe*. London.
- Chiocchetti, Paolo: *Western European radical left database* (unveröffentlichte Datensammlung).
- Italian National Election Study (2018): ITANES-Befragung. Bologna. itanes.org (25.5.2021).
- PaP (2018): Il programma. poterealpovo.org/ (25.5.2021).
- Passarelli, Gianluca/Tuorto, Dario (2018): *La Lega di Salvini: estrema destra al governo*. Bologna.
- PC (2011): *Programma politico*. ilpartitocomunista.it (25.5.2021).
- PCI (2016): *Le proposte del PCI per il cambiamento sociale e politico dell'Italia*. ilpartitocomunistaitaliano.it/ (25.5.2021).
- Pianta, Mario (2011): *Nove su dieci. Perché stiamo (quasi) tutti peggio di 10 anni fa*. Rom.
- PRC (2014): *Statuto del Partito della Rifondazione Comunista – Sinistra Europea*. web.rifondazione.it (25.5.2021).
- PRC (2017): *Documento 1. Socialismo XXI, per un nuovo umanesimo*. web.rifondazione.it (25.5.2021).
- SI (2017): *C'è alternativa*. sinistraitaliana.si (25.5.2021).
- Tronconi, Filippo (2018): *The Italian Five Star Movement during the crisis: towards normalisation?* In: *South European Society and Politics* 23(1), 163-180.

Spanien: Der kontroverse Weg von der Straße in die Regierung

von Marga Ferré

Einleitung

In diesem Kapitel geht es um die Entwicklung der spanischen Linken seit den 2010er Jahren. Das Jahrzehnt begann mit einer weit verbreiteten Opposition auf der Straße gegen die Sparmaßnahmen als Folge der globalen Finanzkrise. Am 15. Mai 2011 – inspiriert vom arabischen Frühling – demonstrierten in allen größeren Städten Spaniens Tausende gegen die zunehmenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Missstände des Landes. 2015 übertrug sich dieses linke Momentum auf das Parlament, und am Ende des Jahrzehnts traten die vereinigten Linken von *Unidas Podemos* sogar in eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten ein. Wie dieser Beitrag zeigen wird, hatten diese Entwicklungen einen tiefgreifenden Einfluss auf die spanische Politik insgesamt, auf die Organisationskultur der jeweiligen linken Parteien und auf die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und der (linken) Regierung in Spanien.

1. Die globale Finanzkrise und der Aufstieg der spanischen Linken

Spanien ist ein kulturell fortschrittliches Land, in dem die sozialen Werte eher dem progressiven Bereich (Toleranz, Feminismus, Wohlfahrtsstaat, fortschrittlicher Europäismus ...) angehören, als der konservativen Ideologie zuzuordnen sind. Dennoch manifestieren sich die ideologischen Grundströmungen bei Wahlen in zwei Blöcken, einmal der progressiven Linken und andererseits der konservativ-liberalen Rechten, die sich im traditionellen Zweiparteiensystem der beiden großen Parteien, der PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei, sozialdemokratisch-sozialliberal) und der PP (Volkspartei, konservativ) an der Regierung abwechseln.

Diese Situation änderte sich grundlegend nach der Finanzkrise 2008 und den darauffolgenden massiven Mobilisierungen gegen die Sparmaßnahmen. In jedem Block entstand eine neue Partei, mit Podemos auf der linken und *Ciudadanos* auf der rechtsliberalen Seite. Beide Parteien zogen nach den Wahlen 2015 in das nationale Parlament (*Cortes Generales*) ein und sorgten damit für eine Neuordnung des traditionellen politischen Schachbretts in Spanien. Die Protestpartei Podemos mit ihren Wurzeln in der M-15-Bewegung gegen die undemokratischen sozialen Einschnitte einer verschärf-

Tabelle 1: Wahlen 2016 und 2019 im Vergleich

Parteien	Absolut 2016	Absolut April 2019	Absolut Nov. 2019	in % 2016	in % Apr. 2019	in % Nov. 2019
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)	5.443.846	7.513.142	6.792.199	22,63	28,67	28,00
Partido Popular (PP)	7.941.236	4.373.653	5.047.040	33,01	16,69	20,81
Unidas Podemos (UP)	5.087.538	3.751.145	3.119.364	21,15	14,32	12,86
Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)	639.652	1.024.628	880.734	2,66	3,91	3,63
Ciudadanos (Cs)	3.141.570	4.155.665	1.650.318	13,06	15,86	6,80
VOX (far right)	47.182	2.688.092	3.656.979	0,20	10,26	15,08

Quelle: Wahlberichte vom Bundesinnenministerium Spaniens, eigene Darstellung

ten Austeritätspolitik erhielt mehr als 20% der Stimmen und die neue bürgerliche Sammlungspartei Ciudadanos kam auf 14%. Der Aufstieg der beiden neuen Parteien wurde bei den Wahlen 2016 bestätigt, bei den Wahlergebnissen im April und November 2019 jedoch teilweise wieder zurückgenommen. Bei diesen letzten Wahlen gewannen PSOE und PP einen Teil ihrer früheren Stärke zurück, ohne jedoch das frühere Zweiparteiensystem wiederherstellen zu können. Die PSOE konnte nach den Wahlen im April 2019 nicht die notwendige Mehrheit für die Bildung einer neuen Regierung finden, was zu Neuwahlen im November führte.

Nach den Wahlen 2019 beschlossen die Sozialisten, eine progressive Regierungskoalition mit *Unidas Podemos* (Vereinigtes Podemos, bestehend aus *Podemos*, *Izquierda Unida* und *Cataluña En Común*) zu bilden, die sie zuvor noch vehement abgelehnt hatten. Die Bildung dieser Regierung war vor allem für die Linken teilweise das Ergebnis der Bedrohung durch die extreme Rechte.

Bei den Parlamentswahlen 2015 und 2016 gaben diejenigen, die die Regierungspolitik der Konservativen ablehnten, ihre Stimme der Linken oder den Liberalen (*Ciudadanos*). Im Jahr 2019 hatte sich die Situation geändert. Teile der ehemaligen Wähler:innen der Volkspartei und der nationalkonservativen Strömung innerhalb von Ciudadanos stimmten nun für die rechtsextreme VOX. Diese Partei – 2016 noch völlig unbedeutend – erhielt bei den Wahlen im April 2019 mehr als zehn Prozent und bei den Wahlen im November 2019 bereits 15%.

Nach jahrzehntelanger Korruption wechselten viele Wähler:innen der rechten PP zur nationalkonservativen rechtskonservativen Partei VOX, deren nationalistische Rhetorik ihre Wurzeln in 40 Jahren Franco-Diktatur wurzelt, und die zu den größten Gegnern regionaler Unabhängigkeit, insbesondere Kataloniens gehört. Sie präsentiert sich als die »wahre« Rechte, die die Einheit der

Nation garantieren wird. Für diese Einheit stehen zwar auch andere Parteien, aber die VOX-Wähler:innen sind maßgeblich frühere PP-Wähler:innen. Es gibt jedoch keine Wähler:innen, die von den Linksparteien oder von der Sozialdemokratie kommen.

Zur spanischen Geschichte und zur Prägung des spanischen Parteiensystems gehören neben den klassischen sozioökonomischen und soziokulturellen Konfliktlinien ebenso die Konflikte zwischen dem spanischen Zentralstaat und regionalen Parteien, die sich in unterschiedlicher Weise für die Autonomie ihrer Regionen einsetzen. Folgerichtig entstanden entlang dieser Konfliktlinie sowohl aufseiten der Linken als auch aufseiten der Rechten eine Reihe von Regionalparteien, darunter die nationalistisch-konservativen Parteien der beiden Regionen: des Baskenlandes und Kataloniens,¹ die Ausdruck des nie gelösten territorialen Konflikts in Spanien sind. Ihre Stärke könnte das Stimmgleichgewicht zwischen den fortschrittlichen und den rechten Parteien kippen.

2. Die Rolle der Linken innerhalb des politischen Systems

Die *Izquierda Unida* (Vereinigte Linke; IU) wurde 1986 als Ergebnis der Initiative zur Vereinheitlichung der politischen Linken durch die Kommunistische Partei Spaniens gegründet. Zwischen 1986 bis 2011 war sie die Hauptvertreterin der radikalen Linken in Spanien. In dieser Zeit erreichte die Vereinigte Linke bei den Parlamentswahlen zwischen vier bis zehn Prozent der Wählerstimmen.

Diese Situation änderte sich, als 2014 Podemos die Bühne betrat, als politischer Vertreter der Indignados-Bewegung, die – ebenso wie die IU – die Sparpolitik der spanischen Regierung bekämpfte. Podemos verkörperte dabei einen Links-Populismus, der aus den Massenprotesten gegen die Austeritätspolitik hervorging und in der spanischen Bevölkerung großen Rückhalt fand. Im Jahr 2015 erreichte die neue Partei bei den Parlamentswahlen mehr als 20%, gleichzeitig blieb die IU unter vier Prozent. Die jedoch schnell gewachsene Podemos verfügte im Unterschied zur IU nicht über deren Organisationsstärke, was vor allem in Zeiten nachlassender Proteste von Bedeutung war. Es bot sich also angesichts gleicher Ziele an, bei den kommenden Wahlen gemeinsam anzutreten. Bereits bei den Parlamentswahlen im Juni 2016 bot sich hierfür die Möglichkeit: Erstmals bildeten Podemos und IU ein Wahlbündnis

¹ In der Vergangenheit hatten zwei sehr konservative nationalistische Parteien aus Katalonien und dem Baskenland verschiedene spanische Regierungen unterstützt. Es sind dies die CIU aus Katalonien (jetzt Puigdemont-Partei) und die Nationalpartei des Baskenlands (PNV).

(Unidas Podemos) gegen die Sozialisten und erreichten zusammen mehr als 21% der Wählerstimmen. Allerdings verlor das Bündnis auch etwa eine Million Wähler:innen im Vergleich zum Gesamtergebnis von IU und Podemos bei den Wahlen von 2015, zu denen beide Parteien getrennt antraten.

Bei den Wahlen 2019 verlor United Podemos sechs Prozent der Stimmen im Vergleich zu 2016, während die sozialistische PSOE sechs Prozent hinzugewann. Dies hat zu einem Paradoxon der Linken in Spanien geführt: Obwohl sich ihr Stimmenanteil von 20% im Jahr 2016 auf etwa 10% im Jahr 2020 fast halbiert hat (Sánchez 2019), kann sich Unidas Podemos mit einem viel größeren politischen Einfluss brüsten und ist sogar an der Regierung beteiligt. Wie ist das möglich geworden?

3. Strategische Optionen

Von Anfang der 1990er Jahre bis 2008 konnte die rechtskonservative spanische Volkspartei (*Partido Popular*, PP) bis zu 40% der Wählerschaft für sich gewinnen. Seit den Wahlen 2008 ist dieser Wähleranteil teilweise unter 30% gesunken. Dieser Trend zeigte sich auch bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016. Mariano Rajoy erhielt mit 176 von 350 Stimmen keine absolute Mehrheit und bildete anschließend eine Minderheitsregierung, die unter anderem von den Ciudadanos und der Nationalpartei des Baskenlands (*Eusko Alderdi Jeltzalea-Partido Nacionalista Vasco*, EAJ – PNV) unterstützt wurde. Im Jahr 2018 musste sich jedoch der amtierende Ministerpräsident Rajoy einem Misstrauensantrag stellen, nachdem er in mehrere dubiose Korruptionsfälle verwickelt war. Daraufhin wurde die Regierung aufgelöst und der progressive Block von Pedro Sánchez (PSOE) mit der Bildung einer Interimsregierung beauftragt. Bei den anschließenden Wahlen im April 2019 wurde die PSOE stärkste politische Kraft, ohne allerdings über eine Mehrheit zu verfügen. Die PSOE kündigte daraufhin an, kein Regierungsbündnis mit Unidas Podemos zu bilden, und verlangte stattdessen, dass UP eine Minderheitsregierung tolerieren solle. Sollte die Partei nicht zustimmen, würde die PSOE die UP für eine Rückkehr der Rechten in die Regierung verantwortlich machen.

Unidas Podemos und insbesondere ihr Anführer Pablo Iglesias weigerten sich jedoch, eine Minderheitsregierung der PSOE zu akzeptieren. Stattdessen akzeptierte die UP, dass die Wahlen wiederholt werden müssten. Sie verweigerte sich damit, eine Ein-Parteien-Regierung der Sozialisten zu unterstützen. Dies war ein noch nie da gewesener und riskanter Schritt, der sich aber als die richtige Entscheidung herausstellte. Obwohl Unidas Podemos bei den Wahlen im November 2019 Stimmen verloren hatte, hat es sein Ziel erreicht, in die Regierung einzutreten. Die Möglichkeit, das portugiesi-

sche Modell der Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung zu übernehmen (Tolerierungsmodell), wurde von Podemos nicht als erfolgversprechend angesehen. Eine Mehrheit der IU betonte, dass nur eine Regierungsbeteiligung einen Politikwechsel herbeiführen könne. Dies sei von außen nicht möglich.

Die Wähler:innen der Linken

Umfragen über die Zusammensetzung der Wähler:innen von Unidas Podemos zeigen, dass sich die meisten von ihnen mindestens mit zwei der folgenden Kategorien identifizieren: progressiv, feministisch, umweltbewusst und sozialistisch/sozialdemokratisch. Fast alle bezeichnen sich als links und etwa die Hälfte von ihnen gehört der Arbeiter:innenklasse an, nicht ganz so viele identifizieren sich als Mittelschicht. 2014 gelang Podemos vor allem die Aktivierung von Nichtwählern. Außerdem war Podemos gerade dort besonders erfolgreich, wo die Sozialisten massiv Stimmen verloren. Podemos, aus sozialen Protesten hervorgegangen, gelang es vor allem auch junge Wähler:innen zu erreichen – mehr als ein Viertel der Podemos-Wähler:innen war 2014 jünger als 30 Jahre alt.

Zugleich gibt es für Unidas Podemos eine positive Korrelation zwischen den Arbeitslosenzahlen und prekär Beschäftigten und den Stimmen für die Parteien der radikalen Linken. (Eldiario, 28.5.2014) Insbesondere auch Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen in einer Situation wirtschaftlicher Unsicherheit durch prekäre, insbesondere auch befristete Beschäftigung oder drohenden Arbeitsplatzverlust fühlen sich vom linken Parteienbündnis angezogen. (Ramiro/Gomes (2016) Damit besteht die soziale Basis von Unidas Podemos – wie in anderen Ländern auch – aus einer Allianz zwischen Teilen der Arbeiterklasse und gebildeten städtischen Fachkräften. Es sind vor allem junge Menschen aus der städtischen Arbeiter:innenklasse mit abgeschlossener mittlerer Schulbildung.

Es gibt jedoch auch Unterschiede zwischen Izquierda Unida und Podemos: Während die Agenda von Izquierda Unida eher klassische linke Wähler:innen anspricht, werden die Wähler:innen von Podemos vom progressiven Populismus der Partei angezogen, ein Unterschied, der bei den Parlamentswahlen 2019 mit der Abwanderung eines Teils ihrer Wähler:innen an Bedeutung verloren haben wird.

Als Podemos 2014 zum ersten Mal die politische Bühne betrat, erklärte die Partei, dass eine Identifikation als entweder links oder rechts nicht mehr funktioniere, da diese Begriffe auf die Konzepte von Klasse oder politischer Identität verweisen. Stattdessen zog es Podemos vor, von »dem Volk«, »denen da unten«, »gewöhnlichen Menschen« oder »normalen Bürger:innen« zu sprechen. In Spanien hat der Begriff »das Volk« aufgrund des Einflusses auch der

Befreiungsprozesse der Völker in Lateinamerika eine eindeutig fortschrittliche Konnotation, während die anderen Begriffe eine Kontinuität mit den Forderungen der Indignados- und der 15-M-Bewegung signalisieren, aus denen Podemos hervorgegangen war.

In der Zwischenzeit ist innerhalb von Podemos eine Debatte zu seiner weiteren Ausrichtung entstanden. Von Anfang an gab es in der Partei zwei Strömungen: eine, die populistische Theorien vertrat, was bedeutet, dass sie sich weder als linke noch als rechte Partei identifizierte, sondern als eine transversale Partei, die sich auf die Idee stützt, dass nicht die Klasse, sondern das Volk der Bezugsbegriff ist, und die Partei deshalb in der Lage ist, im Bündnis mit den Liberalen an der Regierung teilzunehmen. Und es gab von Beginn eine zweite Strömung, die dem traditionellen linksradikalen Ansatz nahesteht. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen Strömungen führten zu einer Spaltung innerhalb von Podemos und zur Gründung einer neuen Partei (*Más País*: Mehr Land), die von der ehemaligen Nummer zwei von Podemos, Íñigo Errejón, geführt wurde. Später kam es zu einer weiteren Spaltung, wobei die trotzkistische Strömung die Partei verließ, aber ungeachtet dessen an Sitzen in den Regionalparlamenten festhielt. So kam es zu einer Verschiebung hin zu einem eher linken, republikanisch orientierten Diskurs.

Izquierda Unida, als der kleinere Teil der Unidas-Podemos-Allianz, spricht die traditionellere Linke an, einschließlich der Arbeiter:innenklasse und Menschen mit geringem Einkommen und geringer Bildung. Gleichzeitig stammt ein erheblicher Teil ihrer Wählerschaft aus dem Sektor der städtischen Fachkräfte und Akademiker:innen. Diese Gruppen stellen die stärkste soziale Wählerbasis der Linksparteien dar, und sie bilden den größten Teil der politischen Führung von Izquierda Unida und Podemos gleichermaßen. Eine Mehrheit der spanischen Arbeiter:innenklasse wählt jedoch immer noch die PSOE. Das bedeutet, dass bei Wahlen die Wähler:innenbasis von Unidas Podemos und der PSOE wie kommunizierende Röhren wirken, sodass mehr Stimmen für die PSOE in weniger Stimmen für die UP übergehen und umgekehrt.

Unidas Podemos identifiziert sich mit Progressivismus, Umweltschutz, Feminismus und Sozialismus. Allerdings hat die UP noch kein klares symbolisches oder ideologisches Profil in diesen drei Politikfeldern entwickelt. Die aktuellen Debatten innerhalb der Partei sind daher von einem Ringen um programmatische und strategische Ausrichtungen geprägt. Derzeit ist Unidas Podemos nur ein Wahlbündnis zwischen der Vereinigten Linken (IU) und Podemos, trotz des Willens, in Zukunft etwas gemeinsames Strukturierteres zu werden.

Programmatisch-strategische Ausrichtung von Unidas Podemos

Unidas Podemos kombiniert verschiedene strategische Ansätze, die sich gegenseitig bereichern und beeinflussen. Es ist wichtig zu verstehen, dass Podemos als Teil der UP-Allianz die Welt nicht in der Tradition einer antikapitalistischen Analyse interpretiert, die sich auf Wirtschaft und Klassenkämpfe stützt. Diese eher marxistische Analyse wird nicht geleugnet, Podemos' eigene Analysen konzentrieren sich jedoch auf die politische Analyse und dabei insbesondere auf den Antifaschismus. Die marxistische Interpretation von Alberto Garzón (IU) ist nicht nur innerhalb der Izquierda Unida weit verbreitet, sondern sie findet auch Sympathisant:innen unter den Mitgliedern von Podemos.

Die IU und innerhalb dieser die PCE (Kommunistische Partei Spaniens) leisten einen Teil der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus. Das Eintreten des marxistischen Ökonomen Alberto Garzón in die Führungsspitze der Izquierda Unida trug dazu bei.

Im Zentrum der Analyse steht die Situation des peripheren Kapitalismus in Spanien, der stark von internationalen Konjunkturschwankungen abhängig ist. Darüber hinaus betrachtet diese Analyse aufgrund der besonderen Beziehungen der spanischen Linken zu Lateinamerika das Weltsystem aus dem Blickwinkel der Dependenztheorie.²

Die Analyse der Krisen des Kapitalismus führt die schwache Position Spaniens auf die Demontage seines Produktionssystems und die Konkurrenz des Landes hinsichtlich niedriger Löhne und einer Dienstleistungswirtschaft von geringer Wertschöpfung zurück – Faktoren, die Spanien außerhalb der Wertschöpfungsketten des Kapitals platzieren. Darüber erzeugt der spanische Rentenskapitalismus³ ein hohes Maß an Abhängigkeit. Es geht um den Wiederaufbau einer »produktiven Souveränität« in einer globalisierten Welt. Die spanische politische Rechte und die Fraktionen des Kapitals, die sie vertreten,

² Dependenztheorie (von span. *dependencia* – Abhängigkeit, Unterordnung; Filiale bzw. port. *dependência* – Abhängigkeit) ist der Oberbegriff für eine Mitte der 1960er Jahre ursprünglich in Lateinamerika entstandenen Gruppe von in ihren Grundannahmen eng verwandten Entwicklungstheorien, die die Existenz hierarchischer Abhängigkeiten (Dependenzen) zwischen Industrie- (Metropolen) und Entwicklungsländern (Peripherien) betonen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Peripherien durch dieses Hierarchieverhältnis als begrenzt sehen. (Anm. d. Ü.)

³ Rentenskapitalismus bezeichnet ein Wirtschaftssystem, das als Zwischenstufe zwischen einer feudal organisierten Agrargesellschaft (Agrarsystem) und einem modern-produktiven Industriekapitalismus gilt. Wesentliches Merkmal des Rentenskapitalismus ist die Ausbeutung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produzenten durch die Abschöpfung von Renten als Ertragsanteile und die Kommerzialisierung ihrer Ansprüche. Rententitel sichern den Eigentümern der handwerklichen und landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren einen festen Anteil am Produkt der Bauern und Gewerbetreibenden. (Anm. d. Ü.)

orientieren sich an den atlantischen Beziehungen, während in einem europäisch geprägten Land wie Spanien Entscheidungen auf europäischer Ebene lebenswichtig sind. Daher besteht ein Teil des Anliegens der Linken darin, die Kluft zwischen Nord und Süd sowie zwischen Zentrum und Peripherie auf dem europäischen Kontinent zu verringern und dabei die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus zu nutzen.

Die Konzentration des Kapitals und die Bedeutung des Finanzsektors sind weitere Variablen, die von der marxistisch inspirierten Linken unter gewissem Einfluss von Unidas Podemos und der Gewerkschaftsbewegung vermehrt untersucht wurden. Im Zuge der aktuellen Krise sind die Frage der Arbeit im 21. Jahrhundert und der digitale Kapitalismus Themen, die gesellschaftlich diskutiert werden.

Zentrale Handlungsfelder und Themen

Wie bereits gesagt, hat die soziale Basis rund um Unidas Podemos eine starke progressive, feministische und ökologische Komponente. Die vorrangigen Handlungsfelder der Linken unterscheiden sich nicht von denen anderer Länder: öffentlicher Sektor, Arbeit, Wohnungswesen, Gleichberechtigung und Feminismus, Bürger:innenrechte. Leider ist die Ökologie eher Bestandteil der Reden als tatsächlich politisch entwickelter Vorschläge. Die Herausforderung für die spanische Linke besteht aber darin, den Widerspruch aufzulösen zwischen dem, was sie im Einklang mit den Forderungen von der Straße der letzten Jahre will, und dem, was die Grenzen des Regierungshandelns bedeuten. Der Widerspruch zwischen Regierung und Bewegungen, institutionellem Handeln und sozialen Initiativen impliziert einen Lernprozess, dessen Grenzen noch nicht klar sind. Unidas Podemos weiß, dass sie in der Regierung Spaniens bleiben muss, da die Alternative dazu eine rechte Regierung bedeutet, die von der extremen Rechten VOX unterstützt wird. Gleichzeitig ist der Koalition jedoch auch bewusst, dass sie in ihren Forderungen nicht grenzenlos nachgeben kann. Inwieweit dies möglich ist, bestimmen die zentralen Debatten, die in den nächsten Jahren in der spanischen Linken geführt werden müssen.

Die Rolle der radikalen Linken in der Regierung

Die traditionelle Linke hatte in Spanien, auf kommunaler Ebene, vertreten durch die Izquierda Unida, die in Hunderten von Ortschaften mit der PSOE regiert, schon immer großes Gewicht. Weniger Gelegenheit hatte sie, wichtige Regionen wie Katalonien, Asturien oder Andalusien gemeinsam mit der PSOE zu regieren. Unidas Podemos ist nun seit Februar 2020 Teil der Regierungskoalition des Landes.

Bemerkenswert ist, dass nach der Zeit der massiven Mobilisierungen in den Jahren 2011–2015 für die Kommunalwahlen 2015 eine Vielzahl an of-

fenen Kandidaturen gebildet wurden, zu denen Izquierda Unida und Podemos gehörten, die in mehreren der wichtigsten Städte des Landes (Barcelona, Madrid, Saragossa...) gewonnen hatten. Diese wurden »Ayuntamientos del Cambio« (Gemeinden des Wandels) genannt. Und obwohl ihre Gründung ein hoffnungsvoller Moment für die Linke war, ist das Ergebnis nach vier Jahren enttäuschend. Eine ernsthafte Analyse der Gründe für das Versagen liegt noch nicht vor, aber zwei Elemente lassen sich hervorheben: Mehrere der gewählten Bürgermeister:innen handelten individualistisch, d.h. sie fühlten sich weder mit den Parteien, die sie unterstützten, noch mit den Wahlprogrammen der Kandidaturen verbunden, und es gab einen großen Mangel an Mechanismen zur Rechenschaftspflicht. Das führte dazu, dass die Beziehungen zwischen Parteien und Bewegungen, die diese Kandidaturen unterstützt hatten, zerbröckelten und die Unterstützung vier Jahre später nicht mehr vorhanden war. Diese und andere Probleme haben dazu geführt, dass es sich mit Ausnahme von Barcelona, das mit seiner Bürgermeisterin Ada Colau eine charismatische Führung hat, um gescheiterte Experimente für die Linke handelte.

In den Jahren zwischen 2011 und 2015 kam es in Spanien als Reaktion auf die Sparpolitik zu einem beispiellosen Anstieg sozialer Mobilisierungen. Ab 2015 konzentrierten sich die Bemühungen der Linken jedoch zunehmend auf die Erlangung der politischen Macht, wobei einerseits einige dieser Bewegungen geschwächt wurden, indem sie in die Institutionen eingegliedert wurden, und andererseits die sozialen Bestrebungen zugunsten des politischen Wechsels eher in den Hintergrund traten, als auf die Straßen getragen zu werden. Eine Situation, die sich mit dem Eintritt von Unidas Podemos in die spanische Regierung weiter verstetigt hat.

Gleichzeitig besteht für Unidas Podemos das Risiko darin, dass es aufgrund der großen parlamentarischen Fragmentierung (die Koalitionsregierung verfügt über keine parlamentarische Mehrheit, sie muss sich mit nationalistischen Parteien einigen) zu einer Rechtswendung der PSOE kommt, die die Einhaltung des genannten Regierungsabkommens erschweren würde und so die fragile Koalition schnell infrage gestellt werden kann.

Auf lokaler oder regionaler Ebene werden Vereinbarungen traditionsgemäß, wie in Bezug auf die gemeinsame Wähler:innenbasis beschrieben wurde, zwischen der Linken und den Sozialdemokraten nur getroffen, wenn es keine andere Option für die PSOE gibt.

Konkrete Projekte und politische Praxen

Die Regierung der Unidas Podemos-PSOE-Koalition basiert auf einem Abkommen auf der Grundlage eines fortschrittlichen Programms. Die wichtigsten Punkte dieses Regierungsabkommens sind:

- Aufhebung der von der PP genehmigten Arbeitsreform im Jahr 2012;
- Erhöhung der Steuern um zwei Punkte für Einkommen über 130.000 Euro und um vier Punkte für Einkommen über 300.000 Euro;
- Anhebung des Mindestlohns auf 60% des Durchschnittslohns;
- Wiederherstellung der Rolle von Tarifverträgen und Abschaffung möglicher Entlassungen wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten;
- dauerhafte Anpassung der Renten gemäß dem aktuellen Verbraucherpreisindex per Gesetz;
- Begrenzung überzogener Mieterhöhungen; ein Plan für nachhaltigen Wohnraum und Vereinfachung der Verfahren für den Eigenverbrauch von Energie;
- Förderung des »politischen Wegs durch Dialog, Verhandlungen und Abkommen« mit Katalonien, um einen Ausweg aus dem »Konflikt« zu finden;
- Förderung »eines starken und zusammenhängenden Spaniens, das auf der Grundlage der Verfassung und der Autonomiestatuten strukturiert ist«;
- Verabschiedung eines neuen Gesetzes für öffentliche Sicherheit;
- Erreichen von 5% des BIP für Bildungsinvestitionen im Jahr 2025, Religion als Schulfach ist ohne weitere Alternative fakultativ und die Note zählt nicht für akademische Zwecke;
- Auslaufen der Zuzahlungen im Gesundheitswesen und Aufhebung der Gesundheitsreform der PP, um den allgemeinen Zugang zum nationalen Gesundheitssystem zu gewährleisten. Erhöhung der Ressourcen für das nationale Gesundheitssystem auf 7% des BIP bis 2023;
- Verabschiedung eines Plans zur Behebung der Obdachlosigkeit;
- Verabschiedung eines umfassenden Gesetzes gegen den Handel mit Frauen und Mädchen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung;
- dringende Regulierung von Glücksspielen, einschließlich Werbung und Online-Glücksspielen, ähnlich wie bei Tabak;
- Verabschiedung eines Gesetzes zur Glaubensfreiheit, das den Laizismus des Staates und seine Neutralität vor allen Religionsgemeinschaften garantiert;
- Verabschiedung eines Gesetzespakets zum Klimawandel und zur Energiewende, um bis 2050 eine hundertprozentige Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu erreichen;
- Verabschiedung eines Gesetzes über nachhaltige Mobilität, wirtschaftliche Hilfe für Elektrofahrzeuge und die Überarbeitung des Mautmodells für das Netz von Autobahnen und Fernstraßen.

Gegenwärtig ist das Verhältnis der Unidas Podemos-Parteien zur feministischen Bewegung und zu den Gewerkschaften stärker, zum Sektor von Studierenden- oder in der Umweltbewegung, die in Spanien keine politische Vertretung hat (es gibt keine starke grüne Partei), jedoch kaum ausgeprägt. All diese Mobilisierungen werden zwar von den Unidas Podemos-Parteien un-

terstützt, der Mangel an sozialen Spannungen lässt jedoch eine direkte Mobilisierung vonseiten dieser Parteien als notwendig erscheinen. Das Problem besteht darin, dass sich die Bewegungslinke in der Regel nicht für eine Regierung ausspricht. Ganz im Gegenteil: das Fehlen sozialer Spannungen zugunsten fortschrittlicher Maßnahmen hat sich als eines der Probleme der linken Regierungsbeteiligung herausgestellt. Und während sich Mobilisierungen der Straße oft gegen die Regierung oder eine ihrer Maßnahmen richten, sind Mobilisierungen zur Unterstützung von Regierungsmaßnahmen sehr schwierig. Die Schwächung vieler sozialer Bewegungen durch den Eintritt von deren wichtigen Führungsfiguren in die Politik, d.h. eine gewisse Institutionalisierung der sozialen Bewegungen, erschweren linke Mobilisierungen zur Unterstützung und Stärkung linker Regierungspolitik.

Die Covid-19-Krise stellt nun die Regierung vor völlig neue Herausforderungen, deren Schwierigkeiten in den Jahren neoliberaler Politiken wurzeln, und die nun zu neuen sozialen Protesten führen. Damit stellt sich für die Linken die Frage, wie diese Mobilisierung von links aufgebaut werden kann, während man zugleich in der Regierung bleibt. In Spanien hat die soziale Mobilisierung vor und während der Pandemie zwei sehr sichtbare Stärken: die feministische Bewegung (deren Streiks und Demonstrationen in Spanien die soziale Perspektive des Feminismus verändert haben) und die Gewerkschaften, insbesondere die *Comisiones Obreras*, die während der Pandemie als Schutzschild für die Arbeiter:innen wahrgenommen wurden und eine gute Beziehung zu der von der Bevölkerung sehr geschätzten Arbeitsministerin Yolanda Díaz (von Unidas Podemos) unterhalten. Die Maßnahmen, die unter der Führung der Arbeitsministerin während der Pandemie ergriffen wurden, wurden sehr positiv beurteilt, insbesondere die ERTES (*expedientes de regulación de empleo temporales*, Verfahren zur Regelung der Zeitarbeit), die vier Millionen Menschen betreffen und ihnen garantieren, dass sie, obwohl die Tätigkeit des Unternehmens aufgrund von Covid-19 eingestellt wurde, weiterhin ein Gehalt erhalten (über öffentliche Förderungen) und nicht entlassen werden können. Darüber hinaus hat sie wichtige Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften getroffen, da sie in einer Zeit großer politischer Polarisierung als einzige Ministerin Einigungen mit der Rechten erzielen konnte.

Fragen zum Selbstverständnis und zur Organisationsstruktur

Während der ersten fünf Jahre (2010–2014) wurde in einem großen Teil der Gesellschaft eine demokratische und progressive Bestätigung für egalitäre Werte und soziale Gerechtigkeit sowie für Forderungen nach Demokratie und Fortschritt erzeugt. Dieser Prozess ging einher mit der Herausbildung einer kritischen Strömung gegen die Zweiparteilichkeit und die regierenden Eliten und gipfelte im Kampf um eine neue politische Repräsentation (Podemos und

später Unidas Podemos) bei den Wahlen (2015/2016), die auf linken Progressivismen basiert. Diese schließen für viele eine sozialistische sowie auch feministische und ökologische Kultur vor dem Hintergrund aufklärerischer und republikanischer Werte (egalitär, solidarisch und antiautoritär) ein.

Die Fähigkeit von Podemos und den assoziierten Koalitionen bestand darin, dass sie in der Lage waren, mit Unidas Podemos eine politische Alternative und institutionelle Vertretung zur PSOE unterscheidbaren sozio-politischen Strömung anzubieten. Was sich geändert hat, ist nicht so sehr die politische oder ideologische Haltung der sie tragenden gesellschaftlichen Basis, sondern die aggressive Haltung gegenüber den herrschenden Eliten und den rückwärts-gewandten, überheblichen Dynamiken.

In einem Land, das von aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrisen heimgesucht wurde und das unter einer Sparpolitik zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Einkommen gelitten hat, konzentriert die angeschlagene Mittelschicht ihre Forderungen auf öffentliche Dienstleistungen und Wohnraum. Vonseiten der Gewerkschaften werden die Kämpfe um Reformen organisiert, die die Arbeitnehmer:innenrechte stärken und verteidigen. Beide Forderungen stehen neben der Verteidigung der Bürger:innenrechte im Mittelpunkt der Vorschläge von Unidas Podemos. Die Vorschläge zur Steuerreform und zur Konfrontation mit der unternehmerfreundlichen Politik finden auch in der Mittelschicht Unterstützung, ihre Ambitionen sind jedoch sehr begrenzt.

Unidas Podemos konzentriert sich derzeit ausgehend vom Arbeitsministerium und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf die Entwicklung einer Sozialpolitik zum Schutz der schwächsten Sektoren und dem Schutz der Arbeitnehmer:innen. Als »soziales Schutzschild« wurde eine Reihe von Maßnahmen bezeichnet, die die ärmsten und anfälligsten Sektoren in dieser Krise betreffen: ein (Wohnungs-)Räumungsverbot, das Existenzminimum (eine neue Förderungsmaßnahme für Menschen ohne Mittel), ein Kündigungsverbot in der Pandemie, Hilfe für Familien und für die Vermittlung zwischen Männern und Frauen, eine spezielle Subvention für Selbständige, das oben erwähnte ERTES – Maßnahmen, die mehr als zehn Millionen Menschen betreffen.

Ein weiteres Paradox der spanischen Linken besteht darin, dass die Entstehung von Podemos mit einem starken Appell an die direkte Demokratie verbunden war, der sich in Form von partizipativen Prozessen, die allen Bürger:innen offen stehen, ausdrückte (sie haben keine Mitgliedschaft, jeder oder jede kann sich online registrieren und sowohl für Kandidat:innen als auch für Programme stimmen). Das war eine Revolution, die alle fortschrittlichen politischen Parteien zwang, Vorwahlen und mehr Transparenz in der Verwaltung einzuführen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Methoden der direkten demokratischen Beteiligung im Laufe der Zeit auch eine dunkle Seite haben können. Abstimmungen werden oft nicht zur Förderung der Transparenz durch-

geführt, sondern um interne Debatten zu blockieren, sodass Fragen durch Online-Teilhabe eher zu Referenden über Führungspersönlichkeiten werden als zu Orten offener themenbezogener Debatten. Die unangefochtene Führungsrolle von Paulo Iglesias in Podemos hat in allen zum Referendum eingereichten Debatten auf sehr breiter Basis überzeugt.

Izquierda Unida ist eine klassischere Formation und arbeitet wie die übrigen Parteien der europäischen Linken: Kongresse, durch Delegation gewählte und in Referenden ratifizierte Führungen, Vorwahlen und eine lokale Aufstellung ihrer Strukturen.

Wie bereits erwähnt, folgte der Phase der großen Mobilisierungen in den Jahren 2011–2015 die Phase der politischen Machtübernahme. Die Gründung von Podemos brachte viele Menschen zusammen, die sich an Bewegungen beteiligt hatten, was mit der politischen Machtübernahme wiederum zu ihrer Schwächung führte. Das ist das Paradox, welches das Risiko einer Institutionalisierung der dynamischsten Sektoren der Gesellschaft mit sich bringt. Gegenwärtig konzentrieren sich sowohl Izquierda Unida als auch Podemos mehr auf das Regieren des Landes und institutionelles Handeln als auf die Organisation sozialer Konflikte. Man ist sich dieser Situation bewusst und appelliert an die Kräfte der Straße, Druck auf die PSOE auszuüben, damit sich diese einer progressiveren Politik zuwendet – in der Realität ist dies jedoch noch nicht geschehen. Dies ist derzeit die große anstehende Debatte von Unidas Podemos und ihr größtes Problem. Im Einzelnen betrachtet, ist die Izquierda Unida lokal besser verwurzelt, und ihre Mitgliederschaft ist stärker mit den sozialen Bewegungen sowie lokalen und sektoralen Konflikten verflochten, weshalb sie mehr politische Felder besetzen kann; dennoch ist sie eine kleine Organisation (etwa 40.000 Mitglieder und Sympathisant:innen). Podemos hingegen ist eine beweglichere Freiwilligenorganisation, die 517.484 registrierte Parteimitglieder erreicht hat. Allerdings zählt Podemos in einer bereinigten Zählung lediglich 190.000 »aktive« Registrierte. Nach den Bestimmungen von Podemos ist ein registriertes Mitglied nur dann aktiv, wenn sie oder er im letzten Jahr mindestens einmal auf die Beteiligungswebsite der Partei zugegriffen hat. Podemos steht vor der Herausforderung, sich nach den sukzessiven Spaltungen und Problemen mit Führungen lokaler Kräfte wieder als Partei aufzubauen. In Bezug auf Beschlussfassungen ist Podemos eine stark zentralisierte Organisation, was Konflikte mit den lokalen Organisationen erzeugt. Unidas Podemos ist derzeit lediglich eine parlamentarische Fraktion ohne eine koordinierte Organisation außerhalb des Parlaments.

Vorstellungen linker Parteien zur Europapolitik

Spanien ist ein europäisch orientiertes Land, erst recht nach der Genehmigung der Mittel aus den Covid-Solidaritätsfonds. Dennoch ist die kritische Sicht auf die EU in den Jahren der Finanzkrise gewachsen, obgleich nicht einmal die rechtsextreme VOX einen Austritt aus der Union vorschlägt.

Das europäische Projekt selbst, oder das Fehlen eines solchen, ist die stärkste Kritik vonseiten der Linken. Das größte wahrgenommene Problem ist das Nord-Süd-Gefälle, das in der unsolidarischen Haltung der »sparsamen« Länder zum Ausdruck kommt,⁴ was das Gefühl der Peripherie und eines gespaltenen Europas verstärkt, in dem Spanien sich der Zugehörigkeit zum armen Teil bewusst ist. Das Land und die Linke identifizieren sich mit den Ländern und Parteien der Linken im Süden.

Podemos wurde für die Europawahlen 2014 gebildet und hat bis heute eine kritische, aber pragmatische Position gegenüber der Europäischen Union beibehalten. Die Partei ist nicht Teil der Partei der Europäischen Linkspartei (EL), obwohl sie der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen (GUE/NGL) angehört. Im Jahr 2015 startete sie die Plan-B-Initiative, mit der sie in Zusammenarbeit mit ihr nahestehenden Parteien einen progressiven Politikansatz stärken wollte, der am Ende nicht zum Erfolg führte. Zu den Parteien der Linken in Europa und einigen populistischeren Parteien unterhält Podemos bilaterale Beziehungen. Ihre stärksten Verbindungen hat Podemos zu linken Parteien in Lateinamerika, die vor allem während des »glorreichen Jahrzehnts« (2002–2012) auf dem Subkontinent an Regierungen beteiligt waren.

Die Izquierda Unida steht der Europäischen Union eher kritisch gegenüber, ist Gründungsmitglied der EL sowie der GUE/NGL und unterhält zugleich auch enge Beziehungen zu Parteien dieses Spektrums sowie mit Lateinamerika.

In Bezug auf die Izquierda Unida sind die Debatten und Vorschläge der Europäischen Linkspartei (EL) nicht sehr bekannt, obwohl es innerhalb der Partei grundsätzliche Zustimmung für die Mitgliedschaft in der EL gibt und die spanische Linke zu den wichtigsten Parteien der EL und ihrer Gremien zählt. Die IU hat das Europäische Forum der EL, das in Bilbao stattfand, mit angestoßen und durchgeführt, derzeit hat es aber keine besondere Bedeutung für die spanische Linke.

Die IU ist vor allem durch ihre internationalistische Tradition geprägt, die von der Kommunistischen Partei Spaniens übernommen wurde, sodass ihre Solidaritätspolitik zu einer der Stärken ihrer Mitglieder zählt. In Spanien haben alle Parteien – einschließlich der Linken – enge Beziehungen zu ihren Schwesterparteien in Lateinamerika, mit denen regelmäßig Analysen und Erfahrungen

⁴ Vier Länder wehren sich dagegen, dass ein Teil des EU-Recovery-Fonds infolge der Wirtschaftseinbrüche in der Corona-Pandemie nicht zurückgezahlt werden soll. Zu diesen Ländern gehören Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden.

gen ausgetauscht werden und zu denen sogar Delegationen entsandt werden, um vor Ort zusammenzuarbeiten. Lateinamerika ist zweifellos der vorrangige Arbeitsbereich der spanischen Linken.

Ungeachtet dessen, ist sich die EL der Schwäche der Linken und der Notwendigkeit der Bildung historischer Blöcke bewusst, die den Vormarsch der Rechten und der extremen Rechten bremsen müssen. Und wieder einmal beeinflusst das Beispiel der Volksfronten, die Spanien und Frankreich in den 1930er Jahren regierten, die Vorstellungskraft der spanischen Linken. Insofern ist sich die spanische Linke ihres historisch wichtigen Moments bewusst, den die Linke als aktives Regierungsmitglied des Staates in der EU bedeutet. Es ist aus ihrer Sicht heute die beste Garantie, für die Arbeiter:innenklasse und die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Zugleich ist sich Unidas Podemos der Notwendigkeit bewusst, Bündnisse auch außerhalb der Institutionen und der Nationalregierung zu schmieden. Diese Einheit der Linken ist für Unidas Podemos der Weg eines politischen und sozialen Mosaiks, soziale Gerechtigkeit in Spanien und politische Veränderungen voranzubringen, die das Land und vor allem die Arbeiter:innenklasse braucht.

Die größte Herausforderung besteht darin, dass dies in einer durch die Covid-19-Pandemie beschleunigten Wirtschaftskrise geschehen muss, die auf die Verwüstungen der vorangegangenen Wirtschaftskrise folgt. In dieser Zeit von links Hoffnung zu geben, ist angesichts der Situation von Millionen von Menschen, die in dieser Situation keine bessere Zukunft sehen, keine leichte Aufgabe, schon gar nicht angesichts der Strategien der extremen Rechten, die Regierung und die Linke mit aller Macht anzugreifen. Gleichzeitig steht die Linke vor dem Problem, dass die herrschende Klasse praktisch die gesamte Wirtschafts- und Medienmacht im Land kontrolliert, das durch die Politik der Sparmaßnahmen, der Privatisierung und des Abbaus des Produktionssystems verwüstet wurde. Die korrupten Beziehungen des Finanzsystems, des Dienstleistungssektors und der öffentlichen Verwaltung sind eine funktionelle Konstante des herrschenden Rentenkapitalismus.

Das mit fünf Ministerien an der Regierung beteiligte Bündnis Unidas Podemos ist sich jedoch bewusst, dass die politische Macht nicht mit der realen Macht zu verwechseln ist, obwohl es sich dennoch um einen historischen Fortschritt handelt, die erste Regierung mit Minister:innen der radikalen Linken (einschließlich der kommunistischen Partei) seit der Zweiten Spanischen Republik 1936 zu stellen. Die Ministerien Arbeit, Universitäten, Konsum, Gleichberechtigung (verstanden als Gleichstellung der Geschlechter) sowie die zweite Vizepräsidentschaft des Landes mit Verantwortung in sozialen Fragen werden von den UP-Mitgliedern geführt. Sie brauchen die gesamte Unterstützung der gesellschaftlichen und politischen Linken.

Literatur

- Ferré, Marga (2019): Progressive Coalition Government in Spain. Unidas Podemos will be in the Government of the Country. transform-network.net/de/blog/article/progressive-coalition-government-in-spain-unidas-podemos-will-be-in-the-government-of-the-country/ (20.5.2021).
- Ramiro, Luis/Gomes, Raul (2016): Radical-Left Populism during the Great Recession: Podemos and Its Competition with the Established Radical Left. journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0032321716647400 (13.3.2021).
- Sánchez, Eddy (2019): Unidas Podemos. ¿Por qué hemos perdido? blogs.publico.es/la-soledad-del-corredor-de-fondo/2019/06/01/unidas-podemos-por-que-hemos-perdido/ (29.4.2021).

Portugal: Von der linken Mehrheit zur »Zwinker-Regierung« (2015–2020)¹

von André Freire

Einleitung

Der entscheidende Faktor, um die Entwicklung der portugiesischen Linken im letzten Jahrzehnt zu beschreiben und zu verstehen, ist die Minderheitsregierung der Sozialisten (*Partido Socialista*, PS)², die in Portugal in der gesamten 13. Legislaturperiode (2015–2019) regierte, unterstützt durch drei schriftliche Vereinbarungen, die eine Mehrheit der Linken garantierte. Mit von der Partei waren der *Bloco de Esquerda* (BE), der Linksblock, der sich als eine links-libertäre Partei der radikalen Linken versteht, die *Partido Comunista Português* (PCP), die Kommunistische Partei und die *Partido Ecologista Os Verdes* (PEV), die Grünen. Die letztere tritt, als kommunistische Satellitenpartei, bei den Wahlen immer auf einer gemeinsamen Liste mit den Kommunisten an.³ Nach dem Ende der XIII. Legislaturperiode, den am 6. Oktober 2019 abgehaltenen Parlamentswahlen sowie der im Anschluss bereits begonnenen 14. Legislaturperiode ist eine Überprüfung der Leistung der linken Regierung und parlamentarischen Mehrheit sowie eine vorläufige Analyse der 14. Legislatur-

¹ Dieser Artikel ist eine überarbeitete und aktualisierte Version von drei Artikeln, die zwischen August und November 2019 in der monatlichen Kolumne des Autors, »Heterodoxys Políticas«, im *Jornal de Letras* (eine 14-tägige Veröffentlichung) publiziert wurden. Er wurde, mit Ausnahme des Epilogs, in der Zeitschrift *Seara Nova*, Nummer 1749, Dezember 2019, mit der Überschrift »Von der linken Mehrheit zur »Blinker-Regierung«, S. 3-9, vollständig abgedruckt. Der Epilog wurde später im *Jornal de Letras*, 12.–26. August 2020, veröffentlicht. Wir bedanken uns sowohl bei *Seara Nova* als auch bei *Jornal de Letras* für die Genehmigung, das Material hier zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung erneut zu publizieren, bei der wir uns für die Einladung ebenfalls bedanken (insbesondere bei Cornelia Hildebrandt). Für *Jornal de Letras* und *Seara Nova* siehe unter visao.sapo.pt/jornaldeletras/ sowie searanova.publ.pt/. Die beiden Kontextabschnitte am Anfang über das portugiesische politische System und die Beziehungen zwischen der radikalen Linken und den Sozialisten (Sozialdemokraten) in Portugal (1974–2015), der Abschnitt über die besonders herausragenden Maßnahmen des linken Bündnisses (2015–2019) sowie die Rolle der radikalen Linken in ihnen sind jedoch völlig neue Ergänzungen. Der Epilog über die aktuellen Trends in der portugiesischen Politik ist ebenfalls vollständig überarbeitet und aktualisiert.

² Sozialistische Partei, eine sozialdemokratische Partei, die im Europaparlament Mitglied in der Allianz der Sozialisten und Demokraten ist.

³ BE, PCP und PEV sind im Europaparlament Teil der radikal linken parlamentarischen Gruppe GUE/NGL.

periode erforderlich. Die derzeitige Regierung wird auch die »Zwinker-Regierung« genannt (auf Portugiesisch *Governo Pisca-Pisca*), weil sie abwechselnd nach links und nach rechts zwinkert). Bevor ich fortfahre, muss ich klarstellen, dass ich nicht nur von der ersten Stunde an Unterstützer dieser politischen Lösung war, sondern diese befürwortete, bevor es sie gab. (Freire 2017a; 2017b)

Es lohnt sich aus mehreren Gründen, das linke Regierungsbündnis in Portugal zu studieren (Freire 2017a; 2021; Weiteres in Arbeit). Erstens, weil es ein Modell für die sozialdemokratischen Parteien bieten kann, die in Europa in einer tiefen Krise stecken. Die Krise ist größtenteils auf ihre Konvergenz mit der neoliberalen Agenda zurückzuführen, zugleich aber drängt sie die sozialdemokratischen Parteien zurück nach links. (Freire 2021) Zweitens, weil eine Regierungsbeteiligung der radikalen Linken mehr Einfluss auf die Politikgestaltung bieten kann. Drittens, weil das portugiesische linke Regierungsbündnis eine seltene Konstellation im heutigen Europa beschreibt, in dem große Koalitionen oder Regenbogenbündnisse (mit oder ohne sozialdemokratische Beteiligung) die Norm darstellen. Viertens, weil das portugiesische Linksbündnis in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht recht erfolgreich war und politische Stabilität, BIP-Wachstum, eine niedrigere Arbeitslosigkeit usw. hervorgebracht hat (Freire ebd.). Fünftens, weil das sogenannte linke Regierungsbündnis die Wirtschafts- und Finanzvorschriften der EU eingehalten hat, obwohl sie eine Abkehr von der Sparpolitik einleitete. Sechstens, wegen des wachsenden Interesses, welches das portugiesische Modell auf nationaler und internationaler Ebene von Journalist:innen und linken Politiker:innen erfahren hat. Diese kamen, um zu sehen, was passiert war, und um sich inspirieren zu lassen in Bezug auf akademische und journalistische Veröffentlichungen zu diesem Thema.⁴

Das portugiesische politische System und die Beziehungen zwischen den radikalen Linken und den Sozialisten (Sozialdemokraten)

Nach Arend Lijpharts Modellen der Mehrheits- und Konsensdemokratien (Lijphart 2012; Freire 2007 und 2017b für eine Überprüfung dieses Modells und seiner Anwendung auf Portugal) ist Portugal ein grundlegend homogenes Land in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit und Sprache, auch in Bezug auf den religiösen Glauben. Mit anderen Worten, das Land hat in dieser Hinsicht keine bedeutenden Minderheiten. Portugal weist jedoch äußerst große sozioöko-

⁴ Siehe zum Beispiel Galvão/Tavares (2016); Lisi (2016); De Giorgi/Santana-Pereira (2016); Freire (2017a, 2021); Finn (2017); Ferreira (2017); Lopes (2019); Santos (2019); Silva (2018).

nomische Ungleichheiten auf, welche im Großen und Ganzen seit mindestens den achtziger Jahren unverändert geblieben sind. Außerdem weisen diese Ungleichheiten ein klares geografisches Muster auf. Neben sozioökonomischen Fragen und Fragen der Ungleichheit birgt der Grad der religiösen Integration auch ein erhebliches Potenzial für politische Polarisierung. Seltsamerweise sind diese regional begründeten sozialen Ungleichheiten jedoch keine bedeutende Quelle politischer Kontroversen. Dies kann daran liegen, dass das institutionelle System des Landes (einheitlicher und stark zentralisierter Staat) nicht regionalisiert ist oder keine parlamentarische zweite Kammer zur Vertretung der Interessen der Regionen hat, weshalb es keinen Kanal für die Äußerung von (potenziellen) Ansprüchen bietet. Ein weiterer Grund könnte durch das Verbot regionalistischer politischer Parteien durch die Verfassung gegeben sein. Neben diesen sozialen Quellen politischer Polarisierung gibt es auch politische Spaltungen, die den Rahmen für Konflikte innerhalb des parteipolitischen Systems bilden.

In Bezug auf die Exekutive-Parteien-Dimension kommt die portugiesische Demokratie grundsätzlich dem Konsensmodell nahe. Mit anderen Worten, sie bietet günstige Bedingungen für die Artikulation von Minderheitenidentitäten und -interessen. Ab 1987 gab es jedoch eine Verlagerung in Richtung einer Mehrheitsdemokratie, die jedoch mehr auf ein verändertes Wahlverhalten zurückzuführen war, als auf eine wirkliche Änderung des Aufbaus politischer Institutionen, nämlich des Wahlsystems. Seit 2009 ist eine Rückkehr zu einer eher konsensorientierten Demokratie mit einer stärkeren Fragmentierung des Parteiensystems zu beobachten. Außerdem treten neue Parteien bzw. kleinere Parteien (BE) auf und es bilden sich häufiger Koalitions- (rechts) oder Minderheitsregierungen (mitte-links und links) (Freire 2010; 2017b).

Die Beziehungen zwischen den radikalen Linken und den Sozialisten in Portugal (1974–2015)

Nach der Nelkenrevolution vom 25. April 1974 entwickelte sich schnell ein stabiles Parteiensystem und ab 1976 repräsentierten vier Parteien fast 90 Prozent der Wählenden. Abgesehen von einer kurzen Periode Mitte der 1980er Jahre, in der eine Mitte-Links-Partei, die *Partido Renovador Democrático* (PRD), Demokratische Erneuerungspartei, auftauchte und wieder verschwand, blieb das Parteiensystem relativ stabil. Die allgemeine Tendenz ist, dass sich die Wählerstimmen auf die beiden »Catch-All«-Parteien der Zentristen konzentriert: die Mitte-Links-Partei *Partido Socialista* (PS)⁵ und die Mitte-Rechts-Partei *Partido*

⁵ Die PS war immer Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Social Democrata (PSD), die Sozialdemokratische Partei. Letztere ist, obwohl der Name etwas anderes suggeriert, keine sozialdemokratische, sondern eine liberalkonservative Partei.⁶ Neben der PS und der PSD sind die *Partido Comunista Português* (PCP)⁷ und das christkonservative Demokratische und Soziale Zentrum (*Centro Democrático e Social*, CDS) zu den Hauptparteien des portugiesischen Parteiensystems geworden. Nach ihrer Niederlage bei den Parlamentswahlen 1991 änderte die CDS ihre Führung, ihr ideologisches Profil und ihren Namen und wurde zur Volkspartei (*Partido Popular*, PP).⁸ Einige kleinere Parteien haben während der demokratischen Zeit – also nicht in Zeiten der Diktatur – Sitze im Parlament erhalten (Freire 2007, 2010 und 2017b). Unter diesen Parteien ist der BE wert, erwähnt zu werden. Diese linksliberale Organisation war ursprünglich eine Koalition von zwei alten linksextremen Parteien und einer politischen Bewegung, die gebildet wurde, um an den Parlamentswahlen 1999 teilnehmen zu können. In den letzten Jahren wird sie jedoch als eine geeinte politische Partei angesehen.⁹

In Anlehnung an Lijpharts soziokulturelle Bruchlinien des politischen Wettbewerbs (Lijphart 2012) könnte man argumentieren, dass die Themen, die die größte Schnittmenge bei der Links-Rechts-Ausrichtung in Portugal aufweisen, erstens sozioökonomische und zweitens religiöse Angelegenheiten sind. Sowohl der Wettbewerb (zwischen den Parteien entlang der sozioökonomischen Achse) also auch die Identitätsfragen ermöglichen es uns, die Parteien in links und rechts aufzuteilen und sie in ein Links-Rechts-Kontinuum einzuordnen, das auf der linken Seite von der PCP über die BE bis zur PS reicht und auf der rechten Seite von der PSD zur PP. (Ebd.) In Bezug auf den Wettbewerb zwischen den Parteien ist die sozioökonomische Dimension (d.h. Kontroversen über sozioökonomische Gleichheit und die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft) am bedeutendsten, während die religiöse Dimension nur eine mittlere Bedeutung hat.

⁶ Bis in die 1990er Jahre war die PSD im Europaparlament assoziiert mit den Europäischen Liberalen, Demokraten und Reformern (ELDR). Anfang der 1990er Jahre schloss sie sich jedoch der konservativen Europäischen Volkspartei (EPP) an.

⁷ Die im Jahr 1921 gegründete PCP war bis zum Zusammenbruch dieser Organisation Mitglied von Komintern. Im Europäischen Parlament ist die PCP Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL).

⁸ Die CDS wurde als eine christlich-soziale Partei gegründet. Nach dem EU-Beitritt schloss sie sich der EPP an. In den frühen 1990er Jahren begann sie eine Anti-EU-Haltung zu vertreten, was zu ihrem Ausschluss aus der EPP in 1992 führte. Daraufhin schloss sie sich der Gruppe der Einheit für Europa und der Nationen (UPE) an. Nach 1997 änderte sich die Haltung der Partei zur EU, was zu ihrer Rückkehr in die EPP führte.

⁹ Der erste MEP von BE wurde in der Europawahl 2004 gewählt. Im Europäischen Parlament ist die BE (genau wie die PCP) assoziiertes Mitglied der Fraktion GUE/NGL.

Während des Übergangs zur Demokratie schloss sich die katholische Kirche gegen die radikale Linke den pro-liberalen demokratischen Parteien an. Während dieser Zeit war die religiöse Polarisierung stark. Seitdem ist die religiöse Dimension jedoch kaum mehr als Bereich des politischen Wettbewerbs aufgefallen, außer, wenn über politische Fragen in Bezug auf moralische Fragen und/oder die Interessen der Kirche diskutiert wird. Dies war der Fall bei den Vorschlägen zur Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes, ein Vorhaben, das von den Linken unterstützt wurde: aber auch beim Vorschlag zur Bereitstellung staatlicher Finanzmittel für die Katholische Universität, ein Vorschlag, der von den Rechten unterstützt wurde (Freire 2007, 2017a und 2017b). Wenn es jedoch um die Fragen der Identität geht, ist die Religion jedoch bedeutender als sozioökonomische Themen. Studien zum portugiesischen Wahlverhalten haben gezeigt, dass bei Wahlvorhersagen der Kirchenbesuch ein besserer Indikator ist, als die soziale Klasse. Ebenso sind postmaterialistische Themen im Wettbewerbsbereich relevanter als bei Identitätsfragen. Denn diese erlauben es mehr oder weniger, die Parteien in Bezug auf ihre politischen Vorschläge von links nach rechts einzuordnen. Sie sind jedoch ein schlechter Indikator für Abstimmungsergebnisse oder für die Positionierung des einzelnen Bürgers im politischen Spektrum (ebd.).

Die Vorbehalte und die geringen Erwartungen an die *Geringonça*¹⁰-Regierung

Der konservative Präsident Aníbal Cavaco Silva, der Ende November 2015 die linke Mehrheitsregierung vereidigte, gehörte zu jenen politischen Akteuren, die größere Vorbehalte und geringe Erwartungen gegenüber dieser politischen Konstellation hegten; jener Konstellation, die in der Geschichte der portugiesischen Demokratie völlig neu war. (Silva 2018)

Die zahlreichen Vorbehalte und Kritiken von Silva und rechten Parteien haben sich jedoch als falsch erwiesen. Ein von CS hinter verschlossenen Türen geäußelter Vorbehalt gegen ein linkes Regierungsbündnis betraf beispielsweise die anti-europäische als auch anti-militaristische Haltungen gegenüber den internationalen Blöcken, zu denen Portugal gehört (insbesondere die NATO, aber auch die EU). Ein weiterer Vorbehalt liegt in der Annahme begründet, dass die Parteien links von der PS eine Position vertreten würden, die bei der Einbeziehung dieser Parteien in die Regierungsverantwortung die strategischen

¹⁰ Das Wort *Geringonça* bedeutet spöttisch etwa »Klapperkiste«, beschreibt die Regierung als nicht sehr stabil, und diente der Abwertung der mitte-linken Minderheitsregierung der Sozialisten von 2015, die vom Bloco und der CDS gestützt worden war.

Optionen des Landes in diesen beiden Bereichen infrage stellen würden. BE, PCP und PEV haben jedoch ihre Euroskepsis, ihre NATO-Skepsis und ihre Forderungen nach einer Neuverhandlung der Staatsverschuldung zurückgestellt, vor allem, um eine fortschrittliche Regierungsführung in den sozio-ökonomischen Bereichen zu ermöglichen. Die PS räumte den europäischen Verpflichtungen zu ausgewogenen öffentlichen Haushalten und der NATO Vorrang ein und machte im Gegenzug eine umso ausgeprägtere progressive Regierungsführung möglich. D.h. es gab einen größeren distributiven Einfluss der radikalen Linken, der bald den traditionellen ideologischen Zentrismus der PS signifikant nach links verschob (Freire 2017; 2021).

Was die Erwartungen an die Leistung der linken Regierung anbelangte, so gingen insbesondere ihre Kritiker (verschiedene rechte Parteien, ein Großteil des »Mainstream-Journalismus«, die wichtigsten Akteure der Wirtschaft, die EU usw.) und allen voran CS davon aus, dass sie schlechte politische und wirtschaftliche Ergebnisse vorweisen würde. Es wurde eine politisch instabile Lage erwartet, die der Legislative nicht folgen würde. Aus heutiger Sicht, haben sich diese Negativerwartungen allerdings nicht bestätigt. Die Koalition hielt die gesamte Wahlperiode. Diese Stabilität wiederum wird von den Portugies:innen sehr geschätzt. Hierzu trug allerdings auch – wenngleich unabsichtlich – Cavaco Silva bei. Er forderte schriftliche Vereinbarungen und Stabilitätsgarantien für den Gesetzgeber und trug mit seiner Kritik an der linken Regierung zu einem kohärenteren Bündnis bei. Der linken Regierung und dem parlamentarischen Bündnis muss hingegen die zunehmende Zufriedenheit der Bürger:innen mit dem Funktionieren der Demokratie sowie das wieder wachsende Vertrauen in Institutionen und Politiker:innen zugeschrieben werden, gerade auch vor dem Hintergrund der gewissenhaften Erfüllung von Wahlversprechen und der anschließend getroffenen schriftlichen Vereinbarungen (das Gegenteil von dem, was während der rechten Koalition 2011–2015 geschehen war). (Freire et al. 2020; Lisi et al. 2020)

Im Wirtschaftsbereich übertrafen die Ergebnisse außerdem alle Erwartungen und strafte die Unkenrufe Cavaco Silvas, der rechten Parteien und der Mainstream-Kommentator:innen und Journalist:innen Lügen. (Freire et al. 2020; Lisi et al. 2020)

Einerseits nahm das Wirtschaftswachstum Jahr um Jahr erheblich zu, ohne dabei das Sozialversicherungssystem zu dekapitalisieren – die PS hatte vorgeschlagen, die Einheitliche Sozialversicherungsabgabe (TSU) für Arbeitnehmer:innen mit niedrigem Einkommen abzusenken, um die Wirtschaft anzukurbeln und so die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Gleichzeitig wurden Einkommen und Rechte von Arbeitnehmer:innen und Rentner:innen (im Gegensatz zum Einfrieren der Renten, wie es ursprünglich von der PS vorgeschlagen wurde, und auch viel schneller als im Wahlmanifest der PS vorgesehen) stabilisiert.

Darüber hinaus wurden die Investitionen in öffentliche Dienstleistungen gesichert und erhöht, obwohl sie immer noch unzureichend sind. Auf der anderen Seite wurden die europäischen Auflagen eingehalten. Das Gleichgewicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung war auf dem Weg der Korrektur, sei es in Bezug auf das öffentliche Defizit (mit bemerkenswerten Ergebnissen) oder in Bezug auf die Staatsverschuldung (mit weniger beeindruckenden Ergebnissen). Natürlich ist eine solche makroökonomische Leistung auch maßgeblich auf ein günstiges internationales Umfeld zurückzuführen (internationales Wirtschaftswachstum, preisgünstiges Öl, stimulierende Interventionen der EZB auf den Märkten, insbesondere durch den Kauf von Schulden, und das brutale Wachstum des Tourismus in Portugal). Es ist aber sehr schwierig, der linken Regierung diese Verdienste nicht zuzuschreiben. Darüber hinaus beansprucht die PS ihre führende Rolle bei der Erfüllung europäischer Auflagen und der Erreichung einer ausgewogenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, während die radikale Linke ihren Einfluss in sozioökonomischen Angelegenheiten reklamiert, also auf eine fortschrittliche und verteilende Regierungspolitik – eine Win-win-Situation also.

Die Maßnahmen des linken Bündnisses (2015–2019) und die Rolle der radikalen Linken

Das Mandat der rechten Koalition in den Troika-Jahren 2011–2015 war durch eine starke neoliberale Ausrichtung gekennzeichnet, die weit über die Anforderungen der europäischen Rettungsvereinbarung (*Memorandum of Understandings*, MoU) hinausging (Freire 2017a, 2017b; Finn 2017: 5-32). Diese beinhalteten Kürzungen der Löhne und die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, der Renten sowie die Kürzung von staatlichen Leistungen und umfangreiche Privatisierungen, die die Bestimmungen der Vereinbarung von 2011 weitaus übertrafen. Viele der eingeführten Maßnahmen widersprachen sogar den Wahlversprechen der Wahlsieger von 2011. Die von der Regierung in dieser Zeit umgesetzte neoliberale Politik war einer der Hauptgründe, warum es den linken Parteien gelang, sich gegen die Austeritätspolitik der Konservativen zu einigen. Sie fand über Umwege mittels Kompromissen zu einer neuen Regierungskonstellation, die es ermöglichte, partiell Entscheidungen der vorangegangenen Regierung rückgängig zu machen.

Einige der bemerkenswerten Maßnahmen des linken Regierungsbündnisses, die sowohl eine Änderung der politischen Haltung der Sozialisten gegenüber neoliberalen Sparmaßnahmen als auch einen bedeutenden Einfluss der radikalen linken Parteien auf den von den Sozialisten vorgenommenen Politikwechsel verweisen, sind folgende:

- Anhebung des Mindestlohns in den Jahren 2016 und 2017;
- Rücknahme der Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor, die die PS über zwei Jahre verteilt (2016–2017) realisieren wollte, die jedoch auf Druck der Linken schon 2016 vollständig umgesetzt wurden;
- Sofortige Aufhebung des Beschlusses, die Renten über das Jahr 2016 hinaus einzufrieren;
- Streichung der im PS-Manifest vorgeschlagenen Maßnahmen, die den Arbeitgebern erleichtern würden, Arbeitnehmer:innen mit deren Einverständnis zu entlassen (*despedimento conciliatório*);
- Streichung der 2015 im PS-Manifest vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung des Betrags, den Arbeitgeber für Sozialtransfers zahlen müssen. Diese Maßnahmen wurden nur für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen vorgeschlagen. Während dies auf Drängen des BE und der PCP gestrichen wurde, sorgten 2017 die Pläne der PS, diese Beträge in sozialer Anpassung als »Tauschwährung« für die Anhebung des Mindestlohns zu nutzen, für Spannungen zwischen der PS und den Parteien links von ihr;
- Rücknahme der in den Jahren 2013 bis 2014 eingeführten Körperschaftsteuersenkungen mit Zustimmung der PS;
- Wiederherstellung der 35-Stunden-Woche für Beamte und Angestellte;¹¹
- Wiedereinführung der vier gesetzlichen Feiertage im Jahr 2016, die von der PSD / CDS-PP-Regierung während der Troika-Jahre gestrichen worden waren;
- Einstellung aller weiteren Privatisierungen und die Rückabwicklung der laufenden Privatisierungen (z. B. TAP Air Portugal, ÖPNV und Wasserversorgung der Gemeinden);
- Erhöhung der Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge (soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit) und Wiederherstellung der Standards vor der Troika, um die Auslagerung der Arbeit des öffentlichen Sektors an den privaten Sektor zu beenden;
- Einschränkung der Möglichkeiten der Kreditgeber, Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben, weil sie unter bestimmten Umständen (z.B. aufgrund von Verlust des Arbeitsplatzes oder finanziellen Schwierigkeiten) in Zahlungsverzug geraten sind.

¹¹ Diese Maßnahme passierte schließlich am 2. Juni 2016 das Parlament, wurde kurz darauf vom Präsidenten bestätigt und am 1. Juli 2016 implementiert. Obwohl sie wichtig ist – sie war zentraler Punkt in den Vereinbarungen zwischen der PS und den Parteien der radikalen Linken zur Bekämpfung der ungleichen Sparpolitik und zur Wiederherstellung des Status quo vor der Troika-Ära –, ist ihr Umfang sehr begrenzt. Sie schließt Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors mit individuellen Verträgen, die einen großen Anteil der seit 2000 eingestellten öffentlichen Bediensteten ausmachen, aus. Es werden also nicht nur Beschäftigte im privaten Sektor, sondern auch viele im öffentlichen Sektor ausgeschlossen. Das macht weitere Maßnahmen unabdingbar.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2019 und ihre Folgen

Nach den Wahlen von 2019 entschied sich die PS, keine Mehrheitskoalition mit dem BE¹² einzugehen, obwohl diese möglich gewesen wäre. Stattdessen entschied sich die PS, die Minderheitsregierung zu bilden, die dann als Zwinker-Regierung bekannt wurde. Die PS und der BE hätten eine politisch-ideologisch kohärente Mehrheit bilden können. Doch António Costa, portugiesischer Premierminister und Vorsitzender der PS, d.h. Generalsekretär der Partei seit Mitte 2014, wollte dies trotz gegenteiliger Verlautbarungen nicht wirklich. Der Bloco hatte neben anderen die Rücknahme der Arbeitsgesetze vorgeschlagen, die durch die Troika verabschiedet worden waren. Aber dieser Vorschlag war aus Sicht der Sozialisten inakzeptabel, obwohl sie die Revision eben jener Arbeitsgesetze durch die Troika seinerzeit kritisiert hatten. Die PS machte sich jedoch nicht einmal die Mühe, hierzu einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Die neue Regierung für die 14. Legislaturperiode

Costa und seine Partei wissen, dass die Rechten sie im Parlament nicht überstimmen können. Denn die PS hat mit 108 Sitzen mehr Sitze als die gesamte Rechte zusammen. Die PSD verfügt über 79, die CDS-PP über fünf, die liberale *Iniciativa Liberal* (LI) und die rechtspopulistische, wirtschaftsliberale *Chega!* insgesamt 2 Sitze. Somit kommen die Parteien auf Seiten der Rechten auf 86 Sitze. Mit anderen Worten, die PS-Regierung kann nur gestürzt werden, wenn es eine »negative Koalition« zwischen den Rechten und den nicht-sozialistischen Linken gibt. Darüber hinaus hofft Costa, in vielen Angelegenheiten auf die Zustimmung der PSD zählen zu können, insbesondere, wenn deren derzeitiger Führer Rui Rio, der frühere, mehrfach wiedergewählte Bürgermeister von Porto, an der Spitze der Partei bleibt. Das scheint gegenwärtig der Fall zu sein. Deshalb lehnte Costa das Bündnis mit der BE ab, obwohl ihm dies die Stabilität für die gesamte Legislaturperiode und eine gewisse politisch-ideologische (und linke) Kohärenz garantiert hätte. Offensichtlich erforderten die Bedingungen, die der Bloco an ein erneutes Tolerierungsbündnis gebunden hatte, einige politische Anstrengungen der PS. Pragmatisch gesehen waren diese Bedingungen aber erfüllbar. Es mangelte also lediglich am Bedarf und Willen der PS. Zur Erinnerung: Der ursprüngliche Vorschlag des BE für eine parlamentarische Einigung beinhaltete die Rücknahme jener Troika-Maßnahmen, die durch die Minderung von Entschädigungszahlungen für Unternehmen Entlassungen bezahlbar machten.

¹² PCP(=PEV), PAN und LIVRE lehnten diese Möglichkeit aus verschiedenen Gründen ab.

Gegen diese hatte sich die PS bereits während der Troika-Jahre ausgesprochen. Dazu gehörte auch das Vorhaben, die Verlängerung der Probezeit als »Strafe« für die Jüngsten und Arbeitslosen zu beseitigen sowie ein Plan, den Mindestlohn in vier Jahren anzuheben. Dessen Höhe wäre in Verhandlungen zwischen PS und BE zu vereinbaren gewesen. Es ging um die Beibehaltung der Schutzmaßnahmen, wie sie in der XIII. Legislaturperiode beschlossen wurden, aber auch um Kürzungen der Steuern bei Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber, um Verfassungsänderungen, Wahlgesetze und um Privatisierungen. Keine ernsthaften Herausforderungen, abgesehen davon, dass diese ein Affront gegen die »Bosse« und den zentralen Gewerkschaftsblock (UGT: eine PS-PSD-Allianz im Gewerkschaftsbereich) wäre. Doch Costa machte sich nicht einmal die Mühe, Gegenvorschläge zu unterbreiten. Das zeigt deutlich, dass er mit dem Bloco keine schriftlichen Vereinbarungen treffen wollte. Kurzum, das »Klappergerüst« – die Tolerierung der PS durch Bloco und CDS – das rot-grüne Wahlbündnis unter Einschluss der portugiesischen Kommunistischen Partei – für Costa eine taktische Allianz war und eben keine strategische Option. Allerdings hat die seit Ende 2019 bestehende »Zwinker-Regierung« auch einige Vorteile: Möglich wird dadurch, die gesamte Opposition in die Politikgestaltung einzubeziehen, als eine neue Art übergroßer Koalition.

Außerdem wurden aufgrund einer Vereinbarung zwischen PS, BE und PCP zwei Personen Mitglieder des Staatsrates: ein Politiker des linken Blocks (der ehemalige BE-Führer Francisco Louçã) und ein Kommunist (der legendäre Politiker Domingos Abrantes),¹³ der ein beratendes Organ des Präsidenten der Republik ist. Das alles waren Anzeichen dafür, dass die PS zu Beginn der XIV. Legislaturperiode weiterhin bereit war, mit den radikalen Linken zusammenzuarbeiten.

Epilog:¹⁴ Bandbreite des »Zentralblocks« und das »Klappergerüst«

Die Presse hat von einer öffentlichen Kontroverse über eine mögliche Rückkehr des – »Zentralblocks«¹⁵ berichtet (d.h., ein Bündnis zwischen der PS und der PSD, um entweder zusammen zu regieren oder um die Ausrichtung

¹³ Domingos Abrantes Ferreira, geboren 19. Januar 1936, ist ein bekannter kommunistischer Politiker, seit 1954 Mitglied der kommunistischen Partei Portugals (PCP), von 1963 bis 2012 Mitglied des Zentralkomitees. Er saß während der Diktatur mehrfach im Gefängnis, unter anderem von 1965 bis 1973. Nach der Nelkenrevolution war er viele Jahre Mitglied des Portugiesischen Parlaments.

¹⁴ Dieser Epilog wurde ursprünglich in den zwei Wochen zwischen dem 12. und 26. August 2020 in *Jornal de Letras* veröffentlicht. Jetzt wurde es überarbeitet und aktualisiert.

¹⁵ Der Begriff »Zentralblock« wird in Portugal benutzt, um eine formelle oder informelle Allianz zwischen den großen politischen Parteien (die mitte-links PS und die

und Umsetzung grundlegender Politiken zu bestimmen). Denn beide Parteien zeigten im Parlament der Republik (AR) in der im August 2020 abgelaufenen Legislaturperiode zunehmend ein ähnliches Abstimmungsverhalten. Später gaben die Parteispitzen der PS und der PSD, Costa und Rui, Verlautbarungen ab und dementierten diese Gerüchte. Mit anderen Worten, António Costa fördert oder akzeptiert zumindest Konvergenzen mit der PSD (in einer Art »Mindestregionalisierung«, bei der Reform der Grundregeln des Parlaments – *Regimento* – bei der Wahl des zentristisch agierenden PS-Beamten Francisco Assis zum Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates [CES], im Maßnahmenpaket zur Abschwächung der sozioökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, im ersten Nachtragshaushalt 2020 usw.). Er lehnt gleichzeitig die Idee eines Zentralblocks ab und erklärt sogar, seine Partei wolle die *Gerigonça* (das »Bündnis des Klappergerüsts« der XIII. Legislaturperiode) neu auflagen.

Costa erklärte außerdem, er wolle für die verbleibende Zeit dieser Legislaturperiode (XIV.) das bisherige parlamentarische Bündnis zwischen der PS und jeder einzelnen Partei der radikalen Linken, der BE, der PCP und der PEV neu auflagen und um eine weitere Partei, *Pessoas – Animais – Natureza* (PAN) ergänzen – eine kleine Partei, die sich vor allem für Tierrechte und Naturschutz einsetzt. Angeblich sei dies wegen der sich ändernden Bedingungen aufgrund der Covid-19-Pandemie und ihrer sozioökonomischen Auswirkungen erforderlich. Real fordert er damit die bisherigen Linksparteien öffentlich heraus. Gegenüber dem Wochenmagazin *Visão*¹⁶ sowie in mehreren Reden im Parlament bekräftigte Costa seine Absicht, die *Gerigonça* nicht nur für den Haushalt 2021, sondern auch für die Laufzeit der gesamten XIV. Legislaturperiode neu aufzulegen. Diese Absichtsbekundungen müssen zwar ernst genommen werden. Entscheidend wird jedoch die Praxis sein, denn gerade bei der PS fällt die Diskrepanz zwischen Worten und Handlungen auf. Offen ist, ob diese Erklärungen Costa's als Signal gegenüber seinen Wähler:innen zu verstehen ist, er und seine Partei würden sich um die Wiederauflage von *Gerigonça* bemühen, um dann die radikale Linke für das Scheitern dieser Bemühungen verantwortlich zu machen.

Es folgten Verhandlungen zwischen der PS und den radikallinken Parteien (BE, PCP, PEV) sowie der PAN und zwei unabhängigen Abgeordneten (ein Dis-

mitte-rechts PSD) zu beschreiben. Diese Art von Allianzen können als formelle Koalitionen zum Regieren entstehen (als eine formelle Koalition nach der Wahl, wie in den Jahren 1983–1985, oder wie es heutzutage in Deutschland zwischen der CDU/CSU und der SPD besteht) oder als informelle Allianzen, als eine Art verdeckte Koalition, in der eine Partei im Parlament als die Unterstützerin der anderen Partei fungiert. Es kann aber auch eine Reihe von (in)formellen Allianzen bedeuten, die geschmiedet werden, um Gesetze durchzubringen bzw. generell zur Politikgestaltung.

¹⁶ Siehe www.visao.sapo.pt/.

sident von LIVRE, die eine grün-linke Kleinstpartei ist, und ein Dissident von PAN). Am 26. November erfolgte die endgültige Abstimmung über den Staatshaushalt 2021.¹⁷ Am Ende wurde der Staatshaushalt für 2021 vom Parlament trotz Gegenstimmen der BE, zusammen mit den rechten Parteien (PSD, CDS-PP, IL und Chega!) genehmigt. Dabei hatten die PCP-PEV sowie PAN und zwei unabhängige Abgeordnete sich ihrer Stimmen enthalten, doch die Zustimmung für den Haushalt erfolgte lediglich mit den Ja-Stimmen der PS.

Der BE erklärte im Internet, warum er dagegen gestimmt hatte. Die Partei argumentierte, dass ihre Ablehnung auf vier zentrale Themen zurückzuführen sei:

- Erstens auf ungenügende Ressourcen für das nationale Gesundheitssystem (sowohl 2020 als auch 2021), um die Covid-19-Pandemie sowie weitere Gesundheitsprobleme zu bekämpfen;
- zweitens auf den unzureichenden sozialen Schutz, insbesondere für prekär beschäftigte Arbeitnehmer:innen, um die sozialen Auswirkungen der Pandemie zu bekämpfen;
- drittens auf die Nichtrücknahme wichtiger Arbeitsgesetze, die während der Troika-Ära (2011–2014) verabschiedet und die im Jahr 2012 von Sozialisten abgelehnt worden waren;
- viertens auf die Aussetzung des Finanztransfers an die New Bank (*Novo Banco*), die an den Lone Star Hedge Fund verkauft wurde, zumindest bis die Prüfung der Finanzen der Bank durch den Rechnungshof abgeschlossen ist. Dafür hatte der PS-Premierminister zu Beginn des Sommers 2020 ebenfalls plädiert, aber der Vorschlag war vom damaligen Finanzminister und Präsidenten der Euro-Gruppe, Mário Centeno (jetzt Präsident der Zentralbank), *de facto* abgelehnt worden.

Es ist derzeit nicht klar, ob sich der BE bei der Abstimmung über den Staatshaushalt 2021 von der PS-Minderheitsregierung und ihren linken Anhängern fernhalten oder während der gegenwärtigen Legislaturperiode (2019–2023) wieder zu einer linken Mehrheit zurückkehren wird, was aber noch möglich ist. Dies ist eindeutig eine Frage für zukünftige Forschungen.

Literatur

Beethem, David (2005): *Democracy. A Beginner's Guide*. Oxford.

Dahl, Robert (1998): *On Democracy*. New Haven.

De Giorgi, Elisabetta/Santana-Pereira, José (2016): *The 2015 Portuguese Election Widening the Coalition Space and Bringing the Extreme Left In*. In: *South European Society and Politics* 21(4), 451-468.

Ferreira, Ana Rita (Hrsg.) (2017): *The Portuguese Government Solution: The Fourth*

¹⁷ Siehe www.parlamento.pt/Paginas/2020/novembro/Orcamento-estado-2021-debate-votacao-especialidade-final-global.aspx.

- Way to Social-Democratic Politics? Brüssel/Lissabon.
- Finn, Daniel (2017): Luso-anomalies. In: *New Left Review* 106.
- Freire, André (2007): Minority Representation in Portuguese Democracy. In: *Portuguese Journal of Social Science* 6(3), 193-211.
- Freire, André (2010): A New Era in Democratic Portugal? The 2009 European, Legislative and Local Elections. In: *South European Society and Politics* 15(4), 593-613.
- Freire, André (2017a): Para lá da »Geringonça« – O Governo de Esquerdas em Portugal e na Europa. *Contraponto*.
- Freire, André (2017b): A Representação das minorias na democracia portuguesa, 1974–2016. In: de Pina, Leão et al. (Hrsg.): *Estudos em Comemoração do X Aniversário do Instituto Superior de Ciências Jurídicas e Sociais – Dinâmicas Sociológicas, Estado e Direito, Ilha de Santiago/Praia*, 125-192.
- Freire, André (2021): The Left-wing Governmental Alliance in Portugal, 2015–2019: A way of renewing and rejuvenating social democracy? In: *Brazilian Political Science Review* 15(1), im Erscheinen.
- Freire, André/Lisi, Marco/Tsatsanis Emmanouil (2020): Political representation studies in Portugal, before and after the »Great Recession« Legitimation and the ideological linkages between voters and their representatives. In: Freire, André et al. (Hrsg.): *Political representation in Southern Europe and Latin America. Before and After the Great Recession and the Commodity Crisis*. London, 66-84.
- Galvão, Márcia/Tavares, Rita (2016): *Como Costa Montou a Geringonça em 54 Dias*. Lisboa.
- Held, David (2005): *Models of Democracy*. London.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. Yale.
- Lisi, Marco (2016): U-Turn: The Portuguese Radical-Left from Marginality to Government Support. In: *South European Society and Politics* 21(4), 541-560.
- Lisi, Marco/Freire, André/Tsatsanis, Emmanouil (Hrsg.) (2020): *Political Representation and Citizenship in Portugal: from Crisis to Renewal?* Lanham/Boulder/New York/London.
- Lopes, Inês Serra (2019): *A Geringonça*, Lisboa. Oficina do Livro.
- Sani, Giacomo/Sartori, Giovanni (1983): Polarization, fragmentation and competition in Western democracies. In: Daalder, Hans/Mair, Peter (Hrsg.): *Western European party systems: continuity and change*. London, 307-340.
- Santos, Boaventura de Sousa (2019): *Esquerdas de todo o Mundo, Uni-Vos!* Coimbra.
- Silva, Aníbal Cavaco (2018): *Quinta-Feira e Outros Dias – Livro 2: Da Coligação à »Geringonça«*. Lisboa.

Danksagung

Die Herausgeberinnen möchten sich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, diesen Band zu ermöglichen. Ein großer Dank geht an die Autor:innen der Kapitel, deren Beiträge den Kern dieses Buches bilden sowie Federico Russov für die Zusammenstellung der Liste der linken Parteien. Wir danken den RLS-Mitarbeiter:innen Holger Politt, Joanna Gwiazdecka und Anna Regelman für ihre Unterstützung bei der Identifizierung von Autor:innen, Cem Sey für das kritische Lesen von Kapitelentwürfen, dem Übersetzungsnetzwerk Gegensatz, Hilde Grammel und Corinna Trogisch für die Übersetzung mehrerer Kapitel, Uta Tackenberg und Barbara Steiner für die Koordination der Übersetzungsarbeit sowie dem Grafiker Uwe Stümke für die Gestaltung des Coverbildes. Viola Siebeck und Rainer Balloff halfen beim Korrekturlesen der deutschen Texte, und vielen Dank auch für das Lektorat der Beiträge durch Louisa Bäckermann vom VSA: Verlag.

Das Buch wurde mit finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Transform! Europe produziert. Wir danken auch Gerd Siebecke vom VSA: Verlag und Anthony Zurbrugg von Merlin Publishers. Zuletzt möchten wir unseren Freund:innen und Familien für ihre Unterstützung und Geduld während der Fertigstellung dieses Projekts danken.

Übersicht linker Parteien Europas

Übersicht linker Parteien Europas

393

Land	Name	Abkürzung	seit	Mitglieder	Ergebnisse letzte nationale Parlamentswahlen	Sitze/ Gesamt-sitze dort	Ergebnis EU-Wahl 2019	MEPs	Europäische Partei/ Fraktion im Europa-parlament
Belgien	gesamt-belgische Arbeiterpartei	PTB - PVDA	1979	20.000	8,62	12/150	8,42	1	Die Linke ^a
Bulgarien	Bulgarische Linke	BL	2009	6.000	0,08	0		0	ELP
Dänemark	Die Alternative		2013	6.205	2,95	5/179	3,37	0	DiEM25
Dänemark	Rot-grüne Einheitsliste	Enhl. (Ø)	1989	9.662	6,94	13/179	5,50	1	ELP/Die Linke
Dänemark	Sozialistische Volkspartei	SF	1959	10.000	7,71	14/179	13,23	1	EG/NGLA
Deutschland	Deutsche Kommunistische Partei	DKP	1968	3.000	0,02	0	0,10	0	
Deutschland	DIE LINKE	DIE LINKE	2007	60.350	9,20	69/709	5,50	6	ELP/Die Linke
Estland	Estnische vereinigte Linkspartei	EULP (EÜVP)	2008	1.745	0,10	0		0	ELP
Finnland	Kommunistische Arbeiterpartei für Frieden und Sozialismus	KTP	1988	200	0,03	0		0	INITIATIVE ^b
Finnland	Kommunistische Partei Finnlands	SKP	1994	2.500	0,10	0		0	ELP
Finnland	Linksbündnis	Vas.	1990	11.000	8,20	16/200	6,9	1	ELP/Die Linke
Frankreich	Generatio.s	G	2017	50.000		0	3,27	0	DiEM25
Frankreich	Kommunistische Partei Frankreichs	PCF	1929	34.947	2,72	10/577	2,49	0	ELP/Die Linke
Frankreich	La France Insoumise	FI	2017	600.000	11,03	17/577	6,31	5	ELP ^c /Die Linke
Frankreich	Lutte Ouvrière	LO	1939	8.000	0,77	0	0,78		
Frankreich	Neue Antikapitalistische Linkspartei	NPA	2009	2.000		0		0	
Griechenland	Kommunistische Partei Griechenlands	KKE	1918	k.A.	5,30	15/300	5,35	2	INITIATIVE
Griechenland	Europäische Realistische Verweigerungsfront	MeRA25	2018	k.A.	3,44	9/300	2,99	0	DiEM25
Griechenland	Front der Griechischen Antikapitalistischen Linken	ANTARSYA	2009	2.700	0,41	0	0,64	0	
Griechenland	Koalition der radikalen Linken – Progressive Allianz	SYRIZA	2004	22.000	31,53	86/300	23,75	6	ELP/Die Linke
Griechenland	Volkseinheit	LAE	2015	2.500	0,28	0	0,56	0	
Irland	Sinn Féin	SF	1970	15.000	24,53	37/160	11,68	1	Die Linke
Irland	Solidarität - Menschen vor Profit	S-PBP	2015	ca. 1000	2,60	5/160	2,30	0	
Island	Linksgrüne Bewegung	VG	1999	6.000	16,89	11/ 63		0	
Italien	Sinistra Italiana	SI	2017	19.346	als Liberi e Uguale 3,39	2/630	als Linkskoalition 1,75	0	ELP ^c
Italien	Partei der Kommunistischen Wiedergründung	PRC	1991	10.865	1,13	0	als Linkskoalition 1,75	0	
Italien	Alle Macht dem Volke	PaP	2017			0		0	
Kroatien	Sozialistische Arbeiterpartei Kroatien	SRP	1997	3.500	0,13	0		0	INITIATIVE/EACL ^d

Die Übersicht stützt sich maßgeblich auf die Daten von Nico Biver und Federico Russov (jeweils eigene Zusammenstellungen)

^a Ehemals GUE/NGL.

^b »Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas« – kommunistische Europapartei, gegründet im Oktober 2013.

^c Beobachterstatus.

^d Europäische Antikapitalistische Linke, seit Beginn der 2000er bestehend, aber aufgrund geringer Abgeordnetenzahlen nicht als europäische Partei anerkannt.

^e Die Zahlen setzen sich aus dem Wahlbündnis von PODEMOS und Vereinigte Linke zusammen.

Land	Name	Abkürzung	seit	Mitglieder		Ergebnisse letzte nationale Parlamentswahlen	Sitze/ Gesamt-sitze dort	Ergebnis EU-Wahl 2019	MEPs	Europäische Partei/ Fraktion im Europa-parlament
Kroatien	Schutzschild	ZZ	2011	k.A.		2,30	0		1	
Kroatien	Neue Linke	NL	2016	k.A.			1/151		0	
Kroatien	Links-grüne Plattform »Možemo!«	ZL	2020	k.A.		6,99	7/151		0	
Litauen	Neue Linke 95	NK95	2007	k.A.			0		0	
Luxemburg	Die Linke	Déi Lénk	1999	796		5,48	2/ 60	4,84	0	ELP
Luxemburg	Kommunistische Partei	KPL	1921	120		1,27	0	1,14	0	
Niederlande	Sozialistische Partei	SP	1971	31.977		5,98	14/150	3,37	0	
Niederlande	Partei für die Tiere	PvdD	2002	17.000		3,80	6/150	4,00	1	Die Linke
Nord-Mazedonien	Die Linke	Levica	2015	k.A.		4,10	2/120		0	
Österreich	Kommunistische Partei Österreichs	KPÖ	1918	2.500		0,69	0	0,80	0	ELP
Polen	Gemeinsam	RAZEM	2015	3.000		in Koalition 12,56	6/460	1,24	0	DiEM25
Portugal	Kommunistische Partei Portugals	PCP	1921	49.960		6,34	12/230	6,88	2	Die Linke
Portugal	Linksblock	Bloco (BE)	1999	8.000		9,52	19/230	9,82	2	ELP/Die Linke
Rumänien	Rumänische Sozialistische Partei	PSR	2003	k.A.			0		0	ELP
Schweden	Linkspartei	V	1917	23.988		8,00	28/349	6,80	1	EL/Die Linke
Slowakei	Kommunistische Partei der Slowakei	KSS	1992	1.816			0	0,62	0	INITIATIVE/ELP ^c
Slowakei	Widerstand – Arbeiterpartei	VZDOR	2014	k.A.		0,55	0		0	
Slowakei	Sozialisten	Socialisti.sk	2019	300			0		0	
Slowenien	Vereinigte Linke	Levica	2017	860		9,33	8/ 90	6,34	0	ELP
Spanien	Baskenland vereint	EH Bildu	2011	4.901		1,14	5/350	5,64	1	Die Linke
Spanien	Galizischer Nationalistischer Block	BNG	1982	7.800		0,50	1/350		0	
Spanien	Vereinigte Alternative Linke	EUiA	1998	4.000			0		0	ELP
Spanien	Mehr vom Land	Más	2019	25.079		2,40	3/350		0	
Spanien	Vereinigte Linke	IU	1986	37.416					2	ELP/Die Linke
Spanien	PODEMOS		2014	529.481					3	Die Linke
Spanien	Unidas Podemos (Wahlbündnis) ^a	UP	2016	-		12,86	35/350	10,17	5	Die Linke
Spanien	Volkseinheit	CUP	1986	2.304		1,02	2/350		0	
Tschechische Republik	Kommunistische Partei Böhmen und Mährens	KSCM	1990	31.456		7,76	15/200	6,94	1	ELP ^c /Die Linke
Tschechische Republik	Wirkliche Linke	Levice	2020	k.A.			0		0	
Zypern	Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes	AKEL	1926	12.000		25,67	16/ 56	27,49	2	ELP ^c /Die Linke

Abkürzungen, Akronyme Parteien und Organisationen

* Bezeichnet eine Fraktion im Europäischen Parlament

Generelle Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandprodukt
CETA	Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada
DIEM25	Democracy in Europe Movement 2025, diem25.org
ECB	Europäische Zentralbank, www.ecb.europa.eu
ELP*	Partei der europäischen Linken, www.european-left.org
EP	Europäisches Parlament
EG	Europäische Grüne, europeangreens.eu
EWU	Europäische Währungsunion
GAL	GAL-Werte bzw. TAN-Dimension – soziokulturelle Werteskala
Grüne/EFA*	Die Grünen/Europäische Freie Allianz (EFA) Group, www.greens-efa.eu
GUE/NGL*	Vereinigte Europäische Linke/Nordisch-grüne Linke, www.guengl.eu Neuer Name: Die Linke
ICS	Internationales Kommunistisches Seminar
KP	Kommunistische Partei
MEPs	Mitglieder des Europäischen Parlaments
PM	Premierminister:in
Renew Europe*	Europäische Reformer, reneweuropegroup.eu
RLPs	Parteien der radikalen Linken (jenseits der Sozialdemokratie)
S&D	Progressive Alliance der Sozialisten und Sozialdemokraten, www.socialistsanddemocrats.eu
TTIP	Transatlantisches Handels- und Investment-Abkommen
WTO	Welthandelsorganisation

Die folgenden Abkürzungen beziehen sich auf Parteien und Organisationen nach Land. Für derzeit existierende Parteien/Organisationen sind, soweit vorhanden, Webseiten angegeben.

Belgien

AMADA	Alle Macht den Arbeitern, www.marxists.org/history/erol/belgium-1st/amada-statutes.pdf
CD&V	Christdemokraten in Flandern und Brüssel, www.cdenv.be
cdH	Christlich-soziale Partei, www.lecdh.be
CSC/ACV	Bund Christlicher Gewerkschaften e.V., www.acv-csc.be
FGTB	Allgemeiner Gewerkschaftsbund von Belgien
MR	Reform-Bewegung, www.mr.be
N-VA	Neu-Flämische Allianz, www.n-va.be
Open VLD	Offene Flämische Liberale und Demokraten, www2.openvld.be
PCB/KPB	Kommunistische Partei Belgiens, www.particommuniste.be
PTB-PVDA	gesamt-belgische Arbeiterpartei, www.pvda.be

Abkürzungsverzeichnis

397

SP	Sozialistische Partei, www.ps.be
Sp.a	Sozialistische Partei Anders, Sp.a, seit 21. März 2021 mit neuem Namen »Vorhut«, www.vooruit.org
VB	Vlaams Belang, www.vlaamsbelang.org

Bulgarien

BCP	Bulgarische Kommunistische Partei
BL	Bulgarische Linke
BSP	Bulgarische Sozialistische Partei, www.bsp.bg
D21	Bewegung 21 (Dvizhenie 21); www.d21.bg
DPS	Bewegung für Recht und Freiheit, www.dps.bg
SDS	Union der demokratischen Kräfte, www.sds.bg

Dänemark

RGÅ	rotgrüne Allianz (Enhedslisten De Rød-Grønne), www.enhedslisten.dk
FH	Gewerkschaftsbund von Arbeiter:innen und Angestellten (FH = Fagbevægelsens Hovedorganisation)
AC	Verband aus Gewerkschaften, in denen sich Akademiker:innen organisieren (AC = Akademikernes Centralorganisation)
SF	Sozialistische Volkspartei, www.sf.dk

Deutschland

AfD	Alternative für Deutschland, www.afd.de
CDU	Christlich-demokratische Union Deutschland, www.cdu.de
CSU	Christlich-demokratische Union Bayern, www.csu.de
DIE LINKE	www.die-linke.de
FDP	Freie-demokratische Partei, www.fdp.de
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, www.spd.de
WASG	Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit

Estland

SDE	Sozialdemokratische Partei Estlands, www.sotsid.ee
KESK	Zentrumspartei, www.keskerakond.ee
EDLP	Demokratische Partei der Arbeit Estlands
EKRE	Konservative Volkspartei, www.ekre.ee
ESDLP	Sozialdemokratische Partei der Arbeit Estlands, www.sotsid.ee
ELP	Vereinigte Linkspartei
EULP	Vereinigte Linke Estlands
UPP	Partei der vereinigten Völker, www.ekre.ee

Finnland

V	Linksbündnis, www.vasemmisto.fi
DeVa	Demokratische Alternative
SKP	Kommunistische Partei Finnland, www.skp.fi
SKDL	Finnische Volksdemokratische Liga

Frankreich

EELV	Europäische Ökologie – Die Grünen, www.eelv.fr
PCF	Französische Kommunistische Partei, www.pcf.fr
FI	La France Insoumise (Unbeugsames Frankreich), lafranceinsoumise.fr
NPA	Neue Antikapitalistische Partei, www.nouveaupartianticapitaliste.org
LO	Arbeiterkampf, www.lutte-ouvriere.org

Griechenland

ADEDY	Gewerkschaft im öffentlichen Sektor
ANEL	Unabhängige Griechen – Nationalpatriotische Allianz
DIMAR	Demokratische Linke, www.dimokratikaristera.gr
GSEE	Großgewerkschaft im privaten Sektor
KKE	Kommunistische Partei Griechenlands, www.kke.gr
LAE	Volkseinheit, www.laiki-enotita.gr
PAME	Griechische Gewerkschaften der KKE nahestehend
PASOK	Sozialdemokratische Partei Griechenland
SYRIZA	Koalition der radikalen Linken – Progressive Allianz, www.syriza.org
ND	Nea Dimokratia, www.nd.gr

Großbritannien

KONP	Initiative zum Erhalt des öffentlichen Gesundheitssektors, www.keepournhspublic.com/
Labour	Partei der Arbeit, www.labour.org.uk/
Lib Dems	Liberaldemokraten, www.libdems.org.uk
NHA	Nationale Aktionspartei Gesundheit, www.nhaparty.org/
Tories	Konservative und Unionistische Partei, www.conservatives.com/

Irland

FG	Fine Gael, www.dublin-bay-south.finegaele.ie
FF	Fianna Fáil, www.fiannafail.ie
IRA	IRA Irisch-Republikanische Armee
LP	Partei der Arbeit, Páirtí an Lucht Oibre, www.labour.ie
PBP	Sozialistische Partei – Menschen vor Profit
SF	Sinn Féin, www.sinnfein.ie
SDLP	Sozialdemokratische und Arbeiterpartei, www.sdlp.ie

Italien

Art1	Sozialdemokratische Artikel Eins
CGIL	größte Gewerkschaftsföderation in Italien, www.cgil.it
FI	Forza Italia, www.forza-italia.it
FIOM	Metallarbeitergewerkschaft, www.fiom-cgil.it
INPS	Italienisches Institut für soziale Sicherheit
IV	»Lebendiges Italien« (Italia Viva), www.italiaviva.it
Lega	Lega per Salvini, www.legaonline.it
LeU	Parlamentarische Gruppe Frei und Gleich, www.liberieuguali.it

M5S	Fünf-Sterne-Bewegung, www.movimento5stelle.it
PaP	Alle Macht dem Volk, www.poterealpopolo.org
PCI	Kommunistische Partei Italiens, www.ilpartitocomunistaitaliano.it
PD	Demokratische Partei, www.partitodemocratico.it
PRC	Partei der Kommunistischen Wiedergründung, www.rifondazione.it/primapagina
SI	Italienische Linke (Sinistra Italiana)

Lettland

GKR	Bürgerbewegung »Ehre Riga zu dienen«, www.godskalpotropigai.lv
KPV LV	Sammlungspartei »Wem gehört der Staat?« www.kpv.lv
LIZDA	Gewerkschaft der Angestellten in Bildung und Wissenschaft in Lettland www.lizda.lv
Progresīvie	Progressive Partei, www.progresivie.lv/
Saskana (Harmonie)	Sozialdemokratische Partei, saskana.eu

Litauen

DP	Arbeiterpartei, www.darbopartija.lt/
FP	Freiheitspartei
LCP	Litauische Kommunistische Partei
LDDP	Litauische Demokratische Partei der Arbeit
LFGU	Bauernunion, www.zzs.lv/sakums
LSDP	Sozialdemokratische Partei Litauens, www.lsdplit.lt
LRLS	Liberales Bewegung der Republik Litauen
LVŽS	Bauernvolksbund, www.lvzs.lt/lt
NKP 95	New Left 95, www.nk95.org/english.htm
Sąjūdis	Reformbewegung in Litauen
TS-LKD	Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens, www.tsajunga.lt

Luxemburg

CSV	Christdemokratische Volkspartei, www.csv.lu
LSAP	Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei, www.lsap.lu/lu
DP	Demokratische Partei, www.dp.lu
KPL	Kommunistische Partei Luxemburg
DL	Die Linke (Déi Lénk), www.dei-lenk.lu
ADR	Alternative demokratische Reformpartei, www.adr.lu
FNCTTFEL	Nationale Föderation der luxemburgischen Eisenbahner, Transportarbeiter und Staatsbediensteten
OGBL	Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburgs
TSP	Revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei

Niederlande

BBB	Bauern- und Bürgerbewegung, www.boerburgerbeweging.nl
BIJ1	linksgerichtete Partei (Zusammen), www.bij1.org
CDA	Christdemokratischer Appell, www.cda.nl
DENK	Einwandererpartei, www.bewegingdenk.nl

D66	Liberal-Demokraten 66, www.d66.nl
FDf	Bauernwehr, www.farmersdefenceforce.nl
FvD	Forum für Demokratie, www.fvd.nl
GL	GrünLinks, www.groenlinks.nl/home
LIA	Lehrer in Aktion
PvdA	Partei der Arbeit, www.pvda.nl
PvdD	Partei für die Tiere, www.partyfortheanimals.com/de
PVV	Partei für die Freiheit, www.pvv.nl
SP	Sozialistische Partei, www.sp.nl
VVD	Volkspartei für Freiheit und Demokratie, www.vvd.nl

Österreich

ALI	Alternative Liste Innsbruck, ALI
FPÖ	Freiheitliche Partei, www.fpoe.at
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs, www.kpoe.at
ÖVP	Neue Volkspartei, www.dieneuevolkspartei.at
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich, www.spoe.at

Polen

PIS	Partei Recht & Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość), www.pis.org.pl
PO	Bürgerplattform (Platforma Obywatelska), platforma.org
PSL	Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe), www.psl.pl
SLD	Demokratisches Linksbündnis, heute in Koalition Lewica, www.lewica.org.pl

Portugal

AR	Parlament der Republik
BE	Linksblock (Bloco de Esquerda), www.bloco.org
CDS	Volkspartei, Centro Democrático Social, www.cds.pt
LI	Liberale Initiative
PCP	Portugiesische Kommunistische Partei, www.pcp.pt
PEV	Grüne Partei, Partido Ecologista »os Verdes greens« www.osverdes.pt
PL	Portugiesische Linke
PRD	Demokratische Erneuerungspartei, Partido Renovador Democrático
PP	Volkspartei, www.pp.es
PS	Sozialistische Partei
PSD	Sozialdemokratische Partei, Partido Social Democrata; www.psd.pt

Rumänien

AUR	Allianz für die Einheit der Rumänen, www.partidulaur.ro
PSD	Sozialdemokratische Partei Rumäniens, www.psd.ro

Slowakei

KSS	Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), www.kss.sk
-----	--

ĽSNS	Volkspartei – Unsere Slowakei, www.naseslovensko.net
OLANO	Partei für gewöhnliche Leute und unabhängige Personen, www.obycajniludia.sk
SAS	Partei Freiheit und Solidarität (Sloboda a solidarita), www.sas.sk
SDL	Partei der Demokratischen Linken, www.sdl.sk
SMER	Richtung – Sozialdemokratische Partei, www.strana-smer.sk
SPOLU	Zusammen – Bürgerdemokratie (občianska demokracia party)
SZM	Sozialistische Jugend-Union
VZDOR	Widerstand – Arbeiterpartei, (strana práce), www.vzdor.org
Za Ľuďí	Für die Menschen, www.za-ludi.sk

Spanien

Cs	Bürgerpartei, Ciudadanos, www.ciudadanos-cs.org
PSOE	Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, www.psoe.es
PP	Volkspartei Spaniens, www.pp.es
UP	Vereintes Linksbündnis Unidas Podemos siehe
IU	Vereinte Linke, Izquierda Unida, www.izquierdaunida.org
Podemos	Spanische Bewegungspartei, dt. »Wir können«, www.podemos.info/
PCE	Kommunistische Partei Spaniens, www.pce.es
ERC	Republikanische Linke Kataloniens, Esquerra Republicana de Catalunya, www.esquerra.cat/ca/inici

Schweden

C	Zentrumspartei, www.centerpartiet.se/
V	Schwedische Linkspartei (Vänsterpartiet), www.vansterpartiet.se
KD	Christdemokraten, kristdemokraterna.se
L	Liberale, www.liberalerna.se
M	Moderate Sammlungspartei, www.moderaterna.se
MP	Grüne Partei, www.mp.se/
S	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (Socialdemokraterna), www.socialdemokraterna.se
SD	Schwedendemokraten, www.sd.se/english/
SSV	Sozialdemokratische Linkspartei
VPK	Left Party – Kommunisten

Südosteuropa

BRID	Organisation für Arbeiterinitiativen und Demokratisierung
CEDRA	Zentrum für Gesellschaftsforschung
HDZ	Christdemokratische Union, www.hdz.hr
IDS	Initiative für demokratischen Sozialismus
Levica	Vereinigte Linke, www.levica.si
Možemo!	Politische Plattform und Partei (Wir können es) www.mozemo.hr
SPS	Sozialistische Partei Serbiens, www.sps.org.rs
SDP	Sozialdemokratische Partei in Kroatien, www.sdp.hr
ZL	Vereinigte Linke (Združena levica), www.zdruzena-levica.si

Tschechische Republik

ČSSD	Tschechische Sozialdemokratische Partei, www.cssd.cz
KSČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSČM	Kommunistische Partei Böhmen und Mähren, www.kscm.cz/cs
KDU-ČSL	Christlich-demokratische Union,
Levice	Linke/wirkliche Linke (Skutečná levice), www.jsmelevice.cz
ODS	Freiheitliche Union, www.ods.cz
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus, www.sds.cz

Ungarn

DK	Demokratische Koalition, www.dkp.hu
Fidesz	Ungarischer Bürgerbund, www.fidesz.hu
LMP	Grüne – Politik kann anders sein, www.lmp.hu
MSZP	Ungarische Sozialistische Partei Party (Magyar Szocialista Párt), www.mszip.hu

Zypern

AKEL	Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes (Anorthotikó Kómma Ergazómenou Laoú / Emekçi Halkın İlerici Partisi), www.akel.org.cy
CPC	Kommunistische Partei Zyperns
DIKO	Demokratische Partei, www.democraticparty.org.cy
EDEK	Bewegung der Sozialdemokraten, www.edek.org.cy
PEO	pan-zyprische Arbeitergewerkschaft
EDON	Vereinigte demokratische Jugendorganisation

Die Autor:innen

Michael Augustin ist Doktorand und Dozent an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Wirtschaftsuniversität in Bratislava und Forscher am Institut für Politikwissenschaft der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Kontakt: michael.augustin.ma@gmail.com.

Andrius Bielskis ist Professor am Institut für Politikwissenschaft und Direktor des Zentrums für Aristotelische Studien und Kritische Theorie an der Mykolas-Romeris-Universität, Vilnius, Litauen. Er ist der Gründer der progressiven sozialen Bewegung »Neue Linke 95« und der Direktor des DEMOS-Instituts für kritisches Denken. Kontakt: andrius.bielskis@mruni.eu.

Nico Biver ist diplomierter Wirtschaftswissenschaftler. Er lebt in der Universitätsstadt Marburg und war Mitarbeiter verschiedener Abgeordneter der PDS und später der LINKEN. Er ist auch als Publizist und Dokumentarist zur Geschichte und Gegenwart der globalen radikalen Linken tätig. Kontakt: nbiver@web.de.

Amieke Bouma ist Geschichtslehrerin am Joke Smit College in Amsterdam.

Dr. Paolo Chiocchetti ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Studien. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSCAS) des Europäischen Hochschulinstituts und erforscht Modelle der differenzierten Integration für das InDivEU-Projekt. Außerdem lehrt er an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Freien Universität Bozen. Kontakt: mail@paolochiocchetti.it.

Giuseppe Cugnata ist Doktorand in Soziologie und Politikwissenschaft an der Scuola Normale Superiore (Italien). Kontakt: giuseppecugnata1@gmail.com.

Niks Derums ist ein Umweltaktivist und Mitbegründer der lettischen linken Jugendorganisation »Proteste«. Kontakt: niks.derums@gmail.com.

Eva Milsted Enoksen ist Politikwissenschaftlerin und Parlamentskandidatin für die rot-grüne Einheitsliste in Dänemark. Sie arbeitet in der Task-Force der Stadt Kopenhagen zum Thema Sozialdumping. Kontakt: eenoksen@hotmail.com.

Marga Ferré ist Präsidentin der Stiftung Europa der Bürger / Fundación por la Europa de los Ciudadanos (FEC, Spanien) und zusammen mit Cornelia Hildebrandt Co-Präsidentin von transform! Europe. Kontakt: ferre@transform-network.net.

André Freire ist Professor für Politikwissenschaft am ISCTE-IUL (Universitätsinstitut von Lissabon) und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am CIES-IUL (Zentrum für soziologische Studien und Forschung); ist Direktor des Doktorandenkollegs der PS von 2015 bis heute. Er war auch Direktor des Gradu-

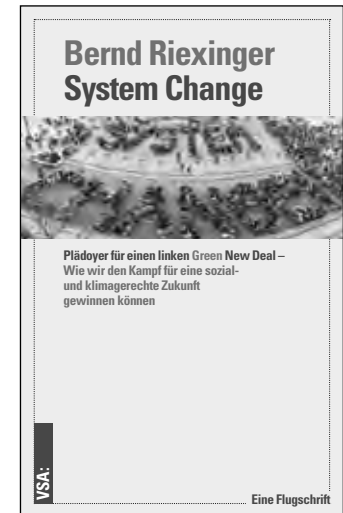
- iertenkollegs der PS, 2009–2015 der ISCTE-IUL in Lissabon. Kontakt: andre.freire@iscte-iul.pt.
- Cornelia Hildebrandt* ist seit September 2020 mit Marga Ferré Co-Präsidentin von transform! Europe.
- Dr. Stephen Hopkins* arbeitet an der Fakultät für Geschichte, Politik und Internationale Beziehungen der Universität Leicester, Großbritannien. Kontakt: E-mail: SH15@le.ac.uk.
- Kate Hudson* ist eine britische linke politische Aktivistin und Akademikerin, Generalsekretärin der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND) und Funktionärin von Left Unity. Sie war von 2003 bis 2010 Vorsitzende der CND und ist seit 2002 Vorstandsmitglied der Initiative »Stop the War Coalition«. Von Beruf Historikerin, war sie von 2003 bis 2010 Leiterin der Abteilung für soziale und politische Studien an der London South Bank University und ist Autorin einer Reihe von Büchern, darunter zwei über die Europäische Linke. Kontakt: kate.hudson@cnduk.org.
- Dr. Piotr Janiszewski* ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Kontakt: piotr.janiszewski@rosalux.org.
- Dr. Yiannos Katsourides* ist Assistenzprofessor für Politikwissenschaft an der Universität von Nikosia, Abteilung für Governance und Politik. Er hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft von der Universität Zypern. Zuvor war er Direktor des Prometheus Research Institute und Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaften der Universität von Zypern. Er hatte Gaststipendien des Hellenic Observatory des Europäischen Institutes der London School for Economics and Political Science (LSE), des Institute of Commonwealth Studies der University of London für fünf Jahre (2010–2015) und der British School in Athen. Kontakt: katsourides.y@unic.ac.cy.
- Ulrik Kohl* ist Stadtplaner. Er ist ehemaliger Koordinator für Organisation der rot-grünen Einheitsliste und Stadtrat von Kopenhagen. Kontakt: ulrikkohl@gmail.com.
- Danai Koltsida* ist Juristin und Politikwissenschaftlerin. Derzeit ist sie Direktorin des Nicos Poulantzas Institute mit Sitz in Athen und Vizepräsidentin von Transform! Europe.
- Matěji Metelec* ist Essayist und Publizist, Redakteur der kulturellen Wochenzeitschrift A2. Er arbeitet seit Langem als Dramaturg von Diskussionsabenden mit dem Brünner HaDivadlo und dem Internationalen Dokumentarfilmfestival Ji.hlava zusammen und ist Mitautor der Adaption von Hannah Arendts »Eichmann in Jerusalem« für Divadlo Feste. Seine Texte beschäftigen sich u.a. mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung, der Frage nach der Spezifik des mitteleuropäischen Raums und dem tschechischen Politischen. Kontakt: metelec@advjka.cz.

- Dr. Jukka Pietiläinen* ist Direktor des Left Forum in Finnland und Mitglied des Vorstands von transform! Europe. Er ist Doktor der Sozialwissenschaften der Universität Tampere und war leitender Forscher zu russischen Medien und Gesellschaft an der Universität von Helsinki. Kontakt: jukka.pietilainen@vasemmistofoorumi.fi.
- Florin Poenaru* ist Dozent für Sozialanthropologie an der Universität Bukarest und Mitherausgeber von CriticAtac. Kontakt: poenaru.florin@gmail.com.
- Zoltán Pogátsa* ist ein internationaler politischer Ökonom, der sich mit Fragen der Entwicklung, der Ökonomie und Politik der europäischen Integration sowie mit Fragen im Zusammenhang mit Mitteleuropa und dem Balkan beschäftigt. Seine Heimatinstitution ist die Wirtschaftsfakultät der Westungarischen Universität, wo er den Master-Studiengang »International Economics and Business« leitet. Er forscht auch für die Ungarische Akademie der Wissenschaften. Er hat an verschiedenen Universitäten in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Irland gelehrt. Kontakt: pogatsa@gmail.com.
- Barbara Steiner* ist Politikwissenschaftlerin, Direktorin von transform! Europe mit Sitz in Wien und Mitglied von transform.at. Kontakt: steiner@transform-network.net.
- Krunoslav Stojaković* ist Historiker und Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad und Tuzla (Bosnien-Herzegowina). Kontakt: krunoslav.stojakovic@rosalux.org.
- Henning Süssner Rubin* ist Historiker und ehemaliger Koordinator der historischen Analysegruppe der schwedischen Linkspartei. Seit 2007 ist er der Rektor der Volkshochschule der Linken in Malmö. Kontakt: henning.suessner@gmail.com.
- Dr. Adrien Thomas* ist Politikwissenschaftler. Er war einer der Mitbegründer von transform! Luxemburg. Kontakt: athom8@hotmail.com.
- Jana Tsoneva* ist Soziologin an der bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Sie ist auch Gründungsmitglied vom Collective for Social Interventions (KOI), einer in Sofia ansässigen Forschungs-NGO mit Verlag. Kontakt: jana.tsoneva@gmail.com.

VSA: Linke können regieren



Harald Wolf
(Nicht)Regieren ist auch keine Lösung
Chancen, Risiken und Nebenwirkungen,
wenn Linke sich beteiligen
Eine Veröffentlichung
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
200 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-96488-095-6
Sollen und dürfen sich Sozialist:innen an
einer Regierung im bürgerlichen Staat be-
teiligen? Harald Wolf, selbst viele Jahre in
Berlin als Senator am Regierungshandeln
beteiligt, blickt zurück auf historische De-
batten und reflektiert aktuelle Erfahrungen
mit linken Regierungsbeteiligungen.



Bernd Riexinger
System Change
Plädoyer für einen linken Green New Deal
– Wie wir den Kampf für eine sozial- und
klimagerechte Zukunft gewinnen können
Eine Flugschrift
144 Seiten | EUR 12.00
ISBN 978-3-96488-067-3
Mit dieser Flugschrift unterbreitet Bernd
Riexinger Vorschläge, wie ein solcher
Systemwechsel aussehen kann, der zu-
gleich den Interessen der Beschäftigten
und ihrer Gewerkschaften an ordentlichen
Löhnen, sozialer Sicherheit sowie guten
Arbeitsbedingungen und einem radikalen
Klimaschutz gerecht wird.

VSA:

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

VSA: Mit der EU in die Zukunft?



Klaus Busch

Die EU in der Zerreißprobe

Zwischen rechtspopulistischer Zerstörung
und European Green Deal

144 Seiten | EUR 14.80

ISBN 978-3-96488-051-2

Klaus Busch analysiert die Herausforderungen, vor denen die Europäische Kommission steht: die Überwindung der anhaltenden Stagnationskrise des Integrationsprozesses und ein überzeugendes Konzept für einen European Green Deal. Beides geht nur, wenn die rechten Zerstrungskrfte in der EU durch eine verstärkte Politik des sozial-ökonomischen Ausgleichs zurückgedrängt werden.



Annett Nack-Warenycia/Torsten Teichert

»It's the Future, stupid«

... mit Kapitalismus oder ohne

176 Seiten | mit Illustrationen
von Nils Kasiske | EUR 16.80

ISBN 978-3-96488-101-4

Kann man Zukunft lernen? Zukunft wird in der Gegenwart entschieden. Es zeichnet sich ab, dass die bisher gültigen Zukunftsversprechen in unserer Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Annett Nack-Warenycia und Torsten Teichert beschreiben Zukunft als maßgeblichen Fixpunkt gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns und untersuchen, was das Schwinden von Zukunftsentwürfen bedeutet.

VSA:

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de